

Heilen außerhalb der Medizinal-Ordnung. Autorität, Konkurrenz und
Geschlecht in den Herzogtümern Jülich-Berg 1799-1875

Von der Gemeinsamen Naturwissenschaftlichen Fakultät
der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina

zu Braunschweig

zur Erlangung des Grades einer
Doktorin der Naturwissenschaften

(Dr.rer.nat.)

genehmigte

D I S S E R T A T I O N

von Susanne Landgraf

aus Hamburg

1. Referentin: Prof. Dr. B. Wahrig

2. Referent: Prof. Dr. H. Mehrrens

eingereicht: 7.11.2001

mündliche Prüfung (Disputation) am: 20.02.2002

Druckjahr: 2002

Danksagung

Mein Dank gebührt an erster Stelle Frau Prof. Dr. Bettina Wahrig, die mir die Promotion über das Thema dieser Arbeit ermöglicht hat. Sie hat mein Vorhaben stets mit großem Interesse und vielen wertvollen Anregungen begleitet.

Zugleich hat sie mir größten wissenschaftlichen Freiraum gewährt und mir so die Möglichkeit zu einer nicht nur eigenständigen, sondern völlig vorgabenfreien Bearbeitung der Thematik eröffnet.

Auch Herrn Prof. Dr. Herbert Mehrrens, der sich zur Erstellung des Zweitgutachtens bereit gefunden hat, sei hiermit ausdrücklich gedankt.

Mein ganz besonderer Dank geht an die Mitarbeiter des Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv-Düsseldorf, insbesondere an Frau Dr. Preuss und Herrn Dr. Hoffmann für ihre immerwährende und überaus freundliche Unterstützung.

Herrn Markus Apitius danke ich für die freundschaftliche Zusammenarbeit bei der formalen Ausgestaltung der Arbeit.

Das „alltägliche“ Auf- und Ab meines Promotionsverfahrens erlebten und teilten mit mir:

Frau Rechtsanwältin Christine Landgraf-Ehlers, die meinen Weg bis zur Vorlage der fertigen Arbeit mit konstruktiver Kritik begleitet hat und mir Freundin und wertvolle Ratgeberin in vielen Fragen war.

Meine Eltern, die sich den Mühen des Korrekturlesens unterzogen haben und meine Arbeit darüberhinaus finanziell großzügig unterstützten.

Halina Ehlers, die mich mit „Dr. Kittelweiß“ immer wieder ermutigte und mir aus manchem „tiefen Tal“ wissenschaftlichen Arbeitens heraushalf.

Herr Rechtsanwalt Harald Ehlers, dessen Faxgerät ich nun auf dem Gewissen habe, und der mir „so manches“ aus dem Bereich der Juristerei plausibel und verständlich machte.

Last but not least: Ulli. Ohne Deine Toleranz (!) und liebevollen Ermutigungen wäre diese Arbeit niemals entstanden.

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Einleitung	3
2. Territorialgeschichte	15
3. Verwaltung und Justiz im Herzogtum Jülich-Berg 1799-1875	21
3.1. Verwaltung und Justiz im Herzogtum Jülich-Berg am Ende des 18. Jahrhunderts	24
3.2. Verwaltung und Justiz zur Zeit der französischen Herrschaft	29
3.2.1. Verwaltung	30
3.2.2. „Überwachung“ des Medizinalwesens	34
3.2.3. Justiz und Rechtspflege	37
3.3. Das Rheinland unter Preußischer Verwaltung	50
3.3.1. Die Verwaltung im Bereich des Medizinalwesens	51
3.3.2. Justiz	54
4. Wirtschaft, Industrialisierung und Pauperismus im Herzogtum Jülich-Berg	63
4.1. Bevölkerungsstruktur	67
4.2. Einkommen und Löhne, Preisniveau	70
4.3. Medizinische Versorgung, Beschaffenheit des Medizinalwesens und Bezahlung medizinischer Leistungen	73
4.3.1. Bezahlung medizinischer Leistungen	79
4.4. Klagen und soziale Verhältnisse	81
5. Medizinal-Ordnungen und Strafgesetze zur Regelung des Medizinalwesens	86
5.1. Bestimmungen in den Medizinal-Ordnungen, welche dem Auftreten von Medizinalpfuschereien entgegenwirkten	89
5.2. Medizinal-Ordnungen	92
5.3. Strafrechtliche Bestimmungen	106
6. Heilen außerhalb der Medizinal-Ordnung:	108

6.1. Übersicht der Pfuscher und Quacksalber 1799-1875	108
6.2. Konkurrenz unter den Medizinalpersonen	127
6.2.1. Konkurrenz Arzt/Wundarzt	134
6.2.2. Konkurrenz Arzt/Apotheker	140
6.2.3. Konkurrenz Arzt/ Hebamme	146
6.3. Die „Behördenseite“ im Umgang mit Medizinapfuschereien	150
6.3.1. Behördliche Organisation	153
7. Verfolgung von Vergehen gegen die Medizinal-Ordnung	157
7.1. „Mangelnder Beweis“	158
7.1.1. Der Fall Jüngerich, Beweisnot und Urteilsfindung	161
7.1.2. „Geschädigte“ treten nicht als Kläger auf: Der „Betrug“ läßt sich nicht nachweisen. Der Fall Peter Sock und Jacob Bellinghausen	168
7.1.3. Eine Gemeinde zeigte Initiative: Der Fall Godfried Siegener	170
7.1.4. Der Physicus wird ermittlerisch tätig: „Quacksalbern der Apotheker“	175
7.2. Allgemeine Anzeigen	184
7.3. Niedrige Bestrafung	188
7.4. „Nulla poena sine lege“ oder „lex sine poena“	198
7.5. „Strafrechtliches Ausweichen“	214
7.6. Prozeßverschleppung	216
7.7. Obrigkeit involviert	229
7.8. Geistliche: Pfründe-Handel	232
7.9. Der Physicus und das behördliche Einschreiten gegen Kaufleute. Ab welchem Zeitpunkt wird eingeschritten?	234
8. Zusammenfassung	240
9. Anhang	247
10. Quellen- und Literaturverzeichnis	281

1. Einleitung

Gegenstand und Ziel der Untersuchung

Heilen außerhalb der Medizinal-Ordnung. Autorität, Konkurrenz und Geschlecht in den Herzogtümern Jülich-Berg 1799-1875

Konkurrenz und Wettbewerb unter den Heilberufen werden heute durch ein komplexes gesetzliches Regelsystem eingeschränkt, das sich sogar im Grundgesetz wiederfindet.

Die Gesundheit der Bevölkerung und die des einzelnen stellen besonders schützenswerte Güter von überragendem Gewicht dar.¹

Besondere Zulassungs- oder Ausübungsregelungen, aber auch Bedürfnisprüfungen und Quoten schränken den Wettbewerb der Heilberufe ein, um dieses Gut zu wahren.²

Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind „unqualifizierte“ Personen grundsätzlich von der Ausübung der Heilkunde ausgeschlossen, weil der Gesetzgeber diese an eine „Erlaubnis“ gebunden hat.³ Wird dennoch der Arztberuf unbefugt ausgeübt, liegt nicht nur ein Verstoß gegen §1 Abs.5 des Heilpraktiker-Gesetzes, sondern auch gegen §1 des UWG („Recht des unlauteren Wettbewerbs“) vor. Paragraph 3 des Heilpraktiker-Gesetzes verbietet den Heilberufen eine „unbefugte Ausübung der Heilkunde im Umherziehen“.⁴ Überschneidungen der Behandlungsbereiche von Arzt und Zahnarzt werden durch §1 I bzw. §6 des Heilpraktiker-Gesetzes verhindert. Paragraph 1 und §17 der Apothekenbetriebsordnung legen die Grenzen fest, innerhalb derer ein Apotheker zur Abgabe von Arzneimitteln befugt ist.⁵ Und von der Verordnung von Betäubungsmitteln sind Heilpraktiker durch Paragraph 13 des Betäubungsmittelgesetzes grundsätzlich ausgeschlossen. Auch ist in §48 I des Arzneimittelgesetzes normiert, daß durch sie keine verschreibungspflichtigen Arzneimittel rezeptiert werden dürfen.⁶

¹ vgl. Münch (1974), Art.12, Randnummer 63.

² Vogt (1994), S.380.

³ §1 des Heilpraktiker-Gesetzes, vgl. Baumbach (2001), S.807, Randnummer 617.

⁴ Baumbach (2001), a.a.O., S.807.

⁵ Baumbach (2001), a.a.O., S.808; vgl. Blasius (1998), S.201. Vgl. auch Schiedermair et al. (1987), S. 99 und „Substitutionsverbot“ zur Trennung der Berufssphäre von Arzt und Apotheker.

⁶ vgl. Arzneimittelrecht (2000), S.82.

Die bundesdeutsche Realität deutet darauf hin, daß auf dem enger werdenden Gesundheitsmarkt vor allem die Ärzteschaft ihre Therapieprivilegien verteidigen wird.⁷ Steigende Kosten und der enger werdende Finanzierungsrahmen der öffentlichen Hand, aber auch sich abzeichnende Tendenzen zur Monopolisierung der Arzneimittel- und Medizinproduktebranche sowie die zahlenmäßige Überrepräsentanz vor allem des Arztberufes werden neue gesetzliche Regelsysteme nötig werden lassen. Nach Keil besitzt gerade die Ärzteschaft die „größten Einflußmöglichkeiten“ auf die Gesundheitspolitik.⁸ Befürchtungen werden laut, daß vorgeschobene Interessen der „Allgemeinheit“ mit den Interessen einer bestimmten Heilberufsgruppe gleichgesetzt werden und womöglich auf die Gesetzesfassung in der Hinsicht Einfluß nehmen, daß am Ende eine Gruppe besonders vor Wettbewerb und Konkurrenz geschützt wird.⁹ Auch wenn nach einer aktuellen Analyse der Einfluß der Ärzteschaft auf die Rahmenbedingungen im Öffentlichen Gesundheitswesen im Schwinden begriffen ist, so hat doch die staatliche Gesundheitspolitik der letzten 200 Jahre unter einem erheblichen Einfluß der akademischen Medizin gestanden.¹⁰

Die Bedeutung gesetzlich normierter Wettbewerbsverbote ist demnach nicht zu unterschätzen: Im Monopolkampf der Heilberufsstände¹¹ stellen sie ein „Ausgrenzungsinstrument“ hinsichtlich auftretender Konkurrenzen dar.

Im Zeitraum 1799-1875 bestand die „Konkurrenz“ der akademischen Ärzteschaft aus einem „bunten Reigen“ an nicht-autorisierten Heilern: Wurzel- und Olitätenkrämer, Zahnbrecher, Bruch- und Steinschneider, Scharfrichter,¹² Urinpropheten, Wundermänner und solche mehr nahmen sich der Krankenbehandlung an. Unter dieser Vielfalt an Heilern war der Frauenanteil alles andere als unterrepräsentiert. Dabei herrschte von gesetzlicher Seite keinesfalls zu dieser Zeit eine, wie man vom heutigen Standpunkt sagen würde, „Kurierfreiheit“. Medizinal-Ordnungen steckten bereits die Bereiche des legitimen und nicht-legitimen Heilens und die Zuständigkeitsbereiche der einzelnen Medizinalpersonen ab. Mit den Medizinal-Ordnungen gab es erste

⁷ Schmidt-Rögnitz (1996), S.31.

⁸ Keil (1980), S.59.

⁹ Emmerich, (1998), S.14.

¹⁰ vgl. Wahrig-Schmidt (2001).

¹¹ vgl. Sarfatti-Larson (1977); vgl. Freidson (1979).

¹² vgl. Nowosadtko (1994).

gesundheitsspolitische Kontrollinstrumente.¹³ Unter dem Begriff der „Pfuscherei“ und „Quacksalberei“ wurde durch die Regierung und die in die Überwachung des Medizinalwesens miteingebundene Ärzteschaft jede Art des Heilens zusammengefaßt, die gegen die Bestimmungen der Medizinal-Ordnungen verstieß und damit unerlaubt war.

Das Wettbewerbsverhältnis, in welchem die Ärzte zu den „pfuschenden“ Apothekern, Hebammen und Wundärzten standen, war im betrachteten Zeitraum aggressiv; es konnte durchaus zu einer „Elimination“ des Konkurrenten führen. Der „Wettbewerbskonflikt“ zwischen den Heilberufen wurde dadurch verschärft, daß die Möglichkeiten von Diagnose und Behandlung noch sehr beschränkt¹⁴ waren und sich vor allem auf der symptomorientierten Humoralpathologie begründeten.¹⁵ Die sogenannte „Viersäftelehre“ basierte auf den Gedanken der antiken Naturphilosophie: Der Mensch wurde „als kleine Welt“¹⁶ betrachtet. Die vier Elemente Feuer, Erde, Wasser und Luft galten in abgewandelter Form auch für den menschlichen Organismus. Den vier „Lebenssäften“ oder Körperflüssigkeiten „gelbe Galle, schwarze Galle, Schleim und Blut“¹⁷ wurden jeweils zwei von vier physikalischen Eigenschaften zugeordnet: warm, kalt, feucht und trocken. Nur ein harmonisches Zusammenspiel hielt den Menschen gesund. Krankheit wurde als eine Störung dieses Gleichgewichts verstanden. Der Heilkundige behandelte entweder ein Verderben (*corruptio*) oder ein Zuviel (*abundantia*) der einen oder anderen Körperflüssigkeit. Jede Art der Ausscheidung diente dazu, das Säftegleichgewicht zu erhalten oder wiederherzustellen.

Beide Heilgruppen bedienten sich derselben Methodik.

Während der akademische Arzt versuchte, durch Verordnung von Arzneimitteln das Säftegleichgewicht wieder herzustellen, regulierte der Bader ein Leiden durch „Schröpfen“ oder „Ausschwitzen“ in seiner Badstube. Ebenso wurde auch der „Aderlaß“ des Baders zur Wiederherstellung eines gestörten Gleichgewichts angewandt.

Weil beide Berufsgruppen hinsichtlich Diagnose und Therapie dem Publikum dieselben Dienste anboten, wurden die medizinischen Leistungen austauschbar:

¹³ Schneck (1997), S.118.

¹⁴ s. Ackerknecht (1986), S.118; vgl. Duden (1987).

¹⁵ vgl. Telle (1988).

¹⁶ vgl. Widmann et al. (1983), S.16.

¹⁷ Widmann et al. (1983), a.a.O.

Heilte ein nicht-legitimierter Heiler die Krankheit eines Patienten, bestand für den letzteren kein Bedarf mehr, einen Arzt zu konsultieren und umgekehrt. Während heutzutage alternative Heilmethoden zur klassischen Schulmedizin eher in einem „Ergänzungsverhältnis“ stehen, machte sich früher aus genannten Gründen stärker das Prinzip des gänzlichen „Austausches“ als Konsequenz des Wettbewerbes bemerkbar.

Weitere Faktoren wirkten sich „begünstigend“ auf die Ausbildung von „Konkurrenz“ im Medizinalwesen sowie der außerordentlich mannigfaltigen und diffenzierten Klasse an „Konkurrenten“ aus. Im 18. Jahrhundert gab es nur eine kleine Gruppe akademisch ausgebildeter Ärzte, die zahlenmäßig nicht unbedingt in der Lage war, flächendeckend die Krankenversorgung in Stadt und Land zu besorgen.¹⁸

Auch war die akademische Medizin noch nicht wie heute „eine“ Wissenschaft, sondern teilte den Arztberuf in zwei Bereiche auf. Es gab neben den akademischen Ärzten, welchen die Behandlung der sogenannten „inneren“ Krankheiten vorbehalten war, einen weiteren medizinischen Heilberuf, nämlich den des Wundarztes und damit für das Publikum eine weitere „medizinische Anlaufstelle“ im Krankheitsfall. Nach den Bestimmungen waren die Wundärzte für die „äußeren“ Krankheiten, in der Regel Wundbehandlungen und das Einrichten von Knochenbrüchen, zuständig.

Die Aufteilung der medizinischen Heilberufe ist als ein Grund dafür anzusehen, daß sich die Konkurrenzsituation verschärfte. Hinzu kam, daß nicht nur die flächenmäßige Verteilung der Heilpersonen, sondern auch die Verteilung innerhalb der eigenen Gruppe nicht ausgewogen war.

Vorrangig waren es jedoch die finanziellen Gründe, aus denen heraus sich der Patient für eine Heilgruppe entschied und so oft den „direkten“ Weg in die Apotheke nahm. Den Weg zum Arzt empfand das Publikum als „Umweg“, wenn dieser gegen nicht unerhebliche Kosten „bloß“ eine Arznei verordnete, die beim Apotheker direkt zu erhalten war.

Die akademische Ärzteschaft konnte sich noch nicht auf den Status des Experten berufen, um sich vom nicht-akademischen Heiler zu distanzieren und damit einen

¹⁸ Rademacher (1804), Siebenter Brief, S.66ff; vgl.Huf (1937).

„Wettbewerbsvorsprung“ zu verschaffen.¹⁹ Der Umfang der medizinischen Künste vermochte den Arzt nicht in dem Maße von den übrigen Heilpersonen, von Wundarzt, Hebamme und Apotheker abzuheben, daß eine Konkurrenz bzw. die Gegenwart eines Konkurrenten unter den geschilderten Verhältnissen von vornherein ausgeschlossen war. Die akademische Heilkunde befand sich im Verhältnis zur traditionellen nicht-akademischen in einer eher unterlegenen Position. Die professionelle Autorität der Ärzteschaft, wie sie heute gegenüber dem Patienten besteht, war zu Beginn des betrachteten Zeitraums wenig ausgeprägt.

In kleineren Gemeinschaften hatte der nicht-legitimierte Heiler zudem gewöhnlich seinen festen Platz²⁰ und seine Akzeptanz. Seine Heilerfolge setzten dem behördlichen Vorgehen Grenzen.

Heilen außerhalb der Medizinal-Ordnung war im betrachteten Zeitraum alltäglich. Hiergegen galt es für Ärzte und Behörden vorzugehen.

Die Entwicklung, die die akademische Medizin durchlaufen hat, um schließlich zur dominierenden Schulmedizin vor allen alternativen Heilmethoden zu werden, ist Gegenstand eingehender Forschung und Veröffentlichung vor allem aus dem Bereich der Sozial- und Medizingeschichte. Die jüngsten Forschungsergebnisse führen den Wandel vor allem auf die Professionalisierung²¹ der Ärzteschaft und die Medikalisierung der Gesellschaft zurück.²²

Gerade der zentrale Begriff der Medikalisierung ist vielschichtig und wird von der Forschung unterschiedlich interpretiert: Frevert betrachtet Medikalisierung als Ergebnis eines gemeinsamen Konzeptes gesellschaftspolitischer Interessen des Staates und berufspolitischer Interessen der Ärzteschaft. Diesem „Herrschafts-Konzept“ wurde der Patient untergeordnet und somit „zwangsmedikalisiert“. Nach den Forschungsergebnissen von Loetz war der Patient in diesem Prozeß nicht unmündig, sondern entschied „rationell“. Danach war auch der Kranke am Prozeß der Medikalisierung beteiligt. Nach Loetz stellt dieser Prozeß damit eher eine „medizinische Vergesellschaftung“ aller Beteiligten dar, welche das „medizinische Angebot“ untereinander „aushandelten“.

¹⁹ Damit vermag der „Expertenstatus“ einen „Wettbewerbsvorsprung“ zu verschaffen, welcher nach §1 des UWG ausgeschlossen sein soll. Zum UWG, „Recht des unlauteren Wettbewerbs“, von 1909 und seiner Nebengesetze vgl. Emmerich (1998).

²⁰ Lindemann (1996), S.219.

²¹ Geuter (1984), S.55. Geuter zählt die „Rivalität konkurrierender Berufe“ zu den „hindernden Faktoren“ der Professionalisierung. Vgl. auch Broman (1995) und Rosen (1993).

Die Entwicklung der Medikalisierung in den Herzogtümern Jülich-Berg stellt sich im Sinne der Erkenntnisse von Loetz dar: Der rheinische Patient traf die Auswahl der ihm zum jeweiligen Krankheitsstand am günstigsten erscheinenden Behandlungsmethode selbst unter „rationellen“ Kriterien. Im betrachteten Zeitraum existierte hier auch kein „Herrschaftskonflikt“, in welchem der Patient zu Obrigkeit und Arzt stand, da der Kranke sich gewöhnlich seinen Heiler frei aussuchte.

Welche Bedeutung Konkurrenz und Wettbewerb als möglichen Mechanismen des Medikalisierungsprozesses in den Herzogtümern Jülich-Berg zukam, dies zu untersuchen ist vorrangiges Anliegen dieser Arbeit. Schwerpunkte der hier vorgelegten regionalgeschichtlichen Studie bilden die „Begrenzung“ der Berufe, die „Ausgrenzung“ Unberufener und die Konkurrenz der unterschiedlichen Berufsgruppen im Professionalisierungsprozeß der akademischen Medizin.²³ Die Untersuchung geht der Frage nach, ob „Konkurrenz“ eine ärztliche „Strategie“ zur Schaffung begrenzender und ausschließender Regelsysteme war. Die Studie soll überprüfen, wie in diesem Ausgrenzungsprozeß die Machtverhältnisse verteilt waren. Nicht nur der interpersonalen Machtverteilung unter den Heilberufen wird nachgegangen, vielmehr wird nachgeforscht, inwieweit sich Macht auch institutionell verankern und damit ausdehnen ließ.

Die Verhältnisse im Medizinalwesen können nicht losgelöst von den allgemeinen Veränderungen betrachtet werden, welche auch im Bereich der Justiz und Verwaltung eingesetzt hatten. Rationalisierungen in diesen Bereichen haben ihre Auswirkungen auf die Ordnung des Medizinalwesens hinterlassen. Im Rahmen der Studie soll der Fragestellung nachgegangen werden, welchen unmittelbaren Einfluß die Entwicklungen in diesen Bereichen auf den Erfolg des behördlichen Vorgehens gegen „Pfuscher“ und „Quacksalber“ genommen haben.

Die Betrachtung wird aber auch geschlechterspezifische Aspekte berücksichtigen. Zentral interessieren die Fragen, welche Bedeutung der Frau als Heilerin zukam und wie mit ihr während des Verdrängungsprozesses verfahren wurde.

Diese „Lücken“ in dem gegenwärtigen Stand der Forschung zu schließen, ist vorrangiges Anliegen der Untersuchung.

²² zur „Medikalisierung“ s. Frevert (1984); Loetz (1993).

²³ Die Professionalisierung der Apotheker erfolgte zu späterem Zeitpunkt: vgl. Dann (1973); vgl. Hermann/Helmstädter (2001).

Besonders hilfreich im Rahmen der Themenstellung waren mehrere jüngere Forschungsarbeiten, welche sich in anderen Herzogtümern Deutschlands mit dem „medizinischen Alltag“ der frühen Neuzeit beschäftigten.²⁴

Für die hier untersuchten Territorien liegen noch keine spezifischen Untersuchungen hinsichtlich der Entwicklung des Medizinalwesens und der Geschichte der Heilberufe vor. Da die vorliegende Arbeit im Rahmen der Fragestellung nur in geringem Maße auf bereits vorhandene Darstellungen zurückgreifen konnte,²⁵ orientiert sie sich somit vor allem an zeitgenössischen rheinischen, französischen und preußischen Quellen.

Wertvolle Erkenntnisse über die „Konkurrenz unter den Heilberufen“ und im besonderen über den Ausschluß von Konkurrenz gaben die Forschungsarbeiten von Franziska Loetz²⁶ und Gabriele Beisswanger.²⁷ Sie führen aus, daß zu vergleichbarem Zeitpunkt die Ärzte des Herzogtum zu Baden wie auch im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel die Konkurrenz durch andere Heiler zu verhindern versuchten, indem sie „auszugrenzen“ begannen. Die Haltung und Position, welche die Obrigkeit in diesem Prozeß einnahm, ist nach Loetz in Relation zu ihren gesundheitspolitischen Bestrebungen zu sehen. Diese sind nach Frevert²⁸ gleichzeitig als Ausdruck der Umsetzung des obrigkeitlichen „Medikalisierungsprogramms“ zu werten. Beisswanger beschreibt ein ausgeprägtes Konkurrenzproblem, welches sich in dem Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel besonders zwischen Apotheker und Materialist²⁹ entwickelt hatte. Nach Beisswanger wurde durch die Konkurrenz der „unlautere Wettbewerb“ kontrolliert.

Das Gebiet dieser Arbeit umfaßt örtlich den Bereich des linksrheinischen, deutschen Niederrheins, des Herzogtums Jülich und des benachbarten Herzogtums Berg. Die Herzogtümer unterlagen einer komplizierten Territorialgeschichte, die ihre Spuren hinsichtlich der Beschaffenheit des

²⁴ vgl. Jütte (1991); vgl. Stolberg (1986); vgl. Probst (1992); vgl. speziell auch zur Arzneimittellversorgung Beisswanger (1996).

²⁵ vgl. Huf (1937) über das alte Medizinalwesen der Herzogtümer; ein Bild des praktischen Arztes im Rheinland gibt Esser (1963); vgl. Spree (1989) über die Kurpfuscherei-Bekämpfung und ihre sozialen Funktionen während des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts; vgl. allgemein: Berendes (1907); zum Collegium Medicum vgl. Priester (1966).

²⁶ vgl. Loetz (1993).

²⁷ vgl. Beisswanger (1996).

²⁸ Frevert (1984).

²⁹ Materialist: Chemikalien-Großhändler.

Medizinalwesens hinterlassen hat. Der untersuchte Zeitraum wurde auf die Jahre 1799-1875 begrenzt, weil diese Zeitspanne unter der fokussierten Perspektive besonders bedeutsam ist: Gerade in diesem Zeitraum kam es zu entscheidenden Veränderungen im Bereich der Justiz und Verwaltung, von denen auch das Medizinalwesen und die Verfolgung von „Pfuschern“ und „Quacksalbern“ berührt wurden.

Zweimalige Regierungswechsel führten in den Herzogtümern Jülich-Berg zu Neuorganisationen im Bereich der Verwaltung und zu einem Wechsel in der Gesetzgebung. Die Kleinstaaterie am Rhein wurde 1794 nach der französischen Übernahme aufgehoben, so daß ein Einheitsstaat³⁰ gebildet werden konnte, welcher wesentliche Voraussetzung dafür wurde, daß eine Einheitlichkeit in der Rechtspflege geschaffen werden konnte.

Auch wurde das französische Recht nicht einfach nach dem Herrschaftswechsel gegen das preußische ausgetauscht, sondern durch die Tätigkeit der Immediats-Justiz-Kommission zu einem „Preußisch-französischen“ Recht vereint.³¹ Da in diesem Prozeß nur das „Gute“ bleibend übernommen wurde, stellt das abschließende Ergebnis einen bedeutenden Fortschritt dar, welcher sich auch auf die Ordnung des Medizinalwesens nachhaltig auswirkte.

Die Herzogtümer entwickelten sich vom „Ständestaat“ zum „Verwaltungsstaat“, wodurch sich auch der staatliche Fokus verschob. Während es dem Ständestaat vorrangig darum ging, für eine Aufrechterhaltung der Ordnung zwischen den Ständen zu sorgen, versuchten die Medizinalkollegien ab der Wende zum 18. Jahrhundert in Kooperation mit anderen Institutionen und Beamten der Verwaltung immer stärker steuernd in die Ausbildung der Medizinalpersonen einzugreifen und die Qualität der medizinischen Versorgung zu vereinheitlichen.

Aus rechtshistorischer Sicht begann darüber hinaus insgesamt eine für die Rechtsentwicklung in Deutschland bedeutungsvolle Phase: Eine Vereinheitlichung des Rechtssystems stand im Zusammenhang mit Rationalisierungsbestrebungen in der Staatsverwaltung.

Der Berichtszeitraum endet vor der großen und Allgemeinen Preußischen Justiz-Organisation, welche eine Vereinheitlichung des Rechts in den preußischen Staaten herbeiführte.

³⁰ vgl. Planitz (1926).

³¹ vgl. Die Gutachten der Immediats-Justiz-Kommission, in: Landsberg (1914).

Fachbereichsübergreifend wurde in die vorliegende Studie auch das juristische Gebiet miteinbezogen.³² Um die Veränderungen im Bereich der Justiz nachzuvollziehen, war es im Rahmen der Untersuchung vonnöten, durch chronologischen Vergleich der Prozeßordnungen und den darin niedergelegten Bemühungen zu einer beschleunigten Prozeßabwicklung die Rationalisierung in der gerichtlichen Vorgehensweise darzustellen.³³

Die verwendeten handschriftlichen Quellen aus der behördlichen Dokumentation beziehen sich auf Verfahren gegen „Pfuscher“ und „Quacksalber“ innerhalb der Herzogtümer. Die behördliche Verfolgung und der Umgang mit „Pfuschern“ und „Quacksalbern“ wurde aus der Perspektive der französischen Präfektur des Rheindepartements und später der preußischen Königlich Hochlöblichen Regierung betrachtet. Das ausgewählte Archivmaterial beinhaltet die Visitationsprotokolle von Apotheken und Materialwarenlager sowie die tabellarischen Aufstellungen der Physici über legitimierte und nicht-legitimierte Heilpersonen. Aus den Akten wurde ebenfalls auf die in diesem Zeitraum gültigen Medizinal-Ordnungen respektive ihre Entwürfe zurückgegriffen. Unberücksichtigt blieben Edikte und Befehle einzelner Ortsbehörden. Das Hauptaugenmerk bei Durchsicht der Akten lag auf den Kommunikationswegen innerhalb der Behörden, zwischen den Behörden und den Anzeigenden, sowie mit den „Geschädigten“ und den Angeklagten.

In der Studie werden die Begriffe „Pfuscher“ und „Quacksalber“, die vor allem von den Ärzten und der Obrigkeit gebraucht wurden, in „Anführungsstriche“ gesetzt: Beide Begriffe setzen die Tätigkeit der betreffenden Heiler herab. Dieses

³² Eine Übersicht der preußischen Rechtsgeschichte gibt Bornhak (1903); vgl. auch Coing (1967); sowie Köstlin (1996). Die Strafrechtsgeschichte der Neuzeit behandelt Buschmann (1998). Die französischen Einflüsse auf die Rechtsentwicklung beschreiben Meier (1908) und Schulte-Nölke (1998); Eine differenzierende Betrachtung über das Strafsystem unter französischer Herrschaft gibt Kleinbreuer (1999); Über die rheinische Rechts- und Gerichtsverfassung vgl. Landsberg (1914) und Landsberg (1917); vgl. Fürth (1826); vgl. Stengel (1800); vgl. auch zu Aufbau von Justiz und Verwaltung Bär (1919); vgl. Grilli (1999) und Augustin (1818), 2.Bd.; vgl. zu Original-Gesetzessammlungen Daniels (1812), (1833); Blanchard (1812); Duden (1814); Lottner (1834). vgl. die Gesetzessammlung von Scotti (1821); Erläuterungen zu den Preußischen Rechtsbüchern gibt Rönne (1858); vgl. auch Strack (1996).

³³ vgl. zur Prozeßbeschleunigung auch Schubert (1968); vgl. Marquard (1938); Zu Vor- und Nachteilen des öffentlichen und mündlichen Verfahrens hinsichtlich einer Prozeßbeschleunigung vgl. Temme (1840) und Trittermann (1817); vgl. zu Prozeßordnungen auch: Koch (1871); vgl. Rappard (1817); vgl. Rauter (1829); vgl. [anonym] (1855), Die Novellen zur bürgerlichen Prozeß-Ordnung der Königlich preußischen Rhein-Provinz; Zur Justizstatistik s. Lindenberg (1919); s. Allgemeine Gerichtsordnung von 1822; vgl. auch Ansprüche an die bürgerliche Gesetzgebung: Bracht (1834). Einen praktischen Einblick über die Arbeit an den französischen Friedensgerichten geben Erkens (1994) und Graumann (1990); speziell für Jülich: vgl. Robertz (1987).

Bild reflektiert in keiner Weise, welche Akzeptanz und Bedeutung diese „Heilgruppe“ in der Bevölkerung genoß.

Aus diesem Grunde werden die Begriffe weitgehend durch die Bezeichnung nicht-legitimierter oder unautorisierter Heiler ersetzt.

In der Arbeit werden zudem die in die Überwachung und Ordnung des Medizinalwesens eingebundenen Physici und Medizinalräte aufgrund ihrer gemeinsamen Interessenslage mit der „Ärztenschaft“ gleichgesetzt. Die zweifellos vorhandene Konkurrenz innerhalb der Ärzteschaft soll damit nicht angezweifelt werden, jedoch ergibt sich aus den verwendeten Quellen ein gemeinsames und mit den Staatsorganen koordiniertes Handeln.

Die Studie gliedert sich im wesentlichen in zwei Teile:

Der erste oder allgemeine Teil der Arbeit (Kapitel 2-5) gibt zunächst einen historischen Überblick über die Herrschaftswechsel und die territorialen Veränderungen der Herzogtümer Jülich-Berg, da der Wechsel in der staatlichen Zugehörigkeit Einfluß auf Verwaltung und geltendes Recht hatte. Kurz dargestellt werden in diesem Zusammenhang allgemeine politische Veränderungen, welche das Medizinalwesen beeinflußten.

Auch widmet sich der erste Teil speziell dem Aufbau und der Organisation von Verwaltung und Justiz in den Herzogtümern nach den französisch-preußischen Herrschaftswechseln. Dabei wird die französische und preußische Gerichtsorganisation kurz dargestellt, soweit dies zum Verständnis der an den Gerichten „praktizierten“ rheinischen Strafrechtspflege erforderlich ist. Schwerpunktmäßig werden in diesem Zusammenhang die Probleme der Umsetzung und des Vollzugs der rheinischen Strafgesetze an den Friedensgerichten skizziert, an denen die überwiegende Zahl an Medizinalpfuschereien ursprünglich verhandelt wurden.

Der Allgemeinteil befaßt sich mit den sozialen Verhältnissen zur Zeit des vorindustriellen Pauperismus. Vor diesem Hintergrund wird die Seite des Publikums und ihr Verhältnis zu den nicht-legitimierten Heilern beleuchtet. Auch beschäftigt sich dieser Abschnitt mit den Grenzen, welche die sozialen Verhältnisse dem Vorgehen gegen nicht-legitimierte Heiler setzten.

Ebenso wird eine Untersuchung der Medizinal-Ordnungen unter „wettbewerbs- und konkurrenzregulierenden“ Aspekten durchgeführt, durch die eine Ausgrenzung der nicht-legitimen Heilkunde bewirkt wurde.

Der zweite und eigentliche (Haupt)- Teil der Studie (Kapitel 6 und 7) gibt als erstes einen Überblick über das „Ausmaß“ der Medizinalpfuschereien in den Herzogtümern.

Nachfolgend wird die Konkurrenz unter den „pfuschenden“ Medizinalpersonen untersucht, um die Interessenslage und die „Strategien“ der Ärzte hinsichtlich der Ausgrenzung der nicht-legitimierte Heiler darzustellen.

Der Hauptteil reflektiert auch die „Behördenseite“ und ihre Position im „Konkurrenzkampf“ der Heilenden. Dieses Kapitel beschäftigt sich unter anderem mit der Organisation und Rationalisierung der Behörde im Umgang mit Medizinalpfuschereien.

Schwerpunktmäßig wurden Einzelfälle gerichtlich verfolgter „Pfuscher“ und Quacksalber“ unter dem Aspekt untersucht, die Interessen der Parteien näher darzustellen und die Grenzen und Möglichkeiten der ärztlichen und behördlichen Aktivitäten aufzuzeigen.

Auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Untersuchung wird dann in der Zusammenfassung der Versuch unternommen, aus einer vielschichtigen Perspektive zu einer objektiven Bewertung des Konkurrenzproblems im Medizinalwesen der Herzogtümer Jülich-Berg zu gelangen.



Das Dreiecksverhältnis: Obrigkeit, Arzt und „Pfuscher“³⁴
(„Quelle: Hiattrophilo (1728)“)

³⁴ Die „Rollenverteilung“ der im Bild dargestellten Personen läßt sich dem Kontext entnehmen: Der „Weinende“ steht für den Arzt, der „Lachende“ für den „Pfuscher“ und die Rolle des „Narren“ wurde der Obrigkeit zugeschrieben.

2. Territorialgeschichte

Im nachfolgenden wird ein Überblick über die Territorialgeschichte der Herzogtümer Jülich-Berg gegeben. Damit wird auf die unter den Herrschaftswechseln stattgefundenen, wesentlichen Veränderungen eingegangen, die sich auf die Ordnung und Beschaffenheit des Medizinalwesens auswirkten. Die Entwicklung der Gesetzgebung im Bereich des Medizinalwesens wird an dieser Stelle nur gestreift, da ihr ein eigenes Kapitel gewidmet ist. (Kap. 5)

Die Herzogtümer Jülich, Kleve und Berg standen um die Mitte des 16. Jahrhunderts gemeinsam mit den westfälischen Grafschaften Mark und Ravensstein unter der Herrschaft der Herzöge von Jülich-Kleve-Berg.

Nach dem Jülich-Klevischen-Erbfolgestreit im Jahre 1609 verloren die Vereinigten Herzogtümer ihre Autonomie: Sie wurden aufgegliedert und gelangten an Brandenburg-Preußen und das wittelbachische Haus Pfalz-Neuburg. Rechtsgültig wurde diese Aufteilung mit dem Klever Vertrag von 1666: Das Herzogtum Kleve sowie die westfälischen Grafschaften Mark und Ravensberg wurden Brandenburg-Preußen zugeordnet und fielen damit unter Berliner Zentralgewalt. Im frühen 18. Jahrhundert kam auch noch die Grafschaft Moers unter die Herrschaft von Brandenburg-Preußen.³⁵

Jülich und Berg wurden 1614 und 1666 Pfalz-Neuburgische Besitzungen und hatten ihren Regierungssitz zunächst in Düsseldorf.

Durch die Einflüsse des Erbfolgekrieges galt die Aufmerksamkeit der Regierung in den Herzogtümern besonders der Außenpolitik. Die innere Verwaltung nahm in dieser Zeit einen eher untergeordneten Stellenwert ein. So gab es im 17. Jahrhundert auch noch keine das Medizinalwesen regelnde Verordnung. Erst 1708 wurde von Johann Wilhelm II (1679-1716) eine erste Medizinalordnung für die Herzogtümer erlassen.

Nach dem Tode des Regenten wechselte der Regierungssitz und die Herzogtümer wurden vom entfernten Mannheim aus regiert.³⁶ Sie standen nun unter der Herrschaft von Carl-Theodor von Pfalz-Sulzbach (1742-1799), der unter anderem für Jülich-Berg am 8. Juni 1773 die zweite Medizinal-Ordnung erließ.³⁷

³⁵ Hantsche (1999), S.90.

³⁶ Düsterwald (1980), S.78.

³⁷ Scotti, II 2096.

Das Aussterben der bayerischen Wittelsbacher 1777 führte kurz vor der französischen Revolution noch zu einer Vereinigung der kurpfälzischen mit den kurbayerischen Landen, dem Kurfürstentum Pfalz-Bayern: Am 2. Januar 1778 wurde die Residenz von Mannheim nach München verlegt.³⁸ Damit rückte nicht nur für die preußischen, sondern auch für die pfalz-bayerischen Gebiete am Niederrhein der Regierungssitz in noch weitere Ferne.

Diese örtliche Distanz zur Regierung erschwerte besonders die Überwachung der Umsetzung und Befolgung der von ihr zentral erlassenen Verordnungen.³⁹ Hinderlich gestalteten sich bei der Überwachung aber auch die „strafrechtlichen Ausweichmöglichkeiten“: Die Landesgrenzen der niederrheinischen Territorien lagen, geographisch gesehen, sehr nahe beieinander⁴⁰ und die Rechtsverhältnisse in den einzelnen Territorien wurden sehr unterschiedlich geregelt.

Zu Beginn des betrachteten Zeitraums stand das linksrheinische Herzogtum Jülich unter französischer Herrschaft (seit 1794). Durch den Frieden von Luneville (9.2.1801) wurde die Eingliederung der linksrheinischen Besitzungen legalisiert.⁴¹ Mit der französischen Übernahme hatte die kleinstaatliche Zersplitterung am Niederrhein ihr Ende. Es wurde ein großräumiges Staatswesen geschaffen, welches nach einheitlichen Grundsätzen und Verordnungen verwaltet werden konnte.

Im Bereich des Medizinalwesens kam es nach der französischen Übernahme speziell auf dem Gebiet des Apothekenwesens zu entscheidenden Veränderungen: Durch das Lehnsgesetz („Loi concernant les droits feodaux“) wurde am 19.7.1798 die Gewerbefreiheit eingeführt. Nach Duden wurde dieses Gesetz ursprünglich durch den „*Druck der Gewerbe*“ erlassen und hatte zum Ziel, „*sämtliche Monopole*“ aufzuheben.⁴²

Es wurde die in jeder Hinsicht unbeschränkte Niederlassungsfreiheit eingeführt. Der Zahl an Apothekern, Ärzten und Wundärzten in einer Stadt und Gegend wurde keine Grenze mehr gesetzt. Darüber hinaus war es bis zur Errichtung der Pharmazie-Schulen (ca. ab 1802) auch Nicht-Apothekern möglich, eine Apotheke zu betreiben.⁴³

³⁸ Düsterwald (1980), S.83.

³⁹ Schmidt-Wetter (1970), S. 93.

⁴⁰ Bär (1990), S. 6.

⁴¹ vgl. Braubach (1980), Bd.II, S.333.

⁴² Duden (1844), S.9.

⁴³ vgl. Bönner (1930); Siehe auch Daniels (1833) Bd.I, S. 157 und Ingendoh (1987), S.48ff.

Alle freien Gewerbe wurden von diesem Zeitpunkt an einer verhältnismäßigen Patentsteuer unterworfen: Die Apotheker fielen in die zweite Klasse der Patent-Gebühren:

„Erste Classe: ...Großhändler

Zweyte Classe:...Die Detailhändler mit Tuch, Seidenzeugen,...die Apotheker...

Bezahlen in den Gemeinden:

von 100.000 Seelen und darüber 100 Francs

von 50.000 Seelen 80 Francs

von 30.000-50.000 Seelen 60 Francs

von 20.000-30.000 Seelen 40 Francs

von 10.000-20.000 Seelen 30 Francs

von 5.000 – 10.000 Seelen 25 Francs

unter 5.000 Seelen 20 Francs

Dritte Classe: Die Kramhändler im Kleinen”.

Auszug aus dem: *„Tarif du droit des patentes“* vom 22. Oktober 1798

(„Quelle: Schmidt-Wetter (1970), S.92“)

Die Ärzte unter dem Namen „Officiers de santé“ standen mit den „Trödlern,...Hutmachern [und] Zahnärzten“ in der „4.Klasse“ der Gewerbetreibenden.⁴⁴

Die unbeschränkte Niederlassungsfreiheit wurde durch das französische Gesetz vom 11. April 1803 und das arrêté vom 19. Juli 1803 abgeändert. Fortan berechnete nur noch die vorherige Prüfung und der Nachweis der entsprechenden Qualifikation zur Ausübung des Apothekerberufes. Ab diesem Zeitpunkt gab es eine unbeschränkte Niederlassungsfreiheit nur noch für qualifizierte Apotheker und Ärzte.⁴⁵

Ein Motiv für die Gesetzesänderung lag darin, daß es durch die unkontrollierte Apothekenvervielfältigung zu einer Konkurrenzsituation gekommen war, die sich

⁴⁴ Schmidt-Wetter (1970), S.92.

⁴⁵ Schmidt-Wetter (1970), S.110. Aus dem Gesetz vom 21. Germinal XI (11.Apr.1803) über die Organisation der Apothekenschulen, Vierter Titel : „25. Niemand kann ein Patent erhalten, um das Apotheker-Gewerbe zu treiben, eine Apotheke zu eröffnen, irgend ein Heilmittel zuzubereiten, zu verkaufen oder zu vertreiben, wenn er nicht nach den bisher gewollten Formen, oder wenn er nicht in einer Apothekerschulen, oder von einem der Jurys, nach denjenigen, die durch

„nachteilig auf die Qualität der Arzneiwaren“⁴⁶ ausgewirkt hatte. Die „Klagen“ über schlechte Medikamente wurden auf „die höchst oberflächlichen Apothekenvisitationen“, den „Mangel an einer Landes-Pharmakopöe und Arzneitaxe“, aber auch auf den Umstand, daß von Krämern „Arzneien und geheime Mittel“ feilgeboten wurden, zurückgeführt.⁴⁷

Nach der Schlacht bei Austerlitz und dem Vertrag von Schönbrunn im Dezember 1805 trat Preußen die ihm noch verbliebenen rechtsrheinischen Gebiete des Herzogtums Kleve an Frankreich ab. Napoleon vereinigte sie im März 1806 mit dem von Bayern ebenfalls abgetretenen Herzogtum Berg und übertrug das Gebiet als französischen Satellitenstaat seinem Schwager Joachim Murat. Im März 1806 wurde das Herzogtum Berg zum Großherzogtum Berg erhoben.

Im April 1806 wurde das Großherzogtum Berg unter französische Verwaltung gestellt. Zum Minister des Innern wurde der einheimische Graf von Nesselrode-Reichenstein ernannt:⁴⁸ er hatte im Bereich des Medizinalwesens unter anderem am 5.12.1808 eine Verordnung gegen die sogenannten Materialisten erlassen, welche in Konkurrenz zu den Arzneimittel verkaufenden Apothekern standen.⁴⁹

Nach dem Bergischen Dekret vom 31.3.1809 wurde auch im Großherzogtum wie zuvor im Herzogtum Jülich eine allgemeine Patentsteuer eingeführt⁵⁰ mit welcher „vollständige Freiheit“, die das gewerbliche Leben betraf, erreicht werden sollte.

Der französischen Herrschaft blieb aber, gerade in den rechtsrheinischen Gebieten, nur eine kurze Zeit, ihre Ziele zu verwirklichen. Die erste Phase des Zusammenbruchs der französischen Herrschaft begann mit der Völkerschlacht bei Leipzig (16. bis 19. Oktober 1813).⁵¹ Die Grundzüge für eine Verwaltungsorganisation wurden auf der Leipziger Konvention vom 21. Oktober 1813 festgelegt: Am 25. November 1813 entstanden das Generalgouvernement Berg unter Staatsrat Justus Gruner in Düsseldorf und das Generalgouvernement Frankfurt.

gegenwärtiges Gesetz eingeführt worden, und nach allen darin vorgeschriebenen erfüllten Bedingungen, aufgenommen worden“.

⁴⁶ Merrem (1816), S.7.

⁴⁷ Merrem (1816), S.7.

⁴⁸ Weidenhaupt (1976), S.88.

⁴⁹ Scotti III 3040.

⁵⁰ Kaiserliches Dekret No. IX, wodurch eine allgemeine Patentsteuer eingeführt wird, vom 31. März 1809, in: Gesetzes-Bulletin für das Großherzogtum Berg, welche dem 3. November 1809 vorgehen, S. 342 ff.

⁵¹ Koltz (1992), S.15.

Nach dem Zweiten Pariser Frieden wurden die Generalgouvernements Mittelrhein in Trier und Niederrhein in Aachen eingerichtet.⁵²

Ab dem 4. Februar 1814 übernahm Prinz Alexander zu Solms-Lich das Amt des Generalgouverneurs in Düsseldorf. Der preußische Geheime Staatsrat Johann August Sack wurde Generalgouverneur vom Niederrhein mit dem Sitz in Aachen. Staatsrat Justus Gruner erhielt das Generalgouvernement Mittelrhein in Trier.

Im Frühjahr 1814 wurden auch die linksrheinischen Gebiete zurückerobert. Eine Neuorganisation wurde nötig,⁵³ und es entstanden das Generalgouvernement vom Mittelrhein unter Justus Gruner und das Generalgouvernement vom Niederrhein unter Johann August Sack.⁵⁴

Im Bereich des Medizinalwesens sind aus der Zeit des Generalgouvernements zwei Verordnungen hervorzuheben, die sich gegen die wahllose Errichtung von Apotheken richteten und damit zum Ausdruck bringen, daß die zur französischen Zeit praktizierte Niederlassungsfreiheit als ein Mißstand empfunden wurde.

*„Die unbedingte Befugnis, welche in den französischen Gesetzen liegt, daß an einem Orte so viele Apotheken bestehen können, als sich deren dort niederzulassen Lust haben, erhielt nie den Beifall der Sachverständigen. Aus einer übertriebenen Concurrenz entsteht für jeden die Unmöglichkeit, dasjenige zu leisten, was der Staat von ihm fordert; und da wo die besten Arzneistoffe in hinreichender Menge sich vorfinden sollen, wird ein minderer Vorrat von weniger guten oder gar schlechter Qualität angelegt; selbst Verfälschung der Stoffe oder des Gewichtes können die Folgen eines gewinnsüchtigen Bestrebens sein, um sich über den Concurrenten empor zu halten. Die nachtheilige Einwirkung aufzuheben, die dieses System auf die Gesundheit der Bewohner des Mittelrheins haben muß; und zugleich auf der anderen Seite ihr Interesse zu wahren, vor den speculativen Nachstellungen eines monopolisierenden Apothekers“.*⁵⁵

Eine ähnliche Verordnung erging von Generalgouverneur Sack am 25.11.1814 für das Generalgouvernement vom Niederrhein.⁵⁶

Nach Inkrafttreten dieser Verordnungen wurde die nach dem französischen Gesetz bestehende Niederlassungsfreiheit wieder aufgehoben. Die Gründung einer neuen Apotheke wurde an eine Erlaubnis gebunden.

⁵² Klaus (1965), S.71.

⁵³ vgl. dazu auch die Besitznahmepatente bei Gräff (1846), S. XLI-XLVIII.

⁵⁴ Gerschler (1968), S.17/18.

⁵⁵ Verordnung von Justus Gruner vom 17.5.1814, in: Lottner (1834) Bd.1, S.103 ff.

⁵⁶ Lottner (1834), Bd.1, S.191.

Am 8. Februar 1815 wurden auf dem Wiener Kongreß die Rheinlande Preußen zugesprochen.⁵⁷

Am 30. April 1815 erfolgte die Einteilung in 2 Provinzen:

- Die Provinz Jülich-Kleve-Berg mit der Hauptstadt Köln und den Regierungsbezirken Köln, Düsseldorf, Kleve.
- Die Provinz Großherzogtum Niederrhein, mit der Hauptstadt Koblenz und den Regierungsbezirken Koblenz, Trier, Aachen.

Die beiden preußischen Provinzen wurden am 22. Juni 1822 zur Rheinprovinz zusammengefaßt.

⁵⁷ Gerschler (1968), S.20.

3. Verwaltung und Justiz im Herzogtum Jülich-Berg 1799-1875

Unter dem Einfluß staatlicher, sozialer und kultureller Veränderungen wurde die Verwaltung im Herzogtum Jülich-Berg im behandelten Zeitraum mehrfach neuorganisiert. Die Umorganisationen hatten unter anderem zum Ziel, Verwaltung und Justiz rationeller zu gestalten.

Im Bereich der Rechtspflege zeichneten sich deutliche Bestrebungen ab, der sogenannten „Prozeßverschleppung“ Einhalt zu gebieten.⁵⁸ Verzögerungen in der Abwicklung von Prozessen hatten sich erschwerend für die Rechtsfindung ausgewirkt. Auch die behördliche Verfolgung von „Pfuschern“ und „Quacksalbern“ wurde durch den Aufschub von Prozessen behindert, so daß notwendige generalpräventive Maßnahmen nicht vollzogen werden konnten.⁵⁹

Der Erfolg des behördlichen Vorgehens gegen „Quacksalber“ und „Pfuscher“ stand im engen Zusammenhang mit der Entwicklung, welche Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit nahmen bzw. dem unmittelbaren Zusammenspiel von Recht und Rechtspflege.

So leistete die Rationalisierung im Bereich der Verwaltung und Justiz auch ihren Beitrag im Professionalisierungsprozeß der akademischen Medizin.

⁵⁸ Schubert (1968), S. 143. Vgl. Koch (1871), „Einleitung in die Prozess-Ordnung“, S. 18: Paragraph 65 verweist darauf, daß *„die Ruhe und Ordnung in der bürgerlichen Gesellschaft“ es nicht „gestattet, daß die Prozesse verewigt werden“*.

⁵⁹ Grundsätzlich gestaltete sich im betrachteten Zeitraum gerade die Einleitung von Verfahren schwierig und führte damit verbunden zu zeitlichen Verzögerungen. Die Verordnungen nannten häufig nicht die zuständigen Gerichtsstände (s. Stoll (1813), 3. Teil, S. 231) oder gaben eine Unzahl von Ausnahmeregelungen und Beschränkungen den Beamten vor, welche die Entscheidung unsicher machten. Vgl. Bracht (1834), S. 136. Vgl. hierzu die Allgemeine Gerichtsordnung für die Preußischen Staaten (1822): Obwohl in der Regel ein *„jeder unter demjenigen Gerichte“* stand, *„welches für den Ort oder Bezirk, in welchem er wohnt, zunächst und unmittelbar bestellt ist“* (a.a.O. § 8, S. 27), gab es Ausnahmen: Die herumziehenden „Pfuscher“ und „Quacksalber“ beispielsweise zählten nach der genannten Prozeßordnung vor Gericht als „Vagabunden“ (a.a.O. § 22, S. 30). Ein „Vagabunde“ konnte nach § 25 (a.a.O. S. 31) *„vor jedem Gericht in Anspruch genommen werden, wo er angetroffen“* wurde. Die genannte Verordnung machte an dieser Stelle aber verschiedene Einschränkungen, welche sich komplizierend auf das gerichtliche Procedere auswirkten: Sie unterteilte die *„fahrenden Händler“* noch einmal in zwei Gruppen. Die sogenannten „Fremden“, welche im Begriffe standen, *„sich in hiesigen Landen niederzulassen“*, konnten nur bei den *„ordentlichen Gerichten des Ortes“*, wo sie sich aufhielten, *„belangt werden“*. Gehörten die *„vagabundierenden Pfuscher“* nach ihren *„persönlichen Eigenschaften“* aber zu den sogenannten „Eximinirten“ („Exemption“: Herausnahme einer Person aus der Leitungsgewalt des unmittelbar für sie zuständigen Amtsträgers und Unterstellung unter den nächsthöheren), so waren die *„Obergerichte der Provinz, in welcher sie sich befinden, in Anspruch zu nehmen“* (a.a.O. § 26, S. 31). Weitere Besonderheiten bei der Frage nach dem zuständigen Gerichtsstand gab es auch bei den „Geistlichen“, welche häufig auch zu den sogenannten „Pfuschern“ zu zählen waren: Pfarrer und Prediger waren *„in der Regel dem Landesjustizkollegio der Provinz unterworfen“* (a.a.O. § 45, S. 36). Und die in *„wirklichen Militärdiensten stehenden Feldscherer“* hatten ihren *„persönlichen Gerichtsstand unter den Regimentsgerichten“* (§ 48, S. 37).

Welche Anstrengungen die Justiz im behandelten Zeitraum unternahm, um ihre organisatorischen Abläufe effektiver zu gestalten und Prozeßverzögerungen entgegenzuwirken, soll Mittelpunkt der nachfolgenden Betrachtung sein. Mitberücksichtigt werden dabei auch die Umsetzung von Gesetzesrecht durch die Gerichte bzw. die praktische Arbeit der Gerichtshöfe. In der Gesamtschau werfen alle diese Faktoren Licht auf das Verfahren und den Umgang mit „Quacksalbern“ und „Pfuschern“, wie sie das historische Material dokumentiert.

Die erwähnten behördlichen Umorganisationen fanden in den links- und rechtrheinischen Landesteilen nicht gleichzeitig statt: Während sich das linksrheinische Herzogtum Jülich bereits seit 1794 unter französischer Herrschaft befand,⁶⁰ bestand das Herzogtum Berg mit seiner alten Verwaltung noch bis zum Jahre 1806 weiter.⁶¹ Erst in diesem Jahr wurde nach der französischen Übernahme das Großherzogtum Berg geschaffen. Somit stand das Herzogtum Berg im Gegensatz zu den linksrheinischen Gebieten nur 5 Jahre unter französischer Herrschaft. Diese mußten binnen zwei Jahrzehnten mehrere französische Verwaltungsformen durchlaufen.

Da das französische Recht im Großherzogtum Berg erst zum 17.12.1811 definitiv in Kraft trat⁶² und die Friedensgerichte und erstinstanzlichen Tribunale erst Ende 1812 vollständig eingerichtet waren, galt das französische Prozeßrecht nur ein gutes Jahr, bevor das Großherzogtum zusammenbrach.

Die Einführung der neuen Justizorganisation und des französischen Rechts gestaltete sich schwierig und benötigte eine Übergangszeit. Es bedeutete nicht nur, fremdes Recht in einem Land einzuführen, mit dem es in der Vergangenheit weder durch Herkunft, noch durch Sprache und Kultur verbunden war. Auch die Zusammensetzung des Beamtenstandes hatte maßgeblichen Einfluß auf die Organisation des Justizwesens nach den „neuen“, französischen Prinzipien, denn von den Beamten hing es letztlich ab, ob es gelang, die Verwaltung aufzubauen. Ebenso wirkte sich der praktische Umgang der rheinischen Richter mit dem französischen Recht auf die Anwendungs- und Wirkungsweise des französischen Rechts in der gerichtlichen Praxis aus. Hier sei angemerkt, daß für die Besetzung von Richterstellen nicht nur juristisches Sachwissen, sondern häufig auch

⁶⁰ s. Bär (1919), S.40.

⁶¹ s. Bär (1919), S.63.

⁶² s. Bär (1919), S.65; vgl. Kleinbreuer (1999), S. 10.

politisches Wohlverhalten und „Patriotismus“ von ausschlaggebender Bedeutung waren.⁶³

Schließlich bedurfte die neue Organisation aber auch einer gewissen „Akzeptanz“ innerhalb der Bevölkerung. Neigebauer beschreibt die Stimmung der Bevölkerung am Rhein als eher ablehnend, da die französische Rechtsordnung vorwiegend auf die Unterstützung des französischen Heereswesens ausgerichtet war.⁶⁴

Die Licht- und Schattenseiten der französischen Gesetzgebung ließen sich erst übersehen, als die fremden Behörden eine Zeitlang ihren Dienst verrichtet hatten. Das Ende des behandelten Zeitraumes ist durch eine weitere Justiz- und Verwaltungsreform gekennzeichnet. Nach einer Übergangszeit wurden die französische Verwaltung und das französische Recht von der Preußischen Verwaltungsorganisation abgelöst. Um beurteilen zu können, was die französische Verwaltung am Rhein, die zu Beginn des Jahres 1814 zusammenbrach, in der kurzen Zeit ihres Bestehens bewirkt hat, soll ein Blick zurück auf die Verhältnisse vor ihrer Einrichtung geworfen werden.

⁶³ Bockenheimer (1890), S.170.

⁶⁴ Neigebaur (1821), S.274.

3.1. Verwaltung und Justiz im Herzogtum Jülich-Berg am Ende des 18. Jahrhunderts

Vor der französischen Revolution verliehen auch die Herzogtümer Jülich-Berg dem Gebiet am Rhein das Gepräge einer Viel- und Kleinstaatenwelt. Die kleinen Unterherrschaften waren nicht nur dadurch charakterisiert, daß sie vielfach durch eigene Regierungs- und Justizbehörden verwaltet wurden.⁶⁵ Die staatspolitische Zerrissenheit am Niederrhein drückte sich auch darin aus, daß es eine Vielzahl an regionalen Rechtsgebräuchen gab, wodurch die bürgerlich-rechtlichen Zustände in den Territorien sehr unterschiedlich waren.⁶⁶ In einer kleinen Unterherrschaft konnte etwas als „*Recht*“ gelten und „*vom Gesetze geheiligt*“ sein, während dieses Recht in einem Nachbarort bereits nicht mehr bestand und hier als „*Unrecht*“ betrachtet wurde. Mit polizeilichen Maßnahmen ließ sich „*nur schwer etwas verbieten, was jenseits der auf allen Seiten nahen Landesgrenzen erlaubt*“ war.⁶⁷ Die konsequente Umsetzung polizeilicher Maßnahmen, darunter verstand man staatsrechtlich den Komplex der inneren Verwaltung,⁶⁸ erforderte ein entsprechend großes Verwaltungsgebiet.⁶⁹

Die altrheinische Verwaltung besaß noch eine aristokratische und kollegiale Organisation.⁷⁰ Die Beamten von örtlicher Verwaltung und Rechtspflege waren auf beiden Gebieten tätig. Es gab Verwaltungsbeamte, die Recht sprachen, während Verwaltungsangelegenheiten durchaus auch von den Richtern der Haupt- und Untergerichte wahrgenommen wurden.

Es wird berichtet, daß die altrheinische Behördenorganisation von einer „*außerordentlichen Schwerfälligkeit*“⁷¹ gekennzeichnet war.

Die Verwaltung war durch eine Vielzahl an Beamten „*verteuert*“, welche zudem noch „*Schwäche und Mangel an Autorität*“ erkennen ließen.⁷² Rechtspflege und

⁶⁵ Bär (1919), S.38.

⁶⁶ Hoffmann (1918), S.23.

⁶⁷ Bär (1919), S.6.

⁶⁸ Hans (1976), S.13 .

⁶⁹ „*Zum Amt der Polizei*“ zählt §10, II 17 des Preußischen A.L.R. die „*nöthigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung, oder einzelnen Mitgliedern desselben bevostehenden Gefahr zu treffen...*“. Bezug auf §10, II 17 des Preußischen A.L.R. von 1794 nimmt Götz (1995). Vgl auch Hans (1976), S.15 zum „*Wandel*“ des Polizeibegriffes. Einen Überblick über die Deutsche Polizeigeschichte gibt Harnischmacher (1986).

⁷⁰ Mücke (1915), S.39.

⁷¹ Hashagen (1917) I.Bd., S. 2.

⁷² Hashagen (1917), a.a.O.

örtliche Verwaltung arbeiteten mit der Jülich-Bergischen Rechtsordnung von 1555 und der Dienstordnung für die Amtleute vom 31. Oktober 1558.⁷³

Das Herzogtum Jülich-Berg wurde ursprünglich von *Oberbehörden* verwaltet, die ihren Sitz in Düsseldorf hatten:

- Jülich-Bergischer Geheimer Rat, u.a. zuständig für die allgemeine Verwaltung, Landeshoheitssachen und Regalien.
- Steuer-Finanz- und Kriegsdepartement.
- Oberappellationsgericht.
- Jülich-Bergischer Hofrat (Verhandlung u.a. von Lehnprozessen). Der Hofrat war die zweite Instanz bei Berufungen gegen die Urteile der Untergerichte.
- Jülich-Bergische Hofkammer: Diese war der Domänen, Zoll- und Münzverwaltung vorgestellt.
- Jülich-Bergisches Consilium Medicum: Das Consilium Medicum war verantwortlich für die Überwachung des Medizinalwesens und die Prüfung der Medizinalpersonen⁷⁴

Die Oberbehörden des Herzogtums Jülich-Berg am Ende des 18. Jahrhunderts
(„Quelle: Bär (1919), S.38/38“)

Unter dem Einfluß der Aufklärung änderte sich das allgemeine Rechtsverständnis in den Herzogtümern. Der Gedanke des „*Gemeinwohls*“ aus der Frühaufklärung wurde aufgegriffen: die „*salus populi suprema lex esto*“. Das „*Wohl des Volkes*“ wurde zum obersten Grundsatz erhoben.⁷⁵

Bereits unter der Herrschaft von Carl-Theodor (1742-1799) waren Ansätze zu erkennen, daß der „Verbrechensprophylaxe“ Platz eingeräumt wurde.

Die Reformen im Bereich der Justiz hatten u.a. zum Ziel, den Strafgedanken zu revidieren, Strafe nicht mehr als „Sühne für Sünde“, sondern zum Schutz der Gesellschaft als Abschreckung aufzufassen. Durchziehende und nicht gehörig legitimierte Personen sollten „*beobachtet*“ und ihnen „*der Aufenthalt in den Herzogtümern nicht gestattet werden*“.⁷⁶

⁷³ Bär (1919), S.37; vgl. Freiburg (1990).

⁷⁴ Einen historischen Überblick über das Collegium Medicum in Düsseldorf gibt Priester (1966).

⁷⁵ Coing (1967), S.71/72.

⁷⁶ Robertz (1987), S.15. Vgl. Medizinal-Ordnung von Carl Theodor vom Jahre 1773, HSTaD Jülich-Berg II, 6122.

Auch für den strafrechtlichen Prozeß sollten neue Gesetze geschaffen werden:⁷⁷ In erster Linie wurden Bestrebungen unternommen, das richterliche Ermessen zu beschränken, um zu vermeiden, daß in irgendeiner Form Gewalt auf den Angeklagten ausgeübt werden konnte. Besonders revisionsbedürftig erschien in diesem Zusammenhang das sogenannte Inquisitionsverfahren, welches im Herzogtum Jülich-Berg bis zur französischen Revolution im Jahre 1794 auch im Zivilprozeß praktiziert wurde.⁷⁸ Bei dieser Form der Verhandlung wurde die Untersuchung des Tatbestandes durch den Richter geführt.

Das Inquisitionsverfahren (unter Carl-Theodor eingeführt) stellte zunächst den Sach- und Streitstand (*status causae et controversiae*) fest, bevor die zu ermittelnde Hauptsache vom erkennenden Gericht verhandelt wurde. Während des gesamten Beweisverfahrens war die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Bei diesem Verfahren lag nicht nur die Verbrechensermittlung, sondern auch die sich anschließende Verurteilung des Angeschuldigten in den Händen und dem Ermessen des Richters.⁷⁹

Der Inquisitionsprozeß war ursprünglich als Mittel gegen die Prozeßverschleppung eingeführt worden,⁸⁰ nachdem Beschwerden erhoben worden waren, daß zahlreiche Prozesse über 1 Jahr bis zum Urteilsspruch benötigten.⁸¹ Eine raschere Abwicklung von Prozessen sollte nicht nur durch eine Verkürzung der Fristen auch bei Berufungen herbeigeführt werden, sondern auch durch ein Abweichen von der strengen Form des ordentlichen Prozesses bei kleineren Streitsachen.

Der Erfolg dieser Maßnahmen hinsichtlich der Verkürzung der Prozeßdauer war nur begrenzt. Marquardt berichtet über die 2.Hälfte des 18. Jahrhunderts, daß nicht nur die Zweiteilung des Prozesses, sondern auch die Form der „*Klageübergabe*“ einer schnelleren Prozeßabwicklung hinderlich war.⁸² Der Kläger hatte als erstes festzustellen, welchem Stand der Beklagte angehörte, bevor das eigentliche Verfahren eingeleitet werden konnte. Für die Abwicklung von privilegierten Personen- oder Rechtssachen waren spezielle Gerichtshöfe zuständig. Rechtsstreitigkeiten gegen privilegierte Personen gehörten vor das

⁷⁷ Coing (1967), S.79.

⁷⁸ Robertz (1987), S.13.

⁷⁹ Schubert (1968), S.145/146.

⁸⁰ Robertz (1987), S.13.

⁸¹ Schubert (1968), S.144.

⁸² Marquardt (1938), S.77.

Reichskammergericht, den Gerichtsstand des Fürsten, und Klagen gegen die Ritterschaft durften nur am Hofkammergericht vorgebracht werden. War die Frage des Standes ermittelt, konnte der Kläger bei einem ordentlichen Richter seine Klage einreichen und um richterliche Ladung des Beklagten bitten.

Bevor es zu einer gerichtlichen Verhandlung kam, mußte nicht nur die Frage des Standes, sondern grundsätzlich die der Prozess- oder Rechtsfähigkeit eines Beschuldigten geklärt werden: Gegen Geistliche, die sich vielfach unter den „Pfuschern“ und „Quacksalbern“ befanden, konnte nicht geklagt werden, sofern sie „geordnet“ oder priesterlich geweiht waren. Frauen hingegen waren grundsätzlich prozeßfähig und konnten rechtlich belangt werden.⁸³

Handelte es sich um eine Zivilsache, so entschied in erster Instanz der Amtmann innerhalb seines Bezirkes, in städtischen Gemeinden waren zunächst die Schöffengerichtshöfe zuständig. Bei Strafsachen führte der Amtmann nur die Ermittlungen durch, während die Entscheidung letztlich bei den Schöffengerichtshöfen lag.⁸⁴ Die Hofgerichte urteilten in 2. und die Revisionsgerichtshöfe in 3. Instanz.

Da es keine Präklusivfristen mehr gab, nach deren Ablauf Recht nicht mehr geltend gemacht werden konnte, kam es zu weiteren Verzögerungen bei der Verbringung von Verteidigungs- und Klagemitteln.⁸⁵ Durch die Fristenaufhebung wurde den Richtern eine Möglichkeit genommen, gegen Prozeßverzögerungen und Versäumnisse der beteiligten Parteien vorzugehen.

Die rheinischen Schöffengerichte waren mit einem Richter und in Jülich zusätzlich mit 7 Schöffen besetzt. Schultheiße mußten Entscheidungshilfe leisten, wenn unter den anwesenden Schöffen Stimmengleichheit herrschte. In den Verhandlungen stellte sich bald heraus, daß *„das bloße Gedächtnis der Schöffen...vielmalen ungleich erfunden und die Sachen durch Absterben zuletzt in endlich Verfall geraten“* waren.⁸⁶

Um diesem Mißstand entgegenzuwirken, wurden die Gerichte in der zweiten

⁸³ Marquard (1938), S.22. Über die Rechtsstellung der Frau nach der Jülich-Bergischen Rechtsordnung (1555) s. Freiburg (1990).

⁸⁴ Dressler (1957), S.5/6.

⁸⁵ Schubert (1968), S.148.

⁸⁶ Marquardt (1938), S.20. Auslassungen werden durch ... gekennzeichnet und sind, wenn nicht anders vermerkt, von mir. Über die Gerichtsverfassung und das Schöffengericht vgl. auch Lau (1907).

Hälfte des 18. Jahrhunderts mit Gerichtsschreibern oder „Bütteln“ besetzt und den Gerichten auferlegt, 2 Gerichtsbücher zu führen.

Dem Büttel wurde aber nicht erlaubt, kleinere Streitsachen selbst abzuurteilen, wie es in anderen Ländern zur rascheren Prozeßabwicklung teilweise der Fall war. Da die Rechtssprechung und Urteilspraxis an den Untergerichten nicht einheitlich war, wurde die Dauer von Prozessen unüberschaubar. Teilweise mußten die Entscheidungen der unteren Gerichte von den höheren Gerichtshöfen wieder aufgehoben werden.

Unnötige Berufungen und Kosten sollten mit Hilfe von Prozeßordnungen vermieden werden.⁸⁷

⁸⁷ Marquard (1938), S.8. Vgl. Koch (1871), „Einleitung in die Prozess-Ordnung“, S.3, §9: „*Das allgemein Beste erfordert es, daß die Prozesse, soweit es ohne Nachtheil der Rechte der Partheien geschehen kann, abgekürzt und die Kosten dabei möglichst gespart werden*“. Durch §10 der genannten Verordnung wurde dem untersuchenden Richter auferlegt, „*die Wahrheit ...auf dem sichersten und zugleich nächsten Wege zu erforschen*“.

3.2. Verwaltung und Justiz zur Zeit der französischen Herrschaft

Nach der französischen Übernahme von Jülich-Berg stand die Neuorganisation der Justiz im Mittelpunkt des Interesses. Sowohl die bestehende Verwaltung als auch die unübersichtliche Rechts- und Gesetzeslage sollten dem französischen Vorbild angeglichen werden. Die mittelalterlichen Institutionen mußten einer neuzeitlichen Einrichtung weichen,⁸⁸ welche nicht nur eine Zentralstelle schuf, sondern auch Justiz und Verwaltung streng voneinander trennte.⁸⁹

Die französische Verwaltung vertrat keine einzelnen Interessensgruppen,⁹⁰ sondern übertrug den Gleichheitsgrundsatz auf alle wichtigen Bereiche: Für alle Bürger, Männer und Frauen wurde Gleichheit vor dem Gesetz und Gericht geschaffen.⁹¹

Auch die steuerlichen Abgaben wurden nach einem Maßstab bemessen. Die französische Verwaltung erstreckte sich auf städtische und ländliche Gebiete, womit der verwaltungsrechtliche Unterschied, der bis dahin zwischen Stadt und Land geherrscht hatte, beseitigt wurde.⁹²

⁸⁸ vgl. Gesetz-Bulletin des Großherzogtum Berg, Nr.52, „Kaiserliches Dekret über die Organisation der Justiz, 17. Dezember 1811, S.304, Art.1 und Art.2.

⁸⁹ Hashagen (1917), I.Bd. S.13; vgl. Gesetz-Bulletin des Großherzogtum Berg, Nr.52, „Kaiserliches Dekret über die Organisation der Justiz, 17. Dezember 1811“, S.304, Art.4.

⁹⁰ Rumpe (1931), S.7.

⁹¹ Die Gleichstellung der Frau, was Handlungs- und Prozeßfähigkeit anbelangte, wurde in der Vergangenheit durch die sogenannte „*Geschlechtsvormundschaft*“ beschränkt. Ehefrauen durften danach nur im „Beitritt“ ihrer Männer vor Gericht erscheinen: Vgl. hierzu Allgemeine Gerichtsordnung für die Preußischen Staaten (1822), S.22, §24. Vgl. hierzu auch Holthöfer (1997), der einen Überblick über die „Geschlechtsvormundschaft“ von der Antike bis in das 19. Jahrhundert gibt. Obwohl der Code Civil vom Jahre 1804 nach Holthöfer (1997), S.427, einen Meilenstein für die Gleichstellung der Frau vor dem Gesetze bedeutete, war die Geschlechtsvormundschaft dennoch nicht in allen Provinzen von diesem Zeitpunkt an aufgehoben. Beispielsweise wird diese noch in der allgemeinen Gerichtsordnung für die Preußischen Staaten vom Jahre 1822 erwähnt (Allgemeine Gerichtsordnung für die Preußischen Staaten (1822), §24, S.22). Nach Holthöfer (1997), S.427, verschwand dieser Passus sogar erst „vollständig in der 2. Hälfte des 19. Jahrhundert“.

⁹² Hashagen (1917), S.3.

3.2.1. Verwaltung

Regierungskommissar Rudler begann am 4. November 1797⁹³ mit der Vereinheitlichung der Verwaltung und gleichzeitig der Beseitigung der Klein- und Vielstaaterei in den linksrheinischen Gebieten. Dazu wurde das linksrheinische Gebiet seit dem 23. Januar 1798 in vier räumliche Verwaltungsgebiete, sogenannte Departements, eingeteilt: Es gab die Departements Roer, Rhein-Mosel, Saar und Donnersberg. Nach der französischen Eroberung von Herzogtum Berg am 14. November 1808 erfolgte eine Neueinteilung: Es entstanden nachfolgend die Departements Rhein, Sieg, Ruhr und Ems.⁹⁴ Jedes Departement setzte sich aus Arrondissements (Kreisen), Kantonen (Zusammenschluß mehrerer Gemeinden) und Mairien (Gemeinden) zusammen.

⁹³ Bär (1919), S.42.

⁹⁴ Bär (1919), S.65. Vgl. Gesetz-Bulletin des Großherzogthum Berg, Nr.5, „Decret über die Eintheilung des Großherzogthum Berg, 14.November 1808“, S.50-54, Art.I-IV.



Die Karte der Rheinprovinz unter französischer Herrschaft im Jahre 1813

(„Quelle: Fabricius (1898)“)

Seit dem 28.5.1800 wurden in den linksrheinischen Gebieten die kollegial organisierten Oberverwaltungsbehörden durch das Präfektursystem ersetzt.⁹⁵

Diese Verwaltungsform wurde nach der französischen Eroberung des Herzogtums Berg am 15.3.1806 auch auf die rechtsrheinischen Gebiete ausgeweitet.

Die behördliche Organisation kennzeichnete ein strenges Über-Unterordnungsverhältnis, in welches die Beamten eingebunden waren. An der Spitze jeder Verwaltungseinheit, mit Ausnahme des Kantons, standen anstelle der bisherigen Kollegien staatliche Beamte. Jedem Departement stand ein Präfekt vor, der von der Regierung ernannt wurde.

Für jedes Arrondissement wurde ein Unterpräfekt und für jede Gemeinde ein Maire oder Gemeindevorsteher bestimmt.

In der Hierarchie war der Präfekt dem Minister des Innern untergeordnet. Ihm zur Seite standen der Präfekturrat, welcher hauptsächlich juristische Entscheidungsfunktion hatte und der Generalrat, welcher die Interessen der Lokalverwaltung vertrat.⁹⁶ Beide Räte sollten dem Präfekten unterstützend und beratend zur Seite stehen.⁹⁷

Der Präfekt hatte nicht nur Aufsicht über den Unterpräfekten, den direkten Verwalter eines Arrondissements,⁹⁸ sondern auch über den Maire. Das Amt des Maire, welcher den Polizeiorganen der Gemeinde vorstand, war in dieser strengen Ordnung „unmittelbar“ dem Unterpräfekten und „mittelbar“ dem Präfekten zugeordnet.⁹⁹

Indem dieses straffe und zentralistische System gleichzeitig auch das Handlungsermessen der einzelnen subalternen Beamten einschränkte, konnte erreicht werden, daß die Macht des Präfekten bis in die untersten Ebenen, mithin bis in die Gemeinden hinein, fühlbar wurde.¹⁰⁰

⁹⁵ Bär (1919), S.45.

⁹⁶ Nach Hashagen (1917) wurden vor allem die Präfekturen in den linksrheinischen Landesteilen, so auch im ehemaligen Herzogtum Jülich mit Franzosen besetzt (a.a.O., S.3). Das Amt des Unterpräfekten hingegen wurde sowohl in Jülich als auch im Herzogtum Berg hauptsächlich an Deutsche vergeben (a.a.O., S.5). Die „benannten“ Stellen in den vier Departements des Großherzogtum Berg: s. Gesetz-Bulletin des Großherzogthum Berg, XIII, „Decret die Ernennung der Präfekten, Unterpräfekten und Präfekturräthe enthaltend, 10.3.1809“, S.330.

⁹⁷ Käss (1929), S.143.

⁹⁸ Hashagen (1917), S.4.

⁹⁹ Bär (1919), S.45.

¹⁰⁰ Neugebaur (1821), S. 282.

So war nach Hashagen in dieser Ordnung beispielsweise der dem Präfekten nachgeschaltete Unterpräfekt nicht etwa ein „*Präfekt in verkleinertem Maßstab*“, sondern nur der „*unselbständige Gehilfe*“. ¹⁰¹

Zwar war es die Aufgabe des Unterpräfekten, für den Präfekten „vor Ort“ die Verwaltungsaufgaben wahrzunehmen, doch bedurften letztlich alle zu fällenden Entscheidungen zuvor des Beschlusses des Präfekten, um zur Vollstreckung zu kommen. Da sich die Entscheidungen des Präfekten wesentlich an den Gutachten und Informationen des Unterpräfekten orientierten, wurden größte Anforderungen an die „übermittelnde Tätigkeit“ des Unterpräfekten gestellt. Nur auf diese Weise war es dem Präfekten möglich, aus der Ferne zu regieren. ¹⁰²

Der überspannte Zentralismus brachte aber auch Nachteile mit sich. Da die Entscheidungsgewalt nur bei einer Person lag und den untergeordneten Beamten wenig Kompetenzen eingeräumt wurde, verlangsamte sich die Verwaltungstätigkeit. Sie wurde schwerfälliger und führte schließlich zu Verzögerungen bei der Abwicklung von Verwaltungsgeschäften. ¹⁰³

Nach Käss war auch die Peripheriefern, aus der die Regierung heraus handelte, wenig geeignet, die tatsächlichen lokalen Verhältnisse zu berücksichtigen. ¹⁰⁴

¹⁰¹ Hashagen (1917), I. Bd., S.4.

¹⁰² Mücke (1935), S.32.

¹⁰³ vgl. Kapitel 6.3.1.

¹⁰⁴ Käss (1929), S.197/198.

3.2.2. „Überwachung“ des Medizinalwesens

Nach der französischen Übernahme wurden die Provinzial-Medizinalräte aufgehoben und die Gerichtsbarkeit, welche in einigen Provinzen den Collegiis medicis zugestanden war, an die ordentlichen Gerichtshöfe übergeben.¹⁰⁵

Die Hauptaufgabe des Präfekten lag darin, für die Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen Sorge zu tragen,¹⁰⁶ was auch den Bereich der Medizinalpolizei mit einschloß.

Grundsätzlich konnte die „*Erlaubnis zur Ausübung der Heilkunde*“¹⁰⁷ nur durch den Präfekten erteilt werden. Die Heilpersonen durften sich an einem Ort oder in einer Gegend nur dann niederlassen, wenn ihre Anstellung zuvor als „*nothwendig und nützlich befunden*“ wurde.¹⁰⁸ „*Grobe Fehler*“, welche von den angestellten Medizinalpersonen des Departements begangen worden waren, hatte der Präfekt dem Ministerium des Innern anzuzeigen.¹⁰⁹

Um dieser Verpflichtung nachzukommen und Verstöße gegen die Medizinal-Ordnung zu verfolgen, bedurfte es einer bestimmten Organisation.

Der ehemalige Medizinalrat von Düsseldorf wurde für das gesamte Großherzogtum Berg¹¹⁰ zuständig. In der Hierarchie stand er unmittelbar unter dem Ministerium des Innern.¹¹¹ Bei der Überwachung des Vollzugs der Gesetze und Verordnungen, welche das Medizinalwesen betrafen, hatte der Medizinalrat einen primär „*wissenschaftlichen*“ Beitrag zu leisten.¹¹² Ebenfalls gehörte zu seinen Aufgaben, Verstöße gegen die Medizinalordnungen dem Präfekten

¹⁰⁵ Einleitung und Art.1 des: „Auszug einer hohen Ministerialverfügung vom 27. Juni 1809 die Organisation des Medizinalwesens betreffend“, in: Präfektur-Akten des Rheindepartements, No.33, I. Division, Bureau der Polizey, Nro. E.10357.R.10003, Düsseldorf, 16. Sept.1813; oder Scotti III, 3070; vgl. auch Broering (1940), S.20.

¹⁰⁶ Mücke (1935), S.35.

¹⁰⁷ Ministerialverfügung vom 27. Juni 1809, Art.3.

¹⁰⁸ s. Ministerialverfügung vom 27. Juni 1809, a.a.O.: „*Art.3. Die Praefecte ertheilen die Erlaubnis zur Ausübung der Heilkunde oder eines Zweiges derselben, und verpflichten in herkömmlicher Art die damit versehenen Personen. Diese Erlaubnis wird ertheilt, wenn derjenige, der solche nachsucht, ein Zeugnis seiner Fähigkeit zu der zur Prüfung derselben berufenen hiernach benannten Behörde beygebracht haben, und seine Anstellung in dem Orte oder in der Gegend, wo er sich niederlassen will, nothwendig oder nützlich befunden seyn wird. §4. Niemand darf, ohne solche Erlaubnis sich als Arzt, Wundarzt, Apotheker, Geburtshelfer oder Hebamme gebrauchen lassen, oder sonst einen Zweig der Heilkunde ausüben. Auch darf sich derjenige, der solche Erlaubnis hat, an keinem anderen Orte oder in keiner anderen Gegend als dem in der Erlaubnis benannten häuslich niederlassen, jedoch darf er, wenn er anderwärts berufen wird, auch dort seine Wissenschaft oder Kunst ausüben*“.

¹⁰⁹ s. Art.5 der genannten Verordnung vom 27. Juni 1809, a.a.O.

¹¹⁰ s. Art.1 und Art.7 der genannten Verordnung vom 27. Juni 1809, a.a.O.

¹¹¹ s. Art. 12 der genannten Verordnung vom 27. Juni 1809, a.a.O.

¹¹² s. Art.8. der genannten Verordnung vom 27. Juni 1809, a.a.O.

anzuzeigen oder im Falle von Verbrechen diese den Kriminalgerichtsbehörden zu melden.

In jedem Departement wurde ein Departementsphysicus eingesetzt, der möglichst am Ort der Präfektur wohnen sollte,¹¹³ da der Departementsphysicus nicht nur „Rat“ des Präfekten war, sondern auch die medizinisch polizeilichen Aufträge des Präfekten zu erledigen hatte.¹¹⁴ Hierzu gehörte unter anderem auch, den Präfekten und Medizinalrat über beobachtete „Mängel“ im Medizinalwesen und damit auch über die unerlaubte Tätigkeit nicht-legitimierter Heilpersonen zu informieren.¹¹⁵

Um dem Departementsphysikus eine Übersicht über die ordentlich approbierten Heilpersonen des Distriktes zu verschaffen, sollten ihm durch den Präfekt alle Medizinalpersonen benannt werden, denen dieser die Erlaubnis zum Praktizieren erteilt hatte.¹¹⁶

In den Arrondissements überwachten die Arrondissementsphysici und in den Kantonen die Kantonsphysici die Befolgung der Medizinal-Ordnung.¹¹⁷

Der Unterpräfekt hatte die Überwachungspflicht im Bereich des Arrondissements über alle öffentlichen und sozialen Einrichtungen auch denen der öffentlichen Gesundheitspflege. Nach den einschlägigen Bestimmungen gehörten Quacksalbereien und Puschereien zu denjenigen Angelegenheiten, welche die sogenannte „öffentliche Ruhe“ störten. In solchem Falle hatte der Unterpräfekt Anzeige an den Präfekten zu erstatten. Die Entscheidung, wie mit dem „Pfuscher“ und „Quacksalber“ verfahren werden sollte, wurde dann von dem Präfekten selbst getroffen.¹¹⁸

Obwohl dem Unterpräfekten ausdrücklich die Vollmacht eingeräumt wurde, bei besonderer Dringlichkeit eigenständig zu handeln, nahm er dieses Recht in den untersuchten Einzelfällen regelmäßig nicht in Anspruch. Vielmehr legte er, wie es Mücke in vergleichbarem Zusammenhang beschreibt, „Aktenstücke“ über Vorgänge an, nach denen der Präfekt abschließend seine Entscheidungen zu

¹¹³ s. Art.15 der genannten Verordnung vom 27. Juni 1809, a.a.O.

¹¹⁴ s. Art. 16 der genannten Verordnung vom 27. Juni 1809, a.a.O.

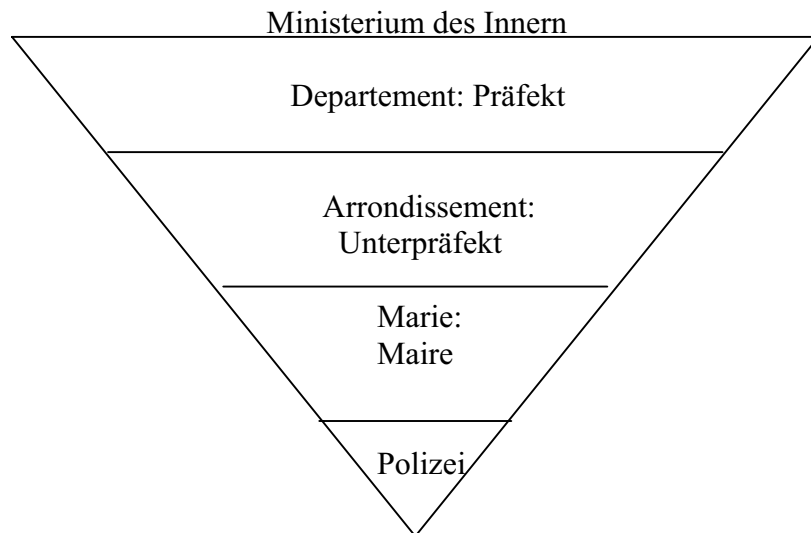
¹¹⁵ s. Art.17 der genannten Verordnung vom 27. Juni 1809, a.a.O.: „*er gibt ihm die Nachricht von den Unterschleifen und Mängeln, welche er entdeckt und zeigt sie den Gerichten an, wenn es wirklich Verbrechen sind*“.

¹¹⁶ s. Art. 22. der genannten Verordnung vom 27. Juni 1809, a.a.O.

¹¹⁷ s. Art. 25-28 der genannten Verordnung vom 27. Juni 1809. a.a.O.

¹¹⁸ Bär (1919), S.46/47: Der dem Präfekten beigeordnete Präfekturrat entschied über Anträge der Gemeinden zur Einleitung von Gerichtsprozessen. Abschließend mußten diese aber von dem Präfekten begutwilligt werden.

treffen hatte.¹¹⁹ Er fungierte als Verbindungsglied in der Verwaltungskette zwischen Maire/Gemeinde und Präfekt/Departement. Sein Stellenwert im Verlauf des behördlichen Verfolgens von Vergehen gegen die Medizinal-Ordnung erscheint unselbständig.¹²⁰



Verwaltung zur Zeit der französischen Herrschaft

¹¹⁹ Mücke (1935), S.24.

¹²⁰ vgl. Abschnitt 6.3.1.

3.2.3. Justiz und Rechtspflege

Die französische Konstitution sah eine Trennung von Verwaltung und Justiz vor: Das Amt des Richters wurde von dem des Verwalters getrennt, um zu verhindern, daß Richter und Gerichte Amtsverordnungen erlassen konnten.¹²¹

Noch vor der endgültigen Einführung der französischen Gerichtsverfassung am 1. September 1802 wurden verschiedene Gerichtsbehörden eingerichtet.¹²²

Auf Gemeindeebene gab es die Friedensrichter,¹²³ welche über kleinere Polizeiübertretungen und Bagatellsachen zu entscheiden hatten. Die Strafgewalt eines Friedensrichters war genau festgelegt und umfaßte Geldbeträge bis 15 Franken,¹²⁴ Verdienst in Höhe von bis zu 3 Arbeitstagen, oder Gefängnisstrafe von einem bis zu 5 Tagen.¹²⁵ In Zivilsachen urteilte der Friedensrichter über Klagen bis zu einem Betrage von 100 Francs.¹²⁶

In der Regel waren die Friedensrichter nur für die Polizeivergehen zuständig, die im Bereich ihrer Gemeinde lagen, und häufig wurde die Polizeigerichtsbarkeit in den Gemeinden gleichzeitig von dem Bürgermeister oder Maire ausgeübt.¹²⁷

Nach dem Motto „*Schlichten ist besser als Richten*“ sollten die Friedensgerichte die ordentlichen Gerichte von Bagatellsachen durch Vermittlung und Vergleich entlasten.¹²⁸ Der vorausgegangene friedensrichterliche Vermittlungsversuch wurde zur Zulässigkeitsvoraussetzung für die Erhebung einer Klage an den Gerichten. Über diese Einschränkung sollten die höheren Gerichte entlastet werden. Da Regierungskommissar Rudler den Friedensgerichten und Tribunalen I. Instanz gleichzeitig aber auferlegte, alle nicht zu Ende geführten Rechtsstreitigkeiten aufzuarbeiten, stellt sich die Frage, inwieweit dieses möglich war. Für die unteren Gerichte galt es nun, ein großes Arbeitsquantum zusätzlich

¹²¹ Hashagen (1917), I.Bd., S.13.

¹²² Bär (1919), S.52, s. Übersicht „Gerichtsbehörden nach der französischen Gerichtsverfassung vom 1. September 1802“ S.39.

¹²³ Vgl. Gesetz-Bulletin des Großherzogtum Berg (1811), „Kaiserliches Dekret über die Organisation der Justiz vom 17.Dezember 1811“, Art.7.

¹²⁴ Blanchard (1812), Viertes Buch, „Polizey-Uebertretungen und Strafen“, 1.Capitel, S.112, Art.464/465.

¹²⁵ Robertz (1987), S.8/9.

¹²⁶ Vielfach werden in der Literatur nicht nur die Franzosen sondern auch die französische Währung „Francs“ als „Franken“ bezeichnet: Vgl. Conrad (1966), S.8.

¹²⁷ Landsberg (1914), „Gutachten und andere Aktenstücke“, I, „Gutachten der I.J.K. über das öffentliche und mündliche Verfahren in Untersuchungssachen vom Februar 1818“, S.10.

¹²⁸ Rothenberger (1942), S.1521.

zu bewältigen.¹²⁹ Durch die zusätzliche Belastung war die Verschleppung aktueller Rechtsfälle vorprogrammiert.

Mit den Friedensgerichten wurden Gerichte etabliert, die den Bezirksangehörigen „nahe“ standen und dem Gesetz am Ort des Geschehens Geltung verschaffen sollten.¹³⁰ Sie waren in erster Linie zuständig für den Teil der Rechtspflege, mit dem die Normalbevölkerung in Berührung kam.

Aber gerade diese „Nähe“ zum Geschehen wurde bei späteren Erwägungen um die grundsätzliche Beibehaltung der Friedensgerichte äußerst kritisch bewertet. Den Friedensrichtern, vor allem auf dem Dorfe, wurden „*fehlende Unabhängigkeit*“¹³¹ und mangelnde Objektivität¹³² nachgesagt. Auch unterstellte man ihnen eine gewisse „*Parteilichkeit*“, nachdem beobachtet worden war, daß „*Einheimische milder bestraft wurden als Fremde*“.¹³³

Interessenskollisionen gab es auch durch die Doppelfunktion des Maires als Bürgermeister und Friedensrichter. So wird berichtet, daß die richterlichen Entscheidungen durch bevorstehende Wiederwahlen ins Bürgermeisteramt, aber auch durch verwandschaftliche und familiäre Bande sowie geschäftliche Interessen beeinflußt werden konnten.¹³⁴

In den Hauptorten der Arrondissements gab es Gerichte I. Instanz für Zivil- und Strafsachen, die sogenannten Zucht-Polizeigerichte oder Instanzengerichte. Sie urteilten in I. Instanz bei Rechtsstreitigkeiten, die über die Zuständigkeit der Friedensrichter hinausgingen und in II. Instanz bei Berufungen gegen die Urteile des Friedensgerichtes.¹³⁵ Das Zuchtpolizeigericht hatte demnach eine Zwischenstellung für alle Vergehen, die weder vor das Friedensgericht noch den Peinlichen Gerichtshof gehörten.

Für jedes Departement bestand ein Peinlicher Gerichtshof, welcher für alle Kriminalsachen zuständig war. Der Pariser-Kassationshof urteilte in letzter Instanz über alle Berufungen. Das nachfolgende Schema gibt einen Überblick über die Instanzen der französischen Gerichtsbarkeit.

¹²⁹ s. Grilli (1999), S. 56.

¹³⁰ Landsberg (1914), „Gutachten und Aktenstücke“, VI, „Resultate der Deliberationen der I.J.K. über verschiedene Hauptgegenstände der ihr gewordenen legislativen Aufgabe“, S.236.

¹³¹ [anonym], „Beibehaltung der Friedensgerichtsbarkeit?“, in: Deutsche Richterzeitung (1954), S.195.

¹³² Erkenz (1994), S. 185.

¹³³ [anonym], Deutsche Richterzeitung (1954), a.a.O.

¹³⁴ [anonym], Deutsche Richterzeitung (1954), a.a.O.

¹³⁵ Bär (1919), S.53.

Friedensgerichtshof
= Polizeigericht
Vorsitz: Friedensrichter

- Strafsachen: kleine Polizeiübertretungen, Geld- oder Gefängnisstrafe von höchstens 15 Francs oder 5 Tagen
- Polizeivergehen im Umfang der Gemeinde
- Zivilsachen: Klagen bis 100 Francs

Zucht-Polizeigerichte
sogen. Anklagekammer
Vorsitz: Instruktionsrichter
Anklage: Substitut des
Generalprokurators

- *I. Instanz:* für Rechtsstreitigkeiten, die über die Zuständigkeit des Friedensgerichtes hinausgingen
- *II. Instanz:* bei Berufungen gegen die Zivilurteile der Friedensgerichte

Appellationsgerichtshof
Peinlicher Gerichtshof

- *I. Instanz:* für Rechtsstreitigkeiten, die über die Zuständigkeit des Zucht-Polizeigerichtes hinausgingen
- *II. Instanz:* bei Berufungen gegen die Urteile der Zuchtpolizei-Gerichte

Pariser Kassationshof

- letzte Instanz

Gerichtsbehörden nach der französischen Gerichtsverfassung vom 1. September 1802

(„Quelle: Bär (1919), S.52-55; vgl. Hoffmann (1918), S.23“)

Der französische Instanzenweg zeigte sich einheitlich und übersichtlich und beseitigte nach Hashagen den „*buntscheckigen Wirrwarr*“ der altrheinischen Gerichtsverfassung, „*welche unter dem ständig unklaren Verhältnis zum*

Reichskammergericht zu leiden“ hatte.¹³⁶ Die „*Kreuz-und Querfahrten der Akten*“¹³⁷ hörten damit auf. Die verschiedenen Rechtssachen, Zivil- und Strafsachen konnten gezielt an die zuständigen Gerichtshöfe verteilt werden.

Regierungskommissar Rudler führte durch sogenannte „reglements“ (Verordnungen) innerhalb nur weniger Monate fast das gesamte französische Verwaltungs-Straf-Zivil- und Zivilprozeßrecht im Rheinland ein. Der *Code civil* (Zivilrecht) trat 1804 in Kraft und wurde offiziell im Jahre 1807 als *Code Napoleon* neu verkündet. In diesem Jahr wurde ebenfalls das Handelsrecht durch den *Code de commerce* kodifiziert. Seit dem Jahre 1806 wurde nach dem französischen Zivilprozeßrecht, dem *Code de procédure civile* an den Gerichtshöfen verfahren. 1808 folgte die Einführung der Strafprozeßordnung, des *Code d'instruction criminelle*. Das rheinisch-französische Strafrecht, der *Code pénal* trat im Jahre 1810 in Kraft.¹³⁸ Diese „*cinq codes*“ waren wesentlicher Bestandteil des sogenannten „*rheinischen Rechts*“.¹³⁹

Damit die Richter und Anwälte das neue Recht in die gerichtliche Praxis umsetzen konnten, mußte das Schulsystem an das französische Vorbild angeglichen und die herkömmliche juristische Lehre an den Universitäten aufgehoben werden.

Nach der Schließung der Universitäten Trier, Köln und Bonn im Jahre 1798 fand keine akademische Juristenausbildung mehr statt. Nach und nach wurden in den rheinischen Departements Zentralschulen für Jura und Medizin eingerichtet.¹⁴⁰

Grundsätzlich unterschied der *Code pénal* zwischen „*crimes*“, Verbrechen, „*délits*“ oder Vergehen und „*contraventions*“, einfachen Polizeiübertretungen.¹⁴¹

„*Die gesetzwidrige Handlung, welche die Gesetze mit Polizey-Strafen belegen, ist eine Uebertretung (contravention). Die gesetzwidrige Handlung, welche die Gesetze mit Correctionell-Strafen belegen, ist ein Vergehen (délit). Die gesetzwidrige Handlung, welche die Gesetze mit einer Leibes- oder entehrender Strafe belegen, ist ein Verbrechen (crime)*“.¹⁴²

¹³⁶ s. Hashagen (1917), S.13.

¹³⁷ Hashagen (1917), a.a.O.

¹³⁸ Kleinbreuer (1999), S.1.

¹³⁹ Strack (1996), S.313.

¹⁴⁰ Mallmann (1987), S.18/19.

¹⁴¹ s. Blanchard (1812), Code penal, Einleitende Verfügung.

¹⁴² Blanchard (1812), a.a.O.

Weitere Voraussetzung für den Tatbestand des Verbrechens war das Merkmal der „*Vorsätzlichkeit*“ oder der „*Fahrlässigkeit*“.¹⁴³

Einfache Polizeivergehen wurden mit geringer Strafe verpönt.¹⁴⁴ Für „*Vergehen*“ sah man sogenannte „*correctionelle Strafen*“ vor, die mehr als 5 Tage Gefängnis oder eine Geldbuße von mehr als 15 Franken nach sich zogen.¹⁴⁵ „*Verbrechen*“ wurden mit Leibes- und /oder entehrender Strafe belegt.¹⁴⁶

Das französische Strafgesetz sah hohe Strafen für Verstöße gegen die Medizinalordnung vor, für „*jene, welche die Medizin treiben, mit 1000 Francs, für die, welche den Wundarzt machen, auf 500 Francs und von 100 Francs für die Weiber, welche illegal die Geburtshilfe*“ ausübten. Im Falle eines „*Rezidivs*“ wurde die Strafe sogar „*verdoppelt oder der Pfuscher zu einer sechs Monate langen Gefängnisstrafe verurteilt*“.¹⁴⁷ Die Strafen unter französischer Herrschaft waren höher als sie zuvor in den Herzogtümern gegen „Quacksalber“ und „Pfuscher“ üblich gewesen waren.¹⁴⁸ Das hohe Strafmaß sollte die Allgemeinheit vor der Verletzung des Rechts und der Begehung von Straftaten abhalten.¹⁴⁹

Als „warnendes Beispiel“ wurden Pfuschereien und Quacksalbereien zur Zeit der französischen Herrschaft auch öffentlich bekannt gegeben.¹⁵⁰

Der *Code d'instruction criminelle* legte fest, daß die Verhandlungen an den genannten Instanzen sowohl „*öffentlich*“¹⁵¹ als auch „*mündlich*“ geführt werden mußten. Am Friedensgericht setzte sich das Öffentliche Ministerium aus unteren Beamten der gerichtlichen Polizei zusammen. Bei den Zuchtpolizeigerichten wurde es durch den Ober-Prokurator und bei dem Appellationsgerichtshof durch den General-Prokurator oder seinen Substituten vertreten.¹⁵² Das öffentliche Ministerium war nicht nur „Organ“ der Strafverfolgung und Strafvollstreckung, es

¹⁴³ Conrad (1966), S.421.

¹⁴⁴ Blanchard (1812), Viertes Buch, „Polizeiübertretungen und Strafen“, I.Capitel, S.112, Art.464/465.

¹⁴⁵ Blanchard (1812), Erstes Buch, 2. Capitel, „Von den Strafen in Correctionnell Sachen“, S.9ff.

¹⁴⁶ Blanchard (1812), Erstes Buch, „Von den Strafen in peinlichen und Correctionell-Sachen“, S.3.

¹⁴⁷ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Bl.42.

¹⁴⁸ Blanchard (1812), Drittes Buch, „Von der Bestrafung der Verbrechen und Vergehen“, S.74, Art.317-318.

¹⁴⁹ Conrad (1966), S.445. Vgl. Kleinbreuer (1999), S.21. Die Generalprävention ist strafzwecktheoretische Grundlage des Code penal. Vgl. auch Köstlin (1996), S.244, der den Aspekt der Verbrechensprophylaxe, „*Sicherungs-und Abschreckungszweck*“ auch für das A.L.R. betont. Nach Köstlin (1996), S. 243, sind die in dem A.L.R. aufgeführten Strafen unter dem Gesichtspunkt der „*Prävention*“ zu sehen.

¹⁵⁰ StaD, Präfektur-Akten des Jahres 1813, I.Division Bureau der Polizei, N.E. 775 R.7869.

¹⁵¹ Die Verhandlung war für die Öffentlichkeit zugänglich.

¹⁵² vgl. Daniels (1812), 1.Buch, 4.Capitel, „Von den Kaiserlichen Prokuratoren und ihren Substituten“.

wirkte grundsätzlich auch bei allen Rechtsstreitigkeiten mit, bei denen ein öffentliches Interesse bestand.¹⁵³

Mit der französischen Prozeßordnung gab es kein gesondertes, den Prozeß verzögerndes Anklageverfahren mehr, sondern ein einheitliches Untersuchungsverfahren: Als erstes „erforschten“ und „*beurkundeten*“¹⁵⁴ die gerichtlichen Polizeibeamten, welche dem Generalprokurator untergeordnet waren,¹⁵⁵ alle erkennbaren „*Spuren*“, ¹⁵⁶ den Tatbestand und die Beschaffenheit des Ortes. Danach wurden ihre schriftlichen Protokolle sowie alle „*corpora delicti*“ an den Instruktionsrichter weitergegeben.¹⁵⁷

Diesem Untersuchungsrichter oblag die sogenannte „*Instruktionsmaxime*“ oder „*Wahrheitsfindung*“.¹⁵⁸ Ohne Aufschub hatte er das Verfahren zu untersuchen. Im Beisein des Gerichtsschreibers vernahm er den Zivilkläger, die Zeugen und den Beschuldigten. Entweder setzte er letzteren wieder auf freien Fuß oder sprach einen „*Verhaftsbefehl*“ aus.¹⁵⁹ Dieser Haftbefehl wurde in einer „nicht-öffentlichen“ Versammlung verhandelt: Der Instruktionsrichter erstattete der Ratskammer am Kreisgericht seinen Bericht. Entweder erkannte das Gericht auf Freiheit und stellte das Verfahren ein, oder es übermittelte den Fall dem zuständigen Gericht. Handelte es sich um eine Polizeiübertretung, so wurde der Fall an das einfache Polizeigericht oder Friedensgericht weitergegeben. Bei einem Vergehen wurde das „correctionelle“ Gericht oder Zuchtpolizeigericht eingebunden.¹⁶⁰ Alle Criminalverbrechen wurden an den Peinlichen Gerichtshof geleitet.

Das nachfolgende Schema soll die Verfolgung strafbarer Handlungen in der Zeit der französischen Herrschaft deutlich machen.

¹⁵³ Bornhak (1903), S.449.

¹⁵⁴ Daniels (1812), Code d'instruction...1.Buch, 3. Capitel, S.11.

¹⁵⁵ Daniels (1812), Code d'instruction...1.Buch, 5. Capitel, S.27.

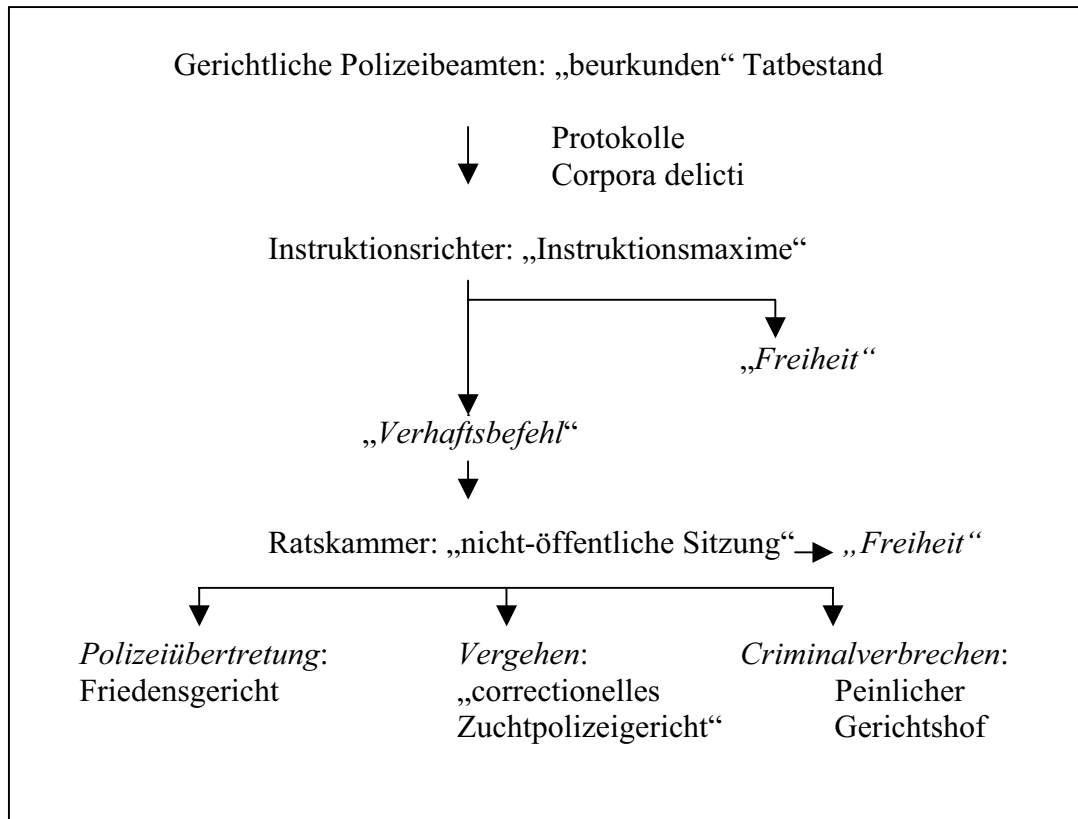
¹⁵⁶ Daniels (1812), Code d'instruction...1.Buch, 3. Capitel, S.11

¹⁵⁷ Daniels (1812), Code d'instruction...1.Buch, 1. Buch, 6. Capitel, S.31 ff.

¹⁵⁸ Conrad (1966), Bd.II, S. 430.

¹⁵⁹ Landsberg (1914), „Gutachten und Aktenstücke“, I, „Gutachten der I.J.K. über das öffentliche und mündliche Verfahren in Untersuchungssachen vom Februar 1818“, S.5.

¹⁶⁰ Landsberg (1914), a.a.O., S.5.



Verfolgung strafbarer Handlungen nach der französischen Gerichtsverfassung vom 1.9.1802

In der vorliegenden Studie wurden Medizinalpfuschereien überwiegend als „*Polizeiübertretungen*“ oder „*Contraventionen*“ an den Friedensgerichten verhandelt. Um die Streitigkeit beizulegen, hielt der Friedensrichter täglich, auch an Sonn- und Feiertagen, mindestens aber dreimal die Woche in seinem Hause Audienz.¹⁶¹ Auch der Bürgermeister war kompetent¹⁶² solche Verhandlungen zu führen. Als erstes erfolgte die Anhörung des Klägers. Nach einer Frist, in welcher die beklagte Partei gerichtlich geladen wurde, kam es zu der eigentlichen

¹⁶¹ Erkens (1994), S.168.

¹⁶² Daniels (1812), 2.Buch, Von den Gerichten und dem gerichtlichen Verfahren, 1.Titel, 1.Kapitel, S.69.

Verhandlung, zu der die Parteien oder ihre Bevollmächtigten erscheinen mußten.¹⁶³ Die Frist konnte verkürzt werden, wenn „Gefahr im Verzug“ war.¹⁶⁴

Alle Streitigkeiten sollten grundsätzlich innerhalb von 4 Monaten nach Ladung der Beteiligten zur Entscheidung gebracht werden, um auch Prozeßverschleppungen entgegenzuwirken.

„Schwerere“ Fälle von Medizinalpfuschereien, bei denen die Tat „schädliche“ Folgen nach sich gezogen hatte, gelangten an die Zuchtpolizeigerichte: Hier wurden alle diejenigen Fälle verhandelt, bei denen ein begründeter Verdacht eines Vergehens vorlag und die „*in thesi*“, also zu erwartende Strafe höher als 5 Tage Gefängnis oder 15 Franken Geldbuße war.¹⁶⁵ Der Beschuldigte wurde vorgeladen oder ließ sich durch seinen Sachwalter vertreten.¹⁶⁶ Die Untersuchung fand öffentlich mündlich vor versammeltem Gericht statt.¹⁶⁷ Der Verhandlung wohnten drei Richter bei, dem Beschuldigten war der Beistand eines Verteidigers gestattet. Vom Staatsprokurator, dem verletzten Teil und dem Sachwalter wurde der Gegenstand vorgetragen, sowie Beschuldigte und Zeugen vernommen.¹⁶⁸ Der Staatsprokurator stellte im Anschluß das Resultat der Untersuchung summarisch dar. Meistens wurde das Urteil auf der Stelle und nach geendetem Verfahren vorgelesen.¹⁶⁹

Bestand in einem Verfahren der Verdacht eines Verbrechens, dann war der General-Prokurator gehalten, binnen 10 Tagen seinen Vortrag der Anklagekammer zu erstatten. 5 Richter führten die nicht-öffentliche Sitzung. Binnen einer Frist konnten Civil-Kläger und Beschuldigte vorbringen, was zur jeweiligen Rechtfertigung ihrer Behauptungen diene. Spätestens nach drei Tagen mußte eine Entscheidung getroffen werden.¹⁷⁰

Mit der französischen Justizreform wurde die bislang in den Herzogtümern praktizierte „Klassen- und Kabinettsjustiz“ aufgehoben, welche nach Ansehen

¹⁶³ Daniels (1812), 2. Buch, Von den Gerichten und dem gerichtlichen Verfahren, S.152, Abs.75.

¹⁶⁴ Erkens (1994), „Das Verfahren in Streitsachen“, S. 170; vgl. Daniels (1812), 2. Buch, S.73, Abs.146.

¹⁶⁵ Daniels (1812), 2. Buch, Von den Gerichten und dem gerichtlichen Verfahren, 1.Titel, 2. Kapitel, S.87, Abs.179.

¹⁶⁶ Daniels (1812), a.a.O., S.89, Abs. 185.

¹⁶⁷ Daniels (1812), a.a.O., S.91, Abs. 190.

¹⁶⁸ Daniels (1812), a.a.O., S.91, Abs. 190.

¹⁶⁹ Landsberg (1914), „Gutachten und Aktenstücke“, I, Gutachten der I.J.K. über das öffentliche und mündliche Verfahren in Untersuchungssachen vom Februar 1818“, S.6.

¹⁷⁰ Landsberg (1914), „Gutachten und Aktenstücke“, I, „Gutachten der I.J.K. über das öffentliche und mündliche Verfahren in Untersuchungssachen vom Februar 1818“, S.7.

und Stand der Person richtete. Die bereits erwähnten besonderen Gerichtshöfe, die es im alten Rheinland noch für einzelne Geburts- und Berufsstände, für Adel oder Beamte gab, wurden aufgelöst. Damit vereinfachte sich die Vorgehensweise bei gerichtlichen Verhandlungen. Der Gleichstand wurde nach der Art und Höhe des Rechtsfalles nicht aber nach dem Stand der Person ausgesucht. Schwurgerichte und mündliche Verfahren ermöglichten die Durchsetzung des „Gleichheitsgedankens“.

Mit den Laienrichtern sollte dem Richterstuhl des Berufsrichters auch ein Quäntchen „*unbefangenes Menschengefühl*“¹⁷¹ zugesellt werden. Mit den fünf Codes wurde „*der bunte Rock von hundert verschiedenen, rheinischen Gesetzgebungen und Rechtspflegen in ein schlichtes, den Bauer wie den Marshall umfängendes Gewand zweckmäßig bestimmter und gemeinverständlicher Gesetze verwandelt*“.¹⁷²

Dennoch gelang die Umsetzung der französischen Justizpolitik zunächst nur unter Schwierigkeiten. Häufig fehlte es an geeignetem Personal zur Besetzung der Friedensrichterstellen, denn die vertrauensvolle Position, welche der Friedensrichter innerhalb seiner Gemeinde einnahm, machte es nötig, daß nur qualifizierte Personen in diese Funktion gewählt wurden.

Die fachliche Qualität der rheinischen Friedensrichter wurde durchaus als „hoch“ bewertet, wodurch eigentlich eine Garantie für die Wahrung der Rechtspflege gegeben war.¹⁷³ Dennoch wurden „*Klagen*“ über ihre „*ungenau*“ Arbeitsweise und die Berechnung „*zusätzlicher Gebühren*“ geführt.¹⁷⁴ Vielfach ließen sich diese Vorwürfe auf die niedrige Besoldung der Friedensrichter zurückführen, wodurch einige sich dazu veranlaßt sahen, Gebühren auch „*unberechtigterweise*“ zu erheben.¹⁷⁵ Prozesse wurden „verschleppt“, weil es schwierig war, die auf unbezahlter Basis arbeitenden Beisitzer des Friedensgerichtes zu den Verhandlungen einzuberufen.¹⁷⁶

Nach Dressler zeigten die Friedensrichter „*viel Schwäche und wenig guten Willen*“.¹⁷⁷ Ihre Unfähigkeit und Gleichgültigkeit wurde auf die „*fehlerhafte*“

¹⁷¹ Kaufmann (1831), S. 16.

¹⁷² Kaufmann (1831), S. 16.

¹⁷³ Graumann (1990), S. 156.

¹⁷⁴ Graumann (1990), S.157.

¹⁷⁵ Funck-Brentano (1919), S. 229; Graumann, (1990), S.157.

¹⁷⁶ Grilli (1999), S.56.

¹⁷⁷ Dressler (1957), S.21.

Auswahl bei ihrer Anstellung zurückgeführt.¹⁷⁸ Grilli wies mehrere solcher Fälle nach, bei denen nicht nur Friedensrichter sondern auch Geschworene nur mit mangelnder Sorgfalt ausgesucht worden waren.¹⁷⁹

Die Verhältnisse im Bereich der Justiz besserten sich erst, als Napoleon zu Beginn des 19. Jahrhunderts Richter aus den Ämtern entfernen und nicht wieder einsetzen ließ.¹⁸⁰

Auch die Beamten „vor Ort“, welche die Befolgung der Gesetze zu überwachen hatten, waren häufig für diese Funktion nicht ausreichend qualifiziert.

Aus den Präfekturakten geht hervor, daß die *„Anzeigen und Verzeichnisse über die in Polizeysachen erkannten Geldstrafen“*, welche dem Präfekten über die Unterpräfekten in regelmäßigen Abständen zugesandt werden mußten, hinsichtlich ihrer *„Beträge“* in den einzelnen Kantonen *„auffallend verschieden“* waren.¹⁸¹ Besonders aus den Arrondissements Essen und Elberfeld wurde dem Präfekten wiederholt gemeldet, daß keine Strafen verhängt worden waren. Der Präfekt betrachtete *„die wenigen Straferkenntnisse“* nicht als *„bestes Zeugnis einer zweckmäßigen, administrativen Polizey“*.¹⁸² Vielmehr vermutete er, daß die Ursache in der *„Nachgiebigkeit der judiciären Polizey“* lag.¹⁸³ Aus *„übelverstandener Schonung und Nachgiebigkeit“* würden nicht alle Polizeifrevel vor das Gericht gebracht. Dem Präfekten wurde sogar angezeigt, daß einige Polizeiagenten *„so pflichtvergessen“* waren, *„daß sie sich mit den entdeckten Polizeifrevlern“* abfanden, *„und diese wieder entließen, ohne sie dem Öffentlichen Ministerium anzuzeigen“*.¹⁸⁴

Als Problem zeigte sich in diesem Zusammenhang, daß die rheinischen Richter nicht nur Schwierigkeiten im praktischen Umgang mit dem französischen Recht hatten, sondern es vielmehr häufig nicht akzeptierten.¹⁸⁵

Probleme in der gerichtlichen Praxis – und Widerstand¹⁸⁶ löste der Sprachenerlaß von Regierungskommissar Rudler vom 30.3.1798¹⁸⁷ aus: Um

¹⁷⁸ Neugebauer (1821), S.282.

¹⁷⁹ Grilli (1999), S. 194ff.

¹⁸⁰ Bockenheimer (1890), S.175.

¹⁸¹ Präfekturakten des Rheindepartements, Düsseldorf 6. Sept.1813, I. Division Bureau der Verwaltung, N.E. 9998.R.9510, Die Munizipalpolizeygerichte betreffend.

¹⁸² a.a.O. (1813).

¹⁸³ a.a.O. (1813).

¹⁸⁴ Präfekturakten des Rheindepartements, Düsseldorf 6. Sept.1813, a.a.O.

¹⁸⁵ Schulz (1805), S.343/S.344.

¹⁸⁶ Grilli (1998), S.229/236; vgl. auch Grilli (1999), S.62.

¹⁸⁷ Schulte- Nölke/ Strack (1998), S.29.

angebliche Mißverständnisse bei der Anwendung der französischen Gesetze zu vermeiden, sollte die Geschäftssprache von Verwaltung und Justiz französisch sein. Nach diesem Dekret durften die Gerichts- und Verwaltungsakten nur noch in französischer Sprache geführt werden. Auch war die deutsche Bevölkerung gehalten, ihre Eingaben in französischer Sprache abzufassen.

Der Erlaß in seinem vollen Umfang ließ sich nur schwer in die Praxis umsetzen. An den Gerichten beherrschten die wenigsten deutschen Richter die französische Amtssprache. Und die Richter an den Obergerichten wiederum verstanden kein Deutsch. Karl-Georg Faber weist in seiner Auswertung nach, daß 30% der Richter an den Obergerichten nicht einheimisch waren.¹⁸⁸ Bockenheimer berichtet über die Verhältnisse am Koblenzer Gericht, das aus insgesamt 23 Mitgliedern bestand, wobei *„9 Personen...die erforderliche Vorbildung und Rechtskenntnis fehlte, 11 Richter waren der Sprache des Landes unkundig und andere konnten wiederum die Gerichtssprache nicht verstehen“*.¹⁸⁹ Grilli legt dar, daß noch 1800 ungefähr nur die Hälfte der deutschen Justizangehörigen im Saardepartement

¹⁸⁸ Faber (1960), S.358.

¹⁸⁹ Bockenheimer (1890), S.171.



Die Amtskleidung¹⁹⁰ eines französischen Friedensrichters 1795-1802

(„Quelle:Grasset-Saint-Sauveur (1795), S.18“)

Französisch-Kenntnisse hatten.¹⁹¹ Es war deshalb gängig, im Strafprozeß Dolmetscher hinzuzuziehen.

Dennoch diente aber auch diese Lösung nur als „Behelf“: Bockenheimer trägt vor, daß trotz der Hilfe von Dolmetschern Verständigungsprobleme auftraten, welche anschließend Unsicherheiten in der Rechtssprechung nach sich zogen. Behördliche Mißverständnisse entstanden, weil die Richter sich „aus Unkunde der deutschen Sprache“ durch „die Unwissenheit der Dolmetscher verführen“ ließen, sodaß am Ende „die Räuber und Thatsachen verwechselt“ wurden.¹⁹²

¹⁹⁰ Über einem schwarzen französischen Frackanzug trugen die Friedensrichter einen kurzen umgehängten Mantel aus Seide oder Wolle, ein Batisthalstuch und einen Dreispitz, in: Erkens (1994), S.248.

¹⁹¹ Grilli (1998), S. 251.

¹⁹² Bockenheimer (1890), S.172.

Nicht vergessen darf man an dieser Stelle, daß den Parteien nach beendetem Verfahren die nicht unerheblichen Kosten für den Dolmetscher auferlegt wurden. Rebmann berichtet zeitkritisch über die Unzumutbarkeit dieses Erlasses für breite Teile der Bevölkerung. So konnte theoretisch der Fall auftreten, daß ein Bauer ein Vielfaches mehr für eine französische Übersetzung auszugeben hatte, als es den Streitwert der Sache ausmachte.¹⁹³ Daß die Umsetzung des Rudlerschen Dekretes zu inneren Schwierigkeiten führte, erwähnt auch Johann Gottlob Schulz: *„Allgemein fürchtet man sich in den neuen Departements vor Prozessen; es giebt Leute, die lieber ihr Recht im Stiche lassen, als es bei den Tribunälen nachsuchen wollen“*.¹⁹⁴

Von dem gerichtlichen Verfahren und seiner Dauer schreibt Schulz, daß sie *„schwankend und unvollkommen“*¹⁹⁵ und *„die vielen Formalitäten, welche bei dem gerichtlichen Verfahren beachtet werden müssen, erschweren und verlängern nicht nur die Sachen, sondern vermehren auch die Prozeßkosten“*.¹⁹⁶

Der französischen Verwaltung in den Herzogtümern blieb nur kurze Zeit, um ihre Vorstellungen zu verwirklichen. Durch die rasche preußische Rückeroberung, welche eine Neuerung in der Verwaltung mit sich brachte, konnte sie nicht alle Ziele verwirklichen. Welche Bedeutung sie für die nachfolgende Organisation hatte, läßt sich aus dem ableiten, was von ihr bleibend erhalten wurde.

¹⁹³ Rebmann (1802), S.26.

¹⁹⁴ Schulz (1805), S.222.

¹⁹⁵ Schulz (1805), S.223.

¹⁹⁶ Schulz (1805), S.224.

3.3. Das Rheinland unter Preußischer Verwaltung

Nach der preußischen Rückeroberung wurde das Rheinland verwaltungsrechtlich in zwei Provinzen aufgeteilt:¹⁹⁷ Es entstanden die Provinz Jülich-Kleve-Berg und die Provinz Großherzogtum Niederrhein.

Mit der „*Verordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provinzial-Behörden*“ vom 30.4.1815 wurde eine Provinzialverfassung geschaffen und Regierungsbezirke eingerichtet.¹⁹⁸

Die Preußische Regierung verschaffte sich im Bereich der Justiz und des Medizinalwesens zunächst einen Überblick, bevor eine Rechtseinheit Preußens mit den ehemaligen Herzogtümern Jülich-Berg hergestellt wurde. Auf das in diesem Zusammenhang verfaßte Gutachten der Immediat-Justiz-Kommission greift die nachfolgende Abhandlung im wesentlichen zurück, weil es grundsätzlich an authentischen Darstellungen über die rheinische Justiz mangelt.¹⁹⁹

¹⁹⁷ Über die territorialen Veränderungen vgl. dazu Lottner (1834), Bd.I., S.3 „Das Gouvernement vom Nieder- und Mittelrhein.

¹⁹⁸ Bär (1919), S.124.

¹⁹⁹ Schubert (1977), S.94.

3.3.1. Die Verwaltung im Bereich des Medizinalwesens

Die Verhältnisse im Medizinalwesen²⁰⁰ wurden von den Ärzten Merrem und Bölling gutachterlich zusammengefaßt. Sie beschrieben die Zustände nach der französischen Herrschaft als „*unhaltbar*“.²⁰¹ Das Gutachten führte die Mängel auf das Fehlen einer oberen Medizinalbehörde zurück.

Den Berichten zufolge lag es auch an der „*Unzulänglichkeit der Gesundheitsbeamten*“ zu französischer Zeit, dem „*Mangel an Wundärzten und Hebammen*“ und der „*Vielzahl an Apotheken*“, welche mit der Gewerbefreiheit entstanden waren.²⁰² Diese Umstände hatten eine „*Überzahl*“ an „*Pfuschern*“ nach sich gezogen, welche sich unautorisiert der Heilbehandlung annahmen.²⁰³

Während der ersten Neuordnungen wurden die Prüfungskommissionen der französischen Zeit beibehalten. Das Apothekenwesen wurde unter Generalgouverneur Sack neu geregelt, wobei er sich besonders gegen die Vielzahl an Apotheken richtete.²⁰⁴ Zur Handhabung der Medizinalpolizei wurde in jedem Hauptort der beiden Provinzen ein Medizinalkollegium eingerichtet.²⁰⁵ Die Leitung hatte der Medizinalrat.²⁰⁶

²⁰⁰ Eine ausführliche Darstellung der für den Untersuchungszeitraum relevanten Medizinal-Ordnungen findet sich in Kapitel 5.

²⁰¹ Bär (1919), S.345/346; s.a. Merrem (1816), „Die Verwaltung der Medizinalpolizei im Generalgouvernement vom Nieder- und Mittelrhein“, S.3-19.

²⁰² Bär (1919), S.345; Merrem (1816), S.3-19.

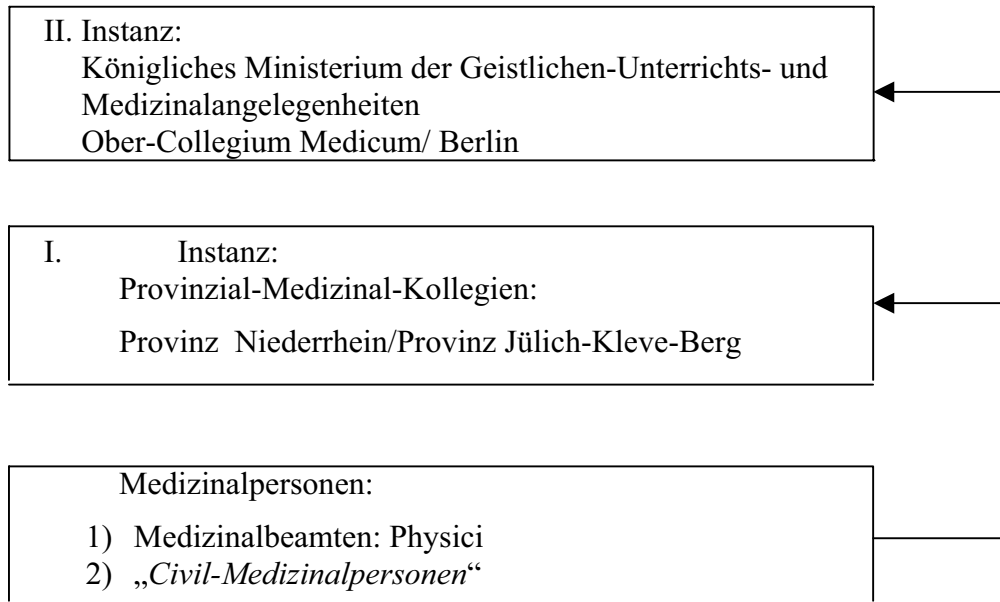
²⁰³ Bär (1919), a.a.O.

²⁰⁴ Bär (1919), S.345.

²⁰⁵ Bär (1919), S.169,170, Verordnung über die Einrichtung der Provinzialbehörden vom 30.4.1815.

²⁰⁶ Vgl. Lottner (1834), I.Bd., Verordnung von Justus Gruner vom 27. Januar 1814, S. 12, §9: „*Dem Medizinalrath zu Düsseldorf wird das Medizinalwesen, die Medizinal- und Sanitäts-Polizei in allen vier Kreisen untergeordnet*“.

Den Aufbau des Medizinalwesens zu Beginn der preußischen Verwaltung gibt das nachfolgende Schema wieder.



Aufbau des Medizinalwesens der preußischen Rheinlande nach 1815 nach Bär (1919) und Augustin (1818)

(„Quelle: Bär (1919), S.171 n. d. genannten Verordnung vom 30.4.1815 über die Einrichtung der Provinzialbehörden; Augustin (1818) Bd.II, „Medizinalwesen“, S.220,221“)

Nach der preußischen Organisation unterstanden die Medizinalpersonen von nun an wieder Medizinalbehörden. In erster Instanz waren sie den Provinzial-Medizinal-Kollegien untergeordnet und in zweiter Instanz dem Ober-Collegium-Medicum in Berlin. Nach der Verordnung vom 23. Oktober 1817 wurde die Handhabung der Medizinalpolizei zunächst an die Medizinalkollegien übergeben. Später wurde dieser Bereich den Regierungen übertragen und der Schwerpunkt der Tätigkeit der Medizinalkollegien auf eine beratende, „*rein wissenschaftliche*“ Funktion im Fach der polizeilichen und gerichtlichen Medizin gelegt.²⁰⁷

Von den Kommunen wurden Physici angestellt, welche die Befolgung der Medizinal-Gesetze beaufsichtigten und die medizinisch-gerichtlichen Geschäfte erledigten. Die „Civil-Medizinalpersonen“ in „Civil-Praxis“ standen unter der Aufsicht und Überwachung des Physicus. Hierzu zählten alle diejenigen Medizinalpersonen, die zu einem „*arzneikundigen Kunstgewerbe*“ öffentlich

²⁰⁷ Bär (1919), S.170.

beglaubigt waren, wie Ärzte, Apotheker, Chirurgen (Oculisten, Zahnärzte, andere Operateure) Geburtshelfer und Hebammen.²⁰⁸ Alle Medizinalpersonen waren verpflichtet, dem Physicus die erlangte Berechtigung zum Ausüben des „Kunstgewerbes“ nachzuweisen.²⁰⁹

Nicht nur die Kreis-Ortsbehörde, sondern auch der Physicus war berechtigt, diesen Nachweis zu fordern. Für die „altpreußischen“ Gebiete war bereits am 28.1.1777 eine Anordnung an die Kreisphysici ergangen, Medizinaltabellen aller approbierten und nicht-approbierten Medizinalpersonen zu erstellen,²¹⁰ um eine Übersicht über das nichtlegale Handwerk von „Pfuschern“ und „Quacksalbern“ zu bekommen.

Auch die Polizei und selbst die Steuerräte waren aufgefordert, den Physicus mit diesbezüglichen Informationen zu unterstützen.²¹¹ Diese Verordnung trat nach der preußischen Übernahme auch in den Rheinprovinzen in Kraft.

²⁰⁸ Augustin (1818), „Medicinalpersonen“, S.210,211.

²⁰⁹ Augustin (1818), S.211.

²¹⁰ Augustin (1818), Bd.II, „Medicinalpersonaltabellen“, S.213. Eine ähnliche Verordnung wurde auch vor der französischen Übernahme vom Collegium Medicum für die Herzogtümer Jülich-Berg erlassen. Physici wurden mit der Verordnung vom 2.Juni 1784 aufgefordert, „*namentliche Verzeichnisse* über „Pfuscher“ dem Collegium Medicum mitzuteilen, in: Neubauer (1835), S.43; vgl. Kapitel 6.1. Zur Zeit der französischen Herrschaft hatten die das Medizinalwesen überwachenden Beamten mit der Verordnung vom 4.4.1809 „Polizeirapporte“ über alle ausfindig gemachten „Pfuscher“ und alle „unglücklichen Kuren“ zu verfassen, in: Scotti III, 3062; vgl. Kapitel 7.6.

²¹¹ Augustin (1818), „Medicinalpersonaltabellen“, S.213,214.

3.3.2. Justiz

Mit der Kabinettsorder vom 20. Juni 1816 wurde die bereits erwähnte Immediat-Justiz-Kommission (I.J.K.) eingesetzt.²¹² Das gutachterliche Gremium sollte sich mit der zentralen Frage auseinandersetzen, *„wie und mit welchen Modifikationen die französische Gesetz- und Gerichtsgebung aufgehoben und eine ganze deutsche Justizpflege“* hergestellt werden konnte.²¹³ Das „Gute“ sollte *„überall, wo es sich findet, benutzt und das Rechte anerkannt“* werden. *„Auch Institute und Einrichtungen in der Justizverwaltung, welche auf der Lage der dortigen Verhältnisse als notwendig und überwiegend nützlich sich ergeben, sollen deshalb, weil sie sich nicht in dieser Art in meinen übrigen Staaten finden, nicht verworfen, sondern nur in eine solche Richtung gebracht werden, als sie der Zusammenhang mit dem ganzen verträgt“*.²¹⁴

Zur Vermeidung etwaiger Unsicherheiten wurde zunächst nur wenig geändert.²¹⁵

Die Richter blieben fast ausnahmslos auf ihren Posten.²¹⁶ Auch die Gerichtsverfassung blieb im wesentlichen unangetastet. Das Allgemeine Landrecht und die Allgemeine Gerichtsordnung sollten erst nach entsprechenden Modifikationen eingeführt werden. Bevor eine Rechtseinheit geschaffen wurde, mußte zunächst das bestehende Gesetz, das Allgemeine Landrecht, revidiert werden.

Die *„hierarchische Ordnung“* der rheinischen Justiz wurde von der I.J.K. als *„verworren“*²¹⁷ und *„trostlos“*²¹⁸ beschrieben. Auch die *„Geschäftstüchtigkeit“* und *„Zuverlässigkeit“* der Richter wurde in Frage gestellt.²¹⁹ Nach den gutachterlichen Schilderungen lähmte ein Mangel an Justizbeamten die Tätigkeit

²¹² Landsberg (1914), „Einleitung“, §5, „Weitere Schritte Kircheisens und ihr Scheitern“, S.XXXIX. Zur Personal-Besetzung der I.J.K. vgl. Landsberg (1914), Einleitung §7 „Instruktion und Personal-Besetzung der Immediat-Justiz-Kommission“, S. L-LVIII: Die Mitglieder dieser Kommission setzten sich sowohl aus Preußen als auch Rheinländern zusammen. Vorsitzender war der Preuße Sethe. Zu dem Gremium zählten weiterhin die beiden Rheinländer Fischenich und Bölling, der Preuße Simon und der Kölner Daniels.

²¹³ Landsberg (1917), S.153; vgl. auch Landsberg (1914), S.LI, §7.

²¹⁴ Landsberg (1917), S.153; Vgl. Bracht (1834), S.46.

²¹⁵ Landsberg (1914), „Einleitung“, §9, „Die sechs Hauptgutachten der Commission in der Entstehung“, S.LXXVII.

²¹⁶ Faber (1960), S.380 ff.

²¹⁷ Landsberg (1914), „Gutachten und andere Aktenstücke“, XI, „Votum Beymes für das Gesamtministerium“, S.360.

²¹⁸ Landsberg (1914), „Einleitung“, §13 „Daniels Vorgehen und der Erlaß der Kabinetts-Order vom 19. November 1818“, S. CX.

²¹⁹ Landsberg (1914), „Einleitung“, §13, „Daniels Vorgehen und der Erlaß der Kabinetts-Order vom 19. November 1818“, S.CX.

der Gerichte.²²⁰ Am Appellationshof in Düsseldorf zählte man 17 Richter auf 350000 Bezirksangehörige, in Trier 13 Richter auf 500000 Eingesessene und in Köln gar 5 Richter für 800000 Eingesessene.²²¹ Auch die Friedengerichte befanden sich in „Not“. Es *„herrschte Verwirrung und Unruhe“*.²²² Das Gerichtspersonal hatte *„seinen Dienst nur lässig und unmutig getan denn durch den Wechsel der Dinge, durch die andauernde Unsicherheit über die Gestaltung der Rechts- und Gerichtsverfassung und der eigenen, zukünftigen, endgültigen Anstellung“* habe es ihnen am erforderlichen Pflichtgefühl gemangelt.²²³

Sehr ausführlich wurden in dem Gutachten die Vor- und Nachteile des französischen, öffentlich-mündlichen Gerichtsverfahrens gegenüber dem preußischen, „schriftlichen Verfahren“ abgewogen.

Das preußische Strafverfahren trennte nicht nur den Anklageprozeß von einem gesonderten Untersuchungs- oder Inquisitionsprozeß.²²⁴ Auch das Inquisitionsverfahren, welches der Ermittlung von Tat und Täter galt, war zweigeteilt. In der sogenannten Generalinquisition wurde die Tat als solche ermittelt, im Verlauf der Spezialinquisition der Täter ermittelt und überführt. Die preußische Vorgehensweise im Strafprozeß wurde von der I.J.K. zwar als effektiv und lückenlos bewertet. Kritisch wurde es jedoch betrachtet, daß es sich in diesem Rechtssystem für einen Angeklagten schwieriger gestaltete, ein einmal gefälltes Urteil überprüfen zu lassen. Um einen Einspruch geltend zu machen, bedurfte es des Beweises, daß es in der Gesamt-Verhandlung nicht nur einem, sondern zwei richterlichen Personen an *„denjenigen Eigenschaften“* gefehlt hatte, die sie benötigt hätten, um die strittige Sache *„richtig wahrgenommen zu haben“*.²²⁵

Bemängelt wurde auch die Art und Weise, wie letztlich Streitsachen an den preußischen Gerichten zum Abschluß gebracht wurden. Die Verurteilung eines Angeklagten folgte oft auf Geständnisse, die auf richterliches „Zureden“ hin

²²⁰ Landsberg (1914), a.a.O., S. CX.

²²¹ Landsberg, „Gutachten...“, Einleitung §13, S. CXI.

²²² Landsberg (1914) a.a.O., S. CXI.

²²³ Landsberg (1914) a.a.O., S. CXI.

²²⁴ Temme (1840), S.527.

²²⁵ Landsberg (1914), „Gutachten und andere Aktenstücke“, IX, „Votum des Justizministers von Kirchhausen betreffend die Organisation der Justiz in den Rheinprovinzen, in Bezug auf die von der Königlichen Immediat-Justizkommission zu Köln gemachten Vorschläge. Vom Juli 1818“, S. 284,285.

abgelegt worden waren,²²⁶ ebenso wie „Verbrecher“ es verstanden, mit „*Frechheit, List und Ränke*“ freigesprochen zu werden.²²⁷

Von der I.J.K. wurde auch das schriftliche Verfahren angeprangert, das die Prozesse hinauszögerte. Über die „*unausstehliche, Land und Leute verderbende Langsamkeit des Prozeßgangs*“ wurden die „*lautesten und bittersten Klagen*“ erhoben.²²⁸ Die Ursache dieses Übels wurde auf die Gerichtsschreibereien zurückgeführt. Der genauen Dokumentation einer Verhandlung hatte die preußische Justiz einen hohen Stellenwert eingeräumt, weil nur das ordentliche Protokoll sicherstellen konnte, bei späteren Berufungen den Sachverhalt der Erstverhandlung darzustellen.

„*Mit seiner Langweiligkeit und Schwerfälligkeit [bewegte sich das schriftliche Verfahren] hinter allen Fortschritten der Zeit... . Man kennt nur eine Furcht, dasselbe zu behalten. Nur der Dieb und der Mörder fürchten vielleicht etwas anderes: es zu verlieren*“.²²⁹

Bei einer gutachterlichen Gegenüberstellung der verhandelten Zivilprozesse an altpreußischen und rheinischen Gerichten zeigte sich, daß die preußischen Prozesse nicht nur insgesamt „*zahlreicher*“ waren als die rheinischen.²³⁰ Von den Prozessen blieb pro Jahr auch noch „*ein Drittel*“ unerledigt liegen,²³¹ wobei die Anzahl als steigend berichtet wurde.²³²

Die altpreußischen Prozesse waren „*theurer*“, weil sie nicht nur insgesamt eine „*vierfache*“ Beamtenzahl beschäftigten,²³³ sondern auch in Abhängigkeit von der Höhe des Streitobjektes Stempel- und Einregistrierungsgebühren erhoben wurden.²³⁴

Die „*gerügten Nachteile*“ der preußischen Justizverfassung wurden „*nicht als temporär*“ bezeichnet, sondern befanden sich „*fortwährend im Wachsen*“,²³⁵ obwohl die preußische Justiz in der Vergangenheit einige Bestrebungen

²²⁶ Conrad, (1966), Bd.II, S.431.

²²⁷ Temme (1840), S.536.

²²⁸ Landsberg (1914), „Gutachten und andere Aktenstücke“, II, Die Gutachten der I.J.K. über das öffentliche und mündliche Verfahren in Zivilsachen“, S.78.

²²⁹ Temme (1840), S.536.

²³⁰ [anonym], Ansichten und Wünsche... (1827), „Folgerungen aus den in der Staatszeitung 1822 Nro. 94 und 95 bekannt gemachten und im Auszug hier beygefügtten Übersichten der bey den altpreußischen und rheinischen Gerichten im Jahre 1822 verhandelten Processe“, Artikel 1, S.111.

²³¹ [anonym], Ansichten und Wünsche... (1827), a.a.O., Artikel 4, S.116.

²³² [anonym], Ansichten und Wünsche... (1827), a.a.O., Artikel 7, S.119.

²³³ [anonym], Ansichten und Wünsche... (1827), a.a.O., Artikel 5, S.118.

²³⁴ Landsberg (1914), „Gutachten und andere Aktenstücke“, II, „Gutachten der I.J.K. über das öffentliche und mündliche Verfahren in Civilsachen vom 15. Februar 1818“, S.80.

unternommen hatte, dem „Übel“ der Prozeßverschleppung entgegenzuwirken: Durch spezielle Verordnungen war 1739 und 1740 die Höhe des Streitwertes von Bagatellangelegenheiten neu festgelegt worden, da der nicht unbeachtliche Anteil dieser Delikte, gemessen an der Gesamtzahl aller Rechtsstreitigkeiten, nach dem herkömmlichen Verfahren die Gerichte überlastet hatte.²³⁶ Kleinere Streitigkeiten sollten danach nur noch mit reduziertem Aufwand, nämlich durch mündliche Verhandlung nach richterlicher Untersuchung, beschleunigt abgewickelt werden.²³⁷

Von den Bemühungen, den Strafprozeß zu beschleunigen, wichen auch spätere Prozeßordnungen nicht ab, denn das „*allgemein Beste erfordert[e] es*“, daß die Prozesse „*abgekürzt*“ wurden.²³⁸ Verbrechen ließen sich nur verhindern, wenn generalpräventive Maßnahmen auch greifen konnten. „*Die Ruhe und Ordnung in der bürgerlichen Gesellschaft*“ gestattete es nicht, daß die Prozesse „*verewigt*“ wurden.²³⁹ Unter diesem Aspekt wurde auch die Beibehaltung der Friedensgerichte von der I.J.K. befürwortet, weil an ihnen dezentral kleinere Rechtsstreitigkeiten schneller abgewickelt werden konnten.²⁴⁰ Ihre Zahl sollte nicht zu klein sein und der Anzahl landrätlicher Kreise entsprechen.²⁴¹

In Frankreich hatte man sich bereits von einem gesonderten Anklageverfahren getrennt und es durch ein gerichtliches Untersuchungsverfahren ersetzt. Dieses Vorgehen hatte sich auch den rheinischen Gerichten, was die Schnelligkeit der Prozeßabwicklung anbelangte, als vorteilhaft erwiesen. Größere Prozeßzahlen ließen sich in den Rheinprovinzen rascher und billiger erledigen, als es an preußischen Gerichten mit dem schriftlichen Verfahren möglich war. Die Vorteile des „*fliegenden Wortes*“ im mündlichen Verfahren brachten „*in allen Geschäften*

²³⁵ [anonym], Ansichten und Wünsche... (1827), a.a.O., Artikel 7, S.119.

²³⁶ Schubert (1968), S.143-144.

²³⁷ Schubert (1968), S.143-144.

²³⁸ Koch (1871), „Einleitung in die Prozess-Ordnung“, S.3, §9: „*Das allgemein Beste erfordert es, daß die Prozesse, soweit es ohne Nachtheil der Rechte der Partheien geschehen kann, abgekürzt und die Kosten dabei möglichst gespart werden*“. Durch §10 der genannten Verordnung wurde dem untersuchenden Richter auferlegt, „*die Wahrheit ...auf dem sichersten und zugleich nächsten Wege zu erforschen*“.

²³⁹ Koch (1871), a.a.O.

²⁴⁰ [anonym], Ansichten und Wünsche... (1827), a.a.O., Artikel 2, S.114.

²⁴¹ Über die Zuständigkeiten der Friedensgerichte vgl. „Die Novellen zur bürgerlichen Prozeßordnung der Königlich Preußischen Rheinprovinz“ (1855): „Die Verordnung über die Kompetenz der Friedensgerichte in den Rheinprovinzen“, §4, S.2.

...während einer Stunde“ mehr, als es „ein Briefwechsel während Monaten“ vermochte.²⁴²

Nur der „faktische“ Teil wurde im Verlauf eines nach französischem Muster durchgeführten Prozesses schriftlich festgehalten: Namen der Parteien, Gegenstand des Streites, Entscheidungsgründe des Richters sowie die getroffene Entscheidung.²⁴³ Ein ordentlicher Prozeß ließ sich mit dem mündlichen Verfahren „binnen 6 Wochen von seiner Entstehung ...zu Ende bringen“.²⁴⁴ Das öffentlich mündliche Verfahren brachte nicht nur Rechtsstreitigkeiten schnell und einfach zu einem Ende, sondern zeigte sich auch als sehr zuverlässig, was die „Ausforschung“ der Wahrheit anbelangte.²⁴⁵ Bevor der erkennende Richter sein Urteil fällte, hatte er „den Kläger und die Zeugen selbst und unmittelbar im Zusammenhang“ erfahren und konnte sich am Ende der Verhandlung sein eigenes Urteil bilden, ohne Erkundigungen durch einen Dritten anstellen zu müssen und die Anwendung „fremder Sinne“ zu gebrauchen.²⁴⁶ Damit unterlag der Richter „weniger Täuschung und Irrthum“.²⁴⁷

Bei dem preußischen „Criminalverfahren“ erschienen der Beschuldigte und die Zeugen zuerst persönlich vor dem Untersuchungsrichter.²⁴⁸ Die Ergebnisse dieser Untersuchung wurden abschließend in einem Protokoll zusammengefaßt, welches als Grundlage für die spätere gerichtliche Verhandlung diente. Damit erfuhr das Gericht und der im Anschluß erkennende Richter allein durch den Instruktions- oder Untersuchungsrichter oder seinen Referenten von den Sachverhältnissen.

Beide „sahen“ und „hörten“ weder den Kläger, noch den Beklagten oder die Zeugen und waren nach Ansicht der I.J.K. dadurch kaum in der Lage, die ganze „Individualität“ eines Rechtsfalles zu erkennen.²⁴⁹

Der Untersuchungsrichter war zwar durch einschlägige Bestimmungen verpflichtet, die Protokolle „treu, vollständig und wahr“ zu verfassen und dabei

²⁴² Landsberg (1914), „Gutachten und andere Aktenstücke“, II, „Gutachten der I.J.K. über das öffentliche und mündliche Verfahren in Civilsachen vom 15. Februar 1818“, S.76.

²⁴³ Landsberg (1914), „Gutachten und andere Aktenstücke“, II, „Gutachten der I.J.K. über das öffentliche und mündliche Verfahren in Civilsachen vom 15. Februar 1818“, S.76.

²⁴⁴ Landsberg (1914), „Gutachten und andere Aktenstücke“, II, „Gutachten der I.J.K. über das öffentliche und mündliche Verfahren in Civilsachen vom 15. Februar 1818“, S.77.

²⁴⁵ Landsberg (1914), „Gutachten und andere Aktenstücke“, I, „Gutachten der I.J.K. über das öffentliche und mündliche Verfahren in Untersuchungssachen vom Februar 1818“, S.11.

²⁴⁶ Landsberg (1914), „Gutachten und andere Aktenstücke“, I, „Gutachten der I.J.K. über das öffentliche und mündliche Verfahren in Untersuchungssachen vom Februar 1818“, S.11.

²⁴⁷ Landsberg (1914), a.a.O. S.11.

²⁴⁸ Landsberg (1914), „Gutachten und andere Aktenstücke“, I, Gutachten der I.J.K. über das öffentliche und mündliche Verfahren in Untersuchungssachen vom Februar 1818“, S.13.

²⁴⁹ Landsberg (1914), a.a.O.

möglichst die eigenen Worte des Vernommenen zu gebrauchen.²⁵⁰ In den Augen der I.J.K. hielt sich der Instruktionsrichter aber nur in den seltensten Fällen an diese Anordnung²⁵¹ und gab seine eigene, subjektive Beschreibung des Falles ab. Nach Abschluß der Untersuchung entschied sich die Kommission u.a. für die Beibehaltung des öffentlich-mündlichen Verfahrens in Straf- und Zivilprozessen²⁵² und Beibehaltung der Geschworenengerichte. Die Grundprinzipien der bestehenden Gesetzgebung sollten fortbestehen, insbesondere die Gleichheit vor dem Gesetz.²⁵³ Die Kommission plädierte für eine Beibehaltung der Friedensgerichte neben den Landgerichten in Zivilsachen und des Instituts der Geschworenen in Criminalsachen.²⁵⁴

Die endgültige Rheinische Rechts- und Gerichtsverfassung wurde mit der Königlichen Kabinettsorder vom 19. November 1818 erlassen.²⁵⁵ Die Vorschläge der I.J.K. über die vorläufige Organisation der Gerichtsbehörden fanden damit ihre Zustimmung. Bis zur großen Preußischen Justizreform 1879 wurden die Friedensgerichte beibehalten. Die Verordnung vom 7. Juni 1821 erweiterte ihre Zuständigkeit sogar bis zu 300 Talern Strafe.²⁵⁶

In den 6 Bezirkshauptstädten gab es Landgerichte für Zivilsachen und Zucht-Polizeigerichte für Strafsachen. Die Appellationsgerichte oder Obertribunale in Kleve, Köln, Düsseldorf, Essen, Trier wurden zu einem Rheinischen Appellationsgerichtshof in Köln zusammengefaßt. Mit dieser Organisation konnte sicherer und schneller als bisher Recht gesprochen werden.²⁵⁷ Aus dem Bericht der I.J.K. und der Kabinettsorder ist die Intention nicht nur einer Vereinheitlichung des Justizwesens, sondern auch das Bestreben zu erkennen, es rationeller und effizienter zu organisieren. Den Instanzenweg, wie er nach 1818 beschritten werden mußte, faßt das nachfolgende Schema zusammen.

²⁵⁰ Das Gutachten (a.a.O.) verweist auf die Paragraphen 56,265,330 der Criminalordnung.

²⁵¹ Landsberg (1914), a.a.O., S.12.

²⁵² Landsberg (1914), „Gutachten und Aktenstücke“, VI, „Resultate der Deliberationen der J.J.K. über verschiedenen Hauptgegenstände der ihr gewordenen legislativen Aufgabe“, I. „Formelles Recht, A.Verfahren in Strafsachen“, S.205.

²⁵³ Landsberg (1914), a.a.O., S.208/209.

²⁵⁴ Landsberg (1914), a.a.O., S.217.

²⁵⁵ Landsberg (1914), „Gutachten und Aktenstücke“, XIII, „Kabinetts-Ordre und Instruktion für v.Beyme vom 19.November 1818“, S.367.

²⁵⁶ Bornhak (1903), S.447.

²⁵⁷ Hoffmann (1918), S.23.



Instanzenweg nach der Gerichtsverfassung vom 19. November 1818

Mit der Kabinettsorder vom 28. Januar und 24. Juli 1826 genehmigte der König, „daß die bisherige Gesetzgebung aufrecht erhalten wird, aber nach dem Bedürfnis der Zeit geläutert, die Provinzialrechte erst nach vollendeter Revision der allgemeinen Gesetze in Angriff“²⁵⁸ genommen werden durften. Der Weiterbestand des rheinischen Rechts war damit bis zur Vollendung der Gesetzrevision gesichert. Die Revision des Allgemeinen Landrechts wurde nicht zu Ende geführt.²⁵⁹

In Rheinpreußen galt daher der *Code de procédure Civil* von 1806 bis zum Inkrafttreten der Reichszivilprozeßordnung am 1. Oktober 1879.²⁶⁰

Nicht nur die französische Gerichtsorganisation, sondern auch die rheinisch französischen Gesetze hatten einen positiven Einfluß auf die Weiterentwicklung

²⁵⁸ Bornhak (1903), S.452.

²⁵⁹ Bornhak (1903), S.452.

²⁶⁰ Conrad (1966), S.471.

des altpreußischen Rechts und des zukünftigen Strafverfahrens und somit auch auf die Beschleunigung der gerichtlichen Prozeßabwicklung. Mit der Verordnung vom 1. Juni 1833 über den „*Summarischen Mandats- und Bagatellprozeß*“ trat ein mündliches Verfahren an die Stelle des Inquisitionsprinzips und der Instruktionsmaxime und bewirkte eine schnellere gerichtliche Verhandlung kleinerer Delikte.²⁶¹

Mit der Verordnung vom 3. Januar 1849 konnte sich allgemein im Strafprozeß das öffentlich-mündliche Anklageverfahren gegen den bisherigen Inquisitionsprozeß durchsetzen.²⁶²

Mit Einführung des Strafgesetzbuches vom 14.4.1851 wurde das Strafrecht vereinheitlicht. Es wurde für alle Provinzen erlassen, obwohl sich die Rheinländer für die Beibehaltung des in dem Strafmaß viel härteren *Code Pénal* ausgesprochen hatten.²⁶³ Das Preußische Strafgesetzbuch von 1851 teilte strafbare Handlungen ebenfalls wie das französische Gesetzbuch in drei Kategorien ein und differenzierte zwischen Verbrechen, Vergehen und Übertretungen.²⁶⁴ Letztere wurden mit einer Geldbuße bis 60 Thalern oder Gefängnisstrafe bis 6 Wochen belegt.²⁶⁵

Nach dem Preußischen Strafgesetzbuch durfte „*kein Verbrechen, kein Vergehen und keine Übertretung*“ durch „*Strafe belegt werden*“, die nicht gesetzlich bestimmt war, bevor die Handlung begangen wurde.²⁶⁶

So wurde in einem der untersuchten Archivfälle auf Grund dieser Bestimmung nicht sanktioniert, weil gegen das nicht-legale Gewerbe des „Quacksalbers“ zum Zeitpunkt der Tat (noch) keine gesetzliche Regelung existierte.

Die Rechtsauffassung, daß Strafen nur bei Erbringung eines ausreichenden Beweises verhängt werden durften, wurde ebenfalls aus dem französischen Recht übernommen. Dieser auch heute noch gültige Rechtsgrundsatz war ein wichtiger Erfolg der Verfechter einer liberalen Rechtspflege. Er erschwerte allerdings den Vollzug gegen „Quacksalber“ und „Pfuscher“, weil ihnen häufig weder ihre nicht-legale Tätigkeit noch deren schädliche Auswirkungen nachgewiesen werden konnten.

²⁶¹ Bornhak (1903), S.455.

²⁶² Bornhak (1903), S.472.

²⁶³ Bornhak (1903), S.472.

²⁶⁴ Strafgesetzbuch (1851), „Einleitende Bestimmungen“, S.3.

²⁶⁵ Strafgesetzbuch (1851), a.a.O.

So mangelte es nicht nur an Beweisen sondern auch an Zeugen in den Verhören, welche in dem öffentlich mündlichen Verfahren gegen die „Pfuscher“ und „Quacksalber“ auftreten sollten.

Justizminister Kirchhausen führt die Zurückhaltung der Zeugen unter anderem auf den sozialen Druck zurück, den die Gemeinschaft auf den einzelnen ausübte. Dieser Druck äußerte sich auf dem Lande und damit in einem engeren sozialen Geflecht stärker als in städtischen Gemeinden: *„Mancher Zeuge dürfte auch schon in der vorläufigen Verhandlung hinter die Schutzwehr der Nichtwissenschaft sich zurückziehen, um nicht in der öffentlichen Sitzung einen persönlichen Kampf mit dem Angeklagten bestehen zu müssen, oder der Gegenstand der Verfolgung der unter den Zuhörern befindlichen Freunde und Angehörigen des Angeklagten zu werden“*.²⁶⁷

Ab 1851 galten von den 5 französischen Codes nur noch der *Code Civil* und die beiden Prozeßordnungen.

Die Preußische Justiz und Verwaltung übernahm von der französischen Konstitution das „Gute“, wo es sich fand und als nützlich befunden wurde. Die Reformierung des preußischen Strafverfahrens führte nicht nur zur Errichtung verschiedener Instanzen, sondern auch zum Anklagegrundsatz und Einrichtung einer vom Strafrichter unabhängigen Staatsanwaltschaft, Abschaffung der Verdachtsstrafe und freier Beweiswürdigung.²⁶⁸

In welchem Ausmaß sich mit dieser Entwicklung auch das behördliche Vorgehen gegen „Pfuscher“ und „Quacksalber“ im Sinne der akademischen Ärzteschaft rationalisierte, wird Gegenstand der Kapitel 6 und 7 dieser Studie.

²⁶⁶ Strafgesetzbuch (1851), S.3, §2. Zu dem sogenannten Grundsatz der: *„nulla poena sine lege“* vgl. Buschmann (1998), S.539.

²⁶⁷ Landsberg (1914), „Gutachten und andere Aktenstücke“, IX, „Votum des Justizministers von Kirchhausen betreffend die Organisation der Justiz in den Rheinprovinzen, in Bezug auf die von der Königlichen I.J.K. zu Köln gemachten Vorschläge vom Juli 1818“, S.289.

²⁶⁸ Stolleis (1995), S.429.

4. Wirtschaft, Industrialisierung und Pauperismus im Herzogtum Jülich-Berg

Im nachfolgenden werden die damaligen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den Herzogtümern reflektiert, um die Lebensumstände des größten Teils der Bevölkerung darzustellen.

Die soziale Situation der Bevölkerung bot den nicht-legitimierten Heilern nicht nur Raum im Bereich der Gesundheitsversorgung. Vielmehr vermochten die sozialen Verhältnisse auch einem behördlichen „Vorgehen“ gegen die unautorisierten Heiler Grenzen zu setzen.²⁶⁹

Die Eigenständigkeit der kleinen rheinischen Staaten vor der französischen Übernahme prägte die Ausbildung von Recht und Wirtschaft. Eigene Landesverordnungen mit speziellen Einzel- und Vorrechten behinderten neben „*eigenen Zöllen, Münzen, Maßen und Gewichten*“²⁷⁰ die Entwicklung von Handel und Wirtschaft.²⁷¹ Dem stand gleichzeitig nach Kaufmann die allgemeine Armut der Bevölkerung in den Herzogtümern Jülich-Berg gegenüber.²⁷²

Während Jülich den Charakter eines Ackerbaugebietes beibehielt und Handel vorwiegend mit ländlichen Erzeugnissen betrieb,²⁷³ setzte sich in Berg die Industrialisierung und der Handel mit Industrieprodukten immer stärker durch. Das Herzogtum Jülich stand vor allem in Handelsbeziehungen zu dem rechtsrheinischen Herzogtum Berg; das Herzogtum Berg hingegen bereits in einem regen Warenaustausch mit Frankreich.²⁷⁴

Das staatliche Interesse an der Unterhaltung und dem Ausbau eines Straßennetzes korrespondierte mit der Entwicklung, welche Wirtschaft und Handel nahmen.²⁷⁵

Die Straßenverhältnisse der Herzogtümer Jülich-Berg waren zeitgenössischen Schilderungen zu Folge schwierig und konnten wohl kaum in dem meist armen Publikum so etwas wie „Reiselust“ wecken. Zeitgenossen berichten, daß für die

²⁶⁹ vgl. Stoll (1813), 3.Bd.

²⁷⁰ Kaufmann (1831), S.11.

²⁷¹ Planitz (1926), S.1223.

²⁷² Kaufmann (1831), S.11.

²⁷³ Zur rheinischen Landwirtschaft s. Wygodzinski (1917) S.253.

²⁷⁴ Schmidt (1999), S.240/241.

²⁷⁵ Lipowsky (1828), S.43; Über die Verkehrsverhältnisse und den Handel in den Herzogtümern Jülich-Berg zur Zeit des Herzogs Carl-Theodor s.a. Schuler (1917).

kurze Strecke zwischen Elberfeld und Solingen drei Stunden Fahrt eingeplant werden mußten.²⁷⁶ In den Herzogtümern auf Reise zu gehen, war dabei nicht nur zeitaufwendig und langwierig, sondern darüber hinaus auch nicht ungefährlich: Räuber und Bettler machten die Landstraßen unsicher.²⁷⁷

Durch die schwierigen Straßenverhältnisse war die Bevölkerung in ländlichen Gebieten vielfach noch auf den Hausierhandel²⁷⁸ angewiesen. Zu dieser Gruppe an Handelsleuten zählten auch die fahrenden Arzneihändler, wie beispielsweise die Thüringer Arzneikrämer.²⁷⁹

Nach der französischen Übernahme änderten sich mit der Aufhebung der Kleinstaatenwelt nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die bürgerlichen Verhältnisse einschneidend. Vor allem kam es zu Veränderungen im Personen- und Sachenrecht. Die Leibeigenschaft und das Lehnswesen wurden abgeschafft.²⁸⁰ Die neuen Bestimmungen über Besitz und Eigentum zogen zahlreiche Prozesse nach sich. Die Beseitigung der Leibeigenschaft und lehnsherrlichen Rechte machte eine Neuordnung des Grundbesitzes nötig.

Die Streitigkeiten und Klagen der Bauern bezogen sich vor allem auf die Nutzung von Leib- und Zeitgewinnsgütern, also Gütern, welche von den Bauern zeitlich befristet oder auf lebenslängliche Zeit genutzt wurden.²⁸¹ Ebenso wurden zahlreiche Prozesse aus dem Grunde geführt, daß Bauern Frondienste und Leistungen an die Grundbesitzer verweigerten.²⁸²

Zusammengenommen bedingte die Umwandlung der Feudalgesellschaft eine verstärkte Inanspruchnahme der Gerichte.²⁸³ Der größtenteils arme Bauernstand profitierte nicht notwendig finanziell von den neuen Verhältnissen.²⁸⁴

²⁷⁶ Gebhard (1883), S.19.

²⁷⁷ Schenk (1833), S.VIII.

²⁷⁸ Schuler (1917), „Der Innenhandel“, S.31.

²⁷⁹ Stoll (1813), 3.Teil, S.240; vgl. Bernschneider-Reiff (2001).

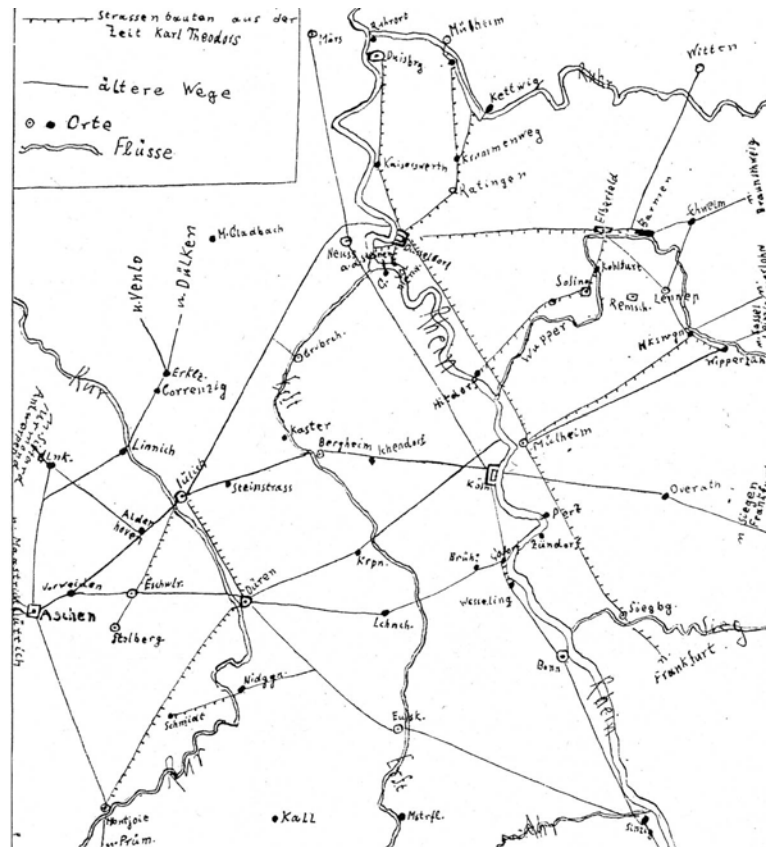
²⁸⁰ Planitz (1926), S.1224 und Conrady (1922), S.180/181.

²⁸¹ Schmidt (1999), S.158.

²⁸² Schmidt (1999), S.159; vgl. Janssen (1997), S.271.

²⁸³ Fürth (1826), S.17.

²⁸⁴ Mallinckrodt (1816), S.19.



Kartenskizze der Verkehrsverhältnisse in Jülich-Berg zur Zeit des Herzogs Karl Theodor („Quelle: Schuler (1917), S.64”)

Zwar hatte man mit der Institution der Friedensgerichte eine „wohlfeile, einfache und schnelle Justiz“ geschaffen,²⁸⁵ die viele Rechtsstreitigkeiten beilegen konnte, bevor größere Gerichtskosten entstanden. Bedingt durch die hohe Zahl an Rechtsstreitigkeiten war die Prozeßabwicklung an den Gerichten allgemein aber eher „schleppend“. Die „martervolle Langsamkeit“ hielt nicht nur ein „Gemüth jahrelang in Spannung,“ sondern ließ nach Schenk am Ende „selbst das Unrecht erwarten“.²⁸⁶

Die lange Dauer der Prozesse brachte mit sich, daß gerichtlich festgesetzte Entschädigungen erst nach größeren Zeiträumen gezahlt wurden, wodurch bei der allgemeinen Armut manche Familie existenzgefährdet wurde.²⁸⁷ Das Wohl des einzelnen wurde aber auch dadurch beeinträchtigt, daß Friedensrichter auf Grund mangelhafter juristischer Vorbildung ungerechte oder gar falsche Urteile fällten.²⁸⁸

²⁸⁵ Fürth (1826), S.45.

²⁸⁶ Schenk (1833), Seite X.

²⁸⁷ Fürth (1826), S.17.

²⁸⁸ Schenk (1833), S.64 u.66.

Der Zustand verschärfte sich, nachdem die Höhe des an den Friedensgerichten zu verhandelnden Streitwertes modifiziert wurde und Friedensrichter selbst über Streitwerte bis 300 Thaler entscheiden durften.²⁸⁹

Konnte die kostentragende Partei die entstandenen Gerichtskosten nicht zahlen, so fielen diese dem Staat „*drückend*“ zur Last²⁹⁰ und mußten von den Gemeinden aufgebracht werden.

Ein nicht abschätzbares Prozeßrisiko und die damit verbundenen hohen Kosten hielt andererseits viele Bürger davon ab, das ihnen zustehende Recht gerichtlich durchzusetzen.

Vor diesem Hintergrund mußte sich zwangsläufig ergeben, daß die Mehrzahl der Geschädigten davon Abstand nahm, gegen einen „Pfuscher“ oder „Quacksalber“ wegen schädlicher Folgen seiner Behandlung vor Gericht zu ziehen.

²⁸⁹ Schenk (1833), S.64.

²⁹⁰ Rappard (1817), S.11.

4.1. Bevölkerungsstruktur

Das Herzogtum Jülich-Berg wurde überwiegend von einer rein bäuerlichen Bevölkerung besiedelt, welche sich auf zahlreiche, eng beieinander liegende Dörfer und Siedlungen verteilte. Nur vereinzelt fanden sich kleine Städte.²⁹¹

In den Gebieten mit überwiegender Landwirtschaft, im linksrheinischen Herzogtum Jülich entwickelte sich die Bevölkerungszahl auf einem verhältnismäßig gleichbleibenden Niveau. Die wirtschaftlichen Veränderungen in dem Herzogtum Berg hatten jedoch Auswirkungen auf das Bevölkerungswachstum auf dem rechten Rheinufer: Janssen berichtet, daß sich die Einwohnerzahl zwischen 1680 und 1789 nicht nur „verdreifacht“ hatte, sondern sich diese Entwicklung auch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts weiter fortsetzte.²⁹²

Zu Beginn der preußischen Herrschaft 1816 lebten in der Rheinprovinz insgesamt 1.874.942 Einwohner.²⁹³ Die höchste Bevölkerungsdichte gab es im Kreis Elberfeld: hier lebten auf einer Quadratmeile ca. 23.000 Menschen,²⁹⁴ vergleichbar mit den höchsten Besiedlungszahlen Europas. Die Zahl stieg bis 1849 auf 2.831.000 an und bedeutete einen Zuwachs von mehr als 51%.²⁹⁵

Die Mehrzahl der rheinischen Bevölkerung verdiente in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft. Daneben dominierte eindeutig das Handwerk und Heimgewerbe.

Nach Viebahn „*find man 1804 unter den 61356 Familien des Herzogtum Bergs 25956 Handwerker, 29553 Bauern, 2649 Kaufleute, 316 Beamte und 94 Adlige*“.²⁹⁶

Mit dem raschen Bevölkerungswachstum wurde die Ernährung der Bevölkerung zum Problem. Verschiedene Faktoren bewirkten, daß die vorhandenen Subsistenzmöglichkeiten bald erschöpft waren.

Im Bereich der Landwirtschaft bestimmte die Qualität und Fruchtbarkeit des Agrarbodens die erforderliche Größe einer subsistenzsichernden Ertragsfläche. Die landwirtschaftliche Nutzbarkeit des Bodens war in den links- und

²⁹¹ Heukeshoven (1933), S.5.

²⁹² Janssen (1997), S.230.

²⁹³ Rumpe (1931), S.3.

²⁹⁴ Mebus (1845), S.254; vgl. Neigebaur (1817).

²⁹⁵ Janssen (1997), S.275 ; s.a. Tuckermann (1917).

rechtsrheinischen Gebieten sehr unterschiedlich. Janssen berichtet, daß im „Jülicher Land 6 Kölnische Morgen (= 1.9.ha.)“ ausreichen konnten, um eine Bauernfamilie zu ernähren. Anders waren die Verhältnisse im bergischen Land: Hier wurde im Jahre 1807 gut die dreifache Größe, ungefähr „20 Morgen (=6.4 ha.)“ benötigt, um den „Unterhalt einer fünfköpfigen Familie mit Knecht und Magd“ zu sichern.²⁹⁷ Der Nachteil eines ertragsarmen Bodens und schlechter Marktanbindung konnte nur durch entsprechend großen Landbesitz ausgeglichen werden.

Dem entgegen stand die Realerbteilungssitte. Sie hatte zu einer zunehmenden Zerteilung des Grundbesitzes im Bereich der rheinischen Landwirtschaft geführt: Die Parzellen waren vielfach so klein, daß auf ihnen kein Ackerbau mehr betrieben werden konnte.²⁹⁸ Da die kleinen Ertragsflächen die Subsistenz vieler Bauern nicht mehr sichern konnten, vergrößerte sich die Zahl der landlosen Unterschichten.

Die Situation in den Städten war keine andere. Durch die Gewerbefreiheit, so Kaufmann, waren hier die Bevölkerungszahlen besonders stark angewachsen.²⁹⁹

Schwere Hunger- und Teuerungskrisen in den Jahren 1816/1817, 1830/1831 und 1845/ 1847 verschärften die Ernährungsprobleme der stetig wachsenden rheinischen Bevölkerung.³⁰⁰

Mit einer Ehebeschränkungspolitik wurde versucht, der Verelendung wirtschaftlich schwach gestellter Familienexistenzen entgegenzuwirken.³⁰¹

Dem schnellen Bevölkerungswachstum konnte die Wirtschaftsentwicklung nicht folgen. Es entstand eine Massenarmut, der sogenannte Pauperismus, welcher nicht nur die Bildung eines ländlichen Proletariats förderte.³⁰² In den Städten Köln, Koblenz und Düsseldorf belief sich der Anteil der Unterschichten im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts auf 30-40% der Gesamtbevölkerung. Besonders ausgeprägt war die Verarmung im Rheinland nach Riemann im Zeitraum 1794-

²⁹⁶ Viebahn (1836), I. Teil, S.128.

²⁹⁷ Janssen (1997), S.233.

²⁹⁸ Gebhard (1883), S.16.

²⁹⁹ Kaufmann (1831), S.183; Die Gewerbefreiheit steigerte den Reichtum der Städte, vergrößerte damit aber auch das Stadt-Land-Gefälle, vgl. hierzu Fürth (1826), S.15.

³⁰⁰ Janssen (1997), S.277.

³⁰¹ Hippel (1995), S.69.

³⁰² Janssen (1997), S.279.

1796 und setzte sich von 1808 bis zur Beendigung der französischen Herrschaft fort.³⁰³

Der Anstieg der Bevölkerung und die im Zusammenhang mit der Zerstückelung des Eigentums geführten Rechtsstreitigkeiten führten zu einer Mehrbelastung der Gerichte; die Prozeßzahlen wurden in die Höhe getrieben.³⁰⁴ Durch den außerordentlichen Zuwachs an anhängigen Verfahren kam es zu Verzögerungen in der gerichtlichen Abwicklung,³⁰⁵ welche sich nicht nur nachteilig auf die Ordnung und Sicherheit auswirkten, sondern auch zu Lasten der armen Bevölkerung gingen.

³⁰³ Riemann (1985), S.62.

³⁰⁴ Fürth (1826), S.28.

³⁰⁵ Die Gerichte wurden aus dem Grunde aufgefordert, Übersichten anzufertigen: Vgl. Scotti I, 1401: Bis 1774 waren die Gerichte durch die Verordnung vom 18.Mai 1737 angehalten, monatliche Nachweise der im Amte vorgefallenen Prozesse an den Hofrat zu schicken. Dieser verfaßte anschließend darüber vierteljährliche Prozeßtabellen. Seit dem 11.1.1774 (Scotti II, 2101) reichten jährliche Einsendungen von Prozeßtabellen durch die Gerichte aus. Diese Verordnung wurde erneuert durch die Verordnung vom 13. Dezember 1791 und 8. Juni 1805, vgl. Scotti II, 2814.

4.2. Einkommen und Löhne, Preisniveau

Unter französischer Herrschaft wurde versucht, mit einem Ausfuhrverbot der landwirtschaftlich rohen Produkte die bäuerliche Situation zu verbessern und dabei vor allem der bäuerlichen Verarmung vorzubeugen.³⁰⁶ Das Ausfuhrverbot hatte zum Zweck, eine ganzjährige Stabilität vor allem des Getreidepreises zu bewirken.

Der Getreidepreis bestimmte maßgeblich den landwirtschaftlichen Bodenpreis. Stand der Preis hoch, ließ sich das Land der Großgrundbesitzer für teures Geld an die Bauern verkaufen. Die Bauern hingegen verschuldeten sich existenzbedrohlich bei der Abzahlung ihres Landes, wenn die Preise für Getreide anschließend wieder fielen.

Die französische Preis- und „Sozialpolitik“, wie sie von Schulz und Kaufmann³⁰⁷ geschildert wird, ließ sich im Rheindepartement offensichtlich nur begrenzt verwirklichen. Legt man die Preise zu Grunde, nach welchen Getreide auf den Hauptmärkten des Rheindepartements tatsächlich gehandelt wurden,³⁰⁸ ergeben sich im Jahresverlauf größere Schwankungen und Preiseinbrüche, vor allem in den Sommer- und Erntemonaten.

Ganzjährlich stabile Preise, die Voraussetzung für eine finanzielle Entlastung der Bauern gewesen wären, existierten somit nicht. Belastend für die Bevölkerung war auch die hohe indirekte Besteuerung z.B. von Salz, die sich ebenfalls auf die Preisbildung niederschlug.³⁰⁹

Das Einkommen der breiten, gewerblich und industriell tätigen Schicht war im allgemeinen gering und wurde überwiegend für die Beschaffung von Nahrungsmitteln eingesetzt:

Hippel berichtet, daß noch nach 1850 Familien im Durchschnitt 65-70% und vor 1850 70-80% ihres Einkommens allein dafür ausgaben.³¹⁰

³⁰⁶ Schulz (1805), S.304.

³⁰⁷ Kaufmann (1831), S.120

³⁰⁸ Eine regelmäßige Übersicht über die damals aktuellen Getreidepreise geben die Präfekturakten. Vgl. einen Auszug daraus in Anhang 1.

³⁰⁹ Kauffmann (1831), S.188.

³¹⁰ Hippel (1995), S.8; eine Übersicht der Lebensmittelpreise zu Beginn des 19. Jahrhunderts geben die Großherzoglich Bergischen Wöchentlichen Nachrichten vom 15. September 1807, S. 396; daraus eine Aufstellung gibt Anhang 2.

Als Einkommensminimum zur Gewährleistung des Unterhaltes einer fünfköpfigen Familie wurde um 1820 ein Jahresverdienst von 200 Talern nötig.³¹¹ Hierbei nicht einkalkuliert waren finanzieller Aufwand für die Heilung von Krankheiten sowie andere unvorhergesehene Belastungen. Eine Krankheit kostete Geld und reduzierte zwangsläufig auch durch Verdienstaussfall das Familieneinkommen. Um einen ausreichenden Schutz und Absicherung zu gewährleisten mußte das Jahreseinkommen einer Familie bereits bei 400 Talern liegen.³¹²

Janssen berichtet, daß allein in Trier die Hälfte der Familien nur über ein Einkommen von unter 100 Talern verfügten.³¹³ Nach Viebahn verdiente „*der Weber ...in Krefeld wöchentlich 55-98 Sgr.*“, sofern er Meister war. Ein Geselle erhielt nur „*30-50 Sgr.*“.³¹⁴

Die Gehälter der Beamten in Verwaltung und an den Gerichten wurden zu einem Teil in Naturalien bezahlt.³¹⁵ Ein Präfekturrat erhielt jährlich 2400 Francs³¹⁶ oder umgerechnet 640 Taler.

Ein Friedensrichter verdiente in größeren Gemeinden, wie beispielsweise Düsseldorf und Elberfeld jährlich 1200 Francs, und in kleineren Gerichtsbezirken 900 Francs.³¹⁷ In Abhängigkeit von der Größe des Gerichtsbezirkes konnte das Einkommen der Friedensrichter sehr unterschiedlich sein.³¹⁸ Richter waren deshalb zusätzlich auf die Sporteln (lat. „Sportula“ oder Gerichtsgebühren, welche die Prozeßführenden zu entrichten hatten) angewiesen³¹⁹ und auf ihre Beteiligung an den verhängten Brüchtenstrafen³²⁰ (Strafgelder für geringere Fiskal- und Polizeivergehen).

³¹¹ Janssen (1997), S.286.

³¹² Janssen (1997), S.287.

³¹³ Janssen (1997), S.286.

³¹⁴ Viebahn (1836), 1.Teil, S.171, § 77.

³¹⁵ Mit der Verordnung vom 24.4.1806 bezogen die Beamten Naturalbesoldungen aus den Produkten der herzoglichen Domainen: s. Scotti II, 2884.

³¹⁶ Kaufmann (1831), S.21; s. Umrechnungstabelle Anhang 3.

³¹⁷ Gesetz-Bulletin des Großherzogtum Berg, Kaiserliches Dekret über die Organisation der Justiz, vom 17.Dezember 1811;vgl. Erkenz (1994) über die Besoldung der französischen Friedensrichter.

³¹⁸ Eine Übersicht über das unterschiedliche Verhältnis von Einwohnerzahlen zu Bürgermeistereien gibt Mebus (1845), S.256.

³¹⁹ Schmidt (1999), S.178. Danach verdiente der Friedensrichter in Lennep nur „*313 Franken*“ und der Richter von Buddenburg sogar nur „*65 Franken*“.

³²⁰ Über die prozentualen Anteile, die an das Gerichtspersonal bei einer verhängten Brüchte von in der Regel 15 Rt. anfielen, vgl. Provisorische Brüchtenordnung vom 4. Jenner 1803, Anhang 5.

Die niedrigen Amtsbesoldungen subalternen Beamten begünstigten nach Kaufmann Unregelmäßigkeiten an den Gerichtshöfen und in der Verwaltung in Form von Bestechlichkeit und Käuflichkeit.³²¹

³²¹ Kaufmann (1831), S.22 und 24/25.

4.3. Medizinische Versorgung, Beschaffenheit des Medizinalwesens und Bezahlung medizinischer Leistungen

Angesichts der rasch wachsenden Bevölkerung und der zunehmend dichten Besiedlung der Territorien wurde der Ausbau des Gesundheitswesens dringlich:³²² Bereits Brinckmann hatte 1778 in seinen *Patriotischen Vorschlägen*³²³ darauf hingewiesen, daß zur Verbreitung von „*Glückseligkeit*“³²⁴ im Staat eine besondere „staatliche Vorsorge“ geschaffen werden mußte. Diese sollte nicht nur die Bevölkerung vor den Gefahren einer Seuche schützen, auch sollte sie sich um das „*moralische Verhalten der Einwohner*“ kümmern und für „*hinreichende Mittel zur Genesung*“ sorgen.³²⁵ Eine solche staatliche Vorsorge, mit der die medizinische Versorgung ausschließlich in die Hände der Ärzte gelegt wurde, war gleichzeitig probates Mittel, um auch die unerwünschten „*Afterärzte* [auszu]rotten“.³²⁶

In den Herzogtümern Jülich-Berg verursachte die allgemeine Armut bei der hohen Bevölkerungsdichte in Zeiten von Mißernten und Teuerungen nicht nur Hungerkrisen, sondern auch das Auftreten von Hungerkrankheiten. So grassierte in den Jahren 1793 und 1811 die Ruhr; das typhöse Nervenfieber trat in den Jahren 1796 und 1813 auf.³²⁷ Gerade diese Krankheit ließ sich über einen langen Zeitraum hinweg nicht bekämpfen und dauerte bis zum Jahre 1818 an. Von Epidemien wurden besonders die Rheinniederungen und ihre Bewohner betroffen.

Um Aufschluß über die „*medizinische Topographie*“,³²⁸ über das Gesundheitswohl und den Gesundheitszustand der Bevölkerung zu bekommen, wurde ab der Mitte des 18. Jahrhunderts in verschiedenen deutschsprachigen Territorien den Physici zur Pflicht gemacht, ihren Obrigkeiten regelmäßig umfassend hierüber Bericht zu erstatten. Die Topographie, welche von den

³²² Rumpe (1931), S.2.

³²³ Brinckmann (1997).

³²⁴ Brinckmann (1997), Vorerinnerung S.6.

³²⁵ Brinckmann (1997), Vorerinnerung S.27.

³²⁶ vgl. Brinckmann (1997), Vorerinnerung S.28

³²⁷ Viebahn (1836), 1. Teil S.124; vgl. Rechmann (1985).

³²⁸ vgl. nachfolgende Verordnung vom 16.4.1814, in: WSTa RIX5, §3.

entsprechend beauftragten Physici erstellt werden sollte, beschränkte sich nicht nur auf öffentliche Bereiche, sondern bezog auch die privaten Lebensbereiche mit ein.³²⁹ Neben Gesundheitszustand und Gesundheitsverhalten der Bevölkerung oblag den Physici auch die Überwachung der Medizinalpersonen. Die nachfolgende Verordnung aus dem Jahr 1814, welche das Tätigkeitsprofil eines Physicus beschreibt, soll dies illustrieren.

Hier wurde unter anderem geregelt, daß die medizinische Versorgung der Bevölkerung ausschließlich nur noch von staatlich ausgebildeten und approbierten Medizinal-Personen vorgenommen werden sollte (§6). Physiker bekamen gleichzeitig die Anordnung, alle ausfindig gemachten „*Pfuscher...nahmhaft*“ anzuzeigen (§3 Art.11.).

³²⁹ Als Idealtyp einer solchen Topographie vgl. Erhard (1800).

„Der Medizinalrath des General-Gouvernements, Düsseldorf, den 16. April 1814“

„Verordnung, die Ernennung der Phisiker betreffend“

Zur besseren Handhabung der Medizinal- und Sanitätspolizei sollen in allen Kantons des Großherzogthums, Kantonsphisiker ernannt werden. Die bisherige Kreisphisiker sind zugleich Phisiker des Kantons ihres Wohnortes. Die Kreisphisiker beziehen ihre Gehälter aus der Staats-, die Kantonsphisiker aus der Kommunalkasse... .

§2 Bey dem Antritt seiner Stelle soll derselbe eine raisonierende Darstellung aller Localitäts-Verhältnisse, welche mit dem Gesundheitswohl der Einwohner in dem Kanton in einem näheren oder entfernteren Bezug stehen, dem Medizinalkollegium einschicken.

§3 Diese medizinische Topographie muß enthalten:

- 1) genaue Angaben der phisisch-geographischen Bestimmungen des Bezirkes; als: Nahmen, Lage, Grenzen, Bezeichnung der Berge, Thäler, Elemente, Flüsse und Bäche.
- 2) Statistische Rücksichten.
- 3) Beschreibung der Körperlichen Beschaffenheit der Einwohner, Charakteristik ihrer Konstitutionen, in wie weit dieselben in der Kultur voran geschritten, und welche dem Gesundheitswohl nachtheilige Vorurtheile besonders unter ihnen gemein sind.
- 4) Die Einflüsse des Klimas, der Nahrungsmittel, ob die Einwohner sich größtentheils vom Fleisch oder mit Pflanzenkost nähren, welches die gewöhnlichen Getränke sind, ferner die Wohnungen in Städten und auf dem Lande, der Gewerbe, der Lebens- und Bekleidungsart.
- 5) Bestimmung des Viehzustandes, welche die vorzüglich herrschenden Krankheiten der Haushiere sind, ob Viehseuchen herrschen oder geherrscht, die Ursache davon.
- 6) Genaue Angabe der stationairen und epidemischen Krankheiten. Besondere Rücksicht ist hierbey auf die Menschenpocken zu nehmen. Ob die Schutzpockenimpfung in Aufnahme sey, und ob die deshalb ergangenen Verordnungen beobachtet werden.
- 7) Der Phisiker hat ferner zu berichten, ob und wieviele Wahnsinnige, Blinde, Fallsüchtige, Gebrechliche, Taube, und andere zur Versorgung geeignete Leute sich in seinem Bezirk sich befinden.
- 8) Eine richtige Aufzeichnung der Medizinal-Anstalten, Krankenhäuser, Bäder, Rettungsanstalten u.a. wie diese Anstalten beschaffen, und welcher Verbesserung sie empfänglich seyen.
- 9) Die Untersuchung und Einrichtung der Schulen, Arbeitshäuser, Gefängnisse, Begräbnisplätze u.a.
- 10) Den Zustand der Apotheken, ob dieselben bequem, zweckmäßig bestellt, und mit dem nöthigen Arzneivorrath versehen sind.
- 11) Der Phisikus hat sich genau nach den in seinem Kanton sich allenfalls aufhaltenden Pfuschern zu erkundigen, und dieselben nachhaft anzuzeigen.
- 12) Seiner Topographie so viel als möglich gehaltreiche Bemerkungen in Betreff des Gesundheitszustandes seines Bezirkes beyzufügen, und jeden Gegenstand der in dieser Beziehung interessant seyn dürfte, zu berücksichtigen... .

§5 Dem Phisikus wird die Aufsicht über das gesamte Medizinal-Personale in seinem Bezirk übertragen.

§6 Dieselben tragen die geeignete Obsorge, daß jeder sich nur mit der Heilkunde befasse, die ihm vom Staat anvertraut ist... .

Verordnung die Ernennung der Physici betreffend vom 16.4.1814

(„Quelle: WSTa RIX5“)

Nach Mülmann war die Anzahl der Ärzte, gemessen an der Zahl der Bevölkerung, in dem betreffenden Zeitraum nur sehr gering. „1834 hatte der hiesige Bezirk nur 166 Ärzte, 111 Apotheken und 374 Hebammen, und kamen noch auf jeden Arzt 4342 und auf jede Apotheke 6493 Einwohner und auf jede Hebamme 77 Geburten“.³³⁰

Im Jahre 1834 gab es im Regierungsbezirk Düsseldorf darüber hinaus 102 Civil-Wundärzte.³³¹

Kreis:	Approbierte Ärzte:	Zivil-Wundärzte:	Apotheken:	Hebammen:	Viehärzte:
Düsseldorf	21 ->3054	11 ->5830	12 ->5345	35 ->72	2
Elberfeld	28 ->3394	14 ->1697	17 ->5591	47 ->93	3
Kleve	10 ->4335	4 ->10839	10 ->4335	24 ->60	1
Geldern	16 ->5218	9 ->9277	12 ->6958	43 ->68	5

-> „Zivileinwohner auf 1“

-> „Geburt a`1 Hebamme“

(„Quelle: Viebahn (1836), 1.Teil, S.226, §102“)

Aus der vorstehenden Aufstellung ist zu entnehmen, daß in ländlicheren Regionen des Rheinlandes, z.B. in Kleve und Geldern, weniger approbierte Ärzte, Zivil- und Wundärzte sowie Apotheken der Bevölkerung zur Verfügung standen als in städtischen Gebieten, wie den Kreisen Düsseldorf und Elberfeld. „Gemeiniglich“ aber lebten gerade auf dem Lande „drei Viertel“ aller Einwohner und unter der Landbevölkerung gab es nach Schöpff nicht weniger Kranke als unter den Städtern.³³²

So konnte auf die medizinische Leistung eines akademischen Arztes häufig nur die Stadtbevölkerung zurückgreifen und dabei vielfach auch nur die wohlhabenderen Schichten.³³³

Hinzu kam, daß die Medizinal-Ordnungen die Bereiche des „innerlichen“ und „äußerlichen“ Kurierens noch streng voneinander trennten. Nur den Ärzten war

³³⁰ Mülmann (1867), S. 736.

³³¹ Vollständige Übersicht über die Medizinalpersonen sh. Anhang 4.

³³² Schöpff (1799), S.9

³³³ Ackerknecht (1965), S.141; vgl. die Ergebnisse von Loetz (1993), Münch (1992), Wischhöfer (1991).

die Behandlung sogenannter „innerer“ Krankheiten erlaubt. Alle äußeren Erkrankungen, einfache Wundbehandlungen, aber auch die Versorgung von Knochenbrüchen fielen in den Kompetenzbereich der Wundärzte.

Schöpff bemängelte, daß das 1:12 Verhältnis von Arzt zu Wundarzt nicht dem zahlenmäßig sehr viel häufigeren Auftreten von „inneren“ Krankheiten gerecht werde.³³⁴ Im Regierungsbezirk Düsseldorf kamen Anfang des 19. Jahrhunderts 166 akademische Ärzte auf 102 Civil-Wundärzte.³³⁵ Wie in den folgenden Kapiteln noch zu zeigen sein wird, hielten sich die Medizinalpersonen in der Praxis jedoch nicht an die von der Medizinal-Ordnung definierten Rollen.

Die Anzahl der in Stadt und auf dem Lande ansässigen und ordentlich approbierten Heilpersonen läßt nur begrenzt Rückschlüsse zu, ob hierdurch überhaupt eine geregelte, medizinische Versorgung erbracht werden konnte.³³⁶

Nach Stürzbecher war die fachliche Qualifikation von Arzt und Apotheker nicht immer geeignet, um die Qualität einer umfassenden medizinischen Versorgung sicherzustellen.

Das Rheinland verfügte zwar bis zum Ende des 18. Jahrhunderts über zahlreiche Universitäten, an denen Ärzte ausgebildet werden konnten. Puschmann beschreibt ihre Einrichtung teilweise aber als recht dürftig.³³⁷ Die für die Ausbildung verantwortlichen Lehrer mußten häufig gleichzeitig mehrere Disziplinen vertreten.³³⁸ Johann Peter Frank verglich die Universitäten mit „*Tuchfabriken*“, die „*jährlich eine gewisse Anzahl von Stücken*“ lieferten,³³⁹ und Baldinger verlieh den deutschen Universitäten das Prädikat „*Doktorfabriken*“.³⁴⁰ Nach Baldinger gab es nur dem Namen nach viele Ärzte.³⁴¹

Berücksichtigt werden muß in diesem Zusammenhang, daß unter den Kriegsunruhen Universitäten nicht nur geschlossen, sondern auch gänzlich

³³⁴ Schöpff (1799), S.9.

³³⁵ Viebahn (1836): vgl. Anhang 4. Offensichtlich wurden in dieser Statistik nur die Wundärzte 1. Klasse erfaßt. Die Statistik wäre damit um die Zahl der Wundärzte 2. Klasse zu erweitern. Nach Finckenrath (1929), S.5/6, machte gerade die letzt genannte Heilgruppe das zahlenmäßige Gros der Wundärzte aus. Finckenrath berichtet, daß in Württemberg die Wundärzte in 9 Klassen mit 20 Unterklassen unterteilt waren. Jede Klasse hatte ihre eigenen Legtimationen und Teillegitimationen für bestimmte medizinische Bereiche, was die Überwachung des Medizinalwesens nicht nur äußerst komplex sondern sicherlich auch unübersichtlich machte. Vgl. Artelt (1967), S.3.

³³⁶ Stürzbecher (1966), S.70.

³³⁷ Puschmann (1889), S.325; s.a. Frank (1783), S.144.

³³⁸ Klose (1955), S.103.

³³⁹ Frank (1784), Bd. I, S.70.

³⁴⁰ Baldinger (1767), Vorrede; s.a. Starck (1784), S.46.

³⁴¹ Baldinger (1767), Vorrede; s.a. Finckenrath (1929), S.35/36.

aufgelöst wurden. Klose berichtet, daß während der Kriege mehrmals das Geld für eine Weiterführung der Universitäten Duisburg und Bonn fehlte.³⁴² Auch die geplante Eröffnung der Universität Düsseldorf am 1.3.1812 wurde durch finanzielle und politische Schwierigkeiten verzögert.

Nachteilig auf die Lehre wirkte sich der Umstand aus, daß Universitätsprofessoren über längere Zeiträume keine Besoldung erhielten.³⁴³

Die Aufhebung medizinischer Fakultäten hinterließ ihre Auswirkungen auf die Beschaffenheit des Medizinalwesens. Nach den Schilderungen von Medizinalrat Merrem war die Beschaffung eines Patentbesitzes zur Ausübung eines Heilberufes, welches den Inhaber legalisierte, sich in den Herzogtümern niederzulassen, unproblematisch.³⁴⁴

So luden zur Regierungszeit des Generalgouvernements die Verhältnisse im Bereich des Medizinalwesens auch Heiler ein, sich ohne jegliche Legitimation der Krankenbehandlung anzunehmen. Laut einem Bericht von 1816 wurden in anderthalb Jahren offiziell „etwa 200 Quacksalber ausfindig gemacht“.³⁴⁵

³⁴² Klose (1955), S. 115.

³⁴³ Eschbach (1900), S.315.

³⁴⁴ Merrem (1816), S.5.

³⁴⁵ Merrem (1816), S.15.

4.3.1. Bezahlung medizinischer Leistungen

Während in Preußen bereits seit 1695 die Honorare der Ärzte festgelegt wurden, gab es eine entsprechende Taxe für die Herzogtümer erst seit dem Jahr 1773.³⁴⁶

„Taxa wornach die Aerzte die Forderung ihrer Gebühren einzurichten haben“:

- 1) für jede Audienz, so der Medicus im Hause gibt, er gebe ein Recept, oder nicht, 7 ½ Stüber
- 2) für jeden Besuch in der Stadt oder Vorstadt einschließlich des Recepts, falls solches vonnöthen, 15 Stbr.
- 3) für eine Reise über Land nebst freyer Voitur p. Tag 3 Rthlr.

„Taxa der Chirurgorum“

- 1) für den ersten Band bey einer gemeinen, frischen Wund, die von keiner sonderlicher Erheblichkeit ist 15 Stbr.
- 2) für eine Beinschröttige Wunde zu heilen, nachdem sie groß, oder gefährlich, und besondere Umstände sich dabey ereignen 5. 10. 15. bis 20 Rthlr.

„Taxa der Gebühren der Hebammen, und Hebammenmeisteren“

für jede Geburt bey geringen Handwerksleuten, und geringen Bauren 15 Stbr.

für jede Geburt bey solchen, so in guter Nahrung sitzen ... 40 Stbr.

für jede Stund, welche sie ausserhalb dem Ort ihrer Wohnung gehen: bey Geringen p.Tag 40 Stbr.

bey Wohlhabenden p. Tag 1 Rthlr. 20 Stbr.

„ wann die Wasser noch nicht lang gesprungen“ bey Geringen 1 Rthlr., Wohlhabenden 2 Rthlr. Vornehmern 4 Rthlr.

Auszug aus der Jülich-Bergischen Gebührenordnung 1773

(„Quelle: Jülich-Bergische Gebührenordnung, Anlage der Medizinalordnung vom 8.Juni 1773, Scotti, Bd.II, Nr. 2096“)

Obwohl nach der vorliegenden Taxe Abstufungen in Abhängigkeit von der finanziellen Situation des einzelnen gemacht wurden, konnten dennoch in den Herzogtümern Jülich-Berg bei dem bereits geschilderten, allgemein niedrigen Einkommen vor allem die Angehörigen der Unterschichten die finanziellen Mittel für einen Arztbesuch regelmäßig nicht aufbringen. Die Kosten allein für die Anreise eines Arztes oder Chirurgen lagen häufig über dem Tagesverdienst eines Kranken.³⁴⁷

Nach Stürzbecher zwang die arme finanzielle Situation viele, im Krankheitsfall auf „medizinische Alternativen“ zurückzugreifen.³⁴⁸

Die Auswahl des Arztes richtete sich aber nicht nur nach dem Geldbeutel des Kranken, sondern orientierte sich sehr wohl am Erfolg und dem „guten Bedienen“ des Heilers.³⁴⁹

³⁴⁶ Scotti II, 2096.

³⁴⁷ s.a. Frevert (1984)

³⁴⁸ Stürzbecher (1966), S.135; Die Frage, ob medizinische Alternativen „billiger“ waren, ist Gegenstand mehrerer Untersuchungen geworden. Der Stand der Forschung deutet darauf hin, daß die Bezahlung eines „Pfuscher“ eher höher war, als für einen Arzt oder Landarzt: Vgl. Loetz (1993) für das Herzogtum Baden, Stolberg (1986) für die „*oberfränkischen Laienheiler*“ und Probst (1992) für Bayern. Auch für die Herzogtümer Jülich-Berg legt es die Datenlage eher nahe anzunehmen, daß die Kosten für einen „Pfuscher“ und einen Akademiker ähnlich hoch waren. s. Kapitel 6.2. Konkurrenz unter den Medizinalpersonen.

³⁴⁹ vgl. Kapitel 7.1.1.

Eine Anstellung von Wundärzten war ursprünglich für arztarme ländliche Gegenden vorgesehen.³⁵⁰ In ländlichen Gegenden sah die Obrigkeit also davon ab, den akademischen Ärzten die innerliche Behandlung vorzubehalten.³⁵¹

Die Aufstellung von Viebahn über die Verteilung der Medizinalpersonen des Regierungsbezirkes Düsseldorf zeigt, daß die Civil-Wundärzte in den Städten ungefähr in einem 1:2 Verhältnis zu den Ärzten standen. Ihre Anwesenheit wurde von den Ärzten dort besonders als Konkurrenz empfunden.³⁵²

Bei Betrachtung der Jülich-Bergischen Gebührenordnung ist erkennbar, daß der finanzielle Aspekt nicht unbedingt der auslösende Faktor für die Konkurrenz zwischen Arzt und Wundarzt war.³⁵³ Bei einem Vergleich der vorstehenden Medizinal-Taxe hinsichtlich der Belohnung für die Leistungen beider Heilgruppen stellt sich die Bezahlung für die wundärztliche Praxis im Verhältnis zu der ärztlichen Leistung alles andere als unattraktiv dar. Wenn aus zeitgenössischen Berichten immer wieder hervorgeht, daß Wundärzte ärztliche Tätigkeiten übernahmen, so können finanzielle Aspekte nicht allein ausschlaggebend gewesen sein. Die Einkommenssituation eines Wundarztes auf dem Lande konnte vorteilhafter sein als die eines Arztes, da der Wundarzt nicht wie die Ärzte aus den Städten zeitaufwendig³⁵⁴ und damit kostspielig zu den Patienten auf dem Lande anreisen mußte. Er hatte sein Klientel quasi vor der Haustür, wodurch die nicht unwesentlichen Aufwendungen für eine Anreise entfielen. Angesichts der geringen Präsenz von akademischen Ärzten auf dem Land liegt vielmehr die Annahme nahe, daß es gerade die Abwesenheit von Konkurrenten aus dieser Berufsgruppe war, die zusammen mit der Inanspruchnahme durch die Bevölkerung dazu führte, daß Chirurgen selbstverständlich auch innere Krankheiten behandelten.³⁵⁵

³⁵⁰ Wittke (1843), S.85; vgl. Klencke (1855); vgl. Finckenrath (1929).

³⁵¹ vgl. die in diesem Punkt ähnliche Medizinalgesetzgebung in Preußen, in: Münch (1999).

³⁵² vgl. Rusch (1848).

³⁵³ vgl. auch die Tarife für medizinische Leistungen im „Edict betreffend die Einführung einer neuerevidirten Taxe für die Medicinalpersonen vom 21. Juni 1815“, in: Neubauer (1835), S.97ff.

³⁵⁴ Rademacher (1804), S.65.

³⁵⁵ vgl. zur Inanspruchnahme von Chirurgen in inneren Krankheiten Loetz (1993).

4.4. Klagen und soziale Verhältnisse

Der folgende Abschnitt soll einige Schlaglichter werfen auf die Prozeßwirklichkeit in Jülich-Berg zur französischen und preußischen Zeit.

Mit der französischen Übernahme kam es zu der Aufhebung einer nach *Bracht* „*schlechten, veralteten und verworrenen Gesetzgebung*“.³⁵⁶ Bei der Einführung der französischen Gesetze, vor allem des Prozeßrechts, mußten die Rheinlande aber auch die nachteiligen Folgen radikaler gesetzlicher Veränderungen erfahren. Die Umbruchphase war, wie bereits dargestellt, durch Rechtsungewißheit und Verwirrung geprägt und hatte sich „*durch viele Jahre so fortgezogen*“.³⁵⁷

Vor der französischen Übernahme war „*die schleppende Dauer der Criminalprocesse*“ auf die „*vielen kleinen Jurisdictionen zurückzuführen, welche ...vielfach mit beschränkten oder doch mit ungelehrten Vögten, Schöffen und Amtsverwaltern*“ besetzt waren.³⁵⁸ Obwohl die Justizreform im Zeichen von Rationalisierung und Liberalismus stand, änderte sich für die Bevölkerung in vielen Punkten nichts, oder es kamen neue Probleme hinzu. Der Justiz wurde nicht nur nachgesagt, daß sie vielen Situationen „*ohmächtig*“ und „*unthätig*“ gegenüberstand. Durch unzureichende Rechtskenntnisse gerade der Beamten auf dem Lande³⁵⁹ war sie darüberhinaus häufig auch „*gefährlich ungeschickt*“.³⁶⁰

Viele Bürger schreckte das nicht abschätzbare Prozeßrisiko und die damit verbundenen hohen Kosten davor ab, das ihnen zustehende Recht gerichtlich durchzusetzen.

Bei einem Gerichtsverfahren fielen nicht nur Kosten für den Rechtsbeistand durch einen Advokaten an. Sofern Übersetzungshilfe durch einen Dolmetscher im Verlauf der Verhandlung nötig wurde, mußten auch für diesen Gebühren mit einkalkuliert werden.³⁶¹ Auch wurden an allen Gerichtshöfen und Tribunalen die entstandenen Unkosten für Sekretariatsarbeiten berechnet, welche nach

³⁵⁶ Bracht (1834), S.90.

³⁵⁷ Bracht (1834), S.90.

³⁵⁸ Schenk (1833), S.VIII.

³⁵⁹ Rappard (1817), S.11.

³⁶⁰ Schenk (1833), S.VIII.

³⁶¹ Klagen über hohe Gerichtsgebühren und französische Sprache an den Gerichten s.a. Janssen (1997), S.264. Zu Prozeßkostenrisiko und armen sozialen Verhältnissen vgl. auch Herrmann (1973).

beendetem Verfahren „den Partheyen in ihren Proceß-Kosten-Rechnungen zugebilliger“ wurden.³⁶²

Eine Zeugenvernehmung schlug sich ebenfalls auf die Prozeßkosten nieder: Nach der damaligen Prozeßordnung konnte eine Vernehmung von ein und demselben Zeugen bis zu dreimal nötig werden.³⁶³ Häufig genügte nicht nur ein Zeugnis der Wahrheit vor dem Bürgermeister, sondern es mußte noch ein weiteres vor dem Friedensrichter und dem Instruktionsrichter abgelegt werden.

Nicht selten mußten die Zeugen dazu auch aus weiter entfernten Gegenden geladen werden, wodurch die Kosten schnell eine Höhe von „zwey- und dreyhundert Franken“ erreichten.³⁶⁴

Der Beitrag, den sie im Rahmen der Verhandlung zur Rechtsfindung leisten konnten, war häufig unsicher: Die Sache konnte ihnen „wegen Länge der Zeit entfallen“ sein, denn nicht selten gelangte ein Fall bei den ausgelasteten Gerichten erst nach „6 Monath zur öffentlichen Sitzung“.³⁶⁵ Ebenfalls fielen bei allen gerichtlichen und außergerichtlichen Zivil-Verhandlungen grundsätzlich „Einregistrierungs- und Stempelgebühren“ an.³⁶⁶ Stempelgebühren mußten auch bei den Verhandlungen und Urteilen der Friedensgerichte, der niederen Polizei und den Tribunalen erhoben werden.³⁶⁷ Nicht nur für die Einregistrierung³⁶⁸ aller Urschriften wurden Gebühren berechnet. Gesondert hiervon wurden auch für die Ausfertigung von Urteilen und die Eintragung von Rechtssachen spezielle Tarife erhoben:

- „5 Franken [bei Appellationen oder Berufungen].
- 3 Franken für solche Sachen [die] durch Appellation Friedensgerichtlicher Erkenntnisse anhängig wurden.
- bei Zeugenverhören: ... für jede Vernehmung eines Zeugen 50 Ct“.³⁶⁹

³⁶² Kaiserliches Dekret die Einführung der Einregistrierungs- Stempel- und Secretariatsgebühren betreffend vom 17. Dezember 1811, 3. Teil, Art.157.

³⁶³ Trittermann (1817), S.33.

³⁶⁴ Trittermann (1817), S.34.

³⁶⁵ Trittermann (1817), S.30.

³⁶⁶ Kaiserliches Dekret die Einführung der Einregistrierungs- Stempel- und Secretariatsgebühren betreffend vom 17. Dezember 1811.

³⁶⁷ Kaiserliches Dekret die Einführung der Einregistrierungs- Stempel- und Secretariatsgebühren betreffend vom 17. Dezember 1811, Erster Teil, Von der Einregistrierung.

³⁶⁸ Kaiserliches Dekret die Einführung der Einregistrierungs- Stempel- und Secretariatsgebühren betreffend vom 17. Dezember 1811, Erster Teil, Art.9.

³⁶⁹ a.a.O. (1811), 19.Titel, 3.Teil, Art. 138 und Art. 146.

„*Von allem Papier*“, welches in den zivil- und gerichtlichen Verhandlungen verwendet wurde, berechneten die Gerichte Stempelgebühren.³⁷⁰

Die Stempelgebühr richtete sich nach dem Papierformat, von dem es allein 5 verschiedene Größen zu fünf verschiedenen Tarifen gab.

Nicht allein der soziale Status bestimmte den Willen des Geschädigten Ansprüche gegen einen „Pfuscher“ oder „Quacksalber“ wegen schädlicher Folgen seiner Behandlung vor Gericht geltend zu machen. Das Klageverhalten der Bevölkerung wurde ebenfalls entscheidend durch den Grad der Rechtsbildung beeinflusst.

Es gab unter der französischen Verwaltung durchaus die Bemühung, den Zugang der Bevölkerung zum geltenden Recht zu erleichtern. Unter diesem Aspekt wurde die Einführung der französischen Justiz als Wohltat empfunden.³⁷¹ Nicht nur durch die Öffentlichkeit der Prozesse wurde die Publizität des Rechts unter der Bevölkerung erhöht.³⁷² Es wird berichtet, daß die allgemeine Kunde der bestehenden Gesetze auch durch den „kleinen“ Umstand befördert wurde, daß der Preis für das Französische Gesetzbuch außerordentlich niedrig war und nicht einmal „*den 20 ten Teil*“³⁷³ des Preußischen Allgemeinen Landrechts kostete. Nach Kaufmann konnte es „*von Unbemittelten in allen Ständen angeschafft werden....vermöge [dessen] hat die Rechtsbildung des Volkes bereits bedeutende Fortschritte gemacht. Schlichte Landsleute haben sich das Rechtsbuch angeschafft und treten [sogar!] nicht selten als Anwälte bei den Friedensgerichten auf*“.³⁷⁴

Den französischen Gesetzen mußte aber erst Geltung in der Bevölkerung verschafft werden, damit sie ihren Zweck erfüllen konnten. Eine anfängliche Ablehnung in der Bevölkerung beruhte darauf, daß die Franzosen „*immer noch als Usurpators*“ verachtet wurden.³⁷⁵ Die mangelnde Akzeptanz führte dazu, daß man den Gesetzen nur mit Widerwillen folgte.

An den Gerichten hatte die unterschiedliche Auslegung und Deutung des Rechts bis zur endgültigen Einführung der französischen Gesetze ihre Spuren

³⁷⁰ a.a.O. (1811), Art.78+80. Ein Bogen „*Großpapier*“ zu 1 Franken. Das sogenannte „*Kleinpapier*“ kostete 50 Ct. (Art.82).

³⁷¹ Schenk (1833), S.XVI.

³⁷² Fürth (1826), S.48.

³⁷³ Kaufmann (1831), S.33.

³⁷⁴ Kaufmann (1831), S.33. Diese Erleichterung galt natürlich nur für Lesekundige.

³⁷⁵ Schulz (1805), S.343/S.344.

hinterlassen. Zeitgenossen hatten den Eindruck, daß dadurch bedingt die Anzahl der Prozesse ständig zunahm.³⁷⁶

Nicht nur zur Gewährleistung der Rechtssicherheit, sondern auch aus medizinapolitischen Gründen kam damit einer straffen Prozeßordnung eine große Bedeutung zu, denn „*durch Pfuscherei und Quacksalberei ... [wurden] viele nicht nur um Gesundheit,“* sondern auch in mehrfacher Hinsicht um „*ihr Geld gebracht*“.³⁷⁷

Die Weiterentwicklung des Prozessrechtes zielte darauf ab, auch geschädigten Personen aus den unteren sozialen Schichten die Möglichkeit zu eröffnen, vor Gericht zu ziehen z.B. nach erfolgloser Behandlung durch einen „Pfuscher“ oder „Quacksalber“.

Die Justiz sah sich gezwungen, der Prozeßverschleppung durch beschleunigte Verfahren entgegenzuwirken. Im Rahmen eines beschleunigten und damit auch vereinfachten Verfahrens wurden beispielsweise Bagatell-Angelegenheiten, unter welche die Mehrheit der Medizinal-Pfuschereien fielen, verhandelt.³⁷⁸

Durch die Einführung der Schnellverfahren erhöhten sich zwar die prozessualen Erledigungen der anhängigen Verfahren. Nachteilig auf die Ordnung und

³⁷⁶ Fürth (1826), S.18/19.

³⁷⁷ [anonym] (1799), „Durch Pfuscherei und Quacksalberei...“, S.56.

³⁷⁸ Nach der alten Rechtsvorstellung wurden Medizinalpfuschereien erst dann strafrechtlich verfolgt, wenn es einen Geschädigten gab. Bemühungen „zur Abschneidung der gegen die Prozeßordnung eingeschlichenen mißbräuchlichen Verlängerungen der Prozesse...“ wurden für das Herzogtum Jülich-Berg bereits mit der Verordnung vom 25. April 1703 erlassen (Scotti I, 1037). Auch in den Herzogtümern Jülich-Berg wie in den benachbarten Herzogtümern Kleve und Mark wurden Medizinalpfuschereien mit einer unkonventionellen, sogenannten „*ex-officio*“ Behandlung kleiner Streitigkeiten bis 50 Reichstaler Strafe abgeurteilt. Solche Fälle „*verstatteten*“ keine langen schriftlichen Prozesse und wurden nach richterlicher Erörterung, ohne Advokaten und meist auch ohne Zeugen zum Abschluß gebracht (Neues Reglement betrffd. die Verbesserung und Verkürzung der Justiz in den Herzogtümern Cleve und der Grafschaft Mark vom 15. April 1739, pag.1). Zur Zeit des General-Gouvernements durften Polizeigerichte sogar Gefängnisstrafe von 5 bis 30 Tagen verhängen, um den Verfahren mehr „*Schnelligkeit*“ zu geben (Scotti III, 3698).

Beschaffenheit des Medizinalwesens wirkten sich jedoch die für Verfahren dieser Art vorgesehenen Beschränkungen im Strafmaß aus.

5. Medizinal-Ordnungen und Strafgesetze zur Regelung des Medizinalwesens

Ein Blick auf die in dem betrachteten Zeitraum erlassenen Gesetze und Medizinal-Ordnungen lassen die Bemühungen ihrer Verfasser, Justitiare und Medizinalräte erkennen, die Rechtspflege neu zu organisieren, um Mißstände früherer Zeiten zu korrigieren.

Versäumnisse in Gesetzgebung und Prozeßordnungen hatten in der Vergangenheit nicht nur zu Prozeßverzögerungen geführt,³⁷⁹ sondern auch Verwirrungen nach sich gezogen, welche sich nachteilig auf die Wahrheits- und Urteilsfindung ausgewirkt hatten.³⁸⁰

Die große Anzahl der Entsagungen³⁸¹ trug ihr Übriges dazu bei, daß die gesetzlichen Regelungen häufig nicht durchgesetzt wurden. Dadurch konnten generalpräventive Maßnahmen nicht greifen, mit welchen nicht nur „mögliche“ „Pfuscher“ und „Quacksalber“ beeinflusst, sondern insgesamt das Problem der Medizinalpfuschereien reduziert werden sollte.

Große Anforderungen wurden an Gesetzgebung und Rechtsanwendung gestellt, um unter den sehr schwierigen und komplexen Verhältnissen nachweisbar eine Prävention zu bewirken.

Vor dem geschilderten sozialen Hintergrund war es für die Obrigkeit insgesamt schwierig, Sanktionsregelungen gegen „Pfuscher“ und „Quacksalber“ zu erlassen, weil sie unmittelbare Auswirkung auf die medizinische Versorgung der Landbevölkerung hatten. *„Da die Ärzte nur in den Städten“* wohnten, *„wenige, fast keine auf dem Lande...in einigen Cantons nicht ein einziger Arzt zu finden“* war, wurde *„dem Kranken auf dem Lande dadurch bloß eine schlechte Hülfe genommen ohne ihm eine bessere zu geben“*.³⁸² Hinzu kam, daß das Problem der Pfuscherei und Quacksalberei, gegen welches sich die verbotenden Verordnungen richteten, im Rheinland im betrachteten Zeitraum einen nicht unerheblichen

³⁷⁹ Rönne (1858), I.Bd. S.1.

³⁸⁰ Allgemeine Gerichtsordnung für die Preußischen Staaten (1822), S.70, §1.

³⁸¹ Entsagung gleichbedeutend für fehlende Aburteilung, s. [anonym] (1827), „Ansichten und Wünsche ..“, S.115.

³⁸² HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1808), ohne Blattangabe. Auslassungen werden durch ... gekennzeichnet und sind, wenn nicht anders vermerkt, von mir.

Umfang angenommen hatte. Auf einen approbierten Arzt wurden „mehr als sechs“ dieser nicht-legalen „Medizinal-Subjekte“ gezählt.³⁸³

Die aufgeführten Gründe machten die gesetzliche Regelung des Medizinalwesens „unstreitig“ zu der „schwersten Aufgabe einer Medizinalverfassung“.³⁸⁴

Besonders schwierig gestaltete sich in diesem Zusammenhang eine entsprechende Fassung der Gesetze. Um unerlaubte Übergriffe unter den Heilberufen zu verhindern, mußten die Zuständigkeiten der Heilpersonen genau definiert werden. Da es aber keinen objektiven Unterschied zwischen Medizin und Chirurgie, innerlichen und äußerlichen Krankheiten gab, konnte durch die Bestimmungen nur sehr schwer eine Grenze zwischen den Heilberufen herbeigeführt werden.

Die Fassung der Medizinalgesetze mußte darüber hinaus so beschaffen sein, daß sie den mit der Überwachung beauftragten Beamten, den Physici und den Beamten der Polizei, in verständlicher Form die nötigen Instruktionen vorgab.

Auf der anderen Seite mußten die Verordnungen aber auch eine „Regel“ und ein „Prinzip“ aufstellen, aus denen anschließend der urteilende Richter seine Entscheidung mit Zuverlässigkeit ableiten konnte.³⁸⁵

Da vor allem aber der Dorfpolizei die fachlichen Voraussetzungen zur Beurteilung der medizinisch-polizeilichen Anliegen³⁸⁶ häufig fehlten, wurden sehr weitläufige Erklärungen nötig, um den Beamten die Inhalte der Verordnungen anschaulich zu machen. Nicht selten verloren sich die Gesetze dabei im Detail und wurden dadurch unübersichtlicher.

Die Bestimmungen mußten den nicht-kundigen Beamten verdeutlichen können, welche Krankheiten zu den medizinischen und welche zu den chirurgischen gehörten, was kleine oder höhere Chirurgie war und welche Operationen zu den kleinen oder gar zu den lebensgefährlichen zuzuordnen waren.

Die Bestimmungen in den verbotenden Verordnungen mußten darüber hinaus auch definieren, welche Arzneimittel unter die illegalen und strafbaren Mischungen fielen oder welche Kuren zu den inneren und welche zu den äußeren zählten.

³⁸³ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 78, Servaes: „Getreue und mit Belegen versehene...“

³⁸⁴ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1808), Blatt 92.

³⁸⁵ Bracht (1834), S. 127.

³⁸⁶ Schöpff (1799), S.38

Dazu war es häufig nötig, daß sich die Gesetze auch am unmittelbaren Einzelfall orientierten. Die Bestimmungen konnten dennoch nicht verhindern, daß implizite Diskussionen um die Kompetenzen im Medizinalwesen entstanden.

Wo die Gesetze von vornherein die wissenschaftlichen Begriffe nicht klar genug bestimmt hatten, traten nach Rust später Unklarheiten über die Strafbarkeit oder sogenannte „*Verwaltungsverlegenheiten*“ auf.³⁸⁷

Durch ihre kasuistischen Inhalte wurden die Gesetze vielfach nur sehr begrenzt anwendbar, wodurch der Erlaß neuer Gesetze nötig wurde, weil nicht alle und jede möglichen Fälle im voraus berücksichtigt werden konnten. Auf diese Weise wurde am Ende eine Unübersichtlichkeit herbeigeführt, welche sich nach Bracht nicht selten in „*widersprüchlichen Analogien*“ äußerte.³⁸⁸ Für den entscheidenden Richter war es letztendlich schwer, aus diesen Gesetzen ein Urteil mit größter Sicherheit herzuleiten: Die Gesetze entschieden vielfach den Einzelfall, stellten aber noch keine Regel und kein Prinzip auf. Die den Richtern in vielen Fällen unterstellte „Willkür“ führt Bracht auf einfache menschliche Überforderung zurück.³⁸⁹

Aber gerade die sichere Entscheidung des urteilenden Richters war Voraussetzung für den angestrebten präventiven Effekt.³⁹⁰ Denn letztendlich konnte nur über das richterliche Urteil der „*generalpräventive Faktor*“, welcher von den Gesetzen ausging, erzielt werden.³⁹¹

³⁸⁷ Rust (1838), S.103.

³⁸⁸ Bracht (1834), S.128.

³⁸⁹ Bracht (1834), S.135.

³⁹⁰ Hassemer (1979), S.33.

³⁹¹ Hart-Hönig (1992), S.13.

5.1. Bestimmungen in den Medizinal-Ordnungen, welche dem Auftreten von Medizinalpfuschereien entgegenwirkten

Die Medizinal-Ordnungen machten im betrachteten Zeitraum in dieser Hinsicht eine große Entwicklung durch. Hiervon profitierten einerseits die Behörden, welche sich im Vorgehen gegen die Quacksalberei rationeller ausrichten konnten, vor allem aber auch die Ärzte und die „*Arzneikunst*“ selbst, über welche die „*Mißbräuche*“ im Medizinalwesen „*spöttlichen Veracht und Vilipendenz*“ gebracht hätten,³⁹² wie die churbrandenburgische Medizinal-Ordnung von 1695 in typischer Weise formuliert.

Die ersten Medizinal-Ordnungen waren in den Herzogtümern Jülich-Berg in zeitlich größeren Abständen erlassen worden und hatten zunächst zum Ziel, eine Abgrenzung unter den konkurrierenden Heilberufen herbeizuführen. Weitere Verordnungen erschienen dann in rascherer Folge: Sie bezogen jetzt auch die Subsistenzfrage von Ärzten und Apothekern stärker mit ein. Und schließlich nahmen sie sich die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens zum zentralen Gegenstand.

Die Schädlichkeit der Medizinalpfuschereien wurde zunächst vor allem in der Kompetenzüberschreitung gesehen. Hier sollten besonders diejenigen Gesetze und Bestimmungen wirken, welche die Zuständigkeiten der Heilberufe abgrenzten und den Heilern ihre festen Bereiche zuwiesen. Eine besondere Bedeutung kam auch den Bestimmungen und Verordnungen zu, die speziell auf die Verteilung von Medizinalpersonen ausgerichtet waren.

Während im frühen 18. Jahrhundert das Motiv der Obrigkeiten für die Regelung von Konkurrenz unter den Heilenden noch in dem Bestreben zu sehen war, angestammte Privilegien und Subsistenz aufrechtzuerhalten, sehen Verordnungen aus dem frühen 19. Jahrhundert unregelte bzw. übermäßige Konkurrenz vor allem als Gefahren für eine zuverlässige Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln und Heilpersonen an. Bei einem „*Zuviel*“ an Ärzten hatte sich in der Vergangenheit gezeigt, daß viele, weil sie ihr Auskommen nicht fanden und mit „*Nahrungssorgen*“ zu kämpfen hatten, unlautere Wege einschlugen, „*welche den ersten Grund zur Scharlatanerie und Betrügerei*“ legten.³⁹³ Konnte ein Arzt

³⁹² Churbrandenburgische Medizinal-Ordnung (1695), in: Baas (1896), S.256.

³⁹³ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1810), Blatt 4.

in „glücklichen Curen seinen Ruhm, sein Auskommen, seine Subsistenz“ nicht finden z.B. auf dem Lande, wo er Angaben zu Folge „blos durch Ordination und Visiten...“ nicht leben konnte, stellte das Dispensieren von Arzneimitteln einen „Nebenvorteil“ dar.³⁹⁴ Dieser „Nebenvorteil“ wurde auf der anderen Seite dem Apotheker zum Schaden, der von der Herstellung und dem Verkauf von Arzneimitteln sein Auskommen hatte.

Grundsätzlich mußte auch auf die zahlenmäßige Anlage von Apotheken geachtet werden: Hier durfte nicht zu „freyzügig“ verfahren werden,³⁹⁵ da es im Herzogtum Berg im betrachteten Zeitraum „deren bey weitem zu viele“³⁹⁶ gab. Entsprechende Regelungen wurden nötig, um die Konkurrenz unter den Apothekern zu unterbinden: „Verminderter Absatz“ sowie „geringe Geschäfte“ hatten sich sehr schnell „schädlich für das Wohl des Publikum“ ausgewirkt.³⁹⁷ „Wenn man glauben wollte“, daß es sich „bei den Apotheken anders verhielt als bei Krämern, Handwerkern und ähnlichen Gewerben“ und „man weiterhin annahm, daß vermehrte Konkurrenz Nutzen für das Gesammtpublicum“ brachte, war dies „zuverlässig ein Irrthum: die Arzneyen“ wurden „älter und unwirksamer, es fehlt dem Apotheker an Aufmunterung zum besten und fleißigsten Betriebe seines Geschäftes, er wird dadurch sehr leicht nachlässig in seinen Arbeiten und es ist ihm am Ende gleichgültig, was er für Arzneien dispensirt, wenn er nur Absatz hat um sich und die seinigen ernähren zu können“.³⁹⁸ Besonders betroffen wurden gerade kleine Apotheken durch Konkurrenz, wo „oft in 14 Tagen, in drey Wochen kaum ein Recept bereitet“ wurde.³⁹⁹ Durch mangelnden Absatz verdarben die „Waaren mit der Zeit“.⁴⁰⁰ Und auch „alle Visitationen“ konnten nicht helfen, denn dabei hätten „alle Jahre fast die mehresten Waaren der Apotheker“ weggeworfen werden müssen.⁴⁰¹ „Wie [sollte] alsdann ein solcher Apotheker bestehen?“⁴⁰² Konnten die Apotheker ihre Waren nicht anbringen, verlegten sie

³⁹⁴ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1808), Blatt 93.

³⁹⁵ HSTaD Großherzogtum Berg 5511, II (1810), Blatt 87, §5.

³⁹⁶ HSTaD Großherzogtum Berg 5511, II (1810), a.a.O.

³⁹⁷ HSTaD Großherzogtum Berg 5511, II (1810), Blatt 87.

³⁹⁸ HSTaD Großherzogtum Berg 5511, II (1810), Blatt 87.

³⁹⁹ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811-1812), Blatt 21.

⁴⁰⁰ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811-1812), Blatt 21, „Die Verbesserung des Apothekenwesens betreffend“.

⁴⁰¹ a.a.O. (1811/1812), Blatt 21.

⁴⁰² a.a.O. (1810/1811), Blatt 21.

sich auf „*das Practiziren*“ oder übten „*eine Kunst aus, die [sie] nicht gelernt*“ hatten oder gaben „*allen Quacksalbern die Hand..., damit [sie ihnen] die Waren abkaufen*“.⁴⁰³ Um Medizinalpfuschereien vorzubeugen, mußte auch „*mit Strenge*“ auf die „*gute Beschaffenheit der bestehenden Apotheken*“ geachtet werden.⁴⁰⁴ Dazu gehörte nicht nur, daß der Arzneiwarenhandel in gesetzliche Ordnung gebracht wurde, um den Apotheken ihre Subsistenz zu ermöglichen.⁴⁰⁵ Entsprechende Regelungen wurden vielmehr notwendig, um zu verhindern, daß sich weder Arzt noch Wundarzt, Materialist und Spezereihändler weiterhin mit der Austeilung von Arzneimitteln befaßten.

Auch galt es, durch einschlägige Bestimmungen die Fort- und Weiterbildung der Heilpersonen zu regeln, damit nicht „*Gesundheit, Leben und Vermögen eines großen und wichtigen Theils der Einwohnerzahl der plumpen Ungeschicklichkeit und dem ungezügelter Eigennutz privilegirter Stümper preisgegeben*“ wurden.⁴⁰⁶ Eine staatliche Legitimation bzw. ein Privileg des Heilers allein wurden als nicht mehr ausreichend angesehen, um eine stete und geregelte medizinische Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.

⁴⁰³ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811-1812), Blatt 21, „Die Verbesserung des Apothekenwesens betreffend“.

⁴⁰⁴ HSTaD Großherzogtum Berg 5511, II (1810), Blatt 87.

⁴⁰⁵ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1810-1811), Blatt 55.

⁴⁰⁶ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 21.

5.2. Medizinal-Ordnungen

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht der im betrachteten Zeitraum erlassenen Medizinal-Ordnungen und strafgesetzlichen Bestimmungen für das Herzogtum Jülich-Berg.

Jahr:	Medizinalordnung:	Strafrecht:
1555		Jülich-Bergische Rechtsordnung
1773	Medizinalordnung von Carl Theodor ⁴⁰⁷	
1794		Code Penal (Jülich), ab 1808 (Berg)
1803	Churfürstliche Landes-Direktion von Freiherr von Hompesch Gesetz über die Organisation der Apothekerschulen und die Polizei der Apothekerkunst ⁴⁰⁸	
1808	Verordnung über die Rechte und Pflichten der Materialisten von Graf von Nesselrode	
1809	Provisorische Medizinal-Ordnung Einleitung: Graf v. Nesselrode	
ab 1813	Revidierte Apotheker-Ordnung von 1801	
1825	Medizinal-Ordnung	
1827	Kabinettsorder	
1846	Kabinettsorder	
1851		Preußisches Strafgesetzbuch

Aufstellung der im Berichtszeitraum relevanten Medizinal-Ordnungen und Strafgesetze für die Herzogtümer Jülich-Berg 1799-1879

(„Quelle: Die Quellen der einzelnen Verordnungen werden im nachfolgenden Text genannt“)

⁴⁰⁷ Die wichtigsten Vorläuferverordnungen stammen aus den Jahren 1708 (Medizinal-Ordnung), 1722 (General-Verordnung), 1738 (General-Verordnung), 1745 (Zusatz-Verordnung), 1748 (Zusatz-Verordnung). Vgl. auch die Kommentare der Medizinalräte zur „Verbesserung des Apothekenwesens“ 1811/1812, in: HSTaD, Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 6 und den Bericht von Physicus Servaes in: HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 21.

⁴⁰⁸ Schmidt-Wetter (1970), S.108 ff. Im Zeitraum von 1794-1813 (Jülich) und 1808-1813 (Berg) galt die französische Rechtsordnung. Die Bedeutung der im französischen Recht verankerten Medizinal-Ordnung läßt sich wegen der Kürze der Zeit, gerade im rechtsrheinischen Herzogtum Berg, nicht in relevanten Fakten darstellen.

Zu Beginn des betretenen Zeitfensters wurde das Medizinalwesen der Herzogtümer durch die im Jahre 1773 von Carl Theodor erlassene Medizinal-Ordnung geregelt. Um den positiven Einfluß dieser Verordnung auf die Entwicklung des Medizinalwesens zu veranschaulichen, wird zunächst ein Blick auf die früheren Verhältnisse geworfen.

Erstmalig wurde zu Beginn des 18. Jahrhunderts, und zwar im Jahre 1708, von Johann Wilhelm II. eine Verordnung zur Regelung des Medizinalwesens für die Herzogtümer Jülich-Berg erlassen.⁴⁰⁹ Von diesem Zeitpunkt an durften sich in den Herzogtümern keine Medizinalpersonen mehr niederlassen, die nicht zuvor vom neu gegründeten Collegium-Medicum in Düsseldorf geprüft und zugelassen waren. Diesem Medizinalkollegium wurde die Oberaufsicht über das gesamte Medizinalwesen übertragen. In die Überwachung wurden „Medizinalbeamte“, sogenannte Physici, eingebunden.

Das Collegium-Medicum hatte die Aufsicht über die Einhaltung der Medizinal-Ordnung und war gehalten, alle „*Mißbräuche*“ von „*Quacksalbern*“ und „*Pfuschern referiren*“ zu lassen, solche Angelegenheiten zu untersuchen und den „*Contravenienten eine proportionirte Straff* [zu] *dictiren*“.⁴¹⁰

Bis zum Erlaß der Verordnung von Carl-Theodor im Jahre 1773 enthielt die Bestimmung keine Regelungen über eine bedarfsorientierte Verteilung der Medizinalpersonen zum Schutz vor Konkurrenz und unlauterem Wettbewerb sowie zur Subsistenzsicherung der Heilpersonen. Somit gab es bis zum Jahre 1773 kaum eine weitere Abgrenzung der Rechte und Pflichten der einzelnen Heilpersonen außer der Aufforderung zu einem kollegialen Verhalten unter den Heilberufen.⁴¹¹

Daß dem Arzt die Behandlung „innerer“ Krankheiten und dem Wundarzt nur die der „äußeren“ erlaubt waren, setzte die Verordnung von 1708 als „ungeschriebenes Gesetz“ voraus. Da die Behandlung äußerlicher Krankheiten gelegentlich aber auch die Anwendung von innerlich wirkenden Arzneimitteln nötig machte, erlaubte die Verordnung den Wundärzten eingeschränkt auch den Gebrauch innerlicher „*Wundträncke*“ und „*Fallpulver*“.⁴¹²

⁴⁰⁹ Broering (1940), 42.Bd., S.14 ; s.a. Scotti I, 1036.

⁴¹⁰ Scotti I, 1036, Art. 8 der Medizinalordnung vom 25.4.1708.

⁴¹¹ a.a.O., Art.1 der Medizinal-Ordnung vom 25.4.1708.

⁴¹² a.a.O., Art.4 der Medizinal-Ordnung vom 25.4.1708.

Die Spielregeln, an die sich der innerlich kurierende Arzt und der äußerlich behandelnde Wundarzt zu halten hatten, wurden durch solche Zusatzvereinbarungen nicht nur äußerst komplex, sondern bargen auch die Gefahr, nach individuellem Ermessen ausgelegt zu werden.

Die Realität im Medizinalwesen der Herzogtümer zeigte darüber hinaus, daß die Kollegialität der Heiler unter den vorherrschenden sozialen Verhältnissen oftmals an ihre Grenzen stieß. Im Alltag wurden Arzneimittel auch von Arzt und Wundarzt dispensiert. In einigen Gegenden wie dem „*Siegenschen*“ mußte dieser „Mißstand“ sogar so lange geduldet werden, bis „*er durch...die Zeit und Localumstände fast zur Notwendigkeit wurde*“.⁴¹³

Auch die Landbevölkerung folgte nach Aussagen der Ärzte regelmäßig nicht den einschlägigen Gesetzen, denn sie empfand die strikte Trennung der Heilberufe als hinderlich und kostenaufwendig:⁴¹⁴ Bekamen sie vom Arzt nur ein Rezept und vom Apotheker aber die Arznei, dann ersparten sich viele *diesen „unnützen Umweg...“*, und „*zogen gleich vor die rechte Schmiede*“.⁴¹⁵

Viele taten das auch „*der Erfahrniß*“ wegen: „*Denn sonst bezahl[t]en sie blos die Medizin, und jetzt müßten sie auch noch den Arzt und dann die Arznei vom Apotheker zahlen. Diese doppelte Ausgabe*“ schien der Landbevölkerung „*zu groß und unnöthig, auf die Gelehrsamkeit des Arztes leg[t]en sie keinen Wert*“, sie betrachteten „*ihn nicht anders als jeden anderen Arzneihändler, und als solcher hat der Apotheker vermöge seiner schön aufgeputzten Apotheke den Vorzug*“.⁴¹⁶

Auch der Arzneimittelbegriff war nicht näher definiert. Ebenso vage waren die Bestimmungen hinsichtlich der sogenannten Geheimmittel. Verboten war der Gebrauch der „*gewisse[n] Mittel, ...welche ein dritter zu haben glaubt[e]*“.⁴¹⁷ Diese sollten bei „*zweifelhaften Krankheiten nur mit Zustimmung eines Arztes gegeben werden*“.⁴¹⁸

Eine Reihe von Zusatz-Verordnungen wurden⁴¹⁹ bis 1773 nötig, um der Medizinalordnung von 1708 ihre Geltung zu verschaffen: Ein ordentliches Anmelden und Examinieren aller Heilpersonen vor ihrer Niederlassung in den

⁴¹³ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810/1811), Blatt 7.

⁴¹⁴ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 23/24.

⁴¹⁵ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810/1811), Blatt 23.

⁴¹⁶ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810/1811), Blatt 24.

⁴¹⁷ Scotti I, 1036, Art.5 der genannten Verordnung vom 25.4.1708.

⁴¹⁸ Scotti I, 1036, Art.5 der genannten Verordnung vom 25.4.1708.

⁴¹⁹ s.a. Neubauer (1835), S.6ff.

Herzogtümern hatte in der Vergangenheit nicht ausgereicht, das Problem der illegalen Heiler in den Griff zu bekommen. Erst, als sich der Mißstand offensichtlich gar nicht anders abstellen ließ, wurde mit der Verordnung von 1738 Strafe angedroht.

Von Gottes Gnaden, Carl Theodor, Pfalz= Graf bey Rhein, des Heil. Röm. Reichs Erzschatzmeister und Churfürst, in Bayern, zu Jülich, Kleve und Berg Herzog, Fürst zu Mörs, Marquis zu Bergen op Zoom, Graf zu Veldenz, Sponheim, der Marck und Ravensperg, Herr zu Ravensstein, Düsseldorf den 27. Septembris 1745

Liebe Diener: Nachdem uns höchst-mißfällig zu vernehmen vorkommen, welcher gestalten in hienidrigen unseren Herzogthumben und Landen per imperitiam Medicorum & Chyrurgorum viele Krancke, und presthaffte Leuth versaumet, und denen Medicinalischen Principiis & Fundamentis zuwider tractirt werden, mithin zu dessen Abstellung gnädigst bewogen worden, die unterm 6ten Feb.1722 erlassenen General-Verordnung dahin wieder zu erneuern, daß kein Medicus, Chirurgus, Apothequer, Heeb-Ambt, weniger Marckt-Schreyer in hiesigen unseren Landen admittiert, noch geduldet werden sollen, es seye dan, daß dieser oder jener darzu von unserem Consilio Medico praevia Examinatione fähig befunden worden; Als ohnverhalten es euch mit dem wiederholten gnädigsten Befehl hiebey, gestalten dieser unser gnädigster Verordnung euch gehorsamst zu betragen, mithin keinen Vagabunden, oder Marck=Schreyeren einige Curen sich anzumassen, weder Verkaufung der Medicamenten zu verstatten. Aus Höchstgemelter Ihrer Churfürstl. Durchl. Sonderbarem gnädigstem Befehl.

Zusatz-Verordnung von 1745

(„Quelle: HStAD Jülich-Berg II, 6661, Blatt Z34“)

Von Gottes Gnaden, Carl Theodor, Pfalz=Graf bey Rhein, des Heil. Röm. Reichs Erzschatzmeister und Churfürst, in Bayern, zu Jülich, Kleve und Berg Herzog, Fürst zu Mörs, Marquis zu Bergen op Zoom, Graf zu Veldenz, Sponheim, der Marck und Ravensperg, Herr zu Ravensstein, Düsseldorf den 3. Septembris 1748

Lieber Getreuer: Uns ist abermahlen höchstmißfälligst zu vernehmen vorkommen, was gestalten ohnerachtet unserer wiederholter Generalverordnung vom 24. May 1738 sich einige ohnapprobirt Medicinæ Doctores, Chirurghi, Apothecker, Operateuren, und Heb-Ammen, in hiesige unsere Landen wo nicht beständig, jedoch sonsten fast mehrentheils aufhalten thäten. Wann wir nun in vorgemelter General-Verordnung ausdrücklich euch gnädigst anbefohlen haben, daß nemlich dergleichen zum Verderb des Publici ohnapprobirt Personen keineswegs geduldet werden sollen; so haben es nochmahlen hierdurch mit dem ernstlichen gnädigsten Befehl wiederholen wollen, daß von Eingangs gemeldten Persohnen ihr euch die Approbations-Scheinen vorbringen lassen, denen nicht Approbirten zu deren Einholung Terminen von 14-Tägen sub poena Suspensionis vorbestimmen, von dessen nicht Erfolg=Ermangelung die Uebung ihrer Kunst bey arbiträrer Brüchten=Straf untersagen, forth obgenannter Personen Specification inner 8.Tägen anhero sub poena 6 Gold=Gülden ohnfehlbar gehorsamst einschicken sollet.

Zusatz-Verordnung von 1748

(„Quelle:HStAD Jülich-Berg II, 6661, Blatt 301“)

Die Wiederholung der Verordnung innerhalb eines kurzen Zeitraums sowie die Tatsache, daß die spätere Verordnung bei Übertretungen eine Geldstrafe androht, weist darauf hin, daß die Regelungsversuche der Obrigkeit zunächst wirkungslos geblieben waren.

Am 8. Juni 1773 wurde von Carl Theodor eine Medizinal-Ordnung erlassen,⁴²⁰ die 42 Paragraphen enthielt und damit eine erhebliche Ausweitung im Vergleich zu der nur 8 Artikel umfassenden Jülich-Bergischen Medizinal-Ordnung von 1708 darstellte. In der Präambel wird ausgeführt: Die Medizinalordnung von 1773 betrachtet „*die Bevölkerung und das immer steigende Wachstum derselben*“ als „...*führnehmste[n] Grundsatz der Staatswissenschaft*“. Damit steht sie im Kontext der Aufklärung und des gesteigerten Interesses, das die Obrigkeiten in dieser Zeit für Qualität und Quantität der Bevölkerung aufbrachten. Das Medizinalwesen bedarf einer erneuten Regelung, da die „*höchstsgefährlichen Mißbräuche...von Leuthen von allerhand Ständen, Professionen und Handwerckern sich zum größten Verderb und Nachtheil*“ ausgewirkt hatten. Viele Menschen sind dadurch in der Vergangenheit nicht nur „*um ihre Gesundheit und Wohlfahrt*“, sondern „*gar ums Leben*“ gebracht worden.⁴²¹

Zur Regelung der Verhältnisse im Medizinalwesen legte die Verordnung bereits einen Schwerpunkt auf die Ausbildung der Heilpersonen. Durch die Erteilung der ersten Approbation der Ärzte und Wundärzte auf ein zeitliches Limit von 6 Jahren sollte bezweckt werden, daß sich die Medizinalpersonen regelmäßig weiterbildeten.⁴²² Noch 1811 bemerkten Medizinalräte, daß „*ein großer Theil...sobald selbige die Prüfung überstanden, an keine weiteren Fortschritte in der Kunst denken*“.⁴²³

Diese Bestimmung von 1773 könnte eine Reaktion darauf sein, daß Approbationsurkunden bis ins späte 18. Jahrhundert auch ohne Prüfung, gelegentlich nach Priester, allein durch Bestechungssummen zu erhalten waren.⁴²⁴

Damit wurden „*Gesundheit, Leben und Vermögen eines großen und wichtigen Theils der Einwohnerzahl der plumpen Ungeschicklichkeit und dem ungezügelten Eigennutz privilegirter Stümper preisgegeben*“.⁴²⁵

Mit der Medizinal-Ordnung von 1773 wurde von den Hebammen erstmalig gefordert, ihre praktischen Fähigkeiten unter Beweis zu stellen: Vor dem Collegium-Medicum mußten sie eine schwierige Operation durchführen, „*welche*

⁴²⁰ HSTaD Jülich-Berg II 6122; vgl. Scotti II, 2096; vgl. Fuchs (1971).

⁴²¹ a.a.O., Einleitung der Medizinal-Ordnung von 1773.

⁴²² a.a.O. Medizinal-Ordnung von 1773; vgl. HSTaD Großherzogtum Berg (1811/1812), Blatt 6.

⁴²³ HSTaD, Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 6.

⁴²⁴ Priester (1966), S.20.

⁴²⁵ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 21.

i. a. in einer Wendung eines Kindes“ bestand.⁴²⁶ Weiterhin wurde nicht mehr geduldet, daß *„ihr Lebenswandel nicht einwandfrei“* war: Leibesstrafe wurde angedroht, wenn man sie womöglich bei einer Kreissenden *„truncken“* vorfand.⁴²⁷

Mit hohen und strengen Strafen wurden aber auch Abtreibungen belegt, einem „Mißbrauch“, der sich besonders unter den Hebammen ausgebreitet habe.

Die Medizinal-Ordnung versuchte auch, „Mißbräuchen“ bei der Herstellung und dem Verkauf von Geheimmitteln vorzubeugen: *„Da es zuweilen geschehen, daß ein Arzt einige medicamenta unter erdichtetem neuen Namen verfertigt, und solche fingirte Arcana in die Apotheken gegeben, sich auch von den Apothekerer, und folglich von den Kranken sehr teuer bezahlen lassen, und dagegen sich diejenige Apotheker, welche ihnen solche praetendirte Arcana nicht abkaufen, blamiret“*.⁴²⁸

Wichtig war der Medizinal-Ordnung auch das Verhältnis von Arzt zu Apotheker. Beide sollten nicht nur *„freund- und friedlich“* miteinander leben, sondern auch zu ihrem geschäftlichen Nutzen keine *„eigennützige Absicht“* halten.⁴²⁹

Mit dieser Verordnung wurde erstmalig auch die Niederlassung an ein reales Bedürfnis gebunden: Um ein „Zuviel“ an Apotheken und die damit verbundenen „schädlichen Folgen“ von Konkurrenz zu vermeiden, sollte nur noch ein persönliches und nicht übertragbares bzw. verkäufliches Privileg zur Apothekeneröffnung⁴³⁰ berechtigen. Ziel war es, die Apotheker vor unlauterer Konkurrenz *„bey ihren Privilegiis“* zu schützen.⁴³¹

Am 23. Februar 1803 wurde eine Landes-Direktion *„wider die zur Heilkunde nicht approbirten Personen, Quacksalber und Pfuscher“* von Freiherr von Hompesch erlassen.⁴³² *„Näher[e] Bestimmungen“*, vor allem Strafbestimmungen, sollten der Medizinal-Ordnung von 1773 *„mehr Kraft und Ansehen“* verschaffen.⁴³³ Die Verordnung wird nachfolgend wiedergegeben, um zu illustrieren, welche Strafen für Medizinalpfuschereien vorgesehen waren.

⁴²⁶ Scotti II, 2096, §36 der genannten Verordnung.

⁴²⁷ a.a.O., §37 der genannten Verordnung.

⁴²⁸ a.a.O., §14 der genannten Verordnung.

⁴²⁹ a.a.O., §14-16 der genannten Verordnung.

⁴³⁰ a.a.O., §33 der genannten Verordnung.

⁴³¹ a.a.O., §35 der genannten Verordnung.

⁴³² HSTaD Jülich-Berg II, 6122, Blatt 112.

⁴³³ HSTaD Jülich-Berg II, 6122, Blatt 112, Einleitung.

Im Rahmen Seiner Churfürstlichen Durchlaucht zu Pfalz-Bayern, Düsseldorf den 23. Febr. 1803, Churfürstliche Landes- Direction, Freyherr von Hompesch, „Verfügungen wider die zur Heilkunde nicht approbirten Personen, Quacksalber und Pfuscher“

In der Medicinal-Ordnung sind bereits die Vorschriften gegeben, wie es mit der Ausübung der Heilkunde in ihren verschiedenen Zweigen gehalten werden soll. Die Churfürstliche Landes-Direction ist aus den Anzeigen der Amts-Stellen unterrichtet, daß diese Vorschriften nicht mit der gehörigen Genauigkeit beobachtet werden, und daß insonderheit eine Menge nicht approbierter Aerzte, Pfuscher und Quacksalber von allerley Gattungen im Lande sich aufhält, und mit der medicinischen Praxis abgibt, die dann durch die übele Behandlung des Kranken, diesen oft um seine Gesundheit und ganzes zeitliche Glück bringen, und nicht selten auf Zeitlebens in einen Zustand versetzen, der schlimmer als der Tod selbst ist.

Um nun diesem Unwesen dieser schädlichen Gattung von Menschen Einhalt zu thun, und den hierunter bestehenden polizeilichen Verfügungen durch bestimmtere Vornen mehr Kraft und Ansehen zu verschaffen, ertheilt die Landes-Direction folgende nähere Bestimmungen:

- 1) Niemand soll ohne vorher erhaltenen Erlaubniß der hiesigen Stelle aus der Cur der Wunden oder innerlicher Krankheiten bey willkürlicher Geld=oder Gefängnisstrafe ein Gewerbe machen.
- 2) Bey gleicher Strafe sollen Apotheker und Wundaerzte sich der inneren Curen enthalten, insofern ihnen selbige nicht ausdrücklich verstattet worden.
- 3) Fremde von einem Orte zum anderen herumziehende Operateurs sollen sich nicht unterfangen, ihr Gewerbe zu treiben, ehe sie die Erlaubniß der Behörde dazu, nach vorhergegangener Prüfung ihrer Geschicklichkeit und ihres Verfahrens erhalten haben.
- 4) Geschieht es dennoch, so haben sie bloß deshalb fünf bis zehn Rthlr. Geld oder acht bis vierzehntägige Gefängnisstrafe verwirkt.
- 5) Quacksalber, Hebammen, Hirten, Schmiede Wasenmeister und alle andere, welche aus innern oder äußern Curen, ohne Erlaubnis der Obrigkeit, oder ohne Zuziehung und Genehmigung eines approbirten Arztes ein Gewerbe machen, sollen nach Verwendnis der Umstände und nach der mehreren oder minderen Gefährlichkeit der gebrauchten Mittel mit Gefängnis auf vierzehn bis sechs Wochen bestraft werden.
- 6) Haben sie dergleichen unerlaubtes Gwerbe aus Gewinnsucht getrieben, so sind sie mit Gefängnis-Strafe auf vier bis acht Monathe zu belegen.
- 7) Wenn solche Winkelärzte Ausländer sind: so sollen sie, nach ausgestandener Strafe, über die Gränze gebracht; und wenn sie gleichwohl zu Treibung ihres verbotenen Handwercks zurückkehren, ohne weiteres als gefährliche Landstreicher eingesetzt und behandelt werden.
- 8) Gegen Inländer ist im Wiederholungsfalle die Strafe zu verdoppeln, und sie sind sodann nach Bewandnis der Umstände aus der Gegend, wo sie ihr verbotenes Handwerck ausgeübt haben, zu verweisen.
- 9) Niemand soll ohne vorhergegangene Prüfung und Genehmigung der hiesigen Stelle die Geburts-Hülfe als ein Gewerbe zu treiben, sich unterstehet.
- 10) Die es thue, sollen mit achthägiger bis vierwöchentlicher Gefängnisstrafe belegt, und wenn sie sich dadurch nicht warnen lassen, aus ihrem bisherigen Aufenthalts=Orte verwiesen werden.
- 11) Wer ohne besondere Concession Arzeneyläden hält, oder auch nur einzelne Arzeneyen, unter welchem Nahmen es immer sey, verkauft, dem soll, wenn auch kein Schade dadurch veranlasst worden, sein Vorrath confisciert, und er nach Verhältnis der entstandenen Gefahr, und des gesuchten und wirklich gezogenen Gewinns in eine Geldstrafe von zwanzig bis hundert Rthlr. verurtheilt werden. Endlich
- 12) Sollen den Thüringer Wasser=und Olitäten Krämern, überhaupt dem mit Medicamenten im Lande herumziehenden Gesindel die Arzeneyen abgenommen, und diese confisciert werden.

Den Beamten und Magistraten wird demnach befohlen, nicht nur selbst auf die Beobachtung dieser Verordnung strenge zu wachen, sondern auch solches dem Amts-Phisicis und vorgesetzten ihres Ortes auf ihre Eidespflichten mit der zusetzlichen Weisung einzuschärfen, daß sie auf die in ihrem Amtsbezirk sich einschleichenden Winkelaezte und Quacksalber, so wie insonderheit auf die als solche wirklich berüchtigten, deren Nahmens=Verzeichnis hier anliegt, ein sorgsames Auge zu halten, und die vorkommenden verbothwidrigen Handlungen derselben der Amts-Stelle so fort zur Untersuchung anzuzeigen haben, und zwar unter dem Nachtheile, daß sie sonst wegen ihrer pflichtwidrigen Nachsicht verantwortlich gestellet und bestraft werden sollen. Uebrigens haben Beamte und Magistrate jedesmal bey Vorgekommenen Freveln die abgehaltenen Untersuchungsprotokolle unverzüglich hierher einzusenden, auch gegenwärtige Verordnung ... verkündigen zu lassen, und wie dieses geschehen sey in 14 Tagen zu berichten.

Churfürstliche Landes-Direktion von 1803

(„Quelle: HSTaD Jülich-Berg II, 6122, Blatt 112“)

Keine der erlassenen Verordnungen – auch nicht die Medizinal-Ordnung von 1773 - hatte dem Treiben der sogenannten Materialisten die Grenzen klar genug gesetzt, was zur Folge hatte, daß diese stark wirkende Arzneien „*im Kleinen*“ verkauften und „*ungescheuet*“ mit Giften Handel trieben.⁴³⁴ Damit standen sie in vielen Orten in Konkurrenz zu den Arzneimittel verkaufenden Apothekern.

Am 5. Dezember 1808 wurde von dem Minister des Innern, Graf von Nesselrode eine Verordnung erlassen,⁴³⁵ welche eine Abgrenzung der Befugnisse von Materialisten und Apothekern schaffen sollte. Die Selbstbereitung von Arzneimitteln und der Verkauf von Präparaten wurde ausschließlich den Apothekern zugesichert.

Paragraph §4 legte fest, welche Zubereitungsformen zu den Präparaten zählten,

- „*Essenzen und Tinkturen*
- *Alle Extrakte ohne Ausnahme*
- *Alle Pflaster und Salben*
- *Alle ätherischen Liquores und Naphten*
- *Alle Mercurial – und Ammonialpräparate*“.⁴³⁶

In einem gesonderten Verzeichnis wurden die Waren definiert, welche fortan nur noch vom Materialisten in bestimmten Quantitäten verkauft werden durften.

Hiermit sollte verhindert werden, daß auch der Materialist Arzneimittel herstellte und im Kleinen verkaufte.

⁴³⁴ Verordnung über die Rechte und Pflichten der Materialisten vom 5.12.1808, Einleitung, in: WSta RX 66.

⁴³⁵ s. Scotti III, 3040 oder WSta RX 66.

⁴³⁶ Verordnung über die Rechte und Pflichten der Materialisten vom 5.12.1808, §4, in: WSta RX 65.

Verordnung über die Rechte und Pflichten der Materialisten, der Minister des Innern vom 5.12.1808, Graf v. Nesselrode
Da nach dem Berichte des hiesigen Medizinalrathes die Erfahrung lehret, daß den jetzigen hohen Preisen der ausländischen Apotheker-Waren sowohl vielfältig verfälschte Simplicia, als auch nicht mit der gehörigen Genauigkeit von den Laboranten verfertigte Chemica, von den Materialisten an die Apotheker verkauft werden; daß auch die Materialisten starkwirkende Arzneyen im Kleinen verkaufen und mit Giften ungescheuet Handel treiben; so wird hiermit verordnet wie folgt:
1. Den Materialisten bleibt, der schon eingeführten Ordnung gemäß, überhaupt der den Apothekern unter gewisser Einschränkung allein zustehende Handverkauf wirklicher Arzneimittel an Nicht-Apotheker aufs Strengste untersagt; übrigens aber ist denselben geboten, bey dem Verkaufe der Apotheker-Waaren sich nach dem hierbeygefügtten Verzeichnisse zu richten, und also die in demselben benannten Waaren entweder gar nicht, oder nur an die darin bemerkten Personen, und nicht unter der beygesetzten Quantität zu verkaufen.
2. Überhaupt ist den Materialisten sowohl die Selbstbereitung, als aller Handel mit den unter §4 genannten Präparaten verboten. Diese Präparate dürfen also, von Bekanntmachung der gegenwärtigen Verordnung an, nicht mehr in den Preiscouranten der Materialisten nachgeführt, noch von diesen verkauft werden.
3. Ein Vierteljahr nach Bekanntmachung der gegenwärtigen Verordnung darf kein Materialist dergleichen Präparate mehr in seinem Hause oder in einem Waarenlager haben, unter Strafe der Confiscation und der hierunter bemerkten Brüche.
4. Unter Präparate werden verstanden: a) Essenzen und Tinkturen b) Alle Extracte ohne Ausnahme c) Alle Pflaster und Salben d) Alle ätherische Liquores und Naphten e) Alle Mercurial-und Ammonial Präparate, die in dieser Liste ausgenommen.
5: Diejenigen Apotheker, welche die Präparate nicht selbst bereiten, müssen solche bey einem anderen approbirten und concessionirten Apotheker im Großherzogthume nehmen
6. Jede Übertretung dieser Verordnung wird fürs erste Mal mit einer Brüche von fünf undzwanzig Reichsthalern, fürs zweyte Mal mit einer Brüche von fünfzig Reichsthalern, und bey fernerer Wiederholung mit gänzlicher Einziehung der Concession des Gewerbes gestraft; vorbehaltlich des peinlichen Verfahrens in den dazu geeigneten Fällen.
7. In Ansehung der Aufbewahrung und Verabfolgung der Gifte, sind die Materialisten den nämlichen Gesetzen und Verordnungen unterworfen, welche diesfalls für die Apotheker erlassen sind
8. Auch sollen die Waarenlager der Materialisten von den zur Visitation der Apotheken bestellten Gesundheitsbeamten eben so wie die Apotheken untersucht, und es soll darüber gleichmäßig Bericht erstattet werden.
9) Die Herren Provinzialrätthe und Orts-Polizeibeamten sind mit dem Vollzuge der gegenwärtigen Verordnung beauftragt. Die Herren Physici und übrigen Gesundheits-Beamten werden die zu ihrer Kenntniss gelangenden Übertretungen der obigen Vorschriften den Polizeibehörden anzeigen.

Verordnung über die Rechte und Pflichten der Materialisten des Grafen von Nesselrode 5.12.1808
(„Quelle: WSta RX 66“)

Am 27.6.1809 trat eine neue Medizinal-Ordnung für die Herzogtümer in Kraft,⁴³⁷ vermutlich inhaltlich beeinflusst von der Preußischen Revidirten Medizinal-Ordnung, da der Entwurf vom Provinzial-Collegium Medicum zu Münster, für welches die preußische Medizinal-Ordnung galt, begutachtet wurde.⁴³⁸ Die Einleitung stammt von Minister Graf von Nesselrode. *„Nach Einsicht des kaiserlichen Dekretes vom 18. Dezember 1808 über die Verwaltungs-Ordnung des Großherzogthum Berg...habe ich nachfolgende Verfügungen festgesetzt, welche provisorisch und bis zur definitiven Organisation des Medizinalwesens, auch*

⁴³⁷ Scotti III, 3070.

⁴³⁸ HSTaD Großherzogthum Berg 5517 (1808), Blatt 98-122.

*Einführung einer neuen Medizinal-Ordnung und Medizinal-Taxordnung beobachtet werden sollen“.*⁴³⁹

Die Erlaubnis zur Ausübung der Heilkunde wurde durch den Präfekten erteilt. Die Niederlassung der Heilpersonen wurde an ein Bedürfnis gebunden.

*„3) Die Präfecte ertheilen die Erlaubnis zur Ausübung der Heilkunde oder eines Zweiges derselben... . Diese Erlaubnis wird ertheilt, wenn derjenige der solches nachsucht, ein Zeugnis seiner Fähigkeit von der, zur Prüfung derselben berufenen hiernach benannten Behörde beygebracht haben und seine Anstellung an dem Orte oder in der Gegend, wo er sich niederlassen will, nothwendig oder nützlich befunden seyn wird“.*⁴⁴⁰

Ein großes Gewicht legte die Verordnung auf die Überwachung des Medizinalwesens: Umfassender, als es bisherige Verordnungen vorsahen, wurde die Aufsicht im Medizinalwesen organisiert: Die Einsetzung eines Departements- und Amtsphysicus wurde gesetzlich festgelegt und die Kompetenzen des Medizinalrats genau definiert.⁴⁴¹

Auf die Umsetzung der neuen Medizinal-Ordnung wirkte sich jedoch nachteilig aus, daß die Verordnung im Rheindepartement nur begrenzt bekanntgemacht wurde. Lediglich durch einen „*Druck von 100 Stück*“ und durch die „*Intelligenzblätter unterm 13. Juli 1809*“ wurde die Medizinal-Ordnung nach ihrem Erlass eingeführt.⁴⁴²

Nach der preußischen Übernahme wurde auch in den Herzogtümern die Revidierte Apothekerordnung vom 11. Oktober 1801, erlassen. Der Auswahl des Unterrichts, sowie den Prüfungsordnungen und den Apothekenvisitationen wurden in dieser Verordnung besondere Aufmerksamkeit geschenkt.⁴⁴³

Auch die Privilegienregelung zum Schutz der Apotheker vor unliebsamer Konkurrenz wurde wesentlich differenzierter als durch bisherige Verordnungen behandelt.

⁴³⁹ Einleitung der genannten Medizinal-Ordnung vom 27.6.1809, in: Scotti III, 3070.

⁴⁴⁰ §3 der genannten Medizinal-Ordnung vom 27.6.1809, in: Scotti III, 3070.

⁴⁴¹ Scotti III, 3070, § 8-12.

⁴⁴² Broering (1940), S.20.

⁴⁴³ vgl. Schnitzer (1832), Die Preußische Medizinalverfassung.

„Zur Ausübung der Apothekerkunst an einem Ort“ berechnete grundsätzlich nur noch „ein landesherrliches Privilegium und Approbationspatent“. ⁴⁴⁴

Nicht-legitimierte Heilpersonen wurden vom Arzneimittelverkauf ausgeschlossen. Allein „qualifizierten Subjekten“, zu denen die approbierten Apotheker zählten, wurde das Betreiben einer Apotheke gestattet. Auch legten entsprechende Definitionen die Zuständigkeiten des Droguisten und Materialisten fest, wodurch eine schärfere Abgrenzung zum Beruf des Apothekers geschaffen wurde.

Und grundsätzlich berechnete nur noch eine Konzession zum Verkauf von Medikamenten und Giften. Ohne Erlaubnis sollte „niemand Arzneien, Gifte und andere Materialien, deren Bearbeitung, Aufbewahrung und rechter Gebrauch besondere Kenntnisse voraussetzt, verkaufen oder sonst überlassen“. ⁴⁴⁵

Den Zuwiderhandelnden, welche entgegen der Bestimmungen mit Arzneimitteln handelten, wurde Strafe von 200-1000 Reichstalern angedroht unabhängig von der Tatsache, ob ein „Nachtheil“ entstanden war oder nicht. ⁴⁴⁶

Auch der Verkauf von Geheimmitteln wurde an eine entsprechende Erlaubnis gebunden. In jedem Fall mußten neue Geheimmittel vor ihrer ersten Anwendung vom Collegium-Medicum ausreichend untersucht und der Gebrauch genehmigt werden. Den Apothekern wurde untersagt, „von den ungewissenhaften und eigennützigen Medicis ausgedachten medicamenta composita und sogenannten Arcana, so nicht von unserem Ober-Collegio-Medico approbiert worden, anzunehmen, noch zu dispensieren, und zwar bei 100 Rth. unausbleiblicher fiscaler Bestrafung bei der 2. Betreffung aber bei Verlust ihres Privilegii“. ⁴⁴⁷

Dieses Gesetz bedurfte einer besonderen Ausführlichkeit, denn namentlich mit der „Altonaer Wunderessenz, den Langschen Reinigungspillen, den Möllerschen Fiebertropfen, dem Ronatschen Geheimmittel gegen tollen Hundebiß, dem sogenannten Gesundheits-Bitter oder Magen-Elixir, die Lieberschen Gesundheitskräuter u.a.m.“ ⁴⁴⁸ wurde auch im Rheinland in der Vergangenheit, trotz verbotender Verordnungen, lebhaft gehandelt.

⁴⁴⁴ Schnitzer (1832), S.6/7, §1; vgl. Gneist (1928): „Die verschiedenen Geschäftsformen des Apothekenbetriebs in Preußen“.

⁴⁴⁵ Schnitzer (1832), S.93.

⁴⁴⁶ a.a.O. (1832), S.94.

⁴⁴⁷ a.a.O. (1832), No.6.

⁴⁴⁸ WSTa RX77. Häufig wurde zudem die Galeopsis grandiflora der Lieberschen Kräuter mit der Sideritis hirsata verfälscht, in: Neubauer (1835), S.207.

Prinzipiell gehörten alle Kontraventionen gegen die Medizinalgesetze zur „Kognition“ und „Dezision“ vor die Provinzial-Collegia-Medica.⁴⁴⁹ Bekanntgewordene Medizinalpfuschereien bedurften nur in solchen Fällen richterlicher Erörterung und Bestrafung, *„wo die verbotene und verpönte Handlung schädlichen Erfolg hervorgebracht“* hatte.⁴⁵⁰ *„Dagegen aber, wo es an letzter fehlt, das Ressort der Polizei eingreifen soll, wie sich solches sowohl mit der Natur des Vergehens, die im letzteren nur als eine Störung der gesetzlichen Ordnung zu betrachten sei und der verkehrenden Tätigkeit der Polizei als mit dem Strafmaß rechtfertigen soll“.*⁴⁵¹

War aber von Schadenersatz die Rede, gehörte die Klage vor den ordentlichen Richter.⁴⁵²

An dieser Stelle ist anzumerken, daß für die Herzogtümer Jülich-Berg strafrechtlich nicht das Allgemeine Landrecht galt, sondern nach den Strafbestimmungen des Code Penal sanktioniert wurde.

Gegen die Marktschreier und Olitätenkrämer wurde angeordnet, daß *„es streng verboten“* war, *„den Olitätenkrämer den Eingang in die Preußischen Provinzen mit ihren Medikamenten zu gestatten, selbst nicht unter dem Vorwande, bloß durchziehen zu wollen... sie vielmehr sogleich mit der Anweisung zurückgewiesen werden sollen, daß wenn sie dessen ungeachtet im Lande angetroffen würden, sie außer der Konfiskation ihrer Waren mit harter Leibesstrafe ohne Rücksicht auf des bloßen Durchgehens belegt werden müssen“.*⁴⁵³

Am 1.12.1825 wurde vom Ministerium der Geistlichen- Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten eine *„dem jetzigen Bedürfnis“*⁴⁵⁴ angepaßte Medizinal-Ordnung herausgegeben. Besonders wichtig war der Verordnung eine „Ein-Klassifizierung“ der Heilpersonen wodurch eine weitere Abgrenzung der Heilberufe untereinander geschaffen wurde: Der Nachweis der Qualifikation mußte durch entsprechende Prüfungen erbracht werden.⁴⁵⁵

⁴⁴⁹ Stengel (1800), Instruktion für die Provinzial-Collegia-Medica vom 21. April 1800, 11.Bd., II. Titel.

⁴⁵⁰ Schnitzer (1832), S.88.

⁴⁵¹ Schnitzer (1832), S.88, verweist auf ALR Th.2 Tit.20,§703-711 und Tit.17 §10,11,62 u.68.

⁴⁵² Stengel (1800), Instruktion für die Provinzial-Collegia-Medica vom 21. April 1800, 11.Bd., II. Titel, §5.

⁴⁵³ Schnitzer (1832), S.266/267.

⁴⁵⁴ Lübeckische Bekanntmachung über die Prüfung und Zulassung der zur ärztlichen oder wundärztlichen Praxis sich Anmeldenden vom 28. July 1838. Königlich Preußisches Reglement für die Staats-Prüfungen der Medicinalpersonen, d.d.Berlin, den 1. December 1825. Lübeck 1839, Einleitung, S.3.

⁴⁵⁵ a.a.O. Medizinalordnung von 1825, §8-§40; vgl. Münch (1992).

An zwei verschiedenen Institutionen konnten die Approbationen nach Prüfung erworben werden. Die sogenannte Ober-Examinations-Commission⁴⁵⁶ prüfte alle Medizinalpersonen, welche nicht „*blos practisch*“, sondern eine „*vollständig wissenschaftliche*“⁴⁵⁷ Ausbildung erhalten hatten. Die „*promovirten Aerzte*“ konnten vor diesem Gremium entweder die Approbation als praktischer Arzt erwerben, oder gleichzeitig auch die Befähigung zum Wundarzt erlangen. Solche „*promovirten Medico-Chirurgen*“ durften sowohl innere als auch äußere Kuren ausführen. Alle geeigneten Kandidaten erhielten von der Ober-Examinations-Commission den Titel „*I.Klasse*“.⁴⁵⁸

An den Medizinal-Collegien in den Provinzen wurden die Prüfungen der einfacheren Heilpersonen abgehalten, die „*blos als ausübende Aerzte ins practische Leben*“⁴⁵⁹ treten wollten. Die Prüfung legte stärkeres Gewicht auf praktische als wissenschaftliche Inhalte. In der Regel genügte es, wenn der Kandidat seine praktische Befähigung unter Beweis stellte. Nach §49 zählten zu der 2. Klasse der Medizinalpersonen die „*Chirurgen II. Classe*“, Geburtshelfer, „*Apotheker II. Classe*“, forensische Wundärzte und die Zahnärzte.

Die Einklassifizierung in Heilpersonen I. und II. Klasse brachte es mit sich, daß die gesetzlich zu regelnden Zuständigkeiten der Heilberufe noch spezieller wurden, was letztendlich auch Auswirkungen auf die Überwachung des Medizinalwesens hatte.⁴⁶⁰

Das nachfolgende Schema gibt noch einmal einen Überblick über die Entwicklung der Medizinal-Ordnungen für die Herzogtümer Jülich-Berg und „besondere“ Maßnahmen zur Eingrenzung des Problems der Medizinalpfuschereien.

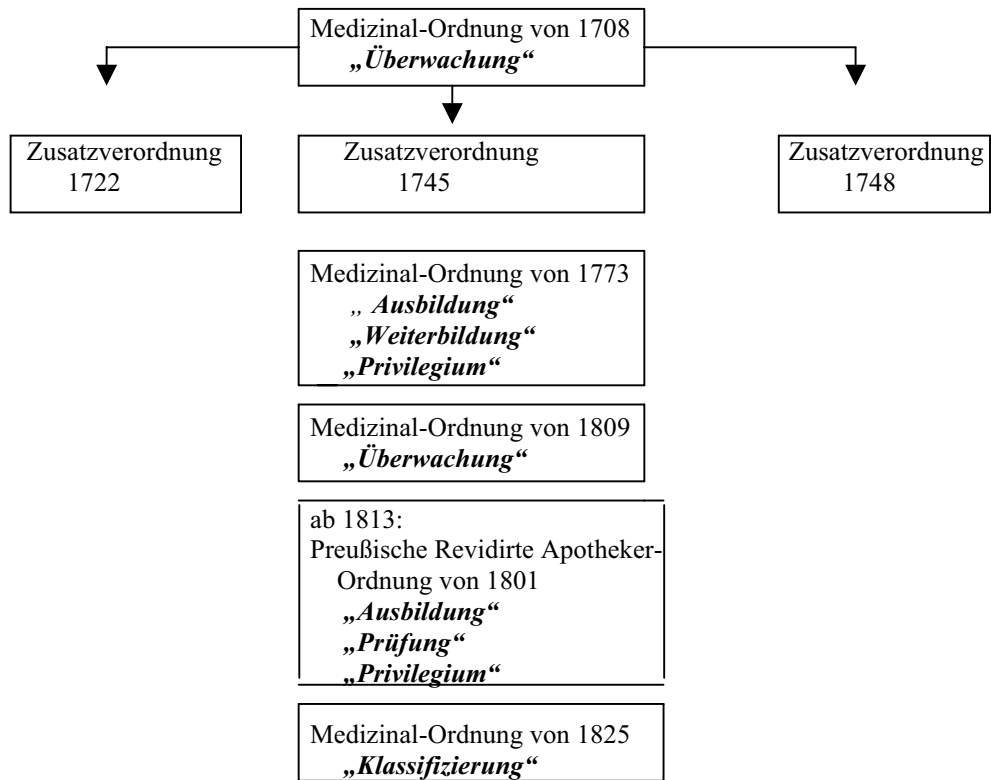
⁴⁵⁶ Lübeckische Bekanntmachung über die Prüfung und Zulassung der zur ärztlichen oder wundärztlichen Praxis sich Anmeldenden vom 28. July 1838. Königlich Preußisches Reglement für die Staats-Prüfungen der Medicinalpersonen, d.d.Berlin, den 1. December 1825. Lübeck 1839, §5.

⁴⁵⁷ a.a.O., §10.

⁴⁵⁸ a.a.O., §10.

⁴⁵⁹ a.a.O., §33.

⁴⁶⁰ vgl. Rust (1838).



Medizinal-Ordnungen für die Herzogtümer Jülich-Berg und „besondere“ Maßnahmen zur Eingrenzung des Problems der Medizinalpfuschereien

5.3. Strafrechtliche Bestimmungen

Da sich das gesetzlich vorgesehene Strafmaß für Medizinalpfuschereien im betrachteten Zeitraum nicht veränderte, soll ausschließlich auf den Code Penal eingegangen werden, nach dem in dieser Zeit in der Mehrheit der Fälle sanktioniert wurde.⁴⁶¹

Der Code Penal ersetzte in den Herzogtümern die „ewigen Edikte“, womit sich nicht nur die Popularität, sondern auch die Vollständigkeit der Gesetze vergrößerte. Denn in der Vergangenheit war es gerade durch die vielen Modifikationen und Nachträge zu „*Rechtsunsicherheit[en]*“ und Schwierigkeiten in der Anwendung der Gesetze gekommen.⁴⁶²

Das Französische Strafgesetz ging wesentlich differenzierter bei der Bewertung der einzelnen Straftaten vor und unterschied im Gegensatz zum Preußischen Landrecht zwischen Vergehen und Verbrechen.⁴⁶³ Während das französische Recht Medizinalpfuschereien als Vergehen sanktionierte, wurden Puschereien in Preußen als Verbrechen bestraft.

Zu den Polizeivergehen (Contraventionen) rechnete das Französische Recht diejenigen Straftaten, worauf keine höhere Strafe als höchstens „15 Franken“ Geldbuße oder fünftägiges Gefängnis sowie „*Konfiskation gewisser Gegenstände*“ stand.⁴⁶⁴

Insgesamt waren nach den bestehenden Gesetzen die für Medizinalpfuschereien vorgesehenen Strafen sehr niedrig und damit wenig geeignet, das Medizinalwesen zu ordnen.

Grundsätzlich wurden die Polizeivergehen in drei Klassen eingeteilt:

- „a) Mit einem bis fünf Franken und im Wiederholungsfall mit Gefängnis von höchstens drei Tagen.
- b) mit einer Geldbuße von 6-10 Franken einschließlich und im Wiederholungsfall von höchstens 5 Tagen.
- c) mit einer Geldbuße von 11–15 Franken einschließlich und im Wiederholungsfall mit Gefängnis von fünf Tagen“.⁴⁶⁵

⁴⁶¹ Bornhak (1903), S.435.

⁴⁶² Bracht (1834), S. 136.

⁴⁶³ Rappard (1817), S.3/6.

⁴⁶⁴ Blanchard (1812), Viertes Buch, 1.Kapitel, S.112 ff.

⁴⁶⁵ Rappard (1817), S. 1/2: Strafgesetzbuch Art. 471-482.

Nach den bestehenden Gesetzen übten die Friedensrichter bei Polizeivergehen teils eine ausschließliche, teils mit dem Maire „*concurrente*“ Gerichtsbarkeit aus.⁴⁶⁶ In jedem Fall fielen die wegen des Vergehens ermittelnde und die die Strafe verhängende Instanz zusammen. Die Kombination von Polizei und Strafamts war sicherlich unter „generalpräventivem“ Aspekt potenziell wirksam, wenn sie auch heutigen Rechtsvorstellungen zuwiderläuft. Da den Beamten, vor allem auf dem Lande, häufig auch ausreichende Rechtskenntnisse fehlten, konnte dieses Ziel nicht in dem gewünschten Umfang erreicht werden.

⁴⁶⁶ Daniels (1812), 2. Buch, Von den Gerichten und dem gerichtlichen Verfahren, 1. Titel, 1. Capitel, S. 69.

6. Heilen außerhalb der Medizinal-Ordnung

6.1. Übersicht der „Pfuscher“ und „Quacksalber“ 1799-1875

Nachfolgend wird das Ausmaß der Medizinalpfuschereien in den ehemaligen Herzogtümern Jülich-Berg betrachtet, wie es sich aus den Akten ergibt. Erfasst wurden zwischen 1799 und 1875 insgesamt 190 Fälle von aktenkundigen Medizinalpfuschereien.

Hervorzuheben ist hierbei zunächst die *„getreue und mit Belegen versehene Schilderung der im Rheindepartement grassierenden Pfuscherei“* des Departementsphysicus Servaes aus dem Jahre 1810.⁴⁶⁷ Nach seinen Angaben hatten die Medizinalpfuschereien zu Beginn des betrachteten Zeitraums ein drastisches und alarmierendes Ausmaß eingenommen. In *„90 Mairien des Rheindepartements gab es ungefähr 62 Ärzte, hundert und einige dreißig sogenannte Wundärzte,... aber sovieler Bader, Barbierer, Operateure, Zahnärzte, Schröpfer und solche, welche sich ebenfalls Wundärzte nennen, und als solche gebrauchen lassen, und ungefähr eine gleiche Zahl Viehärzte, Dorfschmiede, Schinder, Scharfrichter, Pfuscher, Bauern und dergleichen Quacksalber mehr“*.⁴⁶⁸ Bei einem zahlenmäßigen Vergleich von legitimierten und nichtlegitimierten Heilern stellte der Physicus den seiner Meinung nach unterrepräsentierten Anteil akademischer Ärzte im Rheindepartement heraus. *„Die Zahl der wirklichen Ärzte verdiente kaum“* gegen die *„große Anzahl“* der medizinischen Pfuscher *„erwähnt zu werden“*.⁴⁶⁹

Das *„so niedrige Verhältnis der Zahl der Ärzte zu der Zahl der übrigen Medizinal- Subjecte“* wurde in dem Gutachten auch beziffert: Nach den Angaben des Physicus kamen zahlenmäßig *„auf einen Arzt ... mehr als 6 von diesen“* nicht-legitimierten Heilern.⁴⁷⁰

Zieht man an dieser Stelle einen Vergleich zu den behördlich und damit offiziell bekannt gewordenen Fallzahlen (sh. tabellarische Aufstellung der „Pfuscher“ und „Quacksalber“ am Ende dieses Kapitels), so läßt das vom Physicus erwähnte „1:6 Verhältnis“ von legalen zu nicht-legalen Heilern eine hohe Dunkelziffer an Fällen vermuten, welche der Behörde bis dato nicht bekannt waren oder nicht weiter verfolgt wurden.

⁴⁶⁷ HSTaD Großherzogtum Berg 5512, vom 31. Mai 1810. Franz Joseph Servaes (1762-1822), Geburtshelfer (Approbation 2.10.1787), Wundarzt (Approbation 20.4.1789), Arzt (Approbation 31.10.1790). Landphysikus in Recklinghausen, vereidigt zum Departementsphysicus am 23.10.1809. Sein Diensteslohn betrug 2000 Francs, daneben war ihm die Ausübung einer Privatpraxis gestattet, in: HSTaD Gen.Gouv. Berg 2149; s. Ingendoh (1985), S.30; vgl. Broering (1940), S.22.

⁴⁶⁸ a.a.O. (1810), Blatt 18.

⁴⁶⁹ a.a.O. (1810), Blatt 18.

⁴⁷⁰ a.a.O. (1810), Blatt 18.

Daß der Physicus von der Regierung aufgefordert wurde, eine „*getreue und mit Belegen*“ versehene Übersicht der Medizinalpfuschereien zusammenzustellen, deutet darauf hin, daß die Obrigkeit Bestrebungen unternommen hatte, sich erste und genaue Übersichten über das Medizinalwesen der Herzogtümer zu verschaffen. Gleichzeitig wurden zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Beamten im verstärkten Maße dazu angehalten, „Pfuscher“ zu erkennen und zur Anzeige zu bringen. Die Ordnung des Medizinalwesens wurde zu einer hoheitlichen Aufgabe mit der Maßgabe, staatliches Wohlergehen und Volksgesundheit noch stärker in den Mittelpunkt der politischen Ziele zu stellen. Damit setzten sich Tendenzen in der staatlichen Fürsorge fort, welche sich bereits im späten 17. und 18. Jahrhundert aus politischen, ökonomischen und militärischen Überlegungen abgezeichnet hatten.⁴⁷¹

Die Stärke der Einwohnerzahl wurde in den staatspolitischen Überlegungen in einem engen Zusammenhang mit dem allgemeinen Wohlergehen des Staates gesehen. In der Gesundheit des Bürgers lag die Voraussetzung, um höhere Produktionen und steigenden Konsum zu erzielen und größere Staatseinkommen zu erwirtschaften.⁴⁷² Damit wurde nicht zuletzt die politische Macht des Monarchen bestimmt.⁴⁷³ Diese Argumente aus dem frühauflärerischen staatspolitischen Diskurs übernahmen Ende des 18. Jahrhunderts zahlreiche Mediziner.

So gehörte es nach Brinckmann zu den originären Aufgaben der Regierung, Elend und Krankheit zu verhüten und abzuwenden und die Sterblichkeit in der Bevölkerung zu senken.⁴⁷⁴ Somit ergab sich zwangsläufig die Notwendigkeit, das Medizinalwesen einer behördlichen Überwachung zu unterstellen, um auch die negativen Auswirkungen von Medizinalpfuschereien auf die Volksgesundheit einzugrenzen.⁴⁷⁵

Der staatlich-politische Auftrag, „*alle Sorten, Varietäten der medizinischen Pfscherey auzurotten*“, und „*die der Sicherheit der Einwohner drohenden Gefahren zu beseitigen*“⁴⁷⁶ konnte in den Augen der Physici von der Regierung nicht dringlich genug eingeschätzt werden. Ihnen war es ein Anliegen, daß sich die Regierung dieses Ziel zur „Pflicht“ machte.⁴⁷⁷ Interessant ist aber immerhin, daß Servaes der erste Physicus in Jülich-Berg ist, dessen Bericht im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf erhalten ist, obwohl die Physici schon seit

⁴⁷¹ vgl. Heckscher (1934), Vol. II.

⁴⁷² vgl. Wolff (1721).

⁴⁷³ vgl. Heckscher (1934), Vol. II.

⁴⁷⁴ Brinckmann (1997), Vorerinnerung S.7.

⁴⁷⁵ vgl. von Justi, (1758), Vol. I.

⁴⁷⁶ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 36.

⁴⁷⁷ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 38.

1784 aufgefordert waren, Übertretungen der Medizinal-Ordnung zu registrieren und der Behörde mitzuteilen.⁴⁷⁸

Physici und damit die Ärzteschaft verfolgten ein behördliches Vorgehen gegen „Quacksalber“ und „Pfuscher“ mit besonderem Interesse. In der Mehrzahl der untersuchten Fälle waren die Anzeigen bei der Regierung ursprünglich aus den Reihen der Ärzteschaft initiiert worden.⁴⁷⁹ Sicher müssen diese Aktivitäten im Zusammenhang mit allgemein von der Ärzteschaft zu diesem Zeitpunkt einsetzenden Bestrebungen gesehen werden, ihren Stellenwert auf dem medizinischen Markt und damit die eigene Subsistenzgrundlage ausbauen zu wollen.⁴⁸⁰

Die nachfolgenden Tabellen (S.117-126) über behördlich verfolgte Pfuscher zeigen darüber hinaus, daß sich unter den betrachteten Fällen keine Anzeige wegen Verstoß gegen die Medizinal-Ordnung gegen einen akademischen Arzt findet. Vielmehr richteten sich eine Vielzahl von Anzeigen gegen Übergriffe der übrigen Heilberufe und zwar gegen Apotheker, Wundarzt und Hebamme, welche unerlaubt die ärztliche Tätigkeit ausgeübt hatten.

Die akademischen Ärzte hatten von allen Heilberufen die besten Möglichkeiten, ihre Konkurrenten durch Anzeigen aus dem Feld zu schlagen. Im betrachteten Zeitraum wurde allein den Medizinalräten und damit der Ärzteschaft ein Mitgestaltungsrecht auf die Inhalte von Medizinal- und Ausbildungsordnungen eingeräumt. Indem die Ärzte festlegen konnten, welche Qualifikationsanforderungen die Heilberufe mitbringen mußten und in welchem Bereich und Umfang sie tätig werden durften, lagen die Möglichkeiten, den medizinischen Markt zu „gestalten“, in den Händen der Ärzteschaft.⁴⁸¹

⁴⁷⁸ Physici wurden vom Collegium Medicum mit der Verordnung vom 2. Juni 1784 aufgefordert, „*namentliche Verzeichnisse*“ und „*liquirte oder genaue Thatsachen*“ über „Pfuscher“ dem Collegium Medicum mitzuteilen, in: Neubauer (1835), S.43. Die gutachterlichen Bemerkungen über die „*fernere Organisation des Medizinalwesens im Großherzogtum Berg*“ des Dr Ebermaier legen es allerdings nahe anzunehmen, daß man sich konkrete Gedanken über die Erstellung solcher Verzeichnisse und Berichte erst um 1810 machte, in: HSTaD Großherzogtum Berg 5511, II Blatt 99.

⁴⁷⁹ sh. Kapitel 7.3. Tabelle: „Verfolgung und Bestrafung von Vergehen gegen die Medizinal-Ordnung“.

⁴⁸⁰ vgl. Sarfatti- Larson (1977).

⁴⁸¹ sh. hierzu auch die Vorschläge von Medizinalrat Abel, „*Die Verbesserung des Apothekenwesens betreffend*“, HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812). Vgl. Frevert (1984). Auch aus dem Material von Wischhöfer (1991) geht die zentrale Rolle der Ärzte bei der Gestaltung der Medizinalgesetze hervor, auch wenn sie betont, daß die Gesetze Ergebnis eines Aushandlungsprozesses zwischen Akteuren mit verschiedenen Interessen (z.B. Ärzte, Landstände, Regierung) waren. Unter den Heilberufen hatten die Ärzte als Akademiker und in ihrer Funktion als Physici auf alle Fälle die besten Chancen, sich Gehör zu verschaffen.

..... / in der Funktion :	N=
Apotheker/Arzt	13
Apotheker/Wundarzt	1
Wundarzt/Arzt	4
Hebamme/Apotheker	1
Hebamme/Arzt	1
Arzt/Apotheker	0
nicht definiert	3
Total:	23

„Heilbereiche“ der Medizinalpfuschereien:

1) *Medizinalpersonen* N=23

(„Quelle: gesamte „Pfuscher-Fälle“ im aufgefundenen Aktenmaterial, s. Tabellen S. 117-126“)

...../ in der Funktion :	N=
Arzt	5
Apotheker	14
Wundarzt	4
Hebamme	31
Schröpfer(-in)	24
Bader	6
nicht definiert	83
Total	167

„Heilbereiche“ der Medizinalpfuschereien:

2) *„andere“*: N= 167

(„Quelle: gesamte „Pfuscher-Fälle“ im aufgefundenen Aktenmaterial, s. Tabellen S. 117-126“)

Auch Departementsphysicus Servaes verwies in seinem Bericht an die Regierung besonders nachdrücklich auf die Übergriffe der bereits genannten approbierten Heilberufe, auf die Apotheker, die als medizinische Praktiker auftraten oder den Wundarzt, welcher innere Kuren vornahm.⁴⁸² Diese „dehnten“ ihr „*Privilegium damit freylich viel weiter aus, als es der Sinn demjenigen erlaubte*“.⁴⁸³

Nach Ansicht des Physicus zählten darüber hinaus alle Heilberufe, welche sich nur mit Teilbereichen der Medizin abgaben, „*nothwendig*“ zu den „Pfuschern“;⁴⁸⁴ Dazu gehörten seiner Meinung nach die „*Zahn- und Augenärzte, Dentisten und Oculisten*“,⁴⁸⁵ auch wenn sie von der Regierung zur Ausübung ihres Gewerbes legitimiert waren. Denn die Behandlung

⁴⁸² vgl. auch Stoll (1813), „Von der unbefugten Ausübung medizinischer Fächer“, in: Staatswissenschaftliche Untersuchungen und Erfahrungen über das Medizinalwesen 3.Teil, S.228, §503.

⁴⁸³ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 25.

⁴⁸⁴ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 25.

⁴⁸⁵ a.a.O. (1810), Blatt 25.

der „Krankheit der Zähne, der Augen“ machten „Einsichten in das Ganze der Heilkunde erforderlich, um gehörig kurirt zu werden“.⁴⁸⁶

In den Augen des Physicus konnten nur umfassende ganzheitliche medizinische Kenntnisse einem Arzt die notwendige Qualifikation verschaffen.

Deshalb sollten Privilegien und Legitimationen für Teilbereiche der Medizin grundsätzlich nicht mehr ausgestellt werden, auch nicht für die Bereiche der Chirurgie und Medizin. Beide Gebiete seien „zwey Zweige“ einer einheitlichen Wissenschaft. „Beyde [Wissenschaften] bieten sich die Hand und sollten wie in urältesten Zeiten nicht voneinander getrennt seyn“.⁴⁸⁷

Gerade der medizinische Separatismus wurde von den Physici nach 1800 als Ursache dafür angesehen, daß es eine Fülle von unvollkommen gebildeten Medizinalpersonen in den Herzogtümern gab, welche auf Grund mangelhafter Vorbildung für einen Großteil der Pfuschereien verantwortlich waren. Die Debatte um die Einheit von innerer Medizin und Chirurgie wurde von den akademischen Ärzten angestoßen, was zum einen „berufspolitisch“ bedingt war (Vordringen auf das Gebiet der Handwerkschirurgen), zum anderen mit einer geänderten Auffassung des menschlichen Körpers – als Organismus – zusammenhing.⁴⁸⁸

Nach Ansicht des Physicus konnte „alles, was unvollständig und ungründlich erlernt wurde, auch nur ungeschickt und stümperhaft getrieben werden“.⁴⁸⁹ Eine Zusammenführung der Heilberufe zu einem medizinischen Fach wurde als notwendige Voraussetzung erachtet, um die qualitative Beschaffenheit des Medizinalwesens zu verbessern. Eine Zusammenlegung der Heilberufe sollte auch zum Wegfall der Konkurrenz mit anderen medizinischen Fächern führen, die häufig auch in der Argumentation der Physici als ursächlicher Grund von Medizinalpfuschereien benannt wurde. Die Aufhebung von jeglicher Konkurrenz sollte letztendlich bewirken, daß es auf dem medizinischen Markt nur noch einen Anbieter gäbe, die „neue“ Ärzteschaft, auf welche ausschließlich von der Gesamtbevölkerung im Krankheitsfall zurückgegriffen werden konnte.

⁴⁸⁶ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 25.

⁴⁸⁷ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 19. Dazu gab es eine Preisfrage von der „Churfürstlichen Akademie nützlicher Wissenschaften“ in Erfurt: „Ist es nothwendig, ist es möglich, beide Theile der Heilkunst, die Medizin und Chirurgie, sowohl in ihrer Erlernung als Ausübung, wieder zu vereinigen?“, in: Röschlaub (1802), Vorrede.

⁴⁸⁸ vgl. dazu Tsouyopoulos (1983).

⁴⁸⁹ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 21.

Physicus Servaes ordnet in seinem Bericht an die Regierung die mit der Ärzteschaft konkurrierenden Heilberufe, obwohl sie ein Privilegium hatten in die Kategorie der „Pfuscher“, und reiht sie damit ein unter *„allerley andere, welche in fast unglaublicher Menge, entweder gar nichts von einem Privilegium oder etwas sehr zweydeutiges dafür aufzuweisen“* hatten.⁴⁹⁰ Hierzu zählten nicht nur die *„ärztliche und chirurgische Curen unternehmenden Schmiede, Wasenmeister, Hirten, Schweinschneider und Treiber, Schumacher, Bauern, Schinder, Scharfrichter, Vagabunden, und geistliche weise Männer und Weiber, Urinpropheten, Wundermänner u.s.m.“*.⁴⁹¹ Diese übten die Medizin *„ganz unbefugt, und ohne im Geringsten mit der Heilkunde bekannt zu sein, ... des bloßen Gewinns halber“* aus.⁴⁹² Darüberhinaus gäbe es daneben auch noch die *„Personen, welche zwar ihre Kunst erlernt, sich aber dem hiesigen consilio medico nicht gestellt mithin weder examiniert noch approbirt“* waren.⁴⁹³

An diese „Kategorien“ von Pfuschern schlossen sich die *„Viehärzte“* an, welche nur dann nützlich sein konnten, wenn sie *„wahre Heilkünstler“* in ihrem Fache waren.⁴⁹⁴ Nach den Beschreibungen des Physicus traf dieses aber nur auf die wenigsten zu. Sie waren *„fast alle Pfuscher“* und kaum *„verständiger als das liebe Vieh, dessen Krankheit sie zu behandeln wagten... . Solange sie blos als Viehärzte wirken, ist der Schaden, den sie anrichten, für die Menschen unwichtiger, als wenn sie auch Menschen in die Cur nehmen, was doch die mehresten von ihnen, wenn nicht alle, thun“*.⁴⁹⁵ Neben diesen, nach den Worten des Physicus *„groben Charlatanen“* oder *„platten Quacksalbern“*⁴⁹⁶ fanden sich in der Dokumentation darüber hinaus noch zahlreiche andere Berufsgruppen, die sich in der Heilkunst versuchten wie Materialisten, Kaufleute, Ackersmänner, Viehärzte, Pater und andere Geistliche, Conditoren, Galanteriewarenhändler, Weber und Krämer.

In der Verteilung der Pfuschereien zeigte sich ein deutliches Stadt-Land-Gefälle: Während die pfuschenden Medizinalpersonen überwiegend in der Stadt zu finden waren, wurden auf dem Land überwiegend nicht-legitimierte Heiler aktenkundig. Allgemein ist eine Abnahme an Medizinalpfuschereien zum Ende des betrachteten Zeitraumes zu beobachten. Die nachfolgenden Tabellen sollen dies verdeutlichen.

⁴⁹⁰ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 25.

⁴⁹¹ a.a.O. (1810), Blatt 25.

⁴⁹² HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1810/1811), Blatt 3.

⁴⁹³ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 3.

⁴⁹⁴ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 25.

⁴⁹⁵ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 25.

⁴⁹⁶ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 35.

Jahreszahl	männlich	weiblich
1799		1
1809-1819	113	52
1819-1875	18	6
N total	131	59

Übersicht der aktenkundig gewordenen Verstöße gegen die Medizinal-Ordnung
(„Quelle: gesamte „Pfuscher-Fälle“ im aufgefundenen Aktenmaterial, s. Tabellen S. 117-126“)

M/w	Medizinalpersonen		„andere Heiler“		N=
	Stadt	/ Land	Stadt	/ Land	
männlich	16	5	9	99	131
weiblich	-	2	5	54	59
N=	16	7	14	153	190

Stadt/Landverteilung der Pfuscher und Quacksalber

(„Quelle: gesamte „Pfuscher-Fälle“ im aufgefundenen Aktenmaterial, s. Tabellen S.117-126“)

In „*diesem zahllosen Heer gab es keinen Stand, kein Alter, das der Unmündigkeit ausgenommen, kein Geschlecht, welches nicht medizinische Pfuscher unter sich besaß*“.⁴⁹⁷

Unter den behördlich dokumentierten Fällen war der Frauenanteil sogar zu einem Drittel repräsentiert. Frauen stellten damit keinesfalls im historischen Medizinalwesen der Herzogtümer eine Nebengruppe dar.⁴⁹⁸ Die Frauen waren dabei nicht nur im häuslichen Umfeld heilerisch tätig.⁴⁹⁹ Sie wurden vielmehr selbständig aktiv im Bereich der Krankenwartung, in Geburtshilfe und Schröpferei oder als Apothekerinnen. In den dokumentierten Fällen hatten Frauen entweder Arzneimittel unbefugt an Mitmenschen abgegeben, oder solche auch in größerem Umfang und nach „*öffentlicher Ankündigung*“⁵⁰⁰ in ihren Geschäftsräumen verkauft.

In der folgenden Darstellung wird sich darüber hinaus zeigen, daß die Frauen nicht stumm blieben, sondern sich in den Verhandlungen zu ihren Vergehen äußerten.

Ihr Talent im Bereich der Heilkunde wurde in dem betrachteten Zeitraum von den Ärzten auch anerkannt; sie „*schicken sich wegen ihres mehr weichen Charakters zur Krankenwartung wohl noch besser als Mannspersonen*“, allein „*fehlt[e] es den mehresten an*

⁴⁹⁷ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 25.

⁴⁹⁸ Fischer-Homberger (1979), S.9.

⁴⁹⁹ vgl. Frevert (1984).

⁵⁰⁰ „*öffentliche Ankündigung*“: Bekanntmachung durch die Medien ; vgl. HSTaD Reg. Köln 1251 (1863), Blatt 169,170,171.

Unterricht und Geschicklichkeit“.⁵⁰¹ Mit der Unterscheidung „Krankenpflege ja“- „Therapie nein“ wird allerdings schon ein Schema bedient, das heute noch in den Zahlenverhältnissen Ärztinnen/Arzt und Schwester/Krankenpfleger widerspiegelt. Zu den Heilerinnen zählten Frauen aus allen Ständen: Neben einer Galanteriewarenhändlerin, der Witwe Röttgen, waren häufig darunter auch Frauen vertreten, die aus einfacheren Verhältnissen kamen.

Die bei der Königlich Hochlöblichen Regierung dokumentierten „Pfuscher“ und „Quacksalber“ entstammten nicht nur allen Berufsgruppen und Ständen,⁵⁰² sondern auch allen Altersgruppen. Männer und Frauen nahmen die heilende Tätigkeit ungefähr im gleichen Alter, im Durchschnitt mit 51 Jahren, auf.⁵⁰³ Viele Frauen begannen im Witwenstatus, einen Beruf aus Erwerbsgründen auszuüben. Daneben gab es aber auch Töchter, die der Mutter zur Hand gingen oder die Arzneiwissenschaft von einem Elternteil gelernt hatten. Ehefrauen heilten entweder alleine oder mit dem Ehemann zusammen.

Männliche „Pfuscher“ nahmen die heilende Tätigkeit in der Regel neben ihrem legalen Gewerbe als zusätzliche Einnahmequelle auf.

Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang auch die lange behördlich geduldete Dauer ihrer Tätigkeit, welche im Durchschnitt bei 15 Jahren lag, und im längsten Fall 47 Jahre betrug.⁵⁰⁴ Zu der nicht-legalen Heilkunst kamen die Pfuscher aus der Dokumentation vor verschiedenem Hintergrund. Viele waren auf dem sogenannten empirischen Weg zum Heiler geworden und hatten ihre Kenntnisse bei einem Elternteil erworben. Andere setzten das Gewerbe der Eltern später, auf den erworbenen Ruf und Namen bauend, fort.

Die Physici nannten neben „*Menschenliebe*“ auch „*Eigennutz*“ als Motiv, aus dem heraus der einzelne zum Heiler wurde.⁵⁰⁵ Aussagen zufolge gab es „*kaum ein Dorf, welches nicht einen oder den anderen Pfuscher oder Pfuscherin zählte*“.⁵⁰⁶ Auch hatte „*jede Stadt, jede Gegend auf dem Lande ihre besondere Spielart von Pfuschern, welche sich immer nach dem Grade der Cultur und Uncultur, geistige Sitte oder Ungezogenheit richtete, so daß gewisse medizinische Pfuscher, welche in einigen Gegenden Tausende an sich lockten, in anderen Gegenden ohne Zukunft blieben*“.⁵⁰⁷

Die Verwachsenheit mit der dörflichen Gemeinschaft wurde von den meisten medizinischen „Pfuschern“ genutzt. Kaum einer von ihnen unternahm sein nicht erlaubtes Gewerbe in

⁵⁰¹ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 34.

⁵⁰² vgl. tabellarische Auflistungen der „Pfuscher“ und „Quacksalber“ S.117-126.

⁵⁰³ vgl. die Tabelle auf S.117-120.

⁵⁰⁴ sh. tabellarische Auflistung der „Pfuscher und Quacksalber im Rheindepartement“, S.118.

⁵⁰⁵ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 26.

⁵⁰⁶ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 35.

⁵⁰⁷ a.a.O. (1810), Blatt 35.

größerer Entfernung vom seinem Wohnort. Die meisten übten ihre Tätigkeit an ihrem Geburtsort aus und wußten nach Ansicht des Physicus darum, daß sie „*auswärts ihre Gauckeleien nicht so machen konnten*“.⁵⁰⁸ Dennoch gibt es mehrere Hinweise darauf, daß sich der Ruf von vielen „*weit erstreckte*“.⁵⁰⁹

Das Beispiel von Servaes hat anscheinend Schule gemacht. Nach seinen umfangreichen Darstellungen überreichten auch noch ein (namentlich nicht genannter) sowie Medizinalrat Abel der Regierung tabellarische Übersichten, in der Verstöße gegen die Medizinal-Ordnung möglichst genau registriert wurden. Diese Tabellen werden im folgenden wiedergegeben.

⁵⁰⁸ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 35.

Mairie	Wohnort	Vor-Zuname	Alter	Dienst-jahre	Geburts-ort	Amtliche Wirksamkeit	Bemerkungen
1) Ratingen	Ratingen	Peter Steld				Wasenmeister	Innerliche/äußerliche Heilung ungeachtet mehrerer Verbothe
2) Wülfrath	Wülfrath	Curt Funke	51		Dortmund	Wundarzt	Übt zugleich die Vieharzneykunde aus, ist dazu nicht geprüft
3) Wülfrath	Wülfrath	Ann Christine Benken	52		Mettmann	Schröpferin	
4) Burscheid	Burscheid	Joh.Adolph Thiel	50	11	Burscheid	Schröpfer	Solches ist demselben unterm 19.Okt. verboten worden
5) Burscheid	Burscheid	Johan Danhäuser	34	14	Dabringhausen	Schröpfer/Quacksalber	Verkaufte Medicin, und agirte den Wundarzt
6) Burscheid	Burscheid	Arnold Dunweg	67	14	Burscheid	Vieharzt, ?	Ist nicht geprüft, mithin Quacksalber und ab 19.Oct.ist demselben die Ausübung der Vieharzneikunst untersagt worden
7) Hilden	Hilden	Gottfried Hartmann	37	10	Hilden	Schröpfer	Wie oben den 16.Jan. 1810
8) Velbert	Velbert	Anna Gertrud Kötter Ehefrau Rensinghof	46	10	Velbert	Schröpferin	Ist derselben unterm 13. untersagt worden
9) Velbert	Heiligenhaus	Anna Christ. Kucher	65	40	Heiligenhaus	Schröpft und läßt zur Ader	dito
10) Velbert	Heiligenhaus	Wilhelm Boes	43	3	Heiligenhaus	Curirt den sogen. Wurm und Branttschaden	dito
11) Velbert	Velbert	Anna Marie Kuevers Ehefrau Sandkuhl	36	1	Häusel	Curirt den Flecken v.d. Augen	dito
12) Düsseldorf	Neustadt	Bernard Muhlem	36	1	Düsseldorf		Quacksalber
13) Düsseldorf	Oberbilk	Wilhelm Edel	36	1	Oberbilk	Wasenmeister	Quacksalbern
14) Düsseldorf	Düsseldorf	Ruth Clemens	37	1	Derendorf	Ehem.Hebamme	Ist derselben untersagt worden
15) Opladen	Leichlingen	Ruth Eitener	28	8	Leichlingen	Schröpferin	Durch Verfügung vom 22. Dec. 1810 ist dereslben alles Schröpfen untersagt worden
16) Opladen	Opladen	Peter Schmitz	48	11	Deutz	Schröpfer	
17) Ruchrath	Ganzahl	Jacob Schrott	56	21	Haan	Arcanist	Verkauft Pulver für den tollen Hundebiß

⁵⁰⁹ a.a.O. (1810), Blatt 35.

Mairie	Wohnort	Vor-Zuname	Alter	Dienst-jahre	Geburts-ort	Amtliche Wirksam-keit	Bemerkungen
18) Witzhelden	Witzhelden	Rüttger Schmidt	31	21	Witzhelden	Schröpfer	
19) Hardenberg	Langenberg	Wilhelm Rau	48	21	Hardenberg	Schröpfer	Verkaufte allerley Pflaster, welches ihm untersaget ist. Man hört keine Klagen mehr
20) Hardenberg	Hardenberg	Franz Kerling	32	21	Hardenberg	Schröpfer	Hat sich des Aderlassens und Schröpfens angemäßt, welches ihm ernstlich untersagt worden ist
21) Hardenberg	Hardenberg	Heiner Eshmann	57	21	Langenberg	Schröpfer	Hat seit Jahren ohne Erlaubnis Pflaster und sonstige Mittel am Körper ertheilt, man hört jetzt keine Klagen mehr
22) Hardenberg	Hardenberg	Anna Christ. Vogides, Witwe	69	21	Hardenberg	Schröpferin	Verkaufte allerhand Pflaster, welche es ihr ein zweymahl verboten worden ist, hört man keine Klagen mehr
23) Elberfeld	Nutzenberg	Wilh. Kupper	69	21	Hardenberg	Schröpft und läßt zur Ader	
24) Elberfeld	Elberfeld	Ehefrau W.Marten	42	18	Elberfeld	Schröpferin	
25) Elberfeld	Elberfeld	Birkenstock	42	18	Elberfeld	Schröpfer	
26) Barmen	Gemerke	Hermann Meyer	29	2	Stertorff	Bader, Schröpfer, Balbierer	
27) Barmen	Wichlinghausen	Julius Cramer	43	21	Dellenburg	Bader, Schröpfer, Balbierer	
28) Lüttringhausen	Hardt	Daniel Stursberg	43	13	Lennepe	Arzt für Vieh und Arme	
29) Ronsdorf	Am Stall	Blasberg	62	40	Ronsdorf	Schröpfer	
30) Cronenberg	Cronenberg	Joh.Nippel	43	6	Cronenberg	Schröpfer	
31) Wermelskirchen	Dorf	Arnold Isenberg	32	12	Wermelskirchen	Schröpfer und Aderlasser	Übt die Quacksalberey als Gehülfe seines Bruders aus
32) Burg	Burg	Peter J. Hens	44	11	Stöhrath	Balbierer und Schröpfer	
33) Bourg	Bourg	J.W. Dihselhof	46	12	Bourg	Balbier und Schröpfer	
34) Dabringhausen	Dabringhausen	Carl Isenberg	57	26	Wermelskirchen	Wundarzt und Balbierer	
35) Dabringhausen	Dabringhausen	Joh.Willhelm Hacklander	35	12	Dabringhausen	Bader	
36) Wald	Wald	Joh.Wilh. Kluthe	60	12	Wald	Quack-salber	Äußere und innere Heilung, ueben Augenkuren aus, welches jedoch sehr im Stillen geschieht
37) Merscheid	Beckenshof	Joh.Adolph	74	47	Haan	Quack-	Theilt Pulver gegen den

		Emelius			salber		tollen Hundebiß aus
Mairie	Wohnort	Vor-Zuname	Alter	Dienst-jahre	Geburtsort	Amtl.Wirk-samkeit	Bemerkungen
38) Wiggersfurth	Wiggersfurth	Ehefrau Wetter	39	24	Hückeswagen	Schröpferin	
39) Wiggersfurth	Wiggersfurth	Georg Ammer	48	24	Wiggersfurth	Quack-salber	Georg Ammer wird von dem Apotheker Hilbert als Quacksalber angegeben
40) Wiggersfurth	Hof zu Rütten-scheid	Ignatz Kohl	50	27	Schlesien	Quack-salber	Er kurirt Krebs Schaden und Augenkrankheiten
41) Cürten	Klemheid	Anna Marie Kley	57	27	Portz	Hebamme, nicht approbirt	
42) Monheim	Monheim	Ehefrau Wilh. Aubach	40	27	Stammheim	Unapprobirte Hebamme	
43) Monheim	Rath	Joh.Graef	46		Rath	Quack-salber	Derselbe curirt durch sogen. sympathetische Mittel und braucht selten Medicin. Sein Handwerk ist ihm indessen untersagt worden doch soll derselbe im Geheimen noch fortfahren
44) Heumar	Urbach	Gertrud Buchholz	60	2	Urbach	Unapprobirte Hebamme	
45) Bensberg	Bensberg	Sibilla Christ. Königreich Witwe Adolph Müller	80	8	Hausberg	Quack-salberin	Gibt Heilsalben aus
46) Düsseldorf	Düsseldorf	Der Pastor Selbach	80	8	Hausberg	Quack-salber	Mehrmals in kleinen Schachteln die bekannten sogen. Jesuiten Pillen
47) Düsseldorf	Düsseldorf	Ehefrau Anton Durscheid	80	8	Hardenrath	Unapprobirte Hebamme	
48) Düsseldorf	Hardenrath	Christina Moliton	80	8	Hardenrath	Quack-salberin	Verkauft Brandsalbe
49) Rösrath	Landsbach	Anna Blocher Ehefrau Ignaz Paulus	47	4	Schenderhöhe	Unapprobirte Hebamme	
50) Owerrath	Lödrich	Joh.Schmitt	70		Holzenick	Steht im Verdacht als Quack-salber	Ist unter schärfste Aussicht gestellt
51) Sieglahr	Sieglahr	Wilh. Molter	61		Sieglahr	Quack-salber	
52) Sieglahr	Bergheim	Anna Schell Ehefrau Gustav Bull	56		Bergheim	Unapprobirte Quack-salberin	
53) Sieglahr	Spiel	Anna Maria Müller Witwe Tillmann	52		Spiel	ebenfalls	

Hernen							
Mairie	Wohnort	Vor-Zuname	Alter	Dienst-jahre	Geburtsort	Amtl.Wirk-samkeit	Bemerkungen
54)+55) Sieglaahr	Spiel	Curth Armenbach/ Ehefrau Joh.Schmitz	66			ebenfalls	
56) Niederkassel	Rheid	Albert Schultz	55	24	Münster	Augenarzt	Ist ohne Concession
57) Niederkassel	Rheid	Christiane Stemmler	68	24	Rheid	Unappro- birte Hebamme	
58) Heumar	Algert	Anna Cath. Adolphs	56	27	Krähwinkel	Unappro- birte Hebamme	
59) Heumar	Honnef	Samuel Hees	56	36		Schröpfer	
60) Menden	Louisdorf	Ehefrau Busch	45	15	Wasdorf	Unappro- birte Hebamme	
61) Hennef	Blanken- burg	Maria Over	41	15	Blankenburg	Unappro- birte Hebamme	
62) Lauthaus	Musch	Anna Maria	53	15	Bern	ebenfalls	
63) Lauthaus	Mühle Alner	Gorgin Apolonia Honroths	48	15	Alner	ebenfalls	
64) Lauthaus	Alten Bondingen	Franz Litterscheid	49	15	Alten Flandingen	Quack- salber	
65) Lauthaus	Hartenrath	Elisabeth Söntgerath	52	15	Muth	Unappro- birte Hebamme	
66) Lauthaus	Remscheid	Mary Kaufmann	50	15	Remscheid	ebenfalls	
67) Eberglais	Wailer	Christina Brenner	61	15	Schüren	ebenfalls	
68) Eberglais	Utweiler	Ehefrau Thelenberg	50	15	Arbach	ebenfalls	

Verzeichnis der Pfuscher und Quacksalber im Rheindepartement

(„Quelle: HSTaD Großherzogtum Berg 11532, Verzeichnis der Pfuscher und Quacksalber im Rheindepartement“, nach 1810, ohne Namen des Verfassers)⁵¹⁰

⁵¹⁰ Diejenigen Fälle, in denen über eine Strafe berichtet wird, sind in der Tabelle in Abschnitt 7.3. verzeichnet.

Sohlingen:
1)+2) Die beyden illegalen Wundaerzte Johann Heinrich Scheller und dessen Vater Johann Friedrich Scheller
<i>Pfuscher und Quacksalber sind:</i>
3) Johann Wilhelm Victor in Gräfrath
4) Wolters zum Holze
5) Gottfried Siegler auf der Feste
<i>Bemerkungen:</i>
„Ferner gibt es im Amte Sohlingen viele Winkelieri und Kraemer, welche Arzney verkaufen, wogegen die von ehemaligen consilio medico ergangenen Verbothe fruchtlos blieben“
Amt Hückeswagen:
6) Pfuscht der Apotheker zu Nieden ungeachtet der schärfsten Verbothe von seiten der Regierung immer fort.
Amt Elberfeld:
7)+8) Sind zwey illegale Hebammen vom Richter angezeygt aber nicht benannt, auch gibt sich der Accoucheur Willich stark mit der medicinischen Praxis ab.
8) Ferner hat daselbst ein Thüringer N.Luther bey dem Gastwirthe Lange eine Arzneybude aufgeschlagen, welche denselben wegzumachen aufzugeben und die nöthige Bestrafung zugleich auszuführen wäre
Stadt Ronsdorf:
10) Gibt der Wundarzt Thiel selbst bereitete Arzneyen aus
Stadt Ratingen:
11+12) Pfuscht der Wasenmeister Geldscheid, sein Sohn ungeachtet selbige schon zweymahl mit 9 rth. Brüchtenstrafe belegt sind, fort.
Herrschaft Siegburg:
13+14+15+16) Der Apotheker Siebel ist nicht examinirt, ebensowenig die beyden Hebammen, auch pfuscht daselbst Bauer, ein ehemaliger Apotheker in der Medicin.
Amt Mieselohn:
17) Kristian Beinicker auf Erlenhof Kirchspiel Neukirchen
18) Johann Hausen von Bemminghofen
19) Johann Litzkirchen von Wistorf
welche kein anderes Gewerbe treiben.
20) Heinrich Rahm in Rödel
21) Ludwig Eschmann in Heuschenrath
Amt Blankenburg:
Grohs Kirchspiel Geislingen:
22+23) Schmitz Vater und Sohn
Kirch Obergleiß:
24) ein Wasenmeister in Kirchspiel
25+26) und ein anderer mit seinem Sohn in Kirchspiel Erztorf
Amt Barmen:
Bemerkungen: „Klagen der Apotheker über den Arzneyverkauf der Winkelierer.“
Amt Beyenburg:
Lüttringhausen/Gabringhausen:
27) Pfuscht ungeachtet der öftern Verbothe N.Thurmann.
28+29+30) Die Hebammen Cristmann und Hallbach und die Witwe Becker zu Gabringhausen sind nicht legalisiert und schaden den legalisierten, welche dennoch die Praxis zu untersagen wäre.
Amt Landsberg:
Angermund:
31) Hebamme Kuhlmann gibt sich mit der Heilung schwärender Brüste ab
32) Die Hebamme Schwaetzler zu Homburg gibt Arzneyen zur Treibung der monathlichen Reinigung aus
33) Pater Fettweis in Angermund
Heiligenhaus:
34) Lucas Boes von Heiligehaus curirt den Wurm am Finger.
Großwinkelhausen:
35) Die Frau des Halbrunner Jäger zu Großwinkelhausen
Lintorf:
36) Johann Toller in Lintorf
37) Ehefrau Maegscheidt im Amte Landsberg
Broich:
38) Heinrich Blaesberg oder der sogenannte Armen Jäger in der Unterherrschaft Broich
39+40+41) Die Wasenmeister in Kettwig, Heiligenhaus, Homberg lassen zur Ader

Mühlheim am Rhein:
42) Die Tochter der Hebamme Wirz
43) Ehefrau Weishenberg übt das Hebammenhandwerk ohne legalisirt zu seyn aus.
Herrschaft Schöller:
44) Ein Wundarzt N. von Hagen hält sich in dortiger Gegend auf ohne legalisirt zu seyn.
Amt Porz:
45) Ehefrau Eichs in Landsberg u.
46) Ehefrau Trompetter aus Herwig Pfarrey Innkuppel u.
47) Elisabeth Wahser in Gladbach u.
48) Gertrud Sonntag in Zünndorf
üben die Hebammenkunst ohne legalisirt zu seyn aus.
49) Ehefrau des Adolph Müller in Landsberg quacksalbert ungeachtet der erhaltenen schärfsten Verbothe und erlegten Straf- Gulden
50) Valentin aus der Pfarre Bachem / Steinbach
51) Hartlender aus Dabringhausen a. Borenfeld
52) Schuster zu Rath
53) Anton Brecher in Zünndorf
54) Elisabeth Quods
sind als Pfuscher angezeygt.
Amt Windeck:
55) Max Wirth zu Dreklinghausen
56+57) Bauer und Ungewitter zu Ronshagen Kirchspiel Holpe
58) Hammerschmied Silberz wohnhaft in Doleman Kirchspiel Much
sind als Pfuscher angezeygt.
Bemerkungen:
„Klagen über das Dispensiren von Arzneimitteln und Curiren von innerlichen und äußerlichen Krankheiten.“
Amt Bevenburg:
Die Hebammen
59) Heiners in Honnef
60) Ehefrau Schmitz in Kirchspiel Vieglahr
61) Frau Bernard in Monndorf
62) Witwe Adolph in Niederkassel
sind nicht legalisirt.
63) Heinrich Molter in Sieglahr
64) Wasenmeister Bluhm in Sieglahr
65) Vogel in Uekendorf
pfuschen in der Medicin und Chirurgie.
Amt Steinbach:
66) Apotheker Wülfing pfuscht, gibt auf Krankenbesuchen eigen bereytete Arzneyen ungeachtet der vorhergegangenen Strafgebothe.
67) Schmitz zu Scheel
68+69) Clever und Urbach auf demKampe sind als Pfuscher angezeygt.
Hauptstadt Wiggerfurth:
70) Ein oft angeklagter berühmter Apotheker N. Flödtmann ist vom Magistrat als Afterarzt angezeyget.
Hauptstadt Düsseldorf:
71) Wundarzt Decker übt die Chirurgie auf den Nahmen des Wundarztes Beihsel aus.
72) Der pensionirte Wundarzt Exter pfuscht in der Medicin sehr unberufen und schadet hin und wieder sehr.
73) Der Chirurgus Moers desgleichen.

Verzeichnis der „Quacksalber“ und „Pfuscher“ im Rheindepartement

(„Quelle: HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Die Verbesserung des Apothekenwesens betreffend, Blatt 30 ff“, berichtet von Medizinalrat Abel)⁵¹¹

Tatzusammenstellung der „Pfuscher“ und „Quacksalber“ nach dem Aktenmaterial zu Verstößen gegen die Medizinal-Ordnung im Zeitraum 1799-1813:

⁵¹¹ Diejenigen Fälle, in denen über eine Strafe berichtet wird, sind in der Tabelle in Abschnitt 7.3. verzeichnet.

Ort:	Zeit:	Verstöße gegen die Medizinalordnung:	Quelle:
Steinbach	9.3.1799	Rechtlicher Vortrag in Sachen des fiscalischen Anwaltes wider die Ehefrau Anna Katherina Jüngerich	(„Quelle: HSTaD Jülich Berg Hofrath A 250“)
Benrath	13.7.1809	Das Streifen der Quacksalber in der Gegend von Benrath.	(„Quelle:HSTaD Großhzgt.Berg 11536“)
Düsseldorf	18.12.1809	Die Bestrafung des Godfried Siegener wegen ausgeübter Quacksalberei.	(„Quelle: HSTaD Großhzgt.Berg 11534“)
Neviges	27.12.1809	Dem Vernehmen nach soll sich in Neviges ein gewisser Doctor Grim aufhalten, welcher sich mit Besehung des Wassers abgibt und den Leuten, so wie sie es wünschen, allerley Vospiegelungen macht.	(„Quelle:HSTaD Großhzgt.Berg 11526“)
Offerath	1810	Der medizinisch chirurgische Pfuscher Johann Schmidt in der Maire Offerath Kanton Lindlahr wohnhaft, in der ganzen Gegend mit Ausgeben der Arzneien und chirurgischen Behandlungen sein Wesen treibt, und manchen Menschen durch heftig wirkende Arzneyen in die Ewigkeit schickt.	(„Quelle: HSTaD Großhzgt.Berg 11533“)
Düsseldorf	30.1.1810	Ein gewisser Michael Strein befaßt sich gesetzwidrig in Düsseldorf mit der Krankenbesorgung.	(„Quelle: HSTaD Großhzgt. Berg 11535“)
Mühlheim	3.12.1810	Schulz und Schrudenholz: ...zwey gefährliche Quacksalber schon seit langer Zeit ihr schädliches Wesen getrieben haben, und obgleich sie von dem Arrondats- Physicius deshalb zu Recht gewiesen und ihnen alle fernere Praxis unter namhafter Strafe verboten worden ist, nach neuer Anzeige dennoch nicht aufhören, der Gesundheitspflege der Bürger höchst gefährlich zu sein.	(„Quelle: HSTaD Großhzgt.Berg 11531“)
Steele	10.12.1810	Heinrich Molle in Steele (Arrondissm.Essen) hat sich die Heilung der Gertrud Engels in Niederwenigern (Arrondissm.Hagen) angemaaßet, daß solche während dieser Behandlung unheilbar geworden und daß ihr wirklicher erfolgter Tod eine Folge davon gewesen ist.	(„Quelle: HSTaD Großhzgt.Berg, 11530“)
Barmen	1811	Die Verurtheilung des Materialisten W. P. Horsch in Barmen wegen Besitzes und Verkaufs unerlaubter und verfälschter Arzneimittel.	(„Quelle: HSTaD Großhzgt. Berg 11529“)
Düsseldorf	21.7.1812	Die Pfuscherien des Apotheker Deutecon, worin dieser als Arzt handelte und mit eigener Vorschrift Arzneyen dispensirte und angeblich für die Fertigung eines Receptes statt 15 Stbr. einen Kronenthaler nahm.	(„Quelle: HSTaD Großhzgt.Berg 11525“)
Hilden	1812/1813	Die bey dem Barbierer Bölling in Hilden gefundenen Medikamente	(„Quelle: HSTaD Großhzgt.Berg 11528“)
Wippersfurth	1812/1813	Der Thüringer Arzneykraemer Rosenberg	(„Quelle: HSTaD Großhzgt.Berg 11524“)

„Pfuscher“ und „Quacksalber“ im Zeitraum 1799-1813⁵¹²

In der französischen Zeit wurden erfolgte Bestrafungen in den Präfekturakten registriert und öffentlich bekanntgemacht, wie folgendes Beispiel belegt:⁵¹³

⁵¹² Diejenigen Fälle, in denen über eine Strafe berichtet wird, sind in der Tabelle in Abschnitt 7.3. verzeichnet. Die grau unterlegten Fälle werden in Kapitel 7. behandelt.

Ort:	Datum:	Verstöße gegen die Medizinal-Ordnungen:
1) Mühlheim	27.5.1812	Ein Wundarzt und Geburtshelfer ist am 27.May 1812 von dem Tribunal der ersten Instanz zu Mühlheim in eine Geldbuße von 30 Francs und die aufgegangesenen Kosten verurtheilt worden, weil er innere Arzneymittel verordnet und diese dispensirt hatte.
2) Steinacker-Ludderich	27.Juny 1812	Der Ackersmann und Vieharzt, Johann Schmitz, wohnhaft zu Steinacker-Ludderich Mairie Overath ist am 27.Juny 1812 von dem Tribunal der ersten Instanz zu Mühlheim, weil er sich seit mehreren Jahren mit der Quacksalberey beschäftigt hat, und in einem hohen Grade verdächtigt ist, durch seine Mittel den plötzlichen Tod der Eva Katherina Deuten, zu Seelscheid befördert zu haben, in eine drei monathliche Gefängnisstrafe und die aufgegangesenen Kosten verurtheilt worden.
3) Essen	9.7.1812	Ein Apotheker ist am 9.7.1812 von dem Tribunal der ersten Instanz zu Essen wegen innerlicher Curen, wegen strafbarer Widersetzlichkeit gegen seine Vorgesetzten und über seinen Wirkungskreis gehenden Anmaßungen, in eine Strafe von 50 Francs und die aufgegangesenen Kosten verurtheilt worden.
4) Steele	13.8.1812	Der Joseph Lefmann zu Steele ist am 13.8.1812 von dem Tribunal der ersten Instanz zu Essen, weil er der Ehefrau des Schichtmeisters Niederleitner zu Essen Mittel für ihre schwärende Brust gegeben und selbige hernächst mit einer Nadel und einem Federmesser geöffnet, in eine Gefängnisstrafe von 4 Wochen und die aufgegangesenen Kosten verurtheilt worden.
5) Düsseldorf	26.6.1812	Ein Wundarzt ist am 26.Juny 1812 von dem Tribunal der ersten Instanz zu Düsseldorf wegen innerlicher Curen in eine Geldstrafe von 75 Francs und die Kosten ad 20 Francs 10 Ct. verurtheilt
6) Mühlheim	30.9.1812	Ein Wundarzt ist am 30.September 1812 von dem Tribunal der ersten Instanz zu Mühlheim wegen innerlicher Curen, und Selbstdispensiren von Medikamenten in eine Geldstrafe von 30 Francs und die aufgegangesenen Kosten verurtheilt.
7) Düsseldorf	15.12.1812	Ein Geburtshelfer ist unterm 15.December 1812 von dem Tribunal der ersten Instanz zu Düsseldorf, weil er bey einer widernatürlichen Entbindung keinen Arzt zugezogen, in eine Strafe von 16 Francs und ein Viertel der sich auf 387 Francs 60 Ct. belaufenden Kosten verurtheilt.
8) Beutelscheid/Velbert	11.6.(1812/13?)	Der Heinrich Eßmann zu Beutelscheid, Kanton Velbert, ist am 11.Juny von dem Tribunal der ersten Instanz zu Düsseldorf wegen verbotener chirurgischer Behandlung in eine Geldstrafe von 75 Francs, und die Kosten ad 6 Francs 90 Centimen verurtheilt worden.
9) Schöller	11.6. 1813	Der Weber Peter Platzhoff zu Schöller in der Mairie Wülfrath, ist am 11.Juny 1813 von dem Tribunal der ersten Instanz zu Düsseldorf wegen verbotener chirurgischer Operationen in eine Geldstrafe von 10 Francs und die Kosten verurtheilt.
10)Remscheid	11.6. 1813	Der Barbier Theodor Severin zu Remscheid ist am 11 Juny 1813 von dem Tribunal der ersten Instanz zu Düsseldorf wegen verbotener Einimpfung der Schutzblattern in eine Geldstrafe von 9 Francs, und die Kosten verurtheilt.
11)Düsseldorf	11.6.1813	Ein Wundarzt ist am 11.Juny 1813 von dem Tribunal der ersten Instanz zu Düsseldorf wegen verbotenen Handels und Anwendens innerlicher Heilmittel, zu einer Geldstrafe von 30 Francs, Konfiscation seiner Apotheke und in die Kosten verurtheilt.

⁵¹³ StaD Präfektur-Akten des Jahres 1813, I.Division, Bureau der Policey, N.E.775R.7869

Pfuscher und Quacksalber im Rheindepartement⁵¹⁴

(„Quelle: StaD Präfektur-Akten des Jahres 1813, I. Division, Bureau der Policey, N.E.775R.7869“)

Tatzusammenstellung der „Pfuscher“ und „Quacksalber“ nach dem Aktenmaterial zu Verstößen gegen die Medizinal-Ordnung im Zeitraum 1819-1875:

Nr	Ort/Datum:	Name:	Sache:	Quelle:
1	Köln/1819	Ap. Schnitzler	Verkauf der Jesuiten-Pillen	(„Quelle: HSTaD Reg. Köln 1257, Blatt 12,30,31, 32,33,36,37,38“)
2	Köln/1819	Peter Sock	Konfiskation der Harlemmer Tropfen	(„Quelle: HSTaD Reg. Köln 1257, Blatt 12,13“)
3	Köln/1819	J. Bellinghausen	Verkauf der Harlemmer Tropfen	(„Quelle: HSTaD Reg. Köln 1257, Blatt 14,15“)
4	Köln/ 1819	van Hees	Verkauf der Coelnischen Pillen	(„Quelle: HSTaD Reg. Köln 1257, Blatt 19-29“)
5	Noervenich/1842	Ehem. Ap.Tretschke	Gesetzwidrige pharmazeutische Funktion des Spezereyhändlers Tretschke	(„Quelle: HSTaD Reg. Köln 1257, Blatt 49,50,51, 54,55“)
6	Noervenich/1843	Mary Bindland-Raitz	Unbefugter Verkauf von Arzneimitteln	(„Quelle: HSTaD Reg. Köln 1257, Blatt 52“)
7	Stürden/1843	Joh. Overkamp	Unerlaubter Handel mit Drucksachen und Medikamenten	(„Quelle: HSTaD Reg. Köln 1257, Blatt 53“)
8	Bonn/1844	Röttgen	Verkauf und Zubereitung von Arzneimitteln durch Nicht-Apotheker	(„Quelle: HSTaD Reg. Köln 1257, Blatt 62“)
9	Köln/ 1844	Stollwerk	Verkauf und Bereitung von Wurmkegeln	(„Quelle: HSTaD Reg. Köln 1257, Blatt 63-65“)
10	Köln/1844	Mospelt	Verkauf v. Hühneraugenpflastern	(„Quelle: HSTaD Reg. Köln 1257, Blatt 63-65“)
11	Köln/1844	Henneken	Verkauf v. Gicht-Papier	(„Quelle: HSTaD Reg. Köln 1257, Blatt 63-65“)
12	Köln/1844	„Geistliche“	Handel mit „K. K. privit. Pillen“	(„Quelle: HSTaD Reg. Köln 1257, Blatt 77“)
13 - 19	Köln/1846	Apotheker: W. Rehe/M. Helff/ Höhne/ Sehlmeier/ Böhme/Löhne/Kirchheim	Rezeptbelieferungen v. Mercurial-Salben	(„Quelle: HSTaD Reg. Köln 1257, Blatt 92,93,94, 95“)

⁵¹⁴ In der Präambel dieser Aufstellung heißt es: „Der Präfekt an die Herren Unterpräfekte und Maires des Rheindepartements: Meine Herren. Ich beehre mich, Ihnen hierunter einen Auszug der bisher von den korrectionellen Tribunalen im Rheindepartement in rubrizirter Angelegenheit gefällten Straferkenntnisse mitzutheilen, und ersuche Sie, solche auf hergebrachte Weise als warnendes Beispiel öffentlich bekannt machen zu lassen“, in: StaD Präfektur-Akten des Jahres 1813, I. Division, Bureau der Policey, N.E.775R.7869. Diejenigen Fälle, in denen über eine Strafe berichtet wird, sind in der Tabelle in Abschnitt 7.3. verzeichnet.

20	Köln/1859	„Urinbeschauer“	Aushändigung v. Kräuterrezepten	(„Quelle: HSTaD Reg. Köln 1257, Blatt 116“)
21	Bonn/1863	Witwe Röttgen	Ankündigung und Verkauf des Dr Römmerhausenschen Augenwassers	(„Quelle: HSTaD Reg. Köln 1251, Blatt 169,170, 171“)
22	Aachen/1864	Ehefrau Michel Henri	Medizinische Pfuscherei	(„Quelle: HSTaD Reg. Aachen 1076, Blatt 111“)
23	Retscheid/1870	Ehefrau Schumacher	Unerlaubte Ausübung der Hebammenkünste	(„Quelle: HSTaD Reg. Aachen 1076, Blatt 187“)
Nr	Ort/Datum:	Name:	Sache:	Quelle:
24	Düren/1872	Ehefrau Barth. Schmitz	Privatentbindungen	(„Quelle: HSTaD Reg. Aachen 1076, Blatt 191,192,193“)
25	Aachen/1875	Frau Küchen	Hebammenpfuscherei	(„Quelle: HSTaD Reg. Aachen 1076, Blatt 197,198“)

„Pfuscher“ und „Quacksalber“ 1819-1875⁵¹⁵

⁵¹⁵ Diejenigen Fälle, in denen über eine Strafe berichtet wird, sind in der Tabelle in Abschnitt 7.3. verzeichnet. Die grau unterlegten Fälle werden in Kapitel 7. behandelt.

6.2. Konkurrenz unter den Medizinalpersonen

Während zu Beginn des betreffenden Zeitfensters noch zahlreiche nicht-legitimierte Heiler, Wasenmeister,⁵¹⁶ Kleinhändler, Konditoren u.s.w. unter den behördlich verfolgten Pfuschern zu finden waren, verzeichneten die Registraturen im Zeitraum zwischen 1819 und 1875 überwiegend nur noch Anzeigen gegen legitimierte Heiler. Ab dieser Zeit richtete sich das behördliche Vorgehen fast ausschließlich gegen pfuschende approbierte Medizinalpersonen und in diesem Zusammenhang auch gegen unerlaubten Gewerbebetrieb im Umgang mit Arzneimitteln.⁵¹⁷

Diese Beobachtung steht im engen Zusammenhang mit den in den Medizinal-Ordnungen von den Behörden fokussierten Zielgruppen.

Heilgruppe:
1) Wundarzt, Schröpfer
2) Hebammen
3) Apotheker
4) Wasenmeister
5) Kleinhändler/ Materialisten
6) Geistliche, Viehärzte, Thüringer
7) Conditoren, Arcanisten, Augenarzt, Urinbeschauer, Hammerschmied

Einteilung der „Pfuscher“ in Gruppen bis 1813

(„Quelle: gesamte „Pfuscher-Fälle“ im aufgefundenen Aktenmaterial“)

Die zahlenmäßig weitaus größere Gruppe der nicht-legitimierten Heiler stand in den frühen Medizinal-Ordnungen im Mittelpunkt des behördlichen Interesses. Ihr Anteil an der Gesamtheit der verfolgten Medizinalpfuschereien hatte sich im Zeitraum von 1819 bis 1875 deutlich verringert.

⁵¹⁶ „Wasenmeister“ gleichbedeutend mit Abdecker oder Schinder, sh. Zedler (1732-1754), S.41.

⁵¹⁷ „Aus dem unbefugten Curiren ein Gewerbe gemacht zu haben“ stand nach § 266 Thl. I Tit.20 des A.L.R. erst fest, „wenn das Curiren mehr als dreymal geschehen sei...“, sh. hierzu: Augustin (1818), Bd. III, S.490. Die Gewerbeordnung vom 17.Januar 1845, §26 bemerkt: „Eine besondere polizeiliche Erlaubnis ist nur erforderlich: 1) Zur Errichtung gewerblicher Anlagen...für das Publikum überhaupt erhebliche Nachtheile, Gefahren...herbeiführen können. 2a) Zu dem Beginn solcher Gewerbe, bei welchem...durch ungeschickten Betrieb oder b) durch Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden in sittlicher Hinsicht das Gemeinwohl oder die Erreichung allgemeiner polizeilicher Zwecke gefährdet werden kann“, in: Gesetzessammlung für die Königlichen Preussischen Staaten (1845).

Heilgruppe:
1) Apotheker
2) Kleinhändler
3) Hebammen
4) Wundärzte

Verteilung der Pfuscher im Zeitraum 1819-1875 nach zahlenmäßigem Auftreten
(„Quelle: gesamte „Pfuscher-Fälle“ im aufgefundenen Aktenmaterial“)

In der 2. Phase der Reglementierung des Medizinalwesens wurde vor allem versucht, durch weitergehende Regelungen von Zuständigkeiten und durch konsequente Verfolgung von Übertretungen die Abgrenzung unter den legitimierten Medizinalpersonen durchzusetzen. Die einschlägigen Verordnungen legten ihre Schwerpunkte auf Ausbildung, Qualifikation bzw. Klassifikation der Heilpersonen, um eine schärfere Trennung zwischen den Heilberufen zu bewirken.

Im 18. Jahrhundert lag der Abgrenzung der Tätigkeitsbereiche im Medizinalwesen die Idee der guten Ordnung zugrunde, nach der jeder im Staat seinen eigenen Wirkungsbereich haben sollte, um zu dessen Existenz beizutragen. Andererseits hatte der Staat dafür zu sorgen, daß die Untertanen sich durch die „zugewiesene“ Tätigkeit auch ihren Lebensunterhalt verdienen konnten.⁵¹⁸ Dieser Subsistenzgedanke wurde im Medizinalwesen langsam ersetzt durch die Idee einer gleichmäßigen und bedürfnisorientierten Verteilung von Heilpersonen auf Stadt und Land. Damit war das Subsistenzproblem jedoch nicht gelöst. Es mangelte an Strategien und Handlungsschemata, die neuen Gedanken in die Praxis umzusetzen. An den im vorangehenden wiedergegebenen „Übersichten“ ist der Wille zu erkennen, systematisch Fakten zu erheben, um steuernd einzugreifen. Auch die Beurteilung, „*ob alle Fächer gehörig besetzt*“⁵¹⁹ oder ob es an einem Ort nicht genügend Medizinalpersonen gab, sollte aus dieser und anderen Tabellen erkennbar werden.

Stand die Anzahl der Heilpersonen nicht in Relation zu den realen Bedürfnissen der Region, konnte sich nach Meinung der Physici dieser Umstand in unerlaubten

⁵¹⁸ vgl. Lindemann (1996).

⁵¹⁹ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), ohne Blattangabe.

Übergriffen und Konkurrenz auswirken. Obwohl es zu allen diesen Maßnahmen bereits Ansätze im späten 18. Jahrhundert gab, kann ihre Differenzierung und tatsächliche Durchführung Anfang des 18. Jahrhunderts als Indiz für den Übergang zum Verwaltungsstaat angesehen werden. Beim Versuch, Konkurrenz zwischen den Heilberufen zu regeln, wurde weiterhin in der Abgrenzung der jeweiligen Tätigkeitsbereiche das wirksamste Mittel gesehen. Im Vergleich zu früher wurden die Vorschriften jetzt jedoch detaillierter und versuchten möglichst viele Tätigkeitsbereiche genau festzulegen.⁵²⁰

Die Konkurrenz zwischen Arzt, Wundarzt und Apotheker läßt sich als Dreiecksverhältnis darstellen: In den untersuchten Fällen wurde das Arzneimittel zum Gegenstand der Konkurrenz und damit zur Berührungsfläche zwischen den Heilberufen. Im Umgang mit dem Arzneimittel gab vor allem die „Dispensation“ Anlaß zu Streit unter den Heilenden. Die Verordnungen hatten nicht nur dem Apotheker, sondern auch Arzt und Wundarzt auf diesem Gebiet eigene Bereiche eingeräumt, innerhalb derer sie „erlaubterweise“ Arzneimittel an ihre Patienten abgeben durften.⁵²¹

Von Seiten der Ärzteschaft wurde Wundarzt und Apotheker vorgeworfen, die ärztliche Befugnis zum Rezeptieren unerlaubt übernommen zu haben. Hierdurch versuchten beide Berufsgruppen, das originäre Betätigungsfeld der Mediziner aufzuweichen.

Die Ursache für den entstandenen Wettbewerb unter den legitimen Medizinalpersonen lag nach Ansicht der Ärzteschaft in der Auftrennung der Heilberufe. Nach den Darstellungen der Physici hatten sich gerade die Auswirkungen dieser Konkurrenz am nachteiligsten für die Ärzteschaft ausgewirkt.

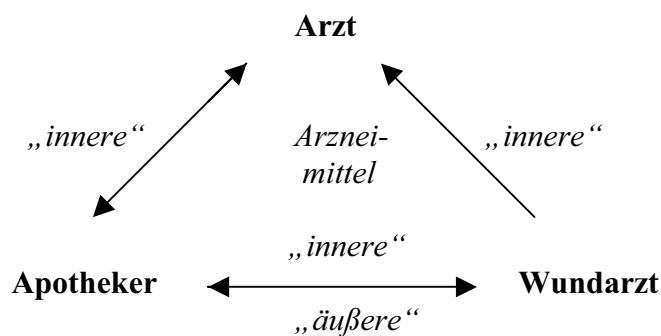
Bei näherer Betrachtung der Einzelfälle ergibt sich ein abweichendes Bild: Ein hoher Konkurrenzdruck durch andere Heiler war besonders für die Arzneimittel dispensierenden Apotheker nachzuweisen. Verdiensteinbußen entstanden den Apothekern nicht nur durch die sogenannten „*Arzneybuden*“, welche von den Wundärzten „*aus Erwerbsgründen*“ nicht selten neben ihrer Praxis unterhalten

⁵²⁰ vgl. die Fußnoten 457 und 459.

⁵²¹ Spezielle Verzeichnisse legten darüber hinaus fest, welche Arzneimittel durch Ärzte und Wundärzte auf dem Land verkauft werden durften, sh. hierzu: Öffentliches Blatt für die allgemeinen, im Generalgouvernement des Mittelrheins erscheinenden Verordnungen (1814), S.109.

wurden.⁵²² Auch die Ärzte konnten zur Konkurrenz werden, wenn sie von der Regierung z.B. zum Halten einer Hausapotheke⁵²³ auf dem Lande sogar legitimiert wurden. Schließlich gab es als Konkurrenten der Apotheker noch die Kleinhändler und Kaufleute, welche bis zum Ende des betrachteten Zeitraumes durchweg noch pharmazeutische Funktionen übernahmen.

Die Pfeilspitzen in der nachfolgenden Darstellung geben an, welche Heilgruppe der anderen schadete, indem in den Bereich des anderen übergriffen wurde:



Konkurrenz Arzt, Apotheker, Wundarzt

Dennoch sprechen die Anzeigen der Apotheker bei den Behörden dafür, daß sie den Konkurrenzdruck durch die Arzneimittel verkaufenden Materialisten und Kaufleute störender empfanden als den von legitimierten Heilgruppen.

Während sich Wundarzt und Apotheker weniger von dem „Konkurrenz-Problem“ betroffen fühlten, veranlaßte der vermeintlich übermäßige Konkurrenzdruck die Ärzte, dieses Thema bei der Regierung aufzubringen und dagegen vorzugehen.

Jahr	Apotheker	Wundarzt
1811/1812	4	1
1813	1	4
1819	1	
1842	1	
1846	7	
1859	Nicht definierte Anzahl an Apothekern beliefern Rezepte von Urinbeschauer	

Das Dispensieren von Arzneimitteln als „Verstoß gegen die Medizinal-Ordnung“
($N_{\text{total}} = 19$)

(„Quelle: gesamte „Pfuscher-Fälle“ im aufgefundenen Aktenmaterial“)

⁵²² HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 20.

⁵²³ Ärzte und „Hausofficin“, sh. HSTaD Großherzogtum Berg 5517, Blatt 93.

Die Ärzte hoben dabei hervor, daß die Folgen von Konkurrenz unter den Heilberufen eine „Gefahr für das Publikum“ darstellten. Hingegen sah die Obrigkeit bei „Medizinalpfuschereien“ mehr den Aspekt, daß dem Staate in materieller Hinsicht Schaden zugefügt wurde. Häufig richtete sich das Interesse der Behörde vorrangig darauf, dem „unerlaubten Handel“ mit der „Ware Arzneimittel“ nachzugehen, welcher als sogenannter „verbotener“ Gewerbebetrieb dem Staate schaden konnte. Konfiszierte Ware eines Pfuschers brachte dem Staate Gewinn, weil sie weiterverkauft werden konnte, sofern ihre qualitative Beschaffenheit einwandfrei war. Bis zur Einführung der Gewerbeordnungen vom 17.1.1845 und 21.6.1869 blieben Appelle der Ärzteschaft an das „Allgemeinwohl“ bei der Regierung regelmäßig ungehört. Nachdem aber nun Gewerbesteuern eingeführt wurden und der Staat Verdienst einfahren konnte, wurde die Kontrolle der „Pfuscher“ wesentlich aktiver.

Die Ärzte stellten vor allem den Sicherheitsaspekt in den Vordergrund, welcher als Rechtfertigung dienen sollte, strengste Maßnahmen gegen pfuschende Apotheker und Wundärzte zu ergreifen. Teilweise wurde dabei mit beharrlichem Nachdruck gearbeitet. Medizinalpfuschereien fügten in den Augen der Physici dem Staate nicht nur materiellen Schaden zu. Vielmehr stand die Gesundheit der Bevölkerung auf dem Spiel.⁵²⁴

Die Ärzte schoben vor allem „*Nahrungssorgen*“ anderer Heilberufe als Gründe vor, warum Wundarzt und Apotheker ihnen zur Konkurrenz werden konnten.⁵²⁵

Ein Beleg über diese Behauptung läßt sich nicht führen.

Eine Abgabe von qualitativ nicht einwandfreien Arzneimitteln durch „Pfuscher“ kann nur in Einzelfällen dokumentiert werden. Danach kann nicht davon ausgegangen werden, daß „Pfuscher“ nur um des zu erzielenden Gewinnes wegen verstärkt minderwertige Krankenbehandlungen vornahmen.

Die Physici mußten vielmehr der Konkurrenz bescheinigen, daß Wundarzt und Apotheker in der Behandlung innerer Krankheiten im Publikum durchaus „*mehr Zulauf von Kranken haben [konnten] als in der Gegend angestellte Ärzte*“,⁵²⁶ obwohl sich einige von ihnen nachweislich ihre Leistungen durchaus teurer bezahlen ließen, als es Ärzte taten.⁵²⁷

⁵²⁴ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 16.

⁵²⁵ vgl. HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 20; s. HSTaD Großherzogtum Berg 5511, II, Blatt 87.

⁵²⁶ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 20.

⁵²⁷ a.a.O. (1810), Blatt 21.

Daß Apotheker und Wundarzt eine solch hohe Akzeptanz im Patientenkreis fanden, könnte durchaus gegen die Überlegenheit der ärztlichen Heilerfolge sprechen. Die „Pfuscher“ hatten durch die starke Annahme vor allem im armen Publikum, aber auch durch den Umstand, daß sie häufig auch bei schwerwiegenderen medizinischen Problemen frequentiert wurden das nötige Selbstbewußtsein gewonnen, um in den dem Arzt zugehörigen Bereich einzudringen.

Daß das Publikum nicht zum rechten Arzt fand, konnte nach Ansicht der Physici jedoch nicht der Ärzteschaft angelastet werden. Es lag an der „Einfalt“ und „Unmündigkeit“ des „großen Haufens“, der „Masse des Volkes“⁵²⁸ welche den Arzt nicht vom Pfuscher unterscheiden konnte. „Mehrere glauben nicht, daß ein bedeutender Unterschied zwischen einem Pfuscher und einem gelehrten Arzt sey, sie sehen in dem einen wie in dem anderen einen Arzneyhändler“.⁵²⁹

Daß das Publikum ihre fachliche Expertise nicht erkannte, wurde von den Ärzten auf „bloße Unwissenheit“ zurückgeführt. „Die Masse des Volkes wird nie zu dem Grade von Bildung gelangen, welcher dazu gehörte, wenn sie aus eigener Überzeugung die Pfuscher vermeiden sollte“.⁵³⁰ Aber auch die „Vornehmen“ hatten nach Ansicht der Ärzte „nicht alle soviel wahre Bildung, daß sie einsähen, was zu einem Arzt gehört. Giebt es doch Beispiel genug, daß Vornehme sich der Hülfe von Pfuschern bedienen“.⁵³¹

Die Ärzte stellten in diesem Zusammenhang besonders nachdrücklich auch die Unwissenheit anderer Heilberufe in medizinischen Angelegenheiten heraus. Die „medizinische Praxis“ des Apothekers konnte nur eine rein empirische sein, denn die Auswahl des anschließend abgegebenen Arzneimittel wurde allein nach den von den Patienten geschilderten Symptomen getroffen. Und dem Wundarzt fehlte die nötige Ausbildung. Die Ärzte unterstrichen die Mängel anderer Heilberufe, um sich selber bei der Regierung hervorzuheben mit dem Ziel, die eigene Position zu stärken.⁵³²

So wiesen sie die Regierung darauf hin, daß aus der Konkurrenzsituation heraus die Gesundheit der Bevölkerung durch Motivationsnachlaß gefährdet werden würde. Hatten nämlich Ärzte mit „Nahrungssorgen“ zu kämpfen, konnten sie

⁵²⁸ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 38.

⁵²⁹ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 37.

⁵³⁰ a.a.O. (1810), Blatt 37.

⁵³¹ a.a.O. (1810), Blatt 37.

⁵³² a.a.O. (1810), Blatt 21 ff.

darüber „*mißmuthig in ihrem Fache*“ werden.⁵³³ Nicht nur, daß die „*Kräfte*“ darüber „*erlahmten*“, vielmehr waren nachteilige Folgen zu erwarten, „*auf die Wohltätigkeit ihrer Kunst*“ und auf „*das Wohl des Staates*“.⁵³⁴

Die „Konkurrenz“ mit Apotheker und Wundarzt, wie sie die *Physici* darstellten, diente den Ärzten als Vorwand, von der eigenen mangelnden Qualifikation abzulenken. Mit Hilfe der geführten Argumentation versuchten die Ärzte die Unterstützung durch die Obrigkeit zu gewinnen. Die Klagen der Ärzte über „Konkurrenz“ wurden zur Strategie, um dem Ziel näher zu kommen, den medikalen Sektor umfassender zu kontrollieren.

⁵³³ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), ohne Blattangabe.

⁵³⁴ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), ohne Blattangabe.

6.2.1. Konkurrenz Arzt/Wundarzt

In der Mehrzahl der untersuchten Fälle hatten Wundärzte unerlaubt Arzneimittel dispensiert und damit innerliche Kuren vorgenommen, welche ausschließlich in die ärztliche Domäne gehörten. Physici betonten, daß *„die innerlichen medizinischen, durch sogenannte innerliche Mittel zu behandelnde Krankheiten... den Geschäftskreis der Ärzte ausmach[t]en und nur die äußerlichen chirurgischen, eine mechanische Hülfe vorzüglich erfordernden Gebrechen, den Wundärzten, Operateuren und dgl. ... überlassen werden“* sollten.⁵³⁵

Daß die Wundärzte auf das ärztliche Betätigungsfeld übergegriffen hatten und zu übermäßiger Konkurrenz in ihrem Bereich wurden, führten die Ärzte nicht auf eigene fachliche Defizite zurück, sondern auf ein zahlenmäßiges Ungleichgewicht zwischen beiden Heilberufen.⁵³⁶

Die Berechnungen der Physici ergaben, daß *„ohne die bekannten und unbekannten Quacksalber... [auf einen Arzt]... sieben chirurgische Subjecte, sogenannte Wundärzte, Bader, Operateure und dergleichen mehr, und von dieser kleinen Zahl der Ärzte wohnen nur einige wenige auf dem Lande, die übrigen alle in den Städten...dahingegen wohnt fast auf jedem Dorfe ein sogenannter Wundarzt“*.⁵³⁷

Daß die Wundärzte vor allem auf dem Lande zu finden waren, schien den Ärzten gerechtfertigt, denn den Aussagen zufolge traten *„äußerliche Schäden und Uebel als Beinbrüche, Verwundungen, Quetschungen mehr bey den Armen“* auf *„dem Lande“* auf.⁵³⁸ Die Ärzteschaft war aber überwiegend an der Behandlung der wohlhabenden städtischen Patienten interessiert. Somit versuchte sie, der Ausbreitung der chirurgischen Konkurrenz in den Städten entgegenzutreten.

Die Konkurrenz zwischen Arzt und Wundarzt wurde aber nicht nur in der großen und damit *„unentsprechenden“*⁵³⁹ Anzahl an Wundärzten von den Physici begründet. Vielmehr lag es an der „Attraktivität“ ihres eigenen Bereiches, warum andere Heilberufe im besonderen Maße auf den ärztlich medizinischen Sektor übergegriffen hatten.

⁵³⁵ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), 18.

⁵³⁶ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 19.

⁵³⁷ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 19.

⁵³⁸ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 17/18.

⁵³⁹ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 19.

Die hohe Zahl der innerlichen Krankheiten, welche nach Angaben der Physici viel größer war, „als jene der äußerlichen Gebrechen“,⁵⁴⁰ hatte die Konkurrenz gerade in ihrem Bereich besonders befördert. Und die wenigen äußerlichen Krankheiten konnten das zahlenmäßige Gros der Wundärzte, welche von der Regierung allein zur Behandlung äußerlicher Gebrechen angestellt worden waren, „in solcher Menge mit ihrer Anzahl nicht leben“ lassen.⁵⁴¹

Ein weitaus größeres Ausmaß konnte die Konkurrenz zwischen Arzt und Wundarzt den Berichten der Physici zufolge in Zeiten einnehmen, wo keine Kriege herrschten oder wenn Seuchen auftraten.⁵⁴² „Wo kein Krieg wüthet, kann man ohne Bedenken auf einen sogenannten chirurgischen Kranken zehn bis zwanzig sogenannte medizinische Kranke nehmen und grassieren Seuchen, so wird das Verhältnis noch ungleicher, so daß nicht selten auf einen an äußerlichen Gebrechen leidenden auch hundert andere Kranke gezählt werden können“.⁵⁴³

Eine höhere Zahl an privilegierten Wundärzten schien den Ärzten nur zu Kriegszeiten gerechtfertigt. Aber auch dann waren nur „etwa halb so viele sogenannte Chirurgen, man mag sie rubrizieren wie man will, ...in jeder Gegend nöthig“, und „jedes andere Verhältnis bei dem Militär zu Dringszeiten jedoch ausgenommen“, wurde von den Physici als „unentsprechend“ erachtet.⁵⁴⁴ Die nachfolgende Tabelle stellt zahlenmäßig die angezeigten Übergriffe von Wundärzten auf den ärztlichen Bereich dar. Zu Kriegszeiten blieben die Wundärzte durch den Mehranfall äußerlicher Krankheiten weitgehend in ihrem Tätigkeitsbereich. In den untersuchten Fällen gab es 1811 zur Zeit der Ruhr und 1813 beim Auftreten des typhösen Nervenfiebers vereinzelt Hinweise auf Wundärzte, welche innerliche Krankheiten behandelten.⁵⁴⁵

Die dokumentierten Fälle stellen jedoch zahlenmäßig eher eine Minderheit dar, berücksichtigt man insgesamt die große Anzahl an Wundärzten in den Herzogtümern.

Somit müssen die von den Physici benannten Motive, welche die Wundärzte zu Übergriffen veranlaßt hatten, als nur wenig stichhaltig erachtet werden. Hier stellt

⁵⁴⁰ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 18.

⁵⁴¹ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 20.

⁵⁴² HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 18.

⁵⁴³ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 18/19.

⁵⁴⁴ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 19.

⁵⁴⁵ vgl. die nachfolgende Tabelle: Wundarzt in Stadt und Land in der Behandlung von innerlichen Krankheiten und die Einflußfaktoren „Krieg und Seuche“. Die Daten wurden aus dem aufgefundenen Aktenmaterial entnommen; vgl. Kapitel 6.1.

sich die Frage, ob das Ausmaß der Konkurrenz zwischen beiden Heilberufen wirklich so eklatant war, wie es von den Ärzten bei der Regierung dargestellt wurde.

Jahr	Seuche:	Kriege:	„pfuschende“ Wundärzte: Stadt / Land
1796	Typhöse Nervenfieber		
1806		Französische Übernahme	
1810			1 /
1811	Ruhr		1 / 3
1812			3 /
6/1813		Preußische Übernahme	
1813-	Typhöses Nervenfieber		4 /
1818			

Wundarzt in Stadt und Land in der Behandlung von innerlichen Krankheiten und die Einflußfaktoren „Krieg und Seuche“

(„Quelle: die Daten wurden dem aufgefundenen Aktenmaterial entnommen, vgl. Kapitel 6.1. Die Jahresangaben zu den in der Tabelle aufgeführten Seuchen entstammen der Statistik von Viebahn (1836)“)

Die Physici erhoben in diesem Zusammenhang auch gegenüber der Regierung Vorwürfe; sie warfen die Frage auf, ob sie *„nicht selbst die nothwendige Veranlassung zu so vielen Pfuschereien“* gab.⁵⁴⁶

*„Denn wovon sollten die Wundärzte und solche leben, da sie in dem ihnen erlaubten Wirkungskreise unmöglich soviel erwerben konnten, daß sie in so großer Anzahl, ...auch noch so kärglich davon leben konnten. Daher ziehen sie auch die innerlichen Krankheiten, deren Zahl immer viel größer als jene der äußerlichen Gebrechen ist, in den Kreis ihrer Erwerbsgeschäfte“.*⁵⁴⁷

Dabei sollte den Wundärzten außerhalb ihres vorgesehenen Wirkungskreises von der Obrigkeit keine Nebenerwerbsquelle in Feldbau, Handel und anderen Geschäften zugestanden werden, weil sonst *„die Vervollkommnung in ihrem Fache leiden“* konnte, oder sie *„verwilderten“* oder *„vergaßen“* womöglich *„das meiste von ihrer Chirurgie, was sie ehehin davon inne hatten“*.⁵⁴⁸

In den Augen der Ärzte war es allein der Gewinn-Aspekt, der die Wundärzte zu unerlaubter Behandlung verführte. Die *„Belohnung“*, der *„zu gewinnende Vortheil“* war für die Therapie innerer Krankheiten *„größer“*, als für chirurgische

⁵⁴⁶ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 20.

⁵⁴⁷ a.a.O. (1810), Blatt 20.

⁵⁴⁸ a.a.O. (1810), Blatt 20.

Tätigkeiten.⁵⁴⁹ Und die Physici bemerkten, daß der „zu gewinnende Vortheil“ für die Wundärzte allgemein „nicht sehr anlockend“ war, „indem es ... mit der Belohnung der Chirurgischen Arbeiten noch schlimmer geht, als mit der der innerlichen Krankheiten“.⁵⁵⁰

Daß die zu erwartenden Verdienstmöglichkeiten auf ärztlichem Gebiet größer waren, als auf wundärztlichem, führten die Physici auf die größere Anzahl an ärztlichen Konsultationen zurück, welche bis zum vollständigen Abschlusse einer inneren Behandlung nötig wurden. „Manche innerliche Krankheit, z.B. Brustentzündung, böartige Fieber, Ruhr und dergl. mehr dem Arzte sehr viele Geschäfte machen. Da der Arzt manche wichtige Kranke täglich zwei, drey und mehrere Mahle zu besuchen hat, während der Wundarzt selbst in wichtigen Fällen nur alle drei vier Tage den Verband zu erneuern oder sonst bloß des Tags einmal nachzusehen braucht“.⁵⁵¹

Zieht man an dieser Stelle die Jülich-Bergische Gebührenordnung von 1773 heran⁵⁵² und vergleicht die Belohnungen für ärztliche und wundärztliche Leistungen, so handelt es sich bei der geschilderten Annahme eher um eine Vermutung der Ärzteschaft.⁵⁵³

Die Physici sahen in den genannten Motiven die Ursache, warum andere Heilberufe gerade mit ihnen in besonderem Maße konkurrierten und in den medizinisch ärztlichen Bereich drängten. Diese – unterstellten - Motive konnten letztlich als Vorwand dienen, um von den eigenen Mißerfolgen im heilerischen Sektor abzulenken. Mit dem ständigen Hinweis auf übermäßige Konkurrenz sollte die Regierung aufgefordert werden, im Sinne der Ärzteschaft endlich aktiv zu werden und die in ihrem Bereich pfuschenden Medizinalpersonen auszuschalten.⁵⁵⁴

Vor diesem Hintergrund wurden – wie zu Anfang dieses Abschnitts bereits dargestellt - von den Ärzten Forderungen an die Regierung aufgestellt, das Medizinalwesen zu kontrollieren. Übersichten der öffentlich anerkannten Medizinalpersonen sollten von den Beamten „im jährlichen Nachtrag“

⁵⁴⁹ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 17.

⁵⁵⁰ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 17.

⁵⁵¹ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 19.

⁵⁵² vgl. Kapitel 4.3.1.

⁵⁵³ sh. Kapitel 4.3.1. „Bezahlung medizinischer Leistungen“; vgl. Loetz (1993); vgl. Nowosadtko (1994).

⁵⁵⁴ vgl. S.138.

vervollständigt werden.⁵⁵⁵ In das Netz der Überwachung sollten nicht nur die Maires eingebunden werden, um jeden „Abgang“ und jede „Veränderung“ aus ihrer Gemeinde anzuzeigen.⁵⁵⁶ Auch die Präfekturen waren nach Ansicht der Physici aufgefordert, die Departementsphysici über jede neu angestellte Medizinalperson zu unterrichten. Grundsätzlich sollte vor jeder Neuanstellung eines „Subjectes“ eine persönliche Bekanntmachung erfolgen.⁵⁵⁷ Waren die legitimierten Heiler den Behörden einmal bekannt, ließen sich die nicht-legitimierten einfacher identifizieren. Auch konnte auf diese Weise verhindert werden, daß sich „Pfuscher“ unter dem Namen anderer, anerkannter und erfolgreicher Heilpersonen bei Krankenbesuchen ausgeben konnten, was nach Angaben der Physici nicht nur zu finanziellen, sondern auch zu Imageverlusten der Ärzteschaft geführt hatte.

Mit einer behördlichen Kontrolle des Medizinalwesens wollten die Ärzte erreichen, daß andere, mit ihnen in Konkurrenz tretende Heilberufe von vornherein ausgeschaltet wurden.⁵⁵⁸

Um die eigene Position vor der Regierung zu stärken, wurde von den Physici aber auch wiederholt auf die Unwissenheit und mangelhafte Vorbildung der Wundärzte verwiesen. Die „*Sippschaft der Wundärzte*“ wurde als eine „*Landplage*“ bezeichnet, als ein „*Heer von mehr oder weniger rohen medizinischen Pfuschern*“, welche die Heilkunst lediglich als ein „*Brotstudium*“ ergriffen hatten.⁵⁵⁹ „*Die mehresten wenn nicht alle hiesigen Wundärzte [hatten] die Chirurgie ohne alle vorbereitenden Kenntnisse ergriffen, und höchstens 1 Jahr lang unvollkommen Vorlesungen über dieselbe gehört, oder waren beim Militär zu eigentlichen chirurgischen Handleihern ausgebildet worden*“.⁵⁶⁰

⁵⁵⁵ HSTaD Großherzogtum Berg 5511, II (1810), Blatt 85.

⁵⁵⁶ HSTaD Großherzogtum Berg 5511, II (1810), Blatt 85, §2. Die von den Physici zu verfassenden Übersichten sollten enthalten: „*Name des Cantons; Name der Munizipalität; Commune und Wohnort der Medizinalperson; Name und Vorname derselben; Funktion; ob, wann und wo sie examiniert und approbirt sind; Angabe der Personen, die sich unbefugterweise mit dem Medizinalwesen befassen; ob etwas gegen dieselben verhängt worden sey? Ob es an Medizinalpersonen an diesem Ort fehle...*“, in: Anlage der gutachterlichen Bemerkungen des Dr Ebermaier über die „*fernere Organisation des Medizinalwesens im Großherzogtum Berg*“ vom November 1810, Großherzogtum Berg 5511, II (1810), Blatt 99.

⁵⁵⁷ Großherzogtum Berg 5511, II (1810), Blatt 85, §2.

⁵⁵⁸ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 29; vgl. S.137.

⁵⁵⁹ Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 22.

⁵⁶⁰ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 21.

Aussagen zufolge besorgten auf dem Lande der „*einfältige Bader*“ oder die „*unwissenden Wundärzte*“ die Krankheitsfälle.⁵⁶¹ Auch standen an entlegenen Orten häufig keine „*gehörig gebildeten Wundärzte*“ zur Verfügung.⁵⁶²

Die Ärzte vermieden betont auch nur den geringsten Anschein, daß die Konkurrenz der Wundärzte auch in deren fachlicher Leistung und nicht nur in dem zahlenmäßigen Verhältnis liegen könnte. Ihre Vielzahl, nicht die Heilerfolge waren es, weshalb die Wundärzte den ärztlichen Markt bedrängten und medizinisch ärztliche Funktionen übernommen hatten.⁵⁶³

Daß die Ärzte in diesem Zusammenhang besonders auch auf eine anzustrebende, „*medizinisch-gute*“ Versorgung der Landbevölkerung hinwiesen, diente als Aufforderung an die Regierung ihrer Pflicht nachzukommen und „*Pfuscher*“ in keinem Fall zu tolerieren.

⁵⁶¹ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 22.

⁵⁶² HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 22.

⁵⁶³ vgl. S.137.

6.2.2. Konkurrenz Arzt/Apotheker

Die Physici richteten sich nicht nur gegen die Konkurrenz der Wundärzte, sondern auch gegen die der Apotheker. Diese versuchten vor allem auf dem Land, in die ärztliche Domäne einzudringen.⁵⁶⁴

Den Apothekern wurde vorgeworfen, Medikamente ohne ärztliche Anweisung an Patienten abgegeben zu haben und sich dadurch einer ärztlichen Befugnis ermächtigt hatten. „*Ungeachtet der Verbothe*“ hatten die Apotheker „*sogar schon Lehrburschen, jene in der Hauptstadt vielleicht allein davon ausgenommen, Arzneien für Kranke in den Officinen*“ abgegeben.⁵⁶⁵ Physici führten der Regierung in diesem Zusammenhang besonders die „*kühnen*“⁵⁶⁶ Beispiele „*pfuschender*“ Apotheker auf, um die Obrigkeit von dem Ausmaß des Problems zu überzeugen und sie gleichzeitig aufzufordern, ein „*Pfuschen*“ in ihrem Bereich endgültig abzustellen. Ein besonders „*schlechtes Beispiel*“ hatte den Aussagen des Physicus zu Folge „*der junge Brause, Sohn der Witwe, welche in Velbert Apothekenbesitzerin ist*“, abgegeben. Brause stand der elterlichen Apotheke „*vor, ohne jedoch geprüft und angestellt zu seyn*“.⁵⁶⁷ Nach den Schilderungen des Physicus unterhielt er nicht nur eine „*medizinische*“, sondern auch eine „*chirurgische*“ sowie eine „*Veterinärpraktik*“.⁵⁶⁸

Das breite Spektrum seiner medizinischen Hilfe, welche er auf dem Land der Bevölkerung zur Verfügung stellte, läßt auf eine große Nachfrage und Akzeptanz rückschließen. Die Geschäfte des Brause müssen erfolgreich gewesen sein, denn nach den Schilderungen des Physicus konnte sich der „*Pfuscher*“ für seine Krankenbesuche „*sogar ein eigenes Reitpferd*“ halten.⁵⁶⁹ Ohne zu erwähnen, ob Brause in seiner heilerischen Funktion der Landbevölkerung vielleicht sogar einen Nutzen brachte, forderte der Physicus ein Einschreiten durch die Behörden, denn „*das, was man Apotheke dort nennt... ist in einem solchen schlechten Zustande, daß er als solches nicht länger geduldet werden darf*“.⁵⁷⁰

⁵⁶⁴ vgl. [anonym] (1786), „Über die Verordnungen, daß die Apotheker kein Rezept verfertigen sollen, ...“, 5. Bd.

⁵⁶⁵ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 23.

⁵⁶⁶ a.a.O. (1810), Blatt 23.

⁵⁶⁷ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 23.

⁵⁶⁸ a.a.O. (1810), Blatt 23.

⁵⁶⁹ a.a.O. (1810), Blatt 23.

⁵⁷⁰ a.a.O. (1810), Blatt 23.

Wie auch im Verhältnis zu den Wundärzten begründen die Physici die Konkurrenzsituation zwischen Apothekern und Ärzten mit dem zahlenmäßigen Mißverhältnis und stellten nicht die Frage, ob es letzteren vielleicht an Akzeptanz in der Bevölkerung mangelte. Dabei zeigt gerade der Fall Brause, daß Apotheker eine hohe Akzeptanz im Publikum finden konnten, was - wie sich aus der Dokumentation ergibt - sogar so weit führte, daß „*einzelne*“ von ihnen „*für mehr Kranke ordinirten, und Arzneien abgaben, als von anerkannten Ärzten versehen wurden*“.⁵⁷¹

Die Apotheker selbst beriefen sich auf eine andere Ursache für die eingetretene Konkurrenzsituation. Daß sie in ärztliche Bereiche übergegriffen hatten, „*entschuldigten*“ sie in dem ihnen „*zugefügten Nachtheil*“, welcher dadurch entstanden war, daß man Ärzten das „*Halten von Hausoffizinen*“ erlaubt hatte.⁵⁷² Obwohl den meisten Apothekern von den Ärzten eingeräumt wurde, daß die von ihnen unerlaubt abgegebenen Arzneien mehrheitlich von „*der besten und ausgesuchtesten Gattung*“ und „*auch mit Fleiße bereytet*“ waren,⁵⁷³ wurde doch befürchtet, daß sie im Publikum „*größten Schaden*“ anrichten könnten.⁵⁷⁴ Eine „*Menge trauriger Beispiele*“ wurden dabei von den Ärzten genannt, so z.B. daß Apotheker „*Arzneywaaren als Medikamente*“ verkauft hätten, ohne daß ein „*Arzt oder Wundarzt sie für einen speciellen Fall verschrieben*“ hätte.⁵⁷⁵

Die Physici wiesen nachdrücklich darauf hin, daß den Apothekern auf Grund ihrer Vorbildung der Sachverstand fehlte, um Arzneimittel bestimmungsgemäß am Patienten anzuwenden. „*Der Apotheker hat als solcher durchaus nicht die Kenntnisse, welche von einem Arzt zu erwarten sind und gefordert werden*“.⁵⁷⁶

Die Physici unterstrichen die „*Unkunde*“⁵⁷⁷ der Apotheker in der Arzneimittelverschreibung, um sich gleichzeitig zu distanzieren und ihren eigenen medizinischen Stellenwert in der Gesundheitsversorgung zu betonen.

Nach Ansicht der Ärzte lag es vor allem aber auch an der unwissenden Bevölkerung, welche aus Kostengründen den „*unnützen Umweg*“⁵⁷⁸ über den Arzt

⁵⁷¹ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 23.

⁵⁷² HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 23; s.a. HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 25.

⁵⁷³ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 21.

⁵⁷⁴ a.a.O. (1811/1812), Blatt 21.

⁵⁷⁵ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), ohne Blattangabe.

⁵⁷⁶ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 23.

⁵⁷⁷ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 21.

⁵⁷⁸ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 23.

scheute. Die „*ererbten Vorurteile*“ aber auch die „*überberechnete Sparsamkeit*“ waren nach den Aussagen der Physici der Grund für den „*Mittelmann auf dem Lande*“, den Arzt im Krankheitsfall nicht zu konsultieren.⁵⁷⁹ Die Landbevölkerung quittierte den Ärzten auch, daß ihnen die „*Ausgabe*“ für eine ärztliche medizinische Leistung „*doppelt*“ und „*unnötig*“ erschien, weshalb man auf „*die Gelehrsamkeit des Arztes sowieso keinen Wert*“ legte.⁵⁸⁰

Daß die „*zahlreichste Volksklasse... nicht wohlhabend genug*“ war, „*den Stadtarzt zu bezahlen*“⁵⁸¹ war in den Augen der Physici als Hauptursache anzusehen, warum die Bevölkerung nicht den akademischen Arzt im Krankheitsfall aufsuchte.

Die Ärzte führten es auf finanzielle, nicht fachliche Aspekte zurück, warum die Bevölkerung „*Zuflucht*“ zu den „*wohlfeilern Wundärzten, Apotheker, zu jedem Nichtarzte, Pfuscher*“ nahm.⁵⁸² Die Dispensation von Arzneimitteln bedurfte in den Augen der Ärzte einer gesetzlichen Regelung. Nicht nur um die Ärzte vor der lästigen Konkurrenz mit den Apothekern zu schützen, verdiente besonders die Subsistenzsicherung der Apotheken größte Aufmerksamkeit.

Die Möglichkeiten, welche die Medizinalräte⁵⁸³ zur Sicherung der Subsistenz der Apotheken bei den Behörden vorschlugen, standen allerdings in einem engen Zusammenhang mit den eigenen, standespolitischen Interessen der Ärzteschaft.

Fanden die Apotheker erst ihr Auskommen, was nach Ansicht der Physici daran gebunden war, daß diese „*ihre Waaren auf die gewöhnliche Weise in von Aerzten verschriebenen Rezepten anbringen*“ konnten, ließ sich auch ein Ende des „*Beschreitens illegaler Wege*“ und des „*Practizirens*“ auf ärztlich medizinischem Gebiet erwarten.⁵⁸⁴

Forderungen von Medizinalräten an die Regierung beinhalteten deshalb grundsätzlich allen Heilpersonen, nicht nur den hausierenden „*fremden Arzneyhändlern, Thüringer[n], Olitäte[n], Balsamträger[n],... [herumziehenden] Marktschreier[n]*“⁵⁸⁵ sondern auch „*den Medizinalpersonen,... Arzt oder Wundarzt*“⁵⁸⁶ die Austeilung von Arzneimitteln zu verbieten. Den Wundärzten

⁵⁷⁹ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 42.

⁵⁸⁰ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 24.

⁵⁸¹ a.a.O. (1810), Blatt 42/43.

⁵⁸² a.a.O. (1810), Blatt 43.

⁵⁸³ vgl. den „Entwurf, die Verbesserung des Apothekenwesens betreffend“, in: HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812).

⁵⁸⁴ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 21.

⁵⁸⁵ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), „Entwurf, die Verbesserung des Apothekenwesens betreffend“, Blatt 55, §6e.

⁵⁸⁶ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 55, §6a.

sollte nicht mehr zugestanden werden, „bey chirurgischen Vorfällen die äußeren Arzneimittel selbst [zu] dispensieren, sondern diese jedesmal aus der zunächst gelegenen Apotheke vermittelst schriftlicher Verordnung her[zu]nehmen und durch den Apotheker bereyten [zu] lassen“.⁵⁸⁷ Arzneien, „welche nicht lediglich zum äußeren Gebrauch bestimmt sind, dürfen die Wundärzte weder in ihren Häusern vorrätig halten oder an Kranke ausgeben. Sie sind verbunden, auch die äußerlichen Mittel in so fern sie solche nicht selbst einsammeln, oder nach bestimmten, vorher genehmigten Vorschriften bereiten, aus einer der Apotheken im Großherzogthum zu nehmen, und daß es geschehen sey, auf Erfordern zu bescheinigen“.⁵⁸⁸

Daß sich die Ärzte trotz ihres Konkurrenzverhältnisses zu den Apotheken für den Erhalt der Apotheken einsetzten, beruhte aber auch darauf, daß nur eine „subsistenzgesicherte Apotheke“ ihren eigentlichen „Nutzen“ erbringen konnte.⁵⁸⁹ Dieser „Nutzen“ kam letztlich auch den Ärzten zu Gute. Ihr Ansehen, welches an den Erfolg ihrer Kuren unmittelbar gebunden war, stand und fiel mit der Beschaffenheit und Wirksamkeit der vom Apotheker bereiteten Arzneimittel. Physici wußten darum, daß die Ärzte nur Erfolg im „Publicum“ finden konnten, wenn der Apotheker nach „von ihnen verschriebenem Recepte... kräftige und gute Arzneien“ bereitet hatte.⁵⁹⁰ „Die beste ärztliche Hülfe“ mußte „fruchtlos“, bleiben, wenn das Apothekenwesen im Lande „nicht gleich zweckmäßig und gut geordnet“ war.⁵⁹¹

Darüber hinaus war die „Subsistenzsicherung“ der Apotheken aber auch Teil der ärztlichen Strategie zur Reglementierung des Medizinalwesens. Physici machten die Obrigkeit darauf aufmerksam, daß sich die Subsistenz der Apotheken nur sichern ließ, wenn von der Regierung auch auf deren zahlenmäßige Verteilung geachtet wurde. Den Angaben der Physici zufolge, gab es „deren [bereits] bey

⁵⁸⁷ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 55, §6c.

⁵⁸⁸ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 40. Physicus Servaes bezieht sich auf die Verordnung der Churbaierischen Landesdirektion zu Düsseldorf „wider die zur Heilkunde nicht-approbirten Personen und Quacksalber“ von 1803 (vgl. HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1811), Blatt 64, Abs.13) und auf die Medizinal-Ordnung von 1773, §22. Das Zitat ist ein „Vorschlag“, die Inhalte der genannten Verordnungen im Großherzogtum „zur Erinnerung“ zu bringen. Das Ministerium des Innern kam dieser Forderung im Januar 1811 nach, in: HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1811), Blatt 62 ff.

⁵⁸⁹ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 54.

⁵⁹⁰ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 93.

⁵⁹¹ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 54, „Entwurf die Verbesserung des Apothekenwesens betreffend,“ Vorwort.

weitem schon zu viele“.⁵⁹² Aus diesem Grunde sollten die Behörden in keinem Fall zu „freyzügig“ verfahren, wenn es darum ging, eine „neue“ Apotheke in den Herzogtümern einzurichten.⁵⁹³

Das ärztliche Konzept sah aber auch vor, die Anlage einer neuen Apotheke davon abhängig zu machen, ob an dem entsprechenden Ort auch ein Arzt ansässig war.⁵⁹⁴

Der Regierung wurde von den Physici auch angeraten, gegen die Konkurrenz unter den Apothekern selbst vorzugehen. Den Ärzten zufolge konnte man diese Konkurrenz nicht mit *„der unter anderen Gewerben, bey Krämern, und Handwerkern,“* vergleichen.⁵⁹⁵ *„Wenn man glauben wollte, daß unter den Apothekern eine vermehrte Konkurrenz Nutzen für das Gesamtpublicum“* brachte, *„war dies zuverlässig ein Irrthum“*.⁵⁹⁶ Alle *„überflüssige Apotheken“* zeigten *„sehr schädliches Werk“*,⁵⁹⁷ und *„ihr Überfluß“* schadete nach Ansicht der Ärzte in *„keinem Fache irgendeines Handwerkes und irgendeiner Kunst... mehr, als in dieser“*.⁵⁹⁸

Das Vermehren der Apotheken über die Gebühr, Konkurrenz unter den Apotheken und verminderter Absatz sowie geringe Geschäfte waren nicht nur „schädlich“ für das „Wohl des Publikums“, sondern beeinträchtigen auch nachteilig das Image der rezeptierenden Ärzte: *„Dadurch werden die Arzneien älter und unwirksamer, es fehlt dem Apotheker an Aufmunterung zum besten und fleißigsten Betriebe seines Geschäftes, er wird dadurch sehr leicht nachlässig in seinen Arbeiten und es ist ihm am Ende gleichgültig, was er für Arzneien dispensirt, wenn er nur Absatz hat um sich und die seinigen ernähren zu können“*.⁵⁹⁹

Gerade *„in kleinen Apotheken, wo oft in 14 Tagen, in drey Wochen kaum ein Rezept bereitet“* wurde, war die Situation oft unerträglich.⁶⁰⁰ *„Die Waaren müssen mit der Zeit verderben, und alle Visitationen helfen hierzu nichts, oder*

⁵⁹² HSTaD Großherzogtum Berg 5517(1811/1812), Blatt 21.

⁵⁹³ HSTaD Großherzogtum Berg 5511, II §5, Blatt 87.

⁵⁹⁴ HSTaD Großherzogtum Berg 5517(1811/1812), Blatt 21.

⁵⁹⁵ HSTaD Großherzogtum Berg 5511, II, Blatt 87.

⁵⁹⁶ HSTaD Großherzogtum Berg 5511, II, Blatt 87.

⁵⁹⁷ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 21.

⁵⁹⁸ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 21.

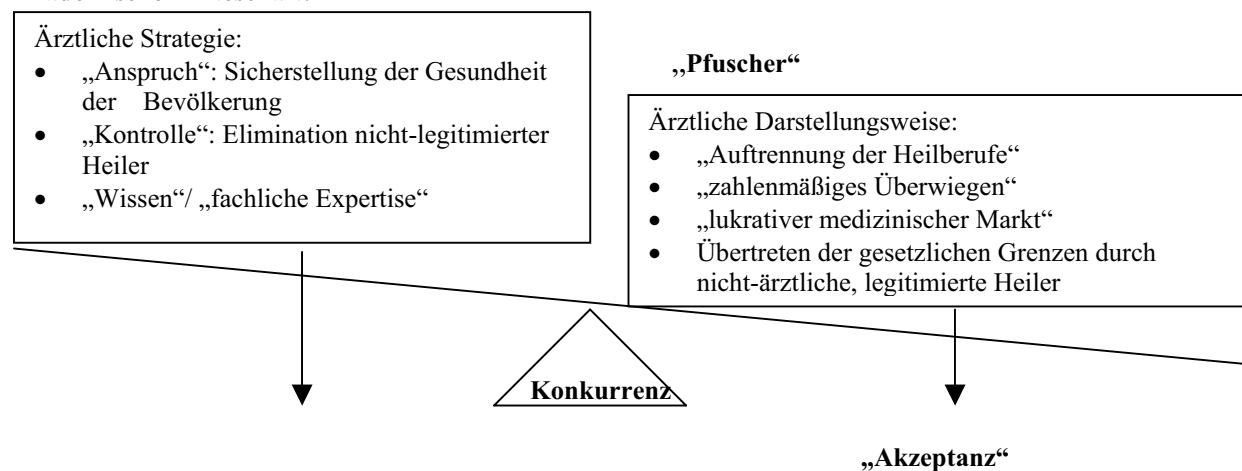
⁵⁹⁹ HSTaD Großherzogtum Berg 5511, II, Blatt 87.

⁶⁰⁰ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 21.

*man müßte alle Jahre fast die mehresten Waaren der Apotheker wegwerfen, und wie will als dann ein solcher Apotheker bestehen?“*⁶⁰¹

Zusammenfassend läßt sich die Konkurrenz der Ärzte mit Apotheker und Wundarzt durch das nachfolgende Schema darstellen. Das von den Ärzten empfundene „Ungleichgewicht“ mit anderen Heilberufen wurde nicht auf die „Akzeptanz“ zurückgeführt, welche die „Pfuscher“ im Publikum genossen und welches wesentlich im Zusammenhang stand mit den von dieser Gruppe erbrachten Heilerfolgen. Vielmehr wurden Argumente herangezogen, um die behördlichen Aktivitäten gezielt in eine Richtung zu lenken, die dem Arzt weitere Betätigungsmöglichkeiten auf den medikalen Sektor ermöglichen sollten.

Akademische Ärzteschaft:



Konkurrenz unter den Medizinalpersonen: „Ärztliche Darstellungsweise“ und ärztliche Strategien

⁶⁰¹ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 21. Nach den Berechnungen des Medizinalrats gab es „im Bergischen Lande die Herrschaft Broich und Hardenberg ausgenommen, 34 Apotheken, ersteren sind zwey oder gar drey Apotheken, in der Herrschaft Hardenberg nämlich zu Neviges eine, also zusammen 38 Apotheken, welche, wenn auf 600 Menschen eine Apotheke gerechnet wird, eine Volksmenge von 228000 voraussetzt...“, in: HSTaD Großherzogtum Berg 5517(1811/1812), Blatt 25. Von Medizinalräten wurde an anderer Stelle eine Bevölkerungszahl sogar „von wenigstens 6000 Menschen“ im „Umkreis von einer halben Stunde“ als Voraussetzung angesehen, um „eine Apotheke zu etabliren“, in: HSTaD Großherzogtum Berg 5517(1811/1812), Blatt 23. Die Berechnungen verdeutlichen, wie schwierig es war, den realen Bedarf abzuschätzen.

6.2.3. Konkurrenz Arzt/ Hebamme:

Der Heilbereich der Hebammen stellte keine Konkurrenz zur Ärzteschaft und zu anderen Heilberufen dar. Obwohl die Hebammen eine relativ große Heilgruppe repräsentierten und somit zahlenmäßig durchaus Anlaß zu Konkurrenz mit Arzt und Wundarzt gegeben hätten, sind kaum Hinweise in der Dokumentation zu finden, in denen es zu Berührungspunkten der Hebammentätigkeit mit anderen Heilgruppen kam. Da der ärztliche Bereich vor allem auf das Arzneimittel zur Behandlung innerer Krankheiten zurückgriff und die Hebammen in der Mehrzahl der Fälle in dem ihnen zugewiesenen, praktischen Bereich der Geburtshilfe auch wirklich tätig blieben, fühlte sich die Ärzteschaft in ihrem medizinischen Auftrag nur wenig von dieser Berufsgruppe gestört.

Diese Aussage läßt sich auch durch die Beobachtung belegen, daß Physici und Collegium Medicum sich nur in seltenen Fällen veranlaßt sahen, energisch gegen die Vergehen von Heilerinnen im Bereich der Geburtshilfe vorzugehen. Waren die Hebammen den Physici aufgefallen, weil sie bei einer äußeren Kur „gepfuscht“ hatten, fielen die entsprechenden Forderungen nach Bestrafung milder aus als in Fällen, wo sich eine Hebamme erdreistet hatte, Medikamente zu verabreichen und innerlich zu behandeln.

Konkurrenzen zwischen Hebammen waren jedoch das häufigere Phänomen. Sie äußerten sich nur darin, daß legitimierte Hebammen auf Grund von Verdiensteinbußen Einspruch einlegten, weil Frauen auf ihrem Gebiet nicht-legal tätig geworden waren.

Dennoch gibt es Hinweise darauf, daß die Ärzte auch auf den Bereich der Geburtshilfe Kontrolle ausüben wollten. In diesem Zusammenhang wurde die Regierung von den Physici auf die ungleichmäßige Verteilung von Hebammen in den Herzogtümern aufmerksam gemacht. *„In einigen Gegenden“* waren *„darin bey weitem zuviele, [während] es hingegen in anderen Gegenden daran fehlet“*.⁶⁰² Gleichzeitig wurde von der Regierung gefordert, sich mit der *„besseren Vertheilung“* der Hebammen im Lande zu befassen, damit sich nicht *„soviel nach ihrer Lust“*⁶⁰³ in den Herzogtümern etablierten. Behördliche Kontrollinstrumente

⁶⁰² HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 28.

⁶⁰³ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 4.

sollten eingeführt werden mit dem Ziel, eine umfassendere Überwachung im Medizinalwesen herbeizuführen.

Vorgeschlagenes Mittel hierfür war die Erstellung „*genauer Berichte*“,⁶⁰⁴ um eine Übersicht über die Situation im Hebammenwesen zu verschaffen. „*Welche [Hebammen] in allen Städten, Dörfern und Herrschaften zur Zeit befindlich sind, in welchen Gegenden deren zu viele und in welchen Gegenden deren zu wenig oder gar keine vorhanden sind... ferner diejenigen anzuzeigen, welche hier in Düsseldorf ihren Cursus gemacht und vom Medizinalrath geprüft worden und denjenigen, welche diese Bedingnis nicht erfüllet haben, ihr Handwerck so lange zu untersagen, bis sie durch geschehene Prüfung dazu für fähig sind bekannt worden*“.⁶⁰⁵

Nach Ansicht der Physici bestand Handlungsbedarf von Seiten der Regierung. Bislang hätten nur vereinzelt Beamte lediglich „*sehr unvollständige Berichte*“ über das Hebammenwesen verfaßt.⁶⁰⁶ Andere Ämter wie in Hülsdorf, so die Ärzte, könnten „*gar keine*“ Übersichten den Behörden vorlegen.⁶⁰⁷

Bestrebungen der Ärzte ließen darüber hinaus die Absicht erkennen, die Geburtshilfe in den medizinisch-ärztlichen Bereich eingliedern zu wollen. Nach Ansicht der Physici konnten nur umfassende medizinische Kenntnisse eine vollkommene Ausübung des Faches gewährleisten. Eine Separation der Heilberufe stand diesem Anspruch nach Ansicht der Ärzte entgegen.

Das ärztliche Konzept schloß an dieser Stelle den Heilberuf der Hebammen aus und richtete sich ausschließlich gegen die Geburtshelfer, welche in der Regel eine chirurgische Vorbildung besaßen. Die ärztliche Strategie zielte somit vor allem darauf ab, die Bereiche der Chirurgie und der inneren Medizin zusammenzulegen. Konsequenterweise polemisierte auch Physicus Servaes gegen Chirurgen, die eine Zusatzausbildung in Geburtshilfe erwarben. „*Bloße Geburtshelfer scheinen mir, was man gewöhnlich darunter versteht, ein Unding zu seyn. Wie kann der Gebärenden in jedem durch die Geburt entstandenen Zuständen von Uebelseyn wahre Hülfe von einem Manne geschafft werden, welcher nicht Heilkünste im ganzen Umfange ist. Wie viele Weiber sterben oder schweben in wichtigen Krankheiten ungeachtet ihnen manuell die geschickteste Hülfe geleistet wurde,*

⁶⁰⁴ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 28.

⁶⁰⁵ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 28/29.

⁶⁰⁶ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 29.

⁶⁰⁷ a.a.O. (1811/1812), Blatt 28.

*aus Mangel einer weiteren Hülfe, welche weitere Talente und Kenntnisse als jene manuelle Geschicklichkeit erfordern“.*⁶⁰⁸

Der Gegenstand der Konkurrenz zwischen Arzt und chirurgischem Geburtshelfer war ein anderer als die Verfügungsgewalt über das Arzneimittel. Den Ärzten ging es darum, grundsätzlich bei komplizierten Geburten hinzugezogen zu werden. Auch befürchteten sie, daß ihnen durch Geburtshelfer Patienten abspenstig gemacht wurden, weil viele bürgerliche Familien jene später zum Hausarzt ernannten.

Die allgemeine Situation im Hebammenwesen, besonders zur Zeit der französischen Übernahme, wurde von den Physici eher in dunklen Farben beschrieben: Während bis 1794 an dem Düsseldorfer Hebammen-Institut „300 Hebammen gebildet“ wurden, und die „mehresten Aemter und Dorfschaften“ mit „Hebammen versehen“ waren,⁶⁰⁹ hatten sich die Verhältnisse nach der französischen Übernahme geändert. Ab 1800 hatte man den Berichten zufolge „wieder einen öffentlichen Cursus ausgeschrieben“, an dem aber nur „vier Lehrlinge“⁶¹⁰ teilnahmen. Die Bedingungen, unter denen die Aspiranten ihre Lehre absolvierten, waren den Schilderungen zufolge, ebenfalls eher düster. „Ohngeachtet der dringendsten Vorstellungen konnten diese 4 Schülerinnen kein Geld aus der Kasse zu ihrer Unterstützung erhalten, und ob sie gleich 6 Wochen als Hebammen approbirt worden so schleppten sich selbige doch in der Hoffnung Geld zu erhalten in Düsseldorf, weil sie die Kost nicht bezahlen konnten, herum, und wurden endlich nach langem Harren jede mit 23 oder 24 Rth. abgefunden“.⁶¹¹ Den Berichten zufolge war auch das für die Lehre verantwortliche Hebammeninstitut dem „Umsturze nahe“, weil die „Brüchten Cassen erschöpft waren, aus deren Einkünften das Lehrinstitut fundiret worden“.⁶¹²

Den Schilderungen zufolge war weder Geld für die Instandhaltung noch für die Bezahlung der Lehrer vorhanden. Es fehlte nicht nur an finanziellen Mitteln „zur Unterhaltung der im Spiritus aufbewahrten Präparate“, welche dadurch „sonst alle zugrunde [gingen]...und zum Theil schon verfault“ waren,⁶¹³ sondern auch zur

⁶⁰⁸ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 24.

⁶⁰⁹ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 26.

⁶¹⁰ HSTaD Großherzogtum Berg 5517(1811/1812), Blatt 27.

⁶¹¹ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 27.

⁶¹² HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 26/27.

⁶¹³ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 27.

Bezahlung der Lehrkräfte. Angaben zufolge hatten sie in der vergangenen „achtjährigen Zeit...ein einziges Mahl 100 Rth., 50 Rth. aus der Oberkellerei und 50 Rthl. vom Brüchtencassierer, also in allem 200 Rth. erhalten“.⁶¹⁴

Diese Umstände wirkten sich nicht nur nachteilig auf die Lehre am Hebammen-Institut aus.⁶¹⁵ Sie begünstigten auch maßgeblich die Entstehung von Puschereien auf dem Gebiet der Geburtshilfe. Daß die Hebammen dennoch nicht im Fokus der ärztlichen Kritik standen, ist möglicherweise darauf zurückzuführen, daß sie von den Ärzten einst selber ausgebildet worden waren.

Grundsätzlich läßt auch das Ausmaß der Aufmerksamkeit, welche die Physici diesem Gegenstand widmeten erkennen, daß das Hebammenwesen nicht vorrangig im Mittelpunkt ihres Interesses stand. Bei der Frage um Konkurrenz ging es den Ärzten zunächst darum, ihr Gebiet abzusichern.

Bei einer detaillierten Betrachtung von Einzelfällen zeigt sich, daß Physici besonders unnachsichtige Strafen für alle diejenigen forderten, welche „innerlich“, und damit auf ärztlichem Gebiet „gepuscht“ hatten.

Dadurch, daß die Ärzte in der Krankenbehandlung nicht unbedingt „fähiger“ waren und größere Erfolge hatten als andere Heilberufe bzw. illegale Heiler, hatten sie ein standeseigenes Interesse, die Behörden gegen die „Konkurrenz“ und die Übergriffe der „Pfuscher“ aufzuhetzen. Die Ärzteschaft wollte, daß der medikale Sektor einer besonders aufmerksamen Überwachung unterstellt wurde.

⁶¹⁴ a.a.O. (1811/1812), Blatt 27.

⁶¹⁵ Aufforderungen an die Unterpräfekte und Maires erfolgten in den Präfekturakten, „fähige Subjecte“ zu dem Lehrkursus zu bringen. Zu Ausbildung und Bezahlung der Hebammen s. Präfekturakten des Rheindepartements Nro.7, Düsseldorf 21. März 1813.

6.3. Die „Behördenseite“ im Umgang mit Medizinalpfuschereien

Das Vorgehen gegen nicht-legitimierte Heiler stand im engen Zusammenhang mit den politischen und verwaltungsmäßigen Reformen während der napoleonischen und preußischen Zeit. In den Herzogtümern rationalisierte sich die Vorgehensweise der Behörden gegen Heilende außerhalb der Medizinal-Ordnung mit den Herrschaftswechseln deutlich. Das behördliche Zusammenspiel wurde ständig wirkungsvoller, wodurch bis zur Mitte des betrachteten Zeitraumes die Anzahl der nicht-legitimierten Heiler deutlich reduziert werden konnte.

Eine effektive und straffe Organisation der Behörden zur Ordnung des Medizinalwesens lag im Interesse der Ärzteschaft, welche sich gemeinsam mit der Obrigkeit das Ziel gesetzt hatte, das Medizinalwesen umfassender zu kontrollieren.

Der Beitrag, welchen die Physici im Rahmen der Überwachung des Medizinalwesens leisteten, wurde indirekt im Rationalisierungsprozeß der Behörden und dem Prozess der Professionalisierung und Vereinheitlichung ihrer Beamtenschaft zu einer wesentlichen Triebfeder. Aus den Reihen der Ärzteschaft waren bis zum Ende des betrachteten Zeitfensters die Aufrufe an die Obrigkeit zu vernehmen, den nach wie vor in allen Winkeln der Herzogtümer „ungescheuet“ ihr „Unwesen“ treibenden „Pfuschern“ das Handwerk zu legen.

Daß dem Problem der Medizinalpfuschereien in den Herzogtümern nicht beizukommen war, führte die Ärzteschaft nicht auf einen Mangel an gesetzlichen Regelungen zurück. Es fehlte den Behörden nicht an Vorschriften und „heilsamen Verordnungen“, welche Maßnahmen im Falle aufgetretener Medizinalpfuschereien regelten. Vielmehr lag es den Schilderungen der Physici zufolge an den mit dem Vollzug beauftragten Beamten, welche das Zusammenspiel in der Überwachung des Medizinalwesens an mehreren Stellen scheitern ließen. Den „Unterbehörden“ fehlte „*der erforderliche Nachdruck auf [die] Befolgung*“ der einschlägigen Verordnungen zu achten.⁶¹⁶ Nach Einschätzung der Ärzte hatten diese es „*außer Acht gelassen*“, die „*Contravenienten*“ auch wirklich „*zur vorgeschriebenen Strafe zu ziehen*“.⁶¹⁷ Auch zeigte nach Ansicht der Physici die Obrigkeit „*nicht den nötigen*

⁶¹⁶ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 70

⁶¹⁷ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 70.

Nachdruck“⁶¹⁸ und das erforderliche Durchsetzungsvermögen, um den „Pfuschern“ endgültig beizukommen. Die Physici kritisierten in diesem Zusammenhang eine „gewisse Toleranz“ der Regierung, welche „*Pfuscher nicht gleich arretierte... wo man ihrer habhaft wurde*“.⁶¹⁹

Und schließlich „versagten“ in den Augen der Physici auch die Justizbehörden, welche letztendlich für die Untersuchung und Bestrafung der „Pfuscher“ verantwortlich waren. Auch ihnen fehlte nach Ansicht der Ärzteschaft der „*nötige Nachdruck*“.⁶²⁰ Weil die Justiz nicht „*gehörig zu Werk*“ gegangen war, hatte „*das Heer der Quacksalber immer mehr Zuwachs erhalten*“.⁶²¹

Daß die „*heilsamsten Verfügungen der Regierung... stets gelähmt und... ihr fester Wille, das allgemein beste zu befördern, unerfüllt blieben*“,⁶²² wurde von der Ärzteschaft der Behördenseite angelastet.

Ausgenommen von jeglichem Vorwurf und Kritik der Ärzteschaft blieben die Physici, welche in die Überwachung des Medizinalwesens wesentlich eingebunden waren. Allein den „*mit der Vollziehung der Gesetze ... mittelbar oder unmittelbar beauftragten Unterbehörden...*“ wurde von der Ärzteschaft angelastet, daß sie die Physici „*...nicht kräftig unterstützt...*“ hatten, oder sich „*in der Ausführung fahrlässig gezeigt*“ hatten.⁶²³

Die Ärzteschaft sah die Ursache für die fortgesetzte „ungescheute Quacksalberei“ in dem fehlenden „Willen“ und der mangelnden Bereitschaft der Beamten, die bestehenden Gesetze durchzusetzen, also mithin in der Einstellung der mit der Überwachung beauftragten Personen. Aus einer gewissen Gewohnheit heraus würden diese Vergehen nachlässig geahndet, vielleicht auch aus dem Grunde, weil der entdeckte Handel mit „betrügerischer Ware“ die Subsistenz anderer Leute in Frage stellen konnte. Heilen außerhalb der Medizinal-Ordnung war im betrachteten Zeitraum sowohl für die Heilenden als auch für ihre Klienten eine Alltagserfahrung; es war der „mühevollen“ Auftrag sowohl von Arzt als auch den Behörden, dieses den Beteiligten beizubringen. Hinderlich erwies sich sicherlich in diesem Prozeß, daß subalterne Beamte häufig nicht die erforderliche

⁶¹⁸ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1811), Blatt 57.

⁶¹⁹ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 42.

⁶²⁰ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1811), Blatt 57.

⁶²¹ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1811), Blatt 57.

⁶²² HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1811), Blatt 62.

⁶²³ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1811), Blatt 62.

Gesetzeskenntnis⁶²⁴ besaßen, um systematisch gegen „Quacksalber“ vorzugehen. Zudem war es sehr gut möglich, daß sie selbst im Krankheitsfall selten einen akademischen Arzt zu Rate zogen.⁶²⁵ In mehreren Fällen, so die Dokumentation,⁶²⁶ mußten die Beamten von höherer Stelle instruiert werden, um sie überhaupt in die Lage zu versetzen, die medizinisch-polizeilichen Geschäfte wahrzunehmen.

⁶²⁴ vgl. Beisswanger (1996), die ausführt, daß oft die vorhandenen Gesetze nicht den Weg von der Regierung zu den örtlichen Behörden fanden.

⁶²⁵ vgl. Kapitel 7.1.3. und den Fall Strein in Kapitel 7.3.

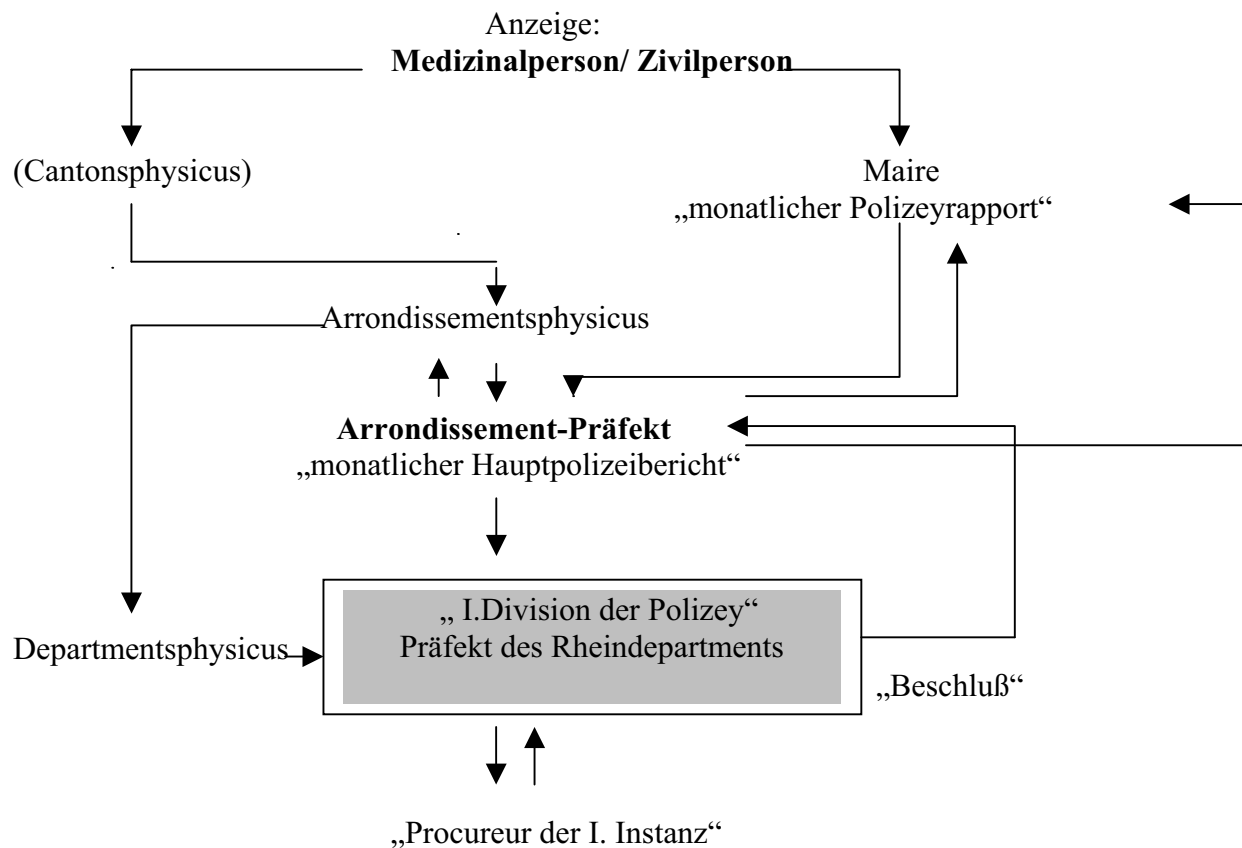
⁶²⁶ vgl. hierzu HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1811), Blatt 57 ff: „*Abermalige Verkündigung*“ der bestehenden Gesetze, der Medizinal-Ordnung von 1773 und der Churfürstlichen Landes-Direktion vom 23. Dezember 1803 „*wider die zur Heilkunde nicht approbirten Personen, Quacksalber und Pfuscher...*“ wurde nötig, um den Beamten „*die vorschriftsmäßige Anwendung der darin festgesetzten Strafen [und] ihr Inhalt in das Gedächtnis zurück[zurufen]*“.

6.3.1. Behördliche Organisation

Die Korrespondenz zwischen der Königlich Hochlöblichen Regierung mit Justiz und Polizei zeigt am deutlichsten, wie der behördliche Entwicklungsprozeß verlief. Aus dem Verfolgen der Berichtslinien, der Betrachtung der Umlaufzeiten eines Vorganges innerhalb des behördlichen Apparates und dem den Beamten im betrachteten Zeitraum eingeräumten Handlungsspielraum wird deutlich, daß die behördliche Überwachung zunehmend stärker und gleichzeitig rationeller wurde.

Zur französischen Zeit gab es bereits eine überregionale, über die Grenzen der Mairien und Arrondissements überwachende Instanz im Medizinalwesen. Die französische Verwaltungsorganisation hatte die Entscheidungsgewalt auf die Regierungsspitze verlagert, wodurch grundsätzlich Arrondissements- und Departementspräfekt in die Vorgänge eingebunden wurden.

Die Zusammenarbeit aller Verwaltungsebenen bei der Verfolgung von „Pfuschern“ und „Quacksalbern“ ermöglichte eine hohe Kontrolle und Überwachung. Nachteilig zeigte sich, daß durch dieses Vorgehen die innerbehördlichen Beteiligungen umfangreicher wurden und sich damit verbunden auch die Bearbeitungszeiträume der gegen Medizinalpfuscher eingeleiteten Verfahren verlängerte.

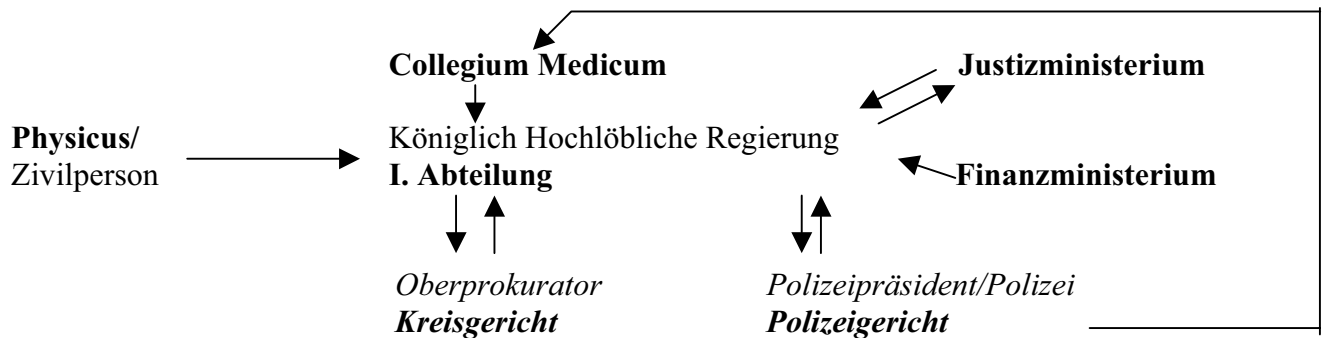


Behördlicher Weg einer „Anzeige“ gegen einen „Pfuscher“ oder „Quacksalbers“ zur Zeit des Rheindepartements

Verzögerungen im behördlichen Vorgehen gegen „Pfuscher“ und „Quacksalber“ begründeten sich auch darin, daß die Beamten auf unterer Ebene, der Maire und der Physicus, zur Zeit der französischen Verwaltung nur wenig Entscheidungsspielraum besaßen.⁶²⁷

Während sich zur französischen Zeit die „beschließende Kraft“ auf die Regierungsspitze konzentrierte und schließlich beim Präfekten lag, verschob sich während der preußischen Verwaltungsphase die Entscheidungs-Kompetenz und der damit verbundene Handlungsspielraum in untere Ebenen und damit letztendlich in die Hände des Physicus. Die verschiedenen Verwaltungsebenen, welche es zur französischen Zeit noch gab, hatten den führenden Beamten einen unterschiedlich hohen Grad an Befugnissen eingeräumt. Diese Verwaltungsebenen bestanden zur preußischen Regierungszeit nicht mehr. Der preußische Verwaltungsaufbau war weniger zentralistisch und ermöglichte dem Physicus, seine Anliegen direkt bei der Königlich Hochlöblichen Regierung vorzutragen. Durch den Wegfall zwischengeschalteter Ebenen vergrößerten sich gleichzeitig die Kompetenzen des Physicus zur preußischen Zeit. Sein Handlungsspielraum war wesentlich größer als der eines ehemaligen Kantonsphysicus, welcher in dem Arrondissements- und dem

Departementsphysicus zwei höher gestellte „Vorgesetzte“ hatte.⁶²⁷ Grundsätzlich nachteilig wirkte sich in dem französischen Verwaltungssystem der Umstand aus, daß der Präfekt ohne direkten Bezug zum Geschehen abschließend über eine Sache zu entscheiden hatte, welche ihm zuvor über mehrere Ebenen zugetragen worden war. Diese Umwege brauchte eine Eingabe gegen einen „Pfuscher“ während der preußischen Verwaltung nicht mehr zu nehmen, da jede Anzeige direkt bei der Registratur der Königlich Hochlöblichen Regierung einging.



Behördlicher Weg einer „Anzeige“ gegen einen „Pfuscher“ oder „Quacksalber“ unter Preußischer Verwaltung

Die unterschiedlichen Kompetenzen zur Zeit der französischen und preußischen Verwaltung sind nachfolgend vergleichend dargestellt.

französische Verwaltung	preußische Verwaltung
<i>Präfekt:</i> „Fiscale Untersuchung bei der Justizbehörde“	<i>Königlich Hochlöbliche Regierung:</i> Koordination: Justizministerium, Gericht, Collegium Medicum, Polizei
<i>Arrondissementspräfekt:</i> „Hausvisitation“ -> durch Maire „körperlicher Arrest“ des „Pfuschers“	-----
<i>Physicus:</i> „Strafandrohung“	<i>Physicus:</i> Vernehmung, Begutachtung „Polizeianordnung“: Vernehmung, Konfiskation

Kompetenzen der Verwaltungsbeamten zur französischen und preußischen Zeit im Vergleich

⁶²⁷ vgl. oben, Abschnitt 3.2.2.

⁶²⁸ vgl. Augustin (1818), „Medicinalpersonen“, S.210 ff. und „Medicinalwesen“ S.219 ff.; vgl. Münch (1995); vgl. Stürzbecher (1966).

Legt man die Zeiträume der behördlichen Korrespondenz zugrunde, innerhalb derer ein Fall zum Abschluß gebracht wurde, läßt sich sowohl unter französischer als auch preußischer Verwaltung eine Verkürzung der Bearbeitungszeiträume erkennen.

Französische Zeit:						Preußische Zeit:			
1799	1808	1809	(1811)	1812	1813	1819	(1842)	1846	1873
8 Mon.	7 Mon.	6 Mon.	(10 Mon. 2 Wo.)	6 Mon.	3 Mon.	2 Mon.	(6 Wo.)	2 Mon.	6 Wo.

Behördliche Bearbeitungsdauer einer „Anzeige“

Den Entwicklungsprozeß, welchen die behördliche Organisation dabei durchlaufen hat und welcher nicht zuletzt auf den Einzel-Erfahrungen im Umgang mit Medizinalpfuschereien beruhte, läßt sich durch das vorstehende Schema nicht wiedergeben. Hierzu ist ein Blick auf Einzelfälle nötig, um den Weg der behördlichen Rationalisierung näher zu beleuchten. Jeder einzelne verhandelte Fall gegen einen „Pfuscher“ leistete in diesem Prozeß einen kleinen Beitrag. Und manches dieser „Sandkörnchen im Professionalisierungsgetriebe“ von Behörde und Ärzteschaft hat später dazu beigetragen, die Organisation zur Ausgrenzung nicht-legitimierter Heiler noch effektiver zu gestalten.

7. Die Verfolgung von Vergehen gegen die Medizinal-Ordnung

Im folgenden werden ausgewählte Einzelfälle von zur Anzeige gebrachten Medizinalpfuschereien dargestellt. Die häufigsten Gründe dafür, daß nach einem Strafverfahren keine Verurteilung oder eine nur sehr milde Bestrafung erfolgte, lagen im Mangel an Beweisen (Kapitel 7.1.), zu allgemein gehaltenen Anzeigen (Kapitel 7.2.), einem Mangel an Sanktionsmöglichkeiten in den entsprechenden Gesetzen und Verordnungen (Kapitel 7.4.). Präventive Maßnahmen konnten regelmäßig nicht greifen, weil das zu verhängende Strafmaß in der Regel sehr niedrig angesetzt war (Kapitel 7.3.),⁶²⁹ es zudem „Pfuschern“ und Quacksalbern“ häufig gelang, einem Verfahren strafrechtlich auszuweichen (Kapitel 7.5.), oder Prozesse verschleppt wurden (Kapitel 7.6.). Ein Vorgehen gegen Medizinalpfuschereien stieß in der Regel an seine Grenzen, wenn die Obrigkeit selbst in solche involviert war (Kapitel 7.7.) oder Geistliche nachweisen konnten, daß sich die vermeintliche „Pfuscherei“ auf Pfründe-Handel bezogen hatte (Kapitel 7.8.). Wie und wann gegen „pfuschende“ Kaufleute eingeschritten wurde, soll Gegenstand des Kapitels 7.9. sein.

Das nun folgende Kapitel basiert auf Quellen, welche die Perspektive des „Heilen außerhalb der Medizinal-Ordnung“ verfolgenden Instanzen wiedergeben, womit jedoch nicht deren Wertungen übernommen werden sollen.

⁶²⁹ Die Tabelle in Abschnitt 7.3. beinhaltet nicht nur die im folgenden behandelten Einzelfälle, sondern auch die in Kapitel 6.1. aufgeführten „Pfuscher“ und Quacksalber“, sofern Angaben zu einer verhängten Strafe gemacht wurden.

7.1. „Mangelnder Beweis“

Trotz verbesserter Organisation und schärferer Aufmerksamkeit der Behörden den „Pfuschern“ gegenüber war das Vorgehen gegen nicht-legitimierte Heiler lange Zeit nicht effektiv.

Mehrheitlich scheiterte es in den untersuchten Fällen an der Erbringung eines ausreichenden Beweises, um ein abschließendes richterliches Urteil herbeizuführen, welches eine allgemein abschreckende Wirkung hatte.⁶³⁰

Häufig konnten strafbare Handlungen nicht nachgewiesen werden. In vielen Fällen wurde mangels Beweises nur der Verstoß gegen die Medizinalordnung, nämlich der Besitz und Handel mit betrügerischer Ware sanktioniert, nicht aber die schädlichen Folgen der Tat.⁶³¹

Auch nach behördlichem Bekanntwerden ließen sich viele „Pfuscher“ und „Quacksalber“ nicht davon abhalten, sich wiederholt über die Bestimmungen der Medizinal-Ordnungen hinwegzusetzen.

Dies ist auf das geringe Abschreckungsvermögen zurückzuführen, welches von den verhängten Strafen ausging,⁶³² möglicherweise auch auf die Ermangelung alternativer Einkommensquellen.

Auf Zeugenaussagen konnte die Beweisführung in den betrachteten Einzelfällen nur selten zurückgreifen. Ein Grund hierfür ist in der Gerichtsordnung von 1822 zu erkennen. Personen konnten vor Gericht nicht als eigentliche „Beweiszeugen“ zugelassen werden, wenn sie in einem verwandschaftlichen Verhältnis zu einer prozeßbeteiligten Partei standen. Dieser Fall trat besonders häufig in kleinen Gemeinden auf, wo der Verwandtschaftsgrad der Bürger untereinander besonders stark ausgeprägt war.⁶³³

Die soziale Vernetzung konnte einem „Pfuscher“ in einem späteren Prozeß einen „gewissen Vorteil“ verschaffen.⁶³⁴ Dieser „Vorteil“ konnte nachteilige Konsequenzen für den Kläger haben. Verzichtete das Gericht auf die Anhörung

⁶³⁰ sh. hierzu Kleinbreuer (1999), S.21: Zweck des Code Penal ist, „durch die vollstreckte Strafe generalpräventiv die Begehung weiterer Delikte dieser Art zu verhindern“.

⁶³¹ a.a.O. (1999): Damit erfüllte die verhängte Strafe nicht ihre Notwendigkeit „necessite“ und Nützlichkeit. Die einzelne Tat wurde nicht entsprechend nach der von ihr ausgehenden Gefahr auf die Volksgesundheit bemessen. Dieser Aspekt wird besonders von den Physici als Rechtfertigung für besonders strenge Strafen gegen Medizinalpfuschereien herangezogen.

⁶³² sh. Tabelle „Verfolgung und Bestrafung von Vergehen gegen die Medizinal-Ordnung“, Abschnitt 7.3., „Niedrige Bestrafung“.

⁶³³ Allgemeine Gerichtsordnung f. d. Preußischen Staaten (1822), S.282, §228.

⁶³⁴ sh. hierzu Schnabel-Schüle (1997), S.198: Besonders Frauen wurden „durch die solidarische Mithilfe der Dorf- und Stadtgemeinde, in der sie lebten, von Strafverfahren [gänzlich] verschont“.

von Zeugen, ließ sich der Beweis für die geltend gemachte Forderung nicht erbringen. Dieser Aspekt vermochte sicherlich das Klageverhalten in kleineren Gemeinschaften zu beeinflussen.⁶³⁵

In der kleinen dörflichen Gemeinschaft konnte den einzelnen aber auch „*Menschenfurcht, Freundschaft, Feindschaft oder irgend ein zeitlicher Vorteil*“ davon abhalten, vor Gericht als Zeuge aufzutreten.⁶³⁶ Der enge soziale Verband gab also zusätzlich zu der bereits an anderer Stelle erwähnten „Akzeptanz“, welche ein Pfuscher auf Grund seiner heilerischen Fähigkeiten genoß,⁶³⁷ in Stadt oder Dorf einen sozialen Rückhalt, welcher dem Ausmaß des behördlichen Einschreitens Grenzen setzen konnte.

Als Grund dafür, warum Zeugen den Prozeßverhandlungen fernblieben, ist aber auch anzuführen, daß viele eine Anklage wegen Meineides fürchteten, welche mit „*Verachtung, Verlust der Ehre, Aemtern und Würden*“ verbunden war.

Da der geleistete Eid maßgeblich zur Entscheidung anhängiger Verfahren beitrug, sah das Gesetz für beeidigte Falschaussagen auch besonders strenge Strafen vor.

Den einzelnen konnten aber auch „Glaubenskonflikte“ davor zurückhalten, eine Zeugenaussage vor Gericht zu leisten. Da Zeugnisse in der Regel zur Bekräftigung auch beeidet wurden, konnten Zugehörige bestimmter Religionsgemeinschaften damit verbunden in „innere“ Konflikte mit ihren Glaubensgrundsätzen geraten. Den Mitgliedern einiger religiöser Gemeinschaften wie den Mennoniten beispielsweise, welche besonders in der Gegend um Wuppertal vertreten waren, war grundsätzlich untersagt, eidlich vor Gericht auszusagen.⁶³⁸

Die Dokumentation zeigt, daß Zeugen und Prozeßbeteiligte in der Mehrzahl der Fälle zu anberaumten Gerichtsterminen nicht erschienen. Um die damit verbundenen nachteiligen Auswirkungen auf die Wahrheitsfindung zu begrenzen, forderten die Gerichtsordnungen bereits damals schon von allen Beteiligten, ein sogenanntes „*Außenbleiben*“ vom Prozeß gebührend und fristgerecht anzuzeigen.⁶³⁹ Die Verordnungen nannten kaum Gründe, die ein Nicht-Antreten vor Gericht entschuldigten: „*Verbitterungen*“ unter den Beteiligten oder auch

⁶³⁵ sh. Kapitel 4.3.2. „Klagen und soziale Verhältnisse“.

⁶³⁶ Allgemeine Gerichtsordnung für die Preußischen Staaten (1822), S.336 „Vorhaltung bei Zeugeneiden“.

⁶³⁷ sh. Kapitel 6.2. „Konkurrenz unter den Medizinalpersonen“.

⁶³⁸ Allgemeine Gerichtsordnung für die Preußischen Staaten (1822), S. 268, § 203.

⁶³⁹ Allgemeine Gerichtsordnung für die Preußischen Staaten (1822), S. 71, §5.

besondere „*Gemüthsstimmungen*“ unter den streitenden Parteien wurden nicht als Gründe akzeptiert, von der Verhandlung fernzubleiben. In solchen Fällen hatte das Gericht die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, die es gegebenenfalls nötig machten, jede Partei, abgesondert von der anderen, in „*verschiedenen Zimmern*“ zu vernehmen.⁶⁴⁰

Letzteres war sicherlich unter den engen, räumlichen Verhältnissen, welche am Düsseldorfer Friedensgericht herrschten, nur schwer umzusetzen. Denn das Düsseldorfer Friedensgericht befand sich in einem Zimmer des Rathauses, in welchem nicht nur gleichzeitig die „*Geschäfte des Personenstandes*“ besorgt wurden, sondern auch die Hauptverwaltung des Armeninstitutes untergebracht war. Ebenso fanden hier die Versammlungen des Municipalrates und die Salz-Repartition statt.⁶⁴¹

Nur wenn es sich bei einem Fall um eine Bagatellangelegenheit handelte und darüber hinaus die Reise für den einzelnen Zeugen unzumutbar war, konnte von einem persönlichen Erscheinen vor Gericht abgesehen werden.⁶⁴²

Der Nachweis von Gesetzesübertretungen unauthorisierter Heilender gestaltete sich gerade bei Tatgeschehen schwierig, in denen nicht nur eine, sondern mehrere Personen als mögliche Schuldige in Betracht kamen. Dieser Fall trat im betrachteten Zeitraum sehr häufig auf, weil es gängig war, im Verlauf einer Krankenbehandlung verschiedene Heiler, akademische und nichtakademische, gleichzeitig oder nacheinander mit ihren Diensten in Anspruch zu nehmen.

Ohne eindeutige Beweislage war es in diesen Fällen kaum möglich, den wahren „Pfuscher“ zu ermitteln bzw. unter den genannten Umständen ein dem Tatbestand angemessenes Urteil zu fällen.

⁶⁴⁰ Allgemeine Gerichtsordnung für die Preußischen Staaten (1822), S.71, §3.

⁶⁴¹ Ferber (1890), Teil II, S.5.

⁶⁴² Allgemeine Gerichtsordnung für die Preußischen Staaten (1822), S. 72, §6.

7.1.1. Der Fall Jüngerich, Beweisnot und Urteilsfindung

Exemplarisch hierfür steht der Fall gegen die „Quacksalberin“ Anna Katherina Jüngerich aus dem Amte Steinbach im Jahre 1799.⁶⁴³

Am Ende ihrer Schwangerschaft traten bei der Ehefrau Löb *„anhaltend starker Blutfluss nebst Schwindel und eine an Ohnmacht grenzende Schwäche“* auf. Daraufhin konsultierte ihr Ehemann die „Quacksalberin“ Jüngerich. Zuvor hatten die Eheleute bereits ohne therapeutischen Erfolg die *„medikamentöse Hilfe“* eines im *„hiesigen Lande nicht seiner Angabe gemäß aber in dem Stifte Burtscheid legalisierten Arztes oder Wundarztes Wülfig“* in Anspruch genommen. Ebenso erfolglos war die Hinzuziehung des Wundarztes Pfuhler und des *„Preußischen Doktors“* Kramer gewesen.

Die akademischen Ärzte hatten bei der Heilung der Ehefrau Löb genauso wenig erreicht wie die nicht-legitimierten Heiler.⁶⁴⁴ Trotz aller Bemühungen kam die Frau Löb am 12.7.1798 abends mit einer *„unzeitigen Geburt“* einer *„Frucht von ungefähr 5 Monathen“* nieder.⁶⁴⁵

Die Totgeburt wurde zunächst von den Nachbarinnen, die der Geburt beigewohnt hatten *„in der Stille nächst der Kirchfortes Mauer eingescharret.“* Nachdem der Ehemann Löb dem Amtsphysicus Gotthof von dem tragischen Vorfall berichtet hatte, wurde die Leiche exhumiert und die weitere gerichtliche Untersuchung eingeleitet. Die Untersuchung wurde vor dem Jülich-Bergischen Hofrat durchgeführt. In welchem zeitlichen Verhältnis die einzelnen Heiler mit ihren Medikamenten in die Behandlung der Frau Löb involviert waren, bevor es zum tragischen Vorfall kam, läßt sich aus der Dokumentation nicht eindeutig ableiten. Nur über die Arzneien des nichtlegal praktizierenden Wülfig wurde aus den Akten bekannt, daß sie zum Zeitpunkt der heilerischen Tätigkeit der Anna Katherina Jüngerich von der Patientin noch eingenommen wurden.

Obwohl die *„Frage ..., ob der Doktor Kramer, der Chirurgus Pfuhler, der Wülfig oder die Inculpatin die schädliche Arznei ordinirt habe, gegenwärtig“* für den Richter *„unauflöslich“* war, wurde eine mögliche Täterschaft des Wundarztes

⁶⁴³ HSTaD Jülich-Berg Hofrath A 250 (1799), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

⁶⁴⁴ Ehrenreich (1986), S.31.

⁶⁴⁵ HSTaD Jülich-Berg Hofrath A 250 (1799), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

Pfuhler, welcher ebenfalls die Ehefrau Löb zu einem unbekannten und nicht weiter ermittelten Zeitpunkt mitbehandelt hatte, vom Gericht von vornherein ausgeschlossen: Im Verhandlungsgeschehen wurde er nicht weiter vernommen. Auch wurde seine Objektivität in diesem Fall nicht angezweifelt, da man ihn zusammen mit dem Amtsphysicus Gotthoff mit der medizinisch-gerichtlichen Begutachtung beauftragte und ihm dazu sämtliche im Hause Löb vorgefundenen Arzneien sowie die Totgeburt übergeben hatte. Im Falle des Wundarztes setzte die Obrigkeit einfach die Unschuld voraus, wahrscheinlich aus dem Grunde, weil er ein Patent besaß und damit als Heiler eine Legitimation hatte.

Der beeidigte Bericht der „Kunstverständigen“ Pfuhler und Gotthof wurde an das Collegium Medicum zur „gutachterlichen Äußerung“ weitergeleitet.⁶⁴⁶ Von diesem sollte die Frage geklärt werden, „*ob und in welchem Grade [lediglich] die von der Inculpatin, von der Quacksalberin Jüngerich, verordneten Arzneien die unzeitige Frucht abzutreiben veranlaßt oder befördert*“ hatten.

Die beeidigten Zeugenaussagen der Nachbarinnen Wilhelm und Müller beschränkten sich nur auf eine Identifikation der vergrabenen Totgeburt.

Der weitere Verlauf der Verhandlung zeigt, wie schwierig die Entscheidungsfindung für den untersuchenden Richter war. Für eine Verurteilung der Jüngerich mußte es „*erwiesen*“ sein, daß es die von der „*Inculpatin ordinirten Arzneien*“ waren, welche die zu frühe Niederkunft bewirkt hatten, um sie am Ende auch wirklich „*dieses schweren Vergehens für schuldig zu befinden*.“

Als Beweismaterial konnten den Kunstverständigen nur noch die von der „Quacksalberin“ verwendeten Arzneien zur Begutachtung vorgelegt werden.

⁶⁴⁶ HSTaD Jülich-Berg Hofrath A 250 (1799), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, wenn nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

Eine Aussage der Hauptgeschädigten, der Ehefrau Löb, ist in den Gerichtsunterlagen nicht zu finden. Wenn sie überhaupt an dem Termin teilgenommen haben sollte, dann nur im Beisein ihres Mannes, wie es damals noch in einigen Provinzen durch die sogenannte „Geschlechtsvormundschaft“ vorgeschrieben wurde.⁶⁴⁷ Herr Löb jedenfalls hat in der Verhandlung für seine Frau das Wort ergriffen und dabei eindeutig die Schuld an dem Fehlgebären seiner Frau der „Quacksalberin“ zugewiesen. So wären es *„die Arzneien der Frau Jüngerich“*, welche die Patientin einst *„so krank gemacht“* hatten, daß sie mit den *„heiligen Rechten der Kirche versehen“* werden mußte und *„zweymahl dem Tode nahe gewesen sey“*.⁶⁴⁸

Die Aussage des Chirurgus Wülfig auf die Frage, welche Arzneien er der Ehefrau Löb verschrieben hatte, wurde angezweifelt: *„Wer bürget dafür, ob er die Wahrheit angegeben, und ob er nicht vielmehr jene Ingredienzen verschwiegen“* hatte, *„welche ihn compromittieren konnten“*. Das Gericht war der Überzeugung, daß *„Wundärzte durch die Vorschrift innerer Mittel Unheil“* anrichteten und vertrat darüber hinaus den Standpunkt, daß über den Wülfig und seine *„Legalisierung an irgend einem Orte nicht zuverlässiges erhellt, nicht einmal die Vermuthung eines geschickten Kunstverständigen“*.

Anders verhielt es sich mit der Aussage des „Preußischen Doktors“ Kramer. Als „Arzt“ war er dem Richter „glaubwürdig“, was ihn veranlaßte, gleich zu Protokoll zu geben, daß seine „Vorschrift zweckmäßig“ war. Auch an dieser Stelle läßt das Verhandlungsgeschehen noch einmal deutlich erkennen, daß Abstufungen in der Glaubwürdigkeit der Heiler proportional zu ihrer formalen Qualifizierung gemacht wurden.

⁶⁴⁷ Allgemeine Gerichtsordnung für die Preußischen Staaten (1822), S.22, §24; sh. hierzu auch Holthöfer (1997), S.390 über die „Geschlechtsvormundschaft“: *„Frauen konnten ihre Rechte nicht in gleicher Weise wie ein Mann selbständig wahrnehmen und bedurften eines männlichen Beistandes oder mußten gar die Führung ihrer Geschäfte gänzlich einem Mann überlassen“*. Zuletzt gab es nach gen. Verfasser eine Geschlechtsvormundschaft nur noch zwischen Ehemann und Frau, die sogenannte eheliche Vormundschaft oder Ehevogtei, in: Holthöfer (1997) S.391. Weiterhin geht Holthöfer davon aus, daß *„mit dem ALR von 1794 und dem Code Civil von 1804... eine neue Phase in der Geschichte der privatrechtlichen und prozeßrechtlichen Emanzipation der Frau...“* begann, *„unter Abbau von Beschränkungen ihrer Handlungs- und Prozeßfähigkeit“*. Diese Aussage läßt sich durch ein verstärktes Klageverhalten der Frauen in der 2. Hälfte des Berichtszeitraumes belegen. Unter der „Gerichtsfähigkeit“, der sogen. „ius standi in iudicio“ einer Person wird die „Fähigkeit“ verstanden, ein subjektives Recht gerichtlich geltend zu machen. Hierunter fallen sowohl „Parteifähigkeit“, Zugestehen prozessualer Rechte und die Prozeßfähigkeit (eingeräumtes Recht, Prozeßhandlungen wirksam vornehmen zu können), in: Holthöfer (1997), S.588, „Die Rechtsstellung der Frau im Zivilprozeß“.

⁶⁴⁸ HSTaD Jülich-Berg Hofrath A 250 (1799), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, wenn nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

Auch das Gutachten der Kunstverständigen Gotthof und Pfuhler war in den Augen des Richters nur wenig geeignet, um mit „Gewißheit“ die Inculpatin Jüngerich als schuldig zu überführen.⁶⁴⁹ Der Richter hielt es sogar für „unzuverlässig“, da zwischen den Arzneigaben der Frau Jüngerich auch der Wülfing ordiniert hatte und die beschriebene „böse Wirkung“ vielleicht auch auf seine Arznei zurückgeführt werden konnte. Das Gutachten enthielt lediglich die beeidigte Krankheitsgeschichte der Ehefrau Löb. Der Hauptgesichtspunkt, nämlich die medikamentöse Therapie, wurde dabei „völlig außer Augen“ gelassen; das Gutachten der „Kunstverständigen“ richtete „sein Augenmerk blos darauf“, ob die Beschuldigte aus „Unwissenheit oder Bosheit gesündigt“ hatte. Dennoch betonten die Sachverständigen aus Meinbach, daß die „von der Jüngerich verordnete Medizin dem Zustande der kranken Frau gar nicht angemessen und die verschriebene Jalapp in den Eingeweiden der Schwangeren krampfartige Spannungen verursacht habe und aus diesem Grunde die Jalapp ihre abführende Wirkung nicht habe äußern können, sohin anstatt dessen Beängstigung und Aufschwellung des Unterleibs eingetreten sey“.

Nach dieser eindeutigen Schuldzuweisung gestanden die Gutachter allerdings der Quacksalberin zu, nur aus „Unwissenheit“ und nicht „boshafft“ gehandelt zu haben.

Ein differenzierendes Urteil über die Arzneiverordnung der Katherina Jüngerich wurde dann von dem begutachtenden Collegium Medicum abgegeben. Die chemische Analyse der eingesandten Arzneien hatte ergeben, daß nicht „mit Grund behauptet werden könne, daß die Inculpatin durch das von ihr der Ehefrau Löb gegebene Mittel, welches in einer gar geringen Dosis Jalapa Pulver bestanden, die Abtreibung der unzeitigen Frucht im 5. Monath veranlaßt oder auch befördert habe, indem nachher erst Scherer Wülfing derselben stark abführende Arzneyen gegeben, besagter Ehefrau aber bereits im Anfange ihrer Schwangerschaft öfters Anfälle von Mutterbluten erlitten, auch deshalb schon andere Ärzte um Rath gefragt, deren Folgen früh oder spät ein solches Gebären nach sich zogen“.

⁶⁴⁹ HSTaD Jülich-Berg Hofrath A 250 (1799), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, wenn nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

Schließlich wurde die beschuldigte Frau Jüngerich richterlich nach dieser Arznei befragt. Erst versuchte sie durch „*Fackeln*“ (ugs. „zögern“) einer Überführung zu entgehen.⁶⁵⁰ Sie gab zu Protokoll, „*es wäre eine Herztinktur gewesen, welche sie von einem Thüringer gekauft habe, sie wisse nicht, woraus sie bestanden habe, sie hörte aber, daß sie keinem Menschen schädlich gewesen sey*“. Im weiteren Verhandlungsgeschehen korrigierte sie ihre Aussage und gab zu, daß es ihr „*bestürzt*“ erst „*beygefallen*“, als sie „*sich besonnen hatte*“, daß sie doch selbst eine Verordnung gegeben hatte. Weiterhin bezeugte sie, daß sie die im 5. Monat befindliche Ehefrau „*nicht für schwanger gehalten hatte*“, und sie konnte auch keine „*motivirte Vermuthung angeben, ...warum sie derselben diese Arzney und keine andere gegeben hatte*.“ Später „*entschuldigte*“ sie sich auch damit, „*daß sie ihr nur etwas Jalapp gegeben*“ hatte, „*welche keinem Menschen schaden konnte*“.⁶⁵¹

Die für eine Verurteilung erforderlichen Beweise konnten in der Verhandlung nicht erbracht werden. Wichtige Verhandlungsdetails, eine zeitliche Einordnung aller in das Behandlungsgeschehen involvierten Heilpersonen und ihrer Arzneien, die Frage nach dem „wer, wie und wann“ ließen sich als Grundlage für eine Urteilsfindung nicht erbringen. Aus den wenigen Fakten galt es nun für den Richter, die Hauptfrage zu entscheiden, in welchem Grade die Inculpatin Jüngerich ursächlich den Abort der Ehefrau Löb „*veranlaßt*“ oder gar „*befördert*“ hatte.⁶⁵²

Obwohl der zuständige Richter mehrfach die zentrale Frage der Mitschuld ansprach, konnten die erforderlichen Angaben nicht erbracht werden und eine Verurteilung herbeiführen.

Aus diesem Grunde ließen sich die „*schweren Anschuldigungen*“ gegen die „Quacksalberin“ nicht aufrecht erhalten. Ebenso wenig konnte der Beweis erbracht werden, daß ihr Verhalten „*dolose*“ oder vorsätzlich war.

⁶⁵⁰ HSTaD Jülich-Berg Hofrath A 250 (1799), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, wenn nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

⁶⁵¹ a.a.O. (1799); Radix und Extractum Jalappae wurden um 1725 in der Arzneimittelgruppe der sogen. Purgantia zu den „stärker“ wirkenden „Abführmitteln“ gezählt, den sogen. „Purgantia fortiora“. Resina Jalappae gehörte sogar zu den „ganz stark“ wirkenden Mitteln, den „Purgantia fortissima“. Ab 1830 wird Jalapp in der Gruppe der Laxantia den „Drastica“ zugeordnet, in: Schneider (1975), Bd.II, S.63.

⁶⁵² HSTaD Jülich-Berg Hofrath A 250 (1799), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, wenn nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

Der fiskalische Anwalt, also im heutigen Sinne der Staatsanwalt, betonte zwar in seiner Anklage, daß Anna Katherina Jüngerich, die sich mit *„Dreistigkeit“* als eine „Quacksalberin“ *„ungeachtet der schärfsten Edikte mit Kuren im Amte Meinbach abgegeben und der Himmel weiß, welchen Nachtheil der Menschheit bereits zugeführt“* hatte, die *„schärfste Ahndung der Richter“* verdiente.⁶⁵³ Der Besitz von *„durchgehend Thüringer Arzneyen“*, welcher nach Ansicht des Staatsanwaltes als eine *„betrügerische Waare“* galt, mußte als ein Verstoß gegen §41 der Medizinalordnung *„wider aller dergleichen Quacksalber...bey hoher fiscalischer Strafe“* geahndet werden.

Die Folgen dieses *„groben Vergehens“* gegen *„die gnädigsten Edikte“* konnten aber mangels einer eindeutigen Beweisführung nicht bestraft werden. Der „Quacksalberin“ konnten durch fehlenden gerichtlichen Beweis nicht *„coram judice“* ihre Tat bewiesen werden. Von strafrechtlichen Sanktionen mußte deshalb in diesem Fall abgesehen werden.

Dennoch wurde der Verstoß gegen die Medizinalordnung mit 40 Reichstalern Strafe belegt. Hinzu kamen *„sämmliche Untersuchungs- und Beurteilungskosten“*, die sich auf *„28 rg., 39 Stüber“* beliefen und die Konfiscation der auf das *„Quacksalberhandwerk bezug habenden Instrumente“*.

Die „Quacksalberin“ Jüngerich wurde damit im Vergleich zu anderen „Pfuschern“ verhältnismäßig streng bestraft.⁶⁵⁴ Im Durchschnitt wurden „Pfuscher“ höchstens mit 12 Reichstalern belangt, „polizeilich“ verwarnet oder *„schärfste“* Verbote und *„Strafgebothe“* angedroht. Der Jüngerich hingegen hatte man zusätzlich auch noch ihre Thüringer-Arzneien abgenommen. Weil diese teuer waren, hatte sie auch einen hohen Verlust in Sachwerten. Darüber hinaus wurde ihr vom Gericht weiteres Quacksalbern in *„hiesigen Landen bei unnachsichtlicher Zuchthausstrafe“* untersagt.⁶⁵⁵

Das vorliegende, gerichtliche Urteil bestraft damit die Ersttäterschaft der „Quacksalberin“ Jüngerich „milder“ als eine mögliche Wiederholungstat. Um einem möglichen „Quacksalber“ aber sein Gewerbe gänzlich zu verleiden, hätte

⁶⁵³ HSTaD Jülich-Berg Hofrath A 250 (1799), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, wenn nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

⁶⁵⁴ sh. im Vergleich „Strafen“ in Tabelle „Verfolgung von Vergehen gegen die Medizinal-Ordnung“, Kapitel 7.3.

⁶⁵⁵ HSTaD Jülich-Berg Hofrath A 250 (1799), ohne Blattangabe.

unter generalpräventivem Aspekt die erste von ihm begangene Straftat hart sanktioniert werden müssen.

Obwohl in diesem Fall die Erstbestrafung der Beschuldigten verhältnismäßig hoch ausfiel, war dennoch die verhängte Strafe nicht geeignet, Frau Jüngerich in ihrem Tun nachhaltig zu beeindrucken. So versprach zwar die Frau Jüngerich „*Besserung zu ihrer Entschuldigung*“,⁶⁵⁶ forderte aber zugleich die „*Rückerstattung der ihr abgenommenen Instrumente*“. Auch wollte sie mit ihrem Ehemann „*künftiges Frühjahr in ein anderes Amt, die Herrschaft Gimborn ziehen, und bat aus diesem Grunde um freyen Abzug*“. Beide Aussagen deuten darauf hin, daß die verhängte Strafe die „Quacksalberin“ nicht vor der Begehung einer Wiederholungstat abschrecken konnte. Vielmehr zeigen die „Reisepläne“ der „Quacksalberin“, welche mit ihrem Mann örtlich ungebunden auf einem Pachtgute lebte, daß sie sich auf die unterschiedlichen Rechtsordnungen der kleinen Territorialstaaten eingestellt hatte. Sie wollte das Land verlassen, um somit nicht mehr gegen dessen Gesetze zu verstoßen.

Die Anklage der Eheleute Löb ist eine der wenigen, die aus der Bevölkerung heraus und damit von einem unmittelbar Betroffenen gestellt wurde. In der Mehrzahl der Fälle erfolgte die Anzeige über den Physicus oder durch Polizeibeamte. Aus den Erörterungen dieses Falles vor Gericht geht besonders deutlich das Konsultationsverhalten der Patienten hervor: Wie für die Zeit typisch,⁶⁵⁷ wurden nacheinander und zeitweilig auch gleichzeitig legitimierte und nicht-legitimierte Heilpersonen hinzugezogen.

Aus diesem Grunde wird auch angenommen, daß die Bestrafung der „Quacksalberin“ am Ende strenger ausfiel, weil es in diesem Fall überhaupt zu einer gerichtlichen Verhandlung kam. In der Mehrzahl der Fälle, welche von den Beamten zur Anzeige gebracht wurden, fehlten die „eigentlichen“ Kläger, und damit auch die Richter.⁶⁵⁸

⁶⁵⁶ HSTaD Jülich-Berg Hofrath A 250 (1799), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, wenn nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

⁶⁵⁷ vgl. Loetz (1993); vgl. Lindemann (1996).

⁶⁵⁸ sh. hierzu: Stoll (1813), 3. Teil, S.231; Stoll führt die „*inconsequenten Prozeduren*“ der Gerichte auf den Umstand zurück, daß es keine Kläger gab: „*Wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter*“.

7.1.2. „Geschädigte“ treten nicht als Kläger auf: Der „Betrug“ läßt sich nicht nachweisen. Der Fall Peter Sock und Jacob Bellinghausen

Die Gründe, warum in vielen Fällen das Privatinteresse zurückgestellt und auf eine offizielle Beschwerde gegen einen „Quacksalber“ verzichtet wurde, waren nicht allein auf die finanzielle Situation des einzelnen zurückzuführen. Nach Stoll lag es vielmehr auch an den meist sehr engen, persönlichen Verhältnissen einer dörflichen Gemeinschaft.⁶⁵⁹ Nicht selten stand ein „Quacksalber“ mit einflußreichen Personen der Gemeinde in Verbindung. Bei einem gerichtlichen Vorgehen konnte sich dieser Umstand später für den einzelnen nachteilig auswirken.

Auch in zwei Fällen des „*verbothswidrigen Verkaufs innerlicher Arzneien*“, der „*Harlemmer Tropfen*“,⁶⁶⁰ konnte am Ende des Verfahrens nur eine Konfiscation der vorgefundenen Arzneien angeordnet werden. Der Verdacht des Betruges konnte im Fall Peter Sock dem „Quacksalber“ nicht nachgewiesen werden.⁶⁶¹ Mangels Zeugen und Beweisen, vor allem aber durch die fehlende und „unmittelbare Klage“ direkt Betroffener konnte die abschließende gerichtliche Ermittlung den „Quacksalber“ nicht überführen.

Der Polizeipräsident hatte den Kleinhändler am 24.4.1819 bei der Königlich Hochlöblichen Regierung angezeigt, weil bei dem Beschuldigten „26 *Fläschchen Harlemmer Tropfen vorgefunden*“ wurden.⁶⁶²

Die Polizei hatte diese sofort konfisziert und die Tropfen auch „*chemisch untersuchen*“ lassen.⁶⁶³ Denn Peter Sock stand nicht nur in dem Verdacht, unerlaubterweise mit den Harlemmer Tropfen gehandelt zu haben, sondern diese auch noch für teures Geld an seine Kundschaft abgesetzt zu haben. Eine chemische Untersuchung sollte helfen, den wirklichen Inhalt und damit den eigentlichen Wert dieser Tropfen zu ermitteln.

⁶⁵⁹ Stoll (1813), S.239.

⁶⁶⁰ HSTa Reg. Köln 1257 (1819), Blatt 12-14. „*Harlemer Oel: Ol. Terebinthinae sulphuratum*“. In Frankreich z.T. „*Mischungen aus Ol. animale foetid., Ol. Terebinth., ohne und mit Kampfer*“, in: Schneider (1975), Band IV, S.62.

⁶⁶¹ HSTa Reg. Köln 1257 (1819), Blatt 12 und 13.

⁶⁶² a.a.O. (1819), Blatt 12.

⁶⁶³ a.a.O. (1819), Blatt 13.

Sie ergab: *„daß dieselben aus Schwefel-Kohlen- und Wasserstoff in Terpentinöl gelöst bestehen. Der Kohlen- und Wasserstoff rühren von dem zu dieser Mischung angewandten durch Sieden zersetzten Leinöle her und die Mischung stimmt mit dem in der Königlich Preußischen Pharmacopoea aufgenommenen geschwefelten Terpentinöl überein, und enthält letztends eine geringe Menge Terpentinöl“*.⁶⁶⁴

Nach der quantitativen Analyse der eingesetzten Stoffe zuzüglich der Kosten für die Bearbeitung stellte sich heraus, daß der Preis für ein solches Fläschchen allerhöchstens mit „4 Stüber“ hätte taxiert werden dürfen.⁶⁶⁵

Von wem ursprünglich der Hinweis an die Polizei gelangte, daß Peter Sock überhöhte Preise für seine Harlemmer Tropfen von der Kundschaft nahm, geht aus der Dokumentation nicht hervor. Damit das Gericht tätig wurde, mußte hier die Polizei die Anzeige erstatten. Die Beobachtung des Beamten reichte später nicht aus, um ein Ermittlungsverfahren zu bewirken.

Auch die Anzeige gegen Jacob Bellinghausen in Köln⁶⁶⁶ verlief zunächst anonym und wurde durch den Polizeipräsidenten der Königlich Hochlöblichen Regierung am 7.4.1819 angezeigt. Auch in diesem Fall stand der Beschuldigte in Verdacht, in betrügerischer Absicht mit den Harlemmer Tropfen gehandelt zu haben. Dieser Verdacht konnte nicht nachgewiesen werden, und der Beschuldigte konnte den überhöhten Preis der verkauften Harlemmer Tropfen damit rechtfertigen, daß sein Lieferant in Harlem für das Fläschchen bereits „15 Stüber“ verlangt hatte.⁶⁶⁷

Hatten sich die Preise der *„rohen Materialien des Auslandes stark verändert“*, konnte auch leicht irrtümlicherweise der Verdacht des Betruges aufkommen. Da noch keine verbindlichen Übersichten existierten, welche *„Preise“* in solchen Fällen *„zu nehmen waren“*, sollten die Medizinalkollegien, so der Direktor des Medizinalrates zu Düsseldorf, *„alle halbe Jahre“* die Preisentwicklung bemerken, um diese *„Inkonvenienz“* abzustellen.⁶⁶⁸

⁶⁶⁴ HSTa Reg. Köln 1257 (1819), Blatt 13.

⁶⁶⁵ a.a.O. (1819), Blatt 13.

⁶⁶⁶ HSTa D Reg. Köln 1257 (1819), Blatt 14 und 15.

⁶⁶⁷ HSTa D Reg. Köln 1257 (1819), Blatt 15.

⁶⁶⁸ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 52.

7.1.3. Eine Gemeinde zeigte Initiative : Der Fall Godfried Siegener

Besonders schwierig wurde es für die Justiz, gegen „Pfuscher“ und „Quacksalber“ gerichtlich vorzugehen, wenn sich ganze Gemeinden hinter diese stellten und sogar vor Gericht für den „Quacksalber“ eintraten. Die Bitte um „*Nachsicht und Schonung*“ vor den oberen Behörden beruhte nicht nur auf Mangel an Aufklärung der ländlichen Bevölkerung.⁶⁶⁹ Nach Stoll war es vielmehr die Not, weil „*bessere Hilfe*“ fehlte, welche die Menschen vor allem auf dem Lande veranlaßte, für die Beibehaltung des „Quacksalbers“ einzutreten.⁶⁷⁰

Die Obrigkeit konnte in dem betrachteten Zeitraum noch nicht der Gesamtbevölkerung eine medizinische Versorgung durch approbierte Heilpersonen gewährleisten.⁶⁷¹ Auch verhielt es sich „*mit der Medizin und Chirurgie...wie mit allen Künsten und Wissenschaften: die größte Zahl ihrer Eingeweihten*“ stand „*auf der untern, ein mäßiger Theil auf der mittlern und die kleinste Zahl auf der höhern Stufe*“.⁶⁷² Hinzu kommt, daß der Gedanke einer umfassenden Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen Leistungen erst in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts aufkam und dann vor allem von den Ärzten propagiert wurde, d.h. von einer Gruppe, die ein Eigeninteresse am Aufbau solcher Dienste hatte.

Ein „*Ausmerzen*“ der medizinischen Puscherei hätte nach den Worten des Physicus zugleich ein „*umschaffen*“ und „*neuausmustern*“ der „*ganzen Zunft der jetzigen Aerzte und Wundaerzte*“ bedeutet.⁶⁷³ Da „*die Zahl der Bleybenden*“ danach „*bey weitem die geringste sey*“ stand die Obrigkeit vor dem Problem, „*woher*“ sie „*den Abgang ersetzen*“ sollte.⁶⁷⁴

Schwabe führt es auf die „Unvollkommenheit“ der Heilkunde zurück, daß die Regierung im Falle von Quacksalberei häufig Nachsicht üben mußte.⁶⁷⁵

Unter den geschilderten Umständen waren „*gewisse Klassen der Puscherei*“, zu denen die ärztliche Polemik auch die Wundärzte zählte, wenigstens für „*einen Theil ihrer Puscherei* [von der Regierung] *privilegiert*“.⁶⁷⁶

⁶⁶⁹ Stoll (1813), 3. Teil, S.232.

⁶⁷⁰ Stoll (1813), 3. Teil, S.232.

⁶⁷¹ Stürzbecher (1966), Bd. 18, S.136.

⁶⁷² HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1811), Blatt 71.

⁶⁷³ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1811), Blatt 71.

⁶⁷⁴ a.a.O. (1811), Blatt 71.

⁶⁷⁵ Schwabe(1786), S.259; s.a. Richter (1716), S.57.

⁶⁷⁶ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 23.

Anderen „Pfuschern“ wurde *„bis hierhin nachgesehen, vielleicht weil man das Uebel in seiner Größe nicht kannte“*.⁶⁷⁷

Gerade aber dieser Nachdruck von Seiten der Obrigkeit wäre, so Departementsphysicus Servaes, Voraussetzung gewesen, um das Problem der „Pfuscherei“ auszuräumen.⁶⁷⁸

Die behördliche Toleranz hatte auch den „Quacksalber“ Siegener *„ungesehen der öfteren Verbothe seine Quacksalbereien... ungescheuet“* fortsetzen lassen.⁶⁷⁹

Sogar nach 12 Jahren bescheinigte ihm noch ein Patient, daß der „Quacksalber“ ihm einen *„Schaden am Fuß“* zur *„vollsten Zufriedenheit“* behandelt hatte.

Ob dieser Fall einst von Maire oder Physicus dem Unterpräfekten zur Kenntnis gebracht wurde, bleibt in den Akten ungeklärt. Den Siegener hatte man für sein unerlaubtes Heilen erst unter Arrest gestellt, später mußte der Fall aber erneut verhandelt werden, weil der „Quacksalber“ die *„ihm zuerkannte Arreststrafe wegen einer ihm zugestoßenen Krankheit nur 8 Tage ausgehalten“* hatte.

Der Antrag des Unterpräfekten des Arrondissements Elberfeld am 10.12.1809 bei dem Präfekten des Rheindepartements forderte, den Quacksalber zumindest *„mit einer Geldbuße zum besten des hiesigen Armeninstitutes“* zu belangen.

Da aber bei der erneuten Gerichtsverhandlung zahlreiche Patienten das heilerische Geschick und die erfolgreichen Kuren des *„Quacksalbers bezeugten“*, kam der „Quacksalber“ nach Wiederaufnahme des Verfahrens mit einer sehr viel milderen Strafe davon. Offensichtlich hatte der Siegener, wie es Stoll in vergleichbaren Zusammenhang beschrieb, bei der Allgemeinheit seine Anhänger gefunden.⁶⁸⁰

Im übrigen gab es wohl auch unter der Obrigkeit und in den öffentlichen Ämtern Patienten, die selbst die Hilfe des „Quacksalbers“ in Anspruch genommen hatten. So wirkte sich im Endeffekt der Rückhalt, den der Siegener im Publikum genoß, begünstigend auf das Strafmaß aus.

Die *„I. Division Policey“* in Düsseldorf verzichtete in ihrem abschließenden Urteil am 18. Dezember 1809 sogar gänzlich auf eine Strafe. Dem *„Godfried Siegener, der eine Arreststrafe von 8 Tagen bereits verbüßt“* hatte, sollten die

⁶⁷⁷ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 24.

⁶⁷⁸ HSTaD Großherzogtum Berg 5512(1810), Blatt 7.

⁶⁷⁹ Großherzogtum Berg 11534 (1809), „Die Bestrafung des Godfried Siegener wegen ausgeübter Quacksalberei, Elberfeld“, ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

⁶⁸⁰ Stoll (1813), 3.Teil, S.232.

*„übrigen 3 Wochen jedoch unter der Verwarnung erlassen seyn“, daß „er sich für die Zukunft aller Quacksalberei schlechterdings zu enthalten habe“.*⁶⁸¹

Im Fall Siegener ist nicht auszuschließen, daß das Gericht möglicherweise auch auf die wirtschaftliche Situation des Beschuldigten Rücksicht genommen hatte. Hätte die soziale Lage es dem „Quacksalber“ nicht ermöglicht, die vom Unterpräfekten geforderte Geldbuße aufzubringen, wäre der Siegener anschließend der Armenkasse und damit der Gemeinde zur Last gefallen.

Im nachfolgenden sollen die Zeugenaussagen im einzelnen betrachtet werden, um die vielfachen Erfolge des G. Siegener gerade bei der Behandlung äußerer Krankheiten zu veranschaulichen. Sie zeigen, daß sein Klientel nicht nur einem weiträumigeren Umfeld von Elberfeld entstammte. Aus diesen Beschreibungen läßt sich auch entnehmen, warum die Gemeinde für ihn vor Gericht eintrat. Sein heilerisches Wirken wurde von dem einzelnen als Nutzen empfunden.

Den Heinrich Dahlmann hatte der Siegener *„von einer ungefähr halbjährlichen Bettlägrigen Krankheit wieder so weit gebracht, daß [er] jetzt wieder gehen kann.“* Vorher war er *„nicht im Stande..., mit einer Krücken zu gehen, dieweil [er] noch vorher das Bein ganz krum halten mußte“.*

Die Frau des Adolph Spür hatte der Quacksalber an einem *„Brust Geschwür curirt“*, und nach der Behandlung hatte *„sich alles befunden, wie er [es] gesagt hat“*. Nicht nur den Herrn Reilig, sondern auch seine *„Frau und das Kind“* hatte der Beschuldigte *„als Wundarzt mit der vollkommenen Zufriedenheit bedient“*. Wilhelm Bornscheuer wurde sogar *„ein Schwamm vom hintern Theil des Kopfs“* abgeschnitten, *„wo die Brocken schon am Faulen waren, denn der Schwamm war sehr schwer“*. Auch hatte der G. Siegener medizinische Hilfe geleistet, wo ein Patient nach *„Hülff suchen“* mußte, weil ihn *„[seine] Chirurgen verlassen hatten“* und er sich *„alle Tage schwächer“* fühlte. Der Siegener hatte den Patienten *„in Zeit wieder curiret.“* Auch Burmann aus Elberfeld gab an, *„daß G. Siegener seiner Tochter vorm Jahr an einer Hand, welches schon viele Wundärzte in der Cur hatten, wieder völlig geholfen“*. Auch ein Patient namens Schermele aus Cronenberg versicherte, daß er *„voriges Jahr bey überfallender Giftkrankheit und nachherigem Fußbruch vom G. Siegener soweit als es die chirurgische Hilfe*

⁶⁸¹ Großherzogtum Berg 11534 (1809), „Die Bestrafung des Godfried Siegener wegen ausgeübter Quacksalberei, Elberfeld“, ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

erforderte, *bedient worden, auch damit völlig zufrieden*“ war.⁶⁸² Familie Neuhaus wurde vom Siegener nach eigenen Aussagen *„in wichtigen Sachen redlich und gut bedient“*. Friedrich Klein *„bezeugte“*, daß der Siegener ihm *„eine Hand hat curirt, die so schlimm aussahe, daß [ihm] bange war, [er] hätte sie verlieren müssen. Sobald [er] 8 Tage war bey ihm gewesen, da war ich ohne Sorgen wieder, sonst hätte ich in der Zeit von 5 Wochen keine Besserung spüren können“*. Auch wurde nach der eidesstattlichen Aussage des Kleinhartz und Weinroth dem Siegener *„bescheinigt“*, dem *„Steinbrecher M. Neureuther dem ein Bein auseinander und das andere sehr zerquetscht war, in kürzester Zeit wieder geheilt“* zu haben. Und die Magd von W. Nöter wurde nach dessen Zeugenaussage *„von einer gefährlichen Krankheit am Bein völlig geheilt“*. Siegener hatte offensichtlich auch die Whirls gut *„bedient“*, denn sie gaben zu Protokoll, daß sie *„rechtschaffen in dem großen Schicksal der Krankheit bedient“* wurden, *„wo [sie] befürchtet hatten, [ihre] Beine durch den Boltenbrand zu verlieren“*. Bei der hier beschriebenen Krankheit handelte es sich um eine *„durch ansteckende Gifte“*, z.B. durch Typhus hervorgerufenen *„örtlichen Brand“* oder Gangrän, welcher häufig zum Absterben ganzer Körperteile führte.⁶⁸³

Der „Quacksalber“ Siegener wußte offensichtlich um die Grenzen seiner heilerischen Fähigkeiten: Weil das Fieber in diesem Krankheitsfall nicht nachlassen wollte, zog er *„gleich einen anderen Arzt zu sich,“* weil *„die Krankheit sehr gefährlich war“*.⁶⁸⁴

Aus den Zeugenaussagen geht auch hervor, daß der Siegener offensichtlich auch die finanzielle Situation ärmerer Patienten berücksichtigt hatte. Denn die *„nämliche Krankheit“* war noch *„bey ... den Helfleuten“* aufgetreten und der Siegener hatte diese *„unentgeltlich hergestellt.... weil es arme Leute waren“*. Die medizinischen Hilfeleistungen, welche Siegener seinem Publikum brachte, deuten darauf hin, daß sich der „Quacksalber“ vor allem der Behandlung äußerer Krankheiten angenommen hatte. Da er nicht in seinem Behandlungsschema auf

⁶⁸² Großherzogtum Berg 11534 (1809), „Die Bestrafung des Godfried Siegener wegen ausgeübter Quacksalberei, Elberfeld“, ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

⁶⁸³ Allgemeine deutsche Realenzyklopädie für die gebildeten Stände, Conversationslexikon (1827), 2.Bd., S. 153.

⁶⁸⁴ Großherzogtum Berg 11534 (1809), „Die Bestrafung des Godfried Siegener wegen ausgeübter Quacksalberei, Elberfeld“, ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

den Einsatz von Medikamenten zurückgriff, hatte Siegener damit weniger mit den akademischen Ärzten als mit den Chirurgen um Patienten konkurriert. Aus diesem Grunde hat sich möglicherweise auch die Ärzteschaft nur wenig durch das Treiben des „Quacksalbers“ gestört gefühlt. Der vorliegende Fall hat die Physici nicht veranlaßt, die Obrigkeit zu einem besonders unnachsichtigen Vorgehen gegen den Siegener aufzufordern. Die „äußerlichen Kuren“ des Siegener wurden zwar verfolgt, am Ende aber nur milde bestraft.

Mit der „Quacksalberei“ des Siegener wurde damit nachsichtiger verfahren als mit der Frau Jüngerich. Dieser hatte man (für wahrscheinlich viel harmlosere Kuren) am Ende eine besonders schwere Strafe auferlegt, weil sie ihre Patienten „innerlich“ kurierte und sich damit einer ärztlichen Befugnis ermächtigt hatte.

7.1.4. Der Physicus wird ermittlerisch tätig: „Quacksalbern“ der Apotheker

Der nachfolgende Fall zeigt die Bemühungen eines Kreis-Physicus, einem Verstoß gegen die Medizinalordnung nachzugehen: 1843 war es zu einer „Störung“ im Sinne von Konkurrenz zwischen legal und nicht-legal praktizierenden Heilern „im Dorfe Noervenich bei Düren“ gekommen.⁶⁸⁵ Der Kreis-Physicus Ludwig sah sich veranlaßt, die Königlich Hochlöbliche Regierung über diesen Vorfall zu informieren und „dem gesetzwidrigen Verfahren entgegenzuwirken“.⁶⁸⁶

Die Klage war ursprünglich von seiten der Apothekerschaft eingereicht worden, welche sich gegen einen „Nahrungsübergriß“ wehrten.⁶⁸⁷ Der Physicus erfuhr von „dem Vorfall“ durch die schriftliche Eingabe des Apothekers Herweg zu Lechenich.⁶⁸⁸ Sie bezog sich auf die unerlaubte Rezeptbelieferung des „ehemals belgischen Apothekers Tretschke“, der sich „im Laufe des Jahres ...anderthalben Stunden von hier“ als „Krämer“ oder „Spezereihändler“ niedergelassen hatte.⁶⁸⁹

Der Tretschke war dem Apotheker aufgefallen, als ihm ein Patient ein Rezept zur Bereitung von „Balsamocarpum und Spec. Lignorum“⁶⁹⁰ überbrachte, welches zuvor schon einmal von dem Krämer beliefert worden war.

Aber nicht nur der Apotheker Herweg empfand die „pharmazeutischen Funktionen“ des Spezereihändlers Tretschke als lästige Konkurrenz.⁶⁹¹ Die Kundschaft des Tretschke war offensichtlich groß und erstreckte sich bis nach Kerpen, so daß sich auch der dort ansässige Apotheker von Berg veranlaßt sah, den Kreisphysicus um „Schutz gegen die Beeinträchtigung des ehemaligen belgischen Apothekers jetzt Krämer Tretschke“ zu bitten.⁶⁹²

Zwei Motive waren für die Ermittlungstätigkeit des Kreis-Physicus ausweislich der Dokumentation ausschlaggebend: Einerseits galt es, „sich von der Richtigkeit“

⁶⁸⁵ HSTaD Reg. Köln 1257(1843), Blatt 49, 50, 51, 54, 55.

⁶⁸⁶ a.a.O. (1843), Blatt 49.

⁶⁸⁷ a.a.O. (1843), Blatt 50.

⁶⁸⁸ a.a.O. (1843), Blatt 55.

⁶⁸⁹ a.a.O. (1843), Blatt 55.

⁶⁹⁰ a.a.O. (1843), Blatt 49. „Balsamocarpum“: wirksame Verbindung ist der Gerbstoff in den Schoten von *B. brevifolium*, in: Schneider (1975), Lexikon zur Arzneimittelgeschichte, Band V/1, S.166. „Species Lignorum“ gehörte in die Arzneimittelgruppe der sogen. „Sanguinem depurantia“ oder „Blutreinigenden Mittel“. Die Bestandteile des Arzneimittels waren *Lignum Guajaci*, *Radix Ononidis*, *Radix Liquiritiae*, *Lignum Sassafras*. Species Lignorum war auch bekannt unter dem Namen „Holztee“ oder „Blutreinigungstee“, in: Schneider (1975), Band II, S. 67.

⁶⁹¹ a.a.O. (1843), Blatt 49.

⁶⁹² a.a.O. (1843), Blatt 50.

der Anschuldigungen der Apotheker „*genügend Überzeugung*“ zu verschaffen.⁶⁹³ Andererseits war von Bedeutung, die „*Stimme des Publicums*“ zu hören.⁶⁹⁴

Das Einschreiten des Kreis-Physicus beschränkte sich demnach nicht nur darauf, im Interesse der beiden anzeigenden Apotheker zu handeln und diese von der von ihnen als lästig empfundenen Konkurrenz zu befreien. Vielmehr interessierte den Kreis-Physicus, ob durch diese „*Störung*“ die ordnungsgemäße Arzneimittelversorgung des Publikums und damit das Gemeinwohl durch Tretschkes Arzneien gefährdet wurde. Die Toleranz der Obrigkeit bestand bis zu dem Zeitpunkt, an welchem zu befürchten war, daß die Handlungen des „Quacksalbers“ schädliche Folgen nach sich zogen oder es zu einer Gefährdung oder „Bedrohung für das Gemeinwohl“ und die Wohlfahrt kam.

Um einen ausreichenden Beweis zu verschaffen, schickte der Physicus den „*hiesigen Bürger namens Böttchen nach Noervenich, ...mit dem Auftrage von dem hiesigen Dr Brendt ausgestellten Rezept dort anfertigen zu lassen*“. Das Vorgehen zeigte Erfolg, denn das Rezept wurde „*ohne Anstand alsbald bereitet*“. Auf die ärztliche Verordnung hatte Tretschke „*Balsamocarpum und Spec. Lignorum von sehr schlechter Beschaffenheit*“ abgegeben, „*sowie auch als Handverkaufsgegenstände ungt. Mercuriae und spiritus camphoratum*“. Mit diesem „Beweis“ sollte die Königlich Hochlöbliche Regierung ersehen, daß sich Spezereihändler Tretschke gegen die „*bestehenden Gesetze*“ verhielt und er sich „*erlaubt hatte, unbefugter Weise als Apotheker zu fungiren*“.

Dieser, in der zeitlichen Folge spätere Fall zeigt, daß sich die Gerichtspraxis und das Rechtsbewußtsein zwischenzeitlich verändert hatten. Die Physici hatten begonnen, es nicht nur bei einer bloßen Verfolgung und Anzeige der „Pfuscher“ zu belassen, sondern darüber hinaus ermittlerisch tätig zu werden, indem sie ihre Aufmerksamkeit gleichzeitig der Erbringung eines entsprechenden Beweises widmeten. Die Physici hatten im Umgang mit den „Pfuschern“ dazugelernt. In der Vergangenheit mußten es Ärzteschaft und Obrigkeit in der Mehrzahl der Fälle hinnehmen, daß die Gerichte die einmal angezeigten „Pfuscher“ am Ende wieder freisprachen, weil der ausreichende Beweis für eine Überführung und Verurteilung gefehlt hatte. Nunmehr bemühten sich die Physici, an der

⁶⁹³ HSTaD Reg. Köln 1257(1843), Blatt 55.

⁶⁹⁴ a.a.O. (1843), Blatt 55. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

gerichtlichen Untersuchungsarbeit mitzuwirken, damit die nicht-legitimierten Heiler am Ende auch wirklich dingfest gemacht wurden.

Das Verfahren des Tretschke wurde zuständigkeitshalber von der Königlich Hochlöblichen Regierung zu Köln an die Königlich Hochlöbliche Regierung zu Aachen weitergegeben.⁶⁹⁵ In einem Schreiben unter diesen beiden Behörden vom 6.5.1843 ist zu erkennen, daß Tretschke mit „*gerichtlichem Beschlage belangt worden ist*“.⁶⁹⁶ Das Vorgehen des Physicus hatte vor Gericht Erfolg gezeigt. Tretschke wurde später „*wegen unbefugten Verkaufs von Arznei verurtheilt*“.⁶⁹⁷ Welches Strafmaß dabei verhängt wurde, läßt die Dokumentation offen.

Besonderes ermittlerisches Geschick wurde von dem Physicus auch in dem nachfolgenden Fall gefordert, um ein Vergehen gegen die Medizinal-Ordnung in dem Umfang aufzuklären, welcher es ermöglichte, daß die „Schuldigen“ von dem entscheidenden Gericht auch tatsächlich überführt und bestraft werden konnten. In diesem besonderen Fall handelte es sich um die „medizinische Pfuscherei“ von Apothekern. „Pfuschende Apotheker“ zählten in dem Fachkreis der „ermittelnden“ Physici zu den „*schwerst zu entdeckenden*“ Fällen.⁶⁹⁸

Am 12. November 1846 untersuchte der Physicus Cannetta den Verkauf von Mitteln gegen Syphilis durch die Apotheker „*W. Rehe, M.I. Helff, Höhn, Sehlmeier, Böhme, Löhe und Kirchheim*“, welche in diesem Zusammenhang „*die Vorschriften über den Arzneiverkauf*“ nicht „*gehörig beachtet*“ hatten.⁶⁹⁹

Die Anschuldigungen in diesem Fall bezogen sich konkret „*auf den Verkauf von Mitteln und die Anfertigung von Arzneimitteln gegen die Syphilis*“, welche im betrachteten Zeitraum fast ausschließlich mit quecksilberhaltigen Präparaten behandelt wurde.⁷⁰⁰

⁶⁹⁵ HSTaD Reg. Köln 1257(1843), Blatt 49.

⁶⁹⁶ HSTaD Reg. Köln 1257(1843), Blatt 54; „gerichtlicher Beschlagnahme“ gleichbedeutend für Beschlagnahme der Waren.

⁶⁹⁷ a.a.O. (1843), Blatt 54.

⁶⁹⁸ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 41.

⁶⁹⁹ HSTaD Reg. Köln 1257 (1846), Blatt 92,93,94,95.

⁷⁰⁰ a.a.O. (1846), Blatt 92. Anmkg. Auf verschiedene Weise versuchte man in der Vergangenheit, die Syphilis zu behandeln: sh. Ackerknecht (1970), S.73 : Der paracelsische Therapieansatz griff auf das Quecksilber zurück. Häufig wurde die Substanz dabei auch im absolut toxischen Hoch-Dosis-Bereich eingesetzt. Sydenham beispielsweise ließ Syphiliserkrankte „*vermittels Quecksilber-Vergiftung 4 Liter Speichel täglich produzieren*“. Während im 17. Jahrhundert alternative Methoden zu Quecksilberbehandlung populär wurden, wie Trepanation, „*Auspeitschen*“ der Erkrankten und die Verordnung von „*Hungerkuren*“ (Ackerknecht (1970), S.64), setzte sich im 18. Jahrhundert durch die sogen. „*Sublimattherapie*“ des van Swieten erneut die Verwendung des Quecksilbers zur Behandlung der Syphilis durch, in: Ackerknecht (1970), a.a.O., S.82.

Die Apotheker hatten sich über die Bestimmungen des Medizinaledikts und der Revidirten Apothekerordnung hinweggesetzt und die *„Vorschriften über den Arzneiverkauf gar nicht beachtet“*.⁷⁰¹

Obwohl einschlägige Verbote und selbst Vorurteile⁷⁰² gegen die Verwendung von Quecksilberverbindungen bestanden, fanden solche Zubereitungen dennoch breiten Absatz: Der *„gemeine Mann“* benutzte sie auch zur *„Tilgung des Ungeziefers oder zur Vertreibung einiger Hautausschläge“* und *„pflegte“* solche Mittel dann sogar aus *„eigenem Antrieb zu kaufen“*.⁷⁰³

Der Verbote ungeachtet, wurde Quecksilber in den Präparaten auch *„verhüllt“*, um den Mitteln auf diese Weise mehr Absatz zu verschaffen.⁷⁰⁴

Noch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts gehörte die unkontrollierte Abgabe stark wirksamer Arzneimittel in den Apotheken durchaus zum Alltag. Auch im Falle der obenerwähnten Apotheken, welche durch den Physicus überwacht wurden, bestand der Verdacht, nicht nur *„heftig wirkende einfache Arzneimittel im Handverkauf abgegeben“* zu haben, sondern *„auch Arzneiverordnungen, die nach Tit. III §2a“* nur durch ein Rezept verordnet werden sollten.⁷⁰⁵ *„Selbst wenn dieselben nicht nur heftig wirkende Arzneimittel“* enthielten, wurden sie nach den Schilderungen *„ohne allen Anstand nicht nur einmal sondern wiederholt angefertigt“*.⁷⁰⁶

Dem Stadtphysicus war das „nicht-vorschriftsmäßige Vorgehen“ der Apotheker bereits früher aufgefallen. Seinen Schilderungen zufolge hatte er *„schon seit längerer Zeit Gelegenheit“* gehabt, *„sich von dieser Beobachtung zu überzeugen“*. Auch war er mehrfach seiner Aufsichtspflicht nachgekommen und hatte nicht nur *„vor längerer Zeit die Apotheker aufgefordert, die in Bezug auf die Verabreichung*

⁷⁰¹ HSTaD Reg. Köln 1257 (1846), Blatt 93. Anmkg.: Ab 1813 galten in den Herzogtümern die Bestimmungen der Preußischen Revidirten Medizinalordnung von 1801. In diesem Fall kamen die einschlägigen Verordnungen über „Gifte“ zur Anwendung: Besondere Vorsichtsmaßnahmen galten der *„Verabfolgung von Giften“*: „*Mercur sublimatus corrosivos/ „ätzender“, und „Mercur praecipitatus ruber“* zählten zu den Giften. *„Der Apotheker darf außer auf dem Recepte im Handverkauf sie nur zur Anwendung als Vieharzneimittel, zum technischen Gebrauch für Maler, Färber, und andere Künstler und Handwerker, die deren zu ihren Arbeiten bedürfen, dergleichen zur Tilgung schädlicher Thiere...“* abgeben, in: Schnitzer (1832), S. 93. Siehe auch Kapitel 5.2. „Medizinal-Ordnungen“.

⁷⁰² Schreyer (1795), S.67.

⁷⁰³ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 119, §15.

⁷⁰⁴ Schreyer (1795), S.190.

⁷⁰⁵ HSTaD Reg. Köln 1257 (1846), Blatt 92.

⁷⁰⁶ HSTaD Reg. Köln 1257 (1846), Blatt 92. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

von Mitteln...bestehenden Vorschriften genau zu beachten“.⁷⁰⁷ Den Angaben nach hatte der Physicus „diese Aufforderung [sogar] bei jeder sich darbietenden Gelegenheit wiederholt“. Seine bloßen „Erinnerungen“ hatten bei den Apothekern aber nicht den „gewünschten Erfolg“ gezeigt, sondern im Gegenteil „das gesetzwidrige Verhalten in der letzten Zeit“ zu noch größerer Blüte getrieben. Der Physicus hatte das nicht-vorschriftsmäßige Treiben über einen längeren Zeitraum toleriert, bevor er die „Königlich Hochlöbliche Regierung in Köln“ in Kenntnis setzte. Dies geschah nach seinen Angaben nicht erst „nach Mitteilung [durch] ander[e] Ärzte“, sondern der Physicus machte es sich selbst „zur dringenden Pflicht“, eine „Hemmung“ des Treibens durch die Königlich Hochlöbliche Regierung „zu beantragen“.

Bereits in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts begannen die Behörden, auch auf Veranlassung durch die Ärzteschaft, gegen die unkontrollierte Verordnung und Abgabe stark wirksamer Medikamente vorzugehen, obwohl sie zunächst keine ausreichenden Methoden zur Kontrolle besaßen. Im Falle der erwähnten Apotheker griff der Physicus auf ein altbewährtes und probates Mittel zurück, um ihnen die unsachgemäße Rezeptbelieferung nachzuweisen: Er überprüfte die in den Apotheken geführten Rezeptbücher.

Die schriftliche Dokumentation aller in der Apotheke angefertigten Rezepte war seit dem 17. Jahrhundert Pflicht. Hierdurch waren die Apotheker einem Kontrollinstrument unterworfen. Denn bei der Belieferung eines jeden Rezeptes mußte in diesem Buch nicht nur die Verschreibung, sondern auch der Name des verschreibenden Arztes festgehalten werden. Auf diese Weise sollten sich bei einer behördlichen Kontrolle unbefugte Rezeptverschreiber ausfindig machen lassen. Das System kam im betrachteten Zeitraum häufig an seine Grenzen, weil die Behörden noch keine Übersicht aller legalen Medizinerpersonen in den Herzogtümern hatten. „Unbefugte“ Rezeptverfasser wurden daher regelmäßig nicht aus dem Grunde ermittelt, weil ihr Name auf der offiziellen Liste der Heilpersonen fehlte, sondern weil die Rezepte Formfehler aufwiesen: Entweder

⁷⁰⁷ HSTaD Reg. Köln 1257 (1846), Blatt 92. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

waren die Schreiber nicht der lateinischen Sprache mächtig gewesen oder sie hatten Gewichtseinheiten, z.B. Quente und Unze, verwechselt.⁷⁰⁸

Die vom Physicus überprüften Apotheker hatten offensichtlich den Arzneiverordnungen weitere „*Protokolle beigefügt*“, welche sich „*durch Überschrift und Unterschrift als Abschriften*“ bestätigten, und „*welche weder von einem Arzte geschrieben ...noch eine Angabe des Ortes, des Datums und der Nummer des Kranken, für welche sie bestimmt*“, enthielten.⁷⁰⁹ Ebenso „*bekundete*“ die „*darauf befindliche Taxe, daß sie schon wenigstens einmal angefertigt worden*“ waren und daß es sich um Rezepte handelte, „*welche endlich sehr heftig wirkende Arzneimittel in starker Gabe*“ enthielten.⁷¹⁰ Der Physicus folgerte aus dieser Beobachtung, daß in „*einer solchen Apotheke alles zu haben*“ war.⁷¹¹

Nach Abschluß der Untersuchung trug der Physicus der Regierung an, gegen die Apotheker „*W. Rehe, M. I. Helff, Höhn, Sehlmeyer, Böhme, Löhe und Kirchheim*“ das „*geeignete*“ zu veranlassen und diese zu „*ermahnen*“. ⁷¹²

Mit Schreiben vom 25.12.1846 forderte die Königlich-Hochlöbliche-Regierung die Polizeidirektion auf, den vom Stadtphysicus eingereichten Anzeigen nachzugehen. Den Apothekern wurde zur Last gelegt, daß sie die „*betreffenden Arzneien auf Verordnungen abgegeben*“ hätten, denen „*die Eigenschaften eines Rezeptes*“ fehlten.⁷¹³ Dieses Handeln stellte einen Verstoß gegen die „*Revidirte Apothekerordnung Tit.III §2a*“ dar. Die Verordnungen seien „*mehrfach*“ abgegeben worden und gehörten zu denjenigen, die auch „*auf die Verordnung einer approbierten Medizinalperson (R.K.Ordnung T.III§1)*“ nicht hätten mehrfach beliefert werden dürfen.⁷¹⁴

Vor Gericht vernommen, argumentierten die Apotheker Rehe, Sehlmeyer und Helff, daß die „*betreffenden Arzneien*“ zwar in ihren Apotheken „*bereitet worden waren jedoch nicht mit ihrem Wissen und von ihren Gehülften*“. ⁷¹⁵

⁷⁰⁸ Über die Schwierigkeiten der „Überführung“ unerlaubter Rezeptverfasser vgl. [anonym] (1786), „Über die Verordnungen, daß die Apotheker kein Rezept vefertigen sollen...“, 5. Bd., S. 286.

⁷⁰⁹ HSTaD Reg. Köln 1257 (1846), Blatt 93.

⁷¹⁰ HSTaD Reg. Köln 1257 (1846), Blatt 93.

⁷¹¹ HSTaD Reg. Köln 1257 (1846), Blatt 93.

⁷¹² HSTaD Reg. Köln 1257 (1846), Blatt 93.

⁷¹³ HSTaD Reg. Köln 1257 (1846), Blatt 94.

⁷¹⁴ HSTaD Reg. Köln 1257 (1846), Blatt 94.

⁷¹⁵ HSTaD Reg. Köln 1257 (1846), Blatt 94.

Apotheker Helff behauptete, „daß der *Mercurius solubilis* nicht zu den Mitteln gehöre, welcher nur auf ärztliche Verordnung abgegeben werden dürfe“.⁷¹⁶

Obwohl die Rezeptbücher der Apotheker einen eindeutigen Schuldbeweis erbracht hatten, hielten die Apotheker Löhne, Kirchheim und Böhmer die gegen sie vorgebrachten Beschuldigungen nicht „für hinreichend erwiesen“.⁷¹⁷ Und der Apotheker Höhn gab die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen „weder zu“ noch „stellte er sie in Abrede“.⁷¹⁸

Die Zeugen „Friedrich Mascow, ... Margaretha Krämer und Gerhard Ehser“ waren vor Gericht zwar noch „eidlich vernommen“ worden.⁷¹⁹ Im weiteren Verlauf konnte auf die Zeugen nicht mehr zurückgegriffen werden: „Der Aufenthalt“ der Zeugen, „Margaretha Krämer... in hiesiger Stadt“ konnte „nicht ermittelt werden“ und der „Stellmacher Mascow“ hatte sich „am 6ten December von hier nach Aachen abgemeldet“.⁷²⁰ Es ist nicht auszuschließen, daß es die Furcht der Zeugen war, selbst „Schaden oder Strafe“ bei dergleichen Gerichtsverfahren zu erleiden, welche sie letztlich davon abhielt, vor Gericht erneut aufzutreten.⁷²¹ So mußten denn auch die Physici regelmäßig die Erfahrung machen, daß „Kontraventionen der vorliegenden Art“ sich nicht „leicht nachweisen“ ließen und „sehr oft, ohne bemerkt“ zu werden, „begangen werden“ konnten.⁷²²

Da die „Betreffenden ausdrücklich“ auf die „Beachtung der genannten Vorschriften... aufmerksam gemacht“ worden waren, sollte nach Ansicht des Physikus eine „möglichst nachdrückliche Bestrafung“ erfolgen.⁷²³ Für ihn „unterlag es keinem Zweifel“, daß dieselben „Kontraventionen in den erwähnten Apotheken“ begangen wurden und die „Apotheker für die Handlungen ihrer Lehrlinge und Gehülfen in Bezug auf Kontraventionen gegen die Vorschriften der Revidirten Apothekerordnung unbedingt verantwortlich“ waren.⁷²⁴ Damit war für den Physicus die „Strafbarkeit“ der Apotheker klar bewiesen.⁷²⁵

⁷¹⁶ HSTaD Reg. Köln 1257 (1846), Blatt 94.

⁷¹⁷ HSTaD Reg. Köln 1257 (1846), Blatt 95.

⁷¹⁸ a.a.O. (1846), Blatt 95.

⁷¹⁹ a.a.O. (1846), Blatt 94.

⁷²⁰ a.a.O. (1846), Blatt 94, Randbemerkung.

⁷²¹ HSTaD Reg. Köln 1257 (1846), ohne Blattangabe.

⁷²² HSTaD Reg. Köln 1257 (1846), Blatt 94.

⁷²³ HSTaD Reg. Köln 1257 (1846), Blatt 95.

⁷²⁴ HSTaD Reg. Köln 1257 (1846), Blatt 94.

⁷²⁵ a.a.O. (1846), Blatt 94.

Wie die Apotheker im einzelnen für ihre Vergehen belangt wurden, bleibt offen. In dem Antrag gegen die Betroffenen wurde in Erwägung gezogen, auf die abschreckende Wirkung einer anonymisierten „*öffentlichen Bekanntmachung*“ zurückzugreifen.⁷²⁶ Mit dieser Maßnahme sollten zwei Personenkreise angesprochen werden.

Nicht nur gegenüber den „*Medizinalpersonen*“ sollte „*die Nothwendigkeit*“ klargestellt werden, daß eine „*wiederholte Anfertigung stark wirkender Arzneien*“ nur auf eine entsprechende und „*ausdrückliche Anweisungen*“ erfolgen durfte.⁷²⁷ Auch das „*Publicum*“ sollte darüber aufgeklärt werden, „*daß Apotheker zur Anfertigung heftig wirkender Arzneien*“ nur berechtigt waren, wenn eine „*ausdrückliche Anweisung eines Arztes*“ vorlag.⁷²⁸ Ob diese Maßnahme jedoch praktisch umgesetzt wurde, ergibt sich aus der Dokumentation nicht. Interessanterweise ließ die Königlich Hochlöbliche Regierung den in diesem Fall der „*Pfuscherei*“ beschuldigten Apotheker Sehlmeyer an späterer Stelle noch einmal „*gutachterlich*“ tätig werden, indem er die chemische Analyse der sogenannten „*K.K.privat-Pillen*“, welche von Geistlichen vertrieben worden waren, durchführte. Hier ist eine Parallele zu dem Fall Jüngerich zu erkennen. Auch nach einem Zeitraum von fast 50 Jahren, welcher zwischen beiden Fällen lag, konnte eine approbierte Heilperson auch nach bewiesener Anschuldigung der „*Quacksalberei*“ immer wieder schnell als rehabilitiert angesehen werden.

Auch im Fall des Barbierers Bölling zu Hilden vom 30.12.1813⁷²⁹ mußte von der hier ebenfalls geforderten „*Appellation Abstand genommen werden*“. Obwohl nach „*dem Gutachten des Herrn Departements Physicus*“ bei dem Barbierer „*gefährliche Medikamente vorgefunden*“ wurden, konnten ihm offensichtlich keine weiteren „*schädlichen Folgen seines Handelns*“ nachgewiesen werden, so daß von der Ratskammer allein die „*Confiscation*“ verordnet wurde.

Die „*Pfuscher wußten*“ nach Departementsphysicus Servaes um die Schwierigkeiten der Behörden, „*ihnen [ihre] Untaten*“ zu beweisen, und sie

⁷²⁶ a.a.O. (1846), Blatt 95.

⁷²⁷ a.a.O. (1846), Blatt 95.

⁷²⁸ a.a.O. (1846), Blatt 95.

⁷²⁹ HSTaD Großherzogtum Berg 11528, ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

„benutzten“ diesen Umstand auch. Denn gewöhnlich verging, wie spätere Fälle zeigen, einige Zeit, „bis endlich die Justitialgeburt“ erfolgte.⁷³⁰

⁷³⁰ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 36. Unter „Justitialgeburt“ versteht der Physicus das „Aktivwerden“ der Gerichte.

7.2. Allgemeine Anzeigen

Die Beamten waren in der Erledigung der medizinisch-polizeilichen Geschäfte wesentlich auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen, da der Überwachungsapparat im Medizinalwesen noch Schwachstellen aufwies. Physici hinterfragten, „wer über die Befolgung wachen“ sollte: „Die Herren Maires? Welche im Krankheitsfall selbst der Hülfe eines medizinischen Pfuschers sich bedienen? Die Departements- und Bezirksphysiker? Welche kaum wissen können, was in der Art 3 Stunden Entfernung von ihnen vorgeht? Die übrigen Medizinalpersonen, in deren Nähe die Pfuscherie getrieben wird? Welche die oft kühnen Pfuscher fürchten oder sie Connexionen halber schonen müssen, mithin ihrer persönlichen Sicherheit oder politischen Existenz wegen gegen sie nicht unternehmen wagen? So lange nicht jeder Kanton seinen eigenen Physicus erhält, welcher für jede Pfuscherie in seinem Distrikt verantwortlich ist, wird es an der Aufsicht über die Befolgung der ebenso nothwendigen als nützlichen Verordnungen gegen medizinische Pfuscherie gebrechen und die Pfuscher werden nach wie vor kühn, frech und ungestraft ihr Unwesen treiben“.⁷³¹

Die Schwierigkeiten in der Kontrolle und Überwachung des Medizinalwesens wurden von der Ärzteschaft vor allem auf eine ungleiche Verteilung der „Land-Physicate“ zurückgeführt.⁷³² „Einige Physici [hatten] zwey, drey und mehrere Aemter, und in anderen Aemtern fehlte es hingegen an Physicis. Das unzweckmäßige und nachtheilige von einer solchen Einrichtung ist in die Augen fallend. ...Wie will aber ein Arzt“ seiner Funktion nachkommen, „der 3 so 5 ha mehrere Stunden von einer solchen Gegend entfernt ist?“⁷³³

„Pfuschern“ und „Quacksalbern“ konnten aber auch häufig deshalb schwer Gesetzesübertritte nachgewiesen werden, weil die entsprechenden Anzeigen von Physici und Polizeibeamten in der Regel sehr allgemein abgefaßt waren. Vielfach beschränkten sie sich auf Aussagen wie: „dieser oder jener quacksalbert“, „läuft auf dem Lande herum und besucht Kranke“, „gibt Arzneien aus“, „läßt zur Ader“.

⁷³¹ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 42.

⁷³² HSTaD Großherzogtum Berg 5517(1811/1812), Blatt 12, „Entwurf über die Verbesserung des Apothekenwesens“.

⁷³³ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 12/13.

Angaben zur Person des „Quacksalbers“ und faktische Details, wie z.B. zum Zeitpunkt und Ort der unerlaubten Handlung, fehlten oft.⁷³⁴

Auch im nachfolgend dargestellten Fall eines Urinbeschauers⁷³⁵ aus dem Jahre 1859 konnte auf Grund des allgemeinen Charakters der Anzeige ein weiteres behördliches Vorgehen und damit eine Verfolgung des „Quacksalbers“ nicht eingeleitet werden.

Dem Physicus hatte man von dem Urinbeschauer berichtet, woraufhin dieser seiner Verpflichtung nachkam und die Königliche Hochlöbliche Regierung über diesen Vorfall informierte. Der erwähnte Urinbeschauer hatte „den Leuten“ ein in „deutscher Sprache geschriebenes Rezept“ mitgegeben.⁷³⁶ Seine „Verordnungen enthielten nur Kräuter, darunter einige stark wirkende“.

Der Physicus hatte den Verdacht, daß sich der Urinbeschauer, bevor er seine Rezepte ausstellte, mit einem Apotheker abgesprochen hatte. Denn der „Inhalt der Rezepte war ein solcher, der von den Leuten selbst nicht durch Sammeln geschafft werden“ konnte. Auch war „das Gewicht der einzelnen Substanzen...nicht bezeichnet worden“. Die Patienten sollten sich das Rezept in der Apotheke anfertigen lassen, denn es wurde „nur angedeutet, für wieviel der Apotheker zu geben hatte“.

Auch hier wurden durch fehlende Details die behördliche Untersuchung behindert. Generell wurde eine Behörde nicht tätig, wenn Anzeigen nicht konkret und von einer unmittelbar betroffenen Person vorgebracht wurden.

Gerade bei Fällen der vermuteten „Pfuscherei“ durch Frauen mangelte es häufig an den für die Einleitung von Ermittlungsverfahren notwendigen konkreten Angaben.

Bei der Regierungskanzlei der Königlich Hochlöblichen Regierung zu Trier erging am 26. November 1864 eine Anzeige gegen die der „medizinischen Pfuscherei beschuldigten Ehefrau des verstorbenen Abdeckers Michel Henri“

⁷³⁴ Aufforderungen ergingen bereits 1784 vom Consilium Medicum an die Physici, den Berichten über „medizinische Pfüscher“, zur „gehörigen Verfolgung derselben, liquidirte Thatsachen oder genaue Anzeigen“ beizufügen, in Neubauer (1835), S. 43, Verordnung vom 2. Juni 1784.

⁷³⁵ HSTaD Reg. Köln 1257 (1859), Blatt 116. Diese Gruppe an Heilern bediente sich der sogenannten Uroskopie. Farbe, Schaum und Sediment des Harns wurden untersucht, um auf Störungen im Säftgleichgewicht zu schließen, sh. hierzu: Widmann et al. (1983) S. 20/21; Starck (1784), S. 99.

⁷³⁶ HSTaD Reg. Köln 1257 (1859), Blatt 116. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

ein.⁷³⁷ Weder Tat noch Eingebende(r) wurden namentlich genannt. Dem Landratsamt wurde diese Eingabe am 5. Dezember 1864 „zur Berichterstattung binnen 8 Wochen zugefertigt“.⁷³⁸

Mehr gibt die Dokumentation nicht her. Insbesondere wird nicht über ein weiteres Vorgehen von seiten der Polizei berichtet. Diesbezügliche Unterlagen sind hingegen in selbigen Quellenmaterial bei den männlichen „Pfuschern“ erhalten. Somit ist anzunehmen, daß ein weiteres Vorgehen gegen behördlich verfolgte „Pfuscherinnen“ in vielen Fällen gar nicht erfolgte. Franziska Loetz hat für Baden die Vermutung aufgestellt, daß wegen „Pfuscherei“ angezeigte Frauen seltener und milder bestraft wurden als Männer.⁷³⁹ Die wenigen in der Dokumentation ausgewiesenen Fälle könnten diese Beobachtung bestätigen. Wahrscheinlich liegt dies in der unterschiedlichen Bewertung der Taten von männlichen und weiblichen „Pfuschern“ hinsichtlich ihrer Auswirkungen. Während durch die „Pfuschereien“ der Frauen, hauptsächlich im Bereich der Krankenwartung und Geburtshilfe⁷⁴⁰ nach Ansicht von Ärzten, Polizei- und Justizbehörden kaum dem Staat geschadet werden konnte, trat der entgegengesetzte Fall bei den männlichen „Pfuschern“ auf. Hier wurde überwiegend wegen „verbotenen Gewerbebetriebes“ ermittelt,⁷⁴¹ der mit wirtschaftlichem Schaden einherging.

Aber nicht nur die Polizei zeigte sich gegenüber „Pfuscherinnen“ nachsichtiger. So wurde eine „anonyme“ Eingabe von seiten des Landrates (Polizeipräsident) „betreffend unbefugter Ausübung der Hebammenkünste der Ehefrau Schumacher von Retscheid“ vom 6. Oktober 1870⁷⁴² zwar ursprünglich von der Regierungskanzlei noch an den Oberprokurator geleitet. Die fehlende weitere Dokumentation läßt letztendlich die Vermutung zu, daß auch diese Angelegenheit strafrechtlich nicht weiter verfolgt wurde.

Anders verhielt es sich mit Eingaben, welche namentlich durch einen Kläger gestellt wurden. Die Anzeige der Frau Borcht zu Buir bei Düren betreffend der „Vornahme“ von „Privatentbindungen durch die Frau des Bartholomäus Schmitz

⁷³⁷ HSTaD Reg. Aachen 1076 (1864), Blatt 111.

⁷³⁸ HSTaD Reg. Aachen 1076 (1864), Blatt 111.

⁷³⁹ „Toleranz Frauen gegenüber“ sh. Loetz (1993), S.287; vgl. Kapitel 7.3., S.192.

⁷⁴⁰ vgl. Keck (1784).

⁷⁴¹ Augustin (1818), S.489/490: §266 Thl.I, Tit.20 des Allgem. Landrechts; sh. Kapitel 6.2.

⁷⁴² HSTaD Reg. Köln 1076 (1870), Blatt 187.

zu *Morschenich*“⁷⁴³ hatte ein weiteres behördliches Vorgehen veranlaßt, weil dem Gericht sowohl ein Kläger als auch ein Beklagter genannt wurde. Frau Borcht war in der Gegend als „legale“ Hebamme tätig. Sie hatte ein starkes Interesse, gegen die Beschuldigte vorzugehen, denn Frau Schmitz wurde ihr durch die vorgenommenen Privatentbindungen zur unliebsamen Konkurrenz.

Die Beweislage reichte in diesem Fall am Ende nicht aus, die „Pfuscherin“ wegen ihrer Tat zu überführen. Der Oberprokurator informierte die Königlich Hochlöbliche Regierung am 9. Januar 1873 darüber, daß die „*Sachlage*“ bei Gericht ergeben hatte, „*die Beschuldigte Schmitz außer Verfolgung zu setzen*“ und „*die Einstellung des Verfahrens*“ zu beantragen „*mangels genügender Indizien*“.⁷⁴⁴

Ebenso kurz ist die „*Eingabe*“ der „*Hebammenpfuscherei der Frau Küchen aus Kettenihs*“ vom 1.8.1875 abgefaßt.⁷⁴⁵ Wie in den vorangegangenen Fällen ist im Archivmaterial nur enthalten, zu welchem Zeitpunkt die entsprechende Aufforderung zur „*Berichterstattung*“ von der Regierungskanzlei an den Landrat oder „*Auskunft über die Sachlage*“ bei Gericht an den Oberprokurator gelangte.⁷⁴⁶ Diesen handschriftlichen und meist nur in wenigen Zeilen verfaßten Aktennotizen gegen weibliche „Pfuscherinnen“ fehlt die Ausführlichkeit, wie sie in den dokumentierten Fällen männlicher „Quacksalber“ zu finden ist. Der Fall der Frau Küchen endete mit einem Vermerk des Oberprokurators vom 26. September 1875, daß die „*eingeleitete Untersuchungssache wegen unbefugter Ausübung der Geburtshilfe noch nicht beendet ist*“.⁷⁴⁷

⁷⁴³ HSTaD Reg. Aachen 1076 (1872), Blatt 191, 192, 193.

⁷⁴⁴ HSTaD Reg. Aachen 1076 (1872), Blatt 193.

⁷⁴⁵ HSTaD Reg. Aachen 1076 (1875), Blatt 197, 198.

⁷⁴⁶ a.a.O. (1875), Blatt 197, 198.

⁷⁴⁷ a.a.O. (1875), Blatt 198.

7.3. Niedrige Bestrafung

Physici forderten besonders „harte Bestrafungen“ in ihren Anzeigen gegen die „Pfuscher“ und „Quacksalber“. Für die Ärzteschaft „viel zu nachsichtig“ waren die Urteile, welche die Gerichte im Anschluß an ein Verfahren aussprachen.⁷⁴⁸

Die rheinischen „Pfuscher“ hatte man nach den Schilderungen eines zeitgenössischen Physicus *„zuweilen angezeigt, hie und da auch ihre Flaschen und Gläser zerschlagen, ihnen Kräuter und Spezies weggenommen, vielleicht die Pfuscher selbst auch nach den bestehenden Verordnungen mit Geldstrafe belegt, aber dies alles hat nichts geholfen, und überall, wo man nichts weiter als im Kreis dieser Schlendrians gegangen ist, hat die Pfuscherei nie aufgehört, frank und frey ihr Wesen zu treiben“*.⁷⁴⁹

Nach den Schilderungen des Physicus Servaes reagierten die „Pfuscher“ auf die Strafen *„mit einem Lachen, ...zu dem Verlust einiger unbedeutender Arzneien“*, zu *„einer Geldbuße von einigen Thalern“*, da sie *„hunderte in dieser Zeit durch ihre Pfuschereien gewinnen“* und *„letztendlich fingen sie nach erfolgter Execution“* wieder an *„hunderte zu erwerben“*.⁷⁵⁰

Auf dem Wege des *„bisherigen gelinden“* und nach Servaes *„schläfrigen Verfahren“* ließ sich die Pfuscherei nicht *„ausrotten“*.⁷⁵¹

Physici forderten deshalb *„einigemale“* mit *„gerechter und unerbittlicher Strenge ohne Rücksicht auf Personen ein Beispiel“* aufzustellen: *„es wird viel, sehr viel helfen... . Es wird ein Schrecken unter die Pfuscher fahren, die Frechheit, mit welcher sie ihr schändliches Gewerbe bisher öffentlich trieben, wird der Furcht weichen, sie werden sich zurückziehen, ihr Unwesen höchstens noch ganz heimlich treiben...der Ruf eines solchen Wundermannes“* hätte *„sich vermindert...und die Aufmerksamkeit des einfältigen, großen dummen Haufens*

⁷⁴⁸ Physici lobten in dieser Hinsicht die französischen Gesetze, welche besonders harte Strafen für Medizinalpfuschereien verhängten. „Diese Gesetze sollten in ihrer ganzen Ausdehnung auch für unsere medizinischen Pfuscher, daß ist für alle Individuen, welche die Medizin oder irgend einen Theil derselben ausüben, ohne dafür von der Regierung anerkannt zu sein, Gültigkeit haben“. Der „Artikel 36...des Französischen Gesetzes vom 19. Ventose, die Ausübung der Medizin, Chirurgie und Geburtshülfe...verbietet jedem Individuum, welches nicht nach der Vorschrift des Art. 25, 26, und 34 dazu autorisiert ist, ...eine Geldstrafe für jene, welche die Medizin treiben, auf 1000, für die welche den Wundarzt machen, auf 500 und von 100 Francs für die Weiber, welche die Geburtshülfe ausüben. Im Falle eines Rezidivs wird diese Strafe verdoppelt, oder der Pfuscher wird zu einer sechs Monat langen Gefängnisstrafe verurtheilt“, in: HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 39.

⁷⁴⁹ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 36.

⁷⁵⁰ a.a.O. (1810), Blatt 36/37.

⁷⁵¹ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 37.

nicht mehr so auf sich gelenkt ...auch [wäre] er“, der „Pfuscher“, „schwerer für das Gesamtpublicum zu finden“.⁷⁵² Medizinalpfuschereien sollten nach dem Wunsch des Physicus besonders hart bestraft werden, weil durch den „Eigennutz schädlicher Menschen“ das „Leben der Staatsglieder gefährdet [würde].... . Jeder Pfuscher“ sollte deshalb „als ein dem Staate gefährlicher Mensch behandelt“ und „auf seine Lebenszeit unschädlich“ gemacht werden.⁷⁵³ „Warum also unzeitige Nachsicht zum Schaden Tausender? Unabänderlich setze man also die Strafe für einen überwiesenen Pfuscher auf ewiges Zuchthaus fest, und stelle nur einigemal mit gerechter unerbittlicher Strenge, ohne Rücksicht auf Personen ein Beispiel auf“.⁷⁵⁴

Dieser „Grundsatz“ verdiente es nach Ansicht der Ärzteschaft sogar „als Hauptmoment ins Strafgesetz“ aufgenommen zu werden,⁷⁵⁵ denn in den Augen der akademischen Mediziner war die „Tat eines Pfuschers“ mit der „eines Mörders gleichzustellen“.⁷⁵⁶ „Pfuscher“ durften in den Augen der Physici in keinem Fall mit dem gewöhnlichen „Mörder“ auf eine Stufe gestellt werden.⁷⁵⁷ Für ihr Handeln sollte vielmehr vom Richter „Vorsätzlichkeit... angenommen“⁷⁵⁸ werden, denn der „Pfuscher“ nutzte „obendrein... auch die Einfältigkeit“ und die „Unmündigkeit“ des Volkes aus.⁷⁵⁹ Jeder „Mörder, der auf der Straße seinen Mitmenschen anfällt und des Lebens beraubt, um seine Baarschaft zu plündern, [wird] mit dem Tode bestraft“.⁷⁶⁰ Nach Ansicht des Physicus war ein „Pfuscher... nicht besser“, welcher „aus schädlicher Gewinnsucht dem einfältigen Volk Gift statt Arzneien, den Tod statt das Leben darreicht[e]. Räuber, Banditen kündigen sich als solche an, schenken auch wohl dem einen oder dem anderen das Leben, wenn sie nur ihr Geld bekommen. Der Pfuscher mordet heimlich, den Schein der edelsten Künste erheischend, in dem er ihn zum schändlichsten Gewerbe mißbraucht“.⁷⁶¹

Aus dieser Aussage wird erkennbar, daß das „Wohlergehen der Staatsglieder“ keinesfalls das alleinige Motiv war, gegen die „Pfuscher“ zu Felde zu ziehen. Das

⁷⁵² HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 38.

⁷⁵³ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 37.

⁷⁵⁴ a.a.O. (1810), Blatt 38.

⁷⁵⁵ a.a.O. (1810), Blatt 37.

⁷⁵⁶ a.a.O. (1810), Blatt 37/38.

⁷⁵⁷ a.a.O. (1810), Blatt 37.

⁷⁵⁸ a.a.O. (1810), Blatt 38.

⁷⁵⁹ a.a.O. (1819), Blatt 38.

⁷⁶⁰ a.a.O. (1810), Blatt 37.

⁷⁶¹ a.a.O. (1810), Blatt 37/38.

Hauptinteresse des Physicus lag darin, einen Prestigeverlust für die Medizin, der „edelsten Kunst“ zu vermeiden, in dem diese durch die „Pfuschiereien“ und „Quacksalbereien“ zum schändlichsten Gewerbe abgewertet wurde.

Der Physicus forderte nicht nur harte Strafen, „*lebenslängliches Zuchthaus*“ für die „*noch vorhandenen, anderen Pfuscher*“.⁷⁶² Auch „*diejenigen, welche überwiesen sind, einen Pfuscher gebraucht zu haben*“, sollten mit einer abschreckenden Geldstrafe oder „*öffentlicher Bekanntmachung*“ belegt werden.⁷⁶³ „*Oft ist dem Pfuscher, weil er in fremden Gebiete wohnt, nicht beizukommen. Oft wohnt er so entfernt, daß man ihn nicht leicht erfährt. Würden aber diejenigen, welche sich seiner Hülfe bedienten, gestraft, so ist dieß das kräftigste Mittel unter anderen, davon abzuschrecken*“.⁷⁶⁴

Mit dieser Maßnahme wurde einerseits das Ziel verfolgt, dem „Pfuscher“ den Zulauf seiner Patienten zu unterbinden. Gleichzeitig wurde dadurch die Ärzteschaft in die vorteilhafte Position gebracht, alleiniger Ansprechpartner im Krankheitsfall zu werden.

Forderungen wie die des Physicus Servaes trugen dazu bei, daß Zeugen äußerst zurückhaltend waren, vor Gericht gegen einen Pfuscher aufzutreten: Die Gefahr der Selbstbelastung war zu groß.

Der Physicus selbst schätzte jedoch die Möglichkeit einer Umsetzung seiner „*Vorschläge zu einer verbotenden Medizinal-Ordnung über die grassierende medizinische Pfuscherei*“ als „*frommen Wunsch*“⁷⁶⁵ ein, welcher „*wahrscheinlich nie realisiert werden*“ konnte.⁷⁶⁶ Für ihn war es undenkbar, daß die einfachen Leute von sich aus aufhörten, die „Pfuscher“ zu konsultieren. „*Unausführbar*“ blieben alle „*Vorschläge*“ weil das „*Volk*“ sich nach Einschätzung des Physicus nicht „*zu dem Grade von Aufklärung bringen*“ ließ, „*daß es aus eigener Überzeugung die Pfuscher vermeide*“.⁷⁶⁷

Unberücksichtigt im Vortrag des Physicus bleibt, daß die Leute durchaus die Heiler auch nach ihren Erfolgen beurteilten. Daß das Publikum den „Pfuscher“ aufsuchte, lag entscheidend daran, daß seine heilerischen Qualitäten die Patienten überzeugte. Im Falle Jüngerich hatten die Eheleute Löb nicht nur auf das gesamte

⁷⁶² HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 38.

⁷⁶³ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 38.

⁷⁶⁴ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 38.

⁷⁶⁵ a.a.O. (1810), Blatt 38.

⁷⁶⁶ a.a.O. (1810), Blatt 38.

⁷⁶⁷ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 37.

Spektrum an Heilern zurückgegriffen. Vielmehr hatten sie dabei auch sehr wohl erkannt, welcher Heiler sie „*gut bediener*“ hatte.⁷⁶⁸

Der Physicus sah seine Forderung nach drastischeren Maßnahmen gegen die Medizinalpfuschereien auch „*nicht dem Zeitgeist der neuesten Gesetzgebung*“.⁷⁶⁹ entsprechend. Der juristische Alltag in den Herzogtümern wurde durch Gesetze bestimmt, welche festlegten, daß Medizinalpfuschereien nur in solchen Fällen einer richterlichen Erörterung und Bestrafung bedurften, „*wo die verbotene und verpönte Handlung schädlichen Erfolg hervorgebracht hatte*“.⁷⁷⁰

In den Fällen, in denen kein unmittelbar Betroffener Anzeige erstattete trat, wie sich aus der Mehrzahl der aktenkundigen Fälle ergibt, die Polizei ein. Die fehlenden Klagen unmittelbar Geschädigter, aber auch der fehlende Beweis und das Nichtexistieren von Zeugen führten dazu, daß die Angelegenheiten als polizeiliche Ordnungswidrigkeit verfolgt wurden, und als einfache „Übertretung“ oder „Contravention“ mit einer Bagatellstrafe sanktioniert wurden. Dieses Verfahren im Umgang mit Medizinalpfuschereien wirkte sich nachteilig auf die Ordnung des Medizinalwesens aus.⁷⁷¹

Die Hypothese, daß Urteile „milder“ ausfielen, weil die Obrigkeit „Nachsicht“ mit den Pfuschern zeigte, ist damit teilweise zu relativieren. Vielmehr gestalteten sich oft die Prozeßumstände zugunsten des „Pfuschers“. Hieraus erklären sich nicht nur die verhältnismäßig wenigen und auch wirklich bestraften Einzelfälle. Auch die Gerichte konnten nicht immer in einem durch Medizinalpfuscherei entstandenen Schadensfall so verfahren, wie es die Physici gewünscht hätten. Die geschilderten Prozeßumstände verhinderten, daß die Gerichte den „Pfuschern“ mit der „Strenge“ begegnen konnten, wie es vor allem aus der Sicht der Ärzte, als notwendig erachtet wurde.

Ein Blick auf die verhängten Geldstrafen, welche von den „Pfuschern“ eingefordert wurden, zeigt, daß diese durchaus von der regulären „*Brüchte*“⁷⁷²

⁷⁶⁸ vgl. Fall Jüngerich, Kapitel 7.1.1 Mangel an Beweisen.

⁷⁶⁹ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 39.

⁷⁷⁰ sh. Schnitzer (1832), S.88: „*A.L.R. Th.2 Tit. 20 §703-711 und Tit. 17 §10,11,62 und 68.*“ sh. hierzu auch Kapitel 6.1. Bestimmungen in den Medizinal-Ordnungen, welche dem Auftreten von Medizinalpfuschereien entgegenwirkten. Die Tabelle am Ende dieses Abschnitts faßt alle in den Akten aufgefundenen und auch sanktionierten Pfuscherien zusammen.

⁷⁷¹ sh. Kapitel 4.3.2 Klagen und soziale Verhältnisse.

⁷⁷² In der Regel 20-30 Taler, sh. Kapitel 4.3.2. „Klagen und soziale Verhältnisse“, s.a. Tabelle Verfolgung und Bestrafung von Vergehen gegen die Medizinal-Ordnung am Ende dieses Abschnitts.

abweichen konnten und häufig sogar auch unterschritten wurden. Diese Schwankungen werden weniger auf eine individuelle Verfahrensweise der Beamten im Umgang mit den „Pfuschern“ zurückgeführt als auf die Tatsache, daß bereits das damalige Strafsystem äußerst komplex war. Allein für die Kontraventionen gab es einen dreigeteilten Strafenkatalog, welcher sich an der Schwere der „Übertretung“ orientierte.⁷⁷³ Wirft man einen Blick über die Landesgrenze Richtung Süden, so stellen die „milden“ Urteile der rheinischen Richter keinen Sonderfall dar. Vergleichbare Beobachtungen hat auch Franziska Loetz für das Herzogtum Baden aufgestellt.⁷⁷⁴

Das in diesem Zusammenhang bei der Strafzumessung unterschiedlich zwischen den Geschlechtern verfahren wurde, und sich die Obrigkeit den Frauen gegenüber, wie Loetz für Baden feststellte, „*kulanter*“ verhielt,⁷⁷⁵ konnte für die Herzogtümern Jülich-Berg nicht nachgewiesen werden.⁷⁷⁶

Um das Bild des gerichtlichen Umgangs und der gerichtlichen Behandlung der Geschlechter an dieser Stelle nicht zu verzerren, muß zwingend der wirtschaftliche Hintergrund der Tat herangezogen werden, welcher maßgeblich das staatliche Interesse an einer Verfolgung beeinflusste.

Wie sich aus den aus Merseburg rückgeführten Beständen des Geheimen Staatsarchivs in Berlin/Dahlem für die Herzogtümer Jülich-Berg ergibt, begann die Obrigkeit zunehmend, „*Nichtmedizinalpersonen*“ in Verbindung mit Verstößen gegen die „*Gewerbeordnung*“ zu verfolgen.⁷⁷⁷

⁷⁷³ sh. hierzu Kleinbreuer (1999), S.130/131: „*Übertretungen I.Klasse*“: Art. 471-474 RhStGb, wurden mit einer Geldbuße bis 5 Franken bestraft. „*Übertretungen II. Klasse*“: Art. 475-478 RhStGb, z.B. „*das Verkaufen verfälschter Getränke ohne gesundheitsschädliche Wirkung*“ wurden mit einer Geldbuße zwischen 6-10 Franken belegt. „*Übertretungen der III. Klasse*“: Art. 479-482 RhStGb zogen beispielsweise für „*das schlichte Bereithalten von falschem Maß und Gewicht*“ oder „*das gewerbliche Wahrsagen- Traum- und Zeichendeuten*“ eine Geldbuße zwischen 11-15 Franken nach sich.

⁷⁷⁴ Loetz (1993), S.282: In Baden wurden nur „ein Fünftel“ der bei den Behörden aktenkundig gewordenen Fälle bestraft. Überwiegend wurden den „Pfuschern“ dabei meist niedrige Geldstrafen verhängt; vgl. Kapitel 7.2., S.180.

⁷⁷⁵ Loetz (1993), S.287.

⁷⁷⁶ vgl. hierzu auch Schnabel-Schüle (1997), S.198, welche davon spricht, daß zwischen Frauen und Männern keine Unterschiede gemacht wurden. Die Frauen waren im Strafverfahren vielmehr „*gleichwertig*“ und „*im selben Maße ... schuldig*“.

⁷⁷⁷ sh. Bestände des Preußischen Staatsarchivs, GSTA PK, I HA Rep.76, Kultusministerium VIIIA, Tit.XIV, Nr 2186 vom Jahre 1872 und Nr 2187 von 1880.

Nach der „*Gewerbe-Ordnung von 1845 und 1869*“ ging es der Obrigkeit vor allem darum, „*den bei Strafe verbotenen Verkauf und das Ausbieten von Arzneien ohne ausdrückliche Erlaubnis des Staates*“ zu ermitteln.⁷⁷⁸

Die Obrigkeit begann, „Pfuscher“ aus dem Grunde wesentlich genauer zu kontrollieren, weil Gewerbesteuern anstanden und somit der Staat Verdienst einfahren konnte. Unter diesem Aspekt waren es weniger die vereinzelt „*schröpfenden*“ oder in der Nachbarschaft aushelfenden Heilerinnen, sondern vielmehr die Heiler, welche durch den „Umfang“ ihres Gewerbes in den Fokus der Obrigkeit gerückt waren. Aus den Ministerien war zu vernehmen, daß vor allem die männlichen „*Pfuscher... Behandlungen äußerer und innerer Krankheiten... in solchem Umfange ausübten, daß sie ...eine größere Praxis*“ hatten, „*wie die benachbarter Ärzte und Wundärzte*“.⁷⁷⁹

Ähnlich wie Beisswanger für das Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel festgestellt hat, kamen auch in den Herzogtümern Jülich-Berg „merkanitilistische Überlegungen“ zum Tragen, in deren Zusammenhang die Obrigkeit ein zunehmendes Interesse am Medizinalwesen entwickelte.⁷⁸⁰

Dennoch wurden von allen behördlich registrierten Fällen nur in ca. einem Sechstel aller Fälle der begangene Verstoß gegen die Medizinal-Ordnung überhaupt richterlich verhandelt. Während man die Frauen aus den genannten Gründen nur in ungefähr zehn Prozent aller Fälle verurteilte, wurde gegen nicht-legitimierte Heiler in ca. zwanzig Prozent bekanntgewordener „Pfuscherei“ durch die Gerichte eingeschritten. Unterschiede im Strafmaß bei vergleichbarer unerlaubter Handlung waren dabei zwischen den Geschlechtern nicht zu beobachten.

Die „ermittlerische Erfolgsquote“ des Physicus bei dem Ausfindigmachen von „Pfuschern“ war außerordentlich hoch und übertraf diejenige der Polizei bei weitem. In 65 Prozent aller Fälle wurden die „Pfuscher“ von den Physici angezeigt. An dem hohen Prozentsatz wird erkennbar, wie stark das Eigeninteresse der Ärzteschaft an der Ausgrenzung der nicht-legitimierten Heiler war.

⁷⁷⁸ „*Akten betreffend die Geheimmittel*“, GSTA PK, I HA Rep.76 Kultusministerium VIII B, Tit.XIV, Nr 1345, Blatt 2.

⁷⁷⁹ GSTA PK, I HA Rep.76, Kultusministerium VIII A, Tit. XIV, Nr 2176, Blatt 106.

⁷⁸⁰ Beisswanger (1996), S.231.

Während gegen äußerlich kurierende Heiler in der Regel „Strafgebothe“⁷⁸¹ verhängt wurden, schritt die Obrigkeit mit Geld- und Freiheitsstrafen gegen die innerlich behandelnden „Pfuscher“ ein.

Bis 1812 richtete sich das Augenmerk der Physici in der Hauptsache gegen die nicht-legitimierte Heiler, die keinerlei Approbation zu einem Heilberuf besaßen. Diese Gruppe, die sich überwiegend aus schröpfenden und zur Ader lassenden Heilern zusammensetzte, genoss viel Resonanz im Publikum in ihren einzelnen speziellen Heilbereichen. Obwohl diese Heiler mit ihren medizinischen Leistungen nicht unmittelbar in Konkurrenz zu den Ärzten standen, konzentrierten sich die Behörden zunächst auf sie allein.

Nach 1812 richteten sich die behördlichen Aktivitäten in den Herzogtümern gegen approbierte Heilpersonen, Materialisten und Kaufleute.

Aus den wenigen Fällen, welche später auch gerichtlich verhandelt wurden, kann die Frage nicht beantwortet werden, ob die Justiz grundsätzlich Unterschiede machte im Umgang mit ansässigen oder herumziehenden Heilern. Dennoch änderte sich mit den Regierungswechseln im Laufe der Zeit das allgemeine „Bestrafungsmuster“, auf welches von den Gerichten im Falle aufgetretener Medizinalpfuscherei zurückgeriffen wurde.

Während unter französischer Regierung die Gerichte nicht-legitimierte Heiler vorwiegend mit Geldstrafe belegten, griffen die preußischen Gerichte auf das sehr effektive Strafmittel der Konfiszierung oder Beschlagnahme zurück.

„Nachsicht“ hatte die Obrigkeit in den Augen des Physicus auch im Falle des Michael Strein geübt.⁷⁸² So hatte Strein selbst den *„kranken Policey Sergenten Steinberg“* behandelt, was von diesem auch durch *„dessen eigenes Bekenntnis außer allen Zweifel“* gesetzt wurde. Der „Pfuscher“ hatte *„einem Schwindsüchtigen ein Gemisch aus Opiumtinktur und verfälschter Schwefelsäure zum innerlichen Gebrauch verordnet“* und somit *„als Arzt gehandelt“*. Der Physicus schilderte dem Präfekten des Rheindepartments am 30. Januar 1810, daß Streins Handlungen *„nicht zu entschuldigen“* seien, auch nicht

⁷⁸¹ „Strafgebothe“: hier wurde eine Strafe nur für den Wiederholungsfall angedroht. Vgl. die Tabellarische Übersicht über alle sanktionierten Fälle von Pfuscherien 1799-1842, S.196/197.

⁷⁸² HSTaD Großherzogtum Berg 11535 (1810), ohne Blattangabe. Die nachfolgenden Zitate beziehen sich, sofern nicht anders vermerkt, auf die genannte Akte.

durch den Umstand, daß sich Strein nach „*seiner Angabe*“ der „*Prüfung der Chirurgie unterziehen wollte*“.⁷⁸³ Für die nicht-legale Handlung „*verdiente er eine ebensolche Bestrafung*“. Der Departmentsphysicus forderte für diese Vergehen nach der „*acta bergische Medizinalordnung vom 8.Juni 1773*“ eine Strafe „*für solche Verbrechen*“ von 50 Reichstalern. Er wies darauf hin, daß nach dem französischen Gesetz und „*dem Art. 38 de la Loc du ig Ventose*“ sogar „*eine Strafe von 500 Francs für diejenigen, welche als Gesundheitsbeamte Kranke*“ besuchten, gefordert werden könnte. Die Entscheidung, „*mit welcher Strafe der Strein zu belegen sey*“, mußte der Departementsphysicus letztendlich dem „*hohen Präfekten*“ überlassen.

Dieser verzichtete auf weitere sanktionierende Maßnahmen, obwohl der „*Quacksalber*“ sich in Düsseldorf „*gesetzwidrig mit der Krankenbesorgung*“ befaßt hatte und nach den Worten des Departementsphysicus dabei ein „*liederliches, und schlechtes Beispiel*“ abgegeben hatte.

⁷⁸³ HSTaD Großherzogtum Berg 11535 (1810), ohne Blattangabe. Die nachfolgenden Zitate beziehen sich, sofern nicht anders vermerkt, auf die genannte Akte.

Jahr	Name	Tat	Medi- zinal- person j/n	„ein- hei- misch- fremd“ „e/f“	Wieder- holungs- tat	Stadt/ Land „S/L“	Strafe	männ- lich weib- lich w/m	Anzeige d. Polizei „1“/Phy- sicus „2“/Z Zivilper- son „3“
1799	Frau Jüngerich	Ausübung d. / Arzneiwissenschaft nichterwiesen: „unzeitige Geburt“	n	e/f	j	L	40 Rth. Confiscation	w	3
1810	Joh.A.Thiel	Schröpfer	n	e	?	L	„verboten worden“	m	2
	Anna G. Kötter	Schröpferin	n	e	?	L	„untersagt worden“	w	2
	Ruth Clemens	ehem. Hebamme	j	e	?	L	„untersagt worden“	w	2
	Ruth Eitener	Schröpferin	n	e	?	L	„untersagt worden“	w	2
	Wilhelm Rau	Schröpfer	n	e	?	L	„untersagt“	m	2
	Franz Kerling	Schröpfer	n	e	?	L	„untersagt“	m	2
	Anna Vogides	Schröpferin	n	e	j	L	„zweymahl verboten“	w	2
	Johann Schmitt	„Quacksalber“	n	e	j	L	„unter schärfste Aufsicht gestellt“	m	2
	Johann Graef	„Quacksalber“	n	e	?	L	„untersagt“	m	2
1811-	Apotheker zu Nieden	?	j	e	J	L	„schärfste Verbothe“	m	2
	Thüringer Luther	„Arzneybude“	n	f	?	S	„Wegzuneh- men aufgegeben/ nöthige Bestrafung aufgeben“	m	2
	Wasenmeister Geldscheidt und Sohn	„pfuscht“	n	e	j	s	2x 9 Rth.Brüchte	m	2
	N. Thurmann	„pfuscht“	n	e	j	L	Öftere Verbothe	m	2
	Ehefrau A. Müller	„quacksalbert“	n	e	j	L	Schärfste Verbothe, Strafgulden (?)	w	2
1812	Apotheker Wülfig	„pfuscht“, eigen- bereitete Arzneien / Krankenbesuche	j	e	j	L	Strafgebothe	m	2
1812	„ein Wundarzt“	Innere Arzneien ver- ordnet u.dispensiert	j	e	?	S	30 Francs	m	1
	Der Ackersmann und Vieharzt J.Schmitz	Quacksalber, „verdächtigt Tod der Frau Deuten befördert zu haben“	n	e	j	L	3 Monate Gefängnis	m	1
	„Ein Apotheker“	Innerliche Kuren u. strafbare Widersetzlichkeit	j	e	?	S	50 Francs	m	1
	Josef Lehmann	Behandlung „schwärender Brüste“	n	e	?	L	4 Wochen Gefängnis	m	1

Jahr	Name	Tat	Medi- zinal- person	„ein- hei- misch/ fremd“ e/f	Wieder- holungs- tat	Stadt/ Land S/L	Strafe	männ- lich/ weib- lich m/w	Anzeige d. Polizei : „1“ Physicus „2“/Zivil- person „3“
1812	„ein Wundarzt“	innerliche Kuren/selbst- Dispensiren von Arznei- Mitteln	j	e	?	L	30 Francs	m	2
	„ein Wundarzt“	„innerliche Kuren“	j	?	?	S	75 Francs	m	1
	„ein Geburts- helfer“	Kein Arzt zugezogen bei widernatürl.Geburt	j	?	?	S	16 Francs	m	1
	Heinrich Eßmann	Verbotene chirurg.Behandlung	n	e	?	L	75 Francs	m	1
	der Weber Peter Platzhoff	Verbotene chirurg.Behandlung	n	e	?	L	10 Francs	m	1
	der Barbier Theodor Severin	Verbotene Einimpfung d. Schutzblattern	n	e	?	L	9 Francs	m	1
	„ein Wundarzt“	Verbotener Handel/ Anwdg. innerlicher Arzneien	j	?	?	S	30 Francs/Confis- cation	m	1
	Materialist W.P. Horsch	Besitz/Verkauf unerlaubter verfälschter Arzneien	n	e	j	S		m	1
1819	Apotheker Schnitzler	Verkauf d. Jesuitenpillen	j	e	j	S	Confiscation	m	1
	Peter Sock	Handel mit Harlemmer Tropfen	n	e	j	S	Confiscation	m	1
	J. Bellinghaus	Handel mit Harlemmer Tropfen	n	e	j	S	Confisaction	m	1
	van Hees	Handel mit Coelnischen Pillen	n	e	j	S	Confiscation	m	1
1842	ehem.Apo- theker Tretschke	Pharmazeut.Funktion eines Spezereyhändlers	n	e	j	L	Verfahren eingeleitet/ Confiscation	m	2
	Stollwerk	Zubereitung u. Verkauf zusammengesetzter Arzneimittel	n	e	?	S	polizeilich verwarnt, gerichtl. freige- sprochen, Verbot d. Debit	m	2

Tabellarische Übersicht über alle sanktionierten Fälle von Pfuscherei 1799-1842⁷⁸⁴

⁷⁸⁴ Die Tabelle faßt alle in den Akten aufgefundenen und auch sanktionierten Pfuschereien zusammen (vgl. Abschnitt 6.1.). Graunterlegt sind diejenigen Fälle, auf die in Kapitel 7. näher eingegangen wird.

7.4. „Nulla poena sine lege“ oder „Lex sine poena“⁷⁸⁵

Es ist überwiegend auf Versäumnisse und Lücken in der Gesetzgebung zurückzuführen, die ein behördliches Vorgehen gegen die „Pfuscher“ und „Quacksalber“ erschwerten oder gar verhinderten.

Der nachfolgende Fall dokumentiert die Bemühungen der Obrigkeit, das französische Gesetz über die „Organisation der Apothekenschulen“ im Falle der Medizinalpfuscherei des Apothekers Schnitzlers⁷⁸⁶ zur Anwendung zu bringen und den „Pfuscher“ für seine Tat zu bestrafen.

Am 22.4.1819 hatte der Polizeipräsident Struensee die Königlich Hochlöbliche Regierung darüber in Kenntnis gesetzt, daß bei Apotheker Schnitzler „28 *Schächtelchen mit Jesuitenpillen vorgefunden und confisciert*“ worden waren.⁷⁸⁷

Wer den Beamten ursprünglich auf den Schnitzler aufmerksam gemacht hatte und den Hinweis auf unerlaubten Handel mit Geheimmitteln des Apothekers gegeben hatte, läßt die Dokumentation offen. Nach den einschlägigen Verordnungen war es den Apothekern grundsätzlich untersagt, Geheimmittel ohne ärztliche Verschreibung an Patienten abzugeben oder durch Verkauf zu überlassen. Der Apotheker Schnitzler hatte nach den Anschuldigungen als Arzt fungiert. Die „*Jesuitenpillen*“, welche er dem Publikum überlassen haben soll, enthielten als hauptwirksame Substanz Chinarinde, das sogenannte „*pulvis cardinalis de lugo*“⁷⁸⁸ und wurden im betrachteten Zeitraum als probates fiebersenkendes Mittel eingesetzt. Um sich die alleinige Befugnis im Umgang mit diesen Mitteln zu sichern, betonten die Ärzte besonders die Gefahren, welche bei unsachgemäßer Anwendung von Geheimmitteln auftreten konnten. Nach Einschätzung der Ärzteschaft konnten auch von den genannten „*Jesuitenpillen*“ durch nicht bestimmungsgemäßen Gebrauch größte Gefahren ausgehen. Den Schilderungen zufolge waren nach Gebrauch der Chinarinde „*Blutstürze, Lungenentzündung und Raserei*“⁷⁸⁹ aufgetreten, folglich schwerste Nebenwirkungen, welche es

⁷⁸⁵ vgl. Kleinbreuer (1999), S.146: „*Kein Verbrechen, kein Vergehen und keine Übertretung kann mit einer Strafe belegt werden, die nicht gesetzlich bestimmt war, bevor die Handlung begangen wurde*“. Diesen Grundsatz bestimmen der Art.4 des Code Penal („Nulle contravention, nul delit, nul crime“), der §9 Tit.20 des A.L.R. und §2 des StGB von 1851. Siehe auch Buschmann (1998), S.539.

⁷⁸⁶ HSTaD Reg. Köln 1257 (1819), Blatt 12,30,31,32,33,36,37,38.

⁷⁸⁷ a.a.O. (1819), Blatt 12.

⁷⁸⁸ Kratschmer (1888), S.145, s.a. Schneider (1975), Band IV, S.31.

⁷⁸⁹ Schreyer (1795), S.65.

rechtfertigten, daß diese Mittel grundsätzlich nicht ohne ärztliche Verschreibung abgegeben wurden.⁷⁹⁰

Der Fall des Apothekers Schnitzler wurde am 3.5.1819 an der Ratskammer des Kölner Kreisgerichts verhandelt. Das Ergebnis dieser Verhandlung war, daß *„nach Einsicht der Prozeßakten und dem Antrag des Substituts-Stadt-Prokurators der Beschuldigte außer gerichtlicher Verfolgung gesetzt werden sollte“*.⁷⁹¹

Der Beschluß der Ratskammer des Kreisgerichtes wurde von dem Königlichen Generaladvokaten an den Polizeipräsidenten weitergeleitet. In diesem Schreiben erörterte der Generaladvokat die Gründe, aus denen der Apotheker Schnitzler ohne weitere Sanktionen freigesprochen werden mußte. Gegen Apotheker Schnitzlers Vergehen richtete sich allein *„ein Verbot“*, welches aber mit keiner weiteren Strafe verbunden war. Durch den Artikel 32 des Gesetzes vom 21. Germinal 1811 *„Über die Organisation der Apotheker Schulen“* war es den Apothekern zwar strikt untersagt, *„mit geheimen Mitteln oder sonstigen zusammengesetzten Medikamenten ohne eine ärztliche Verordnung“* zu handeln. Das in diesem Artikel *„ausgesprochenen Verbot“* war aber zu diesem Zeitpunkt noch *„mit keiner Strafe verpönt“*. Aus diesem Grunde mußte auch der Prokurator in seinem Antrag den beschuldigten Schnitzler *„außer Verfolgung“* setzen.⁷⁹²

Die weiteren Ausführungen des Generaladvokaten lassen darüber hinaus erkennen, daß die Einzelbestimmungen in der Gesetzgebung so spezifisch auf die Behebung besonderer Mißstände ausgerichtet waren, daß sich der Fall des Apothekers darin nicht wiederfinden ließ. Die gesetzlichen Bestimmungen bezogen sich auf konkrete Einzelfälle, ließen eine breite Anwendung aber nicht zu. Und auch in diesem Fall war es letztlich auf die fehlende konsequente Bestrafung zurückzuführen, daß der Quacksalber später nicht davon abgehalten wurde, zum Wiederholungstäter zu werden.

⁷⁹⁰ sh. Schnitzer (1832), S. 84: Edikt von 1725 *„Von denen medicis Nr. 3 bestimmt: ...Sollte aber ein Medicus ein gewisses Arcanum oder Remedium Specificum haben, welches in dieser oder jener Krankheit, als welche er expresse benennen muß, eine besondere, bessere und weit vorzüglichere Wirkung verrichtet, als alle bisher bekannte Usualia medicamenta officinalia nicht thun, u.s.w. und dann endlich diese Remedium specificum von unserem Ober-Collegio-Medico gehörig examiniert und approbiert worden, soll ihm in solchen Fällen erlaubt sein,... dergleichen löblichen Medicamenta um eine billigen Preis in den Apotheken zu verkaufen und für seine Patienten zu verschreiben“*.

⁷⁹¹ HSTaD Reg. Köln 1257 (1819), Blatt 30. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

⁷⁹² HSTaD Reg. Köln 1257 (1819), Blatt 32.

Nachdem sich Artikel 32 im Falle Schnitzler nicht anwenden ließ, berief sich der Prokurator auf Artikel 34 des erwähnten Gesetzes. Aber auch das in diesem Artikel ausgesprochene Verbot war „ursprünglich“ ohne Festlegung einer Strafe abgefaßt worden und nach den Worten des Generaladvokaten war es auch „*nicht die Absicht des Gesetzgebers gewesen, das dem Apotheker gegebene Verbot [überhaupt] zu verpönen*“.⁷⁹³

Der erwähnte Paragraph konnte im Falle Schnitzler auch aus dem Grunde nicht herangezogen werden, weil der genannte Artikel 34 „*mehr das Austheilen solcher Mittel und die Verbreitung derselben durch Anzeige oder gedruckte Ausschlagung im Auge*“ hatte.⁷⁹⁴ Eine „*spätere Auslegung*“ des erwähnten Artikel 34 durch das Gesetz vom 29. Pluriose des Jahres 1813 sah „*nur eine Strafe gegen jene,... die auf Märkten etc. solche Arzneimittel verkauften*“ vor.⁷⁹⁵ Frei von Strafe blieb nach dem Gesetz der Handel mit geheimen oder zusammengesetzten Arzneimitteln, welcher „nicht-öffentlich“ in Apotheken stattfand.

Diese „Lücke im Gesetz“, das beliebige „*Freystehen...zu Pfuschen und Arzneyen zu dispensiren, wenn dieses nur nicht auf Märkten u.s.m öffentlich*“⁷⁹⁶ geschah, veranlaßte die Königlich Hochlöbliche Regierung, I. Abteilung, sich am 30. Oktober 1819 an den Könighchen Geheimen Ratsminister zu wenden, um „*gemeinschaftlich mit dem Hohen Justizministerium für die neuen Provinzen ein Gesetz zur Abschaffung dieses Unfugs schleunigst erwirken zu wollen*“.⁷⁹⁷

Eine gesetzliche Neuregelung bzw. die Umsetzung der „*angestrebten Erwirkung*“⁷⁹⁸ eines entsprechenden Gesetzes wurde im Zeitraum zwischen 1819 und 1830 aber nicht weiter vorangetrieben. Erst als Apotheker Schnitzler sich „*abermahlens*“⁷⁹⁹ den Verkauf dieser Pillen zuschulden kommen ließ, wurde dieses wiederholte Polizeivergehen zum Anlaß, noch im Jahre 1830 den Artikel 32 des Gesetzes vom 21. Germinal zu kritisieren, welcher für dieses Vergehen immer noch „*keine Strafe bestimmte*“.⁸⁰⁰

⁷⁹³ HSTaD Reg. Köln 1257 (1819), Blatt 30.

⁷⁹⁴ a.a.O. (1819), Blatt 30.

⁷⁹⁵ a.a.O. (1819), Blatt 30.

⁷⁹⁶ a.a.O. (1819), Blatt 33.

⁷⁹⁷ a.a.O. (1819), Blatt 33.

⁷⁹⁸ a.a.O. (1819), Blatt 33.

⁷⁹⁹ a.a.O. (1819), Blatt 36/37.

⁸⁰⁰ a.a.O. (1819), Blatt 36.

Der wiederholte Verstoß gegen die bestehenden Bestimmungen sollte nun „von den Polizeirichtern geahndet werden und der Schnitzler vor das Polizeigericht gestellt werden, auch im Falle derselbe dort freigesprochen“ wäre.⁸⁰¹

Die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Schnitzler verzögerte sich jedoch, weil die Bürokratie vor unvorhersehbaren Schwierigkeiten stand. Die Untersuchungsakten ließen sich im Polizeipräsidium nicht finden, so daß die Registratur dazu aufgefordert werden mußte, nach dem Vorgang zu recherchieren. Eine Randbemerkung in den Akten ließ auf noch größere Versäumnisse und Defizite in den Aktenbeständen rückschließen: „Sind die Akten vollständig? Es besteht eine Lücke von 1819-1830?“⁸⁰²

Die Dokumentation läßt auch in diesem Fall offen, wie der Beschuldigte für seine Vergehen verurteilt wurde. Nachdem Schnitzler nachweisbar über 11 Jahre „gepfuscht“ hatte, zeugt das Schreiben an die Königlich Hochlöbliche Regierung I. Abteilung vom 21. November 1830 immer noch von großen Unsicherheiten darüber, wie der Beschuldigte für die Begehung seiner Wiederholungstat zu bestrafen war.

Für den Beamten war es nicht eindeutig, ob die gesetzlichen Bestimmungen des 21. Germinal II Artikel 33 eine „Geldstrafe von 500 Franken für die Übertretung“ im Wiederholungsfall vorsahen.⁸⁰³ Auch wußten die Beamten nicht, wie sie mit dem Fall weiter verfahren sollten und welches Gericht für die Verhandlung der Wiederholungstat des Schnitzlers „kompetent“ war.⁸⁰⁴

Der Fall Schnitzler läßt damit Unsicherheiten in der Anwendung der geltenden Gesetze und im behördlichen Vorgehen erkennen, welche nach den mehrmaligen Regierungswechseln in den Herzogtümern noch im Jahre 1830 bestanden.

Die von den Beamten in den Schriftwechseln gestellten Fragen blieben unbeantwortet, so daß die Angelegenheit schließlich wiederholt „an die Königliche Prokuratur zur erneuten Einleitung des Verfahrens...“⁸⁰⁵ übergeben wurde. Der Polizeipräsident wurde in diesem Zusammenhang von der Regierung aufgefordert, in „Zukunft besondere Aufmerksamkeit auf den Verkauf aller

⁸⁰¹ HSTaD Reg. Köln 1257 (1819), Blatt 36/37.

⁸⁰² a.a.O. (1819), Blatt 36.

⁸⁰³ a.a.O. (1819), Blatt 38.

⁸⁰⁴ a.a.O. (1819), Blatt 38.

⁸⁰⁵ a.a.O. (1819), Blatt 38.

geheimen Arzneimittel zu richten, damit dem getriebenen Unfug künftig Grenzen gesetzt“ werden konnten.⁸⁰⁶

Unklarheiten und Lücken in der Gesetzgebung spielten auch bei „Klagen“ und „Beschwerden“ gegen die sogenannten Materialisten eine Rolle. So kamen „Klagen“ regelmäßig (über die Materialisten) nicht nur von seiten der Apotheker, sondern auch aus der Ärzteschaft. Der Konkurrenzdruck zwischen Apotheker und Materialist war teilweise so stark, daß Patienten in den Apotheken auf ärztliche Verschreibung hin auch schlechte und minderwertige Arzneien erhielten. Eine schlechte Arzneiqualität konnte jedoch den Erfolg der ärztlichen Kur und damit das Ansehen der akademischen Mediziner gefährden.⁸⁰⁷

Im betrachteten Zeitraum wurden die Verhältnisse zwischen Apotheker und Materialist durch die vom Minister des Innern, Graf von Nesselrode, erlassene Verordnung, *„Die Rechte und Pflichten der Materialisten betreffend“*⁸⁰⁸, geregelt. Die Verordnung richtete sich im wesentlichen „gegen den Verkauf starkwirksamer Arzneien“ durch die Materialisten *„im Kleinen“* und den *„ungescheuten Handel mit Giften“*.⁸⁰⁹ Indem die Verordnung den Materialisten lediglich erlaubte, starkwirksame Arzneien in großen Mengen abzugeben, wurde eine Abgrenzung zu dem Beruf des Apothekers geschaffen.⁸¹⁰ Ein ähnliches Abgrenzungsschema existierte nach Gabriele Beisswanger auch für das Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel.⁸¹¹

Die Verordnung sah weiterhin vor, daß auch die Materialwarenlager regelmäßig einer Visitation unterworfen werden sollten.⁸¹² Beauftragt mit der Kontrolle der *„Hohen Ministerial-Verordnung“* waren die Physici.⁸¹³

⁸⁰⁶ HSTaD Reg.Köln 1257 (1819), Blatt 15.

⁸⁰⁷ sh. Kapitel 6.2.2. „Konkurrenz Arzt/Apotheker“.

⁸⁰⁸ WSTa (1808) RX66.

⁸⁰⁹ WSTa (1808) RX 66, Einleitung.

⁸¹⁰ sh. Kapitel 5.2. „Medizinalordnungen“.

⁸¹¹ Beisswanger (1996), S.232.

⁸¹² sh. Artikel 8 der *„Verordnung über die Rechte und Pflichten der Materialisten:… Auch sollen die Waarenlager der Materialisten von den zur Visitation der Apotheken bestellten Gesundheitsbeamten eben so wie die Apotheken untersucht, und es soll darüber gleichmäßig Bericht erstattet werden“*. Die Bestimmungen dieser Verordnung sind in enger Anlehnung an die Königlich Preußische Medicinalverfassung, sh. hierzu Augustin (1818), 2.Band, S.200, Verordnung vom 19. Januar 1802, „Materialisten“: *Die „Waarenlager derjenigen Materialisten und Droguerie-Händler, welche rohe Medicinal-Waaren und Gifte führen, sollen bei Gelegenheit der Apotheken-Visitationen von dem Physicus des Orts, oder wer sonst dazu beauftragt wird, unter Zuziehung eines deputie gremio des Magistrats, sowohl in Hinsicht auf die Güthe der Arznei-Waaren, … auf die sorgfältige Aufbewahrung und vorsichtige Debitierung der Gifte mit revidirt werden, wobey sie die Diäten der Visitatoren, jedoch nur für einen Tag, es sey denn, daß ihre Unordnung mehrere Visitationszeit erfordern sollte, bezahlen müssen“*.

⁸¹³ a.a.O. (1818), 2. Band, S.200.

So hatten auch der Bezirksphysicus Bischof und sein Assessor Stucke verschärfte Anordnungen vom Departementsphysicus erhalten, bevor sie das Materialwarenlager des Herrn Horsch aus Barmen visitierten.⁸¹⁴ Bei der Begehung des Warenlagers und der Durchsicht der entsprechenden Preislisten fiel den Beamten auf, daß Horsch eine Vielzahl an Präparaten auf Lager hatte, mit welchen der Materialist nach der genannten Verordnung gar nicht hätte handeln dürfen. Ungeachtet dessen, daß dem „*Materialisten aller Handel mit Präparaten verboten*“ war, wurden „*die meisten derselben von Horsch*“ schon seit längerem in „*seiner Preiscourent*“ nachgeführt.

Bei der Visitation fanden sich die nachstehenden auf dem Warenlager vorrätig:

- 1) „*Liquor ammonii*
- 2) *Baria muriatica*
- 3) *Sulfur stibiatum aurantiacum*
- 4) - *rubeum*
- 5) *Liquor ammonii vinosus*
- 6) – *aetherus*
- 7) *mercurius phosphoratus*“⁸¹⁵

„*Ferner*“ hatten die Beamten aber auch noch „*8. einen Vorrath wurmstichiger, schwarzer, gänzlich verdorbener Rhabarberwurzel und...9. verfälschte Bernsteinsäure, welche als solche zerstört werden mußte*“ bei der Visitation vorgefunden.⁸¹⁶

⁸¹⁴ HSTaD Großherzogtum Berg 11529 (1811), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

⁸¹⁵ „Liquor ammonii“ gab es in verschiedenen Formen. Überwiegend bestanden sie aus Spiritus Salis ammoniaci oder essigsaurer Ammoniakflüssigkeit. Liquor ammonii wurde als „*schweißtreibendes Mittel bei verschiedenen Fiebern, katarrhalischen und rheumatischen Affektionen und in der Wassersucht*“ angewendet, in: Schneider (1975), Bd. VI, S.142 und S.289. „Baria muriatica“ entspricht Barium chloratum, in: Schneider (1975), Bd. VII, S.67, „Sulphuretum Stibii aurantiacum“ entspr. Stibium sulphuratum aurantiacum, a.a.O. S.474, „Mercurius phosphoratus“ entspr. Hydrargyrum phosphoricum, a.a.O., S.317. Eine Verzeichnis der Waren, mit denen Materialisten „*bedingungsweise*“ handeln durften, bzw. deren Handel untersagt war, findet sich als Anlage der Verordnung vom 5.Dezember 1808, sh. Neubauer (1835), S.55/56: Der Handel mit Mercurius durfte nur gegen „*gültige Scheine*“ an „*Fabrikanten, Goldarbeiter und Viehhärzte*“, aber nicht unter „*4 Loth*“, erfolgen. Sulphur aurantiacum durfte von den Materialisten nach der genannten Verordnung „*an Niemand*“ abgegeben werden.

⁸¹⁶ HSTaD Großherzogtum Berg 11529 (1811), ohne Blattangabe.

Die Beamten Bischof und Stucke schätzten als erstes den Wert der beanstandeten Ware, bevor sie die Materialien konfiszierten:

„1) wenigstens 10 Unzen, jede Unze 24 Stüber : 4 Rthl.

Nr.2) wenigstens 6 Pfund, p.Pfund 4 Rth. : 16 Stb. 25/36

Nr.3)1 Pfund - - - - - 4-

Nr.4) 1 Pfund - - - - - 4-

Nr.8) wenigstens 8 Pfund, nach dem geringsten Werthe 8-

Nr.9) wenigstens 6 Unzen, jede Unze 2 ½

= Rthl. 60,36⁸¹⁷

Bei Visitationen konfiszierte Ware wurde der Polizeibehörde überlassen, was den damaligen Bestimmungen entsprach.⁸¹⁸ Sofern sich herausstellte, daß diese Substanzen „gut und ächt“ waren, konnte diese Ware später auch „an Apotheker verkauft werden“.⁸¹⁹

Bevor aber in diesem Fall die versiegelten Warenbestände überhaupt beschlagnahmt werden konnten, war der Horsch den Beamten bereits zuvor gekommen, und hatte die „Nummer 4 und 9“ der gesetzlichen Konfiskation „entzogen“.

Die polizeilichen Maßnahmen hatten ihn nur wenig beeindruckt, denn er beließ es nicht dabei und schaffte bald nachher auch die Präparate Nummer „1.2.3. und den verdorbenen Rhabarber No.8“ zur Seite.

Bei ihrem „Besuche sechs Tage nach der Visitation...“ fanden die Beamten von „den 9 versiegelten Waren nur noch die Nummern 5.6.und 7. vorräthig“. Auf ihr Befragen gab der Horsch den Beamten zu Verstehen, „daß er die anderen habe entsiegeln müssen, um die Präparate nach Brewald zu senden und die verdorbenen Rhabarber an einen Seidefärber in Elberfeld zu verkaufen“. Hier wird erkennbar, daß der Horsch auch über einen weiträumigen Kundenstamm verfügte.

Die Beamten konnten bei ihrem zweiten Besuch nur noch die letztgenannten Präparate „mithin confisciren“.

⁸¹⁷ HSTaD Großherzogtum Berg 11529 (1811), ohne Blattangabe.

⁸¹⁸ sh. auch Schulz (1805), S.291.

⁸¹⁹ HSTaD Großherzogtum Berg 11529 (1811), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

Die Visitation von Horsch's Beständen hatte zusätzlich aber auch noch einen „grossen Vorrath von 6 Pfund Salzsäure,“ welche „mit Bley verfälscht oder verunreinigt“ war,⁸²⁰ hervorgebracht. Daß diese, wie die Beamten bemerkten, in keiner Hinsicht den qualitativen Anforderungen entsprach, wurde von Horsch nicht abgestritten.

Die Beamten schlossen aus ihren Beobachtungen, daß sich das Warenlager des Horsch insgesamt in einem „polizeywidrigen Zustande“ befand.

Den beschuldigten Horsch, welcher der Visitation im „trunckenen Zustand“ beiwohnte, erregten die gutachterlichen Bemerkungen der Beamten: Laut Protokoll begann er, die Beamten zu „Schimpfen“ und zu „Schmähen“. Bischof und Stucke empfanden nach ihren eigenen Aussagen die Beschimpfungen des Horsch als so „indignirend groß“, daß sie ihn aufforderten, „sein scandalöses Schimpfen nüchtern oder berauscht, um so gewisser zu unterlassen“, als „sonst sofort die Schließung seines Waarenlagers bei dem Präfecten“ beantragt würde. Gegen das ungebührliche Verhalten des Horsch hatten sich der Bezirksphysicus Bischof und sein Assessor Stucke vorbehalten, „in der öffentlichen Gerichtssitzung“ auf „seine Kosten anzutragen“. Dem Visitationsprotokoll zufolge ließen sich die Beamten durch Horsch nicht beeindrucken und führten die „Visitation, des ungebührlichen Protestes ungeachtet“, zu Ende. Die „nachfolgenden Klagen“ wurden von den Beamten festgehalten, bevor sie die Angelegenheit zuständigkeitshalber an den Departementsphysikus übergaben.

1) „Herr Horsch hat sich mit Angebühr der Untersuchung seines Waarenlagers widersetzt. 2) Derselbe erklärte zum Protokoll, daß er der hohen Ministerialverordnung vom 5. Dec. 1808 unter keiner Bedingung sich fügen könne“.

Physicus Bischof bemerkte in einer Randnotiz, daß ein Verhalten wie „dieses sich schon geben“ würde, „sobald niemand mehr gesetzliche Vorschriften ungestraft übertreten darf“.

⁸²⁰ HSTaD Großherzogtum Berg 11529 (1811), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

Auch hier wird erkennbar, daß die gesetzlichen Einzelbestimmungen nicht geeignet waren, abschreckende Wirkung zu erzielen. Im Protokoll der beiden Beamten wurde darüber hinaus vermerkt, daß man bei dem Beschuldigten genannte *„Präparate fand“*, welche Horsch *„zu folge dieser Verordnung nicht führen, nicht verkaufen durfte so wie verdorbene und verfälschte Waaren, die als solche zerstört werden mußten“*.⁸²¹ Die Beamten teilten dem Departementsphysicus mit, daß Horsch *„einige davon in der größten Eile verschleppte ... ohne auf den Protest der Commissaire zu achten“*. Weiterhin wurde festgehalten, daß die beiden Beamten

„3) diese Waaren ...versiegelt hatten“, und Horsch sie ungeachtet dessen wieder *„entsiegelte und ...gleich nachher die Mehrzahl davon verkaufte“*.

Auch unterließen es die Beamten nicht, den Departementsphysicus über das ungebührliche Benehmen des Horsch zu informieren:

So hatte Horsch auch *„4) nach der Untersuchung“* nicht aufgehört, *„über die Commissairien und ihr Geschäft im Publicum und in Wirthhäusern wie ein besoffener Botsknecht... zu schimpfen und zu schmähen,... sie Hallunken, Schuften und die Visitation Schufterey zu nennen“*.

Um das weitere Verfahren im Umgang mit dem Horsch abzustimmen, wurden die Visitationsprotokolle von Bischof und Stucke zuständigkeitshalber an den Departementsphysicus übergeben. Von behördlichen Berichtswegen vorgegeben, wurde die nach den Worten des Physicus Bischof *„etwas sehr häßliche Sache“* nun auf anderer Ebene, nämlich zwischen Departementsphysicus und Präfekt weiterverhandelt.

Der Departementsphysicus forderte in seinem Antrag bei dem Präfekten, *„infolge der Verordnung“*, den unerlaubten Besitz der Artikel *„3.6. und 9. durch die Polizei confiscieren zu lassen und mit 25 Talern Brüchte zu bestrafen“*.

Auch schien es dem Physicus *„billig“*, daß Horsch *„diese Waaren...welche einmal der Confiscation heimgefallen waren... auch sogleich wieder zur Stelle schaffte“*, und daß diese im Anschluß *„nach ihrem Werthe in Geld versetzt“* wurden.

⁸²¹ HSTaD Großherzogtum Berg 11529 (1811), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

Der Wert des konfiszierten Gutes nach der ersten Schätzung durch den Assessor Stucke erschien dem Physicus *„jedoch bei einigen Artikeln zu gering“*.⁸²²

Daß sich der Materialist Horsch über die Konfiszierung seines Bestandes hinweggesetzt hatte und die von den Kommissaren versiegelte Ware einfach der Beschlagnahme entzog, stellte für den Departementsphysicus ein schweres Vergehen dar. Deshalb sollte *die „vorgeschützte Noth“*, welche Horsch den Beamten glaubhaft zu machen versucht hatte, *„selbst wenn sie Glauben verdiente“*, in den Augen des Departmentsphysicus nicht entschuldigt werden. *„Die eigenmächtige Entsiegelung und Verbringung der zu confiscierenden Waare“* stellte eine *„gewaltsame Handlung“* dar, die den *„Gesetzen spottete“* und *„auf abschröckende Art für künftige Fälle bestraft zu werden verdiente“*. Nach dem Willen des Departmentsphysicus sollte der Horsch auch wie ein *„absichtlicher Betrüger“* behandelt und *„nach den Gesetzen“* bestraft werden, weil er mit *„verdorbenen und verfälschten Waaren“* gehandelt hatte.

In diesem Zusammenhang sprach sich der Departementsphysicus grundsätzlich dagegen aus, daß Materialisten mit *„Waaren handelten, die als Arzneimittel in Krankheiten gebraucht“* wurden. Der Arzneiverkauf bedurfte nach Ansicht des Physicus einer erneuten Regelung, denn im Falle, daß Materialisten mit *„verdorbenen oder verfälschten Substanzen das Menschenleben gefährden“* konnten, *„betrogen“* sie *„nicht blos um Geld“*.

Die begangene *„Sünde“* des Herrn Horsch war deshalb eine noch *„viel schwerere,“* denn *„angenommen: er hätte die verdorbenen Rhabarber wirklich blos als Färbestoff verkauft so war dies doch mit der verfälschten Bernsteinsäure unmöglich da solche Mittel blos als innere Arznei in Krankheiten in kleinen Gaben gebraucht wurden. Materialisten dürfen zwar nach der Verordnung ächte Bernsteinsäure an Apotheker verkaufen, und den Commissairien ist es Pflicht, diejenige, welche sie bey der Untersuchung schlecht, vielmehr also solche, welche sie verfälscht finden, nicht blos zu konfiscieren, sondern gleich zu zerstören“*.

Der Departementsphysicus sah in Horsch's Verhalten eine Vorsätzlichkeit, die bestraft werden mußte. *„Herr Horsch hatte im Visitationsprotokoll selbst anerkannt,...daß diese verfälscht ... und seine Erklärung: daß er solche Waare für*

⁸²² HSTaD Großherzogtum Berg 11529 (1811), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

*Käufer, die niedrige Preise beehrten, haben müsse, erregt nicht ungegründet den Verdacht, daß er sie selbst zu diesem Zwecke absichtlich verfälscht hatte. Daß er ihren Werth kannte, beweist die eilige unvermeidbare Verschleppung womit er sie der Zerstörung den Commissairien entzog. In jedem Falle mußte er also dafür als absichtlicher Betrüger von Arzneimitteln bestraft werden“.*⁸²³

Die „größte Strafe“ verdiente der Horsch nach den Worten des Physicus deshalb, weil die „verfälschte Bernsteinsäure“, durch den „betrogenen, unwissenden Apotheker an Kranke abgegeben“, auch „die Ärzte um ihre Rettungskraft betrügen“ konnte. Der Erfolg der ärztlichen Behandlung, welche in der Regel aus der Verschreibung eines „inneren Arzneimittels“ bestand, war eng geknüpft an die Qualität und einwandfreie Beschaffenheit des letztlich durch den Apotheker hergestellten und abgegebenen Arzneimittels. Wurden Arzneimittel durch den Materialisten „unfachmännisch“ gefertigt und abgegeben und dabei sogar „verdorbene“ oder „verfälschte Waren“ verwendet, konnte nicht nur der „Rettungskraft der Arzneimittel“ sondern auch dem Ansehen des Arztes geschadet werden. Hierin ist das Hauptinteresse des Physicus auch im Verfahren gegen den Horsch zu sehen. Um mittels des Falls Horsch hier ein Exempel zu statuieren, versuchte der Departementsphysicus seine einflußreiche Funktion zu nutzen, welche er als wissenschaftlicher Berater des Präfekten hatte. Daß es ihm in diesem Fall um die Durchsetzung standespolitischer Interessen ging, zeigen die Forderungen nach besonderer „Unnachsichtigkeit“ im Umgang mit dem Horsch, die am Ende seines Berichtes gutachterliche Objektivität vermissen lassen.

Der Departementsphysicus forderte nachdrückliche Maßnahmen, um die Gefahren, die von Horschs fahrlässigem Verhalten ausgingen, einzugrenzen: Es sei die Aufgabe der Polizei, um den „zu fürchtenden Schaden zu verhüten“, die „verschleppte, verfälschte Bernsteinsäure wieder“ zu beschaffen, und „solche als dann unter ihrer Aufsicht zu zerstören“. Herr Horsch sollte angehalten werden, diese „sogleich zur Stelle zu schaffen oder diejenigen zu nennen, an welche er sie gesendet oder verkauft“ hatte. Auch sollte dem Horsch in keinem Fall Glauben geschenkt werden, wenn er angab, „jene verschüttet oder zerstört zu haben“. Von der Polizeibehörde sollten die Käufer aufgefordert werden, „die erhaltene Bernsteinsäure auf Kosten des Verkäufers an sie zurückzuschicken“.

⁸²³ HSTaD Großherzogtum Berg 11529 (1811), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

Die Schilderungen des Physicus geben Einblick darüber, wie im Falle einer Rückrufaktion zu verfahren war. Eine „*Aufforderung durch öffentliche Blätter*“ sollte erfolgen, wenn „*Käufer oder Verkäufer nicht auszumitteln*“ waren. Denn in den Augen des Physicus „*durfte eine gute Polizey... nicht dulden, daß betrügerische Materialisten durch verfälschte Mittel das Leben von Menschen im In- und Auslande*“ gefährdeten.⁸²⁴

Daß der Materialist Horsch aber auch in seinem Sortiment mit Blei verunreinigte Salzsäure vorrätig gehalten hatte, stellte für den Physicus die „*allerschwerste mithin auch strafbarste*“ Handlung dar. Der Departmentsphysicus wies den Präfekten darauf hin, daß „*Bley... ein die Kranken lähmendes und langsam tötendes Gift, und ein salzsaurer Bereit*⁸²⁵ *der an und für sich schon heftig wirkt, daher nur in kleinen Gaben gegeben werden darf, und gemeiniglich nur in Krankheiten des kindlichen und jugendlichen Alters gebraucht wird, kann sobald er mit Bley verunreinigt oder verfälscht ist, unmöglich mehr Heilmittel seyn, sondern muß zu den sehr schädlichen Giften gezählt werden*“.⁸²⁶

Im weiteren Verhandlungverlauf nutzte der Physicus seine gutachterliche und beratende Funktion, um die spätere Entscheidung des Präfekten zu beeinflussen. Er wertete die einzelnen Vergehen des Horsch in medizinischer Hinsicht nicht nur nach ihrer Schwere sondern machte dem Präfekten auch einen Entscheidungsvorschlag, wie mit dem Horsch zu verfahren wäre.

Horsch habe „*gewagt*“, die Ware zu „*entsiegeln, zu versenden und zu verkaufen*“. Deshalb sei der Horsch „*nicht blos [als] ...absichtlicher Betrüger einzustufen*.“ Da er nicht „*im Versehen*“ gehandelt hätte und genau gewußt und „*überdacht*“ hätte, wäre er als ein „*gefährlicher, tollkühner Vergifter*“ zu betrachten. Die Behörde sollte diese Handlungen „*ahnden*“ und „*bestrafen wie ein Verbrechen*“. Pflicht der Polizei sei es, die „*große Quantität mit Bley verfälschte Salzsäure zu sichern*“. Die Polizei sollte den Herrn Horsch anhalten, „*entweder den ganzen Vorrath des verfälschten Salzsäure Bereyts von sechs Pfund sogleich an die Behörde abzuliefern, oder diejenigen ihr namentlich anzuzeigen, an welche und in welcher Quantität er ihn an sie versendet oder verkauft hat. Über diesen sehr wichtigen*

⁸²⁴ HSTaD Großherzogtum Berg 11529 (1811), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

⁸²⁵ „*Bereit*“ oder Zubereitung.

⁸²⁶ HSTaD Großherzogtum Berg 11529 (1811), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

*Punkt muß er sich vor derselben durch seine Handlungsbücher, die derselbe genau nachzusehen und zu untersuchen sind, auf das genaueste zu legitimiren, und dieselbe selbst muß von den Käufern die schleunigste Zurücksendung der erhaltenen Präparates auf Kosten des Verkäufers, mit Bemerkung, der Gefahr senden. Und kann auf diesem Wege nicht mit voller Zuverlässigkeit der zu fürchtenden Gefahr begegnet werden, alsdann sind mit Bekanntmachung derselben in öffentlichen Blättern alle seine Handlungsfreunde im In- und Auslande aufzufordern, allen Salzsäurebereyt, welchen sie mit dem 6.Oct.d.J. von ihm erhalten haben, auf seine Kosten an die Behörde zurückzusenden“.*⁸²⁷

In den Augen des Departmentsphysicus ging „durch den bewiesenen Mangel an allen guten Sitten“ und dem „offenbaren Widerstreben gegen alle gesetzliche Ordnung“ und „vorzüglich bey den großen Geschäften“ von Horschs Handlung auch „eine große Besorgniss für das öffentliche Wohl“ aus, welche unbedingt bestraft werden mußte. Der Physicus trug deshalb an, eine „gänzliche Schließung seines Warenlagers anzuweisen“. Auch sollten „sämtliche Räume seines Waarenlagers sowie der Laden, in einer Zeitfrist von zwei Monathen in den erforderlichen Zustand, wie solcher ihn von dem Herrn Bezirks Physiker bezeichnet werden wird, gesetzt werden. Insbesondere:

Die sämtlichen Waarenbehältnisse als Schubladen, Kästen Fässer u.s. fort mit deutlich bemahlten Ueberschriften ihres wirklichen Inhaltes zu versehen. Die metallischen Gifte so wie die narkotischen Pflanzengifte im Laden sowohl, als die größeren Vorräthe derselben in eigenen gut verschlossenen Räumen und in geeigneten mit dem Namen des Inhaltes ganz deutlich gemachten Behältnissen sowohl untereinander abgesondert als von allen anderen Waaren getrennt aufzubewahren. Und eigene Waagschalen, Gewichte, Löffel u.s.m. die durchaus zu keinem anderen Gebrauche verwendet werden dürfen, zu halten. Die Waarenvorräthe von den eigentlichen Küchenprovisionen abzusondern und solche künftig nicht mehr wie bisher in einem Keller gefährlich durcheinander bringen zu lassen. Vorzüglich in der Aufstellung der Waaren eine genaue alphabetische Ordnung einzuführen“.

⁸²⁷ HSTaD Großherzogtum Berg 11529 (1811), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

Der Departementsphysicus erachtete es als zweckmäßig, daß der Bezirkphysicus Bischof erneut das Horschsche Warenlager inspizierte: *„Nach Ablauf der bestimmten Frist von 2 Monaten“* sollte der Physicus mit seinem Assessor Stucke das Warenlager *„in dieser Hinsicht genau ...untersuchen und über den Zustand mit Beifügung des Visitationsprotokolls unverzüglich berichten“*.⁸²⁸

Aber auch in diesem Fall mußte es der Physicus schließlich der *„höheren Entscheidung“* überlassen, wie mit dem „Pfuscher“ verfahren wurde.

Am *„6. Julius 1813“* wurden in der öffentlichen Sitzung des *„correctionellen Tribunals zu Düsseldorf“* die *„nachfolgende Sachen“* im Falle Horsch verhandelt:

„In Sachen:

- 1) des öffentlichen Ministeriums wider*
- 2) den Wilhelm Horsch, 54 Jahre alt, Materialist und Farbenhändler zu Barmen wohnhaft.*
- 3) Welcher beschuldigt worden des Besitzes und Verbringens unerlaubter und schädlicher Materialienwaaren und der Erbrechung der von der Medicinalpoliceybehörde angebrachten Siegels“.*

Der Vertreter des öffentlichen Ministeriums hatte beantragt, *„gegen den Inculpaten unter Anwendung der Ministerial Verordnung vom 5.Dec.1808 und der Medizinal Verordnung vom 8.Junius 1773 in cont. zu erkennen“* und führte in seinem Plädoyer aus *„daß der Phillip Horsch für überführet zu halten“* war, *„mit Präparaten verbothswidrig gehandelt zu haben. In Erwägung: daß er einen Theil derer nachdem sie geschätzt und versiegelt waren, unter dem Vorwande, daß er sie früher schon verkauft gehabt habe und daher auch habe liefern müssen, bey Seite geschafft habe“*.

Obwohl in diesem Fall die zahlreichen mehr oder weniger schweren Vergehen dem Beschuldigten sogar nachgewiesen werden konnten, fiel das Urteil am Ende eher milde aus, woraus gefolgert werden muß, daß es an unmittelbar Geschädigten fehlte.

⁸²⁸ HSTaD Großherzogtum Berg 11529 (1811), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

Das Tribunal verurteilte den Horsch wegen des „*verbothswidrigen Handels mit Präparaten*“ mit einer „*Geldstrafe von 75 Francs*“. Diejenigen Präparate, welche noch vorhanden waren, sollten „*confiscirt*“ werden. Die „*bei Seite geschafften Gegenstände*“ sollten nach dem vom Physicus taxierten Wert „*mit 36 Francs*“ ersetzt werden. Weiterhin wurde er in die „*zu 65 Francs 85 ct. festgesetzte Brüchten*“ verurteilt.⁸²⁹

Daß auch in einem erwiesenen Fall von Pfuscherei das am Ende verhängte Strafmaß gering ausfiel belegt, daß die für Medizinalpfuschereien verhängten Strafen allgemein äußerst niedrig waren.

Daß der Arzneihandel einer strengeren Überwachung unterworfen werden sollte, war nicht nur wie in dem Falle Horsch den Ärzten ein Anliegen. Den Apothekern waren ebenfalls, wenn auch andere, wirtschaftliche Gründe wichtig, aus denen der „*polizeiwidrige Unfug*“ oder die Übergriffe der Materialisten von Seiten der Regierung „*kräftig [gestört]*“ werden sollte.⁸³⁰ Wurden Artikel „*die man sonst nur in Apotheken anzutreffen gewohnt war*“, in „*hiesigen Krämerläden*“ verkauft,⁸³¹ konnten die Apotheker, welche verpflichtet waren, sich „*genau an [die] durch hochlöbliche Stelle von Seiten eines hohen Ministeriums zugekommenen Taxe zu halten*“, nicht konkurrieren.⁸³² Apotheker wiesen die Obrigkeit in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Krämer nur „*4-6 Thaler Gewerbesteuer*“ zu entrichten brauchten,⁸³³ wodurch sie in der vorteilhaften Position waren, „*wohlfeiler*“⁸³⁴ zu verkaufen als die Apotheker, die „*wesentlich höher besteuert*“ wurden.⁸³⁵ Die Apotheker waren, so Bellesheim, „*obendrein gesetzlich*“ verpflichtet, für die einwandfreie Qualität ihrer Arzneimittel zu bürgen.⁸³⁶

Auch die Klage des Apothekers Bellesheim gegen den Materialisten Schmitz bekannt als „*Gewürzhändler in der Severinstraße 104 ... zu Köln*“, richtete sich aus diesem Grunde gegen den „*fortwährenden, willkührliche[n] Verkauf jeder Art von Arzneien, selbst chemischer Produkte, ...welcher sie nicht gehörig erlernt noch gesetzlich geprüft und dazu authorisiert, gar bis zur geringsten Quantität*

⁸²⁹ HSTaD Großherzogtum Berg 11529 (1811), ohne Blattangabe.

⁸³⁰ HSTaD Reg. Köln 1251 (1817), Blatt 5.

⁸³¹ HSTaD Reg. Köln 1251 (1850), Blatt 114.

⁸³² HSTaD Reg. Köln 1251 (1817), Blatt 5.

⁸³³ HSTaD Reg. Köln 1251 (1850), Blatt 114.

⁸³⁴ HSTaD Reg. Köln 1251 (1817), Blatt 5.

⁸³⁵ HSTaD Reg. Köln 1251 (1850), Blatt 114.

⁸³⁶ HSTaD Reg. Köln 1251 (1850), Blatt 114.

und zu eigens beliebenden Preisen“ zu verkaufen.⁸³⁷ Dieser Zustand „nöthigte“ den Apotheker nach eigenen Angaben, sich an die Königliche Hochlöbliche Regierung zu wenden und diese „auf diesen groben Unfug“ aufmerksam zu machen. Nicht nur Apotheker Bellesheim, sondern „mehreren [seines] Gewerbes... kauften sie bei solchen Wohlfeilern, ...[entstand dadurch] ein gewiß nicht unbedeutender Nachteil“. Auch „beleidigte“ dieser Zustand „inständigst selbst die reichlich eingeführte[n] Polzeigesetze“.

Aus diesem Grunde forderte der Apotheker die Obrigkeit auf, „[ihn] *nebst* [seiner] *Apothekerkollegen bei* [dem]... *richtig erworbenen Rechte auf das thätigste*“ zu unterstützen. Über den weiteren Verlauf des Verfahrens sind im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf leider keine Akten überliefert.

⁸³⁷ HSTaD Reg. Köln 1251 (1817), Blatt 5. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

7.5. „Strafrechtliches Ausweichen“

Das Vorgehen der medizinischen Polizei in den Herzogtümern gestaltete sich aber auch aus dem Grunde schwierig, weil die Besiedlungsstruktur noch sehr ungleichmäßig war. Die verstreut liegenden Häuser in nicht geschlossenen Dörfern erschwerten nicht nur die Kontrolle der unbefugten medizinischen Praxis. Auch eine gleichmäßige und flächendeckende Verteilung von akademischen Medizinalpersonen ließ sich durch die regionalen Verhältnisse nur schwer umsetzen, welche gleichzeitig Voraussetzung gewesen wäre, um die Pfuscher und Quacksalber zu verdrängen: *„Es gehört unstreitig zu den schwersten Aufgaben einer Medizinal-Verfassung, wie man auf die zweckmäßigste Art alle Hilfsbedürftige geschwind und leicht mit Arzneien versorgen könne, besonders in einem Lande, wo die Einwohner nicht durch Handel oder Fabrikarbeiten in nahe blühende Städte zusammen gedrängt, sondern auf einer großen Fläche zerstreut vom Ackerbau leben“*.⁸³⁸ Solche *„bessere, allen kranken Einwohnern ohne Ausnahme unentbehrliche Hülfe wird erst dann dargebothen,...wenn in jedem Canton ein Physicus angeordnet wird“*.⁸³⁹ Da die Ärzte nach ihren eigenen Schilderungen auf dem *„platten Land,... außerhalb der Städte in von Apotheken entfernten Wiegbolden und Dörfern“* von *„Ordination und Visiten nicht leben...“* konnten,⁸⁴⁰ wurde anderen Heilern die Möglichkeit, ihre Hilfeleistungen dem dortigen Publikum anzubieten, eröffnet.

Der fahrende Arzneimittelverkauf war dabei eine von mehreren Einkunftsmöglichkeiten von Heilern, die in einer Gegend nicht sesshaft werden konnten oder wollten. Die ländliche Entlegenheit brachte dabei auch ihre besonderen Vorteile für das nicht-legitime Gewerbe mit sich. Wurde

⁸³⁸ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 92/93.

⁸³⁹ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 43, Über die Pflichten der im „königlichen Dienst und Gehalt stehenden Physiker“ sh. „Verordnung die Ernennung der Physiker betreffend, Düsseldorf vom 16. April 1814, Kapitel 4.3. „Medizinische Versorgung, Beschaffenheit des Medizinalwesens und Bezahlung medizinischer Leistungen“. Der Physicus war nicht nur Überwachungsinstanz, sondern vorrangig auch behandelnder Arzt. Ärzte führen es auf die Armut der ländlichen Regionen zurück, warum die Besetzung der dortigen Physicatsstellen im betrachteten Zeitraum problematisch war. Die Obrigkeit wurde in diesem Zusammenhang aufgefordert, die Physici durch *„eine fixe Besoldung“*, welche noch nicht *„allgemein“* in den Herzogtümern eingeführt war, finanziell zu unterstützen, in: HSTaD Großherzogtum Berg 5517(1811/1812), Blatt 12. Physici verwiesen auf den Umstand, daß die *„Armuth der Gegend ... keinem Arzt daselbst sein Auskommen“* sichern konnte. Wurde den Ärzten keine entsprechende staatliche Unterstützung gewährt, war es in den Augen der Physici schwer, *„...eine ordentliche Einrichtung für das Medizinalwesen im Lande und für die Medicinische Polizey zu treffen“*.

⁸⁴⁰ HSTaD Großherzogtum Berg 5517 (1811/1812), Blatt 93.

beispielsweise ein herumziehender „Pfuscher“ polizeilich verfolgt und stand möglicherweise Strafvollzug an, konnte ein häufiger Ortswechsel oder ein Aufenthalt in Grenznähe es dem „Pfuscher“ ermöglichen, sich der Untersuchung zu entziehen.

So hatte auch der „Quacksalber“ Henrich Molle aus Steele, Arrondissement Essen, den Vorteil der „Grenznähe“ genutzt und war *„eine Stunde weiter an ein anderes Gericht“* gezogen,⁸⁴¹ nachdem er sich, nach den Worten des Präfekten des Ruhrdepartements, *„die Heilung der Gertrud Engels in Niederwenigern (Arrondissement Hagen) angemäße“* hatte. Diese war *„während der Behandlung unheilbar geworden“* und *„ihr wirklich erfolgter Tod“* wurde *„als Folge“* der Heilversuche des Quacksalbers Molle angesehen.

Auch dieser Fall zeigt, daß die Anzeige von direkt Betroffenen die Behörden zur Einleitung weiterer Ermittlungen veranlaßte. Überregional traten die Präfekten in Verbindung und im gesamten Rheindepartements wurde aufmerksam, *„sowohl wegen des besonderen Falls als um auf diesen auf der Grenze beider Departements wohnenden Pfuschers gewacht“*.

„Falls“ dieser sich *„ferner... der Quacksalberei schuldig machen sollte“*, sollte sofort *„die geeignete Justizbehörde“* informiert werden, um Molle daran zu hindern, sich dem Verfahren zu entziehen.

⁸⁴¹ HSTaD Großherzogtum Berg 11530 (1810), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

7.6. Prozeßverschleppung

Nicht zuletzt war ein straffes Verfahren aus der Sicht der Behörden und der Physici nötig, um einem Quacksalber sein Handwerk zu verleiden. Dem stand, wie die betrachteten Fälle dokumentieren, zur Zeit der französischen Herrschaft die über mehrere Ebenen verlaufende behördliche Prozedur gegenüber, die keine schnellen Entscheidungen zuließ. Wie hindernd sich bei der Strafverfolgung der bereits erwähnte und nur äußerst beschränkte Handlungsspielraum der in das Geschehen involvierten Beamten auswirkte, zeigt der Fall gegen die beiden „gefährlichen Quacksalber Schulz und Schrudenholz“.⁸⁴²

Der Arrondissementsphysicus Brunner hatte die „Quacksalber“ dem Unterpräfekten zur Kenntnis gebracht und in dem Schreiben mitgeteilt, daß er die Beschuldigten „zu Recht gewiesen und ihnen alle fernere Praxis unter namhafter Strafe“ verboten hatte. Mit der Aussprache einer Verwarnung endeten die Möglichkeiten, die in der französischen Zeit dem Physicus im Umgang mit den für die Ärzteschaft „unliebsamen“ Heilern eingeräumt wurden. Die Verhandlung verzögerte sich zwangsläufig, denn eine „strenge Ahndung“ und „kürzerliche Verhaftung“ der beiden Quacksalber konnte auch von dem durch den Physicus benachrichtigten Unterpräfekten nicht ohne vorherige Anfrage beim Präfekten des Rheindepartements veranlasst werden. Dieser legte die weiteren Schritte fest, welche gegen den „Quacksalber“ zu unternehmen waren.

Physicus und Maire waren grundsätzlich gehalten, bei bekannt gewordener Gegenwart eines „Pfuschers“ oder „Quacksalbers“ als erstes den Arrondissementsphysicus oder den Unterpräfekten zu informieren. Ein eigenmächtiges Handeln war den Beamten auf unterer Ebene in keinem Fall gestattet. Und auch der Unterpräfekt hatte sich zuerst an den Präfekten zu wenden, um sich die Erlaubnis für die geplanten Maßnahmen im Vorgehen gegen die „Quacksalber“ einzuholen.

Der vorgeschriebene Amtsweg wurde auch in dem nachfolgenden Fall eingehalten.

⁸⁴² HSTaD Großherzogtum Berg 11531 (1810), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

Dem Arrondissementsphysicus Brunner des Bezirkes Mühlheim wurde im Jahre 1810 „*ein weiterer, tragischer Fall*“ durch einen Kantons-Physicus zugetragen.⁸⁴³ Die Anzeige richtete sich gegen den in der „*Mairie Offerath, Kanton Lindlar*“ ansässigen „*medizinisch chirurgischen*“ Pfuscher Johann Schmidt, der „*in der ganzen Gegend mit Ausgeben der Arzneyen und chirurgischen Behandlungen sein Wesen*“ trieb, und „*manchen Mensch durch heftig wirkende Arzneyen in die Ewigkeit schickte*“.

Das „*Treiben*“ von Johann Schmidt war dem Arrondissementsphysicus „*bekannt*“ und ihm „*schon...abermahls berichtet worden, ohne daß [es] bis hierhin diesem Unwesen gestört worden wäre*“. Erforderliche Schritte waren von der Regierungsspitze auf die Eingaben der Beamten offensichtlich in der Vergangenheit nicht veranlaßt worden. Die Tätigkeit des Johann Schmidt als „*bekannter*“ und in der Gegend ansässiger, chirurgischer „*Pfuscher*“ wurde entweder bis zu diesem Zeitpunkt geduldet oder konnte in der Vergangenheit mangels entsprechenden Beweisen nicht nachgewiesen werden.

Schmidt hatte sich „*jetzt*“ erneut der „*Quacksalberei schuldig*“ gemacht, obwohl er zuvor schon den Behörden aufgefallen war, daß er mit seinem Handeln gegen die Bestimmungen der Medizinal-Ordnungen verstieß. Ein sogar „*täglich*“ stattgefundenes „*Arzneyausgeben*“ des „*Quacksalbers*“ hatte man bis zu diesem Zeitpunkt toleriert.

Vielleicht war vorangegangene „*Quacksalberei*“ des Ortsansässigen, als bloßer „*Verstoß gegen die gnädigsten Edikte*“ solange von den Behörden geduldet worden, wie das Handeln des Schmidt ohne „*schädliche Folgen*“ für die Mitglieder der dörflichen Gemeinschaft geblieben war. Möglicherweise hatten auch die Kriegswirren die Aufmerksamkeit der Obrigkeit von diesem Geschehen abgelenkt.

Nun aber hatte sich der „*Quacksalber seiner Quacksalbereien schuldig*“ gemacht. Johann Schmidt hatte die Magd des Jacob Möller, Anna Catherina Berschter, an einem „*Wurm am Ringfinger der linken Hand*“⁸⁴⁴ behandelt, „*und durch große Querschnitte die Sehnen der Bieg- und Dehn des gemelten Fingers so*

⁸⁴³ HSTaD Großherzogtum Berg 11533 (1810), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

⁸⁴⁴ „Wurm am Finger“: Panaritium oder Paronychie, Nagelgeschwür. Eitrige Entzündung an Fingern und Hand infolge Wundinfektion mit Eitererregern (Staphylo-, Strepto-, Gonokokken, Tetanus-, Milzbrand- Bazillen), in: Höfler (1970), S.824.

*durchschnitten“, daß dadurch „der Finger ganz unbrauchbar und krumm in die Hand geheilt worden war“.*⁸⁴⁵

Der Physicus beschrieb das Schicksal des „armen Mädchens“ aus seinem Distrikt sehr ausführlich:

„Daß arme Mädchen ist dadurch außer Stande gesetzt, sein Brod zu verdienen und gezwungen seinen Dienst, den es mit harter Arbeit verrichten muß, zu verlassen. Das einzige Mittel künftig durch Arbeit sein Brod zu erwerben wäre die Amputation des Fingers. Ohne diese traurige Verstümmelung ist Betteln gehen das einzige, was dasselbe machen kann. Es ist außer allen Zweifel, daß bloß die Querschnitte in der Hand die Schuld an dem traurigen Zustande sind, und daß der Finger bei gehöriger Behandlung fehlerfrey geblieben wäre. Uebrigens ist das Mädchen arm und kann nicht einmal die Kosten beybringen, so wie die Zeit der Kur sich mit Lebensmitteln versorgen“.

Nach den Schilderungen des Physicus hatte die unsachgemäße Behandlung des „Quacksalbers“ Johann Schmidt die finanziell unbemittelte Patientin arbeits- und damit verdienstunfähig werden lassen. Diese Tatsache hob der Physicus in seinem damaligen Schreiben an die Regierung besonders nachdrücklich hervor, um hier eine möglichst unnachsichtige und strenge Strafe gegen den „Quacksalber“ zu erwirken.

Bevor in dieser Angelegenheit aber mit einem „ferneren Entschluß“ des Präfekten des Rheindepartments zu rechnen war, mußte die vom Physicus an den Arrondissementsphysicus gerichtete Eingabe noch einen langen behördlichen Weg nehmen. Zwischenzeitlich war in dieser Angelegenheit auch der Arrondissements-Präfekt eingeschaltet worden.

Diesem schilderte der Arrondissementsphysicus den Johannes Schmidt „als einen der berüchtigsten aber auch gefährlichsten Quacksalber im Lande“. Die jetzige Tat des Johann Schmidt war „eine Kleinigkeit unter seinen gewöhnlichen Taten“. Und den Aussagen des Physicus zufolge waren auch, vor dem zur Anzeige gekommenen Zwischenfall der Anna Catharina Berschter, „nicht alle ...so glücklich und nur mit einem verstümmelten Finger von ihm loß gekommen“.

⁸⁴⁵ HSTaD Großherzogtum Berg 11533 (1810), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

Dennoch sei bislang von gerichtlichen Schritten gegen den „Quacksalber“ abgesehen worden, so daß „*verschiedene Klagen*“ in der Vergangenheit „*ohne Wirkung*“ geblieben seien.⁸⁴⁶

In diesem Fall forderte der Arrondissementsphysicus den Arrondissementspräfekten auf, den Betrüger „*zu einer Vergütung anhalten zu lassen*“. Denn der „*Taugenichts*“ war durch sein „Quacksalbern“ offensichtlich zu „*Vermögen*“ gekommen, „*und würde sich auf diese Art von bessern belehren lassen, wenn er auf diese andere Weise unschädlich gemacht werden kann*“.

Mit einem weiteren zeitlichen Verzug von ca. 3 Wochen wurde die Angelegenheit Schmidt von dem Arrondissementspräfekten in Mühlheim am 19.7.1810 an den Präfekten des Rheindepartments zugestellt, obwohl er mit seinem Schreiben mitgeteilt hatte, dem „*zu befürchtenden Unheil*“ die „*schleunigste Vorsehung zu thun*“. Wie der Präfekt in diesem Fall abschließend entschied, läßt die Dokumentation offen.

Ähnlich wie geschildert verliefen zur Zeit des Rheindepartments auch Verfahren gegen „Pfuscher“ und „Quacksalber“, welche von den Maires verfolgt wurden. Allgemein gelangten Berichte aus der Peripherie über die Grenzen des Mairie zu dem nächsthöheren Arrondissementspräfekten und von dort an den Präfekten des Departments. Dieser hatte zu beschließen, was mit dem „Quacksalber“ weiter geschehen sollte.

Dieses regional übergreifende Vorgehen erwies sich dann als sinnvoll, wenn die Gefahr bestand, daß sich der „Quacksalber“ dem Strafvollzug entziehen wollte, verlängerte aber, wie dargelegt, die Bearbeitungszeiträume.

Zur Überwachungsaufgabe des Maires gehörte auch, monatlich unter dem Titel „Polizeibericht“ oder „*Polizey-Rapport*“ Anzeige von den „*merkwürdigen Vorfällen*“, welche sich in dem vergangenen Monat ereignet hatten, an die oberen Behörden zu erstatten.⁸⁴⁷ Diese Berichtspflicht bestand vor allem für die Beamten, welche in den älteren Provinzen des Großherzogtums überwachend tätig waren.

⁸⁴⁶ HSTaD Großherzogtum Berg 11533 (1810), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

⁸⁴⁷ vgl. Scotti III, 3062.

Als sich herausstellte, daß diese Prozedur nicht den gewünschten Erfolg gezeigt hatte, wurden Änderungen bei den Vorschriften zur Erstellung dieser Berichte notwendig.

Die Maires sollten mit Bekanntgabe der Verordnung vom 4.4.1809⁸⁴⁸ unter der Rubrik „*Gesundheitszustand*“ nicht nur alle ausfindig gemachten „Quacksalber“, sondern auch alle „*unglücklichen Kuren*“ und die „*Nachlässigkeiten der ärztlichen Personen*“ angeben.⁸⁴⁹ Im weiteren war es dann Aufgabe des übergeordneten Präfekten des Arrondissements, die ihm von den Maires zugeleiteten „*Einzelberichte*“ zu „*monatlichen Hauptpolizeyberichten*“ zusammenzufassen.⁸⁵⁰ Diese wurden anschließend an die „*I. Division Bureau der Polizey*“ zur Einleitung weiterer Schritte gegen den „Pfuscher“ oder „Quacksalber“ weitergereicht.

Auch der Fall des Dr Grimm aus der Mairie Hardenberg⁸⁵¹ wurde dem Präfekten des Arrondissements Elberfeld mit dem monatlichen Polizeibericht „*des Herrn Maire zu Ronsdorf...*“ zugetragen. Dieser „*medizinische Pfuscher*“ war in Neviges in der benachbarten Mairie Hardenberg ausfindig gemacht worden.

Um dem Grimm „*das Handwerk zu legen...*“, wurde die Anzeige nicht, zeitlich angebracht, direkt von dem Präfekten des Arrondissement Elberfeld an höhere Instanzen weitergegeben. Die Anzeige wurde erst mit dem regulären „*Hauptpolizeibericht*“ der „*I. Division Bureau der Polizey*“ zugestellt. Diese fragte zunächst beim zuständigen Maire zu Hardenberg nach. Diesem war der „Pfuscher“ Grimm bisher nicht aufgefallen. Ihm war „*kein solches Subject in Neviges bekannt...*“, und „*bisher auch kein Faktum vorgekommen*“, woraus er „*die Existenz eines solchen Pfuschers vermuthen könne*“.

Die „*I. Division Bureau der Polizey*“ beauftragte deshalb den Präfekten des Arrondissements am 10.Juli 1809, „*nähere Erkundigungen durch den Hohen Maire zu Ronsdorf einziehen zu lassen, denn dieser konnte über dessen Nahmen und einige Quacksalbereien desselben, wie auch ob er sein Wesen noch forttreibe, die beste Auskunft geben.*“ Die „*I. Division Bureau der Polizey*“ sah „*dem Resultat... und dem nähern Bericht des Präfekten entgegen*“.

⁸⁴⁸ Scotti III, 3062.

⁸⁴⁹ a.a.O., 3062.

⁸⁵⁰ Scotti III, 3062; vgl. HSTaD Großherzogtum Berg 11533 (1810), ohne Blattangabe.

⁸⁵¹ HSTaD Großherzogtum Berg 11526 (1809), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

Dieser Bericht ist in der Dokumentation des Falles nicht erhalten. Offensichtlich ließen sich auch keine weiteren Erkundigungen über den Grimm einholen, denn die „I. Division Bureau der Polizey“ versuchte es nach gut dreieinhalb Monaten erneut, über den Maire von Hardenberg weitere Informationen über den Vorfall zu erhalten:

*„Infolge einer Anzeige des Hr. Arrondissementspräfecten zu Elberfeld in dessem Polizey-Rapporte vom Monate Juny soll sich in Neviges ein medizinischer Pfuscher aufhalten. In Ihrem bisherigen Polizeyrapporte ist davon gar keine Erwähnung geschehen. Sie wollen daher die Sache untersuchen und falls die Anzeige des Arron. Präfecten auf Wahrheit gegründet ist, sich darüber äußern, warum sie diesen Gegenstand nicht früher der Behörde angegeben haben“.*⁸⁵²

In seinem Antwortschreiben teilte der Maire von Hardenberg am 2. Dezember 1809 der Behörde mit, daß ihm von einem „hier befindlichen seyn sollenden, medizinischen Pfuschers... nichts bekannt“ war. Auch „ist aber bisher kein Faktum vorgehalten, wodurch einer als solcher am besten entlarvt wird“. Und überhaupt würde wohl der Arrondissements- Präfekt von Elberfeld am „besten im Stande seyn, nähere data abzugeben“.

Während der Maire diese Angelegenheit wieder an den Arrondissements-Präfekten verwies, bemerkte er nebenbei, daß es für einen „Pfuscher“ doch „auch immer möglich“ war, „bisher der Aufsicht der Polizey entzogen“ zu bleiben.

Der Unterpräfekt des Arrondissement Elberfeld seinerseits „forderte“ den Maire zu Ronsdorf auf, ihm „nähere Aufklärung“ über den medizinischen Pfuscher von Hardenberg zu geben.

Nachdem die Angelegenheit von einem Beamten zu dem anderen weitergereicht wurde, konnte zum Schluß doch noch Licht in die Angelegenheit gebracht werden: „Nach näher[en] Erkundigung[en]“ des Maire zu Ronsdorf „war der alte Grim, ... ein sogenannter Wunderdoktor welcher von Menschen aus aller Gegend haufenweise besucht wurde. Nunmehr sey er tot, sodaß ...jetzt die Leuthe dessen Sohn den Doktor Grim in Neviges häufig aufsuchen, indem dieser sich mit Besehung des Wassers abgebe, und den Leuten, so wie sie es wünschen,

⁸⁵² HSTaD Großherzogtum Berg 11526 (1809), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

*Vorspiegelungen mache. Auch soll dieser Doktor Grimm eine Hausapotheke besitzen“.*⁸⁵³

Der Sohn des alten Grimm hatte den „*Namen und Charakter*“ des beim Publikum „*in Ruf*“ gestandenen Vaters für seine Geschäfte weiterhin genutzt.

Die „*I. Division Bureau der Polizey*“ interessierte nunmehr die Frage, „*ob dieser Mann von dem hiesigen Collegio Medico examinirt und approbirt*“, und „*ob er zur Haltung der Apotheke privilegiert*“ gewesen sei.

Daß diese Frage an den hierarchisch niedrig stehenden Maire zu Hardenberg gerichtet wurde und nicht von höherer Stelle beantwortet werden konnte, gibt tiefe Einblicke in die Kontrolle und Überwachung des Medizinalwesens. Obwohl es in den Zuständigkeitsbereich des Präfekten fiel, den Medizinalpersonen die Zulassung zur Ausübung der Heilkunde zu erteilen und dieses auch entsprechend zu überprüfen, bestanden offensichtlich keine oder nur unvollständige Übersichten bei der Regierung darüber, wer im Rheindepartement zur Ausübung der Heilkunde berechtigt war. Allein der behördlich eingeschlagene Weg bis zur Klärung der Frage, ob Grimms heilerische Praxis legitim oder nicht gewesen sei, dauerte sechs Monate bis zu ihrer Beantwortung. In seinem Schreiben an den Präfekten des Rheindepartments teilte der Maire zu Hardenberg am 13.1.1810 mit:

*„Es hat zwar seine Richtigkeit, daß sich hier der im Schreiben vom 27.d.Jh. erwähnte Doktor Grimm aufhalte. Allein als ein Mann, der medizinische Pfuscherei auf irgend eine Art treibt, ist er doch nicht bekannt. Er ist am Consilio medico examinirt und approbirt, auch zur Haltung einer öffentlichen Apotheke privilegiert. So wie ich so eben vernehme, hat derselbe ein von seiner K.K. Majestät ausgestelltes Anstellungs Diplom als practischer Arzt für ganz Frankreich erhalten, ein Beweiß, daß sich derselbe als solcher hinlänglich legitimirt hat“.*⁸⁵⁴

An der Korrespondenz zu diesem Fall ist auch zu erkennen, daß der Unterschied zwischen legitimierten und nicht-legitimierten Heilern schwierig zu erkennen war.

⁸⁵³ HSTaD Großherzogtum Berg 11526 (1809), ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

⁸⁵⁴ HSTaD Großherzogtum Berg 11526 (1809); vgl. auch Schmidt-Wetter (1970), S.103: Ein Diplom für einen Heilberuf konnte an einer medizinischen „Schule“, „*ecole*“ im Französischen Reich erworben werden. Es berechnete zur Niederlassung im gesamten französischen Territorium. Die Prüfung vor dem „*Comite medical*“ oder dem „medizinischen Ausschuß“ erlaubte hingegen

Wenn sogar bei den Behörden unterschiedliche Auffassungen über die Gültigkeit von Diplomen und Privilegien bestanden, so war es für Klienten von Heilern oft unmöglich Unterschiede zu erkennen, wenn sie denn von Interesse waren.

Ein Fall von langer behördlicher Duldung vor Anzeige im Juni 1819 findet sich im Verfahren gegen G. van Hees,⁸⁵⁵ der Pillen zur „*Vertilgung von Ratten und Mäusen*“, sogenannte „*Coelnische Pillen*“ unautorisiert hergestellt und verkauft hatte. Der beschuldigte G. van Hees hatte bereits seit „*mehr als 8 Jahren*“ sogenannte Mäuse- und Rattenpillen „*fabriziert*“, bevor es zum Einschreiten durch die Polizei kam.⁸⁵⁶

Dabei durfte der Verkauf des unter dem Namen Kölnische Pillen ausgetobenen Mäusegifts nur mit dem „*Vorwissen und der Genehmigung der Polizeibehörde*“ geschehen.⁸⁵⁷

In der Vergangenheit hatte der Kreisphysicus und Medizinalrat Franz Dahme bereits Bestrebungen unternommen, die „*Bestandteile, woraus dieselben zusammengesetzt*“ waren, „*untersuchen zu lassen*“, in der „*Absicht, diese Pillen mit der für den öffentlichen Verkauf derselben nötigen Angabe art autorisiert versehen zu lassen*“.⁸⁵⁸ Dies wäre Voraussetzung gewesen, so der Physicus, um van Hees den Verkauf der Pillen dann „*ohne Schwierigkeiten*“ fortsetzen zu lassen.⁸⁵⁹

Die beabsichtigte Untersuchung wurde aber bis „*zum Erlöschen der Amtszeit*“ des Kreisphysicus nicht veranlaßt.⁸⁶⁰ Die für den öffentlichen Verkauf eingeforderten notwendigen Angaben wurden nicht erbracht.

Van Hees wurde auch durch die Behörden nicht davon abgehalten, sich weiterhin ohne Erlaubnis mit der „*Fabrikation und dem Debit*“ dieser Pillen zu befassen und selbst Vorräte an „*oberländische Schiffer*“ abzugeben.⁸⁶¹

Er behauptete dazu: „*Diese Pillen seyen weder für Menschen noch Vieh schädlich, sie müßten denn in großer Quantität eingenommen werden. Arsenik*

nur eine Niederlassung innerhalb der Grenzen des Departements. Zu Kosten und Ausbildung vgl. Kopp (1815).

⁸⁵⁵ HSTaD Reg. Köln 1257 (1819), Blatt 19-29.

⁸⁵⁶ a.a.O. (1819), Blatt 19.

⁸⁵⁷ a.a.O. (1819), Blatt 29. Vgl. die Amtsblätter von 1822 und 1823: „*Der Debit des weißen, gelben und rothen Arsensics*“ war, „*außer den Apothekern, nicht allen Materialisten und Droguisten..., sondern nur denen, die dazu spezielle polizeiliche Erlaubnis der Regierung erhalten*“ hatten, in: Neubauer (1835), S.174.

⁸⁵⁸ HSTaD Reg. Köln 1257 (1819), Blatt 22.

⁸⁵⁹ a.a.O. (1819), Blatt 22.

⁸⁶⁰ a.a.O. (1819), Blatt 22.

⁸⁶¹ a.a.O. (1819), Blatt 22.

*brauche er gar nicht, und er habe einem Jagdhunde auf einmal 12 von diesen Pillen gegeben, ohne daß derselbe sich danach übel befunden habe und was für die Unschädlichkeit derselben am meisten spreche, sey, daß selbst Materialisten und Apotheker von hier sie bey ihm nähmen“.*⁸⁶²

Auch den „Leuten, welche derer bedurften“, hatte er die Pillen „weit und breit“ abgegeben.⁸⁶³ Den Angaben zufolge hatte er auch „schon bis nach Paris und vor einiger Zeit für 200 Franken nach Wesel geschickt, und sey seines Wissens noch nie durch einen Gebrauch ein Unglück entstanden. Niederländische und Oberländische Schiffer kauften von ihm Vorräthe und der Oberländig Schiffer Oberdahn von Coblenz nähme dieselben schon seit längerem als drei Jahren in bedeutender Quantität und setze sie, wie er ihm erzählt, in der Gegend der Mosel wieder ab, auch habe er seit kurzem einen Vorrath nach Coblenz an den Gastwirth geführt seid vermuthet wird, daß derselbe sie auch weitergibt“.⁸⁶⁴

Hieraus wird ersichtlich, daß von dem „lebhaften“ Handel mit den genannten Ratten- und Mäusepillen nicht nur der van Hees sondern auch weitere Personen profitierten. Der „nichtlegale“ Verkauf wurde am 6. Juni 1819 durch den Polizeipräsidenten der Königlich Hochlöblichen Regierung I. Abteilung angezeigt. In diesem Schreiben stellte der Polizeipräsident bei der Königlich Hochlöblichen Regierung die Anfrage, ob „gegen den van Hees nach § 36 des Gesetztes vom 11ten April 1803 die Unterrichtung der Apotheken Schulen betreffend, das Verfahren bei dem Zucht-Polizei-Gericht eingeleitet werden sollte“.⁸⁶⁵

Zur Begründung der Anzeige wurde auf die Berichte des Polizeiinspectors Schoening vom 4.6.1819 und das von dem Polizei-Kommissar Hamacher vom 5. Juni 1819 „abgehaltene Protokoll über die Confiscation der vorgefundenen Pillen“ Bezug genommen.⁸⁶⁶ Nach diesem Protokoll hatte sich am 5. Juni 1819, nachmittags um 5 Uhr, der Polizei-Kommissar persönlich in die Wohnung des beschuldigten van Hees begeben.⁸⁶⁷ Da dieser zu dem Zeitpunkt nicht anzutreffen war, hatte er dessen Ehefrau Christine van Hees aufgefordert, „den ganzen

⁸⁶² HSTaD Reg. Köln 1257 (1819), Blatt 22.

⁸⁶³ HSTaD Reg. Köln 1257 (1819), Blatt 22.

⁸⁶⁴ a.a.O. (1819), Blatt 22.

⁸⁶⁵ a.a.O. (1819), Blatt 19.

⁸⁶⁶ a.a.O. (1819), Blatt 20.

⁸⁶⁷ a.a.O. (1819), Blatt 20/21.

Vorrath der von ihrem Mann zum Verkauf gefertigten, sogenannten Mäuse- und Rattenpillen umgehend zu überliefern".⁸⁶⁸

Ehefrau van Hees hatte dem Polizeikommissar daraufhin „*eine in der Wohnstube auf der Kommode gestandene, blechern Vase worin noch ein kleiner Vorrath gefertigter Pillen*“ übergeben, mit dem „*Bemerken, daß dieses der ganze Vorrath sey welcher ihr Mann in dem gegenwärtigen Augenblicke davon besitze*“.⁸⁶⁹

Den Polizei-Kommissar hat die Aussage der Ehefrau offensichtlich nicht überzeugt, denn das Protokoll dieser Untersuchung dokumentiert, daß er „*danach überall, wo [er] von den Pillen noch einen Vorrath vermuthete, eine Visitation*“ anstellte.⁸⁷⁰ Dabei fand er „*weiter keine fertigen Pillen sondern nur eine Art weißen Pulvers in einer Kiste auf der Kammer*“. Dieses Pulver gehörte nach seiner Einschätzung „*zu den Bestandteilen der fabriziert wordenden Pillen*“, welches „*nach Befragen derselben Frau van Hess von dieser nicht zugegeben wurde*“.⁸⁷¹

Der Polizei-Kommissar nahm daraufhin sowohl die „*blechern Vase*“ mit den darin befindlichen „*fertigen Pillen*“ als auch das vorgefundene Pulver „*in Beschlag*“ und „*packte alles zusammen in einen Einschlag von grauem Papier*“.⁸⁷² Das Paket wurde mit seinem Amtssiegel versehen und zusätzlich hatte die Ehefrau van Hees, „*auf einem ...besonders angebrachten Bogen reinsten Papiers*“, diesen „*mit ihrer Namensschrift zu versehen*“.⁸⁷³ „*Sodann wurde das gegenwärtige Protokoll*“ verfaßt und „*mit den Gegenständen zur weiteren Verfügung an den Königlichen Polizei Inspektor weitergeleitet*“.⁸⁷⁴

Das Königliche Medizinal-Kollegium wurde am 8. Juni 1819 vom Polizeipräsidenten aufgefordert, die beschlagnahmten Pillen bzw. das Pulver einer „*chemischen Analyse*“ zu unterziehen und ein Gutachten über die „*Schädlichkeit für Menschen und die deshalb nöthige Vorsicht beim Gebrauch*“ zu erstellen.⁸⁷⁵

Dieser Vorgang verzögerte sich bis zu seiner Erledigung zeitlich, so daß sich die Königlich Hochlöbliche Regierung I. Abteilung am 24.6.1819 veranlaßt sah, den

⁸⁶⁸ HSTaD Reg. Köln 1257 (1819), Blatt 20.

⁸⁶⁹ a.a.O. (1819), Blatt 20.

⁸⁷⁰ a.a.O. (1819), Blatt 20.

⁸⁷¹ a.a.O. (1819), Blatt 20.

⁸⁷² a.a.O. (1819), Blatt 21.

⁸⁷³ a.a.O. (1819), Blatt 21.

⁸⁷⁴ a.a.O. (1819), Blatt 20/21.

⁸⁷⁵ a.a.O. (1819), Blatt 24.

Polizeipräsidenten Struensee zu ermahnen, die „von dem van Hees ...konfiscierten Pillen....seinem Königlichen Hochlöblichen Medizinal-Kollegium“ persönlich abzugeben „mit dem ergebensten Ersuchen, die Analyse wohlderselben unterm 8.d.M. übersandten Mäusepillen gefälligst beschleunigen zu wollen“.⁸⁷⁶

Bisher lag nur die Aussage des van Hees vom 18.Juni 1819, die er in der kommissarischen Vernehmung „in Gefolge Regierungsräthlicher Anweisung“ und „gerichtlicher Frage“ abgegeben hatte, vor.⁸⁷⁷

„Die Pillen, welche ich zur Vertreibung der Ratten- und Mäuse zu machen und verkaufen pflege bestehen:

- a) aus etwas ungelöschtem Kalk
- b) aus ganz fein gestoßenem Glas
- c) aus etwas Butter und Brotmehl
- d) etwas gestoßenem weißen Zuckers
- e) für größere Ratten noch aus etwas Fliegenstein“.⁸⁷⁸

Das Interesse an der wahren Zusammensetzung wuchs, da die zuletzt von van Hees abgegebene Stellungnahme im Widerspruch zu seiner ersten stand. Die Beimengung von Fliegenstein in dem Pulver bedeutete, daß elementares Arsen als Mineral in der Mischung verwendet wurde. Van Hees rechtfertigte die Beimengung, welche seinen Angaben zufolge nur in einem „Maße bestand, das für Menschen und Vieh nicht schädlich“ sein konnte.⁸⁷⁹ „Überhaupt bestünde das Pulver, welches bei [ihm] in Beschlag genommen worden, aus Arsenicum, welches [er] vor 4 Jahren bei dem Materialwaarenhändler Jh. Efenz gekauft und daraus die Pillen verfertigt“ hatte, „um damit einen Versuch zur Vertilgung der Feldmäuse zu machen“.⁸⁸⁰

Auch hatte der van Hees „die Pillen mit dem Pulver ganz unbeachtet wohl auch mit Vergeßlichkeit in einer Ecke liegen lassen“.⁸⁸¹ Er gab zu Protokoll, daß „ihm erst die Erinnerung kam, als er über die Verfertigung vom Polizei-Justitiar

⁸⁷⁶ HSTaD Reg. Köln 1257 (1819), Blatt 25.

⁸⁷⁷ HSTaD Reg. Köln 1257 (1819), Blatt 26.

⁸⁷⁸ a.a.O. (1819), Blatt 26.

⁸⁷⁹ a.a.O. (1819), Blatt 22.

⁸⁸⁰ a.a.O. (1819), Blatt 26.

⁸⁸¹ HSTaD Reg. Köln 1257 (1819), Blatt 27.

*Schoening vernommen wurde“.*⁸⁸² Seine Frau hatte „*versäumt, diese um ein und anders dem Efenz zu bringen, und so ist solche auf der Kammer liegen geblieben“.*⁸⁸³

Das Medizinal Kollegium teilte inzwischen die von Apotheker Hamacher „*bewerkstelligte chemische Analyse*“ der Königlich Hochlöblichen Regierung I. Abteilung mit.⁸⁸⁴ Aus dieser Analyse ging hervor, „*daß die genannten Pillen eine bedeutende Menge weißen Arsens als Hauptbestandteil enthielten, daß das Pulver sogar aus bloßem weißen Arsenik ohne alle fremde Beimischung*“ bestand, „*daß die Reduktion aus einem Theile der aus 1 Unze 2 Drachmen und 20 Gram schweren Pillen 36 Gram [!] metallisches Arsenik ausschied, und daß s.a. Unze des besagten Pulvers auf eben diesem Wege drei Quäntchen metallische Arsenik lieferte“.*⁸⁸⁵ Das Collegium Medicum urteilte daraus: „*daß die Benutzung dieses, das Leben der Menschen in einem so hohen Grade gefährdenden Mittels zu dem beabsichtigten auf Beachtung aller möglicher Vorsicht immer gewagt bliebe“.*⁸⁸⁶

⁸⁸² a.a.O. (1819), Blatt 27.

⁸⁸³ a.a.O. (1819), Blatt 27.

⁸⁸⁴ a.a.O. (1819), Blatt 28.

⁸⁸⁵ a.a.O. (1819), Blatt 28.

⁸⁸⁶ a.a.O. (1819), Blatt 28. Ab 1823 wurde die Zusammensetzung der Arsenikalischen Mittel zur Vertilgung der Ratten und Mäuse, welche nur durch Apotheker debittiert werden durften, vorgeschrieben: Wichtig war es der Verordnung, daß durch den Zusatz sogenannter „Sicherungsmittel“ unachtsamer Gebrauch und Verwechslungen ausgeschlossen wurden. „*Acht Loth feingepulverter Arsenik, sieben Loth feines Weizenmehl, ein Loth feinste Kohle, aber ebenso viel ausgeglühten Kienruß und ein Gran Bisam mit verdünntem Weingeist abgerieben*“ sollten dem Präparat „*Farbe*“ und „*Geruch*“ verleihen, um das Mäuse- und Rattenmittel „*hinlänglich vom Mehle*“ zu unterscheiden, in: Neubauer (1835), S. 176.

Auf dieses Gutachten hin beauftragte die Regierung den Königlichen Landrat und Polizeipräsidenten, dem van Hees den „*ferneren Verkauf derselben [Pillen]... zu untersagen...*“ und ihm mitzuteilen, „*daß das unter dem Namen Coelnische Pillen zum Verkauf gekommene Mäusegift hier mit Vorwissen und Genehmigung der Behörde*“ unterlag.⁸⁸⁷ Ob sich van Hees an diese Vorschrift hielt, läßt sich nach der Aktenlage nicht entscheiden.

⁸⁸⁷ HSTaD Reg. Köln 1257 (1819), Blatt 28.

7.7. Obrigkeit involviert

Besonders schwierig wurde die Aufdeckung von Medizinalpfuschereien, wenn einflußreiche oder höher gestellte Mitglieder der Gemeinschaft selbst in solche verwickelt waren.⁸⁸⁸

Im nachfolgenden Fall hatten die „*Thüringer Arzne Krämer*“ Rosenberg und Hofmann Everhard⁸⁸⁹ einen Vorrat an Medikamenten bei dem Ortsvorstand von Wippersfurth, Hofstadt hinterlassen, damit dieser die Waren auch während ihrer Abwesenheit an die Kunden brachte. Die Vertriebsorganisation sah vor, daß eine Abrechnung der verkauften Waren bei der Rückkehr der Olitätenkrämer erfolgen sollte. Nach den protokollierten Angaben hatten die Thüringer in dem Hause des Municipalrats in der Wippersfurth Straße „*vier ganz große, versiegelte Schachteln von einem*“ in der Gegend „*fremden, unbekannten Fuhrmann*“ absetzen lassen.

Da in dem sächsischen Erzgebirge, der Herkunftsgegend der Thüringer, die Landwirtschaft in den Gebirgsgegenden nur wenig ertragreich war, wurde der Arzneipflanzenreichtum der Wälder genutzt, um damit Gewerbe zu treiben. Das Fichten- und Tannenholz wurde zur Schachtelfabrikation verwendet, und Pulver und Pillen aus Transportgründen in leichte Holzspanschachteln verpackt. Neben pflanzlichen Inhaltsstoffen hatten die Olitäten auch zahlreiche z.T. stark wirksame anorganische Bestandteile.

Da die Thüringer den Behörden vielfach in der Vergangenheit auch durch den Verkauf von verfälschten Arzneimitteln aufgefallen waren,⁸⁹⁰ sollte aus medizinal-polizeilichen Gründen bekanntgewordenen Fällen besonders aufmerksam nachgegangen werden. Für den Departmentsphysicus Servaes sprach das „*Hausiren*“ der „*dem Leben so höchst schädlichen, sogenannten Thüringer Arzne Krämer in der Gegend*“ von Wippersfurth „*nicht für die Thätigkeit der dortigen Polizey*“.⁸⁹¹

Die Kisten der bereits genannten Thüringer waren im Jahre 1812 „*zufällig im Nebenzimmer im Hause des Municipalrates*“ von dem Wundarzt der „*Central*

⁸⁸⁸ Peickert (1932), S.104; vgl. Bernschneider-Reif (2001).

⁸⁸⁹ HSTaD Großherzogtum Berg 11524, ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

⁸⁹⁰ vgl. Stoll (1813), 3. Teil.

⁸⁹¹ HSTaD Großherzogtum Berg 11524, ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

Wohltätigkeits Verwaltung“ gefunden worden, als er in „Geschäften in der Commune Bechen, Canton Wippersfurth Arrondissement Elberfeld“ tätig war.⁸⁹² Angaben zufolge hatte er den Ortsvorsteher „Hofstadt aufgefordert, die Schachteln zu visitiren“. Nach der Schilderung des Wundarztes befanden sich darin „kleine auch theils versiegelte Gläser“. Drei der Schachteln waren „mit Porzellan, womit die Thüringer auch zu handeln pflegten“, angefüllt. „Die mit wenigern schlechten Porzellan nachlässig gepackten Schachteln sowie ihr unverkennbarer Geruch nach Medikamenten“, stellten „die Sünde dieses medizinischen Schleichhandels außer Zweifel“.

Als erstes informierte der Wundarzt den Maire über die Angelegenheit, welcher den „Befehl“ gab, „die Schachteln ohne seine Erlaubnis an niemanden zu verabfolgen“. Zwischenzeitlich war auch der Arrondissements-Präfekt in den Vorfall eingeschaltet worden. Ihm wurde mitgeteilt, „daß der Fuhrmann auf die Frage, von wem der Auftrag erfolgte, geantwortet hatte, ein gewisser Rosenberg“ habe „die Schachteln in Ladung gegeben mit dem Bedeuten, Municipalrath Hofstadt möchte dieselben so lange aufbewahren, bis der Rosenberg diese abholen würde. Weiter hatte er sich nicht darum bekümmert, nach welchem Orte die Schachteln transportirt werden sollte“.

Der Fuhrmann stellte sich bei der Vernehmung „unwissend“, so daß der beteiligte Präfekt des Rheindepartments empfahl, „eine nähere Vernehmung des Herrn Hofstadt, wobey die Schachteln gefunden worden sind“, vorzunehmen, weil dieses „wohl am ersten zu einem sichern Resultate führen“ würde.

Bei dem Tribunal der I. Instanz sechs Monate später mußte jedoch der „Procureur“ dem Präfekten des Rheindepartments mitteilen, „daß der Thüringer Arzneykrämer Rosenberg durch die nähere Vernehmung des Municipalrats Christian Hofstadt, bey welchem die Schachteln deponirt worden, nicht habe ausfindig gemacht, mithin kein Inquisitionsverfahren gegen denselben habe

⁸⁹² HSTaD Großherzogtum Berg 11524, ohne Blattangabe. Die folgenden Zitate stammen, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

eingeleitet werden können“. Obwohl Hofstadt höchstwahrscheinlich die Olitäten selbst weiterverkauft hat, war ihm durch die Vernehmung nichts nachgewiesen worden.

7.8. Geistliche: Pfründe-Handel

Neben Mitgliedern der Obrigkeit waren auch „*Geistliche*“ in den unerlaubten Handel und Verkauf von Arzneimitteln involviert. Es wird berichtet, daß es seit 1755 immer wieder zu Beschwerden in den jülich-schen Hauptstädten kam, weil Welt- wie Ordensgeistliche auch mit Medikamenten handelten und damit die Apotheker schädigten. Viele dieser Beschwerden wurden letztlich aus dem Grunde abgewiesen, weil die Geistlichen nachweisen konnten, daß sich der Handel auf den Verkauf der Produkte der Pfründe beschränkte. Der Ertrag aus Kirchengütern stand den Geistlichen offiziell zu. Damit konnte auch der Handel mit diesen Waren nicht verboten werden.⁸⁹³

Die Geistlichen fanden in den Augen der Ärzte in der abergläubischen Bevölkerung einen großen Zulauf. „*Weit verbreitet war noch die Ansicht, daß Gott die Krankheiten gesandt hatte und deshalb menschliche Hilfe unnütz war*“.⁸⁹⁴ Die „*Gabe, Kranke zu heilen, wurde als etwas an das Wunderbare grenzend auf den unmittelbaren Einfluß der Gottheit beruhend, angesehen, und noch jetzt glauben viele, daß [die Krankheit] vom Himmel willkürlich gesendet*“ wurde.⁸⁹⁵ Deshalb brachte der „*leichtgläubige, große Haufen*“ den medizinisch praktizierenden Geistlichen „*unheimlich viel Zutrauen*“⁸⁹⁶ im Krankheitsfall entgegen.

In dem nachfolgenden Fall stellte Stadtphysicus Löhn in einer solchen Angelegenheit polizeiliche Nachforschungen an. Ihm war „*zu Ohren gekommen*“, daß „*Geistliche*“ mit den sogenannten „*K.K. Privit Pillen*“ handelten.⁸⁹⁷ Der Physicus ging 1844 dem Hinweis nach, welcher ihm von nicht weiter genannter Stelle zugetragen worden war. Er fand die „*K.K. Privit Pillen*“ wirklich „*bei geistlichen Herren*“ in „*kleinen hölzernen Dosen*“.⁸⁹⁸

In seinem darauffolgenden Berichtsschreiben an die Regierung nannte er weder den Namen desjenigen, welcher ihm einst den Hinweis gegeben hatte, noch die Namen der beschuldigten „*Geistlichen*“. Obwohl der Physicus in dieser

⁸⁹³ Schuler (1918), „Der Innenhandel“, 29.Bd., S.37.

⁸⁹⁴ in: Medizinischer Ratgeber (1795), 27. Stück, S.2.

⁸⁹⁵ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 26.

⁸⁹⁶ HSTaD Großherzogtum Berg 5512 (1810), Blatt 35.

⁸⁹⁷ HSTaD Reg. Köln 1257 (1844), Blatt 77.

⁸⁹⁸ a.a.O. (1844), Blatt 77.

Angelegenheit mit allen Beteiligten persönlich gesprochen hatte, fehlte der Eingabe bei der Regierung ein namentlich genannter Kläger und Beklagter.

Apotheker Sehlmeier, welcher sich in der Vergangenheit selbst der Quacksalberei schuldig gemacht hatte,⁸⁹⁹ wurde mit der chemischen Analyse der vorgefundenen Pillen beauftragt. Nach seinen Feststellungen enthielten die *„eingramigen Pillen Extract. Aloes und Pulv. Aloes zu gleichen Teilen“*.⁹⁰⁰

Weitere Nachforschungen des Physicus blieben erfolglos, denn jeder der befragten Geistlichen gab am Ende zu Protokoll, daß er *„sie von einem anderen erhalten“* hatte.⁹⁰¹ Und zuletzt wollte sie *„einer ...von Frankfurt selbst bezogen“*⁹⁰² haben. Das Geschehen ließ sich mithin nicht weiter aufklären. Aus diesem Grunde sah der Physicus davon ab, der Regierung weitere Details über den Tathergang mitzuteilen.

Die Anschuldigung gegen die Geistlichen wurden jedenfalls von der Regierung nicht weiter verfolgt.

⁸⁹⁹ sh. Kapitel 7.1.4., Der Physicus wird ermittlerisch tätig: Quacksalbern der Apotheker.

⁹⁰⁰ HSTaD Reg. Köln 1257 (1844), Blatt 77.

⁹⁰¹ a.a.O. (1844), Blatt 77.

⁹⁰² HSTaD Reg. Köln 1257 (1844), Blatt 77.

7.9. Der Physicus und das behördliche Vorgehen gegen die Kaufleute: Wann wird eingeschritten?

Neben den Materialisten waren in der Dokumentation häufig auch Kaufleute zu finden, welche neben Färbemitteln und anderen zum technischen Gebrauch bestimmten Produkten gleichzeitig auch mit Medikamenten handelten. Nicht selten wurden solche Fälle über die Finanzabteilung bekannt und der Königlich Hochlöblichen Regierung angezeigt. So wurde auch gegen Johann Overkamp ermittelt, der neben *„Drucksachen unerlaubt mit Medikamenten gehandelt hatte“*.⁹⁰³

Der Medikamentenhandel der Kaufleute hatte zwischenzeitlich ein solches Ausmaß angenommen, daß er besondere Maßnahmen von seiten der Regierung zu seiner Eindämmung erforderlich machte. Die Ermittlung und Überführung dieser *„Klasse an Quacksalbern“*, welche die Regierung auf Grund des Ausmaß ihres Geschäftes auch zu den *„Erwerbenden“* zählte, gestaltete sich in der Praxis besonders schwierig.⁹⁰⁴ Die zur *„Untersuchung gezogenen“* mußten häufig wieder *„freygesprochen werden“*, weil die *„stattgefundenen Bezahlungen“* von den Beteiligten *„geleugnet wurden“* und damit die Tat *„nicht erwiesen werden konnte“*.⁹⁰⁵

Die Kreisphysici wurden von der Regierung beauftragt, regelmäßig auch den Warenbestand der Kaufleute zu visitieren und alle Auffälligkeiten in entsprechenden Verzeichnissen unter der Rubrik *„von Nicht-Apothekern zubereitete und verkaufte, zusammengesetzte Arzneien“* festzuhalten.⁹⁰⁶

Aus einer derartigen Aufstellung des Kreisphysicus Bach aus Bonn, der der behördlichen Aufforderung *„gehorsamst“* am 1. Januar 1844 nachkam, erwuchs auch die nachfolgende Anzeige gegen den *„hiesigen Kaufmann Röttgen, welcher*

⁹⁰³ HSTa D Reg. Köln 1257 (1843), Blatt 53.

⁹⁰⁴ GSTA PK, I HA Rep. 76, Kultusministerium VIIIA, Tit. XIV, Nr 2176 (1809-1845), Blatt 106.

⁹⁰⁵ GSTA PK, I HA Rep. 76, Kultusministerium VIIIA, Tit. XIV, Nr 2176 (1809-1845), Blatt 106; Unter verbotenen Gewerbebetrieb fielen alle *„fortgesetzten Curen“*. Diese wurden nach der preußischen Übernahme in den Herzogtümern zunächst nach dem Medizinedikt von 1725 und den von der Regierung in dieser Hinsicht als *„unvollständig“* bezeichneten Bestimmungen des A.L.R. entschieden. Ab 1845 galten die Bestimmungen der Gewerbeordnung, in: Handschriftliche Quelle a.a.O. Blatt 108.

⁹⁰⁶ HSTa D Reg. Köln 1257 (1844), Blatt 62.

in seiner Modehandlung zahlreiche zusammengesetzte Arzneien“ zum Verkauf vorrätig gehalten hatte.⁹⁰⁷

Aus der Liste der Hersteller dieser Produkte, mit denen der Kaufmann Röttgen handelte, ließ sich entnehmen, daß auch er mehrere Zulieferer hatte und die Produkte selbst aus dem Ausland bezog.

Der Physicus protokollierte in seinem Verzeichnis: „*Brust-Caramellen, verfertigt vom Conditor Nicolas Wolff in Kempen. Dieselben scheinen aus Zucker, Schleim, und einem kleinen Zusatz von Ipecacuanha zu bestehen. Das gewöhnliche bekannte Gicht-Papier,*⁹⁰⁸ *Schweizer-Brustthee, verfertigt von Joh. Peter Wilhelm Wild, Doktor der Medizin zu Schwanden, Kanton Glarns. Dasselbe besteht, soviel sich ermitteln ließ aus:*

- *Herb. Pteridis*
- *Scolopendri*
- *Farfarae*
- *Pulmonariae*
- *Rhododendri ferruginei*
- *Flor. Primulae*
- *Cinerariae. Eine aus Paris bezogenen Pasta, wahrscheinlich Pasta Liquiritiae. Einem Zahnkitt, verfertigt vom Apotheker Hipe in Wetzlar, von unbekannter Composition. Sogenanntes Akensches Augenwasser, verfertigt vom Apotheker Geis in Aken bei Elbing. Die Bestandtheile desselben sind unbekannt, doch möchten sich dieselben durch eine chemische Analyse wohl ermitteln lassen“.*⁹⁰⁹

Der Kreisphysicus wertete gleichzeitig in seinem Verzeichnis die „von Nicht-Apothekern zubereiteten und verkauften, zusammengesetzten Arzneimittel“ und teilte sie in gefährliche und solche ein, die „als unschädlich“ anzusehen waren und somit „wohl unbeschränkt im Handel zugelassen“ werden konnten.⁹¹⁰

⁹⁰⁷ HSTa D Reg. Köln 1257 (1844), Blatt 62.

⁹⁰⁸ Gichtpräparate waren häufig sehr unterschiedlich zusammengesetzt. Im Kölner Raum meistens aus Terpentin, Schwarzpech und Holztee bestehend, in: Schneider (1975), Bd. IV, S. 51.

⁹⁰⁹ HSTa D Reg. Köln 1257 (1844), Blatt 62.

⁹¹⁰ HSTa D Reg. Köln 1257 (1844), Blatt 62.

Von den Arzneimitteln des Kaufmann Röttgen schien dem Physicus besonders der öffentliche Handel mit dem „*Akenschen Augenwasser*“ bedenklich: Auch wenn ihm nach eigenen Angaben die Bestandteile desselben unbekannt waren, „*konnte es seiner Meinung nach dadurch in einzelnen Fällen höchst schädlich werden, daß es nicht in passenden Zuständen angewandt, und im Vertrauen auf dessen Heilkraft die Anwendung anderer, nöthiger Arzneyen versäumt wird, wodurch wie z.B. bei heftigen Augenentzündungen großes Unglück und selbst völlige Erblindung herbeigeführt werden*“ konnte.⁹¹¹

In seiner Argumentation weist der Physicus auf die gesundheitlichen Schäden hin, die auftreten konnten, wenn Patienten die gebotene medizinische Behandlung überhaupt nicht oder zeitlich verzögert in Anspruch nahmen. Wie die Obrigkeit im Falle Röttgen reagierte, bleibt in den Akten der Königlich Hochlöblichen Regierung offen.

Zu späterem Zeitpunkt wurde die erwähnte „*Galanteriewarenhandlung*“ der Röttgens von demselben Physicus erneut in einem Verzeichnis über Kaufleute, welche unbefugt mit Medikamenten handelten, der Regierung zur Kenntnis gebracht. Diese Anzeige richtete sich nun gegen die Ehefrau Röttgen,⁹¹² welche das Geschäft nach dem Tode ihres Mannes im Witwenstatus weiterführte.⁹¹³ Wegen des unbefugten Handels mit Augenwassern wurde jetzt sogar gerichtlich verhandelt. Der Oberprokurator legte Frau Röttgen zu Last, daß sogenannte „*Dr Römmershausensche Augenwasser*“ nicht nur feilgeboten, sondern auch tatsächlich „*verkauft zu haben*“.⁹¹⁴

Nach dem Hersteller Dr Römmershausen wurde das Augenwasser in der damaligen „*Empfehlungsanzeige als eine wohlriechende, als Waschmittel zu bezeichnende Essenz*“ beschrieben.⁹¹⁵ Da es im wesentlichen einen Auszug aus der Fenchelpflanze enthielt, schlußfolgerte der Oberprokurator, daß „*dieses Augenmittel zwar nicht als ein Geheimmittel zu betrachten sei, wohl aber in die Kategorie derjenigen medizinischen Wasser und Präparate fallen, deren Debit*

⁹¹¹ HSTa D Reg. Köln 1257 (1844), Blatt 62.

⁹¹² HSTa Reg. Köln 1251 (1863), Blatt 169,170,171.

⁹¹³ Bonner STA: Franz Röttgen (14.6.1797-8.12.1852), Kaufmann für Galanterie- und Luxuswaren in Bonn, Bischofsgasse 1. Verheiratet mit Catherina Louise Goldbach (15.6.1797-7.11.1876).

⁹¹⁴ Auch bekannt unter der Bezeichnung „*Augenessenz*“; Tinktur aus „*Fenchelsamen und frischem jungen Fenchelkraut*“, in: Schneider (1975) Bd. IV, S.42.

⁹¹⁵ HSTa Reg. Köln 1251 (1863), Blatt 169.

*durch das Reglement vom 16. September 1836 und die Bekanntmachung vom 29. July 1857 unter die Rubriken: aqua foeniculi, aqua medicinalis, in der Regel den Apothekern ausschließlich vorbehalten war“.*⁹¹⁶

In dem Schreiben wurde hervorgehoben, daß „nach den vorhandenen, gesetzlichen Bestimmungen sogenannte Geheimmittel von Individuen, welche keine Apotheker“ waren, „gar nicht, von Apothekern aber nur auf Anordnung eines qualifizierten Arztes verkauft werden durften“. Auch die „Aufnahme“ solcher in „öffentliche Blätter“ sollte nach der Ministerial-Verfügung vom 12. August 1824 „nicht länger geduldet werden“.⁹¹⁷

Da das genannte Heilmittel den Aussagen zufolge aber bereits „seit Jahren überall öffentlich angekündigt und von vielen Händlern verkauft“ wurde, war sich auch der Generalprokurator unsicher, „ob der Verkauf der Römmershausenschen Augenessenz inzwischen etwa allgemein freigegeben oder von der nach §345 Strf.Gesb. erforderlichen polizeilichen Erlaubnis“ abhängig war.⁹¹⁸

Es war Aufgabe der Königlich Hochlöblichen Regierung, diese Frage zu klären. Der Vorgang zog sich jedoch so lange hin, daß der Königl. Oberprokurator sich veranlaßt sah, die Königl. Hochlöbliche Regierung zu ermahnen, ihm die nötige Auskunft zu geben und die Untersuchungsakten im Fall Röttgen zu „remittieren“.⁹¹⁹

In dem gerichtlichen Verfahren beantragte die Witwe Röttgen schließlich die offizielle Erlaubnis für den Verkauf des Augenwassers. Diese „nachgesuchte Erlaubnis zur Bereitung und zum Verkauf des Mittels“ konnte der Witwe am Ende „nicht erteilt werden“, da der Minister der Geistlichen Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten nach Analyse der eingesandten Probe feststellte, daß das Mittel zu „der Kategorie der geistigen Auszüge unter Arzneisubstanzen“ gehörte, „mit welchem nach dem Verzeichnis A der Bekanntmachung der Minister der Justiz, der Geistlichen Angelegenheiten und für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vom 29ten July 1857/Gesetz Sammlung de 1857 S.654/ nur Apotheker handeln“ durften.⁹²⁰ Obwohl sich hiermit belegen ließ, daß der

⁹¹⁶ HSTaD Reg. Köln 1251 (1863), Blatt 169.

⁹¹⁷ WSTa (1824), RX 77.

⁹¹⁸ HSTaD Reg. Köln 1251 (1863), Blatt 169.

⁹¹⁹ HSTa Reg. Köln 1251 (1863), Blatt 171.

⁹²⁰ HSTaD Reg. Köln 1251 (1863), Blatt 170.

Verkauf des Augenwassers durch die Witwe gegen die Bestimmungen verstoßen hatte, wurde der unerlaubte Handel mit keiner Strafe belegt.

Daß in diesem Fall überhaupt gegen den „*Debittanten*“ eingeschritten worden war, ist auf die Initiative und Handlungskompetenz des Kreisphysicus zurückzuführen. Grundsätzlich „ermittelten“ und „beurteilten“ Physici nicht nur Vergehen dieser Art, sondern konnten auch ein weiteres behördliches Vorgehen gegen die „*Debittanten*“ veranlassen. Die Art und Weise, wie sie dabei verfahren, war sehr unterschiedlich und hing davon ab, ob dem Physicus das Mittel als ein „*schädliches*“ oder „*unschädliches*“ bekannt war.⁹²¹ Kam ihm der Verkauf eines „*unschädlichen Arzneimittels*“ zur Kenntnis, veranlaßte er in der Regel erst „*eine polizeiliche Verwarnung*“ oder ließ in besonderen Fällen „*unter Anstrafung gerichtlicher Untersuchung einschreiten*“.⁹²²

Handelte es sich um den Verkauf „*schädlicher Arzneien*“, wurden die „*letzteren Maßnahmen*“ eingeleitet.⁹²³

Im Jahr 1844 verfasste der Kreisphysicus Löhn eine Liste durch Kaufleute vertriebenen Mitteln, welche ihm während seiner Dienstzeit zur Kenntnis gekommen waren, und beurteilte sie:

„ 1) Die Wurmkügelchen des Conditor Stollwerck: sie waren bereitet aus Mehl, Honig und Zitwersamen“.⁹²⁴ Die bitteren Zitwersamen wurden so in eine galenische Form gebracht, die sich als Vermifugum verwenden ließ. Kreisphysicus Löhn beurteilte die Wurmkügelchen als nicht „*schädlich*“, und der genannte Stollwerk wurde deshalb „*auf die Veranlassung*“ des Physicus „*nur durch die Polizei verwarnt*“.⁹²⁵

Anders verhielt es sich im Falle des Kaufmann Mospelt:⁹²⁶ Sein „*Hühneraugenpflaster*“ enthielt das „*Ceratum aeruginis*“ [der] *Landespharmacopoea*“.⁹²⁷

⁹²¹ HSTaD Reg. Köln 1257 (1844), Blatt 63-65.

⁹²² a.a.O. (1844), Blatt 63.

⁹²³ a.a.O. (1844), Blatt 63.

⁹²⁴ a.a.O. (1844), Blatt 63.

⁹²⁵ a.a.O. (1844), Blatt 63.

⁹²⁶ a.a.O. (1844), Blatt 63.

⁹²⁷ Ceratum aeruginis (Cera viridis): Grünes Wachs, Grünspancerat, in: Hager (1865), S.422; vgl. auch Pharmacopoea Borussica (1799), S.88.

Dieser „*Debit*“ wurde nach Aussage des Physicus sogar vor Gericht gestellt, „*dort aber freigesprochen*“. ⁹²⁸

Eine besonders unnachsichtige Vorgehensweise der Physici ist grundsätzlich beim Handel mit „*Augenwassern*“ in der Dokumentation zu beobachten. Das „*Dr Römmershausensche Augenwasser*“ war auch bei dem „*Debittanten Tils*“ vorgefunden worden, ⁹²⁹ und dem Kreisphysicus Löhn schien der Handel aus Sicherheitsgründen bedenklich, denn er veranlaßte „*sofort*“ die „*Confiscation*“ und ließ die „*gerichtliche Untersuchung*“ einleiten. ⁹³⁰ Der Kreisphysicus Löhn wollte in diesem besonderen Fall auch die „*chemische Analyse*“ veranlassen, wenn ihm dieses von „*Gerichtswegen*“ aufgegeben worden wäre. ⁹³¹ Das scheint jedoch nicht der Fall gewesen zu sein.

Auch der Handel mit „*Gichtpapier*“, einer „*verdünnten Auflösung von gewöhnlichem Theer in Weingeist*“, womit schließlich „*das Papier überstrichen wurde*“, konnte nicht „*gestattet werden*“ und wurde deshalb „*sofort vor Gericht*“ gestellt. ⁹³²

Der Kreisphysicus betrachtete nur den Handel von „*reinen kosmetischen oder Schönheitsmitteln, da sind Waschwasser, Haaröle, insofern sie keine schädlichen Substanzen*“ enthielten, für öffentlich zulässig. ⁹³³ Da sich nach seinen Angaben die „*meisten davon... sowieso kaum einige Augenblicke im Ruf des Publicums*“ hielten, brauchte der Zusammensetzung solcher Präparate auch nicht weiter nachgegangen werden, weil sie „*schnell wieder in Vergessenheit zurückfanden*“. ⁹³⁴

⁹²⁸ HSTaD Reg. Köln 1257 (1844), Blatt 63.

⁹²⁹ a.a.O. (1844), Blatt 63.

⁹³⁰ a.a.O. (1844), Blatt 63/64.

⁹³¹ a.a.O. (1844), Blatt 63/64; sh. den Fall des Apotheker Deutecon, HSTaD Großherzogtum Berg 11525 (1812).

⁹³² a.a.O. (1844), Blatt 64.

⁹³³ a.a.O. (1844), Blatt 64.

⁹³⁴ a.a.O. (1844), Blatt 64/65.

8. Zusammenfassung

Der Abschluß dieser Arbeit dient der Gesamtschau der Ergebnisse hinsichtlich der „Widerstände“, Machtverhältnisse, Strategien und treibenden Momente im einsetzenden Medikalisierungsprozeß der Herzogtümer Jülich-Berg.

I. Ergebnisse:

I.1. Gegen Medizinalpfuschereien wurde im betrachteten Zeitraum zunächst zögerlich vorgegangen. Trotz eindeutiger Verschärfungen der Bestimmungen in den Medizinal-Ordnungen blieben Medizinalpfuschereien bis zum Ende dieses Zeitraumes tägliche Praxis. Hinderlich wirkten sich für die Entwicklung eines strategischen Konzeptes die häufigen Regierungs- bzw. Verwaltungs- und Gesetzeswechsel aus, die jedesmal die Ärzteschaft zu einem erneuten Anlauf in die verfolgte Richtung zwangen.

I.2. Auch die schwerfällige gerichtliche Organisation konnte der Prozeßverschleppung wegen ihrer Nachteile nicht effektiv entgegenwirken. Präventive Maßnahmen gegen „Pfuscher“ und „Quacksalber“ ließen sich durch eine zu lange Verfahrensdauer regelmäßig nicht umsetzen.

I.3. Behindernd bei der Verfolgung von Pfuschereien wirkte sich die Einordnung der Tat in das vorgesehene Strafmaß aus. Als einfache Polizeiübertretung wurden Medizinalpfuschereien in der Regel als Bagatelle sanktioniert. Auch schwere Fälle von Medizinalpfuschereien wurden häufig nur als Bagatellangelegenheit abgeurteilt, weil sich entsprechende Beweise nicht erbringen ließen.

Insgesamt waren nach den bestehenden Gesetzen die für Medizinalpfuschereien vorgesehenen Strafen zu niedrig, um das Medizinalwesen zu ordnen.

Nicht zwingend darf man nach den Ergebnissen dieser Studie eine Duldung und Nachsicht gegenüber nicht-legitimierten Heilern aus dem verhältnismäßig niedrigen Strafmaß ableiten.

Die damaligen Strafkataloge waren bereits äußerst differenziert. In Abhängigkeit von der Schwere der Tat wurde bei den sogenannten Bagatellfällen noch einmal eine zusätzliche Unterscheidung in dem Strafmaß getroffen. Ein Abweichen von der regulären Brüchte erklärt sich aus den Strafkatalogen und ist weniger auf den individuellen Ermessensspielraum der Beamten zurückzuführen.

I.4. Die Obrigkeit war nicht in der Lage, das Medizinalwesen umfassend zu überwachen. Um ihrem Überwachungsauftrag nachzukommen, war die Regierung auf die „Mithilfe“ und auf Hinweise aus der Bevölkerung und von anderen Heilberufen angewiesen. Konkurrenz und Wettbewerb zwischen den Heilberufen selbst brachte der Regierung und der Ärzteschaft Nutzen. Aus diesem Grunde tolerierte die Regierung „Konkurrenz“ innerhalb gewisser Grenzen, da ihr hier Überwachungsarbeit abgenommen wurde, die sie selbst mit der kleinen Gruppe von Ärzten an der Spitze nicht leisten konnte.

I.5. Es war im betrachteten Zeitraum vorwiegend die Akzeptanz des nicht-legitimierten Heilers innerhalb der Bevölkerung, die dem behördlichen Vorgehen und damit auch der einsetzenden Medikalisierung Widerstand bot.

I.6. Daß mit Frauen prozessual kulanter verfahren wurde, läßt sich nach dieser Studie nicht bestätigen. Frauen gerieten aber allgemein seltener in den staatlich-ärztlichen Fokus und blieben weitgehend von einer „Verfolgung“ ausgenommen, da ihre heilerischen Tätigkeiten gewöhnlich nicht im Umfang eines „verbotenen Gewerbes“ betrieben wurden. Hinzu kam der Umstand, daß z.B. die Hebammen von den Ärzten ausgebildet wurden. Unter strenger Beachtung der hierarchischen Kompetenzen bildeten damit beide Gruppen in gewisser Hinsicht eine Interessensgemeinschaft.

I.7. *Die Verteilung der Machtverhältnisse und die strategischen „Schlüsselpositionen“ im Ausgrenzungsprozeß der nicht-legitimierten Heilkunde:* Die Ärzte besaßen von allen Heilgruppen die besten Voraussetzungen, den zum Beginn des Berichtszeitraums initiierten „Ausgrenzungsprozeß“ der nicht-akademischen Medizin weiter voranzutreiben. Es waren in den untersuchten Fällen auch die Ärzte, die ihre Interessen bei der Obrigkeit von allen Heilberufen am nachdrücklichsten vertraten und durch ihre Nähe zur Regierung einen „strategischen Vorteil“ besaßen, der sich bis in die heutige Zeit erhalten ließ.

Der Gruppe der Ärzteschaft hatte die Regierung eine gutachterliche Funktion im Bereich des Medizinalwesens übertragen. Physici und Medizinalräte waren die hoheitlichen Berater in allen medizinisch-wissenschaftlichen Fragen. Indem die Regierung den Arzt zum Sachverständigen oder Experten erhob, schrieb sie der Ärzteschaft größte Kompetenz zu.

Zumindest hier genoß die Ärzteschaft den Status des „Experten“.⁹³⁵

⁹³⁵ Stichweh (1971).

Im Gegenzug versprach sich die Obrigkeit von dem ärztlichen Fachwissen einen wesentlichen Beitrag in gesundheitspolitischen Entscheidungsprozessen. Selbst an den Entwürfen zur Verbesserung des Apothekenwesens arbeiteten ausschließlich Medizinalräte, obwohl gerade hier ein Input von pharmazeutischer Seite sicherlich gerechtfertigt gewesen wäre.

Mit der „gutachterlichen“ Funktion wurde den Medizinalräten gleichzeitig aber auch ein direktes Mitgestaltungsrecht an den Medizinalordnungen eingeräumt, wodurch die Ärzteschaft in die überlegene Position gebracht wurde, den Heilberufen ihre Bereiche und damit ihre Grenzen zuzuweisen.

Darüber hinaus brachten die Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Medizinalgesetzgebung der Ärzteschaft den entscheidenden Vorteil, standespolitische Interessen sogar institutionell zu verankern, wodurch sich die ärztliche Macht im betrachteten Zeitraum weiterhin ausbauen ließ.

Mit der Überwachungsfunktion innerhalb des Medizinalwesens nahmen die Ärzte eine weitere strategisch entscheidende Position ein, welche den Einflußbereich und die Macht der akademischen Mediziner gegenüber der Konkurrenz vergrößerte. Physici konnten auf diese Weise nicht nur mitbestimmen, welcher Gegenstand verfolgt werden sollte. Da sie gleichzeitig auch den Auftrag hatten, für eine bedarfsorientierte Verteilung an Heilpersonen in den Herzogtümern zu sorgen, lagen alle Möglichkeiten in den Händen der Ärzte, auf die Konkurrenz eine zahlenmäßige Kontrolle auszuüben.

I.8. Daß die Ärzteschaft ihre Überlegenheit weiter ausbauen konnte, zeigt ein Blick auf die Kompetenzen, welche den Physici in dem betrachteten Zeitraum eingeräumt wurden: Während Physici zur französischen Zeit kaum selbstständig Entscheidungen treffen konnten, änderten sich die Verhältnisse bis zum Ende des betrachteten Zeitfensters. Die preußische Regierung gestand den Physici immer mehr Rechte und Befugnisse im Umgang und dem Verfolgen nicht-legitimierter Heiler zu und damit Autorität und Überlegenheit gegenüber den nicht-akademischen Heilern.

Im Berichtszeitraum steigerte sich das Engagement der Ärzte bei der Verfolgung von Medizinalpuschereien erheblich. Physici begannen, sich auch der gerichtlichen Beweissicherung anzunehmen.

I.9. Das Spektrum der Beschuldigten verschob sich im Berichtszeitraum: Betrafen die Anklagen zu Anfang überwiegend nicht-legitimierte Heiler, so bildeten sich

ab ca. 1810 Kompetenzübertretungen von Vertretern anerkannter Heilberufe das Gros der Fälle. Da die Verfolgung nach der vorliegenden Studie eher als ineffizient angesehen werden muß, sind die Gründe für diese Verschiebung eine offene Forschungsfrage.

I.10. Nicht nur die behördliche Vorgehensweise gegen „Pfuscher“ und „Quacksalber“ wurde deutlich rationeller. Auch dem Gegenstand der „Medizinalpfuscherei“ als solches wurde von seiten der Regierung ein weitaus höherer Stellenwert eingeräumt. Während ein Verstoß gegen die Medizinal-Ordnung zur französischen Zeit in der Regel für die Justiz eine einfache Bagatellangelegenheit darstellte, wurde diese unter preußischer Herrschaft vor allem als sogenannter „verbotener Gewerbebetrieb“ verfolgt. Gerade die Akten der aus Merseburg rückgeführten Bestände des Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem werten die Heilkünste der „Nichtmedizinalpersonen“ als Verstoß gegen die damaligen Gewerbeordnungen.⁹³⁶ Die Bearbeitungszeiträume verkürzen sich jedoch schon während der französischen Zeit; dieser Prozess setzte sich in der preußischen Zeit fort.

Unter dem Namen „verbotener Gewerbebetrieb“ verfolgte die Regierung das Ziel, zum „Schutz der Allgemeinheit“ allen „ungeschickten Betrieb“ auszugrenzen. Die Ausgrenzung von „ungeschickten“ Heilern, welche eine Gefahr für die Bevölkerung darstellten, gleicht in ihrem Schutzzweck dem Paragraph 1 des heutigen HPG, welcher sich gegen „ungeeignete“ Heiler ohne „Erlaubnis“ richtet. Daß ein Eingreifen seitens der Regierung in Form von Kartellierungen nötig wurde, steht in engem Zusammenhang mit der Einführung der Gewerbefreiheit im Jahre 1871. Danach war Berichten zufolge insgesamt eine Zunahme des wettbewerblichen Handelns zu beobachten, die teilweise Ausmaße bis zur „Unlauterkeit“ einnahm.⁹³⁷

Zum Ende des betrachteten Zeitraums gab es bereits gesetzliche Wettbewerbsverordnungen zur Verhinderung der „Konkurrenz“ unter den Heilberufen.

⁹³⁶ GSTA PK, I HA Rep.76 Kultusministerium VIII A,Tit.XIV, Nr.2186 (1872-1880) und 2187 (1880-1893).

⁹³⁷ Emmerich (1987), S.6,7.

II. Weitergehende Schlußfolgerungen:

II.1. Zusammenfassend betrachtet war die Ärzteschaft mit einem gewissen Machtpotential ausgestattet, welches sich im Berichtszeitraum deutlich vergrößerte. Die Ärzteschaft besaß damit ihrer „Konkurrenz“ gegenüber einen deutlichen „Wettbewerbsvorsprung“.

Der gutachterliche Beitrag der Ärzteschaft war mehr als nur ein „Erkenntnisinstrument“ im Dienste des Medizinalwesens und der Gesellschaft. Unter Konkurrenzbedingungen ließ sich diese Funktion durchaus als „Machtinstrument“ nutzen. Keinesfalls sind Medizinalräte und Physici in der gutachterlichen Funktion als durchweg „neutral“ und damit frei von den standespolitischen Interessen der Ärzteschaft zu betrachten. Sie waren vielmehr die Interessensvertreter einer Partei, welche in Konkurrenz zu anderen Heilberufen stand. Die Polemik, zu welcher Physici und Medizinalräte in ihren Gutachten neigten, bringt ihre Parteilichkeit am deutlichsten zum Ausdruck.

Ohne es an definitiven Zahlen festzumachen, wurde die „Konkurrenz“ durch andere Heilberufe als alarmierend geschildert. Da der Regierung jegliche Übersicht über die Verhältnisse im Medizinalwesen fehlte, ließen sich die von den Physici gemachten Angaben kaum überprüfen. Physici werteten darüberhinaus die fachliche Qualifikation der Konkurrenz ab, was ebenfalls nicht als ein Beweis gutachterlicher Neutralität gedeutet werden kann. Da Physici und Medizinalräte im staatlichen Dienste standen⁹³⁸ und in der Regierung ihren Geldgeber hatten, ist nicht auszuschließen, daß eine gewisse „Zusammenarbeit“ und „Kumpanei“ zwischen beiden Parteien bestand.⁹³⁹

II.2. Begünstigend für die rechtliche Ausgrenzung der nicht-legitimierten Heilkunde wirkte sich der Umstand aus, daß die staatlichen Überlegungen unter der These des „Allgemeinwohls“ jetzt auch den „Schutz des Patienten“ in den Mittelpunkt stellten, hinter dem der Monopolanspruch der staatlich legitimierten akademischen Medizin stand.

Damit war ein übergeordneter Gesichtspunkt, ein „Schutzzweck“ für reglementierende Maßnahmen im Bereich des Medizinalwesens gefunden.

⁹³⁸ vgl. HSTaD Großherzogtum Berg 5511, II (1810), Blatt 103: „Der Departementsarzt ist ein Staatsbeamter, welchem die Verwaltung und Sorge für die Erhaltung und Verbesserung des physischen Wohls des Landes“ obliegt.

⁹³⁹ Bultmann (1994), S.16.

Mit dem vorgeschobenen Grund des Interessenschutzes der Allgemeinheit ließ sich der Weg zu einer rechtlichen Anerkennung ebnen.

Vor diesem Aspekt wurde die unbequeme und lästige „Konkurrenz“, die Gruppe der nicht-legitimierten Heiler, von der Ärzteschaft als „Pfuscher“ und „Quacksalber“ und damit als „unlauter“ abqualifiziert.

Von Konkurrenz und „unlauterem Wettbewerb“ ging potentiell eine Gefährdung des „Allgemeinwohls“, dem höchsten zu schützenden Gut aus. Hier wurde die Voraussetzung geschaffen für die Errichtung neuer Regelsysteme, auf deren gesetzlicher Grundlage die „Konkurrenz“ weiter ausgegrenzt und beschnitten werden sollte.

Einer im Rechtssystem verankerten „Wettbewerbsregelung“, durch die Heilpersonen in bestimmte Bereiche verwiesen wurden, kam damit ein hoher Stellenwert im Rahmen der Medikalisierung und der Monopolisierung des Gesundheitsmarktes zu. Durch den Ausschluß nicht-legitimierter Heiler sicherten sich die Ärzte nicht nur Pfründe, sondern auch ihre Privilegierung im Verhältnis zu den anderen Heilgruppen. Der Ausschluß von Konkurrenz zum „Schutze“ des Patienten schränkte dabei gleichzeitig die Handlungsfreiheit des Kranken ein. Eine gesetzliche Tabuisierung des nicht-legitimierten Heilers bedeutete für den Patienten, daß er seinen Heiler nicht mehr wählen konnte, sondern sich im Krankheitsfall ausschließlich an die „Legitimierten“ zu wenden hatte. In dieser Hinsicht gestanden also die staatlichen und ärztlichen Interessensabwägungen dem Patienten immer weniger Entscheidungsmöglichkeiten zu. Das „allgemein Beste“ erforderte es, daß der Schutz des Patienten erweitert wurde, wodurch der Patient in gewisser Weise „medikalisiert“ wurde.

Da im betrachteten Zeitraum aber die Gesetze noch nicht in dem gewünschten Maße durchsetzbar waren, konnte der Patient durchaus noch über einen gewissen Zeitraum seinen Heiler selber auswählen.

III.3. Da Medizinalpfuschereien auch unter den verbotenen Gewerbebetrieb fielen, konnte hier weiterer Druck auf die „Pfuscher“ und „Quacksalber“ ausgeübt werden. So wurden sie nicht nur über die Medizinalordnungen belangt, sondern auch über das Wettbewerbsverbot, welches der Regierung einen nicht unerheblichen Anreiz an einer Verfolgung lieferte.

Der Umstand, daß die Regierung gezwungenermaßen eine Lösung dieses wirtschaftlichen Problems anstreben mußte, nutzte die „besonders“ unter

„Konkurrenzdruck“ leidende Ärzteschaft zu ihren Gunsten und entwickelte selber eine Strategie zur Reglementierung des Medizinalwesens, um die Konkurrenz durch entsprechende Verbote im Sinne des Allgemeinwohls gänzlich auszuschließen. Da letztendlich der Fiskus auf diese Weise nicht unerhebliche Gewerbesteuern eintreiben konnte, hatte die Regierung an der Verfolgung von verbotenen Gewerbebetrieben einen erheblich größeren Gewinn als an der Verfolgung von Bagatellangelegenheiten.

Zusammenfassend stellt sich die Konkurrenz als Strategie und Konzept der professionalisierenden Ärzteschaft zur Erreichung einschränkender und einschreitender Maßnahmen der Regierung durch entsprechende Gesetze gegen andere Heilberufe dar. Der Medikalisierungsprozeß, wie er sich in den Herzogtümern Jülich-Berg abzeichnete, wurde hauptsächlich aus der Ärzteschaft heraus initiiert.

Deutliche Bestrebungen, gegen die nicht-akademische Heilkunde vorzugehen, waren aber auch andererseits von seiten der Obrigkeit zu beobachten. Allerdings scheint hier der gewerberechtliche Aspekt wirksamer gewesen zu sein als das Problem der „Ordnung“ des Medizinalwesens. Im Untersuchungszeitraum war nachweisbar, daß die Verfolgung von Medizinalpfuschereien einen Beitrag zur Rationalisierung von Verwaltung und Justiz geleistet hat. Rationalisierung stellt sich in dieser Studie nicht nur im Erlaß von Gesetzen und Verordnungen sowie in der Organisation der Verwaltung her, sondern ebenso durch ihre konkrete Anwendung, die wiederum gekoppelt ist an das Vorhandensein interessensgeleiteter Akteure.

9. Anhang	Seite
Nr.1: „Mittel- Frucht und Fouragepreise auf den Hauptmärkten des Rheindepartements“	238
Nr.2: Übersicht der Lebensmittelpreise	239
Nr.3: Währungs- und Umrechnungstabellen	240
Nr.4: Übersicht der Medizinalpersonen des Regierungsbezirkes Düsseldorf, Stand 1834	241
Nr.5: Taxe der Gebühren nach der Provisorischen Brüchten-Ordnung (1802)	242
Nr.6: Übersicht der Arzneimittel	243
Nr.7: Handschriftliche Quellen der betrachteten Einzelfälle	244

Anhang 1:

„Mittel-Frucht und Fourage Preise auf den Hauptmärkten des Rheindepartements“ (von Mai–August–November 1813, per Berliner Scheffel)

		Weizen:	Roggen:	Gerste:
Mai:	Düsseldorf	29.09 F	25.00F	23.68 F
	Dorsten	20.70 F	19.80 F	20.25 F
August :				
	Düsseldorf	23.10F	16.88 F	16.78 F
	Dorsten	24.20 F	15.00 F	18.75 F
November:				
	Düsseldorf	25.00 F	22.80 F	16.78 F
	Dorsten (ohne Angabe)			

(„Quelle: Präfekturakten des Rheindepartements (1813), S.141,221,289“)

Anhang 2:

„Uebersicht der Preise der Lebensmitteln auf dem Markt in vergangener Woche, so wie auch des Preises des Fleisches, in den Hallen und bey den Metzgern; fort bestehende Frucht-und Brodtaxe“

Nach hiesigem Gewicht Pfundweiß	Preise niedrigst/ mittelst/ höchst (Stüber)		
Frische Butter	15	17	20
Alte Butter	15	17	20
Gerauchte Würste	12		13
Gerauchtes Speck	12	13	14
Gerauchte Schinken	12		13
Gerauchtes Schweinefleisch	12	13	14
Frishes Fleisch:			
Ochsenfleisch		7	7.5
Kuh- und Rindfleisch	5	6	7
Kalbfleisch	5	6	7
Hammelfleisch	6	6.5	7
Schweinefleisch			9
Fische:			
Karpfen			10
Salm			24
Hechte	12	13	15
Bärsche	6	7	8
Aale			19
Weißfisch	4	4	5
Mehlwaaren:			
Spelzenmehl	5		6
Waizenmehl	5		6
Hersen			4
Gerste	3	5	7
Hafergrütze			4
Nach Maaßen:			
1 Maaß Aepfelkraut	34		36
Birnkraut			32
Gelbrübenkraut			24
Erbsen	5		6
Linsen	6		7
Bohnen	4	5	6
Nach Stücken:			
Ein Viertel Eyer	13	14	15
Hahn	10	12	15
Huhn	16	20	24
Ein Paar junge Gänse	48		52
Ein Paar alte Endten			40
Ein Paar junge Hühner	16	20	30
Ein ditto Endten	27	30	36
Ein ditto Tauben	12	13	14
1 Haas	36	45	50
1 Brödtchen 7 Loth	1		
1 Weck 7.5 Loth	1		
1 Röckelchen 9 Loth	1		
1 Schwarzbord 7 Pfund	11.5		

(„Quelle: Großherzogl. Berg. Wöchentlichen Nachrichten vom 15.September 1807, Nr 37, Beilage, S.396“)

Anhang 3:

Währungs- und Umrechnungstabellen:

Währungen : 1 Taler zu 30 Silbergroschen a 12 Pfennig,
 1 Sächsischer Taler zu 24 Silbergroschen
 1 Silbergroschen zu 12 Pfennig
 1 Französischer Franken zu 100 Centimen
 1 (Frankfurter) Gulden zu 24 Stüber
 1 (Frankfurter) Gulden zu 60 Kreutzer

(„Quelle: Lücker (1836): Rechentabellen zur Darstellung der Zinsen von 1 Silbergroschen bis 10.000 Thaler“)

Umrechnungskurse :

Gulden in Francs: 10 Kreutzer = 42 Centimen („Quelle: Großherzogtum Berg, Arrete die Einführung des Franc betreffend vom 5.12.1809, S.5“)

Francs in Taler: 1 Preußischer Thaler = 3 Fr.50 Ct. („Quelle: Großherzogtum Berg, Beschluß den Werth der Münzen bestimmend, 10.Dec.1810, S.6“)

100 Francs = 31 Thaler Edictmäßig Bergisch („Quelle: Großherzogtum Berg, Arrete die Einführung des Francs betreffend, 5.Dec.1809, S.3“)

Anhang 4:

Übersicht der Medizinalpersonen des Regierungsbezirkes Düsseldorf, Stand 1834:

Kreis	Approbirte Ärzte	Civil-Wundärzte	Apotheken	Hebammen
Lennepe	13	11	8	27
Elberfeld	28	14	17	47
Solingen	5	9	6	24
Düsseldorf	21	11	12	35
Duisburg	21	13	15	54
Rees	11	8	8	27
Kleve	10	4	10	24
Geldern	16	9	12	43
Kempen	8	4	6	19
Krefeld	10	8	5	22
Gladbach	10	2	5	15
Grevenbr.	5	4	4	16
Neuß	8	5	3	21
Ganzer Bezirk	166	102	111	374

(„Quelle: Viebahn (1836), 1.Theil, S.225ff.“)

Anhang 5:

Taxe der Gebühren nach der Provisorischen Brüchten-Ordnung (1802):

§12 In Ansehung der Gebühren bleibt es

a) bey der Taxordnungsmäßigen Bestimmung, für jeden Termin der summarischen Untersuchung ohne Zeugen-Abhörung mit -- Rtl. 15 Stbr.

Wenn das Zeugen Verhör nöthig ist, für die Beamten 1 Rtl. 20 Stbr.

Für den Gerichtsschreiber -- Rtl. 40 Stbr.

b) Obgleich die zeither üblich gewesene Vertheilung einiger Procente der Brüchte unter die Beamten nach richtigen Verwaltungs Grundsätzen nicht statt haben sollte, so wird es doch einstweilen, und bis über die ständigen Besoldungen der Beamte das nähere wird verfügt werden können, zu ihrer mehreren Aufmunterung bey der bisherigen Ueblichkeit dergestalt belassen, daß nämlich von jedem Reichsthaler dem Amtmann -- Rtl. 6 Stbr.,

Dessen Verwalter --Rtl. 3 Stbr.,

Dem Jurisdictions Beamten, welcher auch den Empfang zu führen hat --Rtl. 2.5Stbr.,

Dem Gerichtsschreiber --Rtl. 2 Stbr.

Dem Bothen --Rtl. 1 Stbr.

Und den Armen --Rtl. 0.5 Stbr.

abgereicht werden, wogegen gleichwohl die Beamten, welche durch diese Einrichtung wesentlich mindere Arbeit haben, doch aber die ehemaligen Gebühnisse beziehen, für die Untersuchungen der von Unvermögenden begangenen Excesse keine Vergütung verlangen, wie auch für den Empfang weiter kein Hebgeld nehmen dürfen.

c) Anstatt der in den Hauptstädten ehemals von dem Bürgermeister und dem ältesten Schöppen bey den Brüchten Bethätigungen gezogenen 2 Rthlr. 48 Stbr. resp. 1 Rthlr. 24 Stbr., sollen dieselben, da es bey ihrer Zuziehung zur Untersuchung und gutachtlichen Brüchterklärung, auch bey dieser neuen Einrichtung belassen wird, rücksichtlich der Gebühnisse den Beamten gleich gehalten werden, sohin der

Bürgermeister -- Rtlr. 3 Stbr.

Und der Schöppen -- Rthlr.2.5 Stbr.

vom Reichsthaler zu beziehen haben.

(„Quelle:[anonym] (1803), Provisorische Brüchtenordnung, in: Bergische Wöchentlichen Nachrichten, Dienstag den 4ten Jenner 1803, Nr.I“)

Nr.6: Übersicht der Arzneimittel:

Jahreszahl:	Bezeichnung:	Inhaltsstoffe:
1811	Liquor ammonii	Spiritus Salis ammoniaci (Essigsäure Ammoniakflüssigkeit)
	Baria muriatica	Barium chloratum
	Sulfur stibiatum aurantiacum	entspricht: Stibium sulphuratum aurantiacum
	Mercurius phosphoratus	Hydrargyrum phosphoricum
1819	Coelnische Pillen	metallisches Arsenik
	Jesuitenpillen	Chinarinde
	Harlemmer Tropfen	Ol. Terebinthinae sulphuratum, mit oder ohne Beimengung von Kampfer
1843	Balsamocarpum	Gerbstoff der Schoten von B.brevifolium
	Species Lignorum	Lignum Guajaci, Radix Ononidis, Radix Liquiritiae, Lignum Sassafras
1844	Brust-Caramellen	Zucker, Schleim, Rad. Ipecacuanha
	Gicht-Papier	Terpentin, Schwarzpech, Holzteer
	Wurmkügelchen nach Conditor Stollwerk	Mehl, Honig, Zitwersamen
	Hühneraugenpflaster	Ceratin Aeruginis (Cera viridis)
	Schweizer-Brusttee	Herba Pteridis, Herba Scolopendri, Herba Farfarae, Herba Pulmonariae, Herba Rhododendri ferruginei, Flor. Primulae, Flor. Cinerariae
	K.K. Privit-Pillen	Extract. Aloes, Pulv. Aloes zu gleichen Teilen
1863	Dr Römmerhausensche Augenwasser	Tinktur aus Fenchelsamen und frischem jungen Fenchelkraut

Anhang 7:

Referenz: HSTaD Jülich Berg Hofrath A 250		
Jahr: 1799		
Region: Steinbach/Aachen		
Sache: <i>Rechtlicher Vortrag in Sachen des fiscalischen Anwalthes wider die Ehefrau Anna Katherina Jüngerich</i>		
Von: Hofrath Amt Steinbach	an:	Datum: 9.3.1799
<p>In dem Amte Steinbach wohnt mit ihrem Ehemann auf einem Pachtguthe eine gewisse, aus dem Siegerland gebürtige Mennonitin, namens Anna Katherina Jüngerich auch im gemeinen Leben die „Schweitzerin“ genannt, welche daselbst trotz der gnädigsten Edikte bereits einige Zeit die Arzneiwissenschaft auszuüben sich erküret hat, indem sie dieselbe von ihrem Vater erlernt zu haben vorgibt, welcher sich nebst dem Ackerbau von Jugend auch bei Menschen und Vieh damit abgegeben habe. Am 21. Juni vorigen Jahres ging auch ein gewisser Wilhelm Löb zu dieser Quacksalberin und folgte ihrem Rath, indem seine Ehefrau lange Zeit mit einem Blutfluß behaftet war, und er sie für schwanger hielt. Sie gab ihm auch auf der Stelle ein Fläschchen Arznei mit, und besuchte andern Tags die Patientin selbst. Allein die Ehefrau Löb wurde auf die Arznei so krank, daß sie auf der Aussage ihres Ehemannes mit den Heiligen Rechten der Kirche versehen wurde. Hierauf wiederholte die Quacksalberin ihre Besuche bey der Patientin und gab derselben nochmals zwei Fläschchen Arznei worauf diese endlich am 12. Juli vorigen Jahres abends mit einer unzeitigen Geburt niedergekommen ist. Die Geburt wurde durch Nachbarinnen denen sie die Hebamme zum Begraben übergab in der Stille nächst der Kirchfortes Mauer eingescharret. Als aber der Amtspheisikus Gotthof namens des Wilhelm Löb am 17. gen. M. dem Küster den Vorgang denn erörterte, als wenn die Anna Katherina Jüngerich durch gewaltsame Mittel den Abortum befördert hätte, so wurde die unzeitige Geburt auf dessen Befehl wieder ausgegraben, und nebst den sämtlichen sowohl in dem Hause der Löb vorgefundenen Arzneien dem gedachten Wundarzte Pfuher und dem Amtspheisikus Gotthof von Wiggerfurth übergeben, um darüber ihren Bericht zu erstellen. Sodann wurde die Inculpatin in bürgerlichen Arrest gezogen, in der Folge aber gegen Kaution wieder entlassen. Es haben demnächst auch gedachte Kunstverständige ihren Bericht erstattet, und selbigen mit einem Eide besiegelt, welcher hierauf mit dem ersteren Protokoll dem hiesigen Medizinal-Collegio zugestellt worden um sich darüber gutachterlich zu äußern: ob und in welchem Grade die von der Inculpatin der Ehefrau Löb in ihrer Schwangerschaft verreicheten Arzneimittel die unzeitige Frucht abzutreiben veranlaßt oder auch befördert habe worauf auch gedachtes Collegium sein Gutachten abzugeben hat.</p> <p>Nachdem nun die Untersuchung völlig geschlossen ist, und die Inculpatin ihre Defensionsschrift verhandelt hat, kommt gegenwärtig die Hauptfrage zur Entscheidung: ob dieselbe durch ihre Arzneien die zu frühe Niederkunft der Ehefrau Löb befördert habe. Die Identität der vorzeitigen Geburt womit die Ehefrau Löb am 12. July vorigen Jahres niedergekommen ist, mit jener welche auf Befehl des Küsters wieder ausgegraben und den Kunstverständigen zur Besichtigung vorgelegt worden, ist durch die eidliche Aussage der Ehefrau Löb und durch die ebenfalls beeidigte Aussage der Zeugen Wilhelm und Müller, welche dieselbe in einem Tuch eingewickelt eingescharret hatten, außer allem Zweifel gesetzt. Das zu verlesende Referat der Kunstverständigen Gotthof und Pfuher enthält vor allem die annebends von der Ehefrau Löb eidlich wahrbehaltene Krankheitsgeschichte. Aus gedachtem Referat wollen wir nur folgende Hauptbefunde ausheben: Bereits drei Monate vor der Niederkunft hatte die Ehefrau Löb einen anhaltenden starken Blutfluß nebst Schwindel und einer an Ohnmacht grenzenden Schwäche. Zuerst hat sie sich der Hülfe eines im hiesigen Lande nicht seiner Angabe gemäß aber in dem Stifte Burtscheid legalisierten (Arztes oder Wundarztes ist nicht bemerkt) namens Wülfing bedient und von demselben Arzneien genommen. Demnächst bediente sie sich bald des Wundarztes Pfuher, bald eines Preußischen Doktors namens Kramer und bald der Inculpatin, bis sie endlich mit einer Frucht von ungefähr 5 Monaten niederkam. Hieraus folgt, daß in dem Falle, wenn durch die gebrauchten Arzneien die zu frühe Niederkunft befördert worden sein sollte, es dennoch erwiesen sein müßte, daß selbige eben durch die Inculpatin ordinierte Arznei befördert worden sey, um sie dieses schweren Vergehens für überwiesen zu halten. Die Frage aber, ob der Doktor Kramer, der Chirurgus Pfuher, der Wülfing oder die Inculpatin die schädliche Arznei ordiniert habe, ist gegenwärtig unauflöslich, da den Kunstverständigen bloß die Arzneien der Inculpatin zur Beurtheilung vorgelegt worden sind, keineswegs aber die der Ehefrau Löb von den anderen verschriebenen Arzneien. Zwar hat Wülfing zum Protokoll bemerkt, welche Arznei er der Ehefrau Löb verschrieben habe, aber wer bürget dafür ob er die Wahrheit angegeben und ob er nicht vielmehr jene Ingredienzien verschwiegen habe, welche ihn compromittieren konnten. Ich lasse es gelten, daß der Preußische Doktor Kramer als Arzt die</p>		

Vermuthung für sich hat, daß seine Vorschrift zweckmäßig gewesen, aber an die Inculpatin eines so schweren Vergehens für schuldig zu halten hätte doch auch dessen Arznei untersucht werden müssen. Es streitet aber nicht einmal für den Wundarzt Pfuhler, noch weniger für den im hiesigen Lande nicht einmal legalisierten Wülfig die gedachte Vermuthung, da in Ansehung des ersten die Heilung innerer Zustände außer der Sphäre des Wundarztes liegt und die Erfahrung nur allzuoft lehrt, wie Wundärzte durch die Vorschrift innerer Mittel Unheil anrichten. In Ansehung des Letzteren aber von dessen Legalisierung an irgend einem Orte nichts zuverlässiges erhellt, nicht einmal die Vermuthung eines geschickten Kunstverständigen vorhanden ist. Die von beyden vorgeschriebenen Arzneien mußten also doch wenigstens untersucht seyn, um für gewiß sagen zu dürfen, daß dieselben nicht schädlich gewesen seyn. Oder ist es vielleicht inzwischen daß die von der Inculpatin gegebenen Arzneien schädlich gewesen und die zu frühe Geburt befördern mußten? Die Kunstverständigen Gotthof und Pfuhler haben in ihrem Referat diesen Hauptgesichtspunkt ganz außer Augen gelassen und ihr Augenmerk bloß darauf gerichtet, ob die Inculpatin aus Bosheit oder Unwissenheit gesündigt habe, indem sie ihr Urtheil bloß dahin gefällt haben, daß der Erfolg mehr der Unwissenheit derselben, als einem boshaften Attentat beyzumessen sey. Das Urtheil des hiesigen Medizinalcollegiums befreyet aber die Inculpatin von dem Verdacht, als wenn sie durch ihre Arzneien die zu frühe Niederkunft befördert habe, beynahe gänzlich indem es deutlich sagt: „daß nicht mit Grund behauptet werden könne, daß die Inculpatin durch das von ihr der Ehefrau Löb gegebene Mittel welches in einer gar geringen Dosis Jalapa Pulver bestanden, die Abtreibung der unzeitigen Frucht im 5. Monath veranlaßt oder auch befördert habe, indem nachher erst Scherer Wülfig derselben stark abführende Arzneien gegeben, besagter Ehefrau aber bereits im Anfange ihrer Schwangerschaft öfters Anfälle von „ Mutterbluten erlitten, auch desfalls schon andere Ärzte um Rath gefragt, deren Folgen früh oder spät ein solches Mißgebären nach sich zogen.“ Allein nicht destoweniger kann niemand dafür bürgen, daß jene Arzneien, welche die Inculpatin der Ehefrau Löb gegeben hat, derselben nicht schädlich geworden seyn. Das Medizinal-Collegium gründet seyn Gutachten bloß auf jene zwei Fläschchen Arznei, welche die Inculpatin der Ehefrau zum zweyten Male verschrieben, wovon noch ein Rest in dem Hause der Letzteren angetroffen worden ist, welche auch die Inculpatin als ihre Arznei anerkannt hat, und welche nach dem Urtheil der Meinbacher Kunstverständigen aus einer Mischung von pulvis Jalap und Brantwein, wie die Inculpatin angegeben hatte, zu bestehen scheint. Die erstere Arznei hingegen, welche die Inculpatin der Ehefrau zum ersten Mal vorgeschrieben hat, ist gar nicht mehr vorhanden. Es ist aber diese Arznei, wie die Ehefrau öfters zu ihrem Ehemann gesagt hat, stärker als die letzteren gewesen, und es ist wohl zu bemerken, wie sehr die Inculpatin in ihren Antworten auf die Frage: woraus diese Arznei bestanden habe, gefackelt und sich widersprochen hat. Zuerst sagte sie, es wäre eine Herz- Tinktur gewesen welche sie von einem Thüringer gekauft habe, sie wisse nicht, woraus sie bestanden habe, sie hörte aber, daß sie keinem Menschen schädlich gewesen sey. Auf die fernere Frage aber :ob selbige nicht stärker gewesen sey als die zweyte sagte sie , sie hörte es nicht. Und als man sie weiter fragte, ob kein Jalap-Pulver in der erstenen Arznei gewesen wäre, erwiderte sie nun gar: es wäre die nämliche Arznei von Jalap- Pulver und Brantwein gewesen, wie die zweyte, und sie wäre vorhin als sie gesagt habe daß sie aus Herz- Tinktur bestanden, ganz bestürzt gewesen und jetzt wäre es ihr erst beygefallen, als sie sich näher besonnen habe. Zudem hat der Ehemann Löb angegeben, daß diese erste Arznei solche schlimme Wirkung gethan habe, daß seine Frau mit den H. Sakramenten habe versehen werden müssen, indem sie zweymal dem Tode nahe gewesen sey. Hieraus läßt sich zwar noch kein Schluß machen, daß die Inculpatin durch diese erste Arznei die zu frühe Geburt befördert habe, indem sie nochmals auch noch von dem Wülfig Arznei genommen, welches als eine stark Arznei des Medizinal-Collegiums in seinem Guthachten nicht zu billigen scheint und indem dasselbe in seinem Gutachten das Mißgebären als eine Folge des starken Blutflusses ansieht. Allein nach der Wirkung welche die erste Arznei der Inculpatin hervorgebracht hat zu schließen, kann man doch wohl mit allem Rechte vermuthen, daß selbige dem Zustande der Patientin nicht angemessen gewesen, und doch wenigstens einen entfernten Einfluß auf die noch keine 3 Wochen hernach erfolgte allzu frühe Niederkunft gehabt habe. In dem Guthachten des Gotthofs und Pfuhrers heißt es gar: „die von der Schweitzerin verordnete Medizin dem Zustande der Kranken Frau gar nicht angemessen und die vorgeschriebene Jalapp in den Eingeweiden der Schwangeren krampfge Spannungen verursacht habe und aus diesem Grunde die Jalapp ihre abführende Wirkung nicht habe äußern können, sohin anstatt dessen Beängstigungen und Aufschwellung des Unterleibs eingetreten sey.“ Allein dieselben sprechen hier nicht von der ersten Arznei, welche die Inculpatin der Ehefrau Löb gegeben hat. Ihr Guthachten ist also unzuverlässig, indem zwischen der ersten und zweyten Arznei der Inculpatin auch Wülfig ordiniert hat, mithin die aber beschriebene böse Wirkung vielleicht auf dessen Arznei zuzuschreiben ist. Sollte aber auf die Arznei welche die Inculpatin der Ehefrau Löb gegeben hat in Absicht der erfolgten zu frühen Niederkunft keine böse Wirkung gehabt haben, so

verdient sie darauf in Ansehung der Dreistigkeit womit sie als eine Quacksalberin sich ungeachtet der schärfsten Edikte mit Kuren im Amte Steinbach abgegeben und der Himmel weiß, welchen Nachtheil der Menschheit bereits zugefügt hat, die schärfste Ahndung der Richter müßte in der That sehen und schwach seyn, der sich durch die Zeugnisse über ihre herrlichen Kuren von einigen Einsätzen des Amtes Steinbach wollte täuschen lassen. Wo hat es wohl einen Marktschreyer gegeben, der deren nicht aufzuweisen hätte? Die grobe Unwissenheit der Inculpatin veroffenbart sich allzu sehr aus gegenwärtigen Untersuchungen, als daß sie die niederste Nachsicht verdiene. Die bey ihr vorgefundenen Arzneyen sind durchgehend Thüringer Arzneyen, welche unsere Medizinal-Ordnung als eine betrügerische Ware betrachtet, die sie ausschließlich aufs Gerathwohl den Patienten verschreibt welche ihr blinds Vertrauen schenken. Sie muß selbst gestehen, daß sie die Ehefrau Löb nicht für schwanger gehalten da sie doch bereits im fünften Monath schwanger war, und als sie über den vermeinthlichen Krankheitszustand der Ehefrau Löb gefragt wurde, konnte sie nicht einmal eine motivierte Vermuthung angeben, und eben wenigstens darüber Bescheid geben, warum sie derselben diese Arzney und keine andere gegeben habe. Ihre einzige Entschuldigung ist, sie habe ihr nur etwas Jalapp gegeben, welche keinem Menschen schaden konnte. Die Inculpatin verspricht zwar sich mit keiner Arzney mehr abgeben und mit ihrem Ehemann künftiges Frühjahr in die Herrschaft Gimborn ziehen zu wollen und bittet daher um freyen Abzug und Rückerstattung der ihr abgenommenen Instrumente. Allein wenn sie auch wegzieht so mag sie doch darum der verdienten Strafe nicht entgehen indem sie wider des in der Medizinal-Ordnung §41 wider aller dergleichen Quacksalber bey hoher fiscalischer Strafe enthaltene Verboth gefrezelt [ugs.] hat. Von den Instrumenten welche ihre abgenommen worden erhebet zwar nichts aus dem Protokoll, in sofern aber diese Instrumente wie wir vermuthen auf ihre Kuren Bezug haben, können dieselben ihr nicht wiedergegeben werden da gedachte Medizinal-Ordnung die Confiscation der Arzneyen gegen dergleichen illegale Pfüscher vorschreibt. Übrigens gibt der Richter der Inculpatin das Zeugnis, daß sie mit ihrem Ehemann eine gute Haushaltung führe, selbst eine gute Ackersfrau sey und dies Quacksalbern ausgenommen, dem Vernehmen auch einen tadellosen Lebenswandel führe. Endlich ist auch zu bemerken, daß dieselbe in Ersuchen für mehrere 100 Rg. angesessen ist. Ich mache diesen gemäßen Schluß:“ daß die Inculpatin Ehefrau Anna Katherina Jüngerich von der Beschuldigung, daß sie durch ihre Arzney die zu frühe Niederkunft der Ehefrau Löb befördert habe, loszusprechen, gleichwohl in Ansehung des groben Vergehens daß sie trotz der gnädigsten Edikte mit Ausübung der Arzneywissenschaft vielfältig abgegeben, und daß sie sogar der Ehefrau Löb ohne einmal den Zustand ihrer Schwangerschaft zu kennen, zweymal Arzneyen gegeben, nebst Confiscation sämtlicher bey ihr vorgefundenen Arzneyen und auf das Quacksalberhandwerk Bezug habenden Instrumente in eine Geldstrafe von 40 Rt wie auch in sämtliche Untersuchungskosten und Beurtheilungskosten fällig zu erklären, ihr annebends das fernere Quacksalbern in hiesigen Landen bey unnachsichtlicher Zuchthausstrafe zu untersagen sey. Die Proquisitions-und....Kosten mögen passieren mit 28 rg. 39 Stüber 8 gld.

Vortrag in Untersuchungsache die Ehefrau Anna Katherina Jüngerich, 9.3.1799

Mein Beschluß ist die Sache zum Urtheil geeignet: Die Inculpatin welche die das Quacksalberhandwerk getrieben ist angeschuldigt, daß sie durch ihre Arzneyen das Mißgebühren einer Ehefrau veranlaßt habe. Daß sie dies dolose gethan, dazu ist zwar kein Verdacht vorhanden. Ob sie aber durch ihre Arzneyen Schuld an dem Mißgebühren trage, daß ist die einzige Frage: Auch dieser Schuld ist sie nicht überführt, jedoch in meinen Augen nicht ganz. Da mir auch die bloße Schuld von dem Mißgebühren durch Verabreichung schädlicher Arzneyen ein ziemliches Vergehen ausmacht, so gehört auch der Verdacht von dem Richter, obgleich derselbe in vorliegendem Falle nach §4: nur mit Geldbuße zu bestrafen seyn wird.

Urtheil, 14.3.1799

Auf Ersehung des Verfolgs mit darüber erstatteter Relation in Criminal- Untersuchungssachen wider Ehefrau Jüngerich: der Inculpatin Ehefrau Anna Katherina Jüngerich zwar von der Anschuldigung das sie sich durch ihre Arzneyen die zu frühe Niederkunft der Ehefrau Löb befördert habe gleichwohl in Ansehung des groben Vergehens daß sie sich trotz der gnädigsten Edikte mit Ausübung der Arzneywissenschaft vielfältig abgegeben, und daß sie sogar der Ehefrau Löb ohne einmal den Zustand ihrer Schwangerschaft zu kennen, zweymal Arzneyen gegeben nebst Confiscation sämtlicher bey ihr vorgefundenen Arzneyen und auf das Quacksalberhandwerk bezug habenden Instrumente in eine Geldbuße von vierzig Rt .wie auch in sämtliche Untersuchungs- und Beurtheilungskosten fällig zu erklären.

Referenz: HSTaD Reg.Köln 1257, Blatt12,30,31,32, 33, 36, 37, 38

Jahr: 1819

Region: Köln

Sache:

von: Polizeipräsident Struensee

an: Königlich Hochlöbliche Regierung

Datum: 24.4.1819 Konfiscation verbotener Arzneimittel: Verfügung (vom 17/10. April B304 ad acta Köln den 27.4.1819), Blatt 12:

Euer Königlich Hochlöblichen Regierung ermangele ich nicht, gehorsamst anzuzeigen, daß am 22ten d.M.:

- 1) Bei dem an der Maroellenenstraße wohnenden Apotheker n. Schnitzler 28 Schächtelchen mit Jesuiten –Pillen vorgefunden und confisciert worden sind

von: Polizeipräsident Struensee
4.9.1819, Blatt 30:

an: Königlich Hochlöbliche Regierung Datum:

„Verkauf der Jesuitenpillen durch den Apotheker Schnitzler hierselbst“

Den mir soeben von dem Königlichen Generaladvokaten mitgetheilten Beschluß der Rathskammer des hiesigen Kreis-Gerichts vom 3ten Mai indem wegen Verkaufs der Jesuiten- Pillen gegen den Apotheker- Schnitzler dahier eingeleiteten Untersuchungssache verfehle ich nicht Euer Königlich- Hochlöblichen Regierung gemäß die bemerkte Verfügung gehorsamst einzureichen: Abschrift (von A. Jos. Daniels, Substitut, Coeln den 30.4.1819), Blatt 31:

Nach Einsicht anliegenden Protokolls nach welchem Franz Jos. Schnitzler Apotheker dahier beschuldigt ist, zusammengesetzte Arzneimittel, die sogenannten Jesuiten- Pillen verkauft zu haben. In Erwägung daß zwar der Artikel 32 des Gesetzes vom 21. Germinal XI über die Organisation der Apotheker Schulen, den Apothekern verbietet, geheime Mittel oder sonstige zusammengesetzte Medikamente ohne Verordnung der Ärzte verabfolgen zu lassen, allein dieses Verbot ist mit keiner Strafe verpönt. In Erwägung daß der Artikel vierunddreißig des erwähnten Gesetzes dieses Verbot noch einmal wiederholt dabei aber das Austheilen solcher Mittel und die Verbreitung derselben durch Anzeige oder gedruckte Auschlagung im Auge hat, daß mithin dieser Artikel auf unseren Fall keine Anwendung hat. In Erwägung das es auch nicht die Absicht des Gesetzgebers gewesen zu sein scheint, das dem Apotheker gegebene Verbot zu verpönen, indem eine spätere Auslegung des erwähnten Artikels vierundreißig durch das Gesetz vom neuundzwanzigsten Pluriose Jahrs XIII und von einer Strafe spricht, welche gegen jene zukommt, die auf Märkten etc. solche Arzneimittel verkaufen, wobei vom Artikel 32 der ebenso wie der Artikel 34 ohne Festlegung einer Strafe abgefaßt war, keine Erwähnung geschah. Ersucht den Herrn Instruktionsrichter bei der Rathskammer hierüber zu berichten und frägt, bei demselben darauf an, den Beschuldigten außer Verfolgung zu setzen.

Von: Gerichtsschreiber des Kreisgerichts

Datum: Köln ,3.Mai 1819, Blatt 32:

Die Rathskammer beim Kölner Kreisgerichte: Auf Anhörung des Herrn Instruktionsrichters in seinem Berichth in Untersuchungssachen wider Franz Joseph Schnitzler Apotheker in Köln des gesetzwidrigen Verkaufs von Arzneimitteln beschuldigt: Nach Einsicht der Prozessakten und des oben stehenden Antrages des Substituts Stadt- Prokurators , besagten Antrag aus den darin aufgestellten Grunde und erkennt, daß demzufolge“ der Beschuldigte außer gerichtlicher

Verfolgung gesetzt werden sollte“.

*Von: Königl. Reg. I Abtlg. An: Königl. Geheimen Rath Minister Datum: 30.Okt. 181,9
Blatt 33:*

Den Verkauf der sogenannten Jesuiten- Pillen betreffend

Mit Bezug auf unseren Bericht vom 1ten des Monats eine Abschrift des Urtheils des hiesigen Kreisgerichtes, Vortrag des Verkaufs der Jesuiten Pillen überführten hiesigen Apothekers Schnitzler von aller Strafe ganz gehorsamst zu überprüfen. Da sich daraus ergibt, daß nach den hier auch gültigen Gesetzen es einem jedem freisteht, nach Belieben zu Pfüschen und Arzneyen zu dispensieren, wenn dieses nur nicht auf Märkten, u.f.m. öffentlich geschieht - so müßten wir f. m. Erachten gemeinschaftlich mit dem hohen Justizministerium für die neuen Provinzen ein Gesetz zur Abschaffung dieses Unfugs schleunigst erwirken wollen.

*Von: Polizei-Präsidium an :Registratur Coeln, den 21ten November 1830,
Blatt 36:*

Eingabe des Protokolls die Schnitzlerschen Pillen betreffend: Sind die Akten vollständig? Es besteht eine Lücke von 1819-1830! Ist etwas auf den Bericht vom 30 October 1819 eingegangen?

Von: Stadtphsikus Eule an: Königl. Hochlöbl.Regierung Abt. d. Innern Datum: Köln 21ten November 1830,

Blatt 36:

Das Vergehen ist ein Polizeivergehen, und wenn auch der Art. 32 des decreth vom 21 Germinal II keine Strafe dafür bestimmt, so ist es doch nach §16 des Ressort Reglements vom 20. July 1818 von den Polizeirichtern zu ahnden. Das ist früher im Jahre 1819 übersehen, ich werde also die Akten zu Erwirkung eines polizeilichen Urtheils an den Polizei-Präsidenten abgeben. Res judicata ist durch die frühere Entscheidung nicht vorhanden.

*Von: Königl. Reg.I Abt. an: Königl. Polizeipräsidium Datum: Köln, den 9ten October 1830 ,
Blatt 36/37:*

Der hiesige Apotheker Franz Joseph Schnitzler welcher bereits im Jahre 1819 überführt wurde, die sogenannten Jesuiten Pillen gesetzwidrig verkauft zu haben, damals aber durch Beschluß der Rathkammer beim hiesigen Kreisgerichte vom 3ten May 1819 außer gerichtlicher Verfolgung gesetzt wurde, weil der art.32 des Gesetzes vom 21ten Germinal II dieses Vergehen mit keiner Strafe verpönt, hat wie das Königliche Polizeipräsidium aus den Anlagen näher ersehen wird, sich abermals den Verkauf dieser Pillen zu Schulden kommen lassen. Diese Vergehen ist ein Polizeivergehen, welches, wenn auch der art.32 des Gesetzes vom 21. Germinal keine Strafe dafür bestimmt, doch nach §33 des Ressort- Reglements vom 20ten July 1818 von den Polizeirichtern zu ahnden ist. Wir veranlassen daher den Schnitzler wegen des gen. Vergehens vor das Polizeigericht zu stellen, auch im Falle derselbe freigesprochen werden sollte, das Urtheil den das öffentliche Ministerium unterstanden Polizei- Commissarius nachführen zu lassen. Über den Verfolg sehen wir den näheren Bericht entgegen.

*Von: Polizei- Präsidium an: Königl. Hochlöbl. Reg. I Abt. Datum: Köln, den 21.Nov.1830,
Blatt 38:*

„Der gesetzwidrige Verkauf der sogenannten Jesuiten Pillen beschuldigten Apotheker Schnitzler betreffend“, Verfügung vom 9/13ten October 1830

Euer Königlich Hochlöblichen Regierung verfehle ich nicht in Erledigung die Verfügung gehorsamst anzuzeigen, daß dem Gericht die Sache gegen den hiesigen Apotheker Franz Joseph Schnitzler welcher beschuldigt ist die genannten Jesuiten Pillen gesetzwidrig verkauft zu haben am 20ten d.M. von dem Gericht No.2 wegen Incompetenz, weil in dem Gesetz vom 21ten Germinal II Art.33 eine Geldstrafe von 500 Franken auf die Übertretung deren Schnitzler beschuldigt worden, gesetzt, die Ergreifung des Rechtsmittels gegen diesen Incompetenz= Spruch hat indessen seyten des gen. Glasmacher nach vorgenommener, mündlicher Rücksprache mit dem Herrn Regierungs- und Medizinalraths Herr Merren und mit dessen Zustimmung nicht stattgefunden, die Verhandlungen sind vielmehr wiederholt an die Königliche Prokuratur zur Einleitung des Verfahrens eingesandt worden.

Referenz: HSTaD Reg. Köln 1257, Blatt ,12, 13		
Jahr: 1819		
Region: Köln		
Sache: <i>Von: Polizeipräsident Struensee an: Königlich Hochlöbl.Regierung Datum: Köln, 24.4.1819, Blatt 12:</i> Konfiscation verbotener Arznei-Mittel, Verfügung vom 17/10.April B 304, ad acta Köln den 27.4.1819 Bei dem an der Linde No. 3035 wohnhaften Kleinhändler Peter Sock 26 Fläschchen Harlemmer Tropfen vorgefunden und confisciert worden sind. <i>Von: ... an: Den Königl. Regierungs- und Medizinal.Rath Datum: Köln, 10.5.1819, Blatt 13:</i> Euer Wohlgeboren Auftrag gemäß habe ich die mir unter dem 26.ten n.M. zugeschickten Harlemmschen Tropfen chemisch untersucht und gefunden, daß dieselben aus Schwefel- Kohlen- und Wasserstoff in Terpentinöl gelöst bestehen. Der Kohlen- und Wasserstoff rühren von dem zu dieser Mischung angewandten durch Sieden zersetzten Leinöle her und die Mischung könnst mit dem in der Königlich Preußischen Pharmacopoea aufgenommenen geschwefelten Terpentinöl überein, und enthält letztends eine geringere Menge Terpentinöl was den Einkauf gewiss der angewandten Stoffe und die Kosten der Bearbeitung angehen so betragen diese zusammen nicht über 4 Stüber des Fläschchens		
Beschluß: Confiscation		

Referenz: HSTaD Reg.Köln 1257, Blatt 14, 15		
Jahr: 1819		
Region: Köln		
Sache: <i>Von: Polizeipräsident Struensee an: Königl.Hochlöbl. Regierung Datum: 7.4.1819, Blatt 14:</i> Verbotswidriger Arzneiverkauf des Jakob Bellinghausen auf der Sandkrule daher Nr. 1904 und No. 5 wohnhaft. Euer Königlich Hochlöbliche Regierung zeige ich gehorsamst an, daß der unten benannte hiesige Einwohner sich ohne Erlaubnis mit dem Verkaufe einer innerlichen Arznei mit dem Namen Harlemmsche Tropfen befasse. Von Polizeiwegen deshalb in Anspruch genommen, hat er sich bloß zu dem Verfertigen jener Tropfen von Claas Honing Tilg in Harlem bezogen und bemerkte, daß dieser das Fläschchen zu 15 Stüber verkaufe. <i>Von: Königliche Reg. I Abt. an: Polizeipräsident Struensee Datum: 10.4.1819, Blatt 15:</i> Sie wollen uns von dem Gefolge des gegen den hiesigen Einwohner Jakob Bellinhaus gegen den Verkauf eines Arzneimittels unter dem Namen Harlemmsche Tropfen eingeleitete gerichtliche Verfahren in Kenntnis setzen im Uebrigen aber auf den Verkauf aller geheimen Arzneimittel besonders der sogenannten Jesuiten Pillen auch in Zukunft ihre besondere Aufmerksamkeit richten durch den hierunter auch künftig getriebenen Unfug Grenzen gesetzt werden dies in Erwiderung ihres Briefes vom 7 d. Monats.		

Referenz: HSTaD Reg. Köln 1257, Blatt 19-27, 28, 29

Jahr: 1819

Region: Köln

Sache:

Von: Polizeipräsident Struensee
6. Juni 1819, Blatt 19:

an: Königl. Hochlöbl. Reg. I Abt.

Datum: Köln

Der Verkauf von Pillen zur Vertilgung von Ratten und Mäusen

Vom 18. Ejusdem betreffend den Verkauf sogenannter Coelnischer Pillen zur Vertilgung der Ratten und Mäuse zeige ich Euer Königlich Hochlöblichen Regierung gehorsamst an, wie die über diesen Gegenstand angestellten Nachforschungen ergeben haben, daß sich in gewisser Gegend van Hees hierselbst schon seit länger als acht Jahren mit der Fabrikation und dem Debit von Mäuse- und Ratten Pillen ohne Erlaubnis beschäftigt und davon auch an oberländische Schiffer Vorräthe überläßt. Das Nähere hierüber enthält das von dem Polizeiinspektor Schöning unterm 4ten des Monaths erstattete Bericht und das von dem Polizei Commissar Hamacher vom 5ten ejusdem abgehaltenen Protokoll über die Confiscation der bei dem van Hees gefundenen in einem versiegelten Paquet hier beigefügten Vorrath dieser Pillen. Ich stelle gehorsamst anheim: ob gegen den van Hees nach §36 des Gesetzes vom 11ten April 1803 die Unterrichtung der Apotheken Schule betreffend das Verfahren bei dem Zucht-Polizei-Gericht eingeleitet werden soll?

Von: Polizei Kommissar / Protokoll
Blatt 20/21:

Datum: Köln, 5 Juni 1819, nachmittags um 5 Uhr,

Begab ich unterzeichneter Polizei Kommissar mich in das mir unterm heutigen vor dem Könighchen Polizei Inspektor Schöning in Betreff des Gegenstandes in die Wohnung des van Hees. Da derselbst im Augenblicke meiner Ankunft nicht im Hause war so forderte ich dessen Ehefrau Christine van Hees auf mir den ganzen Vorrath der von ihrem Mann zum Verkauf verfertigten sogenannten Mäuse- und Ratten Pillen umgehend zu überliefern. Besagte Ehefrau van Hees übergab mir hierauf eine in ihrer Wohnstube auf der Kommode gestandenen blechern Vase worin noch ein kleiner Vorrath gefertigter Pillen waren mit dem Bemerkten, daß dieses der ganze Vorrath sey welcher ihr Mann in dem gegenwärtigen Augenblick davon besitze. Ich habe danach überall wo ich von den Pillen noch einen Vorrath vermuthete eine Visitation danach gehalten, sonst fand ich hierbey weiter keine fertigen Pillen sondern nur eine Art weißen Pulvers in einer Kiste auf der Kammer, welches mir zu den Bestandtheilen der fabriziert wordenden Pillen gehörte, welcher nach Befragen derselben Frau van Hees von dieser nicht zugegeben wurd. Ich habe demnach sowohl die blechern Vase mit den darin befindlichen fertigen Pillen als auch das vorgefundene Pulver in Beschlag genommen, also zusammen in einen Einschlag von grauem Papier eingepackt darin mit meinem Amtssiegel versiegelt und dieses Paquet aber obenauf ein zu noch besonders angebrachten reinsten Papiers von der Ehefrau van Hees mit ihrer Namenschrift versehen lassen. Über alles dieses habe ich sodann gegenwärtiges Protokoll aufgenommen, um dieselben mit den Gegenständen zur weiteren Verfügung an den Könighchen Polizei Inspektor gelangen zu lassen.

Von: ? an: ? Datum: ?
Blatt 22:

G. van Hees, der hier wohnhaft, fabriziert schon seit mehr als 8 Jahren sogenannte Mäuse- und Rattenpillen. Zur Zeit als der Arzt Franz Dhame noch Kreisphisikus und Medizinalrath war, von diesem die Bestandtheile woraus dieselben zusammengesetzt sind, in der Absicht, zu deren Verkauf auch eine Angabe art autorisiert zu werden, untersuchen zu lassen, welcher ihm bemerkte er könne den Verkauf der Pillen fortsetzen und es würden ihm keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Der van Hees behauptet: diese Pillen seyen weder für Menschen noch Vieh schädlich, sie müßten denn in großer Quantität eingenommen werden. Arsenik brauche er gar nicht und er habe schon einen Jagdhunde auf einmal 12 von diesen Pillen gegeben, ohne daß derselbe sich danach übel befunden habe und was für die Unschädlichkeit derselben am meisten spreche sey, daß selbst Materialisten und Apotheker von hier sie bey ihm nähmen, und ihm auch die Leute welcher derer bedürfen, theilt er diese Pillen weit und breit ab, habe dazu schon bis nach Paris und vor einiger Zeit für 200 Franken nach Wesel geschickt, und seyn seines Wissens noch nie durch einen Gebrauch ein Unglück entstanden. Niederländische und oberländische Schiffer kauften von ihm Vorräthe und der Oberländig Schiffer Oberdahn von Coblenz nähme

dieselben schon seit längerem als drei Jahren in bedeutender Quantität und setze sie, wie er ihm erzählet, in der Gegend der Mosel wieder ab, auch habe er seit kurzem einen Vorrath nach Coblenz an den Gastwirth geführt seid vermuthet wird daß derselbe sie auch wieder weitergibt.

Von: Polizeipräsident an: Königliches Medizinal- Collegium Datum: Köln den 8.Juni 1819, Blatt 24:

Diese übersandte und versiegelte Pakete einer Probe der zur Vertilgung von Ratten und Mäusen von einem gewissen van Hees hierselbst schon seit länger als 8 Jahren ohne gesetzliche Authorisation verfertigtes und verkauften Pillen und Pulver dieselben gefälligst einer chemischen Analyse zu unterziehen und mit einem Guthachten über ihre Schädlichkeit für Menschen und die deshalb nöthige Vorsicht beim Gebrauch demnächst zu unterrichten.

Von: Königliche Reg.I Abt. an: Polizeipräsidenten Struensee Datum: Köln 24.Juni 1819, Blatt 25:

Die von dem van Hees konfiscirten Pillen... seinem Königlich Hochlöblichen Medizinal-Kollegium selbst abzugeben mit dem ergebensten Ersuchen die Analyse wohl derselben unterm 8.d. M. übersandten Mäusepillen gefälligst beschleunigen zu wollen.

Von: Polizeipräsident an: Königlich Hochlöbl. Reg. I Abt. Datum: ? Blatt 25:

Euer Königlich Hochlöblichen Regierung verfehle ich nicht die protocollarische Erklärung desp. van Hees über die Bestandtheile der demselben abgenommenen Pillen und Pulver zur Vertilgung der Ratten und Mäuse vom 18. D.anliegend originaliter zur genehmigten weiteren Veranlassung gehorsamst einzureichen.

Von: Polizeikommissar an: ? Datum: Köln, 18ten 1819, Blatt 26:

Erschien der Polizeikommissar und gab auf die ihm in Gefolge Regierungsräthlichen Anweisung vom 8ten dieses Jahres gerichtlicher Frage:

Welche die Bestandteile des am 5ten diese Jahres bei van Hees in Beschlag genommenen Pillen und Pulver zur Vertilgung von Ratten und Mäusen folgende Aufklärung:

- 1) die Pillen welche ich zur Verteibung der Ratten und Mäuse zu machen und verkaufen pflege bestehen
 - a) aus etwas ungelöschten Kalk
 - b) aus ganz fein gestoßenem Glase
 - c) aus etwas Butter und Brotmehl
 - d) aus zermalnten gebraten weißen...
 - e) aus etwas gestoßenen weißen Zuckers
 - f) es für größere Ratten noch aus etwas Fliegenstein darunter gemischt aber in einem Maße daß für Menschen und Vieh nicht schädlich sein können. Die Pillen und das Pulver welche bei mir in Beschlag genommen worden bestehen aus Arsenicum welches ich vor 4 Jahren bei dem Materialwarenhändler Jh. Efenz gekauft und daraus die Pillen verfertigt habe und damit einen Versuch zur Vertilgung der Feldmäuse zu machen. *Blatt 27:* Ich habe auch die Pillen mit dem Pulver ganz unbeachtet wohl auch mit Vergeßlichkeit in einer Ecke liegen lassen, erst als ich letzthin vor dem Polizei Justitiar Schoening über die Verfertigung der Ratten und Mäuse Pillen vernommen wurde, kam mir die Erinnerung daß von dem früher aus Arsenik verfertigten Probe- Pillen noch Arsenak in meinem Hause vorhanden sey. Ich habe daher sobald ich von dem Herrn Justitiar nach Hause zurückkam jene Pillen mit dem Arsenik gesucht und meine Frau die diese um ein und anders dem Herrn Efenz zu bringen, dieses augenblicklich versäumt hat und so ist solche auf der Kammer liegen geblieben ...

von: Medizinal- Kollegium an: Hochlöbl. Reg.I Abt. Datum: ? Blatt 28:

Euer Königlich Hochlöblichen Regierung ersten Abteilung beehren wir uns die durch den Apotheker Herrn Hamacher bewerkstelligte chemische Analyse der uns von wohlderselben unter dem 8ten Juni d.J. zu diesem Zwecke in einem versiegelten Pakete zugesandten von einem gewissen van Hees hierselbst schon seit länger als 8 Jahren ohne gesetzliche Authorisation

verfertigtes und verkauftes Mäuse- und Ratten Vertilgung Pulver unter Remittierung der uns zur Einsicht beigefügten diesen Gegenstand betreffenden protokollarischen Erklärung des van Hees anliegen zu übersenden:

Aus dieser Analyse geht hervor, daß die genannten Pillen eine bedeutende Menge weißen Arseniks als Hauptbestandtheil enthalten, und daß das Pulver sogar aus bloßem weißen Arsenik ohne alle fremde Beimischung besteht, daß die Reduktion aus einem Theile der aus 1 Unze 2 Drachmen und 20 Gram schweren Pillen 36 Gram metallisches Arsenik ausschied, und daß s.a. Unze des besagten Pulvers auf eben diesem Wege drei Quäntchen metallisches Arsenik lieferte. Wir urtheilen danach, daß die Benutzung dieses das Leben der Menschen in einem so hohem Grade gefährdenden Mittels zu dem beabsichtigten auf Beachtung aller möglicher Vorsicht immer gewagt bliebe und daß der Verkauf desselben ohne alle Einschränkungen und Nachsicht...

Beschluß: Von: Königl. Hochlöbl. Reg. a. d. an: Königl. Landrath und Polizeipräsidenten
Struensee Datum: ?
Blatt 29:

Wir beauftragen sie den hiesigen Einwohner van Hees der schon seit längerer Zeit Pillen und Pulver zur Vertilgung der Ratten und Mäuse verkauft, sie uns mittels Bericht vom 18ten Juni des Jahres eingereicht haben, ihm fernerer Verkauf derselben auf der Ellerstraße zu untersagen und daß das unter dem Namen Kölnische Pillen zum Verkauf kommende Mäusegift hier mit Vorwissen und Genehmigung der Polizeibehörde unterliegt.

Referenz: HSTaD Reg.Köln 1257, Blatt 49, 50, 51, 54, 55

Jahr: 1842

Region: Noervenich/Kreis Düren

Sache:

Von: Kreis Phisikus Dr Ludwig an: Königl. Hochlöbl. Reg. Abt. d. Innern Datum:
Euskirchen, 27.Dez.1842, Blatt49:

In der Anlage übersende ich ganz gehorsamst eine Beschwerde des Apothekers Herweg gegen einen ehemaligen Apotheker Tretschke in Noervenich Kreis Düren welcher der Angabe nach ein ihm überbrachtes Rezept aus Balsamocarpum und Spir.Lignorum bestehend angefertigt habe.

Von: Königl. Hochlöbl. Reg. Abt.des Innern an: Königl. Hochlöbl Reg zu Aachen Datum: Köln
den 2ten Jan.1843, Blatt 49:

Euer Zit.: berufen wir uns anliegend einer Beschwerdeschrift des Apothekers Herweg zu Lechenich vom 22.d.M.d.J. über die gesetzwidrigen pharmazeutischen Funktionen des Spezereyhändlers Tretschke zu Noervenich im Kreis Düren zu gefälligen weiteren Beurtheilung mit dem Ersuchen ergebenst zu übersenden und von dem Verfügt gefälligst Mittheilung zu machen.

Von: Kreisphisikus an: Königl. Hochlöbl. Reg. Abt.d.I nnern Datum: 31 Dez.1842,
Blatt 50:

Der Vorstellung des Apothekers Hr.von Berg zu Kerpen vom 31.Dez. 1842 in welcher er uns um Schutz gegen die Beeinträchtigung des ehemaligen belgischen Apothekers jetzt Krämer Tretschke bittet.

Von: Königl. Reg. Abt .d. Innern, Aachen an: Königl .Hochlöbl. Reg. Köln Datum 6.5.1843,
Blatt 54:

Seiner Königlich Hochlöblichen Regierung berufen wir uns auf das gefällige Schreiben vom 28.Jan. dessen Anlage hierbei zurück erfolgt, ergebenst zu erwidern, daß die Materialienhandlung des Spezerey- Händlers Tretschke zu Noervenich im Kreis Düren bereits unter dem 9.Februar mit gerichtlichem Beschlage belangt worden ist. Dem Vernehmen nach ist derselbe auch späterwegen unbefugten Verkaufs von Arznei verurtheilt worden.

Von: Kreisphisikus Dr Ludwig an: Königl. Hochlöbl. Reg. Datum: ?
Blatt 55:

Euer Wohlgeboren, erlaube mir über folgenden meine Rechte und kränkenden Vorfall dadurch Anzeige zu machen:

Da sich nämlich im Laufe dieses Jahres ein ehemaliger Apotheker aus Belgien namens Tretschke in dem im Kreis Düren gelegenen Dorfe Noervenich anderselben Stunde vonhier als Krämer niedergelassen hat, so war es mir von meinem benachbarten Kollegen von Berg sowohl als auch der Stimme des Publikums kund geworden daß derselbe sich herausnähme sowohl als Arzt wie auch Apotheker dort unbefugter Weise zu fungieren. Um mich auch von der Richtigkeit dieser Angaben genügende Überzeugung zu verschaffen so habe ich heute den hiesigen Bürger namens Böttchen nach Noervenich hingeschickt, mit dem Auftrage von dem hiesigen Dr Brendt ausgestellten Rezept dort anfertigen zu lassen, welcher auch ohne Anstand alsbald bereitet wurde und habe nun auf seine ärztliche Verordnung Balsamocarpum und Spec. Lignorum von sehr schlechter Beschaffenheit erhalten. So wie auch als Handverkaufsgegenstände ungt. mercuriae und spiritus camphoratum. Euer Wohlgeboren werden hieraus ersehen, daß jener Spezereyhändler Tretschke sich gegen die bestehenden Gesetze verhalte und er sich erlaubt hat unbefugter Weise als Apotheker zu fungieren, weshalb ich es für meine Pflicht halte Er. Wohlgeboren von diesem Unfug in Kenntnis zu setzen mit dem Ersuchen diesem gesetzwidrigen Verfahren entgegen wirken zu wollen.

Referenz: HSTaD Reg. Köln 1257, Blatt 52

Jahr: 1843

Region: Frenz zu Schlenderhan/ Noervenich

Sache:

Von: Stadtphisikus an: Königliche Hochlöbliche Regierung, Aachen Datum: 25. Jan. 1843
Blatt 52:

Die Mary Bindland Raitz von Frenz zu Schlenderhan vom 25. Jan. 1843 wegen dem unbefugten Verkauf von Arzneimitteln. Seits des Tretschke zu Noervenich betrifft. Nach dem Dekret vom ½ 1843.

Referenz: HSTaD Reg. Köln 1257, Blatt 53

Jahr: 1843

Region: Stürden

Sache:

Von: Regierungs-Kanzlist Schneider Finanzabteilung an: Abt. des Innern Datum:
19.4.1843

Blatt 53:

Die Signatur der Finanzabteilung an die Abt. des Innern von 19.4.1843 wegen des unerlaubten Handels des Kleinhändlers Joh. Overkamp zu Stürden mit Drucksachen und Medikamenten

Referenz: HSTaD Reg. Köln 1257, Blatt 62

Jahr: 1844

Region: Bonn

Sache:

Von: Kreisphisikus Bach an: Königlich Hochlöbl. Reg. Datum: 1. Jan. 1844, Blatt 62:

Der Kreisphisikus Bach beehrt sich dem W. Königlich Hochlöblicher Regierung am 1. Jan. 1844 gehorsamst nachkommend, ein Verzeichnis der im Kreise Bonn von Nicht- Apothekern zubereiteten und verkauften zusammengesetzten Arzneien einzureichen.

Euer Königlich Hochlöblichen Regierung hohem Befehle vom 27. November a.c.B. 19, 291 gehorsamst entsprechend, gab ich mir Mühe, die von Nicht- Apothekern zubereiteten und

verkauften zusammengesetzten Arzneien zu ermitteln, habe aber nur in der Modehandlung des hiesigen Kaufmanns Röttgen folgende zusammengesetzte Arzneien vorgefunden, mit welchem derselbe handelt:

- 1) Brust- Caramellen, verfertigt vom Conditor Nicolas Wolff in Kempen. Dieselben scheinen aus Zucker, Schleim, und einem kleinen Zusatz von Ipecacuanha zu bestehen
- 2) Das gewöhnliche bekannte Gicht-Papier
- 3) Schweizer- Brustthee, verfertigt von Joh. Peter Wilhelm Wild, Doktor der Medizin zu Schwanden, Kanton Glarns. Dasselbe besteht, soviel sich ermitteln ließ aus:
 - Herb. Pteridis
 - Scolopendri
 - Farfae
 - Pulmonariae
 - Rhododendri ferruginei
 - Flor. Primulae
 - Cinerariae
- 4) Eine aus Paris bezogene Pasta, wahrscheinlich Pasta Liquiritiae
- 5) Einem Zahnkitt, verfertigt vom Apotheker Hipe in Wetzlar, von unbekannter Composition
- 6) Sogenanntes Aken'sches Augenwasser, verfertigt vom Apotheker Geis in Aken bei Elbing. Die Bestandtheile desselben sind unbekannt, doch möchten sich dieselben durch eine chemische Analyse wohl ermitteln lassen.

Demnach möchten No-1-5 als unschädlich, wohl unbeschränkt im Handel zugelassen werden können. Das Aken'sche Augenwasser aber kann, welches auch seine Bestandtheile sein mögen, meiner Meinung nach dadurch in einzelnen Fällen höchst schädlich werden, daß es in nicht passenden Zuständen angewandt und im Vertrauen auf dessen Heilkraft die Anwendung anderer, nöthiger Arzneien versäumt wird, wodurch wie z.B. bei heftigen Augenentzündungen großes Unglück und selbst völlige Erblindung herbeigeführt werden könnte.

Referenz: HSTaD Reg.Köln 1257, Blatt 63-65

Jahr: 1844

Region: Köln

Sache:

*Von: Kreisphsikus Löhn an: Königlich Hochlöbl.Reg. Datum: 1.Jan.1844,
Blatt 63:*

Durch Nicht- Apotheker zubereitete und verkaufte Arzneien betreffend.

Euer Königlich Hochlöblichen Regierung verfehle ich nicht, auf die Verfügung vom 27.ten November a.pr. ganz gehorsamst in Kenntniss zu setzen, daß, da der Verkauf von Arzneimitteln allen Nicht-Apothekern nach den bestehenden Gesetzen verboten ist, ich, wenn ein Debit solcher Arzneien zu meiner Kenntniss gelangt und das Mittel als ein unschädliches mir bekannt ist, erst durch polizeiliches Verwarnen unter Anstrafung gerichtlicher Untersuchung einschreiten lasse, sonst aber sogleich die letzteren veranlasse. Die in der Zeit mir bekannt gewordenen derartigen Mittel waren folgende:

- 1) die Wurmkügelchen des *Conditors Stollwerk*. Sie waren bereitet aus Mehl, Honig und Zitwersamen. Der g. Stollwerk ist auf meine Veranlassung durch die Polizei verwarnt worden
- 2) Das Hühneraugenpflaster bei *Mospelt*. Es ist das Ceratin aeruginis unserer Landes Pharmacopoea, ein in früherer Zeit gegen Hühneraugen sehr gepriesenes Mittel. Der Debit vor Gericht gestellt. Wurde frei gesprochen, indes soll die Sache wieder aufgenommen werden.
- 3) Dr Rommershausens Augenwasser. Sämtliche beim Debitanten *A. Tils* vorgefundenen Flaschen wurden sofort auf meine Veranlassung confisciert (*Blatt 64*) und die gerichtliche Untersuchung eingeleitet. Die chemische Analyse habe ich wegen Mangels an Vorrath nicht veranlassen können und bin auch bis dato von Gerichtswegen nicht damit beauftragt worden.
- 4) Gicht-Papier. Dasselbe besteht aus einer verdünnten Auflösung von gewöhnlichem Theer in Weingeist, womit das Papier überstrichen wird. Der Debit hat nach gerichtlicher Verwarnung sofort aufgehört.

In früherer Zeit hat das von *Henneken* den Aelteren bereitete und unentgeltlich verabreichte Augenwasser einige Sprache gemacht, da es sogar von mehreren nunmehr längst verstorbenen

Aerzten empfohlen wurde. Die Bestandtheile konnte man auf mündliches Befragen nie ermitteln, deshalb habe ich seiner Zeit mit Zuziehung des Apothekers Werringen dahier eine chemische Untersuchung desselben veranstaltet und besteht es dieser zu Folge aus Cupr.Sulph. einer kleinen Quantität Tann.Albium aqu. plu. vist. Dem genannten Henneken ist der Debit nicht gestattet worden. Nur reine Kosmetische oder Schönheitsmittel da sind Waschwasser, Haaröle insofern sie keine schädlichen Substanzen enthalten, im Handel verkauft worden. Die meisten davon halten sich kaum einige Augenblicke im Ruf und finden wieder in Vergessenheit zurück, (*Blatt 65*) z.B. ein Waschwasser genannt Eau D'Me'be' bestehend aus einer Auflösung in Citronensäure, ein Elixier pour la reproduction bestehend aus der Auflösung eines Pflanzen-Extraktes (wahrscheinlich der Klettenwurzel) in einem sehr verdünnten Weingeist und einem geringen Zusatz von Lavendelöl und Salpeteräthergeist. Am längsten behalten, wie so scheint, ihrem Ruf die Haaröle und das Wittersche Kräuteröl. Letzteres besteht nach einer seiner Zeit veranstalteten chemischen Analyse aus einem Kern- oder Samenöl das wahrscheinlich mitwurzel gefärbt ist und dem einige Tropfen Lavendelöl und Rosmarinöl zugesetzt sind.

Von: Minister der Geistes und Medizinalangelegenheiten an: Königliche Hochlöbliche Reg.
Datum: Berlin 6.Jan.1847

Betr. Den Verkauf der Stollwerkschen Brustcaramellen

- 1) Die Vorstellung des Apothekers Weber in Schwelm vom 1.November v.J. in Betreff des Verkaufs von Arzneien durch Kaufleute sowie
- 2) Die nähere Auslassung des g. Webers über diesen Gegenstand vom 2.Dez. v.J. und
- 3) den von der Königlichen Regierung zu Arnberg auf Erfordern erstatteten Bericht vom 7.Dezember v.J. zur näheren Berichterstattung

Die Beschwerde des Apothekers Webers in Schwelm über gesetzwidrige Anpreisung und Verkauf von Arzneien, Coeln den 24.Januar:

Euch haben mittels ordentlicher Verfügung vom 6ten d.M. deren Anliegen wieder auszuschließen über den Gegenstand unserer Berichterstattung

- a) die von keinem Apotheker unseres Regierungsbezirkes ausgegangenen Beschwerdeschrift vom 1ten November rügt:
 - 1) den Verkauf von als Hausmittel häufig gebrauchten Arzneien welche durch Nicht-Apotheker nicht unter einem Pfund verkauft werden sollen seitens der Kaufleute und Krämer in den kleinsten Quantitäten und
 - 2) den Verkauf von Zubereitungen welche Arzneistoffe enthalten und deren Empfehlung in öffentlichen Blättern.

Diese Rügen sind nicht ganz unbegründet auch ist gewiß nicht dagegen zu erinnern, daß zur Beseitigung der Mißstände in einer angemessenen allgemein verständlichen Bekanntmachung auf die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen aufmerksam gemacht werde. Der Zweck eines solchen dadurch erreicht daß die Apotheker im Handverkauf die Preise der Materialisten nehmen und nicht nach der hohen Arzneitaxe gehen. Seitdem in unserem Bezirke die Apotheker diesen Grundsatz adaptiert haben, fallen die Klagen über Beeinträchtigung ihres Geschäftes durch Nicht-Apotheker weg. Das Publicum hat den Vortheil dran, daß in Bezug auf die verlangten Arzneien weniger leicht Verwechslungen stattfinden...(unvollständig)

Beschluß: 1) polizeiliche Verwarnung 2) vor Gericht gestellt aber freigesprochen, Wiederaufnahme des Verfahrens 3) gerichtliche Untersuchung eingeleitet 4) Verbot des Debit

Referenz: HSTaD Reg.Köln 1257, Blatt 77

Jahr: 1844

Region: Köln

Sache:

Von: Stadtphysikus Löhn an: Königliche Hochlöbliche Reg. Datum: 23.Jan.1844, Blatt 77:

Euer Königlich Hochlöblichen Regierung verfehle ich nicht auf die Verfügung vom 17ten d.M. und unter Rücksendung der Anlage ganz gehorsamst folgendes zu berichten:

In früheren Zeiten bediente man sich nicht selten in hiesiger Stadt und Umgebung abführender Pillen, welche vom Auslande nach Coeln kamen. Es waren eingramige Pillen in ganz kleinen

hölzernen Dosen mit der Etiquette: "K. K. privit. Pillen". Unter anderem fand ich sie heutig bei geistlichen Herren, die sie als ein abführendes Mittel sehr rühmten. Ein Geistlicher wollte sie von einem anderen erhalten haben und obgleich ich mit wiederholten Nachforschungen nicht nachließ, kam ich doch nur soweit, daß zuletzt einer sie von Frankfurt a.M. selbst wollte bezogen haben. Nach einer bereits mit dem Apotheker Sehlmeier veranstalteten Untersuchung bestanden sie aus Extr.Aloes und Pulv.Aloes zu gleichen Theilen. Wenn mir nun seit langem nichts darüber zu Ohren gekommen, so habe ich doch an heutigem Tage polizeiliche Nachforschungen ob diese Pillen wirklich irgendwo debittiert wurden, veranstalten lassen und nicht zu ermangeln, das Resultat zu berichten.

Referenz: HSTaD Reg.Köln 1257, Blatt 92, 93, 94, 95

Jahr: 1846

Region: Köln

Sache:

Von: Stadtphisikus Dr Canetta an: Königliche Hochlöbliche Reg.Abt.d.Innern Datum: Köln, 12. Nov. 1846, Blatt 92:

Den Verkauf von Arzneimitteln und die Anfertigung von Rezepten in den hiesigen Apotheken Schon seit längerer Zeit hatte ich Gelegenheit mich davon zu überzeugen, daß in hiesigen Apotheken das Verfahren über die Verabreichung von Arzneimitteln worüber sowohl das Medizinaldekret als auch die revidierte Apothekerordnung so bestimmte Vorschriften enthält daß darüber ein erheblicher Zweifel nicht obwalten kann, nicht gehörig beachtet wird. Es werden in denselben nicht nur heftig wirkende einfache Arzneimittel im Handverkauf abgegeben, sondern auch Arzneiverordnungen welchen alle Eigenschaften abgehen die nach Tit. III §2a ein Rezept haben soll, selbst wenn dieselben heftig wirkende Arzneimittel enthalten, ohne allen Anstand nicht nur einmal sondern wiederholt angefertigt. Ich habe wie aus der beiliegenden Anlage hervorgeht schon vor längerer Zeit die Apotheker aufgefordert, die in Bezug auf die Verabreichung von Mitteln unter den bestehenden Vorschriften genau zu beachten, und ich habe diese Aufforderung bei jeder sich darbietenden Gelegenheit wiederholt. Meine Erinnerungen haben aber nicht nur nicht den erwünschte Erfolg gehabt, sondern es hat das im Vorherrschenden erwähnte gesetzwidrige Verfahren in der letzten Zeit in noch größerer Ausdehnung wie früher stattgefunden. Namentlich war dieses in Bezug auf den Verkauf von Mitteln und die Anfertigung von Arzneimitteln gegen die Syphilis besonders von Mercurialmitteln der Fall. Mehrere hiesige Erfahrungen welche ich in der letzten Zeit über den Mißbrauch von Mercurialmitteln welches durch das erwähnte Verfahren der Apotheker veranlaßt worden, sowohl selbst zu mehrerer Gelegenheit gehabt aber nicht durch Mittheilung anderer Ärzte kennengelernt, ferner die von der Höheren Behörde anerkannte Nothwendigkeit das Vorkommen der Syphilis strenger zu überwachen mit welcher Überwachung das in Bezug auf diese Krankheit getriebene Puscherei und die Beachtung des §72 v. Regul. N.8/8 in innigster Verbindung steht, haben es mir zur dringenden Pflicht gemacht, das im Vorhergehenden erwähnte Treiben der Apotheker näher festzuhalten und eine Hemmung derselben zu beantragen. Wie ich zu diesem Zwecke verfahren wird Eure Königliche Hochlöbliche Regierung aus den beiliegenden Protokollen ersehen. Da ich zu der erwähnten Feststellung aus sehr nahe liegenden Gründen die meisten Erfahrungen welche ich zufällig zu machen Gelegenheit hatte nicht benutzen konnte und durfte, so sehr ich dieses Verfahren (*Blatt 93*) als das einzige zum Ziele führend einschlagen müssen. Es bedarf übrigens dieses Verfahrens um so weniger einer Rechtfertigung als ich dasselbe nur in Bezug auf die Apotheker angewendet habe von welchem ich mich durch zufällig gesammelte Erfahrungen vollständig überzeugt hatte das in denselben die Vorschriften über den Arzneiverkauf gar nicht beachtet wurden. Der Erfolg meines Verfahrens hat meine Vorraussetzung vollkommen bewährt und es unterliegt wohl keinem Zweifel daß in einer Apotheke in welcher Arzneiverordnungen Protokolle beigefügt sind, welche sich durch Überschrift und Unterschrift als Abschriften bekunden welche weder von einem Arzte geschrieben sind, noch eine Angabe des Ortes, des Datums und der Nummer des Kranken für welchen sie bestimmt sind enthalten, welche durch die darauf befindliche Taxe bekunden, daß sie schon wenigstens einmal angefertigt worden sind welche endlich sehr heftig wirkende Arzneimittel in starker Gabe enthalten, ohne Anstand angefertigt worden, daß in einer solchen Apotheke alles zu haben ist. Mit Bezug auf das im Vorhergehenden Angeführten sind die beiliegenden Protokolle sowie auf den Grund des §5 und den Medizinaledikten von 1715 so wie des §2 agK des Art. III der

revidierten Apothekerordnung trage ich darauf an, daß es Euer Königlichen Hochlöblichen Regierung gestatten wolle, die Apotheker

1) *W. Rehe, M.I. Helff, Höhn, Sehlmeyer, Böhme, Löhe und Kirchheim*, das Geeignete veranlassen zu wollen. Auch nicht wohl einzusehen ist wie die im Vorhergehenden zuerst genannten ihr Verfahren zu rechtfertigen oder auch nur zu entschuldigen im Stande sein werden so wird es doch nothwendig sein, dieselben deshalb zu ermahnen. In Bezug auf diese Vernehmung wurde es nicht nur mir lieb, sondern auch der Sache angemessen sein, wenn Euer Hochlöbliche Regierung nicht mich sondern die Polizeibehörde mit der Vernehmung der genannten Apotheker beauftragen wollte. Sollte Hochdieselbe dieses Verfahren genehmigen so bitte ich zugleich verordnen zu wollen, daß mir die aufgenommenen Protokolle von der Polizeibehörde zur Kenntnisnahme, Veranlassung, einer vielleicht nothwendigen Vervollständigung und Einsendung an Eure Königliche Hochlöbliche Regierung mitgetheilt werden mögen.

Von: *Abt. des Innern* an: *Königliche Polizeidirection* Datum: *Köln, 25.12.1846,*
Blatt 94:

Das Dispensieren von Mercurialmitteln mehrerer Apotheker betreffend

An die Königliche Polizeidirection mit dem Auftrage den Hallwaser in die Löhrsche, Helffsche Apotheke, und den Schuster Gerhard Ehrer in die Böhmersche und Höhnsche Apotheke durch einen Polizeibeamten begleiten über die dem Stadtphysikus gemachten Anzeigen wegen der in den betreffenden Apotheken empfangenen Arzneien.

Nachdem auf den Grund der nebenangeführten Verfügung die Apotheker Rehe, Sehlmeyer, Helff, Löhn, Kirchheim, Böhmer und Höhn von den betreffenden Polizeikommissarien in Bezug auf die ihren nach meinem beiliegenden Berichte vom 16/12 d.J. festgelegten Vorgehens vernommen worden und die protokollarischen Erklärungen derselben mir durch die Polizeidirection mitgetheilt worden sind erlaube ich mir diese Erklärungen unter Remission des erwähnten Berichtes vom 12/12 in dessen Anlagen Euer Königliche Hochlöbliche Regierung mit den folgenden Bemerkungen gehorsamst einzugreifen. Die Apotheker Rehe, Sehlmeyer und Helff geben zu, daß die betreffenden Arzneien in ihren Apotheken bereitet worden, jedoch nicht mit ihrem Wissen und von ihren Gehülften. Da den Verordnungen auf welche die betreffenden Arzneien abgegeben worden alle Eigenschaften eines Rezeptes fehlen, Revid. Apothekerordnung Tit.III §2a, da dieselben ferner durch die darauf bemerkte Taxe als solche Verordnungen bezeichnet waren, welche schon einmal angefertigt waren, da ferner die betreffenden Arzneien zu denjenigen gehören, welche nur auf die Verordnung einer approbierten Medizinalperson und selbst auch eine solche nicht wiederholt abgegeben werden dürfen, R.K.Ordng.T.III§1 g.V., da die Apotheker für die Handlungen ihrer Lehrlinge und Gehülften in Bezug auf Kontraventionen gegen die Vorschriften der Revid. Apotheker. Ordng. unbedingt verantwortlich sind, K.H.B. T III §a so unterliegt die Strafbarkeit der Apotheker Sehlmeyer, Rehe, und Helff wegen Verabfolgung von Mercurialmitteln die den beiliegenden Protokollen n.B.v.Nov. beigefügten Verordnungen nicht dem geringsten Zweifel. Obwohl sich die vorliegenden Protokolle nur auf eine Kontravention gegen die im vorhergehenden angeführten Bestimmungen der revidierten Apothekerordnung beziehen so unterliegt es doch wohl keinem Zweifel, daß dieselbe Kontravention in den erwähnten Apotheken begangen wurde. Indem ich zur näher Begründung dieser Ansicht mich auf meinen Bericht vom 12/11 beziehe glaube ich noch ausdrücklich auf die Erklärung des g. Helff aufmerksam machen zu müssen, worin derselbe dem Tit.III§2 g.V. dem §8 der von den Apothekern handelnden Theils des Medizinaledikts vom J.1715 in dem §72 d. Regul. vom 8/8 35 noch gegen zu behaupten wagt daß der Mercurius solubilis nicht zu den Mitteln gehöre welcher nur auf ärztliche Verordnung abgegeben werden dürfe, eine Behauptung auf welcher sich die von mir gemachten Erfahrungen über wiederholte Verfertigung von Mercurialmitteln in der Helffschen Apotheke sehr wohl erklären lassen. Mit Rücksicht auf das eben angeführte, mit Rücksicht auf den Umstand daß sich Kontraventionen der vorliegenden Art nicht leicht nachweisen lassen, und sehr oft ohne bemerkt zu werden, begangen werden können, mit Rücksicht auf den Umstand daß die Betreffenden von mir ausdrücklich auf die Beachtung der genannten Vorschriften (*Blatt 95*) die Anfertigung solcher wirkender Arzneimittel betreffend aufmerksam gemacht worden, sind/ Anlage A zum Berichte v. 12/11/46 halte ich den Antrag auf eine möglichst nachdrückliche Bestrafung der betreffenden Apotheker für vollkommen gerechtfertigt. Die Apotheker Löhne, Kirchheim und Böhmer haben, wie aus dem beiliegenden Protokoll hervorgeht die gegen sie erhobenen Beschuldigungen nicht für hinreichend nachgewiesen erklärt. Sollte Euer Königliche Hochlöbliche Regierung diese Ansicht theilen, so erlaube ich mir darauf anzutragen das Hochdieselben in Bezug auf den g. Löhn und g. Kirchheim die eidliche Vernehmung des Friedrich Masow und der Margaretha Krämer, in Bezug auf den g.

Böhmer die eidliche Vernehmung des Gerh. Ehser über die von demselben abgegebenen protokollarischen Erklärungen veranlassen wollen. Der Apotheker Höhn hat die gegen denselben erhobene Beschuldigung weder zugegeben noch in Abrede gestellt. Sollte Euer Königliche Hochlöbliche Regierung in Bezug auf diesen weitere Beweise für nothwendig erachten, so trage ich ebenfalls die eidliche Vernehmung des G. Ehrer an.

Sollte Hochdieselbe diese Vernehmung verordnen, so bitte ich zugleich dem g. Ehser die Frage stellen zu lassen, ob nicht der Apotheker Höhn in dem Protokoll vom 5/11 beigefügten Verordnung selbst angenommen und die Bereitung zugesagt habe.

Sollte Euer Königlich Hochlöbliche Regierung die zuletzt erwähnten 4 Apotheker der ihnen zur Last gelegten Kontraventionen durch vorliegende oder noch zu führende Beweise für hinreichend überführt erachten so erlaube ich mir aus den im Vorhergehenden aufgeführten Gründen auch in Bezug auf die Apotheker auch eine möglichst nachdrückliche Bestrafung anzutragen. Endlich erlaube ich mir gehorsamst zu bemerken, daß wenn eine Bestrafung der betreffenden Apotheker erfolgen sollte die Bekanntmachung derselben ohne Nennung der Namen ein sehr geeignetes Mittel sein würde, die übrigen Apotheker an die Beachtung der bestehenden Gesetze zu erinnern. Es würde durch eine solche Bekanntmachung nicht nur der erwähnte Zweck erreicht werden sondern dadurch auch den Medizinalpersonen auf die Nothwendigkeit ausdrücklicher Anweisungen zur wiederholten Anfertigung stark wirkender Arzneien aufmerksam gemacht werden zugleich würde das Publicum erfahren daß die Apotheker an sie ergehenden Aufforderungen zur Anfertigung heftig wirkender Arzneien ohne ausdrückliche Anweisung eines Arztes nicht entsprechen dürfen. Der Zuläßigkeit einer solchen Bekanntmachung scheint mir mit Rücksicht des Minist.Raths entgegenzusehen.

Blatt 94:

Randbemerkung: Die anderweite Verhandlung des Polizei u. Kommissar Dobler in Betreff der Böhmerschen und Höhnschen Apotheke sind gehorsamst beigefügt. Der Aufenthalt der Margaretha Krämer hat übrigens nach der Anzeige der betreff. Polizei-Kommissaren in hiesiger Stadt nicht ermittelt werden können und hat sich der Stellmacher Maschow am 6ten Dezember von hier nach Aachen abgemeldet. Der Polizei-Director, Köln 24.1.1847

Referenz: HSTaD Reg.Köln 1257, Blatt 116

Jahr: 1859

Region: Umgebung Köln

Sache:

Von: Kreisphisikus an: Königliche Hochlöbliche Reg. Datum: ?. ?.1859, Blatt 116:

Seit längerer Zeit wird in hiesiger Umgegend auch von einem Urinbeschauer berichtet, der den Leuten ein in deutscher Sprache geschriebenes Rezept mitgibt. Seine Verordnung enthält nur Kräuter, darunter einige stark wirkende theils aber auch sehr ausführliche. Das Gewicht der einzelnen Substanzen ist nicht bezeichnet sondern es ist nur angedeutet, für wieviel Geld der Apotheker zu geben habe. Im Übrigen ist die Verordnung ganz in Form eines Rezeptes geschrieben. Frage ist aber ob die Anfertigung seiner Verordnungen den Apothekern erlaubt seye. Der Inhalt der Rezepte ist ein solcher der von den Leuten selbst nicht durch Sammeln geschaff werden kann, sondern von den Apothekern bezogen werden muß. Die Apotheker behaupten nun daß, da es ihnen gestattet seye jedes einzelne Mittel zu verkaufen es ihm auch erlaubt sey, solche Gemische verabfolgen zu lassen. Andere schützen sich hinter den Rezepten: Sie glaubten die Mittel seyn für diese oder jenen verschrieben. Ich bin nicht im Stande die Apotheker zu begreifen, welche sich mit der Verfertigung dieser Verordnungen befassen, mir bekannt ist nur, daß die hiesige Gegend mit den Rezepten überschwemmt ist und die Anfertigung (Ende des Zitats)

Referenz : HSTaD Reg.Köln 1251, Blatt 169, 170, 171,
Jahr: 1863
Region: Bonn
<p>Sache: <i>Von: Königliche Oberprokurator zu Bonn an: Königliche Reg.zu Köln Datum: Bonn, 13.7.1863, Blatt 16:</i></p> <p>Nach der anliegenden Verhandlung wird die Kaufhändlerin Witwe Röttgen zu Bonn beschuldigt, daß sogenannte Römerhausensche Augenwasser angekündigt und verkauft zu haben. Dasselbe wird in der Empfehlungsanzeige des Dr Römershausen als eine wohlriechende, als Waschmittel zu benutzende Essenz bezeichnet, deren Bestandtheile die Fenchelpflanze ist. Hieraus dürfte dieses Augenheilmittel nicht als ein Geheimmittel zu betrachten sein, wohl aber in die Kategorie derjenigen medizinischen Wasser und Präparate fallen, deren Debit durch das Reglement vom 16. September 1836 und die Bekanntmachung vom 29.July 1857/:unter die Rubriken: aqua foenicoli, aqua medicinales/ in der Regel den Apothekern ausschließlich vorbehalten ist. Nichtsdestoweniger wird dieses Heilmittel seit Jahren überall öffentlich angekündigt und von vielen Händlern verkauft. Die Königliche Regierung beehre ich mich daher um gefällige Äußerung ergebenst zu ersuchen , ob der Verkauf der Römerhausenschen Augenessenz etwa allgemein freigegeben oder von der nach § 345 Str.Ges.B. erforderlichen polizeilichen Erlaubnis abhängig ist.</p> <p><i>Von: Dem Minister der Geistlichen, Unterrichts und Medizinal Angelegenheiten in Vertretung gez.Lehnert</i> <i>An : den Herrn Lehnert zu Cöln, Abschrift vorstehender Verfügung erhält die Königliche Regierung zur Nachricht Datum: Berlin, 18ten July 1863, Blatt 170:</i></p> <p>Auf die Vorstellung vom 6ten d. Mths eröffne ich Ihnen, daß das von Ihnen bereitete Wasser nach Inhalt des mit der eingesendeten Probe versiegelt hierbei zurückfolgende Rezept zu der Kategorie der geistigen Auszüge unter Arzneisubstanzen gehört, mit welchen nach dem Verzeichnis A der Bekanntmachung der Minister der Justiz, der Geistlichen Angelegenheiten und für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vom 29ten July 1857/Gesetz Sammlung de 1857 S.654/ nur Apotheker handeln dürfen. Es kann Ihnen daher die nachgesuchte Erlaubnis zur Bereitung und zum Verkauf des Mittels nicht ertheilt werden.</p> <p><i>Von: Der Königliche Oberprokurator an: Königliche Regierung zu Cöln Datum: Bonn, 28.July 1863, Blatt 171:</i></p> <p>Die Königliche Regierung ersuche ich mit Bezugnahme auf das gefällige Schreiben vom 25. Dieses Monats B III 2266 ergebenst, um gefällige Remission wohl derselben mit meinem Schreiben vom 13. Dieses Monaths zugegangenen Verhandlung gegen Wittwe Röttgen aus Bonn.</p> <p><i>Von: Königliche Reg. Abt. des Innern an: Königl. Oberprokurator in Bonn Datum: 1.8.1863</i></p> <p>Ew. Wohlgeboren beehren wir uns auf das gefällige Schreiben vom 28.July dieses Monaths Journalnummer 1881 anbei in Verfolg unseres Schreibens vom 25. dieses Monaths Blatt 2266 die Untersuchungsakte gegen Wittwe Röttgen daselbst den unbefugten Verkauf von Arzneimitteln betreffend zu remittieren.</p>

Referenz: HSTaD Reg.Aachen 1076, Blatt 111
Jahr: 1864
Region: Hurkhuscheid /Aachen
Sache: <i>Von:Regierungs-Kanzlei/ Königliche Regierung zu Trier an: Landraths-Amte Datum: 26.Nov. 1864, Blatt 111:</i> Die Eingabe der Königlichen Regierung zu Trier vom 26.ten November 1864 betreffend: die der medizinischen Pfuscherei beschuldigte Ehefrau des verstorbenen Abdeckers Michel Henri ist nach dem Dekret des Herrn R.und Med.Raths Zitterland vom 5ten Dezember 1864 dem Landraths Amte zur Berichterstattung binnen 8 Wochen zugefertigt worden.

Referenz: HSTaD Reg.Aachen 1076, Blatt 187
Jahr: 1870
Region: Retscheid
Sache: <i>Von: Regierungs-Kanzlei an: Oberprokurator Datum: 6.October 1870, Blatt 187:</i> Die Eingabe des Landraths v. Harff zu Schleiden vom 6ten Oct. 1870 No. 6166 betreffend: unbefugter Ausübung der Hebammenkünste durch Ehefrau Schumacher von Retscheid ist nach dem Dekret des Herrn Med.Raths Dr Schaper vom 14ten Octtb. 1870 dem Oberprokurator zugefertigt worden.

Referenz: HSTaD Reg.Aachen 1076, Blatt 191,192,193
Jahr: 1872
Region: Buir/Düren
Sache: <i>Von:Regierungs-Kanzlei an: Landrathsamt Düren Datum: 22ten Aug. 1872, Blatt 191:</i> Die Eingabe der Frau Borcht zu Buir vom 22ten Aug 1872 betreffend Vornahme von Privatentbindungen durch die Frau des Bartholomäus Schmitz ist nach dem Dekret des Herrn Med.Raths Schaper vom 26ten Aug. 1872 dem Landrathsamt zu Düren zur Berichterstattung binnen 6 Wochen zugefertigt worden. <i>Von: Regierungskanzlei an: Oberprokurator Datum: 5.Sept.1872 Blatt 192:</i> Die Eingabe des Landraths zu Düren vom 5.Sept. 1872 No.4439 betreffend: Beschwerde der Frau Borcht in Buir gegen die Ehefrau Barth. Schmitz zu Morschenich wegen Ausübung der Hebammenkunst ist nach dem Dekret des Herrn Med. Rath Dr Schaper vom 7. Oct.1872 den Oberprokurator zur Berichterstattung zugefertigt worden. <i>Von: Oberprokurator an: Königliche Regierung Datum: Aachen, 9.Januar 1873, Blatt 193:</i> Die Königliche Regierung beehre ich mich unter Bezugnahme auf das gefällige Schreiben vom 7.October 1872 No.700R betreffend die Untersuchungssache gegen Christine Krahe Ehefrau Bartholomäus Schmitz wegen unbefugter Ausübung der Hebammen Gewerbes ergebenst zu benachrichtigen, daß durch Beschluß der Rathskammer des hiesigen Landgerichts vom 8. Januar die Beschuldigte außer Verfolgung gesetzt mir die Einstellung des Verfahrens verordnet worden ist mangels genügender Indizien.

Referenz: HSTaD Reg.Aachen 1076, Blatt 197/198
Jahr: 1875
Region: Aachen
<p>Sache: <i>Von: Regierungs- Kanzlei/Registratur an : Königl. Reg. Abt. des Innern Datum: 1.8.1875</i></p> <p>Verfügung vom 1.8.1875 betreffend: Hebammenpfuscherei der Frau Küchen aus Kettenihs, wird hiermit zufolge Dekret dem Herrn Regierungs Rath Dr Schaper mit Acten gehorsamst reproducirt.</p> <p><i>Von: Königliche Reg. Abt. des Innern an: Oberprokurator Datum: Aachen, 20. Sept.1875</i></p> <p>Bezugnehmend auf unsere Verfügung vom 1/8 betreffend Hebammenpfuscherei der Frau Küchen aus Kettenihs ergebenst um gefällige Auskunft über die jetzige Sachlage .</p> <p><i>Von: Oberprokurator an: Königl.Hochlöblicher Reg. Datum:Aachen,26.Sept.1875</i></p> <p>Der Königlichen Regierung beehre ich mich auf das gefällige Schreiben vom 20.Sept. dieses Jahres ergebenst zu erwidern, daß die gegen die Ehefrau Küchen aus Kettenihs eingeleitete Untersuchung wegen unbefugter Ausübung der Geburtshilfe noch nicht beendet ist.</p>

HSTaD Großherzogtum Berg Präfektur des Rheindepartements I. Division, Polizey Sanitaets 11529
Datum: November 1811
Ort: Barmen/Rheindepartement
<p>Sache:</p> <p><i>Von: Der Procureur bey dem Tribunal der ersten Instanz an: den Herren Präfekten des Rheindepartements</i></p> <p>In gefolge des Schreibens vom 22. November unter Remission des Berichts des Herrn Departements Physikus vom November 1811 mitzutheilen und wegen der bemerkten Verschiedenheit der Taxe der verschleppten Atzneymittel zu bemerken, daß der eppedirende Sekretär sich erstenbar bey der Ausfertigung des Wortheids eines groben Versehenes hat zu Schulden kommen lassen indem derselbe statt der Rthl. Was den Werth der verbrauchten Arzneymittel in den Vortheil ausgedrückt hat...</p> <p><i>Von: Departements Physicus an: den Herrn Präfekten des Rheindepartements vom: 27.Nov. 1811, Düsseldorf</i></p> <p>In der Instruktion für die diesjährige Apothekenvisitation verwieß ich den Herrn Bezirks-Physiker in Hinsicht der Materialwaarenlager auf die hohe Ministerialverordnung vom 5.Dec. 1808</p> <p>Am 5.October d.J. visitirte der Herr Bezirks Physiker Bischof mit dem ihm zugeordneten Herrn Assessor Stucke das Materialwaarenlager des Herrn H.W. Horsch in Barmen, und diese Untersuchung veranlaßte den angelegenen Bericht derselben, welchem das Visitationsprotokoll sowie ein anderes des dortigen Herrn Policykommissairs angeschlossen ist. Aus diesen Actenstücken resultiren folgende Klagen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Herr Horsch hat sich mit Angebühr der Untersuchung seines Waarenlagers widersetzt. Völlig berichtet ist dieser Punct dadurch, daß die Herrn Commissaire die Visitation des ungebührlichen Protestes ungeachtete dennoch vornahmen. 2) Derselbe erklärte zum Protokoll, daß er der hohen Ministerialverordnung vom 5. Dec. 1808 unter keiner Bedingung sich fügen könne. Dies wird sich geben, sobald niemand gesetzliche Vorschriften ungestraft übertreten darf. 3) Man fand bey ihm Präparate, die er zu folge dieser Verordnung nicht führen, nicht verkaufen darf so wie verdorbene und verfälschte Waaren, die als solche zerstört werden mußten. Er verschleppte in der größten Eile einige davon ohne auf den Protest der Commissaire zu achten. 4) Die Commissaire versiegelten diese Waaren und er entsiegelte und verkaufte gleich nachher die Mehrzahl davon. 5) Er beliebte nach der Untersuchung über die Commissairen und ihr Geschäft im Publicum zu schimpfen, zu schmähen, sie Hallunken, Schuften und die Visitation Schufterey zu nennen. <p>Da diese etwas sehr häßliche Sache in den Aufschlüssen ganz ausföhrlich dargestellt ist, erlaube ich mir blos solche mit einigen Anmerkungen begleitet Ihnen, Herr Präfekt, vorzulegen.</p> <p>Die bezogenen Verordnung verbietet den Materialisten allen Handel mit Präparaten, Herr Horsch führte aber nicht allein die meisten derselben in seiner Preiscourent vom August d.J. nach, sondern man fand auch nachstehende auf seinem Waarenlager vorrätzig:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Liquor ammonii 2) Baria muriatica 3) Sulfur stibiatur aurantium 4) - rubeum 5) Liquor ammonii virohus 6) - aquohus 7) mercurius phosphoratus <p>Infolge der Verordnung Art.3.6 und 9 ist derselbe von der Policybehörde dafür mit Confiscation der Präparate und 25 Rth. Brüchten zu bestrafen. Man fand ferner noch</p> <ol style="list-style-type: none"> 8) einen Vorrath wurmstichiger, schwarzer gänzlich verdorbener Rhabarberwurzel und 9) verfälschte Bernsteinsäure welche als solche zerstört werden mußte. <p>Derselbe verschleppte nicht allein sogleich die Nummer 4 und 9 sondern entzog auch der gesetzlichen Confiscation bald nachher die Präparate Nummer 1.2.3 und den verdorbenen Rhabarber No.8. Da diese Waaren aber einmal der Confiscation heimgefallen waren, ist es billig, daß er entweder solche sogleich wieder zur Stelle schaffte oder sie nach ihrem Werthe in Geld versetzte. Nach der Schätzung des Herrn Assessor, die mir jedoch bey einigen Artikeln zu gering ercheint, beträgt derselben nämlich:</p> <p>Nr.1) wenigste ns 10 Unzen, jede Unze 24 Stüber : 4 Rthl. Nr.2) wenigstens 6 Pfund, p.Pfund 4 Rth. : 16 Stb. 25/36 Nr.3)1 Pfund - - - - - 4- Nr.4) 1 Pfund - - - - - 4- Nr.8) wenigstens 8 Pfund, nach dem geringsten Werthe 8- Nr.9) wenigstens 6 Unzen, jede Unze 2 ½ = Rthl. 60,36</p> <p>Die Nummern 5.6 und 7 sind noch vorhanden, können mithin konfisciert und in so fern sie ächt und gut sind an</p>

Apotheker verkauft werden.

Mit dieser Strafe kann Herr Horsch die Sünde gegen die bezogenen Verordnung sühnen. Seine zweyte Sünde ist schon schwerer, nämlich in sofern er nicht No.4 und 9. Der Versiegelung entzog, versiegelten die Commissairien die Nummer 1.2.3.5.6.7. und 8. Um deren eigentliche Confiscation nach der Verordnung der Policybehörde zu überlassen. Der Policy Commissaire fand aber bey seinem Besuche sechs Tage nach der Visitation wie dessen Protocoll vom 11.Oct. d.J. nur noch die Nummer 5.6. und 7. Vorräthig, welche er zu sich nahm, und Herr Horsch erklärte: daß er die anderen habe entsiegeln müssen, um die Präparate nach Brewald zu senden und die verdorbenen Rhabarber an einen Seidefärber in Elberfeld zu verkaufen. Daß diese vorgeschüpte Noth selbst wenn sie Glauben verdiente eine solche gewaltsame, eigenmächtige Entsiegelung und Verbringung der zu konfiscierenden Waaren nicht entschuldigen könne, ist wohl eben so einleuchtend als daß es für eine solche den Gesetzen spottende Handlung schon etwas schwer war, und sowohl für ihn als seines gleichen etwas abschreckende Art für künftige Fälle bestraft werden müßte. Wie er aber dafür zu bestrafen sey, muß ich lediglich der höheren Entscheidung überlassen. Wer verdorben und verfälschte Waaren, die er selbst als solche anerkannte, verkauft, handelt als absichtlicher Betrüger, und ist, als solcher nach den Gesetzen zu bestrafen. Bey Materialisten ist dies um so mehr nöthig, weil sie mit Waaren handeln, die als Arzneymittel in Krankheiten gebraucht werden. Und verdorben oder verfälscht das Menschenleben gefährden, diese mithin nicht bloß um Geld betrügen. Herr Horsch dritte Sünde ist daher noch viel schwerer: Denn angenommen,; er hätte die verdorbenen Rhabarber wirklich bloß als Färbestof verkauft so war dies doch mit der verfälschten Bernsteinsäure unmöglich das solche Mittel bloß als innere Arzney in Krankheiten in kleinen Gaben gebraucht wird. Materialisten dürfen zwar nach der Verordnung ächte Bernsteinsäure an Apotheker verkaufen, und den Commissairien ist es Pflicht, diejenige, welche sie bey der Untersuchung schlecht, vielmehr also solche, welche sie verfälscht finden, nicht bloß zu konfiscieren, sondern gleich zu zerstören, daß nun aber die gefunden wirklich verfälscht war, hat Herr Horsch im Visitationsprotokoll selbst anerkannt, und seine Erklärung: daß er solche Waare für Käufer, die niedrige Preise begehrten, haben müsse erregt nicht ungegründet den Verdacht, daß er sie selbst zu diesem Zwecke absichtlich verfälscht habe. Das er ihren Werth kannte, damit Betrügen sich wenigstens nicht unbezahlt davon kommen wollte, beweist die eilige unvermeidbare Verschleppung womit er sie der Zerstörung den Commissairien entzog. In jedem Falle mußte er also dafür als absichtlicher Betrüger von Arzneymitteln bestraft werden. Mit der größten Strafe wäre jedoch das Menschenleben nicht gegen Gefährdung gesichert, indem die mit der verfälschten Bernsteinsäure betrogenen unwissenden Apotheker die armen Kranken wieder damit und die Ärzte um ihre Rettungskraft betrügen. Die Policy muß daher Sicherheitsmaßregeln treffen, den zu fürchtenden Schaden zu verhüten, welcher nur dadurch möglich wird, daß sie sich die verschleppte, verfälschte Bernsteinsäure wieder verschafft, und solche alsdann unter ihrer Aufsicht zerstören läßt. Dieselbe muß daher den Herrn Horsch anhalten, solche entweder sogleich zur Stelle zu schaffen, oder diejenige zu nennen, an welche er sie gesendet oder verkauft hat. Daß er sie selbst verschüttet oder zerstört habe, kann und darf nicht geglaubt werden. Jene sind alsdann von der Policybehörde aufzufordern, die erhaltenen Bernsteinsäure auf Kosten des Verkäufers an sie zurückzuschicken. Auch sind die Käufer durch den Verkäufer nicht auszumitteln, als dann wäre die Aufforderung durch die öffentlichen Blätter zu befördern. Denn eine gute Policy darf es nicht dulden, daß betrügerische Materialisten durch verfälschte Mittel das Leben von Menschen im In- oder Auslande gefährden. Die allerschwerste mithin auch die strafbarste von seinen Sünden ist jedoch in der Reihe die vierte, nämlich unter den Versiegelten und unbedingt zu zerstörenden Präparaten vor der grosse Vorrath von 6 Pfund Salzsäure Bericht No.2 welche zu folge seiner eigenen Anerkennung im Visitationsprotokoll bey der Untersuchung mit Bley verfälscht oder verunreinigt gefunden wurde. Bley ist ein die Kranken lähmendes und langsam tötendes Gift, und ein salzsaurer Bereit der an und für sich schon heftig wirkt, daher nur in kleinen Gaben gegeben werden darf, und gemeiniglich nur in Krankheiten des kindlichen und jugendlichen Alters gebraucht wird, kann sobald er mit Bley verunreinigt oder verfälscht ist, unmöglich mehr Heilmittel seyn, sondern muß zu den sehr schädlichen Giften gezählt werden. Und dieses durch Bley vergiftete Präparat wenn übrigens die damit angestellten Versuchen bey der Untersuchung die im Protokoll nicht angemerkt sind, das Bley darin mit Zuverlässigkeit nachweisen. Wagte Herr Horsch zu entsiegeln, , zu versenden zu verkaufen. Wenn man nicht annehmen kann, daß er im Versehen handelte, oder doch das, was er that, nicht kannte, nicht überdachte, dann wäre er nicht bloß ein absichtlicher Betrüger. Sondern ein gefährlicher tollkühner Vergifter. Dem seye, wie ihm wolle, und die Behörde ahnde, bestrafe eine solche Handlung die so wie sie hier vorliegt, Verbrechen genannt werden muß wie sie es geeignet findet, so ist wahrlich dadurch das Menschenleben nicht gegen Vergiftung durch eine sehr große Quantität mit Bley verfälschter Salzsäure bereits gesichert, welches dagegen zu sichern doch vorzügliche Pflicht der Policy ist. Dieselbe muß daher den Herrn Horsch anhalten.: entweder den ganzen Vorrath des verfälschten Salzsäure Bereyts von sechs Pfund sogleich an die Behörde abzuliefern, oder diejenigen ihr namentlich anzuzeigen, an welche und in welcher Quantität er ihn an sie versendet oder verkauft hat. Über diesen sehr wichtigen Punkt muß er sich vor derselben durch seine Handlungsbücher, die derselbe genau nachzusehen und zu untersuchen sind, auf das genaueste zu legitimiren, und dieselbe selbst muß von den Käufern die schleunigste Zurücksendung ders erhaltenen Präparates auf Kosten des Verkäufers, mit Bemerkung, der Gefahr senden. Und kann auf diesem Wege nicht mit voller Zuverlässigkeit der zu fürchtenden Gefahr begegnet werden, alsdann sind mit Bekanntmachung derselben in öffentlichen Blättern alle seine Handlungsfreunde im In-und Auslande aufzufordern, allen Salzsäurebereyt, welchen sie mit

dem 6.Oct.d.J. von ihm erhalten haben, auf seine Kosten an die Behörde zurückzusenden. In Hinsicht seiner fünften Sünde daß er nämlich nach der Visitation über die Commissairien und ihr Geschäft im Publicum, in Withshäusern wahrlich wie ein (besoffener Botsknecht) schimpfte und schollt, trägt sowohl der Herr Bezirks Physiker Bischof als der Herr Assessor Stucke in seinem angegebenen Schreiben auf die sehr billige Genugthuung einer Abbitte der Schmähungen in der öffentlichen Gerichtssitzung auf seine Kosten an. Vermöchte er nicht einsehen, daß eine so kleine Genugthuung eben der Persönlichkeit der wirklich abscheulich in Amtsverrichtungen Mißhandelten genügen könne, wenn sie der Sache schuldig sey. Wirklich das Schimpfen und Schmähungen war so indognierend groß, daß ich bey meiner Abwesenheit in Barmen bald nach der Visitation den dortigen Herrn Maier ersuchen mußte, Herrn Horsch allen Ernstes zu bedeuten, sein scandalöses Schimpfen nüchtern oder berauscht, um so gewisser zu unterlassen, als ich sonst genöthigt seyn würde, sein Benehmen sogleich zur Kenntnis des anwesenden Herrn Präfects zu bringen, und auf Schließung seines Waarenlagers anzutragen..

Dies sind die Sünden des Materialisten Horsch, in Bezug auf sein Benehmen, die durch die oft bezogenen Verordnungen verbotener Präparate, so wie auf die bey ihm gefundenen theils verdorbenen theils verfälschten Waaren. Aus dem Visitationsprotokoll erhellt aber nun ferner: daß sein Waarenlager in einem polizeywidrigen Zustande war, woraus nothwendig bey seinem bewiesenen Mangel an allen guten Sitten, seinem offenbaren Widerstreben gegen alle gesetzliche Ordnung und vorzüglich bey den großen Geschäften seiner Hhandlung grosse Besorgnisse für das öffentliche Wohl resultire. Ich trage deshalb an, den Herrn Horsch unter Androhung gänzlicher Schließung seines Waarenlagers anzuweisen, im Allgemeinen: die sämtlich Räume seines Waarenlagers sowie den Laden, in einer Zeitfrist von zwei Monathen in den erforderlichen Zustand wie solcher ihn von dem Herrn Bezirks Physiker bezeichnet werden wird zu setzen. Insbesondere:

Die sämtlichen Waarenbehältnisse als Schubladen, Kästen Fässer u.s. fort mit deutlich bemahlten Ueberschriften ihres wirklichen Inhaltes zu versehen. Die metallischen Gifte so wie die narkotischen Pflanzengifte im Laden sowohl, als die größeren Vorräthe derselben in eigenen gut verschlossenen Räumen und in geeigneten mit dem Namen des Inhaltes ganz deutlich bemachten Behältnissen sowohl untereinander abgesondert als von allen anderen Waaren getrennt aufzubewahren. Und für eigenen Waagschalen, Gewichte, Löffel u.s.m. die durchaus zu keinem anderen Gebrauche verwendet werden dürfen zu halten. Die Waarenvorräthe von den eigentlichen Küchenprovisionen abzusondern und solche künftig nicht mehr wie bisher in einem Keller gefährlich durcheinander bringen zu lassen. Vorzüglich in der Aufstellung der Waaren eine genaue alphabetische Ordnung einzuführen, und endlich dem Herrn Bezirks Physiker Bischof aufzugeben, nach Ablauf der bestimmten Frist von zwei Monaten mit Zuziehung des Herrn Assessor Stucke das Waarenlager in dieser Hinsicht abermals genau zu untersuchen und über den Zustand mit Beifügung des Visitationsprotokolls unverzüglich zu berichten.

Beschluß:

Großherzogtum Berg, Düsseldorf den 13. August 1813

Der Procureus bey dem Tribunal der ersten Instanz an den Herrn Präfecten des Rheindepartements.

Ich beehre mich, Ihnen Herr Präfect in der Anlage daß gegen den materialisten Horsch in Barmen erlassenen rechtskräftigen Erkenntnis zur Nachricht mitzutheilen mit dem Bemerken, daß die Confiscation vorhandener Präparate sich noch versiegelt in dem Gewahrsam des Herrn Apotheker van Rütchen befinden.

Auszug aus dem Erkenntnis, welches das correctionelle Tribunal zu Düsseldorf in seiner öffentlichen Sitzung am 6.Julius 1813 gefällt hat.

In Sachen:

1) des öffentlichen Ministeriums
wider

2) den Wilhelm Horsch, 54 Jahre alt, Materialist und Farbenhändler zu Barmen wohnhaft.

3) Welcher beschuldigt worden des Besitzes und Verbringens unerlaubter und schädlicher Materialienwaaren und der Erbrechung der von der Medicinalpoliceybehörde angebrachten Siegels.

4) Nach Einsicht der Verhandlung und des Angeschuldigten

5) Nach eidlicher Vernehmung der Zeugen

Nach Anhören des öffentlichen Ministeriums welches dahin antrug: gegen den Inculpaten unter Anwendung der Ministerial Verordnung vom 5.Dec.1808 und der Medizinal Verordnung vom 8.Junius 1773 in cont. Zu erkennen;

6) Nach Einsicht der Medizinal Verordnung vom 5.Dec.1808 und der Medizinal Verordnung vom 8.Junius 1773 welche durch den Präsidenten in der Audienz verlesen und wörtlich in das Erkenntnis eingerückt worden;

7) In Erwägung, daß der Phillip Horsch für überführt zu halten mit Präparaten verbothswidrig gehandelt zu haben. In Erwägung : daß er einen Theil derer nachdem sie geschätzt und versiegelt waren, unter dem Vorwande, daß er sie früher schon verkauft gehabt habe und daher auch habe liefern müssen, bey Seite geschafft habe.

Erkennt das Tribunal für Recht, daß Phillip Wilhelm Horsch wegen verbothswidrigem Handel mit Präparaten zu einer Geldstrafe von 75 Francs zu verurtheilen, die in dem Schreiben des Departements Physicus mehrsten Präparate insofern dieselben noch vorhanden sind, zu confiscieren, den Horsch für schuldig zu erklären, die bei

Seite geschafften Gegenstände nach dem besagten Schreiben angegebenen Waaren mit Francs 36 zu ersetzen und derselben in die zu 65 Francs 85 ct. festgesetzten Brüchten zu verurtheilen sey.
 Also geurtheilt in Düsseldorf, wie oben in Gegenwart des Herrn Müller, Präsident, Brewer, Richter, Sybeck Procureur, Sour (Commis)Creffier.
 Unterzeichnet:Müller...
 Für gleichlautenden Auszug, welcher dem öffentlichen Ministerium zugestellt wird. Der Secretair des Tribunal.

HSTaD Großherzogtum Berg, Präfektur des Rheindepartement I.Division Policy Sanitaets 11530
Datum: 10.Dec.1810
Ort: Dortmund
<i>Von: Präfekt des Ruhr-Departements an: Präfekt des Rheindepartements Datum: 10.Dec. 1810, Dortmund</i> Durch beiliegende Stücke ist fast erwiesen, daß der Henrich Molle in Steele (Arrondissement Essen) sich der Heilung der Gertrud Engels in Niederwenigern (Arrondissement Hagen) anmaßet, daß solche während dieser Behandlung unheilbar geworden und daß ihr wirklich erfolgter Tod eine Folge davon gewesen ist. Ich überlasse es Herrn Präfekt, zur Bestrafung des Molle die geeigneten Einleitungen zu treffen, und sowohl wegen des besonderen Falles als um auf diesen auf die Grenze beider Departements wohnender Pfuscher wachen zu lassen, wünsche ich von dem Erfolg der Procedur gefällige Nachricht zu erhalten. Zugleich habe ich den.... beauftragt, auf den Molle ein wachsames Auge zu halten und falls er sich ferner der Quacksalberei schuldig machen sollte, ihn sofort der geeigneten Justizbehörde zu nennen.

HSTaD Großherzogtum Berg, Präfektur des Rheindepartement I.Division, Policy Sanitaets 11531
Datum: 1810
Ort: Mühlheim
Sache: <i>Von: der Unterpräfekt des Arrondissements Mühlheim an: Präfekt des Rheindepartement, Mühlheim 3.Dec.1810</i> Betr. Einige Quacksalbereien Sie belieben aus dem anliegenden Berichte des Arrondissement Physicus Brunner zu ersehen, daß zwey gefährliche Quacksalber (Schulz und Schrudenholz) schon seit langer Zeit ihr schädliches Wesen getrieben haben, und obgleich sie von dem Arrondats Physicus deshalb zu Recht gewiesen und ihnen alle ferner Praxis unter namhafter Strafe verbothen worden, nach neuer Anzeige dennoch nicht aufhören, der Gesundheitspflege der Bürger höchst gefährlich zu seyn. Die beiden von dem Arrondats Physicus gerügten Fälle verdienen gewiß die strengste Ahndung weshalb ich bey ihnen Herr Präfekt anfrage, ob ich die kürzerliche Verhaftung dieser beiden Individuen bewirken soll, indem die Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, daß sie sich entfernen, falls dieselben bei Freiheit ihrer Person einer gerichtlichen Untersuchung unterworfen werden.

HSTaD Großherzogtum Berg, Präfektur des Rheindepartements 11533
Datum: 1810
Ort: Mühlheim
Sache: <i>An den Herrn Arrondissements Physicus des Bezirks Mühlheim</i> Betr. Die Quacksalberei des Joh.Schmidt von Offerath Das der medicinisch chirurgische Pfuscher Johann Schmidt, in der Maire Offerath Kanton Lindlahr wohnhaft in der ganzen Gegend mit Ausgeben der Arzneyen und chirurgischen Behandlungen sein Wesen treibt, und mancher Mensch durch heftig wirkende Arzneyen in die Ewigkeit schickt, ist Ihnen bekannt und von mir schon berichtet worden, ohne daß bis hierhin diesem Unwesen gestört worden wäre. Ich mache es mir daher zu Pflicht, Ihnen Herr Arrondissement Physicus abermahls zu berichten. Daß nicht nur allein obgemelter Johann Schmidt täglich mit Arzney ausgeben fortfährt, sodann daß derselbe in hiesiger Mairie die Magd des Jacob Möller Anna Catherina Berschter an einem Wurm am Ringfinger der linken Hand behandelt, und durch große Querschnitte die Sehnen der Bieg und Dehn des gemelten Fingers so durchschnitten hat, daß dadurch der Finger ganz unbrauchbar und krumm in die Hand geheilt worden ist. Daß arme Mädchen ist dadurch außer Stande gesetzt, sein Brod zu verdienen und gezwungen seinen Dienst, den es mit harter Arbeit verrichten muß, zu verlassen. Das einzige Mittel künftig durch Arbeit sein Brod zu erwerben wäre die Amputation des Fingers um dann ohne diese traurige Verstümmelung ist Betteln gehen das einzige, was dasselbe machen kann. Es ist außer allen Zweifel,

daß bloß die Querschnitte in der Hand die Schuld an dem traurigen Zustande sind, und daß der Finger bei gehöriger Behandlung fehlerfrey geblieben wäre. Uebrigens ist das Mädchen arm und kann nicht einmal die Kosten beybringen, so wie die Zeit der Kur sich mit Lebensmitteln versorgen. Mit der vorzüglichsten Hochachtung habe ich die Ehre zu sein des Herrn Arrondissementsphysikus
Ergebenster Diener, Schmitz.

Der Arrondissements Physicus daselbst an: den Herrn Arrondissements Präfect Datum: Mühlheim, 30. Juny 1810

Der Johann Schmidt von Lüderich Mairie Overath ist seit vielen Jahren einer der berüchtigsten aber auch gefährlichsten Quacksalber im Lande, gegen welchen schon verschiedenen Klagen ohne Wirkung geblieben sind. Beyliegende Geschichte ist nur eine Kleinigkeit unter seinen gewöhnlichen Thaten, nicht alle sind so glücklich nur mit einem verstümmelten Finger von ihm loß gekommen. Indessen ist das Mädchen daß außer Stand gesetzt sich wie sonst zu ernähren zu können, und es sollte mich sehr freuen wenn Euer Hochgelobte es für gut finden sollten, den Betrüger zu einer Vergütung anhalten zu lassen. Der Taugenichts hat Vermögen, und würde sich auf diese Art von bessern belehren lassen, wenn er auf diese andere Weise unschädlich gemacht werden kann. Brunners

Der Sousprefet des Arrondissements Mühlheim an: Den Herrn Präfecten des Rheindepartements, zur Division der Polizey, Mühlheim, den 19ten Juli 1810

Ich ermangele nicht, Ihnen Herr Präfect einen Bericht des Herrn Arrondissements Physiker vorzulegen, woraus zu entnehmen wäre: daß ein sicherer Joh. Schmidt von Lüderich Mairie Overath mit gefährlichen Quacksalbereien sein Unwesen treibt. Um den Hierdurch zu befürchtenden Unheils die schleunigste Vorsehung zu tun, habe ich den Herrn Mairie von Overath angewiesen, bey dem benannten Schmitz eine sofortige Hausvisitation zu veranlassen, sich aller vorhandener Medikamente zu ermächtigen und denselben unter Strafe körperlichen Arrestes zu bedeuten, sich aller ferneren Mediziniere zu enthalten, fort über eines und anderes den Bericht zu erstellen. Indem ich Sie Herr Präfect von dieser provisorischen Maßregel in Kenntniss setze, sehe ich Ihrem ferneren Entschlusse entgegen, wegen des vom Herrn Arrondissementsphysikus bemerkten Mädchen bey der Justizbehörde eine fiscal Untersuchung statt haben soll?

HSTaD Großherzogtum Berg Präfektur des Rheindepartements 11525

Datum: 1812

Ort: Düsseldorf

Sache:

Von: I. Division Bureau der Polizey an: den Herrn Procureur der ersten Instanz Datum: Düsseldorf den 21. July 1812

Betr.: Die Pfscherein des Apothekers Deutecon

....nebst der Beguthachtung des Departements Physicus ServaesSie werden darin nur wohl bey letztem Fall worin Deutecon als Arzt handelte und mit eigener Vorschrift Arzneyen dispensirte.2) angeblich für die Fertigung eines Rezeptes statt 15 Stbr. einen Kronenthaler nehme...

HSTaD Großherzogtum Berg, Präfektur des Rheindepartements 11526

Datum: 1809

Ort: Hardenberg

Sache:

Von: I. Div. Bur. Der Polizey an: den Herrn Präfect zu Elberfeld Datum: Düsseldorf, 10. July 1809

In Ihrem Hauptpolizeyberichte vom Monathe Juny bemerkten Sie, Hh. Präfect, auf die Anzeige des Herrn Maire zu Ronsdorf daß sich in Neviges in der Mairie Hardenberg ein medizinischer Pfscher befinde, und trugen darauf an, ihm das Handwerk zu legen zu lassen. Ich habe hierauf den Herrn Mairie zu Hardenberg das Nöthige erörtert, welcher jedoch in einem Berichte vom 2. Diesen Jh. erklärt, daß ihm kein solches Subject in Neviges bekannt ist, ihm auch bisher kein Factum vorgekommen sey, woraus er die Existenz eines solchen Pfschers vermuthen könne. Da es jedoch noch immer möglich ist, daß sich derselbe der Aussicht der Polizey biser entzogen habe, so wollen Sie Hh. Präfect nähere Erkundigungen durch den Hh. Maire zu Ronsdorf einziehen, welcher vielleicht über dessen Nahmen und einige Quacksalberey desselben, wie auch ob er sein Wesen nach fortschreibe, die beste Auskunft wird geben können. Ich sehe über das Resultat Ihren näheren Bericht entgegen.

Von: Unterpräfect des Arrondissement Elberfeld an: Präfekt des Rheindepartements Datum: Elberfeld, 14.Dec.1809

Infolge Verordnung vom 10.vorigen Monaths habe ich den Herrn Mairie zu Ronsdorf aufgefordert, mir über die von ihm in seinem Policeybericht vom Monath Juny geschehenen Anzeige, daß sich in Hardenberg ein medizinischer Pfuscher befinde, nähere Aufklärung mitzuthellen. Derselbe zeigt mir indessen, an, daß nach näher ein gegangener Erkundigung der alte Grim, welcher ein sogenannter Wunderdoktor war und von Menschen aus aller Gegend haufenweise besucht wurde, nunmehr to seyn, daß jedoch jetzt die Leuthe dessen Sohn den Doktor Grim in Neviges häufig aufsuchen, indem dieser sich mit Besehung des Wassers abgebe, und den Leuten, so wie sie es wünschen,, Vorspiegelungen mache. Auch soll dieser Doktor Grimm eine Hausapotheke besitzen, wovon jedoch der Herr Maire nichts wisse, ob solche privilegirt sey oder nicht.

Von: I.Div. Bur. D. Polizey an: Maire zu Hardenberg Datum: Düsseldorf, 26.Oct.1809

Infolge einer Anzeige des Hr. Arrondissementspräfecten zu Elberfeld in dessem Polizey- Rapporte vom Monate Juny soll sich in Neviges ein medizinischer Pfuscher aufhalten. In Ihrem bisherigen Polizeyrapporte ist davon gar keine Erwähnung geschehen. Sie wollen daher die Sache untersuchen und falls die Anzeige des Arron. Präfecten auf Wahrheit gegründet ist, sich darüber äußern, warum sie diesen Gegenstand nicht früher der Behörde angegeben haben.

Von: der Maire von Hardenberg/Bureau der Policey an: Präfecten des Rh.Dep. Grafen v.Borche Datum:Hardenberg, 2.Dec.1809

Wegen einer im Schreiben vom 20.October bemerkten hier befindlich seyn sollenden medizinischen Pfuschers ist mir nichts bekannt. Es ist bishierhin gar kein Factum vorgehalten, wodurch einer als ein solcher am besten entlarvt wird.

Der Arrondissements Praefect von Elberfeld würde wohl am besten im Stande seyn, nähere data anzugeben, wenn ein solcher Pfuscher 1) wie es doch auch immer auch möglich bleiben kann /bisher der Aufsicht der Polizey entzogen wäre.

Von: I. Div. d. Polizey an: Maire v. Hardenberg Datum: 27.Dec.1809

Dem Vernehmen nach soll sich in Neviges ein gewisser Doktor Grimm aufhalten, welcher sich mit Besehung des Wassers abgibt, und den Leuthen, so wie sie es wünschen, allerley Vorspiegelungen macht. Auch soll er eine Hausapotheke haben. Sie wollen mir berichten, ob dieser Mann von dem hiesigen Collegio medico examinirt und approbirt ob es zur Haltung der Apotheke privilegirt sey.

Von: Maire von Hardenberg an: Präfect des Rheindepartement Datum 13.Januar 1810

Es hat zwar seine Richtigkeit, daß sich hier der im Schreiben vom 27.d.Jh. erwähnte Doktor Grimm aufhalte. Allein als ein Mann, der medizinische Pfuscherei auf irgend eine Art treibt, ist er doch nicht bekannt. Er ist am Consilio medico examinirt und approbirt, auch zur Haltung einer öffentlichen Apotheke privilegirt. So wie ich so eben vernehme, hat derselbe ein von seiner K.K. Majestät ausgestelltes Anstellungs Diplom als practischer Arzt für ganz Frankreich erhalten., ein Beweiß, daß sich derselbe als solcher hinlänglich legitimirt hat.

HSTaD Großherzogtum Berg, Präfektur des Rheindepartements 11524

Datum: 1812

Ort: Wipperfurth

Sache:

Von: Wundarzt bey der Central Wohltätigkeit Verwaltung an: Departements Physikus Servaes Datum: 27.July 1812

Am 6ten dieses war ich in Geschäften in der Commune Bechen, Canton Wippersfurth Arrondissement Elberfeld wo ich erfuhr, daß zwey Thüringer Hofmanns Everhard und Rosenberg im Canton mit Arzneyen Hausieren gingen; Ich bin deshalbige auf der Stelle mit Posten aufwand Verfolgen, wurden aber wohlfreilich gewarnt. Als ich gleich nachher ins Haus des Municipalraths an der Wippersfurth Straße geschäftelhalber hereingerufen wurde,

fand ich zufällig im Nebenzimmer vier ganz große versiegelte Schachteln so wie selbige gewöhnlich Herumgetragen werden, aufeinander stehen, Welche von einem Fuhrmann abgeladen worden waren und von obig genannten abgenommen werden sollten. Ich forderte, um mich völlig zu überzeugen, daß diese mit Arzneyen gefüllt waren, den Hofstadt auf, die Schachteln zu visitieren. Wir öffneten die oberste und es fand sich daß die ganze mit kleinen auch theils versiegelten Gläser angefüllt waren. Ich schickte gleich einen Antrag an den dortigen Maire Ejsberg, und er gab den Befehl, die Schachteln ohne seine Erlaubnis an niemanden zu

verabfolgen.

Von: Departements Physikus Servaes an: Präfect des Rheindepartements Datum: Düsseldorf, 19. July 1812
Nach dem angelegenen mir zugekommenen Schreiben des Wundarztes Phuhler in Lindlar hausieren noch immer die der Gesundheit und dem Leben so höchst schädlichen sogenannten Thüringer Arzneikrämer in dortiger Gegend, was eben nicht für die Thätigkeit der dortigen Policeybeamten spricht.

Von: Maire zu Cürten an: Arrondissements Präfecten, Datum: Köln, 7. Aug. 1812

Ich habe in Gefolg und mir zugegangenen Weisung vom 26. D.M. den Herrn Municipalrath Hofstadt wegen den unterm 6. July d.J. in seiner Behausung deponirten vier Thüringer Schachteln worüber doch angebogene Protokolle die deshalb abgegebene Aufklärung mittheilt:

In Erwägung das die sequestrirten Schachteln nach der Sequestration dem Erstbeygeordneten Herrn Neuhaus zur Aufbewahrung bis auf weitere Ordres zugestellt wurde. Dem oben wie ich von Ihnen Herr Präfect unterm 25. d.M. beauftragt wurde, die vier sesquetrirten Schachteln zur Präfectur einzusenden daher man in Zuziehung des Herrn Wundarztes Pfuher die vier Schachteln, welche aus Vermuthung nach mit Porzellan, womit die Thüringer auch zu handeln pflegen, angefüllt seyn sollten zu entsiegeln, um sich von dieser Angabe zu überzeugen. Da hat sich bey der Untersuchung befunden, daß drey derer Schachteln mit Porzellan und beykommende mit Arzneymitteln angefüllt waren. Sohin habe die drey mit Porzellan angefüllte Schachteln wegen Transport Kosten auch hier behalten.

Auf die Frage von wem? Erklärte dieser, daß die vier fraglichen Schachteln von einem fremden unbekannten Fuhrmann an nähmlichen Tage in seinem Hause abgesetzt wo dieselben auch sesquetriert worden. Und auf die zweite Frage: äußerte sich derselbe, daß der Fuhrmann gesagt hätte, daß ein gewisser Rosenberg die Schachteln in Ladung gegeben mit dem Bedeuten, er Hofstädt möchte dieselbe so lange aufbewahren bis der Rosenberg diese abholen würde; weiter hätte er sich nicht darum bekümmert nach welchem Orte die Schachteln transportiert werden sollten.

Von: Präfect des Rheindepartements an: Procureur Datum: Düsseldorf, 30. Sept. 1812

Es ist mir vor einiger Zeit die Anzeige geschehen, daß sogenannte Thüriunger Arzneykrämer sich in der Mairie Kürten aufgehalten, und einen Vorrath von 4 Schachteln hinterlegt hätten. Das bisherige Resultat dieser Anzeige belieben sie aus den anliegenden Original-Verhandlungen zu entnehmen. Nur in einer der sesquetrirten Schachteln, welche bey der hiesigen Stelle deponirt sind, haben sich einige Medikamente gefunden. Allein dieser scheint hinreichend, um gegen den noch unbekannten Besitzer ein Verfahren einzuleiten., zumal die übrigen mit wenigen schlechtem Porzellan nachlässig gepackten Schachteln sowie ihr unverkennbarer Geruch nach Medikamenten die Sünden dieses medizinischen Schleichhandels außer Zweifel stellen; Eine nähere Vernehmung des Herrn Hofstädt, wobey die Schachteln gefunden worden sind, wird wohl am ersten zu einem sichern Resultate führen.

Von dem Erfolg dieser Angelegenheit wollen Sie mich gefälligst benachrichtigen.

Von: Procureur bey dem Tribunal der ersten Instanz an Präfecten des Rheindepartements Datum: Düsseldorf, 16ten Dec. 1812

...habe ich die Ehre, Herr Präfect, mit Remission der Verhandlungen, zu erwidern: daß die Thüringer Arzneykrämer Rosenberg durch die nähere Vernehmung des Municipalraths Christian Hofstadt bey welchem die Schachteln deponirt worden, nicht habe ausfindig gemacht, mithin kein Inquisitions-Verfahren gegen denselben habe eingeleitet werden können. Übrigens ist der Mairie und Polizeybeamte aufgefordert worden, auf denselben und ähnliche Arzneykrämer zu invigiliren

HSTaD Großherzogtum Berg, Präfectur des Rheindepartements 11528

Datum: 1813

Ort: Hilden

Sache:

Von: Procureur bey dem Tribunal der ersten Instanz an: Präfect des Rheindepartements Datum: Düsseldorf, 30. Dec. 1812

In Untersuchungssachen gegen den dortigen Bölling zu Hilden hat der Herr General- Procureur unter dem 24. Beschlossen, daß gegen den bey dem Tribunal ergangenen Erkenntnis, wodurch der Bölling freygesprochen worden, von der Appellation Abstand genommen werden sollte. Ich ermangele nicht, Ihnen Herr Präfect dies bekannt zu machen, mit dem Bemerken, daß wegen Confiscation der bey dem Bölling vorgefundenen gefährlichen Medikamente nach dem Gutachten des Herrn Departements Physicus bey dem Tribunal das nöthige in Antrag genommen wurde.

Von: Procureur von dem Tribunal der ersten Instanz an: Präfect des Rheindepartements, Düsseldorf 11ten Febr. 1813

In Bezugnahme auf mein Schreiben vom 20ten Nov. D.J. in Untersuchungssache wider den Barbierer Bölling habe ich die Ehre, Ihnen Herr Präfekt hiebey einen nähern Beschluß des hiesigen Tribunals wegen Confiscation der bey dem Angeschuldigten gefundenen Materialien mitzutheilen :

Auszug eines Beschlusses aus dem Berathschlagungs .Protokoll vom 3ten Februar 1813

Nach Einsicht der Medizinal Verordnung vom 23 Dez.1803 erkennt die Rathskammer und verordnet die Confiscation beschließt ferner, daß das Kästchen mit den übrigen Inhalte dem Mathias Bölling zurückzugeben sey.

HSTaD Großherzogtum Berg, Präfektur des Rheindepartements 11534

Sache: Die Bestrafung des Godfried Siegener wegen ausgeübter Quacksalberei

Von: Heinrich Dahlmann: 17.5.1808

Bezeuge hiermit, das nämlich G. Siegener mich von einer ungefähr halbjährlichen Bettlägrigen Krankheit wieder so weit gebracht, daß ich jetzt wieder gehen kann, und das ich sonst nicht im Stande war, mit einer Krücken zu gehen, dieweil ich noch vorher das Bein ganz krum halten mußte. Ich bezeuge in Elberfeld

Von: Adolph Spür 17.5.1808

Ich bezeuge, daß G. Siegener meiner Frau ein Brust Geschwür curirt hat, und sich alles befunden, wie er mir gesagt hat vorher, Elberfeld.

Von: Christoph Reilig 17.5.1808

Bezeuge hiermit, daß G. Siegener mich, Frau und Kind als Wundarzt mit der vollkommenen Zufriedenheit bedient hat, Elberfeld.

Von: Wilhelm Bornscheuer,

Der G. Siegener, der mie einen Schwamm vom hintern Theil des Kopfs abschnitt, wo die Brocken schon am Faulen waren, denn der Schwamm war sehr schwer und deren mußte ich Hülff suchen, weil mich meine Chirurgen verlassen hatten, ich fühlte mich alle Tage schwächer also konnte ich nicht glauben, daß sich die natur ohne Wundarzt und Doktor wie sie mich kräfteten, selber geholfen aber ich muß dem Siegener bezeugen, daß er mich in Zeit wieder curiret, welches ich hiermit bescheinige.

Von: Peter Caspar Brafs 17.5.1808

Daß mir der G. Siegener circa vor 12 Jahren einen Schaden am Fuß curirte

Von: Schermele, 17.5.1808

Das ich voriges Jahr bey überfallender Giftkrankheit und nachherigem Fußbruch vom G.Siegener soweit als es die chirurgische Hülfe erforderte, bedient worden, auch damit völlig zufrieden, Cronenberg.

Von: Burmann, 17.5.1808

Laut eigenhändiger Unterzeichnung hat G. Siegener meiner Tochter vorm Jahr an einer Hand welches schon viele Wundärzte in der Cur hatten, wieder völlig geholfen., Elberfeld.

Von: Neuhaus, 17.5.1808

Laut eigenhändiger Unterschrift hat Herr G.Siegener mir in wichtigen Sachen redlich und gut bedient, Elberfeld.

Von: Friedrich Klein, Elberfeld

Ich bekenne hiermit, daß mir der G. Siegener eine Hand hat curirt, die so schlimm aussahe, daß mir bange war, ich hätte sie verlieren müssen. Sobald ich 8 Tage war bey ihm gewesen, da war ich ohne Sorgen wieder, sonst hätte ich in Zeit von 5 Wochen keine Besserung spüren können. Elberfeld.

Von: Kleinhartz u. Weinroth

Wir bescheinigen dem G. Siegener als Chirurgus das er unserem Steinbrecher M. Neureuther dem ein Bein auseinander und das andere sehr zerquetscht war, in kürzerer Zeit wieder geheilt hat.

Von: W. Nöter, 17.5.1808

Ich bescheinige dem G, Siegener, daß er zu unserer wie auch zur Zufriedenheit unserer Magd dieselbe von einer gefährlichen Krankheit am Bein völlig geheilt.

Von: A. Wihrls, Sonnborn

Ich bezeuge hiermit, daß mir G. Siegener mich und meiner Frau rechtschaffen in dem großen Schicksal der Krankheit bedient har, wo wir befürchtet hatten, unsere Bein durch den Boltenbrand zu verlieren. Weil das Fieber nicht nachlassen wollte, aber der Siegner zog gleich einen anderen Arzt zu sich, weil er uns vorläufig sagte, daß die Krankheit sehr gefährlich war, und die nämliche Krankheit war noch bey meinen beiden Helfleuten, die der Siegener unentgeltlich hergestellt hat, weil es arme Leute waren.

(und weitere)

von: Unterpräfekt des Arrondissemnets Elberfeld an: Präfekt des Rheindepartements Datum: Elberfeld 10 Dec.1809

...Siegener, welcher ungesehen der öfteren Verbothe seine Quacksalbereien fortsetzen, exemplarisch zu bestrafen. Ob nun Siegener, welcher der ihm zuerkannten Arreststrafe wegen einer ihm zugestoßenen Krankheit nur 8 Tage ausgehalten, seine Strafe vollend aushalten oder aber zum besten des hiesigen Armeninstitut mit einer Geldbuße belangt werden solle, darüber sehe ich der höheren Entscheidung entgegen.

von: I.Division Policey Düsseldorf, 18.Dec.1809:

Da der Godfried Siegener eine Arreststrafe von 8 Tagen bereits verbüßt hat, so möge ihm die noch übrige 3 Wochen jedoch unter der Verwarnung erlassen seyn, daß er sich für die Zukunft aller Quacksalberei schlechterdings zu enthalten habe.

HSTaD Großherzogtum Berg, Präfektur des Rheindepartements 11535

Datum: 1810

Ort: Düsseldorf

Sache:

Von: Departements Arzt Servaes an: Präfekt des Rheindepartements Datum: 30.Jan.1810

Aus dem angeschlossenen Protokolle welches mir so eben von dem Herrn Policey Commissair zugekommen ist, woran Sie Herr Präfekt sich überzeugen können, daß ein gewisser Michael Strein in Düsseldorf sich gesetzwidrig mit der Krankenbesorgung befaßt, daß seine Quacksalbereien zu dem kranken Policey Sergeant Steinberg durch sein eigenes Bekenntnis außer allen Zweifel gesetzt sey. Seine Angabe, daß er sich gegenbetsren über die Chirugie der Prüfung unterziehen werde, kann ich und seine Handlungen nicht entschuldigen, da er für einen Schwindsüchtigen ein Gemisch aus Opiumtinktur und verfälschter Schwefelsäure zum innerlichen Gebrauch verordnete, mithin als Arzt handelte, welcher durchaus nicht in den wundärztlichen Wirkungskreise gehört. Die acta bergische Medicinal Ordnung vom 8.Juni 1773 bestimmt die Strafe für solches Verbrechen von 50 Rth. und der Artikel 38 de la Loc du ig Ventofe eine Strafe von 500 Francs für diejenigen, welche als Gesundheitsbeamte Kranke besuchen. Mit welcher Strafe der Michael Strein zu belegen sey, muß ich lediglich Ihrer Bestimmung Hoher Präfekt überlassen, nur ich glaube, auch nicht unbemerkt lassen zu dürfen, daß eben dieser Quacksalber ein liederliches, schlechtes Beyspiel seyn soll.

10. Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Handschriftliche Quellen:

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HSTaD):

Großherzogtum Berg 5511, II

Großherzogtum Berg 5512

Großherzogtum Berg 5517

Großherzogtum Berg 11524, 11525, 11526, 11528, 11529, 11530, 11531, 11532, 11533, 11534, 11535, 11536

Reg.Köln 1257

Reg. Köln 1251

Reg. Köln 1076

Gen. Gouv.Berg 2149

Jülich-Berg II, 6122

Jülich.Berg II, 6661

Jülich-Berg Hofrat A 250

Stadtarchiv-Bonn:

Angaben zu dem Kaufmann Franz Röttgen und seiner Ehefrau

Düsseldorfer Stadtarchiv (StaD):

Präfektur Akten des Rheindepartements Erster Jahrgang 1810, N.E.775 R.7869, S.180-181

Wuppertaler Stadtarchiv (WSta):

WSta RIX5

WSta RX66

WSta RX77

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem (GSTA):

GSTA PK, I HA Rep.76 Kultusministerium VIII A, Tit. XIV,

Nr 2176

Nr 2186

Nr 2187

GSTA PK, I HA Rep.76 Kultusministerium VIII B, „Akten betreffend die Geheimmittel“

Nr.1345

II. Literaturverzeichnis

Ackerknecht, Erwin, Beiträge zur Geschichte der Medizinalreform von 1848, in: Sudhoffs Archiv für Geschichte der Medizin, Wiesbaden 1965

Ackerknecht, Erwin H., Geschichte der Medizin, 5.Auflg., Stuttgart 1986

Ackerknecht, Erwin H., Therapie von den Primitiven bis zum 20. Jahrhundert, Stuttgart 1970

Allgemeine Deutsche Realenzyklopädie für die gebildeten Stände, Conversationslexikon, 7. Auflg., Leipzig 1827, 2. Band

Allgemeine Gerichtsordnung für die Preußischen Staaten, Berlin 1822, I. Theil Prozeßordnung

Allgemeines Landrecht für die preussischen Staaten von 1794, Hrsgb.: Hans Hattenhauer, Neuwied, 1996

[anonym], Ansichten und Wünsche der Bewohner der preußischen Rheinprovinzen bey der bevorstehenden Justiz-Organisation mit dem Gutachten der königlich preußischen Immediat-Justiz-Commission, Hrsgb.: Gessnersche Buchhandlung, Zürich 1827

[anonym], Beibehaltung der Friedensgerichtsbarkeit? in: Deutsche Richterzeitung, 12 (1954) 8, S.195-196

[anonym], Die Novellen zur bürgerlichen Proceß-Ordnung der Königlich preußischen Rhein-Provinz, Hrsgb.: Bädecker, Elberfeld 1855

[anonym], Durch Pfuscherei und Quacksalberei..., Medizinische National-Zeitung für Deutschland und die mit selbigen zunächst verbundenen Staaten, 18.Januar 1799, Nr.4, S.56

[anonym], Mittel Frucht- und Fourage-Preise auf den Hauptmärkten des Rheindepartements, vom 15. bis 31. Mai 1813, 15. bis 31. August 1813, 16. bis 30. November 1813, in: Präfekturakten des Rheindepartements, S. 141, 221, 289

[anyonym], Provisorische Brüchten-Ordnung, in : Bergische wöchentlichen Nachrichten, Dienstag den 4. Jenner 1803, Nr.1

[anonym], Über die Verordnungen, daß die Apotheker kein Rezept verfertigen sollen, daß ihnen ohne die Namensunterschrift desjenigen, der es verschrieben, gebracht wird, und über die eigenmächtige Arzneyverordnung und Dispensation der Apotheker, in: Archiv der medizinischen Polizei, Hrsgb.: Scherf, Friedrich Christian, Leipzig 1786, 5. Band., S.283-296

[anonym], Übersicht der Preise der Lebensmitteln auf dem Markt in vergangener Woche, so wie auch des Preises des Fleisches, in den Hallen und bey den Metzgern; fortbestehende Frucht und Brodtaxe, in: Großherzoglich Bergischen Wöchentlichen Nachrichten vom 15. September 1807, Nr.37, Beilage

Artelt, Walter, et al., Der Arzt und der Kranke in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1967

Arzneimittelrecht Aktuell, Hrsgb.: Verband Forschender Arzneimittelhersteller E.V., Berlin 2000

Augustin, F.L., Die Königlich Preußische Medizinalverfassung oder vollständige Darstellung aller, das Medizinalwesen und die medizinische Polizei in den Königlich Preußischen Staaten betreffenden Gesetze, Verordnungen und Einrichtungen, Potsdam 1818, 2. Band

Baas, Johann Hermann, Die geschichtliche Entwicklung des ärztlichen Standes und der medizinischen Wissenschaften, Berlin 1896

Bär, Max, Die Behördenverfassung der Rheinprovinz seit 1815, Bonn 1919

Baldinger, E., Arzeneien, eine physikalisch-medicinische Monatsschrift worinne die Lehre von den Erbkrankheiten, die Teufelsbesitzungen, die Hexerei, der Einfluß der Gestirne und die Sympathie verworfen werde, Langensalza 1767

Baumbach, Adolf, Wettbewerbsrecht. Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, Zugabeverordnungen, Rabattgesetz und Nebengesetze, in: Beck'sche Kurzkommentare, Hrsgb.: Verlag C.H.Beck, München 2001, Band 13a

Beisswanger, Gabriele, Arzneimittelversorgung im 18. Jahrhundert. Die Stadt Braunschweig und die ländlichen Distrikte im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel, in: Braunschweiger Veröffentlichungen zur Geschichte der Pharmazie und der Naturwissenschaften, Braunschweig 1996, Band 36

Berendes, Julius, Das Apothekenwesen. Seine Entstehung und geschichtliche Entwicklung bis zum 20.Jahrhundert, Stuttgart 1907

Bernschneider-Reif, Sabine, Laboranten, Destillatores, Balsamträger: Das laienpharmazeutische Olitätenwesen im Thüringer Wald vom 17. bis zum 19. Jahrhundert, in: Pharmaziehistorische Forschungen, Hsgb.: Dilg, Peter, Frankfurt am Main, Berlin, Bern Bruxelles, New York, Oxford, Wien 2001, Band 3

Blanchard, Wilhelm, Code Penal. Aus dem Französischen nach der officiellen Ausgabe übersetzt, 2.Auflage, Cöln 1812

Blasius, Helga, Arzneimittel und Recht in Deutschland, Stuttgart 1998

Bockenheimer, Carl Georg, Geschichte der Stadt Mainz während der 2. Französischen Herrschaft, Mainz 1890

Bönner, Egon, Die Apothekenbetriebsrechte in der Rheinprovinz, in: Apotheker Zeitung 75(1930), S. 1656-1660

Bornhak, Conrad, Preußische Staats- und Rechtsgeschichte, Berlin 1903

Bracht, Prosper, Die Ansprüche unserer Zeit an die bürgerliche Gesetzgebung in nächster Beziehung auf die bei einer Gesetzesrevision für Rheinpreußen sich ergebenden Fragen, Düsseldorf 1834

Braubach, Max, Vom Westfälischen Frieden bis zum Wiener Kongreß (1648-1815), in: Rheinische Geschichte in drei Bänden, Hrsgb.: Petri,F., Droege,G., Düsseldorf 1980, Band 2, Neuzeit, S.311-351.

Brinckmann, Johann Peter, Patriotische Vorschläge zur Verbesserung der Medicinalanstalten hauptsächlich der Wundarznei und Hebammenkunst auf dem platten Lande. Mit einer Einführung von Alfons Labisch, Düsseldorf 1997

Broering, Julius, Die Düsseldorfer Apotheken, in: Düsseldorfer Jahrbuch. Beiträge zur Geschichte des Niederrheins, Düsseldorf 1940, 42.Band, S.1-129

Broman, Thomas, Rethinking Professionalization:Theory, Practic, and Professional Ideology in Eigtheenth-Century German Medicine, in: Journal of Modern History, March-December 1995, S.834-872

Bultmann, Antje, Käufliche Wissenscahft:Experten im Dienst von Industrie und Politik, München 1994

Buschmann, Dr Arno, Textbuch zur Strafrechtsgeschichte der Neuzeit, die Klassischen Gesetze, München 1998

Coing, Helmut, Epochen der Rechtsgeschichte in Deutschland, München 1967

Conrad, Hermann, Deutsche Rechtsgeschichte. Neuzeit bis 1806, Karlsruhe 1966, Bd. II

Conrady, Alexander, Die Rheinlande in der Franzosenzeit (1750-1815), Stuttgart 1922

Daniels, Adam Edler, Handbuch der für die Königlich Preußischen Rheinprovinzen verkündeten Gesetze, Verordnungen, und Regierungsbeschlüsse aus der Zeit der Fremdherrschaft, Köln 1833-1845, Köln 1833, 1.Band

Daniels, Gottfried, Code d'instruction criminelle. Aus dem Französischen nach dem officiellen Texte übersetzt. 2.Auflage, Cöln 1812

Dann, Georg-Edmund, Einführung in die Pharmaziegeschichte, Stuttgart 1975

Dressler, Joseph, Geschichte der Trierer Gerichte von 1794-1813, Trier 1957

Duden, Gottfried, Die Rheinpreußischen Apotheker vor den Juristen, Mannheim 1844

Düsterwald, Erich, Kleine Geschichte der Grafen und Herzöge von Berg, Sankt Augustin 1980

Ehrenreich, Barbara, Hexen, Hebammen und Krankenschwestern, München 1986

Emmerich, Volker, Das Recht des unlauteren Wettbewerbs, 5.Auflg., München 1998

Erhard, J.B., Theorie der Gesetze die sich auf das körperliche Wohlsein der Bürger beziehen, und die Benutzung der Heilkunde zum Dienst der Gesetzgebung, Tübingen 1800

Erkens, Marcel, Die französische Friedensgerichtsbarkeit 1789-1814 unter besonderer Berücksichtigung der vier rheinischen Departements, Köln 1994

Eschbach, P. Die Universität Duisburg unter französischer Verwaltung (1806-1813), in: Beiträge zur Geschichte des Niederrheins. Jahrbuch des Düsseldorfer Geschichtsvereins, Düsseldorf 1900, Band 15

Esser, Ottilie, Der Praktische Arzt im Rheinland, Diss.Med.Fak. Bonn, 1963

Faber, Karl-Georg, Verwaltungs-und Justizbeamte auf dem linken Rheinufer während der französischen Herrschaft. Eine personengeschichtliche Studie, in: Aus Geschichte und

Landeskunde: Forschungen und Darstellungen. Franz Steinbach zum 65. Geburtstag gewidmet von seinen Freunden und Schülern, Hrsg.: Max Braubach, Bonn 1960, S. 350-388

Fabricius, Wilhelm, Erläuterungen zum Geschichtlichen Atlas der Rheinprovinz, Die Karte der Rheinprovinz unter französischer Herrschaft im Jahr 1813, Bonn 1898

Ferber, H., Historische Wanderung durch die alte Stadt Düsseldorf, Hrsgb.: Düsseldorfer Geschichtsverein, Lieferung II, Düsseldorf 1890

Finckenrath, Kurt, Die Medizinalreform. Die Geschichte der ersten deutschen ärztlichen Standesbewegung von 1800-1850, in: Studien zur Geschichte der Medizin, Hrsg.: K.Sudhoff, H.Sigerist, Berlin 1929, Heft 17

Fischer-Homberger, E., Krankheit Frau und andere Arbeiten zur Medizingeschichte der Frau, Bern 1979

Frank, Johann Peter, Etwas über die Zwistigkeiten der Ärzte und ihre Ursachen, in: Archiv der medizinischen Polizei, Hrsgb.: Scherf, Friedrich,Christian, Leipzig 1783, 1.Band, S. 133

Frank, Johann Peter, System einer vollständigen medizinischen Polizey, Mannheim 1784, 1.Band

Freiburg, Andrea, Die Rechtsstellung der Frau nach niederrheinischen Rechten, Diss. Universität Köln 1990

Freidson, Eliot, Der Ärztestand. Berufs-und wissenschaftssoziologische Durchleuchtung einer Profession, Stuttgart 1979

Frevert, Ute, Krankheit als Politisches Problem, 1770-1880, Göttingen 1984

Fuchs, Erwin, Die Medizinalordnung des Jülicher Herzogs Karl Theodor 1773, in: Beiträge zur Jülicher Geschichte. Mitteilungen des Jülicher Geschichtsvereins, 38 (1971), S.33-40

Fürth, Bernhard, Bemerkungen über die, in den Königl. Preußischen Rheinprovinzen noch bestehende Justizverfassung und Gesetzgebung, Aachen 1826

Funck-Brentano, Frantz, La France sur le Rhin, Paris 1919

Gebhard, W., Bericht des Hof-Kammerrats Friedrich Heinrich Jacobi über die Industrie der Herzogtümer Jülich und Berg aus den Jahren 1773 und 1774, Bonn 1883

Gerschler, Walter, Das preußische Oberpräsidium der Provinz Jülich-Kleve-Berg in Köln, 1816-1822, in: Studien zur Geschichte Preußens, Hrsggb.:Hubatsch, W., Köln 1968, Band 12

Gesetz-Bulletin des Großherzogtum Berg, XIII, Dekret die Ernennung der Präfekten, Unterpräfekten, Präfekturnräthe enthaltend, 10.3.1809

Gesetz-Bulletin des Großherzogtum Berg, V, Decret über die Eintheilung des Großherzogthum Berg, 14.November 1808

Gesetz-Bulletin des Großherzogtum Berg, LII, Kaiserliches-Dekret über die Organisation der Justiz, 17.Dezember 1811

Gesetz-Bulletin des Großherzogtum Berg, IX, Kaiserliches Decret wodurch eine allgemeine Patentsteuer eingeführt wird, 3. November 1809

Gesetzessammlung für die Königlichen Preußischen Staaten 1845, enthält die Verordnungen vom 3. Januar bis zum 11. Dezember 1845 nebst einigen Verordnungen aus den Jahren 1841, 1843, und 1844

Geuter, Ulfried, Die Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1984

Götz, Volkmar, Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht, 12. Aufl., Göttingen 1995

Gneist, K., Die verschiedenen Geschäftsformen des Apothekenbetriebs in Preußen, in: Apotheker-Zeitung 44 (1928), S.1490-1493

Gräff, J.C., Chronologische Sammlung der rheinpreussischen Rechtsquellen mit Ausschluß der fünf Gesetzbücher. Nebst einer Uebersicht der Territorial-Veränderungen und einem ausführlichen Sachregister, Trier 1846

Grasset-Saint-Sauveur, Jaques, Amtskleidungen der Stellvertreter des französischen Volks und der übrigen Staatsbeamten der Republik Frankreich. Nach den Originalzeichnungen, welche durch den Minister der innländischen Angelegenheiten zur öffentlichen Bekanntmachung dem Bürger. Nachdruck der Ausgabe Paris 1795

Graumann, Sabine, Französische Verwaltung am Niederrhein. Das Roerdepartement 1798-1814, Essen 1990

Grilli, Antonio, Sprache und Recht in den Französischen Rheinlanden. Die Einführung des Französischen als Gerichtssprache im Saardepartement 1998, in: Rheinische Vierteljahrsblätter, Hrsg.: Besch, W., Cox, H.L., Janssen, W., Nikolay-Panter, M., Bonn 57 (1993), S. 227-252

Grilli, Antonio, Die französische Justizorganisation am linken Rheinufer 1797-1803, in: Rechtshistorische Reihe, Hrsg.: Lang, Frankfurt am Main 1999, Band 190

Großherzogthum Berg, Arrete die Einführung des Francs betreffend, Großherzoglich Bergische Regierungsbuchdruckerei, Düsseldorf, 5.12.1809

Großherzogthum Berg, Beschluß den Werth der Münzen bestimmend, Düsseldorf 10.Dezember 1810

Hager, Hermann, Kommentar zu der siebenten Ausgabe der Pharmacopea Borussica mit besonderer Berücksichtigung der neuesten Pharmakopöen des Königreichs Hannover und des Kurfürstenthums Hessen, Berlin 1865

Hans, H., Polizei- und Ordnungsrecht, in: Schaeffers Grundriß des Rechts und der Wirtschaft, Abt. II: Öffentliches Recht, 1976, 29. Band, 3. Teil

Hantsche, Irmgard, Atlas zur Geschichte des Niederrheins, Bottrop-Essen 1999

Harnischmacher, Robert, Deutsche Polizeigeschichte. Eine allgemeine Einführung in die Grundlagen. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1986

Hart-Hönig, Kai, Gerechte und zweckmäßige Strafzumessung, in: Schriften zum Strafrecht, Berlin 1992, Heft 91

Hashagen, Justus, Die Rheinlande beim Abschlusse der französischen Fremdherrschaft, in: Die Rheinprovinz 1815-1915, Hundert Jahre preußischer Herrschaft am Rhein, Hrsgb. Hansen, Joseph, Bonn 1917, 1. Band, S. 1-56

Hassemer, Winfried, Hauptprobleme der Generalprävention, Frankfurt am Main 1979

Heckscher, Eli F., Mercantilism, London 1934, Vol. II, S. 158-161

Helmstädter, Axel, Hermann, Jutta, Leitfaden der Pharmaziegeschichte, Frankfurt am Main 2001

Herrmann, Arnd, Probleme des Prozesskostenrisikos unter besonderer Berücksichtigung des Armenrechts, Diss. jur. Kiel 1973

Heukeshofen, Hans, Die wirtschaftliche Entwicklung des Jülicher Landes, Diss. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftl. Fakultät Uni. Köln 1933

Hiatrophilo, T.A. von, Kluger und lustiger Medicus, welcher durch anmuthige Historien, Gespräche und Fragen, nicht allein den jetzigen Zustand der edlen Medizin vor Augen legt, die groben Spähne von selbiger, als Medicastros, Empiricos, und Pfuscher abhobelt, (ohne Ortsangabe) 1728

Hippel, Wolfgang, Armut, Unterschichten, Randgruppen in der frühen Neuzeit, München 1995

Höfler, Max, Deutsches Krankheitsnamen-Buch, Hildesheim, New York 1970

Hoffmann, Josef, Führer durch die Verwaltung der Rheinlande, einst und jetzt unter besonderer Berücksichtigung ihrer heutigen politischen Gliederung in die einzelnen Regierungsbezirke, Kreise, Bürgermeistereien und Gemeinden, sowie der bekanntesten Behördenarten: Bürgermeisterämter, Stadt- oder Gemeindekassen, Kreisverwaltungen, Amts- und Landgerichte, Postanstalten, Staats- oder Kleinbahnstationen und Eisenbahndirektionen, Düsseldorf 1918

Holthöfer, Ernst, Die Geschlechtsvormundschaft. Ein Überblick von der Antike bis in das 19. Jahrhundert, S. 390- 452, in: Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, Hrsgb.: Gerhard, Ute, München 1997

Holthöfer, Ernst, Die Rechtsstellung der Frau im Zivilprozeß, in: Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, Hrsgb.: Gerhard, Ute, München 1997, S. 575- 600

Huf, Karl-Heinz, Das Medizinalwesen in den alten Herzogtümern Jülich, Kleve und Berg, Diss.Med. Düsseldorf 1937

Ingendo, Hans Heino, Zur Geschichte des Apothekenwesens auf dem Gebiet des Herzogtums Berg, Stuttgart 1987

Janssen, Wilhelm, Kleine Rheinische Geschichte, Düsseldorf 1997

Jütte, Robert, Ärzte, Heiler und Patienten. Medizinischer Alltag in der frühen Neuzeit, München 1991

Justi, Johann Heinrich Gottlob von, Staatswirthschaft oder systematische Abhandlung aller oekonomischen und Cameralwissenschaften, die zur Regierung eines Landes erfordert werden, Leipzig 1758, Vol.I

Justiz Organisation des Großherzogtums Berg, Einteilung des Landes, Nahmen der Justiz-Beamten, Advocaten und Notarien, de dato au Palais de Tuileries le 17.December 1811, Düsseldorf 1812

Käss, Ludwig, Die Organisation der Allgemeinen Staatsverwaltung auf dem linken Rheinufer durch die Franzosen während der Besetzung 1792 bis zum Frieden von Luneville 1801, Jur.Diss.Gießen 1929

Kaiserliches Decret betreffend die Einführung der Einregistrierungs- Stempel- und Secretariats-Gebühren, den 17. Dezember 1811

Kaufmann, Peter, Rheinpreußen und seine staatswirthschaftlichen Interessen in der heutigen europäischen Staaten-Krise oder vergleichende Betrachtungen über den früheren und den gegenwärtigen Zustand der Königlich Preußischen Rheinlande, mit volkswirthschaftlichen Vorschlägen und statistischen Nachweisungen, Berlin 1831

Keck, Dr Johann Erdmann, Die Hausmutter am Krankenbette, eine gemeinnützige Schrift für alle Stände, Berlin 1784

Keil, Günter, Das Bild des Arztes bei politischen Entscheidungsträgern und in der Presse, Köln 1980

Klaus, Udo, Die Verwaltung der Provinz, in: Das Rheinland in Preussischer Zeit, Hrsgb.: Först, W., Köln 1965, S. 71-86

Kleinbreuer, Stefan, Das Rheinische Strafgesetzbuch. Das materielle Strafrecht der Rheinprovinz und sein Einfluß auf die Strafgesetzgebung in Preußen und im Norddeutschen Bund. Diss. Rechtswiss. Bonn 1999

Klencke, Ph.H., Selbstbekenntnisse oder 40 Jahre aus dem Leben eines oft genannten Arztes, Leipzig 1855, Band 2

Klose, Wilhelm Rheinhold, Zur Geschichte des Gesundheitswesens der Stadt Bonn, Med.Diss. Bonn 1955

Koch, Christian Friedrich, Prozess-Ordnung nach ihrer heutigen Geltung, unter Weglassung der obsoleten oder aufgehobenen Vorschriften und Einschaltung der jüngeren nach geltenden

Bestimmungen mit d. Präjudizien des höchsten Gerichtes sowie mit nachweisenden und erläuternden Anmerkungen, Berlin 1871

Köstlin, Reinhard, Geschichte des Deutschen Strafrechts, in: Bibliothek des Deutschen Strafrechts. Meister der Moderne, Hrsgb.: Geßler, Goldbach 1996, Band 11

Koltes, Manfred, Das Rheinland zwischen Frankreich und Preußen. Studien zur Kontinuität und Wandel am Beginn der preußischen Herrschaft, in: Dissertation zur Neueren Geschichte, Hrsgb.: Böhlau Verlag, Köln 1992, Band 22

Kopp, Johann Heinrich, Nachtrag zur Abhandlung „die französische Medizinalverfassung“, in: Jahrbuch der Staatsarzneikunde, Hrsgb.: Kopp, 6.Jahrgg., Frankfurt am Main 1815, S.80-128

Kratschmer, F., Die wichtigsten Geheimmittel und Spezialitäten, Leipzig 1888

Landsberg, Ernst, Das rheinische Recht und die rheinische Gerichtsverfassung, in: Die Rheinprovinz 1815-1915. Hundert Jahre preußischer Herrschaft am Rhein, Hrsgb.: Hansen, Joseph, Bonn 1917, 1.Band, S. 149-195

Landsberg, Ernst, Die Gutachten der Rheinischen Immediat-Justiz-Kommission und der Kampf um die Rheinische Rechts-und Gerichtsverfassung 1814-1819, Bonn 1914

Lau, Friedrich, Quellen zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte der Rheinischen Städte. Bergische Städte I Siegburg, Bonn 1907

Lepenies, Wolf, Von der Nosographie zur Krankengeschichte, in: Das Ende der Naturgeschichte: Wandel kultureller Selbstverständlichkeiten in den Wissenschaften des 18. und 19. Jahrhunderts, München 1976, S.78-87

Lindemann, Mary, Health and Healing in Eighteenth-Century Germany, Baltimore 1996

Lindenberg, Justizstatistik. Dauer der Zivil-Prozesse in Preußen, in: Deutsche Juristen-Zeitung 24 (1919) 7/8, S. 319-320

Lipowsky, Felix Joseph, Karl-Theodor, Churfürst von Pfalz Bayern, Herzog zu Jülich und Berg etc. etc. wie er war, und wie es wahr ist, oder dessen Leben und Thaten. Aus öffentlichen Verhandlungen und historischen Quellen getreu dargestellt. Sulzbach:Seidel, 1828

Loetz, Franziska, Vom Kranken zum Patienten, „Medikalisierung“ und medizinische Vergesellschaftung am Beispiel Badens 1750-1850, in: Medizin, Gesellschaft und Geschichte. Jahrbuch des Instituts für Geschichte der Medizin der Robert-Bosch-Stiftung , Stuttgart 1993, Beiheft 2

Lottner, F., Sammlung der für die Königlich Preußische Rheinprovinz seit dem Jahre 1813 hinsichtlich der Rechts-und Gerichtsverfassung ergangenen Gesetze, Verordnungen, Ministerialrescripte, Berlin 1834, 1.Band

Lübeckische Bekanntmachungen über die Prüfung und Zulassung der zur ärztlichen oder wundärztlichen Praxis sich Anmeldenden vom 28. July 1838. Königlich Preußisches Regelement für die Staats-Prüfungen der Medicinal-Personen, d.d. Berlin, den 1. December 1825, Lübeck 1839

Lücker, D., Rechen -Tabellen zur Darstellung der Zinsen von 1 Silbergroschen bis 10,000 Thalern, nebst einer Reductions-Tabelle der Thaler Theile in Sächsische Gutegroschen und Pfennige, Französische Centimen, Holländische Cens und Frankfurter Kreuzer, Düsseldorf 1836

Mallinckrodt, Wilhelm, Der Bauernstand an seinen gerechten König Friedrich Wilhelm III., über die gutsherrlichen und bäuerlichen Rechtsverhältnisse mit besonderer Rücksicht auf die Graffschaft Marck, und die Provinz Westfalen überhaupt, Dortmund 1816

Mallmann, Luitwin, Französische Juristenausbildung im Rheinland 1794-1814, in: Studien zur Geschichte der Universität zu Köln, Köln 1987, Band 5

Marquardt, Gerhard, Vier Rheinische Prozeßordnungen aus dem 16.Jahrhundert. Ein Beitrag zum Prozeßrecht der Rezeptionszeit, Bonn 1938

Mebus, P.W., Statistische Beschreibung der Königlich-Preußischen Rheinprovinz, mit geschichtlichen kurzgedrängten Anmerkungen, Köln 1845

Medizinischer Ratgeber. Von einigen Vorurteilen, welche dem glücklichen Erfolg derArzneykunde bey dem gemeinen Manne entgegenstehen, 4.7.1795, Frankfurt am Main, 27. Stück, S. 419-471

Meier, von Ernst, Französische Einflüsse auf die Staats-und Rechtsentwicklung Preußens im 19.Jahrhundert. Preußen und die französische Revolution, Leipzig 1908 , 2. Band

Merrem, Karl Theodor, Die Verwaltung der Medizinalpolizei im General-Gouvernement vom Nieder-und Mittelrhein, in: Jahrbuch der Staatsarzneykunde, Hrsg.: Kopp, Johann Heinrich, 9.Jahrgg., Frankfurt am Main 1816, S.3-19

Mücke, Gustav, Die geschichtliche Stellung des Arrondissements und seines Verwalters zur Zeit der napoleonischen Herrschaft, dargestellt an dem Leben und Wirken Karl Ludwig von Kevergers als Unterpräfekt in Cleve, Diss. Phil., Düsseldorf 1935

Mülmann, Otto, Statistik des Regierungsbezirks Düsseldorf, Iserlohn 1867, 2.Band

Münch, Ingo von, Grundgesetz. Kommentar, Präambel bis Art.20, Frankfurt am Main 1974, 1. Band

Münch, Ragnhild, Gesundheitswesen im 18. und 19. Jahrhundert. Das Berliner Beispiel, Berlin 1995

Neigebaur, Johann Daniel Ferdinand, Statistik der Preußischen Rhein-Provinzen in den drei Perioden ihrer Verwaltung, Köln 1817

Neigebaur, Johann Daniel Ferdinand, Darstellung der provisorischen Verwaltung am Rhein vom Jahre 1813-1819. Mit einer Vorrede vom Geheimen Hofrath Dr. Luden, Köln 1821

Neubauer, Ludwig, Sammlung der noch gültigen Medizinalgesetze und Verordnungen für den Regierungsbezirk Düsseldorf, Schwelm 1835

Neues Reglement betreffend die Verbesserung und Verkürzung der Justiz in dem Herzogthum Cleve und der Graffschaft Marck, Hrsg.: Vries, J.de, Königl. Preuß. Hof-Buchdrucker, Berlin den 15.April 1739

Nowosadtko, Jutta, Scharfrichter und Abdecker. Der Alltag zweier „unehrlicher Berufe“ in der Frühen Neuzeit, Paderborn, München, Wien, Zürich 1994

Öffentliches Blatt für die allgemeinen im Generalgouvernement des Mittelrheins erscheinenden Verordnungen, welche gesetzliche Kraft haben, Koblenz 1814

Peickert, Heinz, Geheimmittel im deutschen Arzneiverkehr, Leipzig 1932

Pharmacopoea Borussica. Cum Gratia et Privilegio Sacrae Regiae Majestatis, Berlin 1799

Planitz, Hans, Aus Rheinischer Vergangenheit und Gegenwart. Der Werdegang des rheinischen Rechts, in: Deutsche Juristen-Zeitung 31 (1926), S. 1215-1227

Präfektur-Akten des Rheindepartements/Rheindepartement, gedruckt bei Hofkammerrath Stahl, Düsseldorf 1813

Priester, Peter-Joachim, Das Collegium Medicum in Düsseldorf, Diss. Med. Düsseldorf 1966

Probst, Christian, Fahrende Heiler und Heilmittelhändler, Medizin von Marktplatz und Landstraße, Rosenheim 1992

Puschmann, Theodor, Geschichte des medizinischen Unterrichts von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, Leipzig 1889

Rademacher, J.G., Briefe für Ärzte und Nichtärzte über die Aftermedizin und deren Nothwendigkeit im Staate. Ein Beytrag zur medizinischen Polizey, Cöln 1804

Rappard, Friedrich Wilhelm, Ueber das Brauchbare in der französischen Kriminal-Gerichts-Verfassung und Prozess-Ordnung zur Aufnahme in das Preußische Rechts-System, Köln 1817

Rauter, Darstellung des französischen Civilprozesses, in: Kritische Zeitschrift für die Rechtswissenschaft und Gesetzgebung des Auslandes, Heidelberg 1829, 1.Band in 3 Heften, S.307-323

Rebmann, Andreas Georg Friedrich, Coup d `oeil sur les quatre Departements de la rive gauche du Rhin, consideres sous le rapport des moeurs de leurs habitants, de leur industrie et des moyens d `amelioration, Treves 1802

Rechmann, Walther, Gesundheitswesen und Gesundheitspflege in der Stadt Euskirchen, Euskirchen 1985

Richter, Benjamin, Den grossen Unterschied zwischen rechtschaffener Medicorum und derer Quacksalber medizinischen Wissenschaften und Curen, Görlitz 1716

Riemann, Angelika, Krieg, Verelendung und Armenpolitik, in: Das Herzogtum Berg 1794-1815, Hrsgb.: Landeshauptstadt Düsseldorf, Düsseldorf 1985, S.61-68.

Robertz, Peter, Die Strafrechtspflege am Haupt- und Kriminalgericht zu Jülich von der Karolina bis zur Aufklärung (1540-1744), in: Veröffentlichungen des Jülicher Geschichtsvereins, Jülich 1987, Band 10

Rönne, Ludwig von, Ergänzungen und Erläuterungen der Preußischen Rechtsbücher durch Gesetzgebung und Wissenschaft. Unter Benutzung der Justizministerial-Akten und der Gesetz-Revisions-Arbeiten, 4.Ausgabe, Berlin 1858, Band 1-4

Röschlaub, Andreas, Über Medizin, ihr Verhältnis zur Chirurgie, nebst Materialien zu einem Entwurfe der Policy der Medicin, in: Deutscher Biographischer Index, 2. kumulierte und erweiterte Ausgabe, Frankfurt am Main 1802, 6, Microfiche-Sammlung, Blatt 219

Rosen, George, A History of Public Health, Baltimore-London 1993

Rothenberger, Zum Problem „Friedensrichter“, in: Deutsches Recht 12 (14.und 21. November 1942) 46/47, S. 1521-1527

Rumpe, Robert, Die Gesundheitspflege in der Rheinprovinz, Jena 1931

Rusch, C.C.E., Der Standpunkt der Ärzte und der Laien und ihre Stellung zur wissenschaftlichen Medizin, Hamburg 1848

Rust, Joh.Nep., Die Medizinalverfassung Preußens, wie sie war und wie sie ist, Berlin 1838

Sarfatti- Larson, Magali, The Rise of Professionalism. A Sociological Analysis, Berkeley-Los Angeles-London 1977

Schenk, M., Beiträge zur Reform der Rheinischen bürgerlichen Gerichtsordnung, Bonn 1833

Schiedermaier, R., Pohl, H., Gesetzeskunde für Apotheker, 11. Aufl., Frankfurt am Main 1987

Schmidt, Charles, Das Großherzogtum Berg 1806-1813. Eine Studie zur französischen Vorherrschaft in Deutschland unter Napoleon, Hrsgb.: Dietz, B.und Engelbrecht, J., Neustadt/Aisch 1999

Schmidt-Rögnitz, Andreas, Die Gewährung von alternativen sowie neuen Behandlungs-und Heilmethoden durch die gesetzliche Krankenversicherung, in: Schriften zum Sozial-und Arbeitsrecht, Hrsgb.: Duncker und Humblot, Berlin 1996, Band 145

Schmidt-Wetter, Zur Geschichte des nordrheinischen Apothekenwesens, in: Deutsche Apotheker Zeitung 40 (1966), S. 1460-1461

Schmidt-Wetter, Rudolf, Zur Geschichte des Nordrheinischen Apothekenwesens, Frankfurt/Main 1970

Schnabel- Schüle, Helga, Frauen im Strafrecht vom 16.- 18. Jahrhundert, in: Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, Hrsgb.: Gerhard, Ute, München 1997, S. 185- 197

Schneck, Peter, Geschichte der Medizin systematisch, Bremen 1997

Schneider, Wolfgang, Lexikon zur Arzneimittelgeschichte. Sachwörterbuch zur Geschichte der pharmazeutischen Botanik, Chemie, Mineralogie, Pharmakologie, Zoologie, Band VII Gesamtregister, Band VI Pharmazeutische Chemikalien und Mineralien, Band II Pharmakologische Arzneimittelgruppen, Band V/1 Pflanzliche Drogen A-C, Band IV Geheimmittel und Spezialitäten, Frankfurt am Main 1975

Schnitzer, Adolph, Die Preußische Medizinalverfassung, eine im Auszuge bearbeitete vollständige Zusammenstellung aller gegenwärtig geltenden Medizinal-Gesetze, Verordnungen, Rescripte. Handbuch zum Gebrauche für Medizinal- und Polizeibeamte, Aerzte, Wundaerzte, Geburtshelfer, Apotheker, Thieraerzte u.a.m., Berlin 1832

Schöpff, F.Dav., Ueber den Einfluß des Medizinalwesens auf den Staat und über die Vernachlässigung desselben in den meisten deutschen Staaten, Ansbach 1799

Schreyer, Bernhard Nathan Gottlob, Kritisches Dispensatorium der geheimen und spezifischen und universellen Heilmittel, Leipzig 1795

Schubert, Werner, Das Streben nach Prozeßbeschleunigung und Verfahrensgliederung im Zivilprozeßrecht des 19. Jahrhunderts, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung, Weimar 1968, 85.Band, S. 127-187

Schubert, Werner, Französisches Recht in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Zivilrecht, Gerichtsverfassungsrecht und Zivilprozeßrecht, Köln 1977

Schuler, Rudolf, Verkehrsverhältnisse und Handel in den Herzogtümern Jülich-Berg zur Zeit des Herzogs Carl Theodor, Kurfürsten von der Pfalz, Kartenskizze, in: Düsseldorfer Jahrbuch 1917, Beiträge zur Geschichte des Niederrheins, Hrsg.: Düsseldorfer Geschichtsverein, 29.Band, S.64

Schuler, Rudolph, Verkehrsverhältnisse und Handel in den Herzogtümern Jülich-Berg zur Zeit des Herzogs Carl Theodor, Kurfürsten von der Pfalz, Der Innenhandel, in: Düsseldorfer Jahrbuch 1917, Beiträge zur Geschichte des Niederrheins, Hrsg.: Düsseldorfer Geschichtsverein, 29. Band, Kap. III, S. 30-42

Schulte-Nölke, Strack Birgit, Rheinisches Recht-Forschungsgegenstand und Forschungsstand, in: Rheinisches Recht und Europäische Rechtsgeschichte, Hrsg. Schulze, Reiner, Band 24, Berlin 1998, S. 21-36

Schulz, Johann Gottlob, Wanderungen, Kreuz-und Querzüge eines Reisenden an den Ufern des Rheins mit Episoden, Altenburg 1805

Schwabe, Ernst, Anweisung zu den Pflichten und Geschäften eines Stadt- oder Landphysicus, Erfurt 1786, 1. Teil

Scotti, J.J., Sammlung der Gesetze und Verordnungen welche in den ehemaligen Herzogtümern Jülich, Cleve und Berg und in den vormaligen Großherzogtum Berg über Gegenstände der Landeshoheit, Verfassung, Verwaltung und Rechtspflege ergangen sind. Düsseldorf 1821 (Band I, II) 1822, (Band III, IV), zitiert.: Scotti, Band, Nummer

Spree, Reinhard, Kurpfuscherei-Bekämpfung und ihre sozialen Funktionen während des 20. Jahrhunderts, in: Medizinische Deutungsmacht im sozialen Wandel des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, Hrsgb.: Labisch, Alfons, Bonn 1989, S. 103-121

Starck, D. Johann Christian, Versuch einer wahren und falschen Politik der Aerzte. Zu Vorlesungen bestimmt, Jena 1784

Stengel, C.L., Beiträge zur Kenntnis der Justizverfassung und der juristischen Literatur in den Preussischen Staaten, daraus: „Ueber die zum Ressort der Collegiorum medicorum gehörigen Sachen § 5 Tit. III der Instruktion für sämtliche Provinzial-Collegia medica et sanitatis vom 21. April 1800, Halle 1800, 11. Band

Stichweh, Rudolph, Der frühmoderne Staat und die europäische Universität: Zur Interaktion von Politik und Erziehungssystem im Prozess ihrer Ausdifferenzierung (16.-18. Jahrhundert), Frankfurt am Main 1991

Stoll, Unbefugte Ausübung der medizinischen Fächer, in: Staatswissenschaftliche Untersuchungen und Erfahrungen über das Medizinalwesen, Zürich 1813, 3.Teil

Stolberg, Michael, Heilkunde zwischen Staat und Bevölkerung. Angebot und Annahme medizinischer Versorgung in Oberfranken im frühen 19. Jahrhundert, Med.Diss. München 1986

Stolleis, Michael, Anmerkungen zum Verhältnis von echtem Recht und freiheitsbeschränkendem Polizeirecht, in: Recht, Gericht, Genossenschaft und Policey, Studien zu Grundbegriffen der germanistischen Rechtstheorie, Hrsg.: Dilcher, G., Diestelkamp, B., Berlin 1986

Stolleis, Michael, Juristen, Ein biographisches Lexikon. Von der Antike bis zum 20. Jahrhundert, München 1995

Strack, Birgit, Ungedruckte Quellen zur Rechtssprechung im Gebiet des Rheinischen Rechts aus der Zeit zwischen 1804-1850, in: Rheinische Vierteljahrsblätter, Hrsg. Cox, H.L., Janssen, W., Klein, Th., Nikolay-Panter, M., Jahrgg.60, Bonn 1996, S. 310-319

Strafgesetzbuch für die Preußischen Staaten, Berlin 1851

Stürzbecher, Manfred, Zur Geschichte des Berliner Stadtphysicats im 18.und 19.Jahrhundert, in: Medizinische Welt, 37 (1962), 1956-1962

Stürzbecher, Manfred, Über die medizinische Versorgung der Berliner Bevölkerung im 18.Jhd., in: Beiträge zur Berliner Medizingeschichte, Berlin 1966, S.67-155

Telle, Joachim, Pharmazie und der gemeine Mann. Hausarznei und Apotheke in der frühen Neuzeit. Hrsg. Joachim Telle, Ausstellungskataloge der Herzog-August-Bibliothek, 36

Temme, Sollen wir in Preußen ein öffentliches Ministerium haben? in: Jahrbücher für die Criminal-Rechtspflege in denPreussischen Staaten, mit Einschluß der Rheinprovinzen, Neuvorpommerns, und des Fürstentums Neufchatel, mit Genehmigung und Unterstützung des Königlichen Justizministeriums und aus amtlichen Quellen, Hrsg.: Mannkopff, Adolph Julius, Berlin 1840, 1.Band, S. 527-543

Trittermann, F. Die Nachtheile des öffentlichen Verfahrens in bürgerlichen und peinlichen Sachen und der Anstalt der Geschwornengerichte, mit einigen Vorschlägen begleitet. Düsseldorf, 1817

Tsouyopoulos, Nelly, Andreas Röschlaub und die romantische Medizin: die philosophischen Grundlagen der Medizin, Stuttgart 1982

Viebahn, Johann Wolfgang, Statistik und Topographie des Regierungsbezirks Düsseldorf, Düsseldorf 1836, I. Teil

Vogt, Stefan, Lexikon des Wettbewerbsrecht, München 1994

Wahrig-Schmidt, Bettina, Wissenschaft, Medizin und Öffentlichkeit - Bemerkungen zu ihrem Wandel im 18. Jahrhundert, in: Internationale Zeitschrift für Geschichte und Ethik der Naturwissenschaften, Technik und Medizin 9 (2001), S.90-104

Weidenhaupt, Hugo, Kleine Geschichte der Stadt Düsseldorf, Düsseldorf 1976, 6. Auflage

Widmann, Martin, et al., Bader und Wundarzt, Medizinisches Handwerk in vergangenen Tagen, Zürich 1983

Wischhöfer, Bettina, Krankheit, Gesundheit und Gesellschaft in der Aufklärung. Das Beispiel Lippe 1750-1830, in: Forschungsberichte des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik (IBS) Universität Bielefeld, Hrsg.: Birg, Herwig, Kaufmann, Franz-Xaver Bielefeld 1991, Band 19

Witcke, Val. Joh. T., Die Verpflichtungen, Berechtigungen und Wünsche des preußischen Arztes. Ein Beitrag zur Reform der Medizinalverfassung Preußens, Erfurt 1843, S.85

Wolff, Christian, Vernünftige Gedanken von dem gesellschaftlichen Leben der Menschen, Halle 1721

Wygodzinski, W., Die rheinische Landwirtschaft, in: Die Rheinprovinz 1815-1915. Hundert Jahre preußischer Herrschaft am Rhein, Hrsgb.: Hansen, Joseph, Bonn 1917, 1.Band S.250-300

Zedler, Johann Heinrich, Grosses Universallexikon Aller Wissenschaften und Künste welche bishero durch menschlichen Verstand und Witz erfunden und verbessert wurden, Leipzig, Halle 1732-1754